

Kritische Migrationsforschung?
Da kann ja jedeR kommen.

Impressum

Herausgeber_in: Netzwerk MiRA
www.netzwerk-mira.de

Die Publikation wurde veröffentlicht im Februar 2012.

Redaktion: Franziska Brückner, Miriam Höppner, Johanna Karpenstein,
Kristina Korte, Philipp Kuebart, Thomas Loeffelholz, Christiane
Mende, Lisa Wildenhain, Kristine Wolf
Redaktionelle Assistenz: Clara Windisch, Marlis Wildenhain, Jörg Pache
Umschlaggestaltung: Philipp Kuebart
Layout/Satz: Lysette Laffin

Schriftart: Computer Modern Sans Serif, entworfen von Donald Knuth.
Type1-Font unter SIL Open Font License (OFL). OpenType Font
unter X11-Lizenz, erstellt von Andrey V. Panov, © 2005.

Die gesamte Publikation und die einzelnen Beiträge
stehen unter einer Creative Commons Lizenz.
Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich
zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:



- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/der Autorin und des Rechteinhabers (Netzwerk MiRA) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung** - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Weitergabe unter gleichen Bedingungen** - Wenn Sie das lizenzierte Werk verändern, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke nur unter Verwendung von identischen oder vergleichbaren Lizenzbedingungen weitergeben.

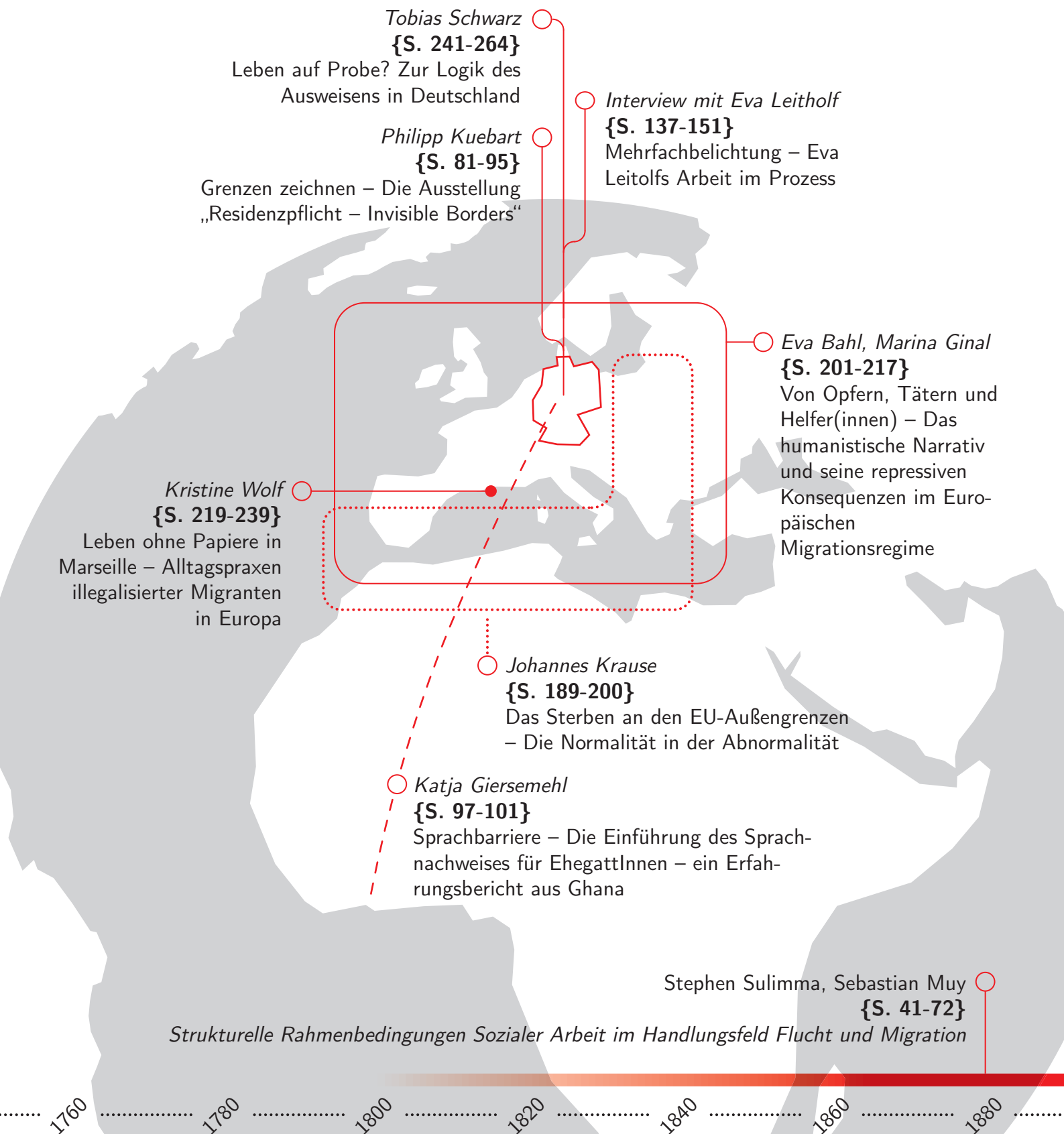
Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers.
Kontakt: kontakt@netzwerk-mira.de

Lesen Sie den ausführlichen Lizenzvertrag unter
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/legalcode>

Netzwerk MiRA

KRITISCHE MIGRATIONSFORSCHUNG?

Da kann ja jedeR kommen.



Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen.

Theorie/Forschung

Praxis

Johanna Karpenstein

{S. 337-358}

MiRA: Reflexionen zwischen *Research* und *Action*

Franziska Brückner

{S. 311-336}

Kritische Praxis nach Foucault

Grada Kilomba

{S. 299-304}

Africans in Academia – Diversity in Adversity

Urmila Goel

{S. 165-187}

Migration im Europa der Regionen – Überlegungen zu ungleichen Machtverhältnissen und ihren Konsequenzen

Gaston Ebu

{S. 265-297}

Myth and Reality of German contradiction on Migration: Lower and upper classes or status? Lower and superior „races“? The German intolerance with racism

Fabian Georgi, Fabian Wagner

{S. 305-310}

Macht Wissen Kontrolle.
Bedingungen kritischer Migrationsforschung

Interview mit Mitgliedern von Allmende e.V.

{S. 17-39}

Selbstorganisation zwischen Türkei- und Migrationspolitik

Politik

Christiane Mende

{S. 103-122}

Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989 – Zwischen Hochkonjunktur des Rassismus und dem Kampf um Rechte

Cord Pagenstecher

{S. 123-136}

„Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland

Fabian Georgi

{S. 153-163}

Kritik des Migrationsmanagements.
Historische Einordnung eines politischen Projekts

Tobias Pieper

{S. 73-79}

Flüchtlingspolitik als Lagerpolitik

1900 1920 1940 1960 1980 2000 2020

Inhaltsverzeichnis linear

<i>Miriam Höppner</i>	
Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen. Eine Einleitung	9
<i>Allmende e. V. im Interview</i>	
Selbstorganisation zwischen Türkei- und Migrationspolitik	17
<i>Stephen Sulimma und Sebastian Muy</i>	
Strukturelle Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration	41
<i>Tobias Pieper</i>	
Flüchtlingspolitik als Lagerpolitik	73
<i>Philipp Kuebart</i>	
Grenzen zeichnen – Die Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“	81
<i>Katja Giersemehl</i>	
Sprachbarriere – Die Einführung des Sprachnachweises für EhegattInnen – ein Erfahrungsbericht aus Ghana	97
<i>Christiane Mende</i>	
Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989 – Zwischen Hochkonjunktur des Rassismus und dem Kampf um Rechte	103
<i>Cord Pagenstecher</i>	
„Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland	123
<i>Eva Leitolf im Interview</i>	
Mehrfachbelichtung – Eva Leitolfs Arbeit im Prozess	137
<i>Fabian Georgi</i>	
Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politi- schen Projekts	153

<i>Urmila Goel</i>	
Migration im Europa der Regionen – Überlegungen zu ungleichen Machtverhältnissen und ihren Konsequenzen	165
<i>Johannes Krause</i>	
Das Sterben an den EU-Außengrenzen – Die Normalität in der Abnormalität	189
<i>Eva Bahl und Marina Ginal</i>	
Von Opfern, Tätern und Helfer(innen) – Das humanistische Narrativ und seine repressiven Konsequenzen im Europäischen Migrationsregime	201
<i>Kristine Wolf</i>	
Leben ohne Papiere in Marseille – Alltagspraxen illegalisierter Migranten in Europa	219
<i>Tobias Schwarz</i>	
Leben auf Probe? Zur Logik des Ausweisens in Deutschland	241
<i>Gaston Ebua</i>	
Myth and Reality of German contradiction on Migration: Lower and upper classes or status? Lower and superior “races”? The German intolerance with racism	265
<i>Grada Kilomba</i>	
Africans in Academia – Diversity in Adversity	299
<i>Fabian Georgi und Fabian Wagner</i>	
Macht Wissen Kontrolle – Bedingungen kritischer Migrationsforschung	305
<i>Franziska Brückner</i>	
Kritische Praxis nach Foucault	311
<i>Johanna Karpenstein</i>	
MiRA: Reflexionen zwischen <i>Research</i> und <i>Action</i>	337
Autor_innenbiografien	359
Zusammenfassungen der Beiträge	363

Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen.

Eine Einleitung

Miriam Höppner

Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen wurde inspiriert durch die Diskussionen und Anregungen von Referent_innen und Teilnehmenden der Veranstaltungsreihe Kritische Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2008/2009. Mit diesem Sammelband geht es uns Herausgeber_innen darum eine vertiefende Auseinandersetzung darüber anzustoßen, wie kritische Migrationsforschung aussehen kann und wie die vermeintlich getrennten Sphären von (kritischer) Theorie und (politischer) Praxis verknüpft werden können. Die Beiträge in diesem Band zeigen eine Vielseitigkeit von Migration, aber auch die Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen der Migrationsforschung auf. Die Texte repräsentieren eine Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven, Ansätze und Methoden, womit dieser Sammelband zum einen eine interdisziplinäre Herangehensweise verfolgt. Beiträge von Wissenschaftler_innen aus verschiedenen Bereichen wie Politikwissenschaft, Geschichte, Sozialer Arbeit u. v. m. schaffen einen breiten und vielschichtigen Zugang zum Thema. Zum anderen bleiben die Beiträge dieser Publikation aber nicht auf rein wissenschaftliche Zugänge beschränkt, denn diese Publikation will auch dazu beitragen das Paradigma der rein akademischen, „neutralen“ Wissensproduktion an Universitäten zu durchbrechen, indem sie das Wissen und die Perspektiven migrantischer Selbstorganisationen, von Flüchtlingsinitiativen, Aktivist_innen, Sozialarbeiter_innen und Künstler_innen im Besonderen miteinbezieht. An dieser Stelle möchte ich genauer auf die Herausgeber_innen, den Entstehungskontext, die Ziele und die Konzeption dieses Sammelbandes eingehen, um zu erklären, was es bedeuten soll, wenn wir sagen: *Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen*.

Die Gruppe *MiRA – Network of Migration, Research and Action*, ist im Jahr 2007 vor allem aus dem Unbehagen einiger Studierender über universitäre Lehre und Forschung zum Thema Migration entstanden. Überwiegend in der letzten Phase unseres Studiums setzten wir uns vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit migrationspolitischen Bedingungen und unseren Wahrnehmungen migrantischen Alltags zusammen, um gemeinsam an unserer Kritik gegenüber den Missständen des Zusammenfindens sozialwissenschaftlicher Forschung und migrantischer und aktivistischer Praxis zu arbeiten. Im Rahmen unseres Studiums waren wir, obwohl aus unterschiedlichen Fachrichtungen – Soziologie, Politologie, Geschichte, Ethnologie, Architektur, Geographie – nur auf unzureichende Antworten auf die Fragen gestoßen, die

unsere Tätigkeiten im antirassistischen und migrantischen Umfeld aufwarfen. Neben einigen kleineren Vernetzungsaktivitäten im Rahmen von Berliner Initiativen wurde unser erstes großes Projekt als migrationspolitisches Netzwerk die Ringvorlesung Kritische Migrationsforschung¹. Auch wenn die Wahl des konkreten Titels, wie so oft, eher zufällig zustande kam², war für uns die Kritik an Theorien und Sichtweisen, die über das Thema Migration an der Universität vorherrschend waren, besonders wichtig. Insbesondere das Losgelöstsein vieler wissenschaftlicher Auseinandersetzungen zum Thema Migration von konkreten praxisrelevanten Fragestellungen, wie sie uns durch unsere sozialen und politischen Aktivitäten täglich vor Augen geführt wurden, ist aus unserer Sicht ein unnötiger Missstand im Lehrangebot Berliner Universitäten, dem wir mit unserer Vorlesungsreihe zumindest ansatzweise Abhilfe schaffen wollten.

Am deutlichsten wird das Problem von praxisferner Forschung im Blick auf das Fehlen von Analysen zu den Rahmenbedingungen, die Staat und Gesellschaft den Menschen mit Fluchterfahrungen bieten. Allzu oft greifen unkritische Migrationstheorien zu kurz, wenn sie bei Push- und Pullfaktorenanalysen beginnen und vorwiegend Fragen um Integrationswillig- oder -unwilligkeit erforschen, denn dies geht an den drängenden Problemen migrantischen Alltags vorbei und blendet wesentliche Aspekte des Phänomens Migration aus. Aus antirassistischer Perspektive werden aber gerade in diesen Bereichen dringend fundierte Studien gebraucht, um die komplexen Situationen zu entwirren, sie zu verstehen und so sowohl Migrant_innen als auch Initiativen (wieder) handlungsfähig zu machen gegen Strukturen, die permanent Menschen in menschenunwürdige Bedingungen drängen. Unsere Beobachtung ist, dass gerade Sozial- und Geisteswissenschaftler_innen Fähigkeiten und Expert_innenwissen in ihrem Studium und durch ihre Forschung erlernen (können), die in der Praxis und vor allem für die Praxis von großer Bedeutung sind bzw. sein können und folglich sollten. Auf der anderen Seite gibt es ein Problem in der Praxis, da die Gefahr droht, statt kritisch reflektierten Aktivismus einem ziellosen Aktionismus zu verfallen, der dann letztlich im schlimmsten Fall seine Ziele verfehlt. Aus diesem Grund nahmen wir uns den Austausch und das Zusammenbringen einer im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen Analyse und politischer Praxis zum Ziel. Dieses Vorhaben führen wir nun mit diesem Sammelband fort.

Ein Ansatz, der kritische Forschung mit migrantischer und politischer Praxis verbindet kann den Diskurs um das Thema kritische Migrationsforschung öffnen, wird jedoch nicht zu abschließenden Definitionen gelangen. Vielmehr steht eine kritische Migrationsforschung vor der kontinuierlichen Herausforderung, sich selbstreflexiv weiter zu entwickeln und sich an sich ständig verändernde Migrationsbewegungen und -politiken sowie deren wechselseitige Verschränkungen theoretisch-konzeptionell und in empirischer Hinsicht anzupassen. Einen Ansatz, was dies auch konkret bedeuten kann versuche ich in dieser Einleitung vorzustellen. Mit diesem Sammelband sollen einige kritische Ansätze in der Migrationsforschung an ein breiteres Publikum herangetragen werden, womit sie einerseits in der Migrationsdebatte ein stärkeres Gehör finden sollen und andererseits im besten Falle dazu beitragen kann, die Praxis aus ihren Sackgassen herauszuführen. Es lassen sich zwar keine endgültigen Lösungen

¹ Durchgeführt mit Unterstützung unter anderem der Rosa-Luxemburg- und der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Netzwerk Politischer Förderfonds und dem Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

² Verwiesen sei an dieser Stelle beispielsweise auf die Vorlesungsreihen zu Kritischer Geographie, oder Veranstaltungen so selbst bezeichneter kritischer Psycholog_innen.

präsentieren, aber Ansätze und Erfahrungen können wiedergegeben und festgehalten werden, die weiter helfen können in den verschiedenen Kämpfen, sei es innerhalb der Wissenschaft, die sich teils als kritische Wissenschaft die Intervention zum Ziel nimmt, sei es aus der Praxis heraus und in ihr, die immer wieder neue Perspektiven für ihrer Restrukturierung benötigt. Das Format der Ringvorlesung ermöglichte uns einige Diskussionsformen, die zwar für unsere Idee, was kritische Migrationsforschung sein kann oder sollte, wichtig sind, sich im Sammelband jedoch nicht so wiedergeben ließen. Ein zentrales Element waren Filmvorführungen, die es ermöglichten migrantische Lebenswelten, als auch deren Repräsentationen anhand von konkreten Beispielen inspiriert gemeinsam zu diskutieren. So wurde zum Beispiel Carla Gunneschs Film *'I Broke My Future' – das Leben von Flüchtlingen in Berlin* (D 2007), Moise Merlin Mabounas *„Rien ne vaut que la vie, mais la vie même vaut rien“ – Heimperspektiven* (D 2002/2003) sowie Rebekka Schaefers *Wir haben das alles satt* (D 2008) gezeigt und soweit möglich mit den Filmemacher_innen und Protagonist_innen diskutiert. Die Darstellung migrantischen Lebens im Film ermöglichte Debatten, die nah an den Realitäten waren und viel Raum für kritische Betrachtungen eben auch der wissenschaftlichen Debatten ließen. Des Weiteren wurden in einer Podiumsdiskussion mit Zainaab Nasereddin, einer Sozialarbeiterin aus Berlin, und Juliane Dieckmann vom Frauencafe Greifswald konkrete Felder sozialer Arbeit im Bereich Migration kritisch diskutiert. Mit Manuela Bojadžijev, die als Ethnologin an der Humboldt-Universität arbeitet, und Safer Çinar vom *Türkischen Bund Berlin Brandenburg* wurde angeregt über das Thema Integration und die sozial-politischen Implikationen der Integrationspolitiken in Deutschland geredet. Immer wieder stand so das konkrete Aufeinandertreffen von wissenschaftlicher Perspektive und politischer Praxis im Mittelpunkt. Die Gespräche und kritischen Reflexionen in diesen Diskussion machten deutliche, welche Themenkomplexe in der Praxis relevant sind und gaben Raum diese wenn nicht erschöpfend so doch kritisch zu diskutieren.

Um neue Perspektiven auf und aus der Praxis aufzudecken und im Rahmen dieses Sammelbandes zur Diskussion zu stellen, haben wir uns für andere Formate entschieden. Neben klassischen wissenschaftlichen Beiträgen, die oft Fragen der Repräsentation und Konstruktion und Analyse von Grenzen nachgehen, haben wir Interviews mit Aktivist_innen und Selbstorganisationen geführt. Zum einen mit Mitgliedern von Allmende e. V. aus Berlin, einem Verein der seit Jahren aktiv ist und durch politische und kulturelle Veranstaltungen, Beratung und Treffen politisch Wirkung erzielt hat, innerhalb der türkischen Community ebenso wie nach Außen. Zum anderen mit Gaston Ebu, dessen Aktivitäten im antirassistischen Widerstand gegen institutionelle und weniger institutionelle Rassismen in Deutschland ebenso bemerkenswert sind, wie sein Versuch den entsprechenden akademischen Diskursen etwas entgegen zu setzen. Die Gespräche und Auseinandersetzungen sowohl in der Ringvorlesung als auch in der Entstehungsphase des Sammelbandes sind in mehrfacher Hinsicht von unschätzbarem Wert. Sie haben es nicht nur ermöglicht, ein gegenseitiges Zuhören stattfinden zu lassen, sondern teilweise geradezu zum Zuhören gezwungen. Der Entstehungsprozess hat uns daher einmal mehr verdeutlicht: Wer sich dafür einsetzen will, dass die Subalternen sprechen können, der setze sich zuallererst hin und höre zu. Dies klingt einfach, fällt jedoch oft schwer unter dem Druck, der aus dem Unbehagen gegenüber den Missständen und aus der eigenen Position (im Falle der MiRAs ebenso wie vieler anderer Studierender, Forschender und außeruniversitär Interessierter) erwächst. Es gilt dabei insgesamt an der eigenen Wahrnehmung zu arbeiten,

sorgsam die Stimmen um einen herum wahrzunehmen und das Zuhören wieder einzüben, das in politisch aktivistischen Kreisen oft schwer fällt. Das ist eine der zentralen Erfahrungen und Lehren aus der Arbeit von MiRA in den vergangenen Jahren³. Und es ist ein Teil der kritischen Praxis, einer von vielen.

Darin liegt auch die Wahl des Titels *Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen* begründet, denn es sind die Gespräche, (wechselseitigen) Auseinandersetzungen und Analysen, die wir suchen und ausbauen müssen. Jüngste Entwicklungen im sich inzwischen etablierenden wissenschaftlichen Bereich kritischer Migrationsforschung haben dabei nicht nur rein zufällige Ähnlichkeiten. Das Theaterstück *Da kann ja jeder kommen* an den Münchner Kammerspielen 2008 zum Beispiel war eine politisierende Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen von Menschen ohne Papiere in München, welche ein weites positives Echo⁴ bekam, und ebenso in den Kontext kritische Migrationsforscher_innen eingebunden war, wie der vorliegende Band es ist. Auch in der wissenschaftlichen und universitären Auseinandersetzung mit Migration geht es um Sichtbarmachung der ausgrenzenden, herabwürdigenden und undemokratischen Strukturen unserer Gesellschaft. Mit diesem Titel stellen wir uns deshalb bewusst in eine Tradition künstlerischer und alternativer Auseinandersetzung mit dem Thema Migration, einer kritischen Migrationsforschung, deren Anfänge unter anderem auf das *Projekt Migration* zurückgehen, welches von 2002 bis 2006 von Künstler_innen und kritischen Migrationsforscher_innen in Köln umgesetzt wurde und mit dem Buch *Transit Migration* weite Bekanntheit erlangt hat.⁵ Diese Tradition kann und soll daran erinnern, dass es immer wieder und immer noch auch um die Frage von Repräsentationen geht. Die künstlerischen Formen der Wissensproduktion spiegeln sich in diesem Band zum Beispiel in dem Interview über die Ausstellung von Eva Leitholf oder Philipp Kuebarts Darstellung eines Gangs durch die Ausstellung *Residenzpflicht – Invisible Borders*. Texte sind an dieser Stelle nur eines der möglichen Werkzeuge der Kommunikation. Eva Leitholf, die in ihren Bildern Tatorte rassistischer physischer Gewalt erfasst, sagt über diese: „... das Bildermachen ist mein Ausdrucksmittel, mein Werkzeug, und selber Bilder zu produzieren ermöglicht ja auch nicht das zu reproduzieren, was ich nicht sehen will.“ Die Bilderproduktion in den Fokus rückend, beschäftigen sich auch die Beiträge von Cord Pagenstecher, der sich einer Analyse des Bildes 'das Boot ist voll' im bundesrepublikanischen Diskurs der 1990er Jahre widmet, und Johannes Krause, der sich diskursanalytisch mit der Frage nach den 'Grenzen Europas' auseinandersetzt, mit Bildern in unserer Gesellschaft und deren Wirkungen. Unter anderem um mit diesen Bildern zu spielen, haben wir uns für eine bildhafte Darstellung des Inhaltsverzeichnisses entschieden. Damit geht es uns darum zu verdeutlichen, dass verschiedenste Kategorisierungen der Beiträge jeweils möglich sind, diese

³ Mein ganz persönlicher Dank gilt an dieser Stelle Gaston Ebua, dessen unaufhörliche Vehemenz und dessen Widerstand gegen meine Argumente mir insgesamt eine sehr lehrreiche Erfahrung geworden sind.

⁴ Siehe z. B. Rühle, Alex 2008: *Da kann ja jeder kommen*. In: Süddeutsche Zeitung 20.06. 2008: <http://www.sueddeutsche.de/politik/migration-und-europa-da-kann-ja-jeder-kommen-1.210983> (30. März 2011), und Kasch, Georg 2007: „Mamma Medea“ an den Münchner Kammerspielen. In: Der Freitag 14.12. 2007: <http://www.freitag.de/2007/50/07501402.php> (30. März 2011), sowie eine Veranstaltungsreihe am Institut für Volkskunde und Ethnologie der LMU München, Programm unter: http://www.volkskunde.uni-muenchen.de/personen/ehemalige/hess/veranstaltungsreihen/no_integration/index.html (10. November 2011).

⁵ <http://www.projektmigration.de> (30. März 2011), siehe dazu auch: <http://www.transitmigration.org> (30. März 2011).

jedoch jeweils zu unterschiedlichen Verortungen führen, die Verortung und Bedeutung der Beiträge also auf den Kontext bezogen ist, in welchem man sie sieht. In drei unterschiedlichen Bildern – einer Weltkarte, einem Zeitstrahl und der abstrakt thematischen Kategorisierung Theorie und Praxis – werden die Beiträge dieses Bandes unterschiedlich arrangiert, um damit Denkmuster aufzubrechen und mit gängigen Sortierungen zu brechen.

Warum ist diese Verortung sowohl der Beiträge, als auch des Sammelbandes insgesamt, so wichtig? Der Titel *Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen* soll nicht nur Bezug nehmen zu vorherigen, er soll darüber hinaus provozieren. Denn dieses Buch erscheint, nachdem die Bundesrepublik Deutschland im Herbst 2010 von einer neo-rassistischen Debatte geprägt wurde⁶. Die öffentliche Auseinandersetzung zum Thema Migration und Einwanderung der vergangenen Monate bestätigte nur einmal mehr die Notwendigkeit einer Entgegensetzung zu rassistischen Diskursen, die stetig an Salonfähigkeit zu gewinnen scheinen. Dem ausgrenzenden Diskurs um Integration in Deutschland wollen wir ein „Es soll jeder kommen!“ entgegenstellen. In der politischen Auseinandersetzung geht es um den Kampf um Bewegungsfreiheit, das Aufbrechen der Grenzen und die Durchsetzung elementarer Menschenrechte, deren Gewährleistung in diesem Land, ebenso wie in vielen anderen Ländern Europas eben nicht garantiert ist. Wir wollen uns gemeinsam gegen die Entmenslichung unseres Zusammenlebens hier und andernorts zur Wehr setzen und uns dem Kampf gegen (neo)koloniale Ausbeutung stellen.

Einige Beiträge in diesem Band diskutieren, wie die konkreten Lebensbedingungen und die von uns hier kritisierten entmenslichten Bedingungen aussehen, wie sie funktionieren und wie mit ihnen umgegangen wird. So beschreibt Kristine Wolf zum Beispiel in einer ethnographischen Analyse die Lebensbedingungen und Praxen von Menschen ohne Papiere im Süden Frankreichs. Bahl und Ginal analysieren dagegen, wie Opfer im Diskurs um Sexarbeit und Menschenhandel kreiert werden. Tobias Schwarz gibt einen juristischen Einblick in die Logik des Ausweisens in der Bundesrepublik Deutschland und Tobias Pieper gibt eine kurze und prägnante Analyse des Lagersystems in Deutschland. Der globale Kontext dieser von Migrationspolitiken geschaffenen Bedingungen spiegelt sich in diesem Band darüber hinaus durch den Erlebnisbericht von Katja Giersemehl über Deutschkurse in Ghana, ein Bericht der die Absurdität(en) klar aufzeigt.

Die Frage der Darstellung und Verortung ist immer relevant, denn auch der wissenschaftliche Diskurs um Migration findet in einer Herrschaftsordnung statt. Die Frage wer wen repräsentiert und von welcher Position aus gesprochen wird, ist entscheidend für die erzielte Wirkung(en). Das Publikum reagiert auf die Sprecher_innenposition, die Sprecher_innen arbeiten mit ihr, ob reflektiert oder nicht. Grada Kilomba ermahnt in ihrem Text zum Beispiel immer die Frage zu reflektieren: „What do we want to know? And how is this related to racism?“ (Was wollen wir wissen und welchen Bezug hat das, was wir wissen wollen zu Rassismus?). Denn es gilt in der Herrschaftsordnung der Wissenschaft zu erkennen, dass die wissenschaftliche Welt kein neutraler Ort ist, sondern ein Ort der Gewalt. (Kilomba: Academia is not a neutral location,

⁶ Gemeint ist damit insbesondere die Debatte um die „Thesen“ des früheren Berliner Finanzsenators und damaliges Bundesbankvorstandsmitglied Thilo Sarrazin, deren Echo im gesellschaftlichen Diskurs noch wesentlich erschreckender waren, als die Thesen selbst, die ebenso unhaltbar wie unerträglich waren. Damit sei darauf verwiesen, dass nicht neonazistische Parolen an sich das Hauptproblem sind, sondern deren Sedimentierung in weiten Teilen der Bevölkerung, bis hin zur gefühlten Mehrheit, die damit leider eine unbeschreibliche Macht entwickelt, der es sich entgegenzustellen gilt.

academia is a space of violence). Dass daher die Selbstverortung im wissenschaftlichen Diskurs entscheidend ist, wenn das Ziel sein soll, kritisches Wissen zu produzieren, proklamieren auch Georgi und Wagner wenn sie schreiben: „Kritische Migrationsforscher_innen können sich ihrer Subjektivierung und Reproduktion in bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen nicht entziehen. Sie können jedoch radikal die Maßstäbe ihrer eigenen Praxis, ihre Grenzen und Folgen dekonstruieren.“ In ihrem Text stellen Georgi und Wagner ihre Perspektive auf Bedingungen kritischer Migrationsforschung vor und berichten über die Entstehung des Netzwerkes Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kurz: Kritnet). Mit dem Wirken in diesem Netzwerk stehen wir Herausgeber_innen für dessen Forderung: Eine andere Wissensproduktion ist möglich!

Auseinandersetzungen innerhalb des Netzwerkes Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung haben unserer Ansicht nach die Erfahrung mit sich gebracht, dass es schwierig ist, eine andere Wissensproduktion umzusetzen, wenn gleichzeitig weiter Wissenschaft in seinen klassischen Bedingungen und Begrenztheiten betrieben wird. Dieser Band soll auch dafür stehen, dass es nicht reicht *Demokratie statt Integration*⁷ zu fordern, denn Demokratie muss auch in und durch die Wissensproduktion umgesetzt und praktiziert werden. Dabei müssen wir lernen, indem wir heraustreten aus etablierten Kreisen und das Aufeinanderzugehen wieder (er)lernen. Dafür müssen sich scheinbar widersprechende Ansätze und Perspektiven aushaltbar sein, Demokratie ist nichts Statisches, sie ist in dauerhafter Bewegung, so wie die Migration. Um einen möglichst breiten Austausch zu ermöglichen, haben wir uns für ein breites Spektrum an Autor_innen entschieden, auch in der Hoffnung, damit eine Vielzahl von Leser_innen zu erreichen. Den Bedingungen der klassischen Wissensproduktion in der Wissenschaft entgegenwirkend, haben wir uns im Interesse ein möglichst großes Leser_innenpublikum zu erreichen, auch für die Veröffentlichung unter der Creative-Commons-Lizenz entschieden und das Format der Onlinepublikation ganz bewusst, wider anderer Angebote, gewählt. Die Ideen sollen sich frei verbreiten können, jedem zugänglich sein und so breit wie möglich diskutiert werden. Ebenso erstreckt sich das Themenspektrum der hier versammelten Beiträge über ein weites Feld. Neben den schon erwähnten Beiträgen, finden sich folgende Themen in diesem Band: Der Frage, was und wie kritische Migrationsforschung sein kann, widmen sich neben Fabian Georgis und Fabian Wagners Beitrag auch die Reflexionen von Johanna Karpenstein und Franziska Brückner, beide Mitglieder des Netzwerkes MiRA. Explizit mit den Themen der Machtverhältnisse in der Wissenschaft und im heutigen Europa der Regionen befassen sich die Beiträge von Grada Kilomba und Urmila Goel. Einer eher historischen Perspektive folgt Christiane Mende in ihrem Beitrag zu Lebensperspektiven von DDR-Arbeitsmigrant_innen in der Bundesrepublik nach 1989. Ähnliches tut auch Gaston Ebuja in seinem Beitrag, der neben einem starken Bezug zu aktuellen Fragen der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Deutschland und insbesondere zur Bedeutung von Weiß- und Schwarzsein in Deutschland schreibt, die historischen Entwicklungslinien der Asyl- und Menschenrechte in Deutschland und Europa stark in seine Darlegungen einbezieht. Auch die Einordnung des Migrationsmanagements von Fabian Georgis Beitrag folgt einer historischen Herleitung. Diese Beiträge runden damit den

⁷ Siehe <http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org> (10. 11. 2011), erstmals veröffentlicht in der TAZ am 01.10. 2010 unter dem Titel: Nein zur Ausgrenzung, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/nein-zur-ausgrenzung> (März 2011).

Sammelband ab und zeigen, dass die kritische Migrationsforschung viel Raum hat für Beiträge und Diskussionen, dass sie offen sein kann für neue Ideen und Kritiken und, nicht zuletzt, dass Autor_innen unterschiedlichsten Hintergrundes zusammenkommen können mit ihren Perspektiven, um gemeinsam ein Bild der durch Migration in Bewegung seienden Gesellschaft zu zeichnen.

Aus einigen Beiträgen in diesem Sammelband lässt sich Wut, aus einigen Ohnmacht herauslesen. Der akademischen Falle, komplexe Sachverhalte in einer komplizierten Sprache auszudrücken, konnten nicht alle Beiträge entgehen. Es geht dem Netzwerk MiRA darum Migrationsforschung und Praxis besser aneinander anzubinden und aus der Praxis heraus, ebenso wie aus der Theorie die Kritik zu entwickeln. Auch diese Publikation entstand unter den Bedingungen kritischer Wissensproduktion. „Es gibt schon einen Widerspruch zwischen Anspruch und Realität [...]. Das ist ein großes Problem, das wir zu bewältigen haben.“ sagt Garip Bilal im Interview mit Allmende und auch die Herausgeber_innen standen vor diesem Problem. Ähnlich wie Muy und Sulimma in ihrem Artikel eine Autonomie der Sozialen Arbeit fordern, haben wir versucht an einer autonomen Wissensproduktion zu arbeiten. Oft ohne finanzielle oder andauernde institutionelle Unterstützung, beweist die Fertigstellung des Bandes, dass es sich lohnt in gemeinsamer Aktion an kollektiven Wissens- und Lernprozessen zu arbeiten. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang bei den zahlreichen Mitwirkenden, an erster Stelle bei allen Autor_innen der Beiträge, gleichermaßen jedoch bei allen, die uns bei der redaktionellen Arbeit unterstützt haben, namentlich bei Lysette Laffin für das Layout, bei Clara Windisch und Marlis Wildenhain für ihr Engagement im Redigieren der Beiträge, vielen weiteren für die Unterstützung und Geduld, die sie uns während der Entstehung dieses Bandes entgegengebracht haben.

MiRA hat in seiner Vernetzungsarbeit der vergangenen Jahre einen auf den ersten Blick unscheinbar erscheinenden Informationsfluss zwischen unterschiedlichen Akteuren_innen herstellen können, der langsam seine Kreise gezogen hat, aber Wirkung(en) entfaltete. So haben MiRAs zum Beispiel entscheidend an der inzwischen wieder aufgebauten Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“ mitgewirkt⁸ und am Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung des Landes Berlin mitgewirkt⁹. MiRA hat aber auch kritisches Wissen durch Lese- und Diskussionskreise vorangetrieben, in denen die begonnenen Debatten und Dialoge beständig fortgesetzt werden konnten. Die produktiven und lehrreichen Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Perspektiven ist unser Ziel mit dieser Publikation ebenso wie in unserer zukünftigen Arbeit. Wir werden uns nach Abschluss dieser Publikation wieder stärker sowohl den politischen Kämpfen widmen, als auch weiter an der Praxis kritischer Wissensproduktion arbeiten, um damit eine schrittweise Veränderung der unbehaglichen Zustände herbeizuführen.

⁸ Diese Ausstellung, deren Aufbau in diesem Band in Kuebarts Beitrag ausführliche geschildert ist, wurde bei einem Brandanschlag am 22. Januar 2010 auf das Haus der Demokratie in Zossen zerstört. Sie ist inzwischen wieder aufgebaut worden und wird nun an unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik ausgestellt. Sie steht weiterhin als Wanderausstellung zur Verfügung, aktuelle Informationen gibt es auf: <http://www.invisibleborders.de>

⁹ Informationen zum Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung finden sich neben den Seiten des Berliner Senats auch auf der Seite des Migrationsrates Berlin Brandenburg e. V.: <http://www.migrationsrat.de>

Selbstorganisation zwischen Türkei- und Migrationspolitik

Allmende e. V. im Interview

Ein Interview mit Garip Bali, Çağrı Kahveci und Moritz Schelkes von Allmende e. V.¹

Zusammenfassung

Der selbstorganisierte türkische Verein Allmende e. V. definiert sich als sozialer Raum, der die Möglichkeit zum politischen und kulturellen Austausch bietet. Im Interview mit MiRA beschreiben Allmende-Mitglieder ihre Arbeitsweise nach Innen und Außen, ihre Schwierigkeiten und Ziele. In den Fokus rückt die Frage nach den Beziehungen zwischen politischen Aktivist_innen in der Türkei und Deutschland. Sie nehmen Stellung zu diversen Themen des bundespolitischen Diskurses. So treten sie dem Vorwurf der Parallelgesellschaft entgegen und üben Kritik am Integrationsbegriff. Ein Mittelpunkt ihrer Arbeit ist die Forderung nach politischer Gleichberechtigung über das Wahlrecht für alle Migrant_innen bei gleichzeitiger Kritik am parlamentarischen System insgesamt. Darüber hinaus werden Probleme der alltäglichen Arbeit angesprochen: Die Finanzierungsproblematik von politischen Vereinen ebenso wie die Schwierigkeiten, türkische Jugendliche für ihre Arbeit zu gewinnen. Dahinter steht die grundsätzliche Frage, wie migrantische Politik im Kontext einer ablehnenden Haltung der Mehrheitsgesellschaft gestaltet werden kann.

MiRA: *Könnt ihr zur Einleitung kurz etwas zu eurem Verein „Allmende“ sagen? Wie und warum habt Ihr Allmende gegründet? Was macht Allmende aus, was sind Eure Aktivitäten und Ziele?*

Garip: Also ganz offiziell hat sich Allmende 2004 aus einem Zusammenschluss von zwei Vereinen plus unabhängigen Menschen zusammengefunden. Die Vorgeschichte besteht einerseits darin, dass diese Leute vor der offiziellen Gründung zwei Jahre gemeinsam, ohne diesen Namen Allmende,

¹ Das Interview führten Johanna Karpenstein und Kristina Korte vom Netzwerk MiRA am 10.09. 2009.

einen Laden für verschiedene Aktivitäten genutzt haben. Vor allem zu Migrant_innen betreffenden Fragen, Problemen wurden verschiedene Kampagnen durchgeführt. So hat man sich sozusagen in der Praxis kennen gelernt. Die Vereine, die in dieser Phase zusammengekommen sind, heißen Ada e. V.² und Türkeizentrum. Beide haben sich seit Ende der 80er Jahre mit der Migrationspolitik hier, mit den hiesigen Problemen und mit den hiesigen Realitäten auseinandergesetzt, in unterschiedlichen Formen. Aber es kamen auch andere, also unabhängige Menschen dazu, die zu keinem dieser beiden Vereine gehörten. Es war eine Phase, in der die einzelnen Vereine alleine nicht besonders viel bewirken konnten und daher entstand das Bedürfnis, gemeinsam etwas zu unternehmen. Dieses Vorgehen orientierte sich an der Entwicklung der Linken in der Türkei, weil Mitte bis Ende der 90er Jahre auch in der Türkei eine Zusammenführung stattgefunden hat: in Form der „ÖDP“, der Partei für Freiheit und Solidarität. Auch diese Partei war sozusagen ein breiter Zusammenschluss von verschiedenen linken Gruppierungen und Bewegungen. Nichtsdestotrotz haben wir uns von Anfang an vorgenommen, trotz unseren Beziehungen zu verschiedenen linken Bewegungen oder Gruppierungen in der Türkei, uns schwerpunktmäßig mit der hiesigen Realität zu konfrontieren und vor allem die Migrationspolitik auf unsere Agenda zu setzen. Nach wie vor interessieren aber auch die Geschehnisse, die Ereignisse, die Entwicklungen in der Türkei sehr viele Mitglieder von Allmende so sehr, dass die Türkeipolitik immer wieder auf der Tagesordnung steht und verschiedene Aktivitäten, Aktionen und Veranstaltungen dazu stattfinden. In den letzten zwei Jahren haben wir zum Beispiel in einem relativ großen Rahmen Gedenkveranstaltungen für Hrant Dink³ gemacht. Das war sehr gut besucht.

MiRA: *Inwiefern setzt Ihr Euch mit Migrationspolitik auseinander? Wie geht Ihr da vor?*

Garip: Seit einem Jahr versuchen wir uns in einer Arbeitsgruppe mit konkreten

² Ada heißt Insel, der Name stammt aus einem Gedicht von Mahir Çayan, einem Revolutionsführer von Anfang der 70er Jahre in der Türkei

³ Hrant Dink (1954–2007) war ein armenisch-türkischer Journalist und Intellektueller, sowie Herausgeber der armenisch-türkischen Zeitung *Agos* in Istanbul. Er wurde 2007 auf offener Straße erschossen. Für seinen Tod werden Nationalisten und staatsnahe Kreise verantwortlich gemacht.

Fragen zu Bildung, Rassismus, Partizipation und generell der Migration, ihrer geschichtlichen Situation, auseinanderzusetzen, indem wir Seminare veranstalten, Diskussionen führen, auch externe Redner einladen. Als Resultat dieser Diskussionen wollen wir ein Programm, eine Broschüre herausgeben, wo wir auch unsere Forderungen konkret definieren. Aktuell befassen wir uns mit der politischen Partizipation aufgrund des Superwahljahres 2009. Dazu haben wir bezüglich der Forderung „Wahlrecht für Migrant_innen“ Aktionen und Pressekonferenzen gemacht, Flugblätter verteilt. Jetzt am 27. September wollen wir auch eine Aktion machen, das bleibt erstmal ein Geheimnis.⁴

Wir kooperieren auch mit anderen Migrant_innengruppen oder wir versuchen es zumindest punktuell. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit einer bestimmten Gruppe oder mit einem Dachverband findet nicht statt. Aber vor allem hinsichtlich des Wahlrechts haben wir schon alle Migrant_innenvereine, vor allem türkische oder türkeistämmige Vereine angeschrieben, angesprochen und sie eingeladen. Es ist auch eine Initiative „Wahlrecht für Migrant_innen“ entstanden, die offiziell von verschiedenen Gruppen, Vereinen und Dachverbänden unterstützt wird. Praktisch gesehen jedoch bleiben wir, muss man zugeben, mehr oder weniger allein als Allmende, die wir uns dieses Thema auf die Fahnen geschrieben haben. Das liegt, denke ich, auch daran, dass die Migrant_innen sich gerade in Wahlzeiten nicht nur auf ihr Migrant_innen-Sein beschränken, sondern sich auch in mehrheitsgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten einbinden, etwa in Parteien aktiv sind, bei den Grünen, der SPD oder Die Linke und sich da besonders engagieren. Es gibt ja mittlerweile deutschlandweit circa 700 000 Menschen mit türkischem Hintergrund, die den deutschen Pass und somit das Wahlrecht haben. Die Appelle bezüglich der Wahl an diese Migrant_innen gehen in die Richtung „Nehmt daran Teil und wählt diese oder jene Partei!“. Es gibt auch Leute unter uns, bei Allmende, die sich zum Beispiel bei den Linken engagieren, auch für den Bundestag kandidieren. Aber Allmende an sich hat sich nicht auf irgendeine Partei festgelegt oder bestimmt, dass ein bestimmter Kandidat oder eine

⁴ Am 27. September bildeten die Mitglieder von Allmende e.V. vor der Humboldt-Universität, wo die Bundeskanzlerin Angela Merkel Ihre Stimme abgegeben hat, eine Kette, Buchstaben auf ihren T-Shirts ergaben das Wort „WAHLRECHTSLOS“. Damit forderten sie das Wahlrecht für die Migrant_innen in Deutschland.

bestimmte Partei unterstützt wird. Wir sind schon recht vielfältig, es gibt hier unterschiedliche Meinungen, die auch ihre Entsprechung finden. Wir versuchen unsere Entscheidungen durch ausführliche Diskussionen, Überzeugungsarbeit und Konsens zu finden. Wir versuchen kaum, gerade wenn es um politische Fragen geht, durch Abstimmung zu einer Entscheidung zu kommen. Also Allmende bietet die Möglichkeit, bietet den Raum an. Wir wollen Mitgliedern und verschiedenen Leuten die Möglichkeit geben, hier verschiedene Aktivitäten durchführen zu können, etwa Arbeitsgruppen zu einem Thema, einfach was unternehmen zu können. Die Möglichkeiten sind für alle gegeben. Allmende ist auch ein Treffpunkt, ein Café, ist auch ein Raum für andere Gruppen, die mit unseren Zielen vielleicht direkt nichts zu tun haben. Auch deutsche Gruppen treffen sich hier, Gewerkschaften oder Parteien können hier ihre Veranstaltungen abhalten.

MiRA: *Ihr bezeichnet euch als Selbstorganisation. Was bedeutet das für euch?*

Garip: Ja, wir setzen uns für die Selbstorganisation der Migrant_innen ein. Aber Fakt ist natürlich, dass wir in erster Linie Menschen aus der Türkei ansprechen – und das nochmal eingeschränkt: eher linke Menschen. Nicht dass wir uns auf dieses Spektrum beschränken wollen, aber das die Realität. Wir haben nicht die Mittel, die medialen Mittel, um alle permanent und kontinuierlich anzusprechen. Wir haben zwar eine Internetseite, aber ich weiß nicht von welchen Leuten oder Kreisen sie besucht wird. Was wir als wichtig empfinden ist, dass wir hier basisdemokratisch organisiert sind. Wir sind offen für alle und unsere Koordination, die sich explizit nicht Vorstand nennt, ist auch im Prinzip offen. Jedes Mitglied sowie interessierte Leute können an den Plena teilnehmen, die am Monatsende stattfinden. Da werden die entscheidenden Fragen gemeinsam diskutiert.

MiRA: *Welche Veranstaltungen finden denn hier in den Räumen von Allmende statt?*

Garip: Es finden hier verschiedene kulturelle Veranstaltungen statt. Zum Beispiel gibt es Filmabende. In den letzten drei, vier Jahren haben wir hier regelmäßig alle zwei Wochen Freitags vor allem türkische Filme gezeigt,

aber zwischendurch gab es auch Filme zum Thema Wasserprivatisierung in der Türkei oder zum Thema Oury Jalloh⁵. Kürzlich hat eine Filmreihe zur Migration und Darstellungen der Migrant_innen im Film stattgefunden. Diese Veranstaltung war sehr gut besucht und war ein Novum in der Geschichte von Allmende, weil zu dieser Veranstaltung auch Nicht-Migrant_innen zahlreich erschienen sind und zu verschiedenen Themen gemeinsam interessante Diskussionen geführt wurden. Zu diesen Veranstaltungen kamen auch verschiedene Redner. Das war eine sehr gute Veranstaltungsreihe, die Allmende auch ein bisschen gestärkt hat.

Durch Frühstück mit Familien, mit Kindern wollen wir außerdem bestimmte Leute, bestimmte Kreise erreichen. Es soll hier auch eine soziale Aktivität stattfinden können, auch durch Essensverkäufe, was seit Anfang des Jahres relativ gut läuft. Jeden Tag gibt es preisgünstiges Essen. Das ist schon ein Anreiz für Leute, die hier dann auch die Möglichkeit haben, sich einen Einblick zu verschaffen.

MiRA: *Könnt Ihr kurz erläutern, was die Hintergründe und das Konzept dieser Filmreihe waren?*

Çağrı: Wir hatten mit FreundInnen öfters die Diskussion über die Darstellung der Migration in Deutschland. Uns kam die Idee, dass wir bei Allmende, weil wir hier diesen großen Raum haben und weil das Interesse besteht, ein paar Veranstaltungen über das Thema organisieren wollten. Wir wollten das Thema in freundschaftlicher Atmosphäre und mit verschiedenen Diskutanten – einige waren aus dem akademischen, dem universitären Bereich, einige waren Aktivisten – ansprechen und diskutieren. Wir haben uns zu verschiedenen Facetten der Migration – natürlich sehr begrenzt – Filme ausgesucht, dann Leute eingeladen, die sich mit dem jeweiligen Thema beschäftigt haben. Zum Beispiel war ein Thema Viktimisierung

⁵ Oury Jalloh (geb.: 2. Juni 1968; gestorben: 7. Januar 2005) war ein in Deutschland lebender Sierra Leoneer, der während eines Brandes in einer Zelle des Polizeireviers Dessau in Sachsen-Anhalt ums Leben kam. Der Dienstgruppenleiter des Reviers sowie ein weiterer Polizist, die wegen fahrlässiger Tötung angeklagt worden waren, wurden am 8. Dezember 2008 vom Landgericht Dessau freigesprochen. Laut Gerichtsurteil war es möglich, dass Jalloh trotz Fesselung an Händen und Füßen die schwer entflammable Hülle der Matratze beschädigt und deren Polsterung in Brand gesetzt haben konnte. Freunde und Familie von Oury Jalloh begründeten die „Initiative Oury Jalloh“, um die Ursachen seines Todes aufzuklären – die kritische Öffentlichkeit geht von Mord aus.

oder Subjektwerdung in der Migration, da haben wir an einem Abend mit Manuela Bojadžijev⁶ und an einem anderen mit Serhat Karakayali⁷ gesprochen. Über sexuelle Orientierung und Transsexualität haben wir mit Gürkan Buyurucu von GLADT⁸ gesprochen. Meine Idee war auch, dass sich durch die Veranstaltungen die Aktivitäten von Allmende ein bisschen mehr auf Migration ausrichten. Wir hatten schon aufgezählt, was wir bisher gemacht haben, aber für mich ist Allmende eher eine Organisation, die sich auf zwei Schienen bewegt, auf der einen Seite die Türkeipolitik und dann eben Migrationspolitik. Und ich wollte das Thema eher auf letztere Schiene bewegen.

Moritz: Die Idee war auch, einen Raum zu schaffen, wo verschiedene Gruppen, verschiedene Perspektiven zusammenkommen – die vielleicht unter anderen Umständen nicht unbedingt zusammen kämen – um gemeinsam zu diskutieren. Es sind dann tatsächlich verschiedene Leute aus verschiedenen Richtungen gekommen. Teilweise waren aus der Community um Allmende herum ein bisschen weniger Menschen da, als wir erwartet hatten. Das hatte vielleicht auch mit der Sprache zu tun, haben wir uns im Nachhinein überlegt.

Çağrı: Eine Vernetzungsidee war von Anfang an dabei, hat aber eben nur teilweise Erfolg gezeigt. Wir wollten, dass die Leute sich persönlich vernetzen, die sich in den verschiedenen Gruppierungen mit den Themen Rassismus oder Migration beschäftigen. Es könnte aber für uns als Allmende einen Anstoß geben, uns mit solchen Thematiken intensiver auseinanderzusetzen in der nächsten Zeit.

Garip: Also ein Defizit bei Allmende ist, dass wir theoretisch den Anspruch haben, uns kontinuierlich und konsequent mit der Migrationspolitik auseinanderzusetzen, indem wir auch Alternativen erarbeiten und uns für diese einsetzen, dass letztendlich aber nur sehr wenige der Mitglieder sich

⁶ Manuela Bojadžijev, Dr. phil., geboren 1971, arbeitet zu den Themen Rassismus und (Kämpfe) der Migration. Sie ist u. a. Teil der Forschungsgruppe Transit Migration.

⁷ Soziologe und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Thema Migration, Mitglied der Forschungsgruppe Transit Migration und des Netzwerks Kritische Migrationsforschung

⁸ GLADT e. V. (Gays & Lesbians aus der Türkei) ist eine unabhängige Selbst-Organisation von türkeistämmigen Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen und Transgendern (LSBTT). Der Verein ist in Berlin ansässig.

wirklich dafür engagieren. Das beweist auch die Arbeit dieser Arbeitsgruppe und die Anzahl der Leute, die letztlich in dieser Arbeitsgruppe Mitglied sind. Das zeigt sich weiterhin an der Bereitschaft, sich z. B. an Interviews wie diesem im Namen von Allmende zu beteiligen oder zu Informationsveranstaltungen zu gehen und im Namen von Allmende eine alternative Meinung zu vertreten. Das findet nicht in dem Maße statt, wie wir uns das vorstellen oder wie wir den Anspruch haben. Das liegt auch, wie Moritz schon gesagt hat, teilweise daran, dass die Leute sprachlich nicht fit sind oder sich nicht trauen, aufzutreten und die Meinung von Allmende oder auch ihre persönliche Meinung kund zu tun.

Es gibt schon einen Widerspruch zwischen Anspruch und Realität, auch bei uns bei Allmende. Das ist ein großes Problem, das wir zu bewältigen haben. Wir wollen jetzt im Oktober nochmal eine Klausurtagung machen, wie wir es auch letztes Jahr gemacht haben. Da kommt Allmende einen ganzen Tag zusammen, um Allmende sozusagen nochmal in Frage zu stellen: Was sind die Ziele? Wie weit sind wir? Was wollen wir uns genau vornehmen und wofür wollen wir uns intensiv und schwerpunktmäßig einsetzen? Es wird noch einmal ins Bewusstsein rufen, wo wir gerade stecken.

Mein Anliegen ist es schon, dass auch Allmende sich als Gruppe konkreter definiert und entsprechend nach außen auftritt und wirkungsvoller sein kann. Ich denke, Selbstorganisierung ist eine wichtige Angelegenheit, was jetzt etwas wirkungsvoller vorangetrieben werden kann. Es kommt darauf an, dass Leute mit Erfahrung gemeinsam und kontinuierlich agieren, denn sonst bleiben wir nach wie vor ein Treffpunkt, der beliebig benutzt wird – auch wenn es schon mal eine wichtige Grundlage ist, dass dieser Ort zumindest als Anlaufstelle dient. Wenn Leute Probleme oder Fragen haben, haben sie hier einen Menschen, der sich ihren Problemen zuwendet und damit kann man vielleicht auch einzelnen Menschen behilflich sein. Alternative Politiken sind natürlich auch akademisch zu entwickeln, veröffentlicht in Form von Büchern oder Artikeln. Auf Tagungen werden diese Meinungen auch hier und da schon vertreten. Aber ich denke, die Betroffenen müssen sich auch selbst zu Wort melden und als organisierte Subjekte wahrnehmbar sein und auftreten können. Die Migrant_innen müssen sich lautstark zu Wort melden können. Dass man zum Beispiel

kein Wahlrecht hat, ist eigentlich ein Skandal, aber das wird nicht durch irgendeine Bewegung öffentlich gemacht, sondern hier und da erwähnt es vielleicht jemand als eine Ungerechtigkeit. Wie ich schon vorhin beschrieben habe, beschränken sich auch die migrantischen Organisationen auf die Frage, welche Partei wählbar wäre, wenn wir die Möglichkeit hätten, zu wählen. Und gerade in dieser Frage haben wir bei Allmende eine wirklich alternative Position zu vertreten und zu verbreiten, weil wir von diesem Mainstream, von diesen Versprechungen, von dieser Integrationspolitik, wo das immer wieder forciert wird, nichts halten. Das ist eine Farce und gerade das muss auch immer wieder im Namen einer alternativen Migrationspolitik entlarvt werden. Gerade weil es in den letzten Jahren diese Integrationsgipfel gab, es gibt diesen nationalen Integrationsplan, es gibt Maßnahmen, es gibt Versprechungen und ein Programm⁹, das im Namen der Integration umzusetzen ist. Wie stehen wir dazu oder was steht eigentlich hinter diesen Maßnahmen, unabhängig davon, ob sie umgesetzt werden oder nicht. Was steckt für ein Gedanken-gut dahinter und was für Konflikte, Widersprüche werden verdeckt? Ich denke, wir als Migrant_innen sollten uns nicht immer auf diesen Konflikt einlassen und eine bessere Definition von Integration entwickeln, sondern das überhaupt in Frage stellen und ablehnen, weil das ein Begriff ist, der seit Jahrzehnten verschleiert. Es gibt institutionelle Diskriminierung, Rassismus, es gibt den Rassismus im Alltag, in den Medien. . . Man sollte das nicht mehr als normal empfinden. Es ist ein Problem, dass man das als normal empfindet. Aber wenn vor Gericht eine Frau mit Kopftuch erstochen wird¹⁰, dann ist das eigentlich ein Unding, wo ein Aufschrei durch die Gesellschaft gehen muss und wo Migrant_innen so was wie in Paris anstimmen müssten¹¹. Aber das passiert im Moment nicht, weil die Politisierung und das Bewusstsein von Aufstand und Aufruhr bei den

⁹ Der Nationale Integrationsplan wurde von der Bundesregierung, Ländern, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen erstellt und 2007 auf dem zweiten von der Bundesregierung initiierten Integrationsgipfel präsentiert. Er enthält Ziele, Maßnahmen und Selbstverpflichtungen, die zur besseren Integration der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beitragen sollen.

¹⁰ Am 1. Juli 2009 wurde die Ägypterin Marwa El-Sherbini im Dresdner Landgericht ermordet. Sie hatte vor dem Gericht in einem Beleidigungsprozess gegen den Täter ausgesagt, weil dieser sie zuvor rassistisch und islamfeindlich beschimpft hatte.

¹¹ Am 27. Oktober 2005 starben in Paris zwei Jugendliche mit Migrationshintergrund auf der Flucht vor der Polizei. Daraufhin brachen in den Pariser Vororten und anderen französischen Städten Unruhen aus, die mehrere Wochen andauerten.

Migrant_innen nicht vorhanden ist. Gerade in diesem Punkt haben wir als Allmende die Betroffenen, speziell die Jugendlichen, dazu zu bewegen, etwas anzustellen und sich nichts gefallen zu lassen.

MiRA: *Könnt ihr noch etwas dazu sagen, was genau eure Kritik an den Integrationsgipfeln und an der Migrationspolitik ist, was da verschleiert wird?*

Garip: Naja, Integration, so heißt es auch in diesem Plan, meint, jetzt mal kurz zusammengefasst, radikalisiert, Migrant_innen haben sich zu zivilisieren, sich anzupassen, Deutsch zu lernen, damit sie überhaupt als Teil der Gesellschaft akzeptiert werden, anerkannt werden. Das heißt, es gibt erstmal einen Generalverdacht: „Ihr seid integrationsunwillig, ihr seid unzivilisiert, ihr seid undemokratisch!“ Schon allein diese Einbürgerungstests, diese Fragen, die da gestellt werden, überhaupt die Frage um die deutsche Sprache: „Warum können Migrant_innen immer noch kein Deutsch, obwohl sie schon in der zweiten Generation da sind?“ Diese Thematisierung suggeriert: Die Migrant_innen wollen unter sich bleiben, wollen „Parallelgesellschaften“ bilden, wollen sich nicht die Mühe machen, Deutsch zu lernen, wollen sich nicht anpassen, wollen nicht Teil der Gesellschaft werden, wollen sich abschotten. Das ist ein Vorwurf, das ist eine Unterstellung, ein Generalverdacht, der immer wieder geäußert wird. Integration wird als eine Auflage an die Migrant_innen gestellt: „Ihr habt Leistungen zu erbringen, euch kulturell anzupassen!“ Als ob Kultur ein Problem an sich wäre. Dabei werden soziale Schieflagen gar nicht richtig wahrgenommen oder richtig sortiert. Ich meine, woran liegt es, dass die Menschen auch bildungsmäßig nicht richtig vorankommen? Was sind die Chancen, was sind die Möglichkeiten? Andererseits wird der Nachzug der Familienmitglieder erschwert und das heißt, es wird auch immer wieder durch Verschärfung des. . . Ausländergesetzes wollte ich sagen, das nennt sich mittlerweile Zuwanderungsgesetz. . . für mich ist das immer noch ein Ausländergesetz. . . , signalisiert: „Ihr seid hier unerwünscht!“ Einbürgerung wird zum Beispiel erschwert. Ich habe neulich wieder einer Statistik entnommen, dass die Zahl der Eingebürgerten rapide abnimmt. Man will einfach die Einbürgerung erschweren. Selbst wenn man eingebürgert ist – nach der neusten Novellierung des Zuwanderungsgesetzes wird der

Nachzug der Ehegatten auch bei den Eingebürgerten erschwert. Daher ist der Begriff Integration, der all diese Problemlagen verdeckt, auf jeden Fall fraglich und ich lehne ihn ab. Denn es müssten erstmal die gleichen Chancen und rechtlichen Möglichkeiten in jeder Hinsicht gegeben sein. Auch der Wille oder die Bereitschaft, die Eingewanderten aufzunehmen, muss überzeugend da sein, damit überhaupt ein Aufeinanderzugehen stattfinden kann. Wenn die Menschen wirklich ein friedliches Zusammenleben ausführen wollen, dann muss man sich natürlich auch auf gleicher Augenhöhe akzeptieren, wahrnehmen. Dann wird es auch funktionieren. Dann muss man auch nicht definieren, was Integration ist. Das wird sich dann ergeben. Und die eingewanderten Menschen, aus der Türkei oder egal von wo, die haben den Wunsch, Deutsch zu lernen. Ich kenne niemanden, der sagt: „Nein, ich will kein Deutsch lernen“. Es gibt Menschen die sagen: „Mir fällt es schwer, Deutsch zu lernen“. Das geben sie auch zu, das ist dann vielleicht eine Schwäche von einzelnen Personen. Aber die Allgemeinheit will natürlich Deutsch lernen und hier vorankommen. Jeder Mensch, aus welchem Land auch immer, hat den Wunsch voranzukommen und gut zu leben, ökonomisch, sozial, kulturell. Jeder möchte in einem guten Status sein und es ist ja klar, dass das über die Sprache geht. Aber wenn das nun mal nicht klappt, wenn die Leute wirklich keine Lust haben, liegt das auch daran, dass man ihnen signalisiert: „Du bist hier unerwünscht!“ Zum Beispiel Islamophobie trifft ja auch die Menschen, die diesen Glauben pflegen. Ich halte von diesem Glauben nichts, aber man hat diese Menschen auch mit ihrem Glauben zu akzeptieren und wahrzunehmen und sie nicht auszuschließen. Wenn das nicht geschieht, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn es Abneigungen gegenüber der deutschen Gesellschaft gibt. In der Klasse meines Sohnes gibt es in der ersten Klasse ein Mädchen mit Kopftuch. Das ist die Realität. Aber man darf diese Menschen nicht ausschließen. Mir fällt das auch persönlich als ein Problem auf, muss ich zugeben, weil auch wir von den Medien beeinflusst werden. Alles was mit Islam zusammenhängt wird uns immer als eine Gefahr dargestellt, als rückständig und wir nehmen das als ein Problem wahr. Ich denke, wir müssen vorsichtig sein und gucken, dass man damit ohne Ausschlussmechanismen umgeht.

MiRA: *Çağrı, willst du noch was ergänzen oder seid ihr einer Meinung?*

Çağrı: Meine Gedanken gehen auch in die Richtung, dass ich den Integrationsbegriff sehr ungern benutze. Das ist ein ganz schrecklicher Begriff, der viele Dinge verdeckt. Ich habe neulich ein Buch gelesen: „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“ von Anita Kalpaka¹². Das Buch ist von 1990 und darin steht schon diese ganze Problematik: Warum müssen die Migrant_innen erstmal sichtbar gemacht werden als die Anderen, als „The Other“? Dann müssen sie einfach Leistung erbringen. Was hält die Dominanzgesellschaft von diesen Integrationsdebatten? Was müssen die Migrant_innen machen und was machen die Angehörigen der Dominanzgesellschaft nicht? Es ist ganz erstaunlich, dass wir im Jahr 2009 die gleiche Problematik haben, dass immer wieder Migrant_innen sich bemühen sollen und sich irgendwie an diese ganze absurde Geschichte mit Leitkultur und Deutschland anpassen müssen. Das finde ich sehr rassistisch. Und inzwischen wird auch die ganze Geschichte verdeckt, was die Migrant_innen alles mitgebracht haben und zudem auch ihre aufständische, widerständige Lebensweise. Das wurde alles gestrichen und die politischen Forderungen von Migrant_innen werden von der Hand gewiesen. Sie müssen sich erstmal integrieren, damit sie überhaupt in dieser Gesellschaft an politischen Entscheidungsgremien teilnehmen können. Und niemand weiß überhaupt, was Integration bedeutet, das ist erstaunlich! Also sie machen Integrationsgipfel und laden ein paar „interessante“ Typen oder Organisationen ein und dann sagen sie, wir sind uns einig. Ich glaube nicht, dass das eine gute Basis ist, um etwas zu erreichen. Außerdem sind das Ziel nicht alle Leute, sondern bestimmte Gruppen. Ein Amerikaner muss ja nicht deutsch lernen, das müssen die Araber, die Türken, die Vietnamesen etc.. Oder diese ganze Geschichte mit Integration und Kurse belegen, da sind das Ziel auch Leute, die aus den sogenannten unzivilisierten Ländern kommen, die sich „zivilisieren“ sollen, die vielleicht die Fähigkeit haben, sich zu integrieren, deutsch zu lernen. Trotzdem werden sie immer als „Andere“ dastehen, als Markierte. Sie sind schon da und werden auch wenn sie „integriert“ sind, immer markiert bleiben. Für viele Migrant_innen ist das eine totale Unverschämtheit.

¹² Kalpaka, Annita und Nora Räthzel (Hg.). 1990. *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*. Leer: Mundo-Verlag.

MiRA: *Ist es unter Migrant_innen eine gängige Forderung, Integration als Konzept abzulehnen oder ist es etwas Neues, in Frage zu stellen, dass Integration etwas Positives ist?*

Garip: Bei Allmende sind wir auch bezüglich der Definition von Integration oder was man darunter zu verstehen hat, unterschiedlicher Meinung. Auf jeden Fall wird dieser Begriff sehr kritisch aufgenommen. Aber es gibt auch welche, die z. B. bei der Linken aktiv sind und die Linke lehnt den Begriff der Integration nicht ab. Ich habe heute einen Text gelesen von Sevim Dağdelen¹³ die sagt, es gibt keine Alternative zur aktiven Integrationspolitik. Also ihre Alternative ist, ein Adjektiv davor zu setzen: „Aktive Integrationspolitik“. Sie lehnt nicht den Begriff an sich ab. Und es gab hier bei Allmende einige, die seit Anfang der 90er diesen Begriff der Integration und alles was dahinter steht, radikal abgelehnt haben. Warum benutzen wir den Begriff Integration? Überhaupt die Thematisierung einer Situation, wo eine Community, türkisch oder arabisch, als ein Problem definiert wird – wie ist dieses Problem zu lösen? Aha, der Schlüsselbegriff ist Integration. Selbst wenn man mit dem Begriff Integration etwas Positives meint, ist allein die Thematisierung, in der diese geschieht öffentlich, politisch, medial –, Rassismus. Zum Beispiel habe ich heute in einem Text von Serhat Karakayali gelesen: In Düsseldorf gibt es eine Community von Japanern, ungefähr 7 000. Das wusste ich gar nicht, weil das nicht thematisiert wurde. Hätte man die Japaner auf dem Kieker gehabt, hätte man diese Parallelgesellschaft von 7 000 Japanern immer wieder medial bearbeitet und man hätte daraus ein Problem definiert. Das Thematisieren an sich ist, finde ich, diskriminierend und ausgrenzend.

Çağrı: Diese Parallelgesellschaftsdiskussion. . . In Prenzlauer Berg gibt es eine Parallelgesellschaft, die „Reichen-Community“¹⁴. Man sollte irgendwie viel Geld haben. . . Die Reichen haben sich da von der Gesellschaft segregiert. Ansonsten sagt mir das auch gar nichts. Parallelgesellschaft, das ist ein strategischer Angriff der Politik, der Konservativen, der Dominanzgesellschaftstrukturen.

¹³ MdB für Die Linke.

¹⁴ Prenzlauer Gärten ist eine der ersten sog. „gated communities“ in Deutschland, also privaten, in sich geschlossenen, durch Zäune oder Mauern abgegrenzte Wohnsiedlungen, in denen sich die Oberschichten vom Rest der Gesellschaft abgrenzen.

Aber zurück zu Frage: Ich kenne auch viele Migrant_innen oder Migrant_innenorganisationen, die dem Begriff Integration zustimmen oder den auch benutzen und dementsprechende Aktivitäten durchführen. Aber es kommt einfach darauf an, wie sie sich positioniert haben. Da spielt natürlich die Klassenzugehörigkeit eine Rolle, die Ideologie, das Bewusstsein. Ein reicher Migrant, ein Arzt, der sich ständig bemüht, integriert zu sein, sich von den anderen abzusetzen, sich selbst herauszustellen. Nach dem Motto: „Guckt mal, ich hab's geschafft. Ihr müsst Euch nur bemühen; ihr wollt nur nicht.“ So eine Aussage geht total an den gesellschaftlichen Bedingungen vorbei. Da sind wir bei Allmende anders – wir schauen auf die Strukturen.

Garip: Aber es gibt auch einen finanziellen Aspekt, warum viele Dachverbände sich dem Begriff Integration gegenüber positiv positionieren: Weil sie durch verschiedene Projekte, die unter dem Label Integration laufen, mehr Geld bekommen. Was ich als interessante Entwicklung beurteile ist, dass der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB), der früher auch fanatischer Befürworter des Begriffs Integration war, mittlerweile auch sagt: Partizipation statt Integration. Aber ich habe es selbst erlebt, dass eine Mitarbeiterin vom TBB mich von einer Podiumsdiskussion ausschließen wollte – vor etwa 10 Jahren –, weil ich den Begriff Integration in Frage gestellt habe. Sie meinte, mit Leuten, die so denken, setzte ich mich nicht an einen Tisch. Also da gab es schon eine interessante Änderung. Aber ich glaube diese Änderung ist doch nicht so sehr gravierend, denn der TBB distanziert sich nicht eindeutig, nicht radikal von dem Begriff Integration.

MiRA: *Wie steht ihr zu solchen Projektgeldern, zu den Institutionen, die solche Gelder vergeben?*

Garip: Ich meine, solange man mit diesen Maßnahmen nicht die Politik der herrschenden Meinung vertreten muss und den Migrant_innen nach wie vor suggerieren will, dass sie zu belehren, aufzuklären, zu zivilisieren seien, solange das nicht in der Form passiert, finde ich jede Projektidee im Sinne der Migrant_innen gut. Das sind staatliche Gelder, die auch von unseren Steuern kommen und davon sollten die Migrant_innen auch profitieren können. Also Integrationskurse, Sprachkurse, kulturelle

Projekte. . . Das wird finanziert und das soll auch geschehen. Ich meine, man muss nicht unbedingt den Begriff Integration benutzen, aber wenn es um höhere Beträge geht, wird man das wohl nicht umgehen können, da kann man sich von der herrschenden Meinung, was Integration angeht, nicht distanzieren.

MiRA: *Ihr fordert Partizipation. Da stellt sich die Frage, wo partizipieren? Möchtet Ihr etwas ganz Neues begründen oder fordert ihr Partizipation innerhalb der etablierten Strukturen?*

Garip: Also Partizipation auf jeden Fall generell in allen gesellschaftlichen Bereichen, in allen Parteien, Institutionen. Und auch bei den Wahlen sollten natürlich auch die Migrant_innen die Möglichkeit haben, nach ihren Interessen und Ansprüchen mitmachen zu können. Wahlrecht finde ich auf jeden Fall sehr wichtig – unabhängig davon, dass ich von Wahlen nichts halte. Aber wenn man das Wahlrecht hat, dann hat man auch die Möglichkeit, die Wahl zu boykottieren. Generell muss man natürlich für dieses Recht kämpfen, es auf jeden Fall fordern und diese politische Forderung öffentlich machen. Aber wie gesagt heißt das nicht, dass wir dieses demokratische System gut und richtig finden und daran teilhaben wollen. Wir wollen auf jeden Fall dieses Recht haben – was wir dann damit machen, ist unsere Sache! Selbstorganisation oder auch politisches Engagement, auch auf der Grundlage dieser Partizipationsmöglichkeiten, sollte meiner Meinung nach schon eher außerparlamentarisch sein. Aber ich hab auch nichts dagegen, wenn Leute über die Linke, die Grünen oder die SPD zum Beispiel in den Bundestag kommen und auch die Perspektive der Migrant_innen zum Teil vertreten und zu Wort kommen. Auch wenn sie politisch meiner Meinung nach falsch stehen, denk ich schon, dass sie durch ihren Bezug zur Migrantengemeinschaft schon eher deren Interessen wahrnehmen und auch vertreten können. Natürlich auch im Interesse der Partei, um Wählerstimmen zu gewinnen. Ich denke Migrant_innen-Wahlstimmen werden in Zukunft noch härter umkämpft sein. Ich bin natürlich für eine autonome, selbstbestimmte, unabhängige außerparlamentarische Bewegung, die das ganze System in Frage stellt. Das klingt jetzt natürlich ein bisschen utopisch, aber langfristig hat das die Alternative zu sein. Langfristig gesehen muss man sich für die

Überwindung dieses Systems einsetzen. In der Selbstdarstellung von Allmende heißt es auch irgendwo: Ein anderes Deutschland, Europa und eine andere Welt ist möglich. Das ist schon eine abstrakte Definition, aber darunter kann man auch die Systemfrage thematisieren.

MiRA: *Welche Bedeutung hat der Fokus auf die Herkunft aus der Türkei für euch?*

Garip: Also der Bezug zur Türkei ist natürlich biografisch bedingt. Das Durchschnittsalter ist sehr hoch bei uns, fast 40, vielleicht sogar noch höher. Die meisten haben ihre Sozialisation bis zum Jugendalter und ihre Politisierung in der Türkei verbracht. Da gibt es auch den Bezug zu bestimmten Gruppierungen oder Parteien in der Türkei. Aber die Sympathie für eine solche Gruppierung ist für die Politik hier im Rahmen von Allmende nicht entscheidend. Dennoch ist das Interesse auf jeden Fall da. Obwohl die meisten unter uns schon seit 15 oder 20 oder 30 Jahren hier leben, haben sie es noch nicht so sehr verinnerlicht, sich intensiv und konsequenter mit der Realität hier auseinander zu setzen. Obwohl ihre Kinder hier auf die Welt kommen und zur Schule gehen und sie sich natürlich mit der Zeit mit diesen Fragen unvermeidlich auseinander zu setzen haben. Es gibt nicht mehr wie in den 80er Jahren die Gedanken: „Wann kehren wir wieder zurück?“. Für die meisten in der türkischen Community steht jetzt fest, wir bleiben hier, wir haben uns niedergelassen. Und jetzt sieht man weiter, was man hier als politisch bewusste Menschen macht. Aber bei der Frage, warum denn Allmende eher türkisch geprägt ist, spielt die Sprache natürlich eine Rolle. Man ist fit in der einen Sprache, in türkisch, und macht Politik in der türkischen Sprache und damit ist man schon mal sprachlich auf einen bestimmten Teil dieser Gesellschaft beschränkt. Aber wenn wir uns mit Deutschland auseinandersetzen wollen, müssen wir das auch in der deutschen Sprache machen, das steht außer Frage. Aber das ist eine langfristige Geschichte. Ich wünschte mir noch mehr Leute, die hier aufgewachsen sind und sich mit den Institutionen besser auskennen und sich auch damit konfrontieren, auseinandersetzen wollen. Aber von solchen Leuten haben wir nicht so viele, vielleicht sind wir nicht mehr so attraktiv für die dritte, zweite Generation. Das ist auch eine Frage, die wir uns immer wieder stellen müssen: Warum erreichen wir nicht

diese Menschen, die das von uns benannte Engagement zeigen können, Jugendliche zum Beispiel. Allgemein gibt es kein politisches Bewusstsein bei den meisten Jugendlichen, also im Sinne von linken Gedanken, aber andererseits denke ich mal, es gibt schon junge Leute mit türkischem oder auch mit kurdischem Hintergrund, die sich auch im radikalen Sinne mit Deutschland und den Verhältnissen hier auseinandersetzen wollen. Aber wir haben nicht den Zugang zu ihnen, das ist ein Problem. Vielleicht muss man da über andere Kanäle gehen oder auf der Straße oder vielleicht an der Uni gucken. Es kann ja sein, dass manche sich gar nicht mit der migrantischen Problematik befassen wollen, die haben vielleicht ganz andere Interessen. Auch politisch kann es ja sein, dass ein Migrant sich eher mit Umweltschutz auseinandersetzen will als mit Migrationspolitik. Ich bin selber auch neugierig, deshalb war ich auch bei euren Veranstaltungen¹⁵, um zu gucken, was an der Uni so abgeht.

MiRA: *Warum seid ihr ein türkischer Verein und kein migrantischer?*

Garip: Wir bezeichnen uns eigentlich gar nicht als türkischen Verein. Gerade der Name Allmende hat mit türkisch eigentlich nichts zu tun. Sondern er soll die soziale Komponente betonen. Andererseits gibt es bei Jugendlichen schon die Entwicklung, dass sie sich als Deuschtürken bezeichnen. Eine Vorzeigeabiturientin, Aylin hieß die, glaube ich, hat einen neuen Begriff ins Leben gerufen, „deukisch“. Es gibt unterschiedliche Experimente, oder auch Versuche, was Neues zu entwickeln. Das finde ich auch gut und ich denke, wir müssen als Allmende auch nicht wie die türkischen linken Vereine in den 80er Jahren sein. Wir müssen uns schon entwickeln, für Innovationen offen sein. Aber wir haben den Nachteil, dass viele eben wie gesagt ihre Politisierung, ihre Sozialisation in der Türkei verbracht haben und ihre alten Denkmuster nicht ganz aufgegeben haben.

MiRA: *Als ihr von linken Strömungen in der Türkei erzählt habt, inwiefern ihr von diesen inspiriert seid, habe ich mich gefragt, ob es auch eine Rückwirkung gibt. Inwiefern sind eure Diskussionen, Aktivitäten oder Meinungen hier auch einflussreich in der Türkei, meinetwegen in bestimmten politischen Strömungen, gibt es da einen Austausch?*

¹⁵ Gemeint ist die „Ringvorlesung Kritische Migrationsforschung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 08/09, organisiert vom Netzwerk MiRA.

Çağrı: Also es gibt da nicht so viel. Ich bin seit fünf oder sechs Jahren in Deutschland und davor hatte ich ehrlich gesagt gar keine Ahnung, was in Deutschland für Diskussionen vor sich gehen. Ich wusste natürlich von der deutschen Wiedervereinigungsgeschichte und dass der Rassismus stark zugenommen hat. Ich war in der ÖDP¹⁶, ich habe die Partei an der Uni mitbegründet. Ich bin jetzt immer mal wieder in der Türkei und merke inzwischen, dass ich da jetzt schon eine gewisse Distanz habe zu den Diskussionen dort. Was da diskutiert wird, hat zu dem, was in Deutschland relevant ist, keinen direkten Bezug. Aber ich kann mir schon ganz gut vorstellen, dass es irgendwie eine gegenseitige Inspiration gibt, etwa was Geschlechterdiskurse anbelangt. Als ich an der Uni war, hatten wir überhaupt gar keine Ahnung von solchen Sachen. Aber jetzt merke ich, das gibt es schon. Mittlerweile sind es vielleicht die Leute, die pendeln. Sie bringen Ideen von der Türkei nach Deutschland oder von Deutschland in die Türkei. Aber insgesamt gibt es da keine großen Diskussionsräume, soweit ich das weiß.

Garip: Das liegt glaube ich auch daran, dass die Migrant_innen in Deutschland, die sich engagieren und sich für eine Alternative hier einsetzen und die auch einen Bezug zu Bewegungen in der Türkei haben, dass die bei ihrer Begegnung, bei einem Austausch mit Menschen aus der Türkei ihr Anliegen selbst nicht besonders in den Vordergrund stellen. Im Gegenteil, wenn zum Beispiel irgendwelche Aktivisten aus der Türkei etwa aus der ÖDP, mal hier bei Allmende erscheinen, dann werden sie gefragt, „Was läuft in der Türkei ab?“. Die Tagesordnung in der Türkei ist immer im Vordergrund. Und es kommt selten vor, dass jemand aus der Türkei fragt „Wie geht's euch hier, was sind eure Probleme“. Das kommt selten vor. Die Veranstaltungen, die man mit Menschen aus der Türkei macht, beziehen sich immer auf Themen in der Türkei. Der Austausch ist eher einseitig. Und bisher wurde die Bewegung hier in Deutschland auch eher als eine unterstützende Kraft wahrgenommen. Man hat sich auch selber als Solidaritätskraft mit der Bewegung in der Türkei definiert, nicht umgekehrt.

Çağrı: Aber was mir gerade eingefallen ist: Das Beispiel der Aleviten, die

¹⁶ Özgürlük ve Dayanışma Partisi – Partei für Freiheit und Solidarität.

nach dem Militärputsch nach Deutschland gekommen sind. Es gibt Ansätze, die sagen, dass die Aleviten hier die damalige Diskussionen um Multikulturalität mitverfolgt haben und das alles dann auch in die Türkei zurückwirkte, im Sinne einer sich entwickelnden kulturell-politischen alevitischen Identität. So kam es zur alevitischen Bewegung, die sich konkret im transnationalen politischen Raum entwickelt hat. Aber ansonsten, was zum Beispiel Allmende und die Antirassismusbewegung angeht. . . Oder wie die Migrationspolitik in der Türkei diskutiert wird. . . Einen direkten Anstoß gibt es da leider nicht.

Moritz: Also ich glaube, für die alevitische Bewegung aber auch für die kurdische Bewegung kann man sicherlich sagen, dass da einiges gelaufen ist und läuft; also was politisierte kulturelle Identitäten betrifft und überhaupt im Kulturbereich, auch im alternativen. Zum Beispiel Şivan Perwer und seine Stiftung in Frankfurt¹⁷. Ein weiterer Punkt ist zum Beispiel auch GLADT und die LGBT-Gruppen¹⁸ in Ankara oder Istanbul. Auch was so was wie Totalverweigerung und Kriegsdienstverweigerung angeht, gibt es schon andere Dynamiken in der Zusammenarbeit und im Austausch, in gegenseitigen Inspirationen oder Räumen, die da geschaffen werden.

Çağrı: Das ist aber räumlich schon sehr begrenzt, vielleicht auf Istanbul und Izmir, in alternativen sehr begrenzten Kreisen.

MiRA: *Garip, du hast vorhin gesagt, dass du dir mehr Aufstand oder Protestwillen in der migrantischen Community wünschst, den du dir eher außerparlamentarisch vorstellst. Könnt ihr da nochmal sagen, was Euch vorschwebt, ganz unabhängig davon, wie realistisch es ist – also auch, was für eine Art von Gesellschaft ihr euch wünschen würdet?*

Garip: Auf jeden Fall, dass die Migrant_innen als Subjekte, als eine Bewegung zu Wort kommen und dass nicht immer über sie geredet wird und Stellvertreterpolitik betrieben wird von einzelnen Menschen, Parteien oder Gewerkschaften, wo die Basis selber nicht zu Wort kommt. Angeblich

¹⁷ Şivan Perwer ist ein kurdischer Sänger, der 1955 in der Türkei geboren wurde und heute in Deutschland lebt. Die nach ihm benannte Stiftung fördert die kurdische Kultur, sie setzt sich für Bildung, Kulturaustausch und internationalen Dialog ein.

¹⁸ LGBT steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender.

reden die Anderen im Interesse der Masse, der Basis und diese Massenbasis ist nicht sichtbar. Allein dieser Widerspruch muss erstmal überwunden werden. Das ist natürlich nur denkbar und möglich wenn die Basis sich selbst zu Wort meldet – in Form von Jugendrevolten oder so etwas. Oder wenn es um soziale Kämpfe geht, dass die ArbeiterInnen oder die Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten, gerade als Migrant_innen, die mehr davon betroffen sind, sich zu Wort melden und überhaupt öffentlich in Erscheinung treten durch Aktionen, durch Demonstrationen oder durch sonstige Aufruhrformen. Anfang der 90er Jahre zum Beispiel gab es ja gerade gegen Rassismus, gegen faschistische Angriffe eine gewisse Selbstverteidigungsbewegung im antifaschistischen Sinne. Die Jugendlichen sind in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten und da wurden sie natürlich schon als eine reale Gefahr dargestellt und wahrgenommen. Ja, man muss auf jeden Fall in Erscheinung treten. Und wenn bei den Erste-Mai-Krawallen viele Jugendlichen mitmischen, dann werden sie ein Thema, wenn auch mit negativen Schlagzeilen. Da fragt man sich: Warum randalieren sie, warum protestieren sie? Warum kommt es dazu, dass, vor etwa sechs, sieben Jahren 250 Jugendliche mit Migrationshintergrund verhaftet wurden am ersten Mai. Wie kommt es dazu? Es ist da eine soziale oder politische Unruhe vorhanden. Es ist notwendig, dass man nicht schweigt, nicht resigniert, sondern auftritt.

MiRA: *Es gibt neue Strömungen der Migrationsforschung, die Migrationsforschung – zunächst egal, von wem nun gemacht – aus der Perspektive der Migration denken möchten. Es ist umstritten, was das heißt. Ihr habt nun auch oft von der Perspektive der Migrant_innen oder der Betroffenen gesprochen. Wie ist es möglich, diese Perspektive einzunehmen, zu vertreten, vielleicht auch als Nicht-Migrant_innen. . . wie kann man ein Bewusstsein schaffen, für das, was diese Perspektive ausmacht?*

Çağrı: Ja, Autonomie der Migration. Vielleicht könnte man einfach die Geschichtsschreibung ändern und dann, wie Manuela Bojadžiev in ihrem Buch geschrieben hat, die Aufstände von den Migrant_innen und ihre Subjektivität in den Vordergrund rücken und wegkommen von diesen ganzen Integrationsgeschichten, die uns „zivilisieren“ sollen oder uns als orientalische Exoten darstellen. Vielleicht sollte man anfangen, mit diesen

Darstellungsformen und Repräsentationsmethoden anders umzugehen. Dass die sich ändern sollten, auf den Kopf gestellt werden sollten, ist klar.

Moritz: Ich finde auch interessant daran, dass sie nicht sagen „aus der Perspektive der Migrant_innen“ sondern „aus der Perspektive der Migration“, was ja auch was Anti-Essentialistisches hat. Das finde ich die große Herausforderung. Deswegen finde ich es auch eigentlich ganz gut, dass dieser Begriff so schwer fassbar ist. Weil das eben gerade nicht da Stop macht, zu sagen, wenn ich die Perspektive von Migranten und Migrant_innen hab', dann hab' ich es irgendwie erfasst. Das stellt dies ja in Frage.

Çağrı: Aber vielleicht ein Gegenargument: Es sollte erstmal ein bisschen strategischer Essentialismus in der Form von Identitätspolitik, z. B. als türkischer Migrant oder arabische Migrantin, betrieben werden, damit die Subjektivität der Migranten und Migrantinnen überhaupt erstmal im Vordergrund stehen kann. Ein strategischer Essentialismus, das heißt auch, dass man immer wissen muss, dass das ein strategischer Ansatz ist. Das sollte man immer im Kopf haben und im weiteren Verlauf auch nicht auf dieser Ebene bleiben.

Das ist die Forderung der schwarzen Community oder Schwarzenbewegung in den USA: „Wir machen ein bisschen heilsame Identitätspolitik – aber wir wollen auch nicht darin stecken bleiben.“ Ich glaube, wir brauchen auch in Deutschland für die Migranten und Migrantinnen eine solche Perspektive.

MiRA: *Wollt ihr noch Forderungen loswerden? Was ihr euch wünscht, welche Alternativen ihr vorschlagen würdet?*

Garip: Die Sondergesetze müssen auf jeden Fall abgeschafft werden! Es darf keine rechtliche Grundlage dafür geben, zu sagen, ihr Migrant_innen seid so und so zu behandeln. Zum Beispiel bei dem Thema Wahlrecht heißt es auch: „Ja, das ist schön und gut, aber das Grundgesetz verbietet das.“ Ich meine, das sind Sätze auf dem Papier. Die kann man schnell ändern, das ist kein Problem. Aber der Wille ist gar nicht da. Diese Gesetze müssen einfach weg. Und das Grundgesetz muss auch umgeschrieben werden. Das Dasein der Migrant_innen muss dort aufgenommen werden.

Wahlrecht etwa ist auf Deutsche beschränkt und das ist im Grundgesetz festgeschrieben.

Also Forderungen kann man auflisten, aber vielleicht ist es sinnvoller, eine Forderung konkret zu formulieren, für die man sich auch praktisch einsetzt. Es macht keinen großen Sinn, dutzende von Forderungen aufzustellen und zu erwarten, dass sie irgendwann erfüllt werden, sondern man setzt sich ein Ziel mit einer Forderung und dafür kämpft man, unabhängig davon ob man was erreicht oder nicht. Wir haben uns zum Beispiel eine Zeit lang für den Doppelpass eingesetzt, Unterschriften gesammelt usw. So kann man mit konkreten Forderungen an die Menschen herantreten und fast alle finden das sehr schön und unterschreiben das auch.

MiRA: *Wer darf mitmachen bei Allmende?*

Garip: Jeder darf mitmachen, mitreden. Nur wenn es um die Frage geht, wer spricht im Namen von Allmende, da wird schon jeder selber sagen können, wer meint im Namen von Allmende reden zu können.

MiRA: *Im Vorgespräch hattet ihr im Kontext der Frage, was ihr mit alternativer Migrationspolitik meint und thematisiert, auch Illegalisierung angesprochen. Könnt ihr darauf abschließend noch einmal eingehen?*

Garip: Damit meinen wir, dass sozusagen „illegal“ hier lebende Menschen gar nicht thematisiert werden und von diesem Begriff „Integration“ total ausgeblendet werden. Sie existieren nicht, sie sind kein Thema, darüber wird nicht geredet. Dazu soll es auch keine Lösung geben, außer dass man sie nicht wahrnimmt, außer dass man sie abschiebt, sie außer Landes bringt, dass man sie diskriminiert. „Illegal“, der Begriff selber ist schon diffamierend, kriminell. Und daher, im Zuge einer alternativen Migrationspolitik, finde ich es schon sehr wichtig, dass man sich mit einer solchen Realität auseinandersetzt. Und ich finde es auch gut und wichtig, dass man auch mit anderen Gruppen, Gruppierungen zusammenarbeitet, die sich speziell mit diesen Fragen auseinandersetzen. Zum Beispiel gibt es die Gruppe „Arbeitskreis undokumentierte Arbeit“ bei ver.di. Zu denen haben wir persönliche Kontakte und wir haben sie auch einmal eingeladen zu einer Informationsveranstaltung. Die Zusammenarbeit mit Gruppen, die dieses Thema bearbeiten, dafür kämpfen, ist auf jeden Fall sehr

wichtig. Und nicht nur um uns zu informieren, sondern auch um sie zu unterstützen, gemeinsam etwas zu unternehmen. Was aber die Frage der Menschen ohne Papiere oder die Frage der Flüchtlinge im Lager, die die Residenzpflichtproblematik erleben, betrifft – das ist bei uns, bei Allmende leider nicht immer auf der Tagesordnung. Das liegt vielleicht auch daran, dass man selber nicht davon betroffen ist. Aber man muss nicht betroffen sein, um diese Frage aufzugreifen.

Moritz: Ich hab noch was im Kopf auf diese Sprachfrage hin: Das machte eben so den Eindruck als ob die bei den Filmveranstaltungen zentral gewesen wäre. Das „Sprechen-Können“ kann sicherlich auch ein Problem sein, aber auf der anderen Seite gab es auch gerade im Zusammenhang mit einem Film wieder die Diskussion über den „Zwang, Deutsch zu lernen“ und die ständig wiederholte Frage „Warum habt ihr kein Deutsch gelernt?“. Das Thema wurde sehr interessant diskutiert. Da gab es auch die Situation, dass eine Frau, die absolut eloquent Deutsch spricht, sagte, sie hat immer noch in Situationen wie diesen Schwierigkeiten zu sprechen, weil sie das Gefühl hat, sie kann nicht rüberbringen, was sie sagen möchte. Das war für mich auch ein Knackpunkt. Es gibt einfach den Fall, dass die Sprachkenntnisse da sind, aber das Sprechen zum Problem wird, weil eben gesellschaftlich sehr häufig den Leuten ein Problem daraus gemacht wird.

Çağrı: Das betrifft auch die Frage der Selbstorganisation. Also ich kann natürlich nicht so gut Deutsch sprechen, weil ich nicht in Deutschland aufgewachsen bin, aber selbst wenn ich perfekt Deutsch sprechen könnte, würde ich es vorziehen, in einer Migrant_innenorganisation Politik zu machen anstatt in einer Partei. Viele Migrant_innen – bleiben wir bei diesem Beispiel – können ganz gut Deutsch sprechen, aber sie haben das Problem, dass sie immer mit diesen Fragen konfrontiert werden. Man braucht einfach einen gewissen Raum, der geschützt wird, um sich selbst zu entfalten, frei von den hegemonialen Blicken, die von dir etwas erwarten oder dir etwas zuschreiben. Allmende ist für mich genau das: Eine Art geschützter Raum. Trotz aller Defizite, die Allmende hat: Diese geschützten Räumlichkeiten müssen bewahrt werden. Das heißt natürlich nicht, dass Allmende geschlossen ist für Angehörige der

Dominanzgesellschaft, also weiße Deutsche oder was weiß ich. Aber dass der Großteil der Leute, die hier mitmachen, aus der Türkei gekommen ist, das finde ich auch ganz in Ordnung.

Literatur:

Kalpaka, Annita und Nora Räthzel (Hg.). 1990. *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*. Leer: Mundo-Verlag.

Strukturelle Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration

Stephen Sulimma und Sebastian Muy

Zusammenfassung

Der folgende Text stellt sich die Aufgabe, die wichtigsten strukturellen Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration im Rahmen einer machttheoretisch inspirierten Analyse umrisshaft zur Darstellung zu bringen. Hierfür wird es im ersten Teil (2–4) darum gehen, das Zusammenwirken der dispositiven Homogenität und Ökonomie bei der Hervorbringung einer spezifischen Auffassungsweise des Handlungsfeldes zu veranschaulichen und in deren Inkongruenz mögliche Lösungswege für die Gestaltung einer sich als kritisch verstehenden Sozialarbeit aufzuzeigen. Im zweiten Teil (5–7) wird die Rolle der Sozialen Arbeit als Akteurin im postfordistischen Migrationsregime einer Analyse und Kritik unterzogen und schließlich Perspektiven einer kritischen Sozialen Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration aufgezeigt.

1. Einleitung

Entstehungskontext der Sozialen Arbeit

Der Kontext, innerhalb dessen sich in Deutschland zum Ausgang des 19. Jahrhunderts die ersten Strukturen professioneller Sozialarbeit bildeten, findet seine wesentlichen Bestimmungen vor allem in der (gesellschafts-)politischen Reflexion einer Anzahl grundlegender demografischer und ökonomischer Entwicklungen jener Zeit; unter ihnen vor allem diejenigen des Städtewachstums und der sich im Zusammenhang mit dieser immer rascher vollziehenden Industrialisierung.¹ Für beide galt, dass die spezifischen Möglichkeiten und Risiken,

¹ Vgl. hierzu u. a. Sachße/Tennstedt 1998: 179 ff.

die mit ihnen verbundenen waren, die tradierten sozialadministrativen Techniken der Organisation städtischer Räume zu umfangreichen Modifikationen ihrer Verfahrensweisen nötigten, insbesondere gegenüber jenen Gruppen, die als potentielle Arbeitskräfte *und* potentielle Unruhestifter gleichermaßen im Mittelpunkt des Interesses standen, und bei denen es sich in der Hauptsache um die BewohnerInnen der Elendsquartiere und Armenviertel handelte.

Zielgruppe

Die BewohnerInnen dieser Quartiere waren zum größten Teil nicht in den jeweiligen Städten geboren, sondern aus ländlichen Regionen in das Umfeld der entstehenden ökonomischen Zentren immigriert. Sie bildeten das Handlungsfeld, zu dessen Regulation sich die (spätere) Sozialarbeit erstmals als Symbiose staatlicher Verwaltungstechnik und individueller Betreuung einzelner Personen konstituierte, und von dem aus sie entscheidende Prämissen ihrer weiteren gesellschaftlichen Funktion mit auf den Weg in ihre nachfolgende Entwicklung nahm. (Vgl. hierzu Müller 1993).

Biopolitik

Die Installation Sozialer Arbeit als ein sozialregulatives Instruments korrespondiert mit einer Serie vergleichbarer Maßnahmen, deren Ursprung und Gestalt Michel Foucault in seinen von 1977–1979 am College de France gehaltenen Vorlesungen umfassend analysiert, und deren Gesamtheit er unter dem Begriff der Biopolitik zusammengefasst hat. Ausgehend von den merkantilistischen Wirtschaftsstrukturen des 16. und 17. Jahrhunderts rekonstruiert Foucault in seinen Überlegungen den Prozess, innerhalb dessen die Bevölkerung eines Landes als ökonomischer Faktor in den Bereich politischen Denkens geriet und als solcher Gegenstand von Prozeduren wurde, in deren Mittelpunkt ihre räumliche und zeitliche Allokation entsprechend den augenblicklichen und perspektivischen Anforderungen ökonomischer Verhältnisse stand.² In den für diese Prozeduren kennzeichnenden Verfahren der Kontrolle, Dokumentation und Steuerung von Bevölkerungsentwicklungen manifestieren sich all jene

² „Die Bevölkerung hat also keinen absoluten Wert, sondern bloß einen relativen. Es gibt eine optimale Zahl von Leuten, die auf einem gegebenen Territorium wünschenswert ist, und diese wünschenswerte Zahl variiert in Abhängigkeit sowohl von den Ressourcen als auch von der möglichen Arbeit als auch vom notwendigen und hinreichenden Konsum, um die Preise und allgemein die Wirtschaft zu stützen.“ (Foucault 2006: 495).

handlungsleitenden Prämissen, deren Wirkung sich bis heute in den unterschiedlichen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit – auch und vor allem in der Arbeit mit MigrantInnen – auf vielfältige Weise bemerkbar macht. Eine Sozialarbeit, die insoweit kritisch ist, als sie sich nach Form und Inhalt jenseits wirtschaftslogisch formierter Kategorien zu definieren beansprucht, wird sich daher zunächst mit der Funktionsgeschichte ihrer eigenen Profession auseinanderzusetzen haben, um so erst die offenen und subtilen Wirkweisen gouvernementaler Prozesse in den Blick zu bekommen. Die Aufgabe der nachfolgenden Überlegungen soll daher vor allem darin bestehen, die strukturellen (d. h. mit Habermas: ökonomischen und rechtlichen) Bedingungen, die innerhalb des (sozialarbeiterischen) Handlungsfelds Migration offensichtlich wirksam sind, mit bestimmten Formen der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Komplex „Flucht und Migration“ in Zusammenhang zu bringen. In der Darstellung der für die Migrationssozialarbeit zentralen Dispositive und ihrer wichtigsten Erscheinungsformen sollen zugleich die Potentiale sichtbar gemacht werden, die einer emanzipativen Sozialarbeit innerhalb des Handlungsfeldes Migration verfügbar sind.

2. (Kritische) Sozialarbeit und Migration

Definition der eigenen Zuständigkeit

Die hundertjährige Geschichte, der die Soziale Arbeit seit ihrer Konstituierung als Organ städtischer Armenpflege und im Rahmen ihrer fortschreitenden Professionalisierung folgt, ist in weiten Teilen die Geschichte einer kontinuierlichen und beispiellos gründlichen Expansion, bei der es sich um einen viel tiefgreifenderen Prozess handelt, als durch das Wachstum an Beschäftigten und volkswirtschaftlichem Umsatz, das ihn in zahlreichen Statistiken dokumentiert, zu veranschaulichen ist. Ihre eigentliche Qualität verdankt sie der Partikularisierung ihrer Handlungsobjekte, die sie sich im Kontext der Orientierung an Subjekt und Lebenswelt erschloss, und durch welche sie die Definition ihrer Zuständigkeit in einer Weise entgrenzte, die ihr in jeder als solcher verstandenen individuellen oder gesellschaftlichen Problemlage Legitimationen und Anschlussmöglichkeiten für Interventionen der eigenen Profession bot.

Herausbildung einer kritischen Perspektive

Die Anpassungsleistungen, die methodisch und strukturell aus dieser Differenzierung des Zuständigkeitsbereiches hervorgingen, stehen am Ausgangspunkt eines Problems, das für die weitere Definition (kritischer) Sozialer Arbeit – als Akteurin im Handlungsfeld von Flucht und Migration, aber nicht nur dort – entscheidend ist. Es handelt sich bei diesem Problem um die doppelte Aufgabe, zunächst aus der heterogenen Masse an Konzeptionen, Methoden, Organisationsformen, Abhängigkeitsverhältnissen, Zielsetzungen und Intentionen Sozialer Arbeit dasjenige Element zu lösen, aus dem sich eine für die Profession insgesamt identitäre Position ableiten lässt, um dann diese Position zu einer als „kritisch“ verstandenen Perspektive in Beziehung zu setzen.

Determinanten Sozialer Arbeit

Die Kategorie, die im Rahmen der hier vorgelegten Argumentation zur Identifikation Sozialer Arbeit sowie zur Spezifizierung ihrer kritischen Variation vorgeschlagen wird, ist die der gesellschaftspolitischen Funktion bzw. des Verhältnisses, in dem sich ihre jeweiligen Erscheinungsformen dieser Funktion gegenüber verorten. Eine Beschreibung des Handlungsfeldes Flucht und Migration wird daher eine Analyse derjenigen Determinanten zur Voraussetzung haben, durch welche die Rezeption der durch das Handlungsfeld bezeichneten Personengruppe gesellschaftlich präformiert ist, und aus denen heraus die akzeptablen Formen des Umganges mit dieser Gruppe definiert werden. Sie wird sich hierfür zunächst auf zwei für die Migrationssozialarbeit zentrale Dispositive und deren unterschiedliche Wechselwirkungen konzentrieren; das bereits angesprochene ökonomische Dispositiv, sowie das – im Anschluss an Hell (2005: 93 ff.) so bezeichnete – Homogenitätsdispositiv. Neben ihrer offensichtlichen Bedeutung für das zu untersuchende Handlungsfeld stellen diese beiden Schwerpunkte auch insofern ein interessantes Analyseraster dar, als dass durch sie das diskursive Zusammenwirken unterschiedlicher Rationalitäten bei der Herstellung spezifischer Wahrnehmungs- und Handlungsmuster in hervorragender Weise veranschaulicht wird, und auf diesem Weg die Bedeutung der Analyse diskursiver Rahmenbedingungen noch einmal hervorgehoben werden kann. Dort, wo sich der nüchtern-kalkulierende Anspruch des bürgerlichen Freiheitsbegriffes mit inhaltlich zwar unklaren, öffentlich und politisch

dafür aber um so wirkungsvolleren Diskursen – um etwa die Begriffe von Volk, Nation, Kultur usw. – zu einer gemeinsamen Strategie verbindet, liegt der Ausgangspunkt jener Ideologiekritik, ohne deren immer neuen Vollzug eine politische Positionierung (kritischer) Sozialer Arbeit als gesellschaftlicher Akteurin nicht zu verwirklichen ist.³

3. Das Homogenitätsdispositiv als sozialpolitischer Begründungszusammenhang

Egalitärer Liberalismus vs. homogener Nationalstaat

Besonders bemerkenswert an dem Verhältnis, das der bürgerliche Freiheitsbegriff und die Idee des Nationalstaates während der jüngeren deutschen Geschichte hervorgebracht haben, ist der Umstand, dass es sich bei ihnen um dem historischen Ursprung nach gegensätzliche, teilweise einander ausschließende Konzepte handelt. Der egalitäre Liberalismus, wie er zur Zeit der Frankfurter Paulskirche immerhin in den Rang eines ernsthaft erwogenen gesellschaftlichen Entwurfes erhoben wurde, spielte bei der eigentlichen Staatsgründung zwanzig Jahre später bereits so gut wie keine Rolle mehr, während umgekehrt die einzig gelungene Zusammenfassung sämtlicher Deutscher in Mitteleuropa – als Verwirklichung der ebenfalls paulinischen Idee eines homogenen Nationalstaates – in einer Epoche gelang, in der von der Realisierung bürgerlicher Freiheitsideale kaum mehr die Rede sein konnte. Dass es ihnen dennoch gelang, im Hinblick auf gouvernementale Steuerung großer Menschengruppen eine produktive Symbiose herzustellen, ist Resultat zweier Verkürzungen, die sich auf Seiten der bürgerlichen Freiheitsideologie in Form eines uneingelösten Versprechens, auf Seiten des Homogenitätsdispositivs als vorübergehenden Verzicht auf ansonsten jederzeit wieder verfügbare Legitimation zur Vornahme diskriminierender Praktiken darstellen. Die diskursive Grenze, die zwischen diesen beiden Positionen verläuft, ist der Gegenstand, dem sich eine machttheoretische Analyse zuwenden muss, wenn sie die subtilen

³ Vgl. hierzu do Mar Castro Varela: „Kritik ist, Foucault zufolge, 'die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden'. Sie stellt eine 'reflektierte Unfügsamkeit' dar. Internationale Sozialarbeitswissenschaft wäre mithin kritische Wissenschaft, wenn sie auf der einen Seite die Regierungstechniken, die auf Disziplinierung und Normalisierung hingerichtet sind, transparent macht und ihre Effekte zu drosseln sucht, und auf der anderen Seite das eigene Beteiligtsein an der spezifischen Gouvernementalität offenlegt und hinterfragt.“ (do Mar Castro Varela 2006: 163).

Steuerungsmechanismen des Handlungsfeldes Migration sinnvoll beschreiben will.

3.1 Bedingungen der Genese des Homogenitätsdispositivs

Herausbildung eines homogenen Nationalstaats

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dessen Kaiser immerhin mit dem Anspruch der Regentschaft über die gesamte Christenheit auftraten, hatte als politisch handlungsfähiges Subjekt – wenn überhaupt – nur über den Zeitraum weniger Hundert Jahre eine einigermaßen zusammenhängende Gestalt. An die Stelle einer zentralisierten Monarchie treten in Deutschland schon bald unterschiedliche Formen territorialer und kommunaler Selbstverwaltung, eine Tendenz, die sich durch die Entstehung der protestantischen Reformation – bzw. die mehrfach erwiesene Unfähigkeit des Reiches, die zu seiner Legitimation wesentliche Einheit der katholischen Kirche wiederherzustellen – noch beschleunigt und verstärkt. Als das Heilige Römische Reich im Jahre 1806 endgültig aufgelöst wird, befinden sich die zukünftigen Staaten des wilhelminischen Deutschland als Feinde in unterschiedlichen Bündnissystemen der Napoleonischen Kriege, und es wird 1866 eines weiteren innerdeutschen Krieges bedürfen, um den der demokratischen Bewegung verweigerten Nationalstaat doch noch – allerdings in einer preußisch-reaktionären Inszenierung – staatspolitische Wirklichkeit werden zu lassen.

Symbiose zweier konträrer Konzepte

Der Vorgang, innerhalb dessen diese Angehörigen einer jahrhundertlang von politischen und konfessionellen Widersprüchen geprägten Bevölkerung mit dem Begriff des „Deutschtums“ auf euphorische Weise nicht nur ein integrierendes Moment zur Konstituierung einer nationalen Identität kreierten, sondern um nichts als seinetwillen gegen den größten Teil der Menschheit zwei mal hintereinander in jeweils beispiellose Kriege zogen, gehört mit Sicherheit zu den ideologiegeschichtlich interessantesten Transformationsprozessen, die die neuere europäische Geschichte zu bieten hat. Erst recht erstaunlich gerät sie vor dem Hintergrund, dass die ideologischen Bezugspunkte, von denen aus sich die Definition des Deutschtums nach und nach entfaltete, ähnlich der

Symbiose von Liberalismus und (völkischem) Nationalismus aus unterschiedlichen, teilweise einander widersprechenden diskursiven Kontexten stammten, und dass ihrer beider Zusammenfassung in einem einheitlichen Konzept nur unter höchst irrationalen – dafür aber geschichtlich umso wirkungsvolleren – Anpassungsleistungen der jeweiligen Grundauffassungen zu bewerkstelligen war.

3.2 Identitäre Komponenten: Volk und Kultur

Völkische Dimension

Die deutsche Nation hatte ihre Grundlage [...] nicht in einem bereits bestehenden Staatsgebilde – wie etwa die französische, britische oder spanische – sondern musste auf das im Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts entstehende Bewusstsein der Verwurzelung in einer gemeinsamen Kultur zurückgreifen. Während die beginnende deutsche Nationalbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch neben der sprachlich-kulturellen Komponente vor allem von einem in der Französischen Revolution verwurzelten sozialreformerischen Impetus getragen wurde, blieb nach dem Scheitern der Revolution von 1848 vor allem die Idee von der einen, homogenen Kultur als Grundlage der Ambitionen auf einen deutschen Nationalstaat übrig. (Hell 2005: 84)

Der Kulturbegriff, von dem aus sich die nationale Identität im 19. Jahrhundert zu formieren beginnt, erfährt seine spezifische, für den späteren Verlauf des Integrationsdiskurses entscheidende Konnotation durch das Hinzufügen einer biologisch-völkischen Dimension. Nicht die vernünftig erwogene Zustimmung zu bestimmten Idealen des Staates – wie Jahre vorher in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Frankreich – allein bestimmt über nationale Zugehörigkeit, sondern über diese hinaus (und gewissermaßen als deren Voraussetzung) die Zugehörigkeit zu dem die Population dieses Staates bildenden Volk.

Mythos Homogenität

Dass vor allem die völkische Homogenität innerhalb Deutschlands historisch ein Mythos ist, war schon zu Zeiten bekannt, als die um diese Homogenität

veranstaltete Bigotterie ihren Höhepunkt noch nicht einmal erreicht hatte; bereits 1930 schrieb Ernst Bloch in einem Aufsatz über den „Verband sächsischer Germanen“

Wäre man unter lauter Friesen, so sähe man wenigstens, wer gemeint ist. Aber wie die thüringischen Halbslawen den Namen Sachsen angenommen haben, ohne es zu sein, so ist Deutschland alles andere als reinrassig. Im Westen und im Süden ist der Grund keltisch-römisch, im Osten slawisch, mit einer dünnen Kolonisation darüber [. . .] Man versteht also nicht, wieso gerade Deutsche die nordische als Edelrasse krönen können, bei dem geringen Bruchteil, den sie davon haben. Ja, die nordische Rassenphrase ist so wenig patriotisch, dass sie fast eine Ideologie für Landesverrat sein könnte, patriotisch gesprochen. England, Skandinavien, selbst Nordfrankreich sind germanischer, vor allem nordgermanischer, als das große und fruchtbare Mischvolk Deutschland. (Bloch 1985: 83)

Die historische Ungenauigkeit, die der Begründung des Homogenitätsdispositivs anhaftet, hat dessen Werdegang ebensowenig behindert wie die metaphysischen Künsteleien, die notwendig waren, um den Begriff der Kultur mit demjenigen einer diese kulturelle Substanz gleichsam inkorporierenden Gattung in Übereinstimmung zu bringen. Wie sehr es trotz allem aufging, macht sich auch und vor allem in den Diskursen um die Felder Migration und Integration bemerkbar.

Ethnizität als Ressource

Das Paradigma von der kulturellen Differenz markiert innerhalb der historischen Auseinandersetzung um den sozialpolitischen Status von MigrantInnen eine diskursive Position, von der aus die Fremdheit nach Deutschland eingewanderter Menschen notorisch wird. In der Suggestion eines gleichsam ursprünglichen, dem kulturellen Gegensatz zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung folgenden Dualismus manifestieren sich identitäre Positionen der durch sie bezeichneten Gruppen, die umso weniger variabel sind, je mehr sie nach Hark (1996: 95) den Ausgangspunkt für Machtkämpfe innerhalb und um

soziale Positionen darstellen.⁴ Entsprechend formulieren Otto/Schrödter im Hinblick auf die durch den Verweis auf ethnische Zugehörigkeit stattfindende Naturalisierung kultureller Kontexte:

In der Migrationsgesellschaft dient die ethnische Zugehörigkeit als Ressource im Rahmen gesellschaftlicher Verteilungskämpfe. Insofern ist Ethnizität immer auch Produkt politischer Aushandlungsprozesse, in denen es darum geht, wer ein Anrecht auf knappe Ressourcen beanspruchen darf. (Otto/Schrödter 2006: 2)

4. Diskursverschränkungen: das Homogenitätsdispositiv und die Ökonomie

Eine der Aufgaben der bis hierher erfolgten Überlegungen bestand darin, die paradoxe Verschränkung der ideologisch widersprüchlichen Dispositive Homogenität und Ökonomie als Anschlusspunkte einer möglichen Perspektive kritischer Sozialarbeit zu Bewusstsein zu bringen.

Die folgenden Darstellungen setzen diese Aufgabe insofern fort, als ihr Gegenstand die Illustration der beschriebenen Prozesse anhand beispielhafter Verfahren aus dem Fundus des bundesrepublikanischen Migrationsdiskurses ist. Sie konzentrieren sich hierbei auf die im vorangehenden Text begründeten Diskursfelder, d. h. Ökonomie, Homogenität und Soziale Arbeit.

4.1 Erstens: Anwerbeverträge, Arbeitsmigration, kulturelle Segregation

In den „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ erklärt das Bundesministerium für Wirtschaft und Sozialordnung im Jahre 1972: „Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ist arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch notwendig. Ihr Umfang richtet sich nach der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft“ (zit. n. Hell 2005: 79).

⁴ Vgl. hierzu auch Nieke, der darauf aufmerksam macht, dass „eine Konzeptualisierung, welche mit dem Begriff von Kultur und der damit gesetzten Differenzierung von Gruppen operiere, verschleiern könne, dass hinter dieser Differenzierung Machtinteressen stehen, und zwar solche der einheimischen Mehrheit, die den Zugewanderten Gleichheitsrechte mit dem Verweis auf ihre kulturelle Differenz vorenthalten wolle.“ (Nieke 2006: 43).

Diese Mitteilung ist eine klare, über den gesamten Prozess der ersten Arbeitsmigration hinweg gültige Positionierung des ökonomischen Dispositivs innerhalb des Migrationsdiskurses. Der Aufenthalt „ausländischer Arbeitnehmer“ diene erklärtermaßen einem rein wirtschaftlichen Zweck, über dessen Dauer hinaus kein weiterer Aufenthalt vorgesehen war; erst recht nicht irgendwelche Formen der Partizipation an maßgeblichen Strukturen der aufnehmenden Gesellschaft. Im Gegenteil: „Damals galt die Integration der „GastarbeiterInnen“ als gefährlich für den Staatskörper, und die gesetzlichen Regulierungen können fast durchweg als ein Versuch gelesen werden, eine Niederlassung und Integration zu verhindern.“ (do Mar Castro Varela 2006: 156)

„GastarbeiterInnen“-Politik

Der Bruch, der sich in der bürgerlichen Ideologie von der freien Entfaltung des Individuums an der Stelle auftut, wo ökonomische Verzweckung gesetzmäßig wird, markiert die Position, an der die Bestände des Homogenitätsdispositivs legitimierend wirksam werden. Die Verweigerung bürgerlicher Grundrechte erfuhr ihre Begründung in der Proklamation einer unaufhebbaren und von relevanter Partizipation permanent ausschließenden kulturellen Differenz, die den MigrantInnen eine Teilnahme an der Mehrheitsgesellschaft unter Hinweis auf die ihnen quasi naturgemäß anhaftenden Defizite verunmöglichte .

Entsprechend war das Bild der 'GastarbeiterInnen' geprägt von Feindbildern, die äußerst negativ konnotiert waren: 'Ausländer' waren v. a. 'schmutzig' und zudem 'bedrohlich anders'. So bezeichnet[e] Hans Seidel, 1966 leitender Arzt der Standard Elektrik Lorenz AG, MigrantInnen als 'Bakterienausscheider' und forderte dementsprechend 'Keine Ausländer in die Küchen! (ebd.)

Herausbildung von Stereotypen

Die verschiedenen Strategien, die von staatspolitischer Seite zur Herbeiführung und Stabilisierung der kulturellen Segregation zur Anwendung gebracht wurden, umfassten selbstverständlich auch unterschiedliche sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Maßnahmen. Separierte Betreuung von Kindern in Schulen und Kindergärten, Einrichtung spezieller Beratungsangebote in arbeits- oder sozialrechtlichen Angelegenheiten, schließlich die Initiierung und Koordination

der letztlich beabsichtigten Rückkehr stellen typische Betätigungsfelder jener Zeit dar. Allerdings formierte sich zu dieser Zeit innerhalb der Sozialarbeitswissenschaft auch immer stärker eine kritische Perspektive, die aus der Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis des bürgerlichen Staates und der anhaltenden Diskriminierung wachsender Teile seiner Wohnbevölkerung unter dem Motto „Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger“ die Grundzüge einer Gegenstrategie entwickelte (vgl. hierzu Müller 2006: 257).

Sozialarbeiterische Maßnahmen als Segregationsinstrument

Bloch schreibt, die feudale Gesellschaft „brauchte Leibeigene, an die Scholle gefesselt, die beginnend kapitalistische dagegen greifbare und überallhin transportierbare Ware Arbeitskraft. Dies letztere Interesse machte die Freiheitskomponente in den Menschenrechten besonders evident und unterstützte ihr Pathos. Die Gleichheit wiederum [...] beschränkte sich rein auf die Unternehmungsklassen“ (Bloch 1985: 168). In der vorangehend beschriebene Methode, die gegenüber dem Pathos der bürgerlichen Freiheit den Anspruch der bürgerlichen Gleichheit zum Ausdruck bringt, manifestiert sich eine mögliche Grundlage diskursiver Gegenstrategien überhaupt; die Konfrontation des bürgerlichen Ideals mit der Realität seines Staates.

4.2 Zweitens: Massenarbeitslosigkeit, Standortdebatte, Asylkompromiss

Krise des Sozialstaats

Die systematische Zerstörung des Grundrechtes auf Asyl, wie sie spätestens seit Beginn der neunziger Jahre immer rücksichtsloser zur Durchführung gelangte, vollzog sich innerhalb eines ökonomischen Diskurses, der dem vorangehend beschriebenen insofern entgegengesetzt war, als in seinem Mittelpunkt nicht mehr die produktionslogisch gebotene Vergrößerung des Arbeitskräftereservoirs durch Menschen ausländischer Herkunft stand, sondern die deren Integration in sozialstaatliche Strukturen folgenden volkswirtschaftlichen Kosten. Aus den Kontexten von Rezession, Massenarbeitslosigkeit, asiatischer Konkurrenz und Wiedervereinigungskosten setzte sich eine politische Doktrin zusammen, deren Zielsetzung erklärtermaßen die marktliberale Ausrichtung des Standortes Deutschland auf die Behauptung seiner weltwirtschaftlichen Position war.

Die sozialen Exklusionsdynamiken, die eine solche Logik notwendig nach sich ziehen musste, richteten sich schon sehr bald auf die in Deutschland lebenden Menschen nicht-deutscher Herkunft. So schrieb Heribert Prantl 1998:

Ein Land, das sich nur als Industriestandort definiert, braucht Menschen, die funktionieren. Funktionieren sie nicht so, wie die Standort-Funktionäre dies wollen, sind sie Mißbraucher. Die ersten dieser Mißbraucher waren die Asylmißbraucher und die 'Gastarbeiter': Die Asylmißbraucher waren Mißbraucher, weil sie kamen, und die Gastarbeiter waren Mißbraucher, weil sie nicht mehr gingen. (Prantl 1998: 85)

Die gesetzgeberische Praxis, die sich ausländerrechtlich im Rahmen der hier angesprochenen „Standortdebatte“ vollzieht, ist ein weiteres, gegenüber dem ersten allerdings ungleich mörderischeres Beispiel für das Aufbrechen bürgerlicher Ideologie durch den strategischen Einsatz dem Homogenitätsdispositiv entnommener Vokabeln und Argumente. Das Grundrecht auf Asyl, als solches die aus historischer Erfahrung gewachsene Selbstverpflichtung des Staates, den Begriff der unveräußerlichen Menschenwürde auch zum Schutz in anderen Ländern verfolgter Menschen zur Anwendung zu bringen, zerfällt vor dem Kalkül eines kulturellen Differenzialismus, in dessen dualistischer Grundstruktur die Einen Verfügungsmasse des (materiellen) Wohlergehens der Anderen sind. Über die Verteilung der Rollen innerhalb der so inszenierten Auseinandersetzung informiert die Begründung des 1990 von der CSU vorgelegten Entwurfes zu einer grundlegenden Reform des – seit 1967 weitgehend unverändert bestehenden – Ausländergesetzes:

Die Souveränität eines jeden Staates ist auf das eigene Staatswohl und das Wohl des eigenen Staatsvolkes verpflichtet. Auch gehört es zum Kernbereich staatlicher Souveränität, autonom zu entscheiden, ob und inwieweit ausländische und Ausländerinteressen mit den eigenen Interessen übereinstimmen und aus diesem Grund zu beachten sind. (zit. n. Prantl 1994: 69)

Der einfachere Weg wird gewählt – Zerstörung des Grundrechts auf Asyl

Auch wenn dem vorgelegten Entwurf schließlich die Erhebung in den Rang gültiger Gesetze versagt geblieben ist, werden aus seiner Maxime die Frontlini-

en der sozialstaatlichen Verteilungskämpfe sichtbar. Dass der eigentlich zur Reformierung des Sozialstaates relevante Widerspruch nicht in den Kosten zur Lebenserhaltung in Deutschland lebender MigrantInnen, sondern in der Disparität der innerdeutschen Vermögensverteilung besteht, war für den weiteren Verlauf der Debatte ebensowenig von Interesse wie für die sozialadministrativen und juristischen Verfahren, die aus ihm hervorgegangen sind. Einfacher war es, durch Erlass einer Serie „anreizvermindernder“ Gesetze und Verordnungen – das Asylbewerberleistungsgesetz sowie die weitgehende Annihilation des grundgesetzlichen Anspruchs auf Asyl gemäß Artikel 16 GG stellen in Form und Absicht besonders eindringliche Beispiele dar – die Aufenthalts- und Einreisemöglichkeiten für Migrant_innen bis an die Grenzen des rechtsstaatlich Möglichen zu reduzieren, um im Anschluss die schikanöse Behandlung rechtlich nicht gleichgestellter Gruppen als tragfähige Lösung spätkapitalistischer Konjunktur- und Sozialstaatskrisen zu präsentieren.

Autonome Gegenstrategie kritischer Sozialarbeit

Das Verfahren, das sich kritischer Sozialarbeit in dem hier besprochenen Diskursfeld zur Verteidigung ihrer Klientel erschließt, deutet sich wiederum an in der Reklamation und Behauptung universaler, für das friedliche Zusammenleben zivilisierter Menschen unverzichtbarer Begriffe der allgemeinen Rechtsgleichheit und der individuellen Würde. Voraussetzung hierfür allerdings ist, die Diskussion um die ethischen Grundsätze des professionellen Handelns in eigener Regie zu führen, und sich nicht auf die Maximen zu verlassen, die ein in undurchsichtige Motivlagen ökonomischer und kultureller Provenienz verstrickter staatlicher Apparat auf öffentlichkeitswirksame Weise ausstößt. Dies gilt insbesondere für jene zeitgenössischen Strömungen, innerhalb derer sich die Gültigkeit sozialarbeiterischen Handelns wesentlich nach dem Umfang der Funktionsübernahme definiert, die sie zum weiterhin störungsfreien Betrieb der Systeme Ökonomie und Staat leistet.

5. Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im postfordistischen Migrationsregime

Migrationsbewegungen und ihre staatliche Bearbeitung finden stets in einem konfliktorischen Feld statt, auf dem unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichen (Macht-)Positionen miteinander in Beziehung treten und um die Ausgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse ringen. Um die Deutung, Etablierung und Durchsetzung von – staatlichen und migrantischen – Praktiken wird (auch) auf einem diskursiven Terrain gekämpft. Als Verdichtung dieser sozialen Konflikte und Kompromisse entwickeln sich *Migrationsregime* (vgl. Karakayali 2008: 34 ff.). Inhalt dieses Abschnitts soll eine Einführung in den Begriff des Migrationsregimes und eine Beschreibung wichtiger Aspekte des postfordistischen⁵ Migrationsregimes, das die Rahmenbedingungen der Migrationssozialarbeit der Gegenwart maßgeblich prägt, sein.

5.1 Zum Begriff des Migrationsregimes

Der Begriff des (Migrations-)Regimes entstammt der politikwissenschaftlichen Regimetheorie. Diese untersucht das

Problem der Verstetigung von Verhältnissen, die ihrer Natur nach als äußerst instabil angesehen werden müssen, von denen aber nicht angenommen werden kann, dass sie exogen, also etwa vom Staat gesichert und gesteuert werden. Die ‚Regularisierung‘ sozialer Verhältnisse wird vielmehr als Resultat sozialer Auseinandersetzungen begriffen, die in immer wieder zu erneuernden (oder umzuwerfenden) institutionellen Kompromissen münden. (Karakayali/Tsianos 2005: 47)

Der Begriff des Regimes, verstanden als „Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – deren Anordnung nicht von vornherein gegeben ist [...]“ (Karakayali/Tsianos

⁵ Ab Ende der 1960er Jahre geriet der „Fordismus“, also jene historische Gestalt des Kapitalismus, die seit dem Zweiten Weltkrieg für die globalen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verhältnisse bestimmend gewesen war, in die Krise (vgl. Hirsch 2005: 114). Die Krise verfestigte sich schließlich zu einer neuen ‚Phase‘ kapitalistischer Entwicklung, die von AutorInnen der Regulationstheorie als „Postfordismus“ benannt wurde.

2007: 14), erlaubt so, Regulationen als Effekte, als Verdichtungen sozialer Handlungen zu begreifen und sie nicht funktionalistisch vorauszusetzen (vgl. Karakayali/Tsianos 2005: 48). In Bezug auf Migrationsregime heißt das, auch Aspekte der Autonomie der Migration⁶ in eine (Regulations-)Theorie derselben integrieren zu können.

Machtgefälle im Migrationsregime

Damit wird keineswegs von einer Begegnung „auf gleicher Augenhöhe“ ausgegangen; vielmehr treffen innerhalb eines Migrationsregimes Akteure aufeinander, zwischen denen höchst asymmetrische Macht-Verhältnisse bestehen. So sind MigrantInnen gegenüber jenen Akteuren, die etwa grenzpolizeiliche Aufgaben übernehmen oder Ausländergesetze durchsetzen sollen, im Kräfteverhältnis klar untergeordnet (vgl. ebd.: 49; Heck 2008: 49). Aus dieser Unterlegenheit resultiert allerdings nicht (oder nicht in erster Linie) der Verlust des Akteursstatus und die oftmals proklamierte Immobilität. Statt der Abschottung wird in dieser Perspektive die *Entrechtung* als zentrale Funktionsweise des Migrations- und Grenzregimes in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Karakayali/Tsianos 2005: 49).

5.2 Zunehmende Illegalisierung von Migration

Das postfordistische Migrationsregime zu beschreiben, heißt also, Transformationsprozesse sichtbar zu machen, die einerseits historisch dem fordistischen Regime entspringen und andererseits einen Bruch zu ihm darstellen. Die Funktions- und Wirkungsweisen des herrschenden Migrationsregimes lassen sich daher nur verstehen vor dem historischen Hintergrund der zunehmenden Illegalisierungsprozesse, denen Migration seit den 1960er Jahren ausgesetzt war. Organisierte sich Migration nach dem Anwerbestopp 1973, der das Ende des „Gastarbeitsregimes“ markierte, zunehmend durch das ‚Schlupfloch‘ der Familienzusammenführung, versuchte die Regierung, auch dieses durch restriktivere Bestimmungen zu verengen (vgl. Karakayali 2008: 162 f.). Als es ab Mitte der 80er Jahre zu einem deutlichen Anstieg der Asylanträge kam

⁶ Bei der Perspektive der „Autonomie der Migration“ handelt es sich um eine der (post-)operaistischen Linken entstammende, kritische Perspektive auf herrschende Migrationsdiskurse und -politiken, die der theoretischen Annahme, Migrationsbewegungen steuern zu können, und den politischen Versuchen, dies zu tun, die These der „Autonomie“ oder ‚Eigensinnigkeit‘ von Migration entgegengesetzt und daraus politische Forderungen, etwa nach Legalisierung und einem universellen ‚Recht auf Rechte‘, ableitet (vgl. Muy 2009: 5–18).

und sich der rassistische Abwehrdiskurs gegen die angebliche „Asylantenflut“ verschärfte bis hin zu den gewaltsamen Exzessen in Form von tödlichen Pogromen gegen Flüchtlinge (vgl. Herbert 2003: 308 ff.), wurde im Mai 1993 schließlich der sogenannte „Asylkompromiss“ verabschiedet.⁷ Das Grundrecht auf Asyl wurde durch die neue Drittstaatenregelung⁸, das Konzept der sicheren Herkunftsländer (Art. 16a III GG) sowie die Verkürzung des Rechtsschutzes, verbunden mit dem Flughafenverfahren, faktisch ausgehebelt (vgl. Karakayali 2008: 176). Außerdem wurde das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) eingeführt, das die sozialen Leistungen für Asylbewerber_innen auf einem wesentlich niedrigeren Niveau als nach dem Sozialhilfegesetz und in Form von Sachleistungen festschreibt (vgl. Herbert 2003: 319).

Der „Asylkompromiss“ führte tatsächlich zu einem deutlichen Rückgang der Asylbewerber_innenzahlen, der bis heute anhält (vgl. BAMF 2008: 9). Seitdem aber wuchs nun die Zahl der „illegalen“ MigrantInnen (vgl. Karakayali 2008: 180). Zwar hatte es illegale Migration schon seit den Anfängen der Bundesrepublik gegeben (vgl. ebd.: 96); im Laufe der neunziger Jahre aber, nachdem fast alle zuvor legalen Einwanderungswege illegalisiert worden waren, wandelte sie sich zur Hauptmigrationsform. Zugleich rückte ihre Bekämpfung ins Zentrum der Neu-Formierung des europäischen Migrationsregimes (vgl. ebd.: 181).

5.3 Zunehmende Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure ins Migrationsregime: „Governance“ der Migration

Zum Begriff Governance

Seit den 1980er Jahren sind in der Politik wie in der Politikwissenschaft Konzepte der „New“ oder „Global Governance“ auf dem Vormarsch, in denen Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung an die Politik gesucht werden (vgl. Karakayali 2008: 193). Der Begriff „Governance“ beschreibt

⁷ Die diskursive Konfliktlinie wurde durch den Missbrauchsvorwurf dabei bereits vorgezeichnet: „Wer den MigrantInnen zugestand, dass sie möglicherweise als Arbeitsmigrant_innen in die Bundesrepublik kamen, machte sich ungewollt zum Advokaten der großen Koalition der Asylgegner_innen. Migration aber war nur als Flucht vor Folter und Verfolgung zu rechtfertigen.“ (Karakayali 2008: 174).

⁸ Demnach kann sich auf das Recht auf Asyl nicht berufen, wer aus einem Staat einreist, in dem die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskommission gewährleistet sind (Art. 16a II GG). Da alle die BRD umgebenden Staaten als diese Kriterien erfüllend definiert werden, kann niemand in Deutschland Asyl beantragen, der/die auf dem Landweg dorthin eingereist ist. (Vgl. Herbert 2003: 318).

nach Bob Jessop die verstärkte Integration von privaten und para-staatlichen Akteuren im Regierungshandeln (vgl. Heeg 2008: 254), „eine veränderte Regulationsstruktur [...], die staatliche wie gesellschaftliche Akteure sowie formelle und informelle Elemente zusammenführt und sich durch hierarchische, kompetitive und kooperative Akteursbeziehungen auszeichnet“ (ebd.: 255).

NGOisierung der Politik

Die „NGOisierung der Politik“ (Karakayali 2008: 195), im Sinne eines „Outsourcing“ eigentlich staatlicher Aufgaben an nicht-staatliche Akteure sowie des Formwandels der klassischen politischen Akteure und ihrer Praxen, die immer stärker selbst wie NGOs agieren, trägt der Einsicht in die geringe Tiefenwirkung formaler Macht Rechnung. Damit Gesetze Praxis werden, bedarf es gesellschaftlichen Drucks. Großen NGOs kommt hier die Scharnierfunktion zu, das zivilgesellschaftliche Feld mit dem des ‚erweiterten Staates‘ zu verknüpfen und letztlich das diskursive Terrain für die Umsetzung der EU-Migrationspolitik vorzubereiten (vgl. ebd.: 194 ff.). Auch die wachsende Bedeutung internationaler zwischen-staatlicher Organisationen, wie etwa des UNHCR oder der IOM, innerhalb des Migrationsregimes ist in diesem Kontext zu betrachten. Auf die Rolle der IOM möchten wir im Folgenden etwas genauer eingehen.

IOM: Management von Migration im Sinne kapitalistischer Logik

Die Vorgängerorganisation der IOM, das *Intergovernmental Committee for European Migration* (ICEM), wurde 1951 auf Initiative der USA gegründet. Während der ein Jahr zuvor gegründete UNHCR einen klaren humanitären und in der Blockkonfrontation politisch neutralen Anspruch hatte, setzte sich das ICEM nur aus mit den USA verbündeten Staaten zusammen und diente mitunter als Instrument im Kalten Krieg gegen den Ostblock (vgl. Düvell 2002: 101). Gegründet wurde das ICEM zur Steuerung der europäischen Nachkriegsmigration, die von Anfang an an den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Mitgliedstaaten orientiert sein sollte (vgl. ebd.: 101 f.). Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde eine politische Neubestimmung nötig. Die Organisation wuchs auf 75 Mitgliedstaaten und 43 Länder mit Beobachterstatus an⁹, globalisierte ihren Handlungsanspruch und hieß fortan *Internationale Organisation*

⁹ Mittlerweile hat die IOM 125 Mitgliedstaaten und 18 Staaten mit Beobachterstatus (vgl. IOM 2009).

für Migration (IOM) (vgl. Karakayali 2008: 194). Karakayali bezeichnet die IOM als den „Prototyp einer Politik des Migrationsmanagements“ und als „maßgeschneiderte[n] Akteur für die EU-Politik einer ‚Governance of Migration‘“ (ebd.). Im Unterschied zur Abschottungsrhetorik mancher europäischer RegierungspolitikerInnen folgt die IOM der Maßgabe der ‚geordneten Migration zum Wohle aller‘ (vgl. ebd.; IOM 2009). Dabei versteht sie „die Regulation der Migrations- und Mobilitätsströme im Sinne einer ‚effizienteren Allokation von Arbeitskraft‘ als zentrales Instrument einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaftspolitik“ (Karakayali 2008: 194). Düvell kommt zu dem Schluss: „Was die IOM betreibt, ist klassisches *social engineering*, die Konstruktion von Gesellschaft nach den Kriterien von Effizienz, Produktivität, Regierbarkeit und Steuerbarkeit.“ (Düvell 2002: 107; Herv. i. Orig.) Ihren Mitgliedstaaten bietet die IOM Dienstleistungen in unterschiedlichen Bereichen an. So ist sie zum Beispiel die wichtigste Kooperationspartnerin des Bundes in der Organisation der sogenannten „freiwilligen Rückkehr“ (vgl. Karakayali 2008: 195). Für abgelehnte AsylbewerberInnen und andere AusländerInnen, die keine Aussicht auf ein Bleiberecht in Deutschland haben, soll die „freiwillige Rückkehr“ „als attraktive Alternative zur Abschiebung gefördert werden“ (Praschma 2007: 12). Aber auch an der Einrichtung und Verbesserung der „Abschiebe-Infrastruktur“ ist sie beteiligt (vgl. Hess/Karakayali 2007: 51).

6. Soziale Arbeit als widersprüchliche Akteurin zwischen Regulationsinstanz und hilfreicher Ressource

Im vorangegangenen Abschnitt wurde Migration als ein „Konfliktfeld“, das Migrationsregime als eine Verdichtung solcher Konflikte beschrieben. Es wurde deutlich, dass innerhalb eines Migrationsregimes eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Macht- und Diskurspositionen agieren. Im folgenden Abschnitt soll die Soziale Arbeit als eine solche Akteurin analysiert, also ihre Rolle innerhalb des postfordistischen Migrationsregimes beleuchtet werden.

6.1 Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit

Der Prozess sozialer Ausschließung

Um die Rolle der Sozialen Arbeit in diesem Zusammenhang zu analysieren, halten wir die „Perspektive der ‚sozialen Ausschließung‘“ (Cremer-Schäfer 2001: 56) für hilfreich. Unter „sozialer Ausschließung“ versteht Helga Cremer-Schäfer „das strukturierte und organisierte Vorenthalten der Teilhabe an gesellschaftlich produzierten Ressourcen“ (ebd.: 60). Es handelt sich dabei also „stets um einen Konflikt um die Aneignung gesellschaftlich erzeugter Güter und auf einer allgemeineren Ebene um Festlegungen und Verhandlungen, wer weshalb und unter welchen Bedingungen an ihnen partizipieren kann.“ (ebd.) Ausschließungsvorgänge setzen Macht und Kategorisierungen voraus. Letztere werden durch Institutionen erzeugt und erhalten durch sie den „herrschaftlichen Charakter einer ‚Beschreibung‘“ (ebd.). „Institutionen *regulieren* Handlungsmöglichkeiten, d. h. sie herrschen durch die Ressourcen, die sie (den einen) zur Verfügung stellen und (den anderen) verweigern. [...] Das Personal der Institution kategorisiert, verteilt und verweigert Ressourcen, teilt Positionen zu, wendet Sanktionen und Strafen an“ (ebd.: 63; Herv. i. Orig.).

Ausgrenzung durch Kategorisierung

Die Entrechtung von MigrantInnen geht mit einem Komplex sozialer Ausschließungsprozesse einher. Das heißt, MigrantInnen werden durch die Verweigerung von Rechten von der Teilhabe an gesellschaftlich produzierten Ressourcen ausgeschlossen. Dabei handelt es sich um einen graduellen Vorgang, der etwa mit der Vorenthaltung des Wahlrechts beginnt und bis hin zur Ausschließung statusloser MigrantInnen von nahezu allen wesentlichen gesellschaftlichen Ressourcen, der „Einschließung“ ausreisepflichtiger Personen in Ausreisezentren oder Abschiebegefängnisse oder der „physischen Exklusion“ durch Abschiebung reicht. Diese Ausschließungsvorgänge setzen Kategorisierungen voraus, wie sie etwa das komplette Ausländerrecht durchziehen. Hier wird festgeschrieben, wer unter welchen Bedingungen und in welchem Maße an welchen gesellschaftlich erzeugten Gütern partizipieren kann. Die Grenzziehungen sind teilweise untereinander hierarchisiert, überlappen einander und verlaufen multidimensional – so z. B. zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“, „EU-BürgerInnen“ und „Nicht-EU-BürgerInnen“ oder zwischen den Staatsangehörigen visumpflichtiger und

visumsfreier Staaten. Eine weitere Grenzziehung wird anhand des Paradigmas der „Schutzwürdigkeit“ vorgenommen, nach dem z. B. bestimmt wird, wann ein Asylantrag gestellt werden kann und wann welches Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen erteilt wird und wann nicht. Diese Grenzziehungen sind jeweils graduell, flexibel und umkämpft. So wurden die Partizipationsmöglichkeiten entlang der Achse der Schutzwürdigkeit durch den Asylkompromiss 1993 massiv eingeschränkt. In den letzten Jahren gewinnt die Kategorisierung entlang der Achse der ökonomischen Verwertbarkeit zunehmend an Bedeutung, wie an den aktuellen Bemühungen um die Anwerbung hochqualifizierter MigrantInnen erkennbar ist (vgl. Council of the European Union 2008), aber auch an dem Versuch, über die „Altfallregelungen“ oder den neuen § 18 a AufenthG¹⁰ diejenigen unter den Geduldeten¹¹ „abzuschöpfen“ und mit einem Aufenthaltstitel zu versehen, die wirtschaftlich „integriert“ sind, während jene, die an den zu nicht unwesentlichen Teilen an ökonomischen Verwertungskriterien orientierten Erteilungsvoraussetzungen scheitern, mit verschärftem Ausreisedruck (und damit weiterer Ausschließung) zu rechnen haben.¹² Letztlich steckt in jeder einzelnen ausländerrechtlichen Norm eine Kategorisierung und Grenzziehung, die den Grad von Partizipation und Ausschließung anhand bestimmter Kriterien bestimmt, ob es nun um das Staatsbürgerschaftsrecht, verschiedene Aufenthaltsw Zwecke, das Asylverfahren, das Leistungsrecht, die Folgen fehlender Mitwirkung, Ausweisungsgründe oder Abschiebungen geht.

Zugang zu Ressourcen

Die von sozialer Ausschließung Betroffenen sind nicht einfach passive und wehrlose „Opfer“, sondern arbeiten ihr aktiv entgegen und entwickeln Strategien, um mit Situationen sozialer Ausschließung umzugehen (vgl. Cremer-Schäfer 2005). Dabei lassen sich mehrere Ebenen der gesellschaftlichen Partizipation ausmachen, die teilweise einander voraussetzen (vgl. Steinert 2007: 160 ff.):

¹⁰ Der neue § 18 a AufenthG, der seit 01.01. 2009 in Kraft ist, zielt explizit darauf, „das Potenzial von Geduldeten [...] besser für den deutschen Arbeitsmarkt [zu nutzen]“ (Deutscher Bundestag 2008: 1 f.). Er übernimmt dabei die hohen Hürden der gesetzlichen Altfallregelung, verzichtet lediglich auf die Stichtags- oder Warteregelung (vgl. Heinhold 2008).

¹¹ Zum Duldungsstatus, der die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung bezeichnet und für die Betroffenen mit einer Vielzahl von Ausschließungsprozessen einhergeht, vgl. Muy 2009: 59 ff.

¹² So hieß es zumindest in der ‚Bleiberechtsregelung‘ der Innenministerkonferenz 2006: „Der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, muss konsequent beendet werden.“ (IMK 2006: 19).

So ist der Zugang zu bestimmten (*sekundären*) Ressourcen Voraussetzung, um an andere (*primäre*) Ressourcen heranzukommen (vgl. ebd.; Cremer-Schäfer 2008: 85 ff.). Zum Beispiel sind die Ressourcen der Staatsbürgerschaft oder zumindest des Aufenthaltsrechtes Voraussetzung für den Zugang zu zahlreichen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten; oder der Zugang zu einem hilfreichen sozialen Netzwerk ist Voraussetzung für den Erwerb einer Lohnarbeit, einer Wohnung oder für den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, insbesondere, wenn die Ressource des Aufenthaltsrechtes und damit verbundener sozialer Rechte nicht zur Verfügung steht.

Soziale Arbeit als grenzziehende Akteurin

In diesem Zusammenhang ist auch die Soziale Arbeit als (nachrangige) Zugangsressource zu verstehen, die ihrerseits über Ressourcen verfügt und den Zugang zu diesen reguliert. Auch sie ist aktiv an Grenzziehungen und Kategorisierungen beteiligt, worauf etwa das Bekenntnis der Wohlfahrtsverbände zum Prinzip, „dass Flüchtlinge in ihr Herkunftsland zurückkehren sollen, wenn keine Notwendigkeit zur Schutzgewährung besteht“ (BAGFW 2007: 69), hinweist. Aus einer kritischen Perspektive der sozialen Ausschließung ist es die besondere Verantwortung Sozialer Arbeit, ihre eigene Eingebundenheit in Kategorisierungs- und Ausschließungsprozesse zu reflektieren und entsprechende Schlüsse für Theorie und Praxis zu ziehen.

6.2 Soziale Arbeit als Akteurin der Regulation von Migration am Beispiel des Arbeitsfeldes Rückkehrberatung

Den Blick auf die disziplinierenden Momente und Funktionen der Sozialen Arbeit im postfordistischen Migrationsregime schärfen möchte ich am Beispiel der sozialarbeiterischen Rückkehrberatung, da sich hieran zwei zentrale Spannungsfelder der Migrationssozialarbeit aufzeigen lassen: Zum einen das Verhältnis der Sozialen Arbeit zum Staat, zum anderen ihre ambivalente Position im Spannungsverhältnis zwischen ‚Hilfe‘ und ‚Kontrolle‘.

Das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und „dem Staat“ ist durch asymmetrische, aber nicht einseitige Machtverhältnisse gekennzeichnet. Damit ist die hohe Abhängigkeit der Sozialen Arbeit – auch in freier Trägerschaft – von staatlichen Interessen angedeutet, zugleich aber, dass der Staat seinerseits auf

das „Funktionieren“ der Sozialen Arbeit angewiesen ist.

Rückkehrberatung

Bereits seit 1979 gibt es das Bundesprogramm für freiwillige RückkehrerInnen REAG/GARP, das im Auftrag des Bundesinnenministeriums sowie der zuständigen Landesministerien von der IOM durchgeführt wird (vgl. Kreienbrink 2007: 62). In den letzten Jahren wird der Rückkehrpolitik innerhalb der deutschen und europäischen Migrationspolitik jedoch zunehmende Bedeutung gewidmet (vgl. ebd.: 35). Der Begriff der „Rückkehr“ umfasst dabei sowohl die „freiwillige“ als auch die zwangsweise Rückkehr (vgl. ebd.: 42). Der Begriff der „freiwilligen Rückkehr“ ist gesetzlich nicht definiert und in seiner Bedeutung hoch umstritten. Das Spektrum der Positionen reicht von der Ansicht, dass von der Freiwilligkeit der Ausreise nur gesprochen werden könne, wenn es die Alternative des legalen Verbleibs gebe, bis hin zu der Vorstellung, Freiwilligkeit bedeute nur die Abwesenheit von körperlicher Gewalt im Rahmen einer Rückführung (vgl. ebd.: 44 ff.). Wo immer die begriffliche Grenze gesetzt wird, sind sowohl die zwangsweise Rückführung als auch die Förderung der „freiwilligen“ Rückkehr bedeutsame Instrumente staatlicher Migrationsregulierung (vgl. ebd.: 37).¹³ Von der „Süssmuth-Kommission“ wird die „freiwillige“ Rückkehr als humane und kostensparende Alternative zur zwangsweisen Rückführung dargestellt, da sie von der Notwendigkeit befreie, körperlichen Zwang gegen Menschen auszuüben und „finanzielle, politische und soziale Kosten, die sich aus Abschiebungen und nicht möglichen Rückführungen ergeben“ (UKZu 2001: 157), erspare. Außerdem stärke ein kooperativer Ansatz auch die Beziehungen zu den Herkunftsländern und somit die deutsche „Verhandlungsposition für – weiterhin notwendige – zwangsweise Rückführungen“ (ebd.). Ein zentrales Augenmerk jeder Rückführungspolitik müsse daher der Förderung freiwilliger Aus- und Weiterreise gelten (vgl. ebd.). Zielgruppe der Politik der Förderung der „freiwilligen“ Ausreise sind v. a. abgelehnte Asylsuchende, Asylsuchende im laufenden Verfahren und Menschen mit einer Duldung (vgl. Westphal/Behrens 2007: 300). Ergänzend wird sie als ein

¹³ So heißt es in der Begründung zur Schaffung eines EU-Rückkehrfonds ab dem Jahr 2008: „Politisch gesehen sind jedoch die freiwillige und die erzwungene Rückkehr miteinander verknüpft und verstärken sich gegenseitig, und die Mitgliedstaaten sollten im Rahmen ihres Rückkehrmanagements dazu angehalten werden, verstärkt darauf zu achten, dass sich diese beiden Formen der Rückkehr ergänzen.“ (Europäische Union 2007: L 144/47).

Instrument zur Reduzierung von illegalem Aufenthalt gesehen (vgl. Kreienbrink 2007: 69). Rückkehrberatung und -unterstützung wird von unterschiedlichen Institutionen geleistet. Dabei werden Beratungsstellen nicht-staatlicher Träger offenbar besser angenommen, da es „Rückkehrwilligen“ dort leichter falle, ein Vertrauensverhältnis zu den MitarbeiterInnen aufzubauen (vgl. ebd.: 97). Die Konzepte der Rückkehrberatung reichen von integrierter Rückkehrberatung als Bestandteil einer umfassenden, prinzipiell ergebnisoffenen Perspektivberatung bis hin zu gezielter Rückkehrberatung als einzigem oder zentralem Beratungsfokus (vgl. Westphal/Behrens 2007: 303). Die Entwicklung der Angebote verlagert sich dabei zunehmend in Richtung gezielter Rückkehrberatung (vgl. ebd.: 325). Dies berge, so Westphal und Behrens, „die Gefahr, dass die Durchsetzung des Ausländerrechts und Ziele der Kostenersparnis humanitäre Leitbilder in der Praxis verdrängen.“ (ebd.)

„Ausreisezentren“: Kalkulierte Perspektivlosigkeit

Dass Rückkehrberatung im Extremfall in der Tat nichts anderes ist als die „zweite Säule der Abschiebepolitik“ (Berthold 2005), zeigt ihre Rolle im Rahmen sogenannter „Ausreisezentren“. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde die Möglichkeit der Bundesländer zur Etablierung von Ausreiseeinrichtungen ins Ausländerrecht aufgenommen. Dort soll „durch Betreuung und Beratung die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert [. . .] werden“ (§ 61 III AufenthG). Sie dienen im Unterschied zur Abschiebungshaft als „offene Einrichtung der Unterbringung von Personen, die keine oder unzutreffende Angaben zu ihrer Identität und Staatsangehörigkeit machen und/oder die Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten verweigern.“ (BMI 2004: 279) Die Unterbringung ermögliche „eine intensive, auf eine Lebensperspektive außerhalb des Bundesgebiets gerichtete psycho-soziale Betreuung“ (ebd.). Wie diese aussieht, beschreibt Axel Kreienbrink vom BAMF:

Die Lebensbedingungen in einer Ausreiseeinrichtung sind in der Regel dadurch geprägt, dass diese Einrichtungen abgegrenzt und umzäunt sind und einen kontrollierten und überwachten Zugang haben. Es finden regelmäßige Befragungen zur Identität statt, um sowohl Widersprüche in den Darstellungen aufzudecken als auch das Unrealistische einer weiteren Verbleibensperspektive in Deutschland

vor Augen zu führen. Durchsuchungen werden durchgeführt, um Identitätsnachweise im Besitz der Betroffenen zu finden. Es werden Aufenthaltsbeschränkungen ausgesprochen und statt Geld im Rahmen des Sachleistungsprinzips tägliche Essenspakete ausgegeben. Weitere mögliche Maßnahmen sind das Anhalten zu gemeinnütziger Arbeit, das Verbot der Erwerbstätigkeit sowie die Kürzung des Taschengeldes [...]. Die aus diesen Beschränkungen für die betroffenen Personen erwachsenden Frustrationen oder sogar eine ‚gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit‘ sind einkalkuliert und sollen [...] mittels intensiver Rückkehrberatung in positive Ansätze für eine Rückkehr in die Heimat [...] umgewandelt werden. (Kreienbrink 2007: 143; Herv. S.M.)

Abhängigkeit von staatlichen Fördermitteln

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege erklären sich im Grundsatz konform mit der Maxime, dass Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollen, wenn keine Notwendigkeit zur Schutzgewährung bestünde (vgl. BAGFW 2007: 69). Unterschiedliche Einschätzungen gibt es in der Frage, wann diese Voraussetzung im konkreten Fall erfüllt sei, sowie im Stellenwert der Rückkehrberatung. In einem Positionspapier spricht sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege für die öffentliche Förderung der Rückkehrberatung als integriertem Teil der Flüchtlingsberatung, aber gegen ihre isolierte Förderung aus (vgl. ebd.: 73). Gleichwohl konstatiert sie einen gegenläufigen Trend: Soweit Flüchtlingsarbeit überhaupt noch gefördert werde, sei eine Umsteuerung hin zur Rückkehrberatung festzustellen (vgl. ebd.). Trotz aller gegenteiligen Positionierungen der Wohlfahrtsverbände gibt es eine Tendenz zur Etablierung exklusiver Rückkehrberatungsstellen (vgl. Mesovic 2007: 24). Die Abhängigkeit von staatlichen Fördermitteln stellt die Wohlfahrtsverbände dabei oft vor die Wahl zwischen schlechten Alternativen. So beschreibt Martina Domke von der Diakonie Köln, wie die Landeszuschüsse für die Flüchtlingsberatung zunächst gekürzt und dann an die Bedingung, Rückkehrberatung durchzuführen, geknüpft wurden, schließlich die Alternative „Personalabbau oder Rückkehrberatung“ der ausschlaggebende Faktor dafür gewesen sei, warum ihre und andere Einrichtungen in die Rückkehrberatung eingestiegen seien (vgl. Domke 2007: 15). Thomas Berthold beschreibt das

Dilemma, in das die Flüchtlings- und Migrationsberatung in diesem Zusammenhang gerät:

Einerseits ist sie von den Geldern des Staates und vor allem des Europäischen Flüchtlingsfonds abhängig, und diese sind vielfach an eine Rückkehrberatung gekoppelt. Andererseits stellen diese Beratungsstellen einen der letzten Fluchtpunkte innerhalb Europas dar – einen Fluchtpunkt von Menschen, die hier leben wollen und hier bleiben wollen. Wird dieser Raum noch stärker der Rückkehrberatung geöffnet, werden die Interessen der Flüchtlinge und MigrantInnen geopfert. (Berthold 2005: 60)

Dieses Problem der Instrumentalisierung und Vereinnahmung der Migrationsberatung „als Baustein einer schon seit langem verfolgten Strategie der Abschreckung“ (Mesovic 2007: 24) lässt sich allein durch guten Willen der tätigen SozialarbeiterInnen nicht lösen: Das Beratungsgespräch selbst mag in so einem Falle ergebnisoffen gestaltet werden können; die Beratungssituation ist es vielfach nicht mehr (vgl. ebd.).

Soziale Arbeit als Komplizin staatlicher Repression

Das AntirassismusBüro Bremen sieht hierin eine repressive Neugestaltung der Aufgaben Sozialer Arbeit:

Eine Beratung zur freiwilligen Rückkehr hin erkennt an, dass es für einige Menschen hier keine Möglichkeit für einen legalen Aufenthalt mit den entsprechenden Rechten geben soll. Sie unterstützt die staatliche Abschiebepaxis, indem sie diese um ein immer wichtiger werdendes Instrument ergänzt. Die freien Wohlfahrtsverbände und auch die NGOs, die diese Arbeit durchführen, übernehmen daher letztlich eine repressive staatliche Aufgabe. SozialarbeiterInnen als Handlanger staatlicher Zwangsmaßnahmen, als Hilfspolizisten der Migrationskontrolle sind eine daraus resultierende Entwicklung. [...] Für Wohlfahrtsverbände und NGOs sind die Alternativen klar: Sie stehen vor der Entscheidung, ob sie sich vermeintlichen ‚Sachzwängen‘ unterordnen bzw. sich die gängigen Sparpostulate zu eigen machen wollen oder nicht. Wenn ja, machen sie sich automatisch

zu Handlangern oder gar [...] willigen Vollstreckern staatlicher Abschiebepolitik. Wollen sie dies nicht, gibt es zur Beendigung einer Zusammenarbeit mit der IOM keine Alternative. (AntirassismusBüro Bremen 2004: 14)

Ungeklärte Widersprüche

Die Folgerung des AntirassismusBüros besticht durch ihre politische Konsequenz. Allerdings vermag sie die Widersprüche, innerhalb derer die Soziale Arbeit – sofern man ihr einen kritischen Anspruch unterstellt – hier agiert, nicht aufzulösen: den Widerspruch zwischen dem eigenen sozialarbeiterischen und politischen Selbstverständnis und der finanziellen und rechtlichen Abhängigkeit vom Staat; den Widerspruch zwischen den grundsätzlichen Bleibewünschen der KlientInnen und der zermürbenden Lebenssituation ohne Perspektive auf eine Verbesserung der Aufenthaltssituation; den Widerspruch zwischen der politischen Kritik an der IOM und dem Grundsatz, den konkreten (Rückkehr-) Wunsch der KlientInnen ins Zentrum des Beratungsinteresses zu stellen – denn in diesem Falle stellen IOM- und andere Rückkehrfördermittel durchaus eine hilfreiche Ressource dar.

6.3 Zentrale „Unsicherheiten“ Sozialer Arbeit mit MigrantInnen ohne Aufenthaltsrecht

Norbert Cyrus (2004: 186) benennt weitere zentrale „Unsicherheiten“, die die Soziale Arbeit mit MigrantInnen ohne Aufenthaltsrecht¹⁴ prägen und erschweren: An erster Stelle die *organisationelle Unsicherheit*. Es sei unklar, inwieweit die MitarbeiterInnen in der Arbeit mit Menschen ohne Aufenthaltsrecht vom Träger aktiv oder passiv unterstützt werden. Oftmals zählten MigrantInnen ohne Aufenthaltsrecht bzw. -status nicht zur offiziellen Zielgruppe der Beratungsarbeit, und es stehe zu befürchten, dass das Bekanntwerden der Unterstützung illegalisierter MigrantInnen eine Kürzung oder Streichung staatlicher Fördergelder nach sich ziehen könnte. Hinzu komme die *rechtliche Unsicherheit*, also die Angst der BeraterInnen, sich mit der Unterstützung

¹⁴ Wenn hier von „Menschen ohne Aufenthaltsrecht“ die Rede ist, sind damit nicht nur Menschen ohne jeden Aufenthaltsstatus gemeint, sondern auch z. B. Geduldete, AsylbewerberInnen und Menschen mit anderen rechtlichen Status, die zwar über einen juristischen Aufenthaltsstatus, jedoch über keinen (oder nur einen äußerst prekären) *legalen Aufenthaltstitel* verfügen (vgl. hierzu Muy 2009: 51–64).

illegalisierter MigrantInnen selbst strafbar zu machen – etwa der Beihilfe zu einer ausländerrechtlichen Straftat (§ 26 StGB i.V.m. § 95 I AufenthG) oder der Einschleusung (§ 96 I AufenthG). Zwar sind laut Cyrus (2004: 188) bislang keine Verurteilungen von SozialarbeiterInnen wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt bekannt. Jedoch stelle die bestehende Strafandrohung eine Verunsicherung der MitarbeiterInnen sowie der Träger dar, die zur Verweigerung von Hilfeleistungen für statuslose MigrantInnen führen können (vgl. ebd.). Die Möglichkeiten und Perspektiven der Sozialen Arbeit mit Menschen ohne Aufenthaltsrecht werden, wie Cyrus (2004: 199) bemerkt, zudem durch die restriktiven aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen stark eingeschränkt.

7. Perspektiven kritischer Migrationssozialarbeit

Ressourcen schaffen, Autonomie stärken

Wie könnte nun eine kritische Soziale Arbeit unter den beschriebenen Rahmenbedingungen des postfordistischen Migrationsregimes und der Entrechtung von MigrantInnen aussehen? Hierunter kann verstanden werden, gerade jenen MigrantInnen, denen der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen fehlt bzw. verweigert wird (z. B. Rechte, Arbeit, Wohnraum, auch soziale Netzwerke), Ressourcen zur Verfügung zu stellen, zu vermitteln oder zu erschließen, die ihnen einen gewissen Grad an Partizipation trotz und entgegen der Bedingungen der Entrechtung ermöglichen und dadurch und darüber hinaus die Autonomie der migrantischen Lebensführung, d. h. die Autonomie der Migration im gesellschaftlichen Kräfteparallelogramm entgegen staatlicher Kontrollinteressen zu stärken. Die Möglichkeiten, auf eine solche Weise wirken zu können, das Verhältnis zwischen regulativen und hilfreichen Wirkungsweisen Sozialer Arbeit bestimmt sich maßgeblich über die Kräfteverhältnisse im Migrationsregime, das auf unterschiedlichen räumlich-politischen Maßstabsebenen – also etwa auf kommunaler, Landes-, nationaler und EU-Ebene – die Lebensbedingungen von MigrantInnen und die Rahmenbedingungen der mit ihnen befassten Sozialen Arbeit strukturiert, in Verbindung mit der institutionsspezifischen Funktion und Position in diesem und dem normativen Selbstverständnis von Einrichtung und MitarbeiterInnen.

Auf der Suche nach neuen Formen Sozialer Arbeit

Wenn die Frage lautet, *welche Bedingungen gegeben sein müssten, damit Soziale Arbeit eher als hilfreiche Ressource denn als Regulationsinstanz wirken könnte*, so muss die Antwort auf all diese Aspekte zielen. Würde eine Kritik allein auf das normative Selbstverständnis Sozialer Arbeit fokussieren, so würde diese vernachlässigen, dass eine „kritische“ Selbstverortung unter den Bedingungen ungünstiger politischer und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse mit den restriktiven Rahmenbedingungen in Widerspruch gerät und so seiner „Realisierbarkeit“ enge Grenzen gesetzt sind – etwa wenn bestehende Gesetze kaum Partizipationsperspektiven zulassen, wenn Sozialer Arbeit die rein defensive Aufgabe zukommt, Verwaltungshandeln dahingehend zu beeinflussen, dass bestehende Spielräume nicht auch noch zu Ungunsten der KlientInnen genutzt werden, wenn Soziale Arbeit sich unter dem Druck finanzieller Abhängigkeiten mangels Alternativen in den Dienst der Rückkehrförderung statt der Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten stellt. Zwar kann auf eine kritische normative Standortbestimmung und Selbstreflexion Sozialer Arbeit unseres Erachtens weiter nicht verzichtet werden; darüber hinaus muss es jedoch auch um eine grundsätzliche politische Kritik am Migrationsregime gehen. Da die Bedingungen der Abhängigkeit von „Staat“ und/oder „Markt“, unter denen Soziale Arbeit gegenwärtig arbeitet, auch ihre Möglichkeiten politischen Engagements stark einschränkt, geht es auch darum, Organisationsformen zu entwickeln, die eine erhöhte Autonomie der Sozialen Arbeit gegenüber den sie einschränkenden Zwängen, eine stärker ressourcen- und gebrauchswertorientierte Ausrichtung und die Beteiligung an gegenhegemonialen Projekten mit dem Ziel der Überwindung von Vergesellschaftungsformen, die notwendig soziale Ausschließung hervorbringen, ermöglichen.

Literatur:

- Amos, S. Karin. 2006. „Assimilations-Theorie(n) revisited: Anmerkungen zum Sprachgebrauch“, in: Otto, Hans-Uwe und Mark Schrödter (Hg.). *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität*. Lahnstein. S. 71–84.
- AntirassismusBüro Bremen. 2004. *Stop IOM! Globale Bewegung gegen Migrationskontrolle*. Bremen.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). 2007. „BAGFW Positionspapier zu Bedingungen von freiwilliger Rückkehr von Flüchtlingen. Berlin, 04.09. 2006“, in: Deutsches Rotes Kreuz (Hg.). *Perspektivenberatung und Rückkehrunterstützung. Möglichkeiten und Grenzen der Flüchtlingshilfe*. Berlin. S. 69–73.

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). 2008. *Asyl in Zahlen 2007*. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Referat 224. Nürnberg.
- Berthold, Thomas. 2005. „Die zweite Säule der Abschiebepolitik. Der politische Rahmen der ‚freiwilligen‘ Rückkehr“, in: *Flüchtlingsrat. Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen*. Ausgabe 6/04 Heft 104/105. S. 57–61.
- Bloch, Ernst. 1985. *Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz*. Frankfurt am Main.
- Bundesministerium des Innern (BMI). 2004. „Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Aufenthaltsgesetz und zum Freizügigkeitsgesetz/EU.“ Stand: 22.12. 2004. http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/ZuwanderungIntegration/DatenundFakten/Vorlaeufige_Anwendungshinweise_AufenthG_FreizuegG_templateId=raw_property=publicationFile.pdf/Vorlaeufige_Anwendungshinweise_AufenthG_FreizuegG.pdf (18.11. 2008).
- Castro Varela, Maria do Mar. 2006. „Integrationsregimes und Gouvernementalität. Herausforderungen an interkulturelle/internationale Soziale Arbeit“, in: Otto, Hans-Uwe und Mark Schrödter. (Hg.). *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität*. Lahnstein. S. 152–164.
- Council of the European Union. 2008. European Pact on Immigration and Asylum. Brussels, 24 September 2008. http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/doc/doc_13440_08_en.pdf (14.12. 2008).
- Cremer-Schäfer, Helga. 2001. „Ein politisches Mandat schreibt man sich zu“, in: Merten, Roland (Hg.). *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Opladen. S. 55–69.
- Cremer-Schäfer, Helga. 2005. Situationen sozialer Ausschließung und ihre Bewältigung durch die Subjekte, in: Anhorn, Roland und Frank Bettinger (Hg.). *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit*. 1. Auflage. Wiesbaden. S. 147–164.
- Cremer-Schäfer, Helga. 2008. „Individuum und Kritik. Von der Wert-Orientierung zur Gebrauchswertorientierung“, in: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. Heft 107, Soziale Arbeit und Menschenrechte. S. 77–92.
- Cyrus, Norbert. 2004. „Soziale Arbeit mit Menschen ohne Aufenthaltsrecht“, in: Treichler, Andreas und Norbert Cyrus (Hg.). *Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft*. Frankfurt am Main. S. 180–203.
- Deutscher Bundestag. 2008. „Drucksache 16/10288. 22.09. 2008. Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur arbeitsmarktagäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter und zur Änderung weiterer aufenthaltsrechtlicher Regelungen (Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz)“. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/102/1610288.pdf> (03.12. 2008).
- Domke, Martina. 2007. „Aufgaben, Ziele und Erfahrungen in der landesgeförderten Rückkehrberatung“, in: Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e. V./Therapiezentrum für Folteropfer – Flüchtlingsberatung des Caritas Verbandes für die Stadt Köln e. V. (Hg.). *Freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde? – Flüchtlinge im Spannungsfeld zwischen Aufenthalt,*

- freiwilliger Ausreise und Rückkehrpflicht*. Dokumentation der Fachtagung am 22. 11. 2006 in Köln. S. 15–18.
- Düvell, Franck. 2002. *Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa*. Materialien für einen neuen Antiimperialismus. Heft 7. Berlin/Hamburg/Göttingen.
- Europäische Union. 2007. „Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms ‚Solidarität und Steuerung der Migrationsströme‘“. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:144:0045:0065:DE:PDF> (20. 11. 2008).
- Foucault, Michel. 2006. *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität 1*. Frankfurt am Main.
- Hark, Sabine. 1996. *Deviant Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität*. Opladen.
- Heck, Gerda. 2008. „*Illegale Einwanderung*“. *Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA*. Edition DISS Bd. 17. Münster.
- Heeg, Susanne. 2008. „Die Europäische Union – eine fragile Staatlichkeit? Politisch-territoriale Organisation der EU und die Diskussion um Scale“, in: Wissen, Markus/Röttger, Bernd und Susanne Heeg (Hg.). *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster. S. 251–266.
- Heinhold, Hubert. 2008. „zitiert & kommentiert“, *Hinterland. Ein Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrates*. Nr. 09, S. 4.
- Hell, Matthias. 2005. *Einwanderungsland Deutschland? Die Zuwanderungsdiskussion 1998–2002*. Wiesbaden.
- Herbert, Ulrich. 2003. *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 410. Bonn.
- Hess, Sabine und Serhat Karakayali. 2007. „New Governance oder Die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement“, in: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. S. 39–55.
- Hirsch, Joachim. 2005. *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg.
- Innenministerkonferenz (IMK). 2006. „Bleiberechtsbeschluss der IMK vom 17. 11. 2006“, in: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 182. Sitzung der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 17. November 2006 in Nürnberg. S. 18–22. http://www.migration-online.de/data/imk_182_beschluesse.pdf (02. 12. 2008).
- IOM. 2009. „About IOM“. <http://www.iom.int/jahia/Jahia/about-iom/lang/en> (07. 06. 2009).
- Karakayali, Serhat. 2008. *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld.
- Karakayali, Serhat und Vassilis Tsianos. 2002. „Migrationsregimes in der Bundesrepublik

- Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus“, in: Demirović, Alex und Manuela Bojadžijev (Hg.). *Konjunkturen des Rassismus*. Münster. S. 246–267.
- Karakayali, Serhat und Vassilis Tsianos. 2005. „Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration“, in: *PERIPHERIE. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*. Nr. 97/98. Münster. S. 35–64.
- Karakayali, Serhat und Vassilis Tsianos. 2007. „Movements that matter. Eine Einleitung“, in: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. S. 7–17.
- Kreienbrink, Axel. 2007. „Freiwillige und zwangsweise Rückkehr von Drittstaatsangehörigen aus Deutschland. Forschungsstudie 2006 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks“, in: BAMF (Hg.). *Rückkehr aus Deutschland. Forschungsstudie 2006 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks*. Forschungsbericht 4. Nürnberg. S. 25–208.
- Mesovic, Bernd. 2007. „Einbahnstraße Rückkehrförderung? Bemerkungen zu den Widersprüchen von Perspektivenberatung und Rückkehrförderung“, in: Deutsches Rotes Kreuz (Hg.). *Perspektivenberatung und Rückkehrunterstützung. Möglichkeiten und Grenzen der Flüchtlingshilfe*. Berlin. S. 23–30.
- Müller, Burkhard. 1993. „Das Soziale und die Fremden“, in: *neue praxis*. 23. Jahrgang. S. 1–10.
- Müller, Burkhard. 2006. „Soziale Arbeit und interkulturelle Arbeit – ein schwer zu lösender Knoten“, in: Otto, Hans-Uwe und Mark Schrödter. (Hg.). *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität*. Lahnstein. S. 256–264.
- Muy, Sebastian. 2009. „Soziale Arbeit – Regulationsinstanz im postfordistischen Migrationsregime oder hilfreiche Ressource zur Stärkung der Autonomie der Migration?“. Diplomarbeit. Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein (Fachbereich IV).
- Nieke, Wolfgang. 2006. „Anerkennung von Diversität als Alternative zwischen Multikulturalismus und Neo-Assimilationismus?“, in: Otto, Hans-Uwe und Mark Schrödter. (Hg.). *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität*. Lahnstein. S. 40–47.
- Otto, Hans-Uwe und Mark Schrödter. 2006. „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Von der Assimilation zur Multikulturalität – und zurück?“, in: Otto, Hans-Uwe und Mark Schrödter. (Hg.). *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilation – Transnationalität*. Lahnstein. S. 1–18.
- Prantl, Heribert. 1994. *Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik*. München/Wien.
- Prantl, Heribert. 1998. *Sind wir noch zu retten? Anstiftung zum Widerstand gegen eine gefährliche Politik*. München/Wien.
- Praschma, Ursula Gräfin (BAMF). 2007. „Freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde – die Sicht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“, in: Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V./Therapiezentrum für Folteropfer – Flüchtlingsberatung des Caritas Verbandes für die Stadt Köln e.V. (Hg.). *Freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde? – Flüchtlinge im Spannungsfeld zwischen Aufenthalt, freiwilliger Ausreise und Rückkehrpflicht*. Dokumentation der Fachtagung am 22. 11. 2006 in Köln. S. 11–13.

- Sachße, Christoph und Florian Tennstedt. 1998. *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg*. Stuttgart.
- Steinert, Heinz. 2007. „Sozialstaat und soziale Ausschließung“, in: Mackert, Jürgen und Hans-Peter Müller. (Hg.). *Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies*. Wiesbaden. S. 147–165.
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (UKZu). 2001. „Zuwanderung gestalten – Integration fördern.“ Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/AsylZuwanderung/Zuwanderungsbericht_pdf.pdf?__blob=publicationFile.pdf (10.11. 2011).
- Uwer, Thomas. 2008. „Gnade vor Recht“, *Jungle World*. Nr. 27, 3. Juli 2008, S. 3.
- Westphal, Manuela und Birgit Behrensen. 2007. „Rückkehrberatung und Rückkehrunterstützung der pädagogischen Arbeit im Bereich Migration, Asyl und Menschenhandel. Strukturen, Spezifika und Entwicklungen in Deutschland“, in: BAMF (Hg.): *Rückkehr aus Deutschland. Forschungsstudie 2006 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks*. Forschungsbericht 4. Nürnberg. S. 299–336.

Flüchtlingspolitik als Lagerpolitik

Tobias Pieper

Zusammenfassung

Pieper analysiert das Lagersystem in Deutschland seit 1980 und definiert es als dezentrales halboffenes Lagersystem. Es werden systematisch verschiedene Lagertypen analysiert und Ziele des Lagersystems in Deutschland herausgearbeitet, darunter die Festsetzung, Kontrolle und Verwaltung von Menschen. Der Text stellt in einer detaillierten Analyse die konkreten Ausschlussmechanismen des Lagersystems dar, unter anderem indem die Veränderungen in der öffentlich artikulierten Legitimation der Lagerunterbringung und ihre historischen Entwicklungen dargestellt werden. Die Lagerunterbringung bildet demnach die materielle Struktur einer Migrationspolitik die es sich im Namen der nationalen Sicherheit zur Aufgabe gemacht hat, Einwanderung zu regulieren bzw. zu verhindern. Piepers Analyse des Lagers als sozialen Raum zeigt, dass durch den Einschluss (ins Lager) ein (gesellschaftlicher) Ausschluss stattfindet, der die Menschen in vielerlei Hinsicht zerstört und einzig die „Illegalität“ die Möglichkeit des Ausbruchs bietet. Somit findet systematisch eine Praxis der Entrechtung statt. Durch die Dezentralität des Geschehens bleibt diese Entrechtung in ihrem Ausmaß scheinbar unsichtbar. Perspektivisch sieht Pieper eine Entwicklung weg vom dezentralen halboffenen Lagersystem hin zu multifunktionellen Sammellagerkomplexen, in welchen die Menschen den engen Lagerkreislauf überhaupt nicht mehr verlassen sollen. Damit solle den Menschen ihre Perspektivlosigkeit frühzeitig vor Augen geführt werden und somit zu einer kostengünstigeren schnellen Freiwilligkeit der Rückkehr führen.

Immer noch werden geduldete MigrantInnen und Flüchtlinge in lagerähnlichen Unterkünften auf Jahre verwahrt. Seit 1980 ist die Abwertung der Lebensverhältnisse von MigrantInnen im Asylverfahren durch einen Einschluss im Lager (west-)deutsche Realität. Derzeit wird vermehrt über die Internierungslager für MigrantInnen an den südlichen Grenzen Europas diskutiert, die unhaltbaren Lebensbedingungen dort und die tödlichen Folgen der militärischen Grenzsicherung geraten in die menschenrechtliche Kritik. Über die Lebensbedingungen in den hiesigen Lagern redet die große Öffentlichkeit jedoch nur

ungerne, es ist einfacher, die Menschenrechtsverletzungen außerhalb und bei den Anderen zu suchen. Denn in der Bundesrepublik werden nun seit mehr als 25 Jahren Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, in dezentral gelegenen über das Bundesgebiet verteilten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dies betrifft auch diejenigen Menschen, denen nur ein Aufenthaltsrecht in Form einer Duldung bekommen und deren Aufenthaltsperspektive eher drei Monate als maximal ein Jahr beträgt, die jedoch kettenhaft auf Jahrzehnte verlängert wird (sog. Kettenduldungen). Diese Menschen werden über das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) versorgt. Dies bedeutet jahrelange Unterbringung in isolierten, lagerähnlichen Gemeinschaftsunterkünften, ein restriktiv regulierter Arbeitsmarktzugang, die Auszahlung der deshalb notwendig werdenden und sowieso gekürzten ‚Hilfe zum Lebensunterhalt‘ in Sachleistungsform (ca. 65 % des normalen ALG II Satzes), ein Ausbildungsverbot und eine verminderte gesundheitliche Versorgung. Zurzeit bekommen in der Bundesrepublik laut Statistik der Bundesregierung knapp 154 000 Menschen (Stand 31. 12. 2007) Leistungen nach dem AsylbLG. Nach eigener Forschung waren Ende 2006 mindestens 115 000 Menschen in den deutschen Flüchtlingslagern untergebracht (siehe Pieper 2008). Es findet derzeit eine Reduzierung der Lagerplätze statt. Dies hat unterschiedliche Gründe. Lagerinsassen werden abgeschoben (zwischen 2006 und 2008 über 30 000 Menschen), bekommen einen regulären Aufenthalt oder fallen unter die sog. Bleiberechtsregelung („Alt-fallregelung“ von 2006 und 2007). Gleichzeitig funktioniert die Abschottung der europäischen Grenzen immer perfekter, so dass weniger neue Flüchtlinge und MigrantInnen in die Lager eingewiesen werden. Der derzeitige Stand kann nur geschätzt werden, da die vorhandenen staatlichen Statistiken unscharf sind. Ursprünglich war dieses Unterbringungssystem für die Verwaltung und Unterbringung von über einer Millionen MigrantInnen angelegt, aufgrund der rückläufigen Flüchtlingszahlen findet derzeit eine Reduzierung der dezentralen halboffenen Lager statt.

Die Unterbringung der hier Unerwünschten lässt sich mit dem Begriff des *dezentralen halboffenen Lagersystems* fassen. Es ist ein System von unterschiedlichen Lagertypen, die dezentral in den Kommunen angeordnet sind und deren Funktion nur durch den Systemcharakter der angeordneten Einzellager verständlich wird. Das *dezentrale* Lagersystem setzt sich zusammen aus den Landesaufnahmeeinrichtungen, großen *Auffanglagern*, den zur langfris-

tigen Unterbringung konzipierten Gemeinschaftsunterkünften als *dezentrale halboffene Sammellager*; dem neuen Zwischenglied Ausreiseeinrichtung als *Abschiebelager* und den Abschiebehaftanstalten, wozu auch die exterritoriale Unterbringung auf dem Flughafen in Frankfurt am Main als *Internierungslager für MigrantInnen* zählt. Die Dezentralität des Lagersystems wird durch das weltweit einmalige Gesetz der *Residenzpflicht* gewährleistet, welches nach der bundesweiten Verteilung der asylsuchenden Menschen auf die einzelnen Landkreise das Verlassen dieser unter Geld- bzw., bei fehlender Liquidität, unter Haftstrafe stellt. Wie durch ein virtuelles Netz wird der Raum parzelliert, die MigrantInnen gleichmäßig über diesen verteilt, verwaltet und festgehalten. Der Begriff der *Halboffenheit* betont, dass die BewohnerInnen aus den Lagern verschwinden können und gleichzeitig in diesen festgesetzt werden. Dieses Festsetzen wird durch institutionelle Schranken und symbolische Barrieren und nicht durch Stacheldraht organisiert. Die BewohnerInnen können prinzipiell aus den Lagern verschwinden und in die Welt der ‚Illegalität‘ abtauchen. Hierdurch unterscheiden sich das *bundesdeutsche dezentrale halboffene Lagersystem für MigrantInnen mit einem ungesicherten Aufenthalt* von den *Internierungslagern für MigrantInnen*, wie sie in vielen EU-Ländern vorfindbar sind. Die politische Absicht der Lagerunterbringung zielt auf die Festsetzung, Kontrolle und Verwaltung von hierhin fliehenden Menschen und deren institutionellem Fernhalten und Ausschluss aus der Gesellschaft.

Um die heutigen Lager verstehen zu können, müssen wir in die westdeutsche Vergangenheit gucken und ihre historische Genese analysieren. Als 1981 parteiübergreifend (SPD/CDU/FDP) die Lagerunterbringung flächendeckend eingeführt wurde, war die politische Zielsetzung klar und wurde in aller Deutlichkeit formuliert: Neue Migrationsbewegungen in die Bundesrepublik sollten durch Lager ebenso verhindert werden, wie die Vertreibung der bereits hier Angekommenen durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen forciert werden. In den politischen Begründungen wurde dabei offen auf rassistische Argumentationsmuster rekurriert und allen Flüchtlingen ein absichtlicher Missbrauch des Asylrechts unterstellt. Im folgenden Jahrzehnt wurde durch die konservative Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) diese rechts-populistische Debatte aus innenpolitischen Gründen zugespitzt und erreichte 1993, als zentraler Diskurs der ‚Wende‘, und der de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ihren Höhepunkt. Das Sammellager entwickelte sich in dieser Zeit im physisch

angreifbaren Symbol des entfachten rassistischen Diskurses, so dass zwischen 1986 und 1995 regelmäßig Unterkünfte angezündet wurden. Parallel wurde 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) verabschiedet, das auch heute noch die zentrale rechtliche Grundlage der staatlichen Entrechtungspraxis ist. Im AsylbLG wurden die auf dem administrativen Verwaltungsweg bereits angewandten Instrumente in einem eigenen Gesetz gebündelt. Die Kapazität des bundesdeutschen Lagersystems erreichte in dieser Zeit mit mehr als 1,5 Millionen LagerbewohnerInnen ihren historischen Höhepunkt. In den nächsten Jahren folgten weitere Verschärfungen des AsylbLG. Trotz der offensichtlichen Verfehlung der politischen Zielsetzung – die Verminderung der Flüchtlingszahlen durch Abschreckungslager im Ankunftsland – wird erstaunlicherweise bis heute an dieser Politik festgehalten, obwohl die damaligen, rassistisch aufgeladenen Begründungen fast gänzlich aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden sind. Dies hängt auch mit der immer effektiveren Grenzsicherung und der durch die EU-Ostweiterung durchgesetzten Grenzverlagerung zusammen. Denn die meisten MigrantInnen kommen und kamen in die Bundesrepublik immer schon aus den östlichen Staaten. Mit dem Rückgang der Flüchtlingszahlen ist eine Zuspitzung des Lagersystems verbunden. Die, die noch kommen, werden vermehrt unter Druck gesetzt, wieder zu verschwinden. So wurde im Rahmen des sog. ‚Zuwanderungsgesetz‘ unter der ersten rot-grünen Bundesregierung mit den Ausreisereinrichtungen ein neuer Lagertyp kodifiziert: das ‚humanitäre‘ Abschiebelager zur Forcierung der ‚freiwilligen‘ Ausreise. Folge dieser zugespitzten ‚Flüchtlingspolitik‘ ist die massenhafte Vertreibung der untergebrachten MigrantInnen in die ‚Illegalität‘.

Administrative Zielsetzung der *Ausländerpolitik* ist die Kontrolle hier lebender MigrantInnen und die Regulation und Verhinderung von Einwanderung, für deren Legitimierung auf einen nationalen Sicherheitsdiskurs zurückgegriffen wird. Die Lagerunterbringung bildet die materielle Struktur dieser *Ausländerpolitik*. MigrantInnen mit einem ungesichertem Aufenthalt werden räumlich festgesetzt, kontrolliert und materiell ausgegrenzt, mit der Zielsetzung, einen direkten Behördenzugriff auf die LagerbewohnerInnen zur Abschiebung jederzeit zu ermöglichen. Diese Funktion ist aufgrund der Quantität der untergebrachten MigrantInnen nur durch die Dezentralität der Einzellager, die lokal organisierte Verwaltung und dort abgestimmte polizeilich-exekutive Kontrolle reibungslos möglich. Die dezentralen Verwaltungsstrukturen führen gleichzeitig zur Un-

sichtbarkeit der staatlichen Aberkennung von Rechten, denn die jahrelange oder jahrzehntelange Unterbringung von mehreren hunderttausend Menschen vollzieht sich hinter dem Rücken der Öffentlichkeit. Lokal sichtbar werden nur die Einzellager, das Gesamtsystem und das Ausmaß der Unterbringung ist nicht unmittelbar erkennbar.

Als sozialer Raum wird der Innenraum der Unterkünfte strukturiert durch das zwangsweise Miteinander der BewohnerInnen und ihrer Lebensweisen und Biografien. Die Lagerunterbringung bedeutet den Einschluss der BewohnerInnen im Lager als materiell-räumlicher Ort der gesellschaftlichen Exklusion. Dieser Prozess des Einschlusses im Lager produziert symbolische wie materielle Barrieren, die ein einfaches Eintreten für BesucherInnen und Nichtflüchtlinge verhindern. Für MigrantInnen, deren Lebensmittelpunkt über Jahre das Lager bildet, ist eine Determination der Erfahrungen und der Handlungsmöglichkeiten durch die Lagerbedingungen feststellbar. Das Verschwinden in die ‚Illegalität‘ und das sich Einrichten in den irregulären Strukturen der Gesellschaft ist die einzige Möglichkeit des Ausbruchs aus dem Lager. Denn die Lebensbedingungen entfalten eine psychische Zerstörungskraft, der sich nur durch die ‚Illegalität‘ entzogen werden kann. Mittelpunkt der Unterbringung sind die Mehrbettzimmer, die eine Erosion der Privatsphäre und ein Leben in Zwangsgemeinschaften mit sich bringt. Das Arbeitsverbot und die Auszahlung von Sachleistungen, in Kombination mit dem räumlich isolierten Leben, strukturieren den Tagesablauf der Einzelnen als behördlich verordnetes Nichts-Tun und Langeweilen. Die kapitalistisch organisierte Außenwelt erscheint zwar in ihrer glitzernden Warenästhetik, aufgrund des materiellen Ausschlusses ist sie jedoch nur begehrt, der Konsum soll durch die Aberkennung des Zugangs zum Arbeitsmarkt verhindert werden. Die Außenwelt erscheint aus Perspektive der BewohnerInnen wie hinter *durchsichtigem Panzerglas, zum Anfassen nah und gleichzeitig unerreichbar fern*. Die BewohnerInnen selber beschreiben den Einschluss im bundesdeutschen Lager als Leben im *offenen Gefängnis*. Der gesellschaftliche Rassismus strukturiert hierbei die Umgebungsgesellschaft als feindliches Land, die symbolische Ordnung verweist die LagerbewohnerInnen auf einen der unteren Plätze. Folge dieser gesellschaftlichen Segregation und Deprivation sind fast zwangsläufig psychisch zerstörerische Mechanismen, depressive Zustände und unkontrollierte diffuse Aggressionen mit Auswirkungen auf die physische Konstitution. Diese *Kasernierung des Psychischen* ergibt

sich hierbei aus der Kombination der Lebensbedingungen und der Perspektivlosigkeit als Produkt der zeitlichen Unbegrenztheit. Nach Jahren oder gar Jahrzehnten der Unterbringung stirbt die Hoffnung auf einen gesicherten Aufenthalt, das Handeln der Behörden erscheint undurchschaubar und willkürlich und verhindert jegliche Lebensplanung. Wie andere Untersuchungen aufzeigen konnten, führt die dauerhafte Lagerunterbringung auch zu einer erhöhten Vulnerabilität für physische Krankheiten.

Konturen einer zukünftigen Flüchtlingspolitik als administrativer Umgang mit denjenigen, die hier nicht gewollt und nicht verwertbar sind, zeichnet sich zurzeit am deutlichsten in Niedersachsen ab. Als kostengünstigste und effizienteste Strategie setzt sich zunehmend das Konzept der ‚freiwilligen‘ Ausreise durch. Die jahrelange Unterbringung in überteuerten dezentralen Gemeinschaftsunterkünften soll langfristig komplett vermieden werden. Administratives Zentrum ist die ZAAB (Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde) Niedersachsen mit ihren drei jeweils 550 Plätze umfassenden Lagern. Dieser Lagerkomplex setzt sich zusammen aus den beiden multifunktionellen Sammellagern in Blankenburg/Oldenburg und Braunschweig als integriertes Lagerkonzept, bestehend aus Erstaufnahmeeinrichtung (§ 44 AsylVfG), Gemeinschaftsunterkunft (§ 53 AsylVfG) und Ausreiseeinrichtung (§ 61 AufenthG) in einem Gebäude. Hinzu kommt das Lager Bramsche, wo neue Strategien und Instrumente zur ‚freiwilligen‘ Ausreise entwickelt und praxiserprobt werden. Durch diesen Lagerkomplex mit insgesamt 1 650 Plätzen wird bereits derzeit eine Verteilung neu ankommender Asylsuchender auf die Kommunen fast komplett vermieden. Die Betroffenen wechseln nur noch als Akte die Etage, von einem Lager in das nächste. Sobald Platz geschaffen wird, durch ein ‚freiwilliges‘ Abtauchen, eine ‚freiwillige‘ Ausreise oder eine gewaltsame Abschiebung, stehen die geduldeten MigrantInnen als neue potentielle LagerbewohnerInnen bereit. Diese Entwicklungslinien lassen sich auch in den anderen Bundesländern ablesen, häufig noch in einem früheren Stadium ihrer Durchsetzung. Als zukünftiger Rahmen zeichnet sich jedoch ein enger Lagerkreislauf mit zentralen multifunktionalen Großlagern ab, die durch das Land betrieben werden. Dies wird zu einer Schließung der dezentralen halboffenen Lager führen. Neu ankommende und ‚alte‘ geduldete MigrantInnen sollen diesen engen Lagerkreislauf überhaupt nicht mehr verlassen, die Perspektivlosigkeit soll so durch verschiedene Psychotechniken frühzeitig in das Bewusstsein der Betroffenen transformiert und

eine baldige ‚freiwillige‘ Ausreise durch finanzielle Anreize unterstützt werden.

Zum Weiterlesen:

Pieper, Tobias. 2008. *Die Gegenwart der Lager – Zur Mikrophysik der Lager in der deutschen Flüchtlingspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Grenzen zeichnen – Die Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“*

Philipp Kuebart

Zusammenfassung

In Form eines virtuellen Rundgangs beschreibt Philipp Kuebart die Wanderausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“. Zu den einzelnen Ausstellungsteilen, die verschiedene Maßnahmen der Einsperrung und Ausgrenzung von Asylbewerber_innen und Geduldeten in Deutschland behandeln, werden die maßgeblichen Inhalte vorgestellt, während parallel auch die Entstehung des Projekts und die vor allem darstellungsmethodischen Entscheidungen nachvollziehbar gemacht werden. Die Beschreibung der bisherigen Wirkung beim Publikum wird, nach der Zerstörung der Ausstellung, ergänzt durch Überlegungen zum geplanten Wiederaufbau.

Deutschland in Zeiten eines zusammenwachsenden Europa: ein ungeteiltes Land mit offenen Grenzen zu seinen Nachbarstaaten? Ein ganz anderes Bild bietet sich Asylbewerber_innen und Menschen, die mit dem Status der Duldung in der Bundesrepublik leben.

Nicht nur auf dem Weg nach Europa und Deutschland, sondern auch nach der Stellung eines Asylantrages existieren zahlreiche Mechanismen der Einsperrung und Ausgrenzung, die angefangen mit der bundesweiten *Umverteilung* von Asylbewerber_innen nach der Antragstellung und anschließender Zwangsunterbringung in Flüchtlingsheimen und -lagern über *materielle und medizinische Unterversorgung* (oft in Verbindung mit Sachleistungsprinzip oder Gutscheinsystemen anstelle von Bargeldleistungen) bei gleichzeitigem *Ausbildungs- und Arbeitsverbot* bis zur sogenannten *Residenzpflicht* und deren Durchsetzung

* Dieser Text bezieht sich auf die ursprüngliche zwischen Juni 2009 und Januar 2010 gezeigte Ausstellung. Neu überarbeitet und erweitert ist „Residenzpflicht – Invisible Borders“ seit Juli 2010 als Wanderausstellung zu sehen. Mehr Informationen unter: <http://www.invisibleborders.de>.



Abb. 1 und 2: Ein kleiner Schritt für viele, eine Straftat für Flüchtlinge – Tatort Grenze.

mit Hilfe von Polizeikontrollen reichen. Die Residenzpflicht bedeutet, dass Asylbewerber_innen für die Dauer des Asylverfahrens¹ den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit schriftlicher Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde verlassen dürfen.² Nach Abschluss des Verfahrens ist für abgelehnte Asylbewerber_innen, die nicht abgeschoben werden dürfen und den Status der *Duldung* erhalten, der Aufenthaltsbereich in der Regel auf das Bundesland begrenzt, kann jedoch von der Ausländerbehörde auf das Kreis- oder sogar Gemeindegebiet weiter beschränkt werden. Rein administrative Gebietsauftei-

¹ Die Anerkennung bzw. Ablehnung von Flüchtlingen erfolgt in Deutschland im Asylverfahren zunächst durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), beim Einlegen von Rechtsmitteln teilweise auch durch Gerichte. Es wird zum einen die Gewährung von politischem Asyl gemäß Art. 16a GG, zum anderen die auf der Genfer Flüchtlingskonvention basierende Gewährung von Flüchtlingsschutz gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG bzw. von sogenanntem subsidärem Schutz gemäß der in § 60 Abs. 2–7 AufenthG festgelegten Abschiebeverbote geprüft. Bis zur endgültigen Entscheidung vergehen durchschnittlich etwa 18 Monate, während derer die Antragsteller_innen eine Aufenthaltsgestattung erhalten und meist in Flüchtlingsheimen oder -lagern zwangsuntergebracht sind. In den meisten Fällen wird kein Schutzgrund oder Abschiebeverbot anerkannt und der oder die Antragsteller_in wird damit „ausreisepflichtig“. In bestimmten Fällen besteht ein Anrecht auf eine sogenannte *Duldung*, bei der die Ausreisepflicht bestehen bleibt, eine gewaltsame Abschiebung jedoch vorerst nicht durchgeführt wird.

² Der Begriff „Residenzpflicht“ ist sprachlich ungenau und irreführend, da damit nicht allein der Ort des Wohnsitzes festgelegt, sondern ganz allgemein der Ort des (auch kurzzeitigen) Aufenthaltes beschränkt wird. Es handelt sich also eher um einen oft viele Jahre bestehenden Hausarrest auf das festgelegte Gebiet.

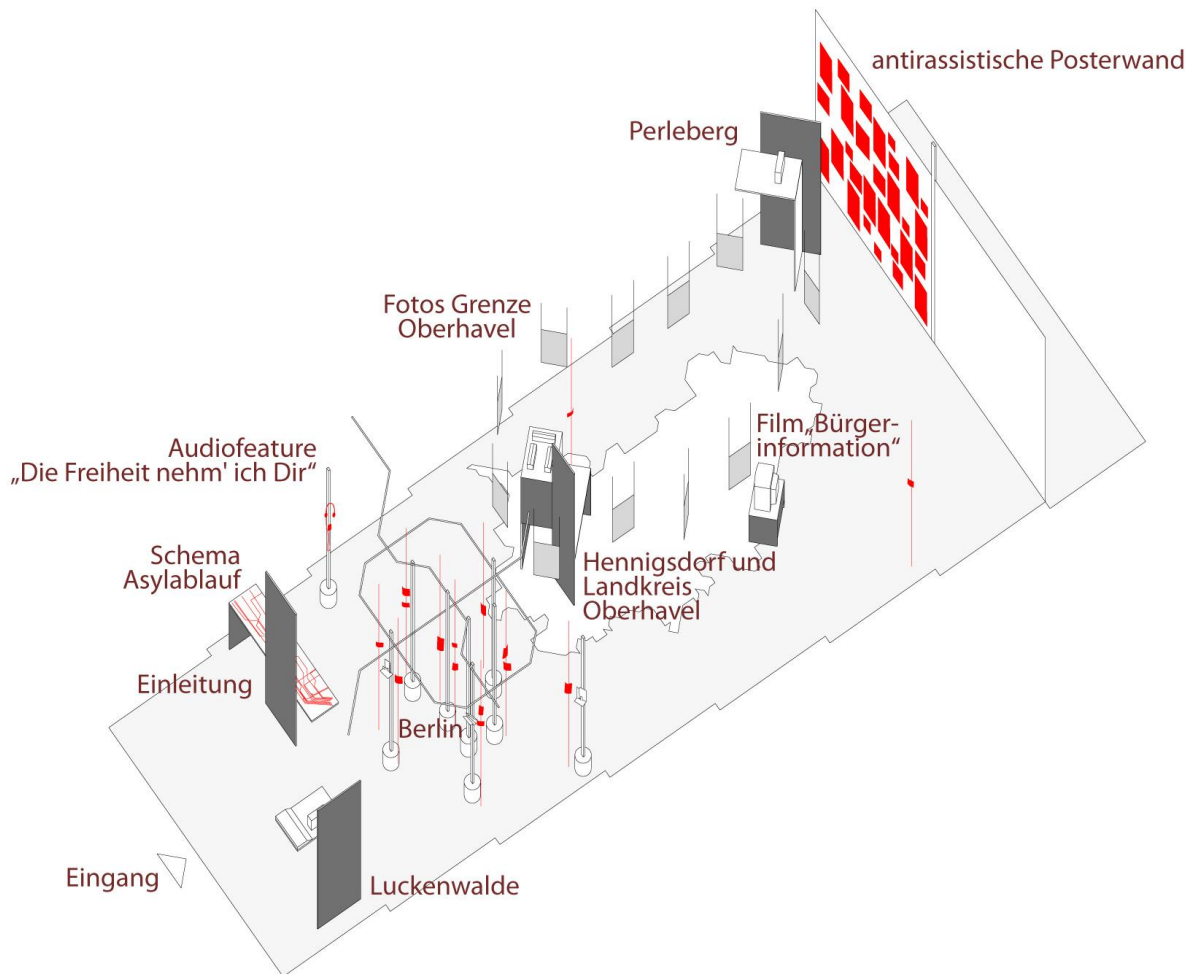


Abb. 3: Isometrie der Ausstellung

lungen werden damit für einen Ausschnitt der Bevölkerung zu tatsächlichen räumlichen Grenzen, während der überwiegende Teil der Gesellschaft sie problemlos passieren kann.

Der Wunsch, die sozialen und sozialräumlichen Auswirkungen dieser Mechanismen zu thematisieren war Ausgangspunkt der Ausstellung *Residenzpflicht – Invisible Borders*, die hier in Form eines kleinen Rundgangs vorgestellt werden soll. In einem thematischen Spagat wird dabei der Schwerpunkt abwechselnd bei den Inhalten der Ausstellung und den Darstellungsmethoden liegen.

Da die Ausstellung im Rahmen meiner Diplomarbeit im Fach Architektur entstand, lag die Betonung auf räumlichen Fragestellungen: einerseits bei den Orten der (Zwangs-) Unterbringung, andererseits aber auch bei Möglichkeiten zur Nutzung und Aneignung anderer Räume sowie dem gezielten

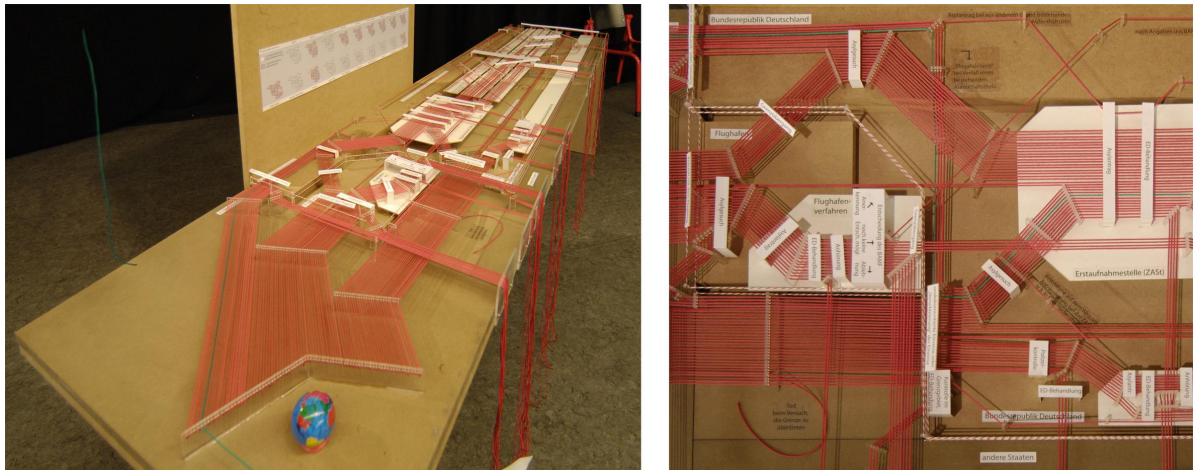


Abb. 4: schematisches Modell des Asylverfahrens mit Orten der (Zwangs-) Unterbringung

Ausschluss von bestimmten Orten, der unter anderem durch die Beschränkung der Bewegungsfreiheit stattfindet. Um diese Aspekte sowohl einzeln als auch in ihrem Zusammenwirken darstellen zu können, bildet die Ausstellung eine Collage verschiedener Modelle und Medien, die entsprechend der geografischen Lage der untersuchten Orte angeordnet den Ausstellungsraum zu einer Art begehbaren Landkarte machen.

Das Asylverfahren

Die einleitenden Tafeln dienen als erster Überblick über die untersuchten Maßnahmen sozialer und räumlicher „Grenzziehungen“ und erklären, wer von davon betroffenen ist.

Vor diesen Informationen steht ein schematisches Modell (Abb. 4), in dem mit Hilfe von etwa Hundert roten Fäden beispielhafte Wege durch das Asylverfahren dargestellt sind. Verschiedene Ebenen stehen für die Orte der (Zwangs-) Unterbringung bzw. für einen Aufenthalt mit regulärem Aufenthaltstitel oder auch das Leben in der „Illegalität“.

Einer der Fäden ist grün eingefärbt und der Weg, den er zeigt, wird in einer Geschichte detailliert beschrieben. Dieses Beispiel ist keine reale Lebensgeschichte, sondern ein möglichst realistisch konstruierter Fall.

Obwohl viele Ausstellungen stark mit Lebensgeschichten einzelner Menschen arbeiten und über Identifikationsfiguren leichter zugänglich sind, habe ich mich grundsätzlich gegen diese Form der Darstellung entschieden. Zum einen

wollte ich nicht die Position haben, als Ausstellungsmacher aus der Perspektive des weißen deutschen Studenten Geschichten von Menschen zu erzählen, die häufig sehr persönliche Aspekte beleuchten, zum anderen handelt es sich bei Vergehen gegen aufenthalts- oder arbeitsrechtliche Vorgaben häufig um strafbare Handlungen, so dass es auch dem Schutz der Interviewpartner_innen vor weiterer Repression dient, sie nicht identifizierbar zu machen. Schließlich geht man damit auch ein Stück weit der Gefahr aus dem Weg, dass Geschichten als einzelne „Extremfälle“ gelesen werden und nur für den konkreten Einzelfall Empathie geweckt wird. Den Versuch, möglichst systematisch die Verfahrensweise als Ganzes abzubilden, verstehe ich als Experiment, mit dem ich nach wie vor die Hoffnung verbinde, bei den Besucher_innen Kritik zu bekräftigen, die sich auf diese allgemeine Situation bezieht und unabhängig von persönlicher Sympathie als menschenunwürdig wahrgenommen wird.

Im Rahmen des Modells hat der (konstruierte) Beispielfall außerdem die praktische Funktion, die Systematik der Darstellung verständlich zu machen und einzelne Begriffe und Verfahrensschritte zu erklären.

Bei all der Abstraktion hoffe ich, dass verglichen mit klassischen Pfeil- oder Flussdiagrammen gerade die einzelnen Schnüre klar werden lassen, dass das gesamte Schema aus den Lebensgeschichten einzelner Menschen besteht.

Die immer wieder fremdbestimmt umgelenkten Wege verweisen dabei auf die fast undurchschaubare Komplexität des Verfahrens und den fortwährenden Druck bzw. Zwang zur Ausreise aus Deutschland. Andererseits enthält die Darstellung auch (Aus-) Wege in einen regulären Aufenthaltsstatus, etwa über eine Hochzeit oder ein gemeinsames Kind mit einer/einem Deutschen (oder Gleichgestellten), was in offiziellen Schemata in aller Regel ausgeblendet wird, und den Schritt in die Illegalisierung, um dem Alltag der Flüchtlingsheime und -lager zu entkommen.

Dargestellt sind auch die Einreisewege nach Deutschland, da diese spätestens seit der Grundgesetzänderung 1993³ maßgebliche Bedeutung dafür haben,

³ 1993 wurde der Art. 16a GG dahingehend geändert, dass insbesondere Ausländer_innen, die über einen Staat der EG/EU oder einen anderen sogenannten „sicheren Drittstaat“ eingereist sind, in Deutschland nicht asylberechtigt sind. Siehe auch Heinhold 2007, S. 14: „Mit der Billigung der Grundgesetzänderung des Art. 16a GG hat das Bundesverfassungsgericht die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts eingeleitet. [...] Seitdem steht nicht mehr der Mensch, sondern das staatliche Interesse im Mittelpunkt des Flüchtlingsrechts. Die Lösungsansätze und Regelungen fragen nicht mehr danach, wie man vernünftigerweise am besten, effektivsten und von mir aus auch am billigsten dem Flüchtling helfen kann, sondern danach, wie man diese „Last“ vom Staat abwälzen kann.“

ob Deutschland überhaupt ein Asylverfahren durchführt, oder ob es eine_in Antragsteller_in in ein zuvor betretenes Transitland schickt, um dort Flüchtlingsschutz zu beantragen.

Die Übertretung nationaler Grenzen ist auch Thema des in der Ausstellung zu hörenden Audiofeatures „*Die Freiheit nehm' ich Dir!*“⁴ vom Arbeitskreis *NoFortressEurope* der Naturfreundejugend Berlin. Durch die Gegenüberstellung von immer strenger gegen „unerwünschte“ Migrant_innen abgeriegelten EU-Außengrenzen einerseits und der zunehmend selbstverständlich in Anspruch genommenen Möglichkeit für europäische Staatsbürger_innen zu internationalem und interkontinentalem Tourismus andererseits rückt die selektive Wirkung von Grenzen auch auf europäischer Ebene ins Bewusstsein.

Die weiteren Teile der Ausstellung beschäftigen sich dann im Detail mit der Situation in Deutschland, wobei die Tatsache, dass gerade die europäische Migrationsabwehr einen zentralen Einfluss darauf hat, wer überhaupt nach Deutschland kommen kann und unter welchen Voraussetzungen, immer im Hintergrund mitgedacht werden sollte.

Das Flüchtlingsheim in Luckenwalde

Mit einem Modell im Maßstab 1:200 wird das Flüchtlingsheim in Luckenwalde, etwa 40 Kilometer südlich von Berlin gelegen, vorgestellt. Die städtebauliche Lage in einem Industriegebiet am Rande der Stadt lässt sich ebenso wie einige Fußwege in die Innenstadt, zur Ausländerbehörde, zum Bahnhof oder zum nächsten Supermarkt anhand eines Stadtplanes beurteilen.

Schon in der Auswahl der abgebildeten Wege zeigt sich die allgegenwärtige Gefahr einer solchen Ausstellung, Flüchtlinge primär als passive Objekte in gelenkten Bahnen zu beschreiben und auf ihre Opferrolle festzuschreiben. Da es tatsächlich ein zentrales Ergebnis der Restriktionen ist, dass Flüchtlinge massiv durch die Verwaltung und Regeln fremdbestimmt werden, halte ich es für wichtig, dies auch darzustellen, trotzdem sollte dabei immer auch auf verbleibende und erkämpfte Handlungsmöglichkeiten hingewiesen und vorhandener Widerstand dokumentiert werden.

In Luckenwalde existiert ein in diesem Zusammenhang wichtiges Projekt, näm-

⁴ Das Audiofeature „*Die Freiheit nehm' ich Dir – Über die Ungleichheit des Reisens*“ steht zum Download unter: <http://www.naturfreundejugend-berlin.de/node/70?q=node/77> (10. 11. 2011).

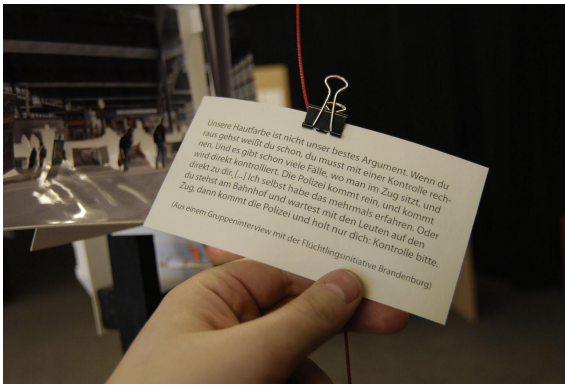


Abb. 5 und 6: Zitate und Modelle zu Polizeikontrollen in Berlin

lich ein Internetcafé in einem Raum des Flüchtlingsheims, das von *Refugees Emancipation*, einem Verein selbstorganisierter Flüchtlinge, betrieben wird. In einem Interview erläutern die Aktivist_innen von Refugees Emancipation ihr Konzept, die erzwungene Isolation von Flüchtlingen durch kostenlose Angebote zur Kommunikation und zur Weiterbildung durchbrechen zu helfen. Computerkurse, aber auch andere Bildungsangebote und die Produktion von Internetradiosendungen umgehen Ausbildungs- und Arbeitsverbote, bieten die Chance zur (Selbst-) Qualifizierung und erhöhen durch entstehende Kontakte oder weiterführende Kurse auch die Bewegungsradien der Teilnehmer_innen. Seit 2003 konnten insgesamt fünf solcher Internetcafés als Freiräume innerhalb der ansonsten durch Fremdbestimmung dominierten Flüchtlingsheime in Brandenburg eingerichtet werden. Externe Unterstützer_innen leisten in diesem Rahmen durch die Bereitstellung von Infrastruktur, das Angebot von Fortbildungskursen oder in der Öffentlichkeitsarbeit praktische Hilfe zum Empowerment.

Jenseits der Residenzpflicht: Berlin

Der anschließende Teil der Ausstellung beschreibt in erster Linie Situationen, die sich für Flüchtlinge aus den umliegenden Landkreisen ergeben, wenn sie ohne behördliche Genehmigung für einen temporären Besuch, oder auch um dauerhaft dort zu leben, nach Berlin kommen. Zitate aus Gesprächen mit Flüchtlingen (Abb. 5) geben einen Einblick in Erfahrungen, die mit sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ durch die Polizei zusammenhängen und die zeigen, wie die Übertretung der Residenzpflicht bewusst oder unbe-

wusst zum Akt individuellen Widerstands wird. Besonders deutlich wird dabei die Rolle des *Racial Profiling*, also der zwar offiziell geleugneten aber täglich erfahrbaren Tatsache, dass die Polizei verstärkt Menschen kontrolliert, die sie als nicht deutsch einordnet. Solche Kontrollen finden häufig in Zügen und an Bahnhöfen oder S- und U-Bahnstationen statt, aber auch in Parks, vor Kirchen oder sogar in Privatwohnungen. Die Zitate sollen sichtbar machen, dass Orte, die alltäglich und selbstverständlich auch von vielen Ausstellungsbesucher_innen genutzt werden, für einen Teil der Bevölkerung zu Angsträumen und Orten der Gefahr werden. Neben den Zitaten stehen Modelle aus räumlich verklappten Fotos dieser Orte (Abb. 6), die einerseits einen spielerischen Blickfang zur Orientierung bieten, andererseits aber auch auf eine andere Wahrnehmungsebene dieser Räume verweisen, bei denen verdeckte Bereiche plötzlich zu potentiellen Orten der Kontrolle oder zu möglichen Verstecken werden.

Dieser Ausstellungsbereich ist verhältnismäßig eng, was bedeutet, dass sich die Besucher_innen durch die Modelle hindurchschlängeln und die Zitate selbst in die Hand nehmen. Zum Teil muss man sich außerdem unter von der Decke abgehängten Rohren ducken, welche die wichtigsten Bahn- und S-Bahnlinien nachzeichnen. Die Körpergröße dient dabei als Kriterium, wer von dieser „Einschränkung“ betroffen ist und wer nicht.

Der Landkreis Oberhavel und das Flüchtlingsheim in Hennigsdorf

Für den Landkreis Oberhavel, der direkt nördlich an Berlin angrenzt, sind verschiedene Aspekte genauer beschrieben. Zunächst das Heim in Hennigsdorf selbst mit Zaunanlagen, Videoüberwachung, Pforten zur Zugangskontrolle und den langen Fluren zu meist als Mehrbettzimmer zu nutzenden Räumen als architektonischen Mitteln, welche die Privatsphäre einschränken und den autoritären Charakter der kasernierten Unterbringung belegen. Auch die praxisferne, allein an der Erfüllung der Mindeststandards ausgerichtete Kücheneinrichtung macht deutlich, dass die Bedürfnisse der Bewohner_innen kein Kriterium bei der Flüchtlingsunterbringung sind.

Der Umgebungsplan zeigt, dass die Flüchtlinge außerhalb regulärer Wohngebiete in einer ehemaligen NVA-Kaserne untergebracht sind. Sie liegt nur

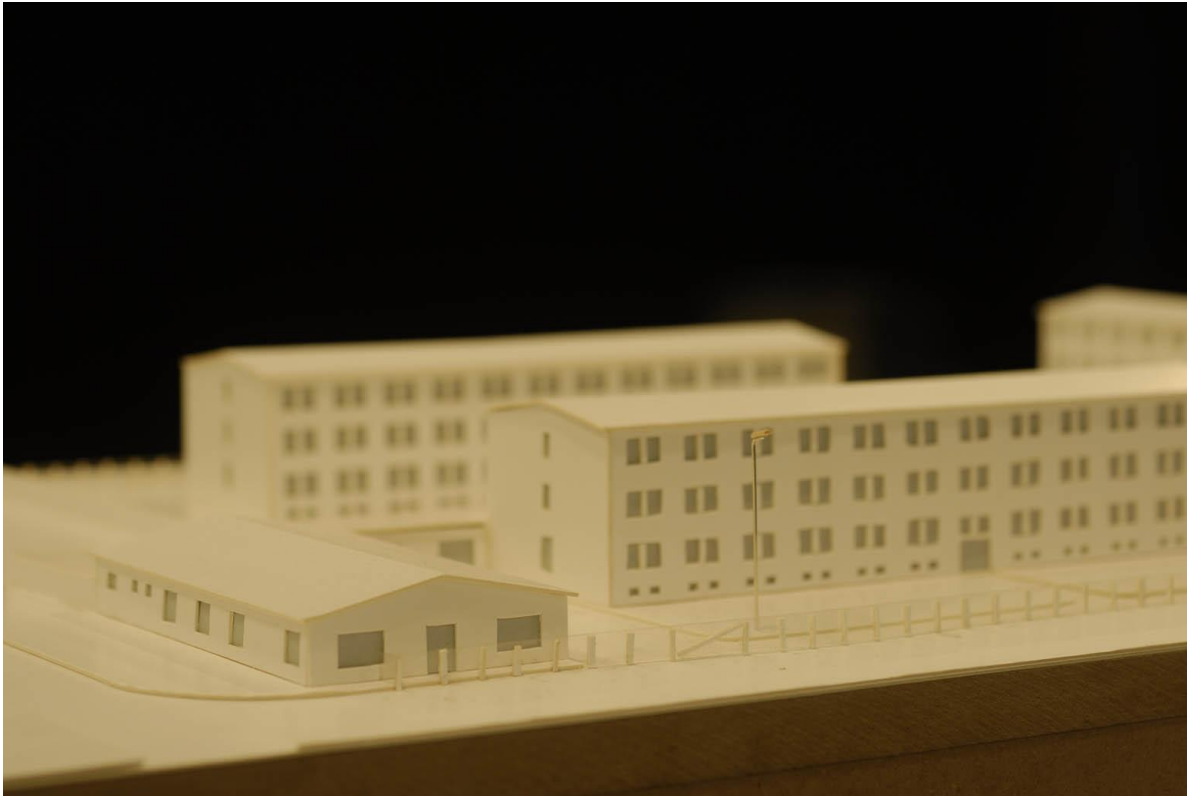


Abb. 7: Flüchtlingsheim Stolpe-Süd in Hennigsdorf, Landkreis Oberhavel

einen Kilometer vor der Berliner Stadtgrenze, deren Übertretung Asylbewerber_innen wie auch Geduldete jedoch erst im 20 Kilometer entfernten Oranienburg beantragen müssen.

Jenseits der Stadtgrenze liegen auch zwei Discountsupermärkte, deren Nutzung allerdings nicht nur die Residenzpflicht, sondern auch die anstelle von Bargeld ausgegebenen Gutscheine entgegenstehen. Diese sind nur in bestimmten Geschäften in Hennigsdorf gültig, die auf einer weiteren Karte verzeichnet sind, und selbst dort nicht für alle Produkte. Die Gutscheine geben nicht nur vor, wo und was konsumiert werden kann, sondern „markieren“ auch bei jedem Bezahlvorgang die Einkaufenden als Flüchtlinge und Empfänger_innen von Sozialleistungen. Negative Vorurteile gegenüber Flüchtlingen werden dabei verstärkt, nicht zuletzt weil oft unbekannt ist, dass ein absolutes oder faktisches Arbeitsverbot verhindert, den Lebensunterhalt selbst finanzieren zu können. Zusätzlich problematisch ist das Gutscheinsystem für diejenigen, die der Zwangsunterbringung entkommen wollen und, finanziert durch informelle Arbeit oder Freund_innen, außerhalb des Flüchtlingsheims leben. Wer bei-

spielsweise in Berlin lebt und nur zu den zweiwöchentlichen Terminen der Gutscheinausgabe nach Hennigsdorf kommt, muss die Gutscheine unter Wert an Zwischenhändler_innen weiterverkaufen oder ganz verfallen lassen, um nicht mit einem Großeinkauf nach Berlin zu fahren und damit die Gefahr einer Polizeikontrolle weiter zu erhöhen.

Eine Zeitleiste dokumentiert neben der Geschichte der Flüchtlingsunterbringung in Oberhavel auch verschiedene Initiativen von Heimbewohner_innen und Unterstützer_innen im Kampf gegen das Gutscheinsystem, gegen ein in den ersten Jahren bestehendes Besuchsverbot und für die Möglichkeit einer Unterbringung in Privatwohnungen, die nach langen Protesten inzwischen zumindest in Ausnahmefällen beantragt werden kann.

Um den Aufsteller zu Hennigsdorf sind von zwölf Orten an der „Außengrenze“ des Landkreises Fotos aufgehängt, die jeweils den Blick aus dem Landkreis heraus und in ihn hinein zeigen (Abb. 1 und 2). Die Bilder der Felder, Wiesen und Wälder, die allorts von der Infrastruktur durchkreuzt werden, visualisieren die Absurdität der verordneten Bewegungsgrenzen, die schon bei der nächsten Kreisreform einer neugezogenen Linie folgen könnten.

Die Arbeitsgruppe für Innere Sicherheit in Oberhavel

Diese Grenze war auch Schauplatz der Gespräche, die wir mit Passant_innen führten und aus denen Ausschnitte als Film in der Ausstellung gezeigt werden. Wir gaben uns dabei als Mitarbeiter_innen einer imaginären „Arbeitsgruppe für Innere Sicherheit im Landkreis Oberhavel“ aus und informierten die zur Bushaltestelle oder zum Friseur eilenden Grenzgänger_innen darüber, dass künftig jede Übertretung der Landkreisgrenze im Voraus in der Kreisstadt Oranienburg zu beantragen sei. Im Rahmen dieser „Bürgerinformation“ stießen wir auf nachvollziehbar wenig Verständnis der Anwohner_innen, die durch die Antragspflicht für künftige „Reisen“ nach Berlin ihre Bewegungsfreiheit empfindlich eingeschränkt sahen. Eine Postbotin, die beruflich keine Schwierigkeiten mit der Regelung hätte, da ihr Zustellbereich auf den Berliner Stadtteil Hermsdorf beschränkt ist, und nur gelegentliche Reisen nach Süddeutschland genehmigen lassen müsste, reagierte dagegen eher mit Zustimmung darauf, dass so gegen „Kriminalität ganz allgemein“ vorgegangen werden soll. Die Maßnahmen sollten dann aber „hundertprozentig“ durchgeführt werden. Gleich-

zeitig stellte sie jedoch auch kritisch fest, dass man in dem Fall die Mauer auch gar nicht hätte öffnen müssen.

Während die Diskussionen dort, wo sie die Beschränkung der eigenen Bewegung betrafen, in fast allen Fällen von Ablehnung, Verständnislosigkeit und Zweifel am Nutzen und der Durchsetzbarkeit der von uns in Aussicht gestellten Kontrollwut geprägt waren, mussten wir beim Verweis auf die bereits bestehende Residenzpflicht für Flüchtlinge in der Mehrzahl der Gespräche Interesslosigkeit oder gar einen Umschwung der Argumentation feststellen. In dem Moment, wo von der Regelung nicht mehr die Bevölkerung allgemein betroffen war, sondern eine bestimmte Personengruppe, zu der anscheinend niemand der Angesprochenen persönliche Kontakte pflegt, sank die intuitive Ablehnung der Residenzpflicht rapide ab. Zum Teil wurden vorher festgestellte Ausmaße der Beschränkungen plötzlich relativiert. Es tauchte dann auch das alte Argument auf, dass „in Deutschland [niemand] verhungert [. . .], auch keine Asylbewerber.“⁵ Aus diesem spricht ein Selbstverständnis der Ungleichheit, welches Asylbewerber_innen kein menschenwürdiges Leben zugestehen will, sondern bloßes Überleben.

In grotesker Logik wird quasi als Beweis für eine Verfolgung im Herkunftsland gefordert, dass diese auch noch die letzte Entmündigung und schikanöse Behandlung dankbar hinnehmen.⁶

In drei der zwanzig Gespräche stellten die Gesprächspartner_innen allerdings auch bezüglich der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Frage, welchen gesellschaftlichen Nutzen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit haben soll und kritisierten die Regelung als Beschneidung selbstverständlicher Grundrechte. Es gibt sie noch, die kritische Öffentlichkeit, sie ist nur nicht gerade in der Überzahl.

⁵ Ein Passant am 19. März 2009, der im Rahmen des Testdurchlaufs der „Bürgerinformation“ am Landwehrkanal in Berlin angesprochen wurde.

⁶ Als Beispiel folgende Aussage eines Passanten, der am 19. März 2009 im Rahmen des Testdurchlaufs zur „Bürgerinformation“ am Landwehrkanal in Berlin angesprochen wurde: „[. . .] Ich kann's mir nicht vorstellen, dass irgendjemand in Deutschland lebend sagen würde: Ja, find ich ok. [. . .] Wenn man aber sagt, ich werde politisch verfolgt, oder ich habe Angst um mein' Leib und Leben, dann denke ich es ist nicht so schlimm, ein paar Einschränkungen hinzunehmen [. . .]“.

Das Flüchtlingsheim in Perleberg

Der letzte Ausstellungsteil dokumentiert das Flüchtlingsheim in Perleberg im Brandenburger Landkreis Prignitz. Perleberg liegt etwa auf halber Strecke zwischen Berlin und Hamburg. Besonders zu den Zahrtagen finden am dortigen Bahnhof verstärkt Kontrollen statt, wenn die „illegal“ in diesen oder anderen Städten lebenden Flüchtlinge ankommen, um zu Fuß vier Kilometer weit durch das Industriegebiet, über die Umgehungsstraße und schließlich durch den Wald zum Flüchtlingsheim zu laufen, das ebenfalls in einem ehemaligen Kasernenkomplex untergebracht ist.

Chancen und Grenzen der Ausstellung

Nach insgesamt acht Wochen Ausstellungszeitraum in drei Städten stellt sich die Frage, ob und wie die Ausstellung nun funktioniert. Die Unterschiedlichkeit der Orte – in Berlin die Raumerweiterungshalle des Vereins Selbstuniversität, die etwas versteckt gelegen ist, jedoch ein politisch wie künstlerisch interessiertes (teils Stamm-) Publikum erreicht, in Potsdam ein Raum in den Einkaufspassagen am Hauptbahnhof, an dem Passant_innen mit unterschiedlichstem politischen und gesellschaftlichen Hintergrund vorbeikommen, und in Hannover das Kulturzentrum Pavillon in der Nähe des Hauptbahnhofs – bewirkte deutlich unterschiedliche Reaktionen. In Berlin waren es wenige Menschen, die kamen, die jedoch gezielt die Ausstellung sehen wollten und sich entsprechend umfangreich informierten. In Potsdam blieben zwar viele für einige Momente stehen, um zumindest die an der Eingangsseite ausgestellten Fotos und Zitate oder das Modell zum Asylverfahren kurz zu betrachten, doch es war nur ein ganz kleiner Teil, der sich weiter in die Ausstellung vorwagte und intensiver damit beschäftigte.

Häufig war es schon die für das Verständnis der Inhalte notwendige Differenzierung der betroffenen Personengruppen, die überfordernd wirkte, wie sich in Gesprächen mit einzelnen Besucher_innen zeigte, die kaum eine Unterscheidung zwischen Asylbewerber_innen, Geduldeten, anerkannten Flüchtlingen, Migrant_innen oder deren Nachkommen machten. Unter dem Oberbegriff „Ausländer_innen“ vermischten sich immer wieder Vorurteile, Halb- und Falsch-

informationen zu einem diffusen Negativbild,⁷ dem argumentativ in Gesprächen nur schwer, noch weniger aber allein durch die Ausstellungstexte begegnet werden konnte. Die hobbypsychologische Analyse der Gesichter derer, die nach kurzem Stehenbleiben und wenigen Blicken ihre Wege fortsetzten, lässt befürchten, dass sich bei einem überwiegenden Teil der Leute schlichtweg Desinteresse breitmachte, sobald sie das Thema erfasst hatten. Im Vergleich zu den meist gut besuchten Veranstaltungen in Berlin und Hannover war in Potsdam auch das Interesse an den Vorträgen, Filmvorführungen und Diskussionen, die im Rahmen der Ausstellung stattfanden, gering.

Diverse Anfragen weiterer Orte zeigen, dass es von der Seite potentieller Aussteller_innen ein spürbares Interesse am Thema gibt, so dass sich die Frage stellt, auf welche Weise, an welchen Orten und mit welchen Veranstaltungen sich dafür auch stärkeres Interesse beim Publikum wecken lässt.

Im Fall von Potsdam könnte man versuchen, sich die magere Resonanz mit dem Wettbewerb um Aufmerksamkeit in der Einkaufspassage – Kinoposter, beworbene Handyverträge, gebrannte Mandeln und Halloween-Attraktiönchen – schönzureden, oder durch die Zeit- und Rastlosigkeit der Leute allgemein, aber das kann alles nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ausstellung außerhalb sceneinterner Elfenbeintürme noch lange nicht so gut funktioniert wie sie sollte. Es drängt sich die Vermutung auf, dass die Art der Präsentation zu vorsichtig ist und eine laute Provokation fehlt, die Passant_innen zwingen würde, auch im Vorbeigehen eine Position zu beziehen. Stattdessen erschließen sich die Inhalte erst beim genaueren Betrachten oder bei der Bewegung durch die Ausstellungsteile.

Wie sinnvoll kann es aber sein, eine Ausstellung zu zeigen, die in erster Linie die ohnehin schon geneigten Besucher_innen davon überzeugt, wovon sie sowieso überzeugt werden wollen? Wie notwendig, hilfreich oder gerechtfertigt ist es in so einem Fall, der ästhetischen Umsetzung der Inhalte eine vergleichsweise hohe Bedeutung zuzuordnen und ein Projekt, das ursprünglich nicht als Wanderausstellung konzipiert war, mit entsprechend großem Aufwand an neuen Orten aufzubauen?

Die Notwendigkeit, möglichst viele Menschen zu diesem Thema zu informieren,

⁷ Dies gipfelte im Extremfall in Aussagen wie der, dass „die Scheiß-Ausländer [...] nämlich das Problem [sind], und die müssen weg!“, oder dass Ausländer_innen „mit ihrem Voodoo-Glauben“ grundsätzlich nicht in „unsere High-Tech-Gesellschaft“ passten. Häufig waren es weniger direkte, aber nicht zwangsläufig weniger abstruse Einschätzungen, welche die Gespräche in eigenartige Richtungen lenkten.

besteht nach wie vor, und so wird die Ausstellung auch in nächster Zeit ein Experiment bleiben, das im Idealfall mit den richtigen Veränderungen und mit dem richtigen Rahmenprogramm ein kleiner Baustein sein könnte, um in zunehmend breitem Bündnis für Veränderungen einzutreten.

Nachwort

Am 22. Januar 2010, kurz nach Fertigstellung dieses Artikels, transportierte ich die Ausstellung von Hannover nach Zossen, wo sie im Haus der Demokratie aufgebaut und gezeigt werden sollte. Am nächsten Morgen erfuhr ich, dass wenige Stunden nachdem wir eingeladen hatten das Haus in Flammen stand und bis auf die Grundmauern niederbrannte. Die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“, die sich gegen die örtlichen Strukturen von Neonazis, gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt engagiert, hatte das Haus im September 2009 eröffnet und verlor in jener Nacht ihre Räume, ihr Material, ihre Bibliothek, eine Ausstellung zu jüdischem Leben in Zossen und viel Arbeit. Auch die Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“ wurde vollständig zerstört.

Der Brandanschlag stellt den Höhepunkt einer ganzen Serie von Angriffen auf das Haus und Drohungen gegen dessen Nutzer_innen dar, und das in einer Stadt, in der die öffentliche Stimmung rechter Gewalt immer wieder tatenlos gegenübersteht oder diese gar nicht erst wahrnimmt. Noch vor dem brennenden Haus äußerte die Bürgermeisterin den Vorwurf, dass die Bürgerinitiative an der Sache selbst mit Schuld trage, da sie „zu links“ sei. Inzwischen hat ein 16-Jähriger gestanden, das Feuer gelegt zu haben und als Motiv seine rechtsradikale Gesinnung angegeben.

Die Bürgerinitiative ist fest entschlossen, ihre Arbeit fortzusetzen und in einem Ersatzobjekt ein neues Haus der Demokratie zu eröffnen, das Zossen augenscheinlich dringend nötig hat.

Für unsere Ausstellung bedeuten die Ereignisse einen schweren Rückschlag, doch so wie es aussieht nicht das Ende. Von verschiedenen Seiten wurde Unterstützung zugesichert und schon zwei Wochen nach der Zerstörung hat sich eine Gruppe gegründet, um die Rekonstruktion zu organisieren. Ein Neubau bedeutet eine ärgerliche Verzögerung und noch einmal sehr viel Arbeit, gibt uns dabei aber die Chance, konzeptionelle Veränderungen in Anbetracht

der gesammelten Erfahrungen vorzunehmen und hoffentlich schon bald eine Ausstellung präsentieren zu können, die ein größeres Publikum ansprechen kann (und die nebenbei auch besser transportabel ist) als die ursprüngliche.

Literaturempfehlungen:

An Architektur Nr. 12: *Geografie des Ausreisezentrums Fürth*, Berlin 2004.

Förderverein The Voice e.V.: *Einblick in den Kampf gegen die Residenzpflicht*, Göttingen 2007.

Tobias Pieper: *Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*, Münster 2008.

Beate Selders: *Keine Bewegung: Die 'Residenzpflicht' für Flüchtlinge – Bestandsaufnahme und Kritik*, Berlin 2009.

Hubert Heinhold: *Recht für Flüchtlinge. Ein Leitfaden durch das Asyl- und Ausländerrecht für die Praxis*, 6. Auflage, Karlsruhe 2007.

Sprachbarriere – Die Einführung des Sprachnachweises für EhegattInnen – ein Erfahrungsbericht aus Ghana

Katja Giersemehl

Zusammenfassung

Seit 2007 sind „Grundkenntnisse der deutschen Sprache“ Voraussetzung für einen Antrag auf Einbürgerung in Deutschland. Die Beschreibung eines Deutschkurses am Goethe-Institut in Accra, Ghana führt die Auswirkungen dieser Regelung vor Augen. Mit der Einführung der Deutschprüfung wurde ein weiteres Hindernis geschaffen, dessen Überwindung den Betroffenen eine hohe zeitliche und finanzielle Investition abverlangt. In der Analyse dieses Selektionsinstrumentes, das nur für Angehörige bestimmter Staaten Gültigkeit hat, wird zudem die ökonomische Grundlage deutscher Einwanderungspolitik deutlich.

Accra. Der Ventilator surrt, kämpft mit mäßigem Erfolg aber unermüdlich gegen tropische Moskitos und feuchte Hitze. Anstrengung liegt in der Luft, und leiser Ärger: „How will I ever learn this German?!“

Ich bin seit drei Wochen Praktikantin am Goethe-Institut in Accra, der Hauptstadt von Ghana. In meinem Deutschkurs sind drei Männer und 21 Frauen, die so schnell wie möglich ihre in Deutschland lebenden EhepartnerInnen wiedersehen wollen.

Grace, Ama, und Mabel sitzen an einem der weiß gestrichenen Holztische auf der Terrasse des Goethe-Instituts. Ab und zu wischt sich eine von ihnen mit einem großen Stofftaschentuch eine Schweißperle von der Stirn. Mabel flucht leise und lässt den rot-gelb-grün gestreiften Bleistift fallen. Im August 2007 beschloss der deutsche Bundestag eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes und seitdem sind „Grundkenntnisse der deutschen Sprache“ Voraussetzung für



Deutschprüfung in Accra

einen Antrag auf Einbürgerung.

Jeden Nachmittag sitzen die Frauen darum nach dem Unterricht auf der Terrasse und lernen Deutsch. Amas Zeigefinger wandert langsam über den Text, fügt Buchstabe an Buchstabe, bildet mühsam die fremden Worte. Die energische kleine Frau ist Schneiderin. Sie spricht Twi, Ga und auch ein bisschen Ewe, aber kein Englisch. Grace muss für mich übersetzen: „Wenn sie die Prüfung nicht besteht, dann kann sie keinen Visumsantrag stellen. Dann muss sie noch einen Kurs machen und bis zum nächsten Prüfungstermin warten! Ihr Mann lebt schon seit drei Jahren in Deutschland, in Köln. Kennst du Köln?“

„Wenn ein Ehepartner nach Deutschland ziehen möchte, muss er schon bei der Beantragung des Visums nachweisen, dass er sich auf einfache Weise auf Deutsch verständigen kann“, heißt es auf der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Neuregelungen zu Ehegatten-nachzug und Familienzusammenführung wurde von der Bundesregierung vor

allem damit begründet, dass sie Zwangsehen verhindern oder zumindest einschränken könnten. Mabel ballt die verkrampte Hand zu einer Faust und sieht mich vorwurfsvoll an. Seit August 2007 sind die Einbürgerungsanträge um 15 Prozent zurückgegangen, beim sogenannten „Ehegattennachzug“ sind es sogar 25 Prozent¹.

Trotz knalligem Lippenstift und bunt gemustertem Kleid sieht Grace müde aus. Gestern hat sie mir erzählt, dass sie sich allein fühlt, hier in Accra. Die Frau bei der sie wohnt, eine Schwester von einem Arbeitskollegen ihres Mannes, ist fast nie zu Hause. Schon seit Tagen hat sie starke Unterleibsschmerzen und weiß nicht, ob sie hier in Ghana einfach in ein Krankenhaus gehen kann. Grace kommt aus Liberia, aber dort gibt es kein Goethe-Institut, an dem sie die Deutschprüfung ablegen könnte.

Der Kurs zur Vorbereitung auf die erforderliche A1 Prüfung findet an drei Vormittagen pro Woche statt und dauert insgesamt fast fünf Monate. In Accra haben allerdings im ersten Halbjahr 2008 über die Hälfte der Studierenden die Deutschprüfung nicht bestanden, sie mussten also einen zweiten oder sogar dritten Kurs besuchen, um die erforderlichen „einfachen Deutschkenntnisse“ zu erwerben. Die Bundesregierung hält die mit der Gesetzesänderung verbundenen Härten dennoch für angemessen: Wenn vor Ort kein Kursangebot besteht, gäbe es schließlich die Möglichkeit, die Sprachkenntnisse im Fernstudium zu erwerben, zum Beispiel über Onlinekurse im Internet².

Mabel übt für die Prüfung: „Lena kauft am Automaten eine Fahrkarte für zwei Euro und vierzig Cent. Dann nimmt sie die S-Bahn zum Hauptbahnhof“, liest sie langsam. „What does it mean – 'Automat' ?“, fragt sie mich und bringt mich in Erklärungsnot. In Ghana gibt es nur eine Zugstrecke und keine S-Bahn und Menschen werden auch nicht einfach durch Maschinen ersetzt, um Geld einzusparen. Mabel ist 37 Jahre alt und nie zur Schule gegangen. Um Lesen und Schreiben zu lernen besucht sie seit vier Wochen den Vorkurs, der in Windeseile eingerichtet wurde, um der neuen Situation wenigstens ansatzweise gerecht zu werden. Wie es Mabel in Deutschland wohl als Analphabetin ergangen wäre? Ich lächle ihr aufmunternd zu: „Hm, 'Automat'...“. Aber Mabel fällt mir unwillkürlich ins Wort: „Why are you so unfriendly?!“, bricht

¹ Dagdelen, Sevim (MdB, Die Linke): Bundesregierung täuscht beim Ehegattennachzug Parlament und Öffentlichkeit. Presseerklärung, 11. 05. 2009.

² Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 16/12979 (elektronische Vorabfassung), 08. 05. 2009.

es aus ihr heraus. Wir? Meint sie mich? Uns Deutsche? „Du kannst einfach nach Ghana reisen, aber wir? Es ist so schwierig ein Visum für Deutschland zu bekommen. . . Seit einem Jahr lebt mein Mann nun schon in Deutschland, aber ich habe immer noch kein Visum. Immer hat die Botschaft etwas zu bemängeln. . . ein fehlender Stempel auf dem Trauschein, und jetzt auch noch der Sprachtest. Sie glauben uns nicht. Ihr wollt uns nicht.“ Die anderen Frauen nicken zustimmend. Die nervenaufreibenden Gänge zur deutschen Botschaft, die als indiskret empfundenen Interviews, die Kosten für die Urkunden. . . das alles kennen sie alle.

„Wir müssen hier herausfinden, ob es sich bei der Eheschließung um eine „echte Ehe“ handelt, die durch das Grundgesetz geschützt ist, oder um eine „Zweckehe“, erklärt man mir freundlich auf der deutschen Botschaft. Ich kann mir darunter nichts vorstellen und will wissen, wodurch sich „echte Ehen“ von falschen unterscheiden. „Erforderlich für den Ehegattennachzug ist eine tatsächliche Verbundenheit der Eheleute und der Wille, ein gemeinsames Leben zu führen.“ Das heißt im Klartext: Wenn die Ehe geschlossen wird, um dem Partner zu einem Aufenthaltsrecht in Deutschland zu verhelfen, ist das nach dem Verständnis des Bundesverfassungsgerichtes eine „Zweckehe“. Und die Visa-Abteilung der Botschaft sieht ihre Aufgabe darin, solche unrechtmäßigen Ehegattenzusammenführungen mit allen Mitteln zu verhindern. Eine Mitarbeiterin der Visa-Abteilung berichtet mir von ihrem täglichen Kampf mit uneindeutigen Interviewaussagen und mangelhaften Dokumenten: „Neunzig Prozent der Antragsteller sind angeblich im Korle Bu Hospital geboren – das kann gar nicht sein!“ Aber vermutlich nehmen die Ghanaer an, dass es ein bisschen offizieller, vielleicht ein bisschen deutscher klingt, wenn man auf seine Geburtsurkunde den Namen der einzigen Universitätsklinik des Landes setzen lässt. . . . Misstrauisch geworden versucht die Botschaft dann, die „Wahrheit“ herauszufinden. Denn wer einmal lügt. . .

Einer meiner Studenten berichtete mir voller Entrüstung, dass man ihn nach der Farbe der Unterwäsche seiner Frau gefragt habe. Und dem nicht genug. . . mit der Ablehnung des Visumsantrags habe er auch die Rechnung für einen „Spion“ bekommen, den die Botschaft engagiert hat, um bei seinen Nachbarn genaueres über die Ehe zu erfahren.

Am Tag der Prüfung steht im staatlichen „Examinations Centre“ schon um acht Uhr morgens die Hitze. Gemeinsam mit der Leiterin der Sprachabteilung

und zwei anderen Praktikanten rücke ich die Tische und Stühle in ordentliche Reihen und klebe die Namensschilder der knapp 300 Prüflinge auf die Pulte. Rote Zettel warnen vor Betrugsversuchen, und auch die zwei Frauen von der Botschaft sind gekommen, um den korrekten Ablauf der Prüfung zu überwachen. Vor dem riesigen Saal, der eigens für die Deutschprüfung angemietet wurde, hat sich mittlerweile eine lange Menschenglange gebildet – am Eingang kontrollieren die Mitarbeiterinnen der Botschaft die Ausweise der Prüflinge. Unter den Wartenden entdecke ich auch Ama und Grace, denen die Anspannung deutlich ins Gesicht geschrieben steht. Ich wünsche ihnen „Viel Glück!“ und denke, dass sie das trotz allen Lerneifers auch gut gebrauchen können: Denn was bedeutet schon der „Nachweis einfacher Grundkenntnisse der deutschen Sprache“? Lesen? Schreiben? Multiple-choice-Fragen beantworten? Verstehen, dass Julia und Karin ein „echtes Problem haben“, weil sie nicht wissen, was sie ihrer Freundin Elli zum Geburtstag schenken sollen, weil die ja „schon alles hat“? Dass „schlechtes Wetter“ „Regen“ heißt?

Auch Ama hat die Prüfung nicht bestanden – trotz Analphabeten-Vorkurs. Sie muss nun noch einen Kurs machen und noch länger auf ihr Visum warten. Wir fragen uns, was hier eigentlich verhindert werden soll – „Zwangsehen“ oder der Zuzug einer gewissen Personengruppe, die in Deutschland nicht erwünscht ist. Mit der Änderung des Einwanderungsgesetzes hat die Bundesregierung eine neue Hürde geschaffen, die Deutschland nun noch effektiver nach außen abschottet. Allerdings gilt diese Sprachbarriere nicht für alle Menschen gleichermaßen: Ausgenommen von der Regelung sind Ehepartner aus Staaten, zu denen Deutschland „enge wirtschaftliche Beziehungen“ pflegt – Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, von Neuseeland und den Vereinigten Staaten von Amerika brauchen für ihr Visum keinen Sprachnachweis³.

Als ich mich an meinem letzten Tag in Ghana von den Studierenden verabschiedete, habe ich mich gefreut, dass das „Auf Wiedersehen“ nicht nur eine leere Phrase sein würde. . . Bis heute habe ich allerdings noch keinen von ihnen wiedergesehen.

³ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Nachweis einfacher Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug aus dem Ausland. Faltblatt, 01. 07. 2008.

Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989 – Zwischen Hochkonjunktur des Rassismus und dem Kampf um Rechte*

Christiane Mende

Zusammenfassung

Nach dem Mauerfall im Herbst 1989 änderte sich die Situation der (Arbeits-)Migrant_innen in der DDR grundlegend. Sie befanden sich zunehmend in einer sozial und aufenthaltsrechtlich äußerst prekären Lage. Die Skizzierung der aufenthaltsrechtlichen Entwicklungen auf dem Territorium der noch existierenden DDR während des „Einigungsprozesses“ verdeutlicht, dass die Arbeitsmigrant_innen vom deutsch-deutschen Projekt ausgeschlossen bleiben sollten. Diese Entwicklungen sind im Zusammenhang mit den Bestrebungen konservativer Kräfte nach einer restriktiven Reformulierung der Migrationsgesetzgebung in der BRD seit Anfang der 1980er Jahre zu sehen. In Anbetracht der Hochkonjunktur an staatlichen, institutionellen sowie lebensbedrohlich-gewalttätigen Rassismus im sich „einigenden“ Deutschland hatte ein Großteil der DDR-Arbeitsmigrant_innen das Land verlassen. Für diejenigen, die bleiben wollten und es schafften zu bleiben, dauerte der Kampf um ein Bleiberecht bis Ende der 1990er Jahre an.

Bei der feierlichen Erinnerung an den 20. Jahrestag des Mauerfalls und die so genannte „Friedliche Revolution“ wird oftmals ausgeblendet, dass für bestimmte Bevölkerungsgruppen diese Zeit keineswegs „friedlich“ verlief.¹ Menschen, die

* Dieser Artikel ist zuvor erschienen in: *telegraph ostdeutsche zeitschrift* #120/121. Online: <http://www.telegraph.ostbuero.de>.

¹ Bezeichnend für die dominanzgesellschaftliche Entnennung der Geschichte der DDR-Arbeitsmigrant_innen vor/nach dem Mauerfall ist der relativ geringe Umfang an bzw. Zugang zu Publikationen zum Thema der (Arbeits-)Migration im Kontext der DDR allgemein und insbesondere zu Publikationen, welche sich die Perspektiven der Arbeitsmigrant_innen und ihrer Kämpfe selbst zum Ausgangspunkt der Betrachtung machen.

von der Dominanzgesellschaft² in beiden Teilen Deutschlands als nicht-deutsch definiert wurden und werden, erfuhren noch offensivere Ausgrenzungen, als es vorher schon der Fall war. Im nunmehr „geeinten“ Deutschland erschien im Zuge eines erstarkenden Nationalismus Rassismus zunehmend gesellschaftsfähig und legitimiert.

Bilder von brennenden Flüchtlingslagern und beifallklatschendem Mob machen (t)en deutlich, dass rassistische Gewalt nicht nur von einer gesellschaftlichen Randgruppe einzelner, irregeleiteter Rechtsradikalen ausgeht, sondern Rassismus in seinen unterschiedlichen Artikulationen in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Rassistische Alltagspraxen sind dabei im Zusammenhang mit rassistischen Politiken, Behördenpraxen, Diskursen zu denken.

Anhand der folgenden Betrachtung der sich mit dem Zusammenbruch des DDR-Regimes extrem verändernden Realitäten und Kämpfe der so genannten „DDR-Vertragsarbeiter_innen“³ kann exemplarisch dargestellt werden, welches gesellschaftliche Klima im Zuge der „Wiedervereinigung“ und darüber hinaus im „geeinten“ Lande der Bundesrepublik Deutschland herrscht(e). Der Schwerpunkt dieses Artikels wird dabei vor allem auf den häufig ausgeblendeten strukturellen Aspekten von Rassismus (den staatlichen wie behördlichen Praxen) liegen. Nach einer kurzen Skizze der Geschichte der Arbeitsmigration in die DDR, wird zunächst auf die Realitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen unmittelbar nach dem Fall der Mauer eingegangen. Anschließend werden die Aushandlungsprozesse auf Regierungsebene(n) bezüglich der zukünftigen rechtlichen Positionierung der DDR-Arbeitsmigrant_innen im zunehmend als „geeint“ gedachten Deutschland beschrieben. In diesen Aushandlungsprozessen als auch dann im „geeinten“ Staat wird deutlich, dass mit allen Mitteln versucht wurde die DDR-Arbeitsmigrant_innen von Anfang an vom nationalen Projekt auszuschließen – und das galt ähnlich für die bereits, wie zukünftig in Deutschland lebenden Migrant_innen. Dennoch: Allein dass bis über die

² Begriff nach Birgit Rommelspacher (1995).

³ In Abgrenzung zum Begriff des „Vertragsarbeiters“, welcher erst nach dem Fall der Mauer in Anlehnung an den westdeutschen Begriff des „Werkvertragsarbeiters“ in die Diskussion eingeführt wurde und sich danach etabliert hatte, wähle ich die Bezeichnung „Arbeitsmigrant_in“. In den Debatten über ein Bleiberecht für die DDR-Arbeitsmigrant_innen im geeinten Deutschland Anfang/Mitte der 90er Jahre vertrat v. a. die Bundesregierung/BMI stets den Standpunkt, dass die Arbeitsmigrant_innen der DDR den bundesdeutschen Werkvertragsarbeiter_innen gleichzusetzen seien, die nach Ablauf des Arbeitsvertrags auszureisen haben und ihnen somit keinerlei Recht/Anspruch auf eine Verfestigung ihres Aufenthalts zuständen. Bereits in der Bezeichnung „Vertragsarbeiter_in“ sind damit die staatlichen Intentionen eingeschrieben, von welchen ich mich distanzieren will.

90er Jahre hinaus die Arbeitsmigrant_innen der DDR immer wieder Thema innenpolitischer Diskussionen waren, deutet auch auf die Kämpfe und den Widerstand hin.

Arbeitsmigration in die DDR

Migration sowohl aus als auch *in* die DDR fand vor dem Hintergrund (der Existenz) eines restriktiven, totale Kontrolle beanspruchenden Grenz- und Migrationsregimes statt. Staatlich bereitgestellte Wege für die Migration in die DDR waren dabei neben dem Asyl und der Anerkennung als politischen Flüchtling, der Aufenthalt zum Zwecke des Studiums, der Ausbildung und/oder der Arbeit. Ähnlich wie in die BRD, gab es auch in die DDR staatlich initiierte Arbeitsmigration – wenn auch zeitlich versetzt und in quantitativ geringerem Umfang. In Abgrenzung zur ausbeuterischen „Gastarbeitspolitik“ der BRD sah die DDR allerdings in ihren Arbeitsmigrationsprogrammen einen ‚sozial-ökonomischen Inhalt.‘ Dieser Programmatik folgend sollte der Arbeitsaufenthalt in der DDR gleichzeitig mit der Möglichkeit zu einer Ausbildung verbunden werden. Arbeitsmigration wurde als „Entwicklungshilfe“ verhandelt, womit die primär national-ökonomischen Interessen der DDR-Regierung eher nachrangig erschienen. Bereits seit Mitte der 60er Jahre begann (in relativ geringem Umfang) die Beschäftigung gekoppelt mit der Qualifizierung von zunächst Arbeiter_innen aus Polen und Ungarn und ab Anfang der 70er Jahre auch aus Bulgarien. Es begann sich ein Arbeitsmigrationsregime zu etablieren. Auf Grundlage von bilateralen Regierungsabkommen, welche detailliert die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitsmigrant_innen in der DDR formulierte, wurden vorzugsweise junge, gesunde, ledige Menschen angeworbenen für einen auf 4–5 Jahre begrenzten Zeitraum in Betrieben der DDR zu arbeiten. Ab Mitte der 70er Jahre nahm die Zahl der abgeschlossenen Regierungsabkommen „über die zeitweilige Beschäftigung“ von Arbeiter_innen aus nun verstärkt außereuropäischen sozialistischen bzw. sozialistisch orientierten Staaten zu. Das Regierungsabkommen mit Algerien im Jahre 1974⁴ stellte dabei eines der ersten Arbeitsmigrationsabkommen der DDR mit außereuropäischen Staaten

⁴ Dieses Abkommen wurde 1984 von Seiten Algeriens gekündigt im Zusammenhang mit einem Anfang der 80er Jahren verabschiedeten Gesetz gegen die Ausbeutung algerischer Staatsbürger_innen durch andere Staaten.

dar. Es folgten (u. a.) Abkommen mit Kuba (1978), mit Mocambique (1979) und mit Vietnam (1980). Vor allem in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde verstärkt von der Option der Arbeiter_innenanwerbung, vor allem aus Vietnam und Mocambique, Gebrauch gemacht um die Produktion aufrechtzuerhalten. In Anbetracht der zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten verdreifachte sich die Anzahl von in der DDR lebenden Arbeitsmigrant_innen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und erreichte im Jahr 1989 eine Zahl von ca. 90 000 Menschen.

Bereits in der DDR waren die Arbeitsmigrant_innen mit restriktiven, bevormundenden, diskriminierenden und in ihrem Output rassistischen Politiken und Praxen konfrontiert.⁵ Mit dem Fall der Mauer und der folgenden „nationalen Einheit“ lösten sich die rassistischen Unterdrückungsverhältnisse allerdings *nicht* im „Siegeszug der Freiheit“ auf, sondern setzten sich fort – auch wenn anders artikuliert. Für die DDR-Arbeitsmigrant_innen bedeutete dies zunächst eine existenzielle Bedrohung ihres Lebens und überhaupt irgendeiner Perspektive in Deutschland. Während vor der Wende zumindest mit dem vertraglich vereinbarten 4- bis 5-jährigen Aufenthalt eine *gewisse* Rechtssicherheit in Bezug auf Arbeit, auf ein regelmäßiges Einkommen, auf Sozialleistungen und subventionierte Unterkunft verbunden war – vom repressiven Charakter der auch als Zwang formulierten Rechte und der drohenden „Rückführung“ bei „Abweichungen“ mal abgesehen – so waren die Arbeitsmigrant_innen mit dem Zusammenbruch des DDR-Regimes und den folgenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen plötzlich mit einer total ungeklärten Rechtslage und Unsicherheit in jeglicher Hinsicht konfrontiert. Die zwar *theoretisch* nun bestehenden Freiheiten erwiesen sich in Anbetracht der Hochkonjunktur an staatlichem, institutionellem und alltäglichem, sowie lebensbedrohlich-gewalttätigem Rassismus im sich „einigenden“ Deutschland daher als für sie nicht einlösbare Freiheiten.

⁵ In den Regierungsabkommen wurden detailliert die Bedingungen des Arbeitens und Lebens in der DDR geregelt, ohne dass die Arbeitsmigrant_innen selbst irgendeinen Einfluss darauf haben sollten. So konnten sie beispielsweise nicht bestimmen, in welchem Bereich und in welcher Stadt sie arbeiten. Ihnen wurden oftmals die körperlich anstrengenden, schweren, gesundheitsgefährdenden Arbeiten zugewiesen. Sie waren verpflichtet, in den betriebseigenen Wohnheimen unter der Beachtung der strikten Wohnheimordnung zu leben. Ein hierarchisches Kontroll- und „Betreuungs“-System brachte die Arbeitsmigrant_innen in eine marginalisierte, ausbeutbare Position. Protest oder Abweichungen bei der Erfüllung des „Arbeitsauftrags“ (wie z. B. auch Schwangerschaft) zogen Sanktionen bzw. die „Rückführung“ nach sich.

Die Abwicklung der DDR-Arbeitsmigrationsabkommen im sich „einigenden“ Land

Laut den Arbeitsmigrationsabkommen zwischen den Regierungen der DDR und denen der jeweiligen Partnerstaaten war eine einseitige Kündigung der Arbeitsverträge durch die Betriebe eigentlich nicht möglich. Trotzdem kam es seit Anfang des Jahres 1990 zu vertragswidrigen Entlassungen von Arbeitsmigrant_innen und eigenmächtig organisierten Rückführungen durch Betriebe.⁶ Hintergrund dieser Entlassungen waren zum einen die zunehmend schwieriger werdende wirtschaftliche Situation in der DDR, in welcher teilweise ganze Betriebe geschlossen, zumindest aber Arbeitsplätze reduziert wurden. Von diesen Kürzungsmaßnahmen waren zwar auch die DDR-Arbeiter_innen betroffen, allerdings waren die migrantischen Arbeiter_innen die ersten, welche ihre Arbeit (trotz der noch gültigen Regierungsabkommen) verloren, welches zudem für sie eine existenziellere Bedrohung darstellte, als es für DDR-Bürger_innen je sein könnte. Zum anderen widerspiegelt sich darin aber vor allem eine rassistische, national-ökonomische Nutzenlogik, demnach es vollkommen legitim erschien, die erst kurz vorher noch dringend benötigten Arbeitsmigrant_innen nun einfach zu entlassen und schnellstmöglich „zurückzuführen“ bzw. abzuschieben. Begleitet wurde diese Praxis von Streiks und Unterschriftensammlungen einiger und zumindest der mehrheitlichen Zustimmungen der DDR-Arbeitskolleg_innen, welche die Entlassungen der Arbeitsmigrant_innen forderten. (vgl. Berger 2006: 37; Runge 1990: 17–34). In manchen Betrieben war die Situation sogar so extrem, dass es zu Gewalt- und Morddrohungen kam, für den Fall, dass deutsche statt migrantische Arbeiter_innen entlassen würden.⁷ Von der einst propagierten „internationalen Solidarität“ und „proletarischen Völkerfreundschaft“ war nun nichts zu spüren. Zusammen mit der nationalistischen Einheitseuphorie, welche aus dem „Wir sind das Volk“ ein „Wir sind ein Volk“ gepaart mit „Ausländer raus“- Parolen machte, konnte Rassismus sich nun ungehinderter, offener und gewaltsamer

⁶ Nach Stach (1991: 14) wurden zwischen Januar und Mai 1990, also noch vor der Änderung der Regierungsabkommen, ca. 14 000 Arbeitsmigrant_innen vorzeitig entlassen.

⁷ Leserbrief „Neue Zeit“, 31. 03. 1990: „Solange hier auch nur ein Ausländer im Betrieb arbeitet und ein Deutscher wird entlassen, fließt Blut.“

artikulieren.⁸

Auf DDR-Regierungsebene erfuhr die immer prekärer werdende Situation der DDR-Arbeitsmigrant_innen zunächst keine prioritäre Aufmerksamkeit. Erst mit der zunehmenden Einreisebewegung aus Osteuropa in die DDR empfand die Regierung de Maizière (v. a. auch auf Druck der BRD, die auf die „Sicherung der Grenzen“ drängte), Handlungszwang bezüglich migrationspolitischer Themen (Sextro 1996: 62). Im Zusammenhang mit der Debatte über ein zukünftiges Ausländer- und Asylrecht der DDR stellte sich nun auch die Frage nach den im Rahmen der Regierungsabkommen in der DDR lebenden Arbeitsmigrant_innen und deren rechtliche Situation. Mitglieder des AG „Ausländerfragen“ beim zentralen Runden Tisch in Berlin, welche sich zum großen Teil aus Vertreter_innen der Bürger_innenrechtsbewegung, u. a. auch in der DDR lebenden Migrant_innen, zusammensetzte (vgl. Hussain 1991: 31) und bereits seit Anfang 1990 an einer liberalen Konzeption eines zukünftigen DDR-Ausländer- und Asylrechts⁹ arbeitete, forderten ein generelles Bleiberecht für die DDR-Arbeitsmigrant_innen (Sextro 1996: 64). Demgegenüber standen allerdings die Bestrebungen des zunehmend unter dem Einfluss der Bundesregierung stehenden Ministerrats der DDR unter de Maizière. Dieser entsandte im Frühjahr (Mai/Juni) 1990 eine Regierungsdelegation, unter Leitung der im März 1990 infolge der Forderung des Runden Tisches/AG „Ausländerfragen“ ernannten Ausländerbeauftragten Almuth Berger, nach Vietnam, Mocambique und Angola um Änderungen der Arbeitsmigrationsabkommen auszuhandeln.¹⁰ Almuth Berger, welche auch Mitglied der AG „Ausländerfragen“ des Runden Tisches war, versuchte dabei für die Arbeitsmigrant_innen möglichst ‚sozial erträgliche‘ Regelungen zu beschließen. Die Handlungsspielräume dafür waren

⁸ Es gab bereits vor dem Mauerfall rassistische Gewalt gegenüber als nicht-deutsch definierten Menschen in der DDR. Allerdings war Rassismus Gegenstand des DDR-Strafgesetzbuches und konnte daher nicht in der Offenheit artikuliert werden, wie nach dem Fall der Mauer.

⁹ Die emanzipatorischen Aspekte des ansonsten eher knapp und restriktiv gehaltenen DDR-Ausländerrechts (wie z. B. die Kopplung von Aufenthaltsrecht mit dem Recht auf Arbeit und auf soziale Sicherheit oder das noch im März 1989 eingeführte aktive und passive kommunale Wahlrecht für Migrant_innen), sollten verbunden werden mit der Möglichkeit der Einklagbarkeit dieser Rechte und liberalen Grundprinzipien (wie z. B. die Einführung der doppelten Staatsbürger_innenschaft oder die Etablierung einer Infrastruktur zur Beratung von Migrant_innen). Am 12. 03. 1990, einen Tag vor der letzten Sitzung des Runden Tisches, verabschiedete die AG „Ausländerfragen“ ihre „Leitlinien für die Ausländerpolitik in der DDR“ (vgl. Sextro 1996).

¹⁰ Im Gegensatz zu Vietnam, Mocambique und Angola, lehnte die Regierung Kubas die Veränderung der staatlichen Verträge ab, kündigte diese sofort und forderte die kubanischen Staatsangehörige, welche sich im Rahmen des Regierungsabkommen in der DDR aufhielten, auf zurückzukehren (Gruner-Domic 1997: 57). Ebenso handelten die Regierungen von China und Nordkorea (Jasper 1991: 166).

allerdings durch die Vorgaben des DDR-Ministerrats eng bemessen. Dessen handlungsleitende Motive waren zunächst die Verhinderung der geplanten Neueinreisen für das Jahr 1990, die Veränderung der mit Kosten für die DDR verbundenen Abkommensregelungen¹¹ und v. a. die Schaffung der Möglichkeit für die Betriebe sich von den vorher verbindlichen Arbeitsverträgen zu lösen. Dahingehend wurden die Regierungsabkommen schließlich auch geändert. Den Betrieben wurde nun das Recht einer vorzeitigen Kündigung „aus zwingenden Gründen“ eingeräumt. Am 13. Juni 1990 verkündete der Ministerrat die Verordnung¹², mit welcher die Änderungen der Regierungsabkommen in Kraft traten. Zusammen mit der Herstellung der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ im Juli 1990 folgte eine große Entlassungs- und letztendlich auch Ausreise- bzw. Abschiebewelle. Aufgrund der schwammigen Formulierung der „zwingenden Gründe“¹³ hatten die Betriebe nun die Möglichkeit, relativ problemlos die Arbeitsmigrant_innen zu entlassen – eine Option, von der auch extensiv Gebrauch gemacht wurde. Nur wenige konnten weiterhin ihren Job behalten.

Die gekündigten Arbeitsmigrant_innen selbst wurden nun nach der veränderten Rechtslage vor die Wahl gestellt vorzeitig auszureisen oder trotz Kündigung des Arbeitsvertrags bis zum Ende der ursprünglichen Vertragsdauer in Deutschland zu bleiben. Für den letzteren Fall sollten sie für diese Zeit Anspruch auf angemessenen Wohnraum, Recht auf die Erteilung einer Arbeits- und Gewerbeerlaubnis für eine selbstständige Tätigkeit, Anspruch auf Fortbildung/Umschulung und auf staatliche Sozialleistungen haben. Finanzielle Anreize sollten allerdings die Entscheidung für die erstere Option der vorzeitigen Ausreise „anregen“. Laut der veränderten Regierungsabkommen hatten die Arbeitsmigrant_innen im Falle der vorzeitigen Kündigung des Arbeitsvertrags Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich von 70 Prozent des Nettolohnes für mindestens 3 Monate sowie eine einmalige Zahlung von 3 000 DM – allerdings nur wenn sie auch einwilligten vorzeitig auszureisen.

¹¹ Alle die Festlegungen sollten verändert werden, „die hohe ökonomische Belastungen für die Betriebe mit sich bringen.“ (Sextro 1996: 75) So fielen z. B. die Trennungsentschädigung (von 4 Mark pro Tag) oder die Möglichkeit der bezahlten Freistellung für Weiterbildungsmaßnahmen weg.

¹² „Verordnung des Ministerrats vom 13.06. 1990 über die Veränderungen von Arbeitsverhältnissen mit ausländischen Bürgern, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert werden“.

¹³ „Zwingende Gründe“ waren u. a. die „Reduzierung des Produktionspersonals“ aufgrund der „Umstellung des Produktionsprofils“ oder der „Erhöhung der Rentabilität des Betriebes“ (Verordnung vom 13.Juni 1990, § 2 Abs. 2).

Die rechtswidrigen Entlassungen der Betriebe vor diesen Beschlüssen wurden damit legalisiert (Marburger 1993: 34) und zogen m. E. keinerlei Konsequenzen für die betreffenden Betriebe nach sich. Die bereits entlassenen und ausgewiesenen Arbeiter_innen wurden somit ihrer Abfindung beraubt – die wenigsten erhielten rückwirkend diese Ausgleichszahlungen bzw. hatten überhaupt die Gelegenheit diese Rechte zu beanspruchen. Oftmals wurden sogar *nach* der Änderung der Regierungsabkommen den gekündigten Arbeitsmigrant_innen die vereinbarten finanziellen Abfindungen bei vorzeitiger Ausreise von den Betrieben unterschlagen. Die meisten DDR-Arbeitsmigrant_innen wurden nicht hinreichend über ihre Rechte, vor allem auch bezüglich der Option zu Bleiben, informiert. Beratungsangebote über die veränderte und komplexe Rechtslage erhielten die DDR-Arbeitsmigrant_innen lediglich von antirassistischen und kirchlichen Unterstützer_innengruppen bzw. selbstorganisierten migrantischen Initiativen.

Die Abwicklung der DDR-Arbeitsmigrationsabkommen, mit der ebenfalls eine „Abwicklung“ der Existenz der Arbeitsmigrant_innen in Deutschland intendiert war, ist vor allem vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden schnellen Angliederung der DDR an die BRD zu sehen. In dem Maße, wie der Ministerrat unter de Maizière zunehmend die bundesdeutschen Bestrebungen nach forcierter Angliederung der DDR an die BRD als Handlungsprämisse verinnerlicht hatte, wurden auch die migrationspolitischen Prämissen der BRD handlungsbestimmend. War der Einfluss der Bundesregierung auf den DDR-Ministerrat bei den Änderungsverhandlungen der Regierungsabkommen noch „beratend“, so manifestierte sich dieser in der Debatte über eine zukünftige DDR-Ausländergesetzgebung in direkten Interventionen (Sextro 1996: 85). Spätestens als mit dem am 18. Mai 1990 unterzeichneten Staatsvertrag über die „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ klar war, dass die deutsch-deutsche Einheit möglichst schnell realisiert werden sollte, intensivierten sich die bundesdeutschen Bestrebungen, diese Einheit auch möglichst nur zu bundesdeutschen Bedingungen zu gestalten.

Der Ausländer- und Asylgesetzgebung eines künftig vereinten Landes kam insofern besondere Bedeutung zu, als dass diese in der BRD spätestens seit Anfang der 80er Jahren restriktiver formuliert werden sollte. Vor allem seit dem Amtsantritt der CDU-CSU-FDP-Regierung 1982 wurde von dieser verstärkt versucht, Einwanderung zu „begrenzen“, „Rückkehrförderung“ zu betreiben und

im Zuge dessen die Rechte der sich in der BRD aufhaltenden Flüchtlinge und Migrant_innen zu beschneiden.¹⁴ Die 80er Jahre in der BRD waren geprägt von offen rassistischen Diskursen, welche sich dann in den 90er Jahren fortsetzten. Unter Heraufbeschwören eines bedrohlichen Szenarios angeblich massenhafter Einwanderung oder der diffamierenden Unterstellung von „Asylmissbrauch“ wurden rassistische „Überfremdungsängste“ geschürt, um die Durchsetzung von auf Abschottung gegenüber bzw. Entrechtung von Migrant_innen zielende ausländerrechtliche Reformen zu forcieren und zu legitimieren.¹⁵ Aufgrund des Widerstands einer parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition wurde dies zunächst erschwert. Erst im Frühjahr 1990 konnte nach langem ‚Kampf‘ der Entwurf zu einem neuen, restriktiveren Ausländergesetz verabschiedet werden.¹⁶

Zur gleichen Zeit wurde in der DDR die Debatte über die zukünftige Gestaltung des DDR-Ausländer- und Asylrechts geführt, in welcher die AG „Ausländerfragen“ des Runden Tisches für eine – zumindest im Gegensatz zum BRD-Ausländerrecht – humanere, liberale Gesetzgebung plädierte. Die Bundesregierung dürfte daher extrem daran interessiert gewesen sein, eine erneute Debatte in der BRD über das bereits verabschiedete neue restriktive Ausländergesetz zu verhindern. Ein eigenständiges Ausländer- und Asylrecht der DDR bzw. die Integration von DDR-Aspekten in eine gesamtdeutsche Gesetzgebung sollte auf jeden Fall blockiert werden. Im Zuge der zunehmenden Dominanz der Bundesregierung bei der Formulierung der Modalitäten der „deutschen Einheit“ verschob sich innerhalb der noch existierenden DDR das Kräfteverhältnis in der ausländer- und asylrechtlichen Debatte zunehmend in Richtung der Übernahme des bundesdeutschen Ausländerrechts. In der Begründung dessen bediente sich z. B. der damalige DDR-Innenminister Diestel ebenfalls der aus der BRD bekannten, auf die national-rassistischen „Überfremdungsängste“ appellierende Argumentationsfigur von angeblichen „Einwanderungsströmen“ „völkerwanderungsähnlichem Ausmaß“ aus Osteuropa (Sextro 1996: 74), die eine zügige Übernahme der bundesdeutschen Rechtsgrundlagen als dringend notwendig

¹⁴ Zitat des damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU): „Die Zahl der Ausländer in Deutschland muß halbiert werden.“, in: Die Welt, 17. 3. 1983).

¹⁵ Vgl. Artikel von Pagenstecher in diesem Band.

¹⁶ „Es blieb umstritten – bis hin zu der im November 1990 von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgetragenen, auf ein Gutachten des früheren Berliner OVG-Richters Dr. Fritz Franz gestützten Einschätzung, das neue Ausländerrecht verstoße gegen Grundgesetz (Vertrauensschutz, Verhältnismäßigkeit, Rechtsweggarantie) und Völkerrecht.“ (Bade 1992: 60 f.).

erscheinen ließen. Eine „Rechtsangleichung“ im Sinne der Übernahme des restriktiveren bundesdeutschen Ausländerrechts wurde in dieser Logik als eine unabdingbare Voraussetzung (unter anderen) für die Gewährleistung der schnellen Einheit formuliert. Der überstürzte Anschluss der DDR an die BRD erfolgte daher sowohl auf Kosten einer vom Runden Tisch vorgeschlagenen humanitären, DDR-spezifische Aspekte berücksichtigenden Ausländergesetzgebung als auch auf Kosten der in der DDR lebenden Migrant_innen. Die im Einigungsvertrag festgehaltenen ausländerrechtlichen Bestimmungen, deren Konsequenzen für die Situation der DDR-Arbeitsmigrant_innen im Folgenden skizziert werden soll, signalisierten in aller Deutlichkeit die Intention der Bundesregierung, die von den Molotowcocktail werfenden Nazis lediglich anders artikuliert wurde: Die DDR sollte „ausländerfrei“ angegliedert werden!

Deutsch-deutsche Realitäten: Die exklusive „Einheit“

Die rechtliche Situation derjenigen DDR-Arbeitsmigrant_innen, welche es geschafft hatten bis dahin noch im Land zu bleiben und bleiben wollten, verschlechterte sich noch einmal mehr mit dem Anschluss der DDR an die BRD. Im Einigungsvertrag, in Kraft getreten am 29. September 1990, welcher den Beitritt der DDR zur BRD regelte, wurden nun zum einen die Inhalte der veränderten DDR-Arbeitsmigrationsabkommen aufgenommen, zum anderen die Gültigkeit der bundesdeutschen Ausländergesetzgebung für das Territorium der DDR festgelegt. Das Fatale daran war, dass die Regelungen des neuen Ausländergesetzes, welche eigentlich erst am 1. 1. 1991) in Kraft traten, für die im Territorium der DDR lebenden Migrant_innen praktisch bereits mit Inkrafttreten der ‚deutsch-deutschen Einheit‘ Gültigkeit hatten. Teile des DDR-Ausländergesetzes, u. a. die Aufenthaltstitel, welche die DDR-Behörden den in der DDR lebenden Migrant_innen erteilten, sollten ihre Gültigkeit noch bis zum 31. 12. 1990 haben und dann in die neu formulierten Aufenthaltstitel des neuen restriktiveren Ausländergesetzes „übertragen“ werden. Festzustellen ist, dass die vorherige ausländerrechtliche Gesetzgebung der BRD von Vorteil für die DDR-Arbeitsmigrant_innen gewesen wäre. Vor der Änderung des Ausländerrechts war es nämlich möglich – als ein Resultat der Kämpfe der BRD-Arbeitsmigrant_innen in den 60er und 70er Jahren – bereits nach fünf Jahren den Aufenthaltstitel in Form einer unbefristeten Aufenthaltser-

laubnis zu verfestigen (Lederer 1994). Das neue Ausländergesetz, welches das politische Wunschdenken „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ Realität werden lassen sollte, schränkte die Möglichkeit der Aufenthaltsverfestigung massiv ein, so dass nun erst nach acht Jahren ein sicherer Aufenthaltstitel beantragt werden konnte. Dies sollte allerdings nach Meinung der Bundesregierung sowieso nicht relevant werden, da die Arbeitsmigrant_innen der DDR ja spätestens nach Ablauf ihrer ursprünglichen Vertragsdauer ausreisen sollten. In diesem Sinne wurde im Einigungsvertrag ebenfalls festgelegt, dass alle Arbeitsmigrant_innen der DDR, welche weniger als acht Jahre in der DDR lebten¹⁷, im *Vorgriff* auf die neue Ausländergesetzgebung, bis zum Ablauf der ursprünglichen Vertragsdauer lediglich eine „Aufenthaltsbewilligung“¹⁸ erhalten sollten. Dieser mit dem reformierten Ausländergesetz neu eingeführte Aufenthaltstitel der „Aufenthaltsbewilligung“ war lediglich für einen vorübergehend geplanten, zweckgebundenen Aufenthalt von maximal zwei Jahren konzipiert und schloss eine Verfestigung des Aufenthalts von vornherein aus. Die Aufenthaltszeit der Arbeitsmigrant_innen in der DDR wurde für eine Verfestigung des Aufenthalts nach bundesdeutschem Recht damit faktisch nicht anerkannt! Folglich waren die DDR-Arbeitsmigrant_innen mit Ablauf ihrer ursprünglichen DDR-Arbeitsvertragsdauer zur „freiwilligen Ausreise“ gezwungen oder von Abschiebung bedroht.

Darüber hinaus wurden zudem die wenigen arbeits- und sozialrechtlichen Zugeständnisse, welche den DDR-Arbeitsmigrant_innen in den veränderten Regierungsabkommen gemacht wurden, durch die für sie nun geltende bundesdeutsche Ausländergesetzgebung sowie den Artikulationen institutionellen Rassismus faktisch ausgehebelt. Hatten sie laut der veränderten Regierungsabkommen eigentlich das Recht auf die Erteilung einer Arbeitserlaubnis bis zum Ablauf ihrer ursprünglichen Vertragsdauer, wurde dieser Anspruch mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags stark eingeschränkt. Anders als im DDR-Ausländerrecht, war mit einem Aufenthaltstitel nach bundesdeutschem Recht nicht zwangsläufig auch die Erteilung einer Arbeitserlaubnis verbunden. Erst auf Antrag und nur für einen bestimmten Arbeitsplatz und *nur* auf Ostdeutschland begrenzt wurde den DDR-Arbeitsmigrant_innen eine Arbeitserlaubnis

¹⁷ Dies betraf somit die große Mehrheit der DDR-Arbeitsmigrant_innen.

¹⁸ Die „Aufenthaltsbewilligung“ regelte den Aufenthalt von Nicht-EG-Staatsangehörigen, insbesondere Saisonarbeiter_innen oder anderweitig begrenzte Arbeitsverhältnisse. Fällt dieser „Zweck“ weg, entfällt auch der Aufenthaltstitel und es muss die Ausreise erfolgen.

erteilt. Zudem war es geläufige Behördenpraxis, ihnen sowohl die Erteilungen von Arbeitserlaubnissen (vgl. Marburger 1993: 34), als auch die eigentlich ihnen zustehenden Vermittlungs- oder Umschulungsleistungen zu verweigern. Des Weiteren wurde nun auch die bundesdeutsche Regelung des so genannten „Inländer_innenprimats“ angewendet. Demnach musste, bevor einer_m Nicht-EG-Staatsangehörige_n die Arbeitserlaubnis erteilt wurde, zunächst der Nachweis erbracht werden, dass für den freien Arbeitsplatz kein_e geeignete_r deutsche_r Arbeiter_in zu finden sei. Das führte sogar dazu, dass spätestens jetzt die wenigen DDR-Arbeitsmigrant_innen, die noch einen Job hatten, diesen verloren, weil ihnen das Arbeitsamt die Arbeitserlaubnis nun nicht mehr verlängerte! In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland waren die DDR-Arbeitsmigrant_innen somit dank diesem rassistischen „Vorrangprinzip“ vom ostdeutschen Arbeitsmarkt faktisch ausgeschlossen.

Hinzu kam die Wohnproblematik. Im November 1991 waren ca. 60% der DDR-Arbeitsmigrant_innen obdachlos (Sextro 1996: 128). Zwar hatten die DDR-Arbeitsmigrant_innen nun, anders als vor dem Mauerfall, theoretisch das Recht auf freie Wohnungswahl. Diese Freiheit wurde aber vor allem durch die mit dem Wegfall der staatlichen Subventionen enorm steigenden Mieten, die ohne Arbeit und soziale Unterstützung nicht bezahlbar waren, stark eingeschränkt.¹⁹ Statt Anspruch auf staatliche Sozialleistungen hatten die DDR-Arbeitsmigrant_innen nämlich laut Einigungsvertrag obendrein nur noch einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe war zwar nicht ausgeschlossen, aber der Sozialhilfebezug stellt nach dem bundesdeutschen Ausländergesetz einen Ausweisungsgrund dar, so dass viele DDR-Arbeitsmigrant_innen aus Angst diese nicht beantragten (vgl. Classen u. a. 1993: 17).

Die deutsch-deutschen Realitäten verweigerten den DDR-Arbeitsmigrant_innen also die wenigen Rechte, welche ihnen die scheidende DDR-Regierung noch zugestanden hatte, was deren prekäre Situation weiter verfestigte (und sie zunehmend kriminalisierte).²⁰ Die Bundesregierung machte von Anfang an deutlich, dass es für die DDR-Arbeitsmigrant_innen keinerlei Bleiberecht-

¹⁹ Zuvor mussten die Betriebe der DDR – laut der Arbeitsmigrationsabkommen – für die Unterbringung der Arbeitsmigrant_innen Wohnheimplätze bereitstellen, deren monatliche Miete 30 Mark nicht übersteigen durfte.

²⁰ Aufgrund der prekären Situation (keine Arbeit, keine staatliche Unterstützung, steigende Preise v. a. auf dem Wohnungsmarkt) war z. B. der Verkauf unverzollter Zigarettens eine der wenigen Verdienstmöglichkeiten.

perspektive in Deutschland geben soll. Spätestens mit dem Ablauf der ursprünglichen Vertragsdauer, d. h. mit Auslaufen der „Aufenthaltsbewilligung“, sollten die DDR-Arbeitsmigrant_innen gehen bzw. abgeschoben werden. Mit allen Mitteln wurde versucht eine Verfestigung des Aufenthaltstitels zu unterbinden. Indem die Überlebensbedingungen derart prekär gestaltet wurden, sollte die „freiwillige Ausreisebereitschaft“ der DDR-Arbeitsmigrant_innen gefördert werden.²¹ Die „Freiwilligkeit der Ausreise“ war v. a. in Bezug auf die Arbeitsmigrant_innen aus Vietnam, welche die größte Gruppe der von der DDR angeworbenen Arbeiter_innen darstellte, von besonderer Bedeutung, verweigerte doch die Regierung Vietnams zunächst die Aufnahme von unfreiwillig abgeschobenen Staatsbürger_innen. Konsequenterweise wurde daher gleichzeitig an „Rückübernahmeabkommen“ mit den Regierungen der Herkunftsstaaten gearbeitet um „Abschiebehindernisse“²² aus dem Weg zu räumen.

Strategien des Überlebens – Widerstand

Die deutsch-deutschen Abschiebebestrebungen hatten insofern ihr „Ziel“ erreicht, als dass bis zum Ende des Jahres 1990 bereits ca. 70 % der ursprünglich in der DDR lebenden Arbeitsmigrant_innen das Land verlassen hatten bzw. mussten. Diejenigen, die bleiben wollten und die es bis dahin geschafft hatten, trotz der durch die veränderte Rechtslage wirtschaftlich und sozial prekären Lage und der zunehmenden rassistischen Stimmung und Gewalt im Lande zu bleiben, folgten allerdings nicht den staatlichen Ausreiseaufforderungen, sondern führten einen Kampf ums Überleben und im Zuge dessen um einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland. Neben den Regierungen der Herkunftsländer waren es vor allem die Migrant_innen selbst, die der Durchsetzung dieser Abschiebepolitik entgegenstanden. Sie verfolgten ihre eigenen Projekte,

²¹ So gab es z. B. auch spezielle Rückführungsprogramme – so genannte „Facharbeiterprogramme“ – in welchen die DDR-Arbeitsmigrant_innen eine halbjährige Ausbildung erhalten konnten – allerdings nur wenn sie sich verpflichteten danach auszureisen. Diese Programme waren qualitativ überhaupt nicht hilfreich für diejenigen, die sich daran beteiligten (u. a. da sie nicht die wirtschaftliche Situation des Herkunftslandes berücksichtigten) und somit für die Bundesregierung letztendlich nur ein Mittel, sich der „Ausreise“ der daran beteiligten Arbeitsmigrant_innen zu versichern. Nicht zuletzt aufgrund der geringen Beteiligung kann dieses staatliche Instrument als gescheitert bewertet werden.

²² Mit dem Rückübernahmeabkommen von 1995, welches erst nach jahrelangem politischem und wirtschaftlichem Druck von Seiten der Bundesregierung zustande kam, sicherte die Regierung Vietnams die Aufnahme von abgeschobenen ehemaligen DDR-Arbeitsmigrant_innen vietnamesischer Staatsbürger_innenschaft zu. Im Gegenzug zahlte die Bundesregierung „Entwicklungshilfe“ in Höhe von 100 Mio. DM!

blieben in Deutschland, beanspruchten und forderten mit verschiedenen Strategien und auf verschiedenen Ebenen die ihnen vorenthaltenen Rechte.

Zum einen bestand nun, im Gegensatz zu der Zeit vor dem Mauerfall, die Option der Eheschließung mit einer _m deutschen Staatsbürger_in, welches auch den Aufenthalt sicherte. Zum anderen versuchten viele über das Stellen eines Asylantrags einen festeren Aufenthaltstitel zu bekommen bzw. zumindest ihren „legalen“ Aufenthalt nach dem Ablauf ihrer Aufenthaltsbewilligung zu verlängern. Denn in der Regel wurden die Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, obwohl in Anbetracht der Bürgerkriegssituationen in Angola und Mocambique sowie der staatlichen Verfolgung in Vietnam sehr wohl Fluchtgründe bestanden – nur musste nach bundesdeutscher Logik noch vor der Ausreise bzw. Flucht die Bedrohung bestanden haben, was den über die DDR-Arbeitsmigrationsabkommen eingereisten Menschen meist pauschal aberkannt wurde.²³ Dennoch konnten sie damit zumindest ihren Aufenthalt vorerst sichern.

Eine andere Option des Überlebens in Deutschland bot zudem die Regelung, welche die erste und letzte Ausländerbeauftragte der DDR Almut Berger in den veränderten Regierungsabkommen einbringen konnte: das Recht auf die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis. Der Gang in die Selbstständigkeit war zwar aufgrund der allgemein schlechten Wirtschaftslage in Ostdeutschland und der Unmöglichkeit mit einem zeitlich begrenzten Aufenthaltstitel einen Kredit aufzunehmen sehr kompliziert. Dennoch konnten einige DDR-Arbeitsmigrant_innen sich somit ihre Existenz sichern und später mit der so genannten „Bleiberechtsregelung“ auch einen festen Aufenthaltstitel erlangen. Die DDR-Arbeitsmigrant_innen hatten nun zudem – was ihnen in der DDR untersagt worden war – die Möglichkeit sich selbst zu organisieren, wie es z. B. die „Vereinigung der VietnamesInnen in Berlin“ getan hat. Neben dem Angebot der Beratung und praktischer Überlebenshilfe (vgl. Sextro 1996: 141) wurde versucht eine kritische Gegen-Öffentlichkeit zur dominanzgesellschaftlichen rassistischen Hetze gegen u. a. den „illegal-kriminellen, zigarettenverkaufenden Vietnamesen“ und eine Sensibilität für die Situation der DDR-

²³ Abgesehen davon wurde die bundesdeutsche Asylanerkennungspraxis seit Anfang der 80er Jahre sowieso zunehmend restriktiver und endete 1993 in der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Im so genannten „Asylkompromiss“ wurde das Grundgesetz geändert, welches nun Flüchtende aus so genannten „sicheren Herkunftsländern“ und/oder über „sichere Drittstaaten“ einreisende Flüchtende vom Recht auf Asyl ausschloss (siehe Art. 16 a GG).

Arbeitsmigrant_innen herzustellen. Darüber hinaus setzten sich die DDR-Arbeitsmigrant_innen und migrantischen Organisationen zusammen mit einem kleinen Kreis solidarischer Unterstützer_innen (aus antirassistischen Initiativen, kirchlichen Organisationen und ein Teil der Ausländerbeauftragten v. a. der neuen Bundesländer) für eine Verbesserung ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation ein. Begleitet von öffentlichen Protesten und Demonstrationen wurde auf bundespolitischer Ebene ein letztlich 7-jähriger Kampf um ein Bleiberecht geführt. Die Bundesregierung bzw. das Bundesinnenministerium versuchte dabei während der gesamten Zeit ihren Standpunkt unverändert zu belassen. Der Druck von außen brachte die Forderung nach einem Bleiberecht allerdings immer wieder auf die bundespolitische Agenda.²⁴

Zunächst wurde versucht auf juristischer Ebene gegen die „Umwandlungspraxis“ der DDR-Aufenthaltstitel in lediglich eine „Aufenthaltsbewilligung“ und damit quasi gegen das neue Ausländergesetz zu kämpfen. Der Bundesregierung ging es aber vermutlich vor allem darum einen Präzedenzfall zu verhindern. Spätere auch für den Zweck der Arbeitsaufnahme einreisende Migrant_innen sollten sich nicht darauf berufen können. Deshalb wurden die Klagen der DDR-Arbeitsmigrant_innen gegen die Erteilung der „Aufenthaltsbewilligung“ abgelehnt. Stattdessen wurde als „Kompromiss“ im Mai 1993 auf der Innenministerkonferenz die so genannte „Bleiberechtsregelung“ beschlossen, nach welcher es aus „humanitären Gründen“ möglich war, eine Aufenthaltsbefugnis zu erhalten.²⁵ Allerdings waren von dieser Regelung schon einmal all diejenigen ausgeschlossen, die bis dahin obdachlos, Sozialhilfe beziehend, zeitweilig „untergetaucht“ (d. h. nicht bei der Ausländerbehörde gemeldet) waren oder „straffällig“ geworden sind (worunter selbst Bagatelldelikte wie Schwarzfahren oder „illegaler“ Zigarettenverkauf zählten). Eine Aufenthaltsbefugnis konnte nur beantragen, wer bis spätestens zum Stichtag 17. Dezember 1993 (später verschoben auf den 17. April 1994) den Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts durch ein festes Arbeitsverhältnis erbringen und ausreichend

²⁴ Während die Bundesregierung, das Bundesinnenministerium, die Mehrheit der Regierungen der alten Bundesländer, die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns, Berlins und Thüringens konsequent gegen ein Bleiberecht der DDR-Arbeitsmigrant_innen positioniert waren, befürworteten dies v. a. Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen (Sextro 1996: 135). Auch auf kommunaler Ebene v. a. in den neuen Bundesländern unterstützten einige Politiker_innen die Forderung nach einem Bleiberecht (Lederer 1994: 11).

²⁵ Diese Regelung galt aber nur für Arbeitsmigrant_innen, welche über das DDR-Regierungsabkommen mit Mocambique, Vietnam und Angola eingereist waren – für diejenigen aus Kuba bzw. für andere DDR-Migrant_innen bestand diese Option nicht.

Wohnraum vorweisen konnte und ggf. ihren/seinen (noch nicht beschiedenen) Asylantrag zurückzog. Alle diejenigen, die aus irgendeinem Grund nicht in der Lage waren zu arbeiten (aufgrund z. B. von Krankheit, Schwangerschaft, Behinderung), waren von dieser Regelung ausgeschlossen und somit weiterhin von Illegalisierung und Abschiebung bedroht.

In Anbetracht der wirtschaftlich und sozial prekären Lage, in welche die DDR-Arbeitsmigrant_innen ja erst durch die bundesdeutsche Politik gebracht wurden, schien es, verstärkt durch die verschleppende behördliche Praxis und Unwillen diese Regelung umzusetzen, quasi unmöglich diese Kriterien für ein Bleiberecht zu erfüllen. Darüber hinaus war die Verfestigung des Aufenthalts über den zunächst nur zwei Jahre gültigen Aufenthaltstitel der Aufenthaltsbefugnis erschwert, da die Aufenthaltszeit in der DDR nicht anerkannt wurde und nach dem neuen Ausländergesetz erst nach 8 Jahren ein Daueraufenthalt beantragt werden konnte. Letztendlich war das „Bleiberecht“ eine Falschmeldung (vgl. u. a. Classen 1993: 16 f.) und Zeichen einer rassistischen selektiven Abschiebepolitik. Dennoch schafften es einige über diese Regelung trotz der restriktiven Kriterien tatsächlich ihren Aufenthalt zu verfestigen.²⁶ Alle anderen wurden entweder abgeschoben oder illegalisiert.

Fazit: Im Rassismus vereint. . . Der nationale Konsens!

Der Fall der Mauer und die deutsch-deutsche Einheit bedeutete für die DDR-Arbeitsmigrant_innen eine enorme Verschlechterung ihrer (Über)Lebensbedingungen in Deutschland. Die plötzlichen wirtschaftlichen und (aufenthalts-) rechtlichen Unsicherheiten, verstärkt durch die neue bundesdeutsche Ausländergesetzgebung; sich häufende extreme Gewaltexzesse gegenüber als nicht-deutsch definierten Menschen; die Unfähigkeit bzw. der Unwille der Gewährung von ausreichendem Schutz für die von rassistischer Gewalt bedrohten Menschen; der institutionelle Rassismus in den polizeilichen und behördlichen Praxen sowie der staatlichen Druck zur Ausreise wurden umrahmt von

²⁶ Zahlen über die DDR-Arbeitsmigrant_innen variieren enorm – je nach politischen Interessen. In der Bleiberechtsdiskussion wurden von der Bundesregierung/BMI stets überhöhte Angaben gemacht, um ihre Abschiebepolitik mit Verweis auf das „volle Boot“ zu legitimieren. Nach Angaben von Almuth Berger (Ausländerbeauftragte von Brandenburg bis 2006) leben im Jahr 2006 noch ca. 20 000 Menschen, die über die Arbeitsmigrationsabkommen in die DDR gekommen sind, in Deutschland. (Berger 2006: 36).

aggressiv rassistischen Diskursen.²⁷ Diese Spielarten des staatlichen, institutionellen und alltäglichen Rassismus, welche letztendlich dazu führten, dass die große Mehrheit der DDR-Arbeitsmigrant_innen abgeschoben wurde bzw. zur „Ausreise“ gezwungen war, reflektieren dabei den nationalen Konsens der deutsch-deutschen Dominanzgesellschaft, in welchem die Anwesenheit von „Ausländer_innen“ als Problem wahrgenommen wurde/wird, welches es zu „lösen“ galt.

Im nationalen Einheits-Taumel konnten die konservativen Kräfte der BRD die Durchsetzung ihres seit den 80er Jahren anvisierten Projektes einer noch restriktiveren, selektiveren Ausländer- und Asylgesetzgebung beschleunigen. Dies geschah vor dem Hintergrund eines erstarkenden völkisch-rassistischen Nationalismus, artikuliert in nationalistischen Wiedervereinigungs- und zeitgleichen rassistischen Abschottungsdiskursen (à la „Das Boot ist voll“). Die Implementierung einer restriktiven, die zunehmende Ausgrenzung von Migrant_innen befördernden Migrationspolitik wurde nicht nur mit der Rhetorik der angeblichen „Einwanderungsfluten“, sondern schließlich sogar mit der „Ausländerfeindschaft“ der Bevölkerung legitimiert. Rassistische Politiken wurden als eine Lösung zur Bekämpfung von Rassismus in der Bevölkerung verhandelt, nach dem Motto „weniger Ausländer – weniger Ausländerfeindschaft“.²⁸ Dabei ist vor allem zu betonen, dass diese Politiken und Diskurse auch von vermeintlich liberalen, sozialdemokratischen Kräften getragen wurden, wie beispielsweise der so genannte „Asylkompromiss“ zeigte.

Diese Entwicklungen hatten darüber hinaus letztlich Auswirkungen auf alle Migrant_innen in Ost- wie West-Deutschland. Im Kampf für ein Bleiberecht der DDR-Arbeitsmigrant_innen ging es nämlich um einen Kampf für bereits Er kämpftes (vgl. Lederer 1994: 11). Die DDR-Arbeitsmigrant_innen wurden ganz bewusst nicht den so genannten „Gastarbeiter_innen“ der BRD ausländerrechtlich gleichgestellt. In den Augen der Bundesregierung sollte sich anscheinend der „alte Fehler“ aus der Phase der Gastarbeiter_innenwerbung, nämlich dass aus begrenzt konzipierter Arbeitsmigration (staatlich ungewollte) Einwanderung wird, nicht noch einmal wiederholen. Das intendier-

²⁷ So diente die medial inszenierte Figur des „kriminellen Ausländers“ unterlegt mit den bundesdeutschen Statistiken über die so genannte „Ausländerkriminalität“ nicht zuletzt auch der Legitimation einer rigiden Abschiebepolitik.

²⁸ Handlungsbedarf von Seiten der Bundesregierung gegenüber der rassistischen Gewalt wurde erst gesehen als die internationale Reputation Deutschlands drohte aufgrund der rassistischen Angriffe von Flüchtlingslager „Schaden“ zu nehmen.

te „Rotationsprinzip“ konnte damals aufgrund ökonomischer Interessen, als auch vor allem aufgrund der Kämpfe der BRD-Arbeitsmigrant_innen in den 60er und 70er Jahren²⁹ nicht (vollständig) durchgesetzt werden. Im nun mehr geeinten Deutschland sollte daher eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus der DDR-Arbeitsmigrant_innen, die damit zusammenhängende Möglichkeit des Familiennachzugs und somit die Option für staatlich „unkontrollierbare Einwanderung“ auf jeden Fall und mit allen Mitteln verhindert werden.

Am offensichtlichsten widerspiegelt sich der rassistisch-selektive Charakter dieser nach national-ökonomischen Nutzenkriterien ausgerichteten Migrationspolitik in der am 21. Dezember 1990 beschlossenen Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung (ASAV). Wurde im asyl- und ausländerrechtlichen Diskurs stets beharrlich auf das bedrohlich volle Boot verwiesen, so gab es auf einmal gleichzeitig „Platz“ für die dringend benötigten, für weniger Geld arbeitenden Arbeiter_innen (z. B. im Baugewerbe oder als Saisonarbeitskraft), die nun auf Grundlage dieser Verordnung in den folgenden Jahren v. a. aus Osteuropa für einen „natürlich“ zeitlich nur begrenzten Arbeitsaufenthalt angeworben wurden. Mit der Änderung des Ausländergesetzes und der Einführung der „Aufenthaltsbewilligung“ konnte die Bundesregierung nun also getrost migrantische Arbeiter_innen anwerben, ohne Angst haben zu müssen, dass diese auch bleiben – nach veränderter Rechtslage war dies nun nämlich nicht mehr möglich! Was im Gastarbeitsregime letztendlich nicht praktiziert werden konnte, war nun endlich rechtlich abgesichert: das Rotationsprinzip! (vgl. Franz, zitiert in Sextro 1996: 120).

Die nationale Einheit bedeutete somit einen Rückschlag für die Kämpfe der Migrant_innen im nun „geeinten“ Deutschland. Standen in der BRD der 80er Jahre Forderungen nach gesellschaftlicher Partizipation und Gleichberechtigung, z. B. in Form des kommunalen Wahlrechts für Migrant_innen, noch auf der bundespolitischen Agenda, waren die Bedingungen der Kämpfe dafür nun viel schwieriger. In der folgenden Zeit konnte, getragen vom etablierten rassistischen nationalen Konsens, eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt werden, welche zur weiteren Kriminalisierung, Illegalisierung und Entrechtung von

²⁹ Zur Geschichte des Widerstands der Migrant_innen in der BRD: siehe Bojadžijev, Manuela. 2008. *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

bereits in Deutschland lebenden sowie potentiellen Migrant_innen führte.³⁰ Die deutsch-deutschen Realitäten grenzten Migrant_innen, Flüchtlinge und People of Color nun noch offensiver aus³¹ und ließ sie zunehmend Zielscheibe des Integrationsterrors werden.

Die (Überlebens-)Kämpfe der DDR-Arbeitsmigrant_innen stehen somit im Kontext der Kämpfe um die Formulierung der zukünftigen Migrationspolitiken. Es waren Kämpfe gegen ein bereits seit den 80er Jahren in der BRD forciertes und durch die nationale Einheit konsensfähiger gewordenes Projekt, ein restriktives Migrationsregime zu etablieren, welches die totale Kontrolle darüber zu beanspruchen versucht(e), wer und zu welchen Bedingungen im nun mehr geeinten Deutschland lebt(e).³² Der Blick auf diese Kämpfe zeigt allerdings auch, dass Wege gefunden wurden sich dem Zugriff staatlicher Politiken zu entziehen und die eigenen Projekte zu verfolgen – wenn auch zu entrechteten Bedingungen.

Literaturverzeichnis:

- Bade, Klaus. 1992. „Ausländerpolitik und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Grundprobleme und Entwicklungslinien“, in: *Einwanderungsland Deutschland : bisherige Ausländer- und Asylpolitik*, Forschungsinstitut der FES (Hg.), S. 51–68. <http://library.fes.de/fulltext/asfo/01011002.htm#LOCE9E3> (31. 01. 2010).
- Berger, Almuth (Hg.). 2006. *Annäherungen – Bericht der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg*, S. 36–40. http://www.masf.brandenburg.de/media/1333/bericht_ab06.pdf (31. 01. 2010).
- Classen, Georg (ARI)/Sabine (ZAG). 1993. *Das Bleiberecht war eine Falschmeldung*, in: ZAG Nr. 9, S. 16–17.
- Hussain, Saleh. 1991 (1990). „Die Situation der Ausländer in der DDR vor der Wende – Eine Übersicht“, in: *Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.). 1991 (1990). Ausländer in der*

³⁰ Neben der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl wurde eine Reihe von schikanierenden Maßnahmen für Asylbewerber_innen implementiert, wie z. B. die Einführung der erkennungsdienstlichen Behandlung von Asylbewerber_innen (Juli 1992) oder die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (1993), welches das Sachleistungsprinzip und einen verminderten Sozialhilfesatz für Asylbewerber_innen festlegte.

³¹ Siehe: „Die Mauer fiel uns auf den Kopf“, Interview mit Nevim Çil vom 08. 11. 2004: <http://www.taz.de/?id=archivseite&dig=2004/11/08/a0246> (10. 11. 2011).

³² Die bundesdeutsche Migrationspolitiken sind zudem im Kontext des sich formierenden EU-Grenz- und Migrationsregime zu sehen. Im Zusammenhang mit der Verfolgung des Projekts der Erweiterung eines gemeinsamen EG-/Europäischen Wirtschaftsraums, mit welchem der teilweise Abbau der innerEuropäischen Grenzen einher ging, wurden im Folgenden nicht nur die Außengrenzen aufgerüstet, sondern gleichzeitig an einheitlichen restriktiven Migrationspolitiken innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten gearbeitet mit dem Bestreben „effizienter“ auf die Dynamik der Migration reagieren bzw. diese kontrollieren zu können. (vgl. TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg). 2006. *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript-Verlag.)

- DDR – Ein Rückblick, 2. Auflage, Verwaltungsdruckerei Berlin, S. 4–24.
- Lederer, Dietrich. 1994. *Die „humanitäre Lösung“ für ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen. Ein Szenarium für Austreibungen von MigrantInnen, jetzt und künftig*, in: ZAG Nr. 10, S. 10–12.
- Marburger, Helga (Hg.). 1993. *„Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet“. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende*, Werkstatt-Berichte Nr. 4. Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Runge, Irene (Hg.). 1990. *Ausland DDR. Fremdenhaß*, Berlin: Dietz Verlag.
- Sextro, Uli. 1996. *Gestern gebraucht – heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR*, hrsg. v. Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dresden.

„Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland*

Cord Pagenstecher

Zusammenfassung

Die Geschichte des Visuellen erforschte Cord Pagenstecher bereits in verschiedenen Arbeiten mit Blick auf Migration. Im hier vorliegenden Artikel befasst er sich konkret mit der visuellen Verarbeitung des Motivs „Das Boot ist voll...“. Es taucht über einige Jahrzehnte hinweg als Synonym für die angeblich von Flüchtlingen überflutete Bundesrepublik in den Printmedien auf. Die Flüchtlinge rassistisch, fremdenfeindlich karikierenden Titel von Zeitschriften werden mit der Zeit auch in Tageszeitungen wieder aufgenommen. Darauf aufbauend analysiert Pagenstecher, wie eine Atmosphäre der Hilflosigkeit und Angst verbreitet wird und Flüchtlinge nicht als Opfer, sondern als Täter – quasi als Angreifer, als Feinde der Bundesrepublik schlussendlich mit Steinhagel außerhalb der Bilderwelt begrüßt werden.

„Das Boot ist voll!“ – mit diesem Slogan profilieren sich die „Republikaner“ Anfang der 1990er Jahre am rechten Rand des Parteienspektrums; ihr Wahlplakat zeigt Deutschland als eine mit Einwanderern völlig überfüllte Arche Noah. Im August und September 1991 machen der Spiegel, die FAZ und andere Medien die bislang eher als Stammtisch-Parole verbreitete Metapher vom „vollen Boot“ auch in intellektuellen Kreisen diskursfähig. Karikaturen und Fotos überfüllter Boote werden zu Kollektivsymbolen der sogenannten „Asylantenflut“, genutzt sogar in der kommerziellen Werbung. Gleichzeitig häufen sich Brandanschläge und pogromartige Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und andere Migranten. Im Mai 1993 beschließen SPD, FDP und CDU/CSU die weitgehende Abschaffung des Asylrechts. Das Wahlplakat der rechtsextremen

* Dieser Text wurde bereits veröffentlicht in Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder, Band II: 1949 bis heute, Göttingen 2008 (zugleich Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 734), S. 606 – 613. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

„Republikaner“ illustriert seine zentrale Aussage „Das Boot ist voll!“ mit einer Karikatur der überfüllten „Arche Deutschland“ und dem Aufruf: „Schluss mit Asylbetrug!“



Wahlplakat der »Republikaner« REP- Bundesgeschäftsstelle Bonn, vor Juni 1991; Grafiker unbekannt. Haus der Geschichte, Bonn

Anders als die mit Porträtfotos personalisierenden und allgemein gehaltenen Wahlplakate der etablierten Parteien zeigt das vor der Hamburger Bürgerschaftswahl im Juni 1991 eingesetzte „REP“-Plakat eine Grafik zu einem spezifischen Thema. Das einfache Holzboot mit der deutschen Fahne ist so mit Menschen überladen, dass der Schriftzug „Arche Deutschland“ schon halb unter der Wasserlinie liegt. Der unbekannte Grafiker hat die Passagiere klischeehaft als unterschiedliche „Rasestypen“ karikiert; dabei dominieren – anders als bei den realen Asylbewerbern – außereuropäisch aussehende Menschen. Nur zwei Frauen sind sichtbar.

Auf dem Boot herrscht Unruhe; viele Passagiere schreien erregt und ängstlich. Ganz ruhig oben thronen dage-

gen zwei „Ölscheichs“ und zwei „Chinesen“. Links oben lässt ein Mann mit Zylinder – er erinnert an antisemitische Karikaturen über das „Finanzjudentum“ – einen blonden, ängstlich schreienden Mann ins Wasser fallen. Männer mit Fez und einige in der Art kolonialzeitlicher Schulbücher gezeichnete Afrikaner sind Füllmasse des Bildes: Sie leiden wenig unter dem Gedränge. Die „normal-deutsch“ aussehenden Menschen werden dagegen angstvoll schreiend aus dem Boot geworfen.

Obwohl die deutsche Fahne ein wenig im Wind flattert, sind weder eine Bewegung des Bootes noch ein Wellenschlag auszumachen. Das nationale Boot dümpelt alleine auf dem durch einen gewölbten Horizont angedeuteten Globus – Nachbarländer sind ebenso wenig zu sehen wie Fluchtursachen. Trotz der

Überfüllung liegt das Boot stabil im Wasser; ein Kentern droht nicht. Genau betrachtet, beschwört dieses Plakat also keineswegs den Untergang des Kollektivs, sondern visualisiert individuelle Ängste vor einem Herauswurf aus der Gemeinschaft. Damit zielt es wohl auf die Gefühle der Modernisierungsverlierer, einer wichtigen Zielgruppe der „Republikaner“.

„Asylantenfluten“ – Die 1980er Jahre

Anders als die Floskeln „in einem Boot sitzen“ oder „jemanden mit ins Boot holen“ findet sich das „volle Boot“ nicht in einschlägigen Lexika der Umgangssprache. Es handelt sich vielmehr um eine Metapher mit genau umrissener politischer Bedeutung: Zu viele „Fremde“ kommen in „unseren“ Bereich. Ein Ursprung dieser Metapher liegt in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Mit dem – vom Justizminister Eduard von Steiger 1942 geprägten – Selbstbild eines überfüllten kleinen Rettungsboots wies die Schweiz jüdische Flüchtlinge aus Deutschland zurück und überließ sie damit der sicheren Vernichtung. 1967 stieß der engagierte Publizist Alfred Häsler mit dem Buch *Das Boot ist voll* erstmals eine Diskussion über die Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg an. Zumindest in der Schweiz gehörte die Wendung in den 1980er Jahren zur migrationspolitischen Debatte: 1983 demonstrierte das Schweizerische Arbeiterhilfswerk zum Flüchtlingstag gegen die dort offenbar schon geläufige Parole „Das Boot ist voll.“

Auch in der Bundesrepublik gab es damals zunehmend polemisch geführte Diskussionen um das Asylrecht, die neue Schlagworte wie „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Scheinasylanten“ etablierten, die Boots-Symbolik aber kaum verwendeten. Wenn überhaupt, dann wurde sie – zumindest in der Öffentlichkeit – überwiegend ablehnend zitiert und als dumpfe Stammtischparole zurückgewiesen. Wichtigstes Reizwort wurde die Vokabel „Asylanten“, die Assoziationen zu „Simulanten“, „Bummelanten“, „Sympathisanten“ oder „Querulanten“ weckte, also zu anderen als deviant, vom Normalen abweichend beschriebenen Menschengruppen. Der Begriff „Asylant“ diente insbesondere der diskriminierenden Abgrenzung vom seit Kriegsende in Deutschland eher positiv besetzten Wort des „Flüchtlings“. Obwohl er schon 1980 als fremdenfeindlich kritisiert wurde, benutzten ihn viele Medien weiterhin, besonders der *Spiegel* und die Springer-Zeitungen. Verbreitet war die Verbindung mit Wellen- und Strom-Metaphern:

In der FAZ forderte z. B. der Leitartikel am 28. 5. 1980 „Dämme gegen die Asylanten-Springflut“.

Während des Bundestagswahlkampfes 1987 rückten CDU und CSU den Zugang von Asylbewerbern ins Zentrum der Debatte. In Folge der Öffnung der Grenzen in Osteuropa sowie der Kriege in den Kurdistan und Jugoslawien stieg dann die Zahl der Asylbewerber stark an. Nachdem 1980 bereits über 100 000 Menschen Asyl in Deutschland gesucht hatten, waren es 1983 nur noch knapp 20 000, 1989 aber wieder über 120 000 und 1992 sogar über 430 000 Personen, mehrheitlich aus Europa. Weniger thematisiert, aber schon früher angestiegen war die Zahl der als Aussiedler anerkannten Osteuropäer mit deutschen Vorfahren, die nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in die Bundesrepublik zogen: 1990 waren es knapp 400 000, in den Folgejahren etwa 220 000.

Die Zuwanderer wurden durch Arbeitsverbot und Lagerunterbringung in eine tatenlose Abhängigkeit von staatlicher Versorgung gedrängt; die entsprechende Infrastruktur war aber jahrelang vernachlässigt worden. Die unterfinanzierten Kommunen mussten aus Mangel an Wohnraum teilweise Notunterkünfte in Turnhallen und Kasernen einrichten. Von der Bundesregierung erhielten sie wenig Unterstützung; vielmehr nutzte die regierende CDU die Schwierigkeiten vor Ort, um die SPD zu einer Änderung des Asylrechts zu drängen. Wegen dessen Verankerung im Artikel 16 des Grundgesetzes war dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. Da SPD, Grüne und FDP zunächst aber auf der Bewahrung des Grundrechts bestanden, entstand eine politische Patt-Situation, die die Öffentlichkeit zunehmend als fruchtloses Parteiengezänk wahrnahm. Eine besondere Zuspitzung erfuhr diese Debatte ab August 1991.

Sommer 1991: Ein albanisches Flüchtlingsschiff

Im Sommerloch 1991 platzten Nachrichten aus Süditalien: Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes flohen Zehntausende von Albanern über die Adria. Schon im Februar und März waren überfüllte Boote und Schiffe in Apulien angekommen. Am 8. August 1991 lief der mit über 10 000 Flüchtlingen völlig überladene albanische Frachter Vlora in den Hafen von Bari ein. Die ausgehungerten Flüchtlinge versuchten so schnell wie möglich das marode Schiff zu verlassen; unter chaotischen Umständen wurden sie in einem

Sportstadion untergebracht. Zahlreiche Pressefotografen waren vor Ort. Im Bestreben, bald in das auf europäischer Ebene beschlossene Schengen-System aufgenommen zu werden, zeigte die italienische Regierung Härte und schob die meisten Flüchtlinge binnen weniger Tage wieder ab.

Die vor allem von Associated Press verbreiteten Bilder der Menschentrauben auf der Vlora rückten das adriatische Flüchtlingsdrama in Deutschland erstmals auf die Titelseiten. Während die ersten Berichte noch die teilweise unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge beschrieben, geronnen die Fotos rasch zu asylpolitischen Symbolen. *Spiegel*, *Zeit* und *FAZ* verwendeten unisono das biblische Wort vom warnenden „Menetekel von Bari“; Bild titelte am 14. August: „Die Asylanten-Katastrophe: Morgen auch bei uns?“ Im *Spiegel* vom 19. August illustrierten weitere Bilder vom „Inferno von Bari“ einen mit „Krieg des dritten Jahrtausends“ überschriebenen Artikel, der über in der Zukunft angeblich zu erwartende 50 Millionen sowjetische Flüchtlinge spekulierte. Einige Wochen später stellte der *Spiegel* ein Foto der Vlora (40/1991) in einen Zusammenhang zu Deutschland: „Albanien-Flüchtlinge in Italien: Asyl in Bremerhaven?“ Im zugehörigen Artikel formuliert der Autor hypothetisch, dass die „Passagiere, wenn sie Bremerhaven statt Bari angesteuert und Asyl verlangt hätten, in Deutschland aufgenommen worden wären“. Die Redaktion destillierte daraus eine suggestiv formulierte Frage, mit der die Bildunterschrift die Befürchtung weckte, die 20 000 Flüchtlinge kämen nach Bremerhaven.

Weitere Publizität erhielten die Menschentrauben auf der Vlora im Februar 1992 durch Oliviero Toscani, Starfotograf und Designer der Bekleidungsfirma Benetton. Sie wurden Teil einer kontroversen Werbekampagne mit „realistischen“ Fotos von Mafia-, AIDS- und Kriegsopfern (United Colors of Benetton). Unabhängig von der in den Agenturen, Presseräten und Feuilletons diskutierten Frage, ob man mit Elend und Tod für Mode werben dürfe, war damit das Thema Migration in die Reihe der Schreckensbilder des Jahrzehnts eingereiht. Die in hervorragender Farbqualität und großer Auflage publizierte Benetton-Werbung verankerte das Bild vom „vollen Boot“ weiter im Alltagsbewusstsein der Deutschen, auch der mehr an Mode als an Politik Interessierten. Auf der Benetton-Webseite wird das Bild bis heute fälschlich mit „Einschiffung der Albaner in Bari. Das Schiff wird von Hunderten von Personen angegriffen“ beschrieben und auf den 18. 8. 1991 datiert; als Fotograf wird „anonymous“ genannt. Das Foto stammt von der Albanian Telegraphic Agency und wurde

am 7. August 1991 im albanischen Durrës aufgenommen.

Die Arche-Deutschland im *Spiegel*

Der *Spiegel* brachte am 9. September 1991 die Titelstory „Flüchtlinge – Aus-siedler – Asylanten. Ansturm der Armen“, illustriert mit einer Grafik der Arche Deutschland. Wie das Boot auf dem „Republikaner“-Plakat ist die *Spiegel*-Arche ein behäbiges, bauchiges Gefährt, das Stabilität, ja Stagnation ausstrahlt. Die ganz in schwarz-rot-gold gestrichene Arche – kein Boot, sondern ein großes Schiff – steht diesmal aber an Land. Durch die betonten Bildvertikalen ähnelt die Grafik dem wenige Wochen zuvor publizierten Foto der Vlora.

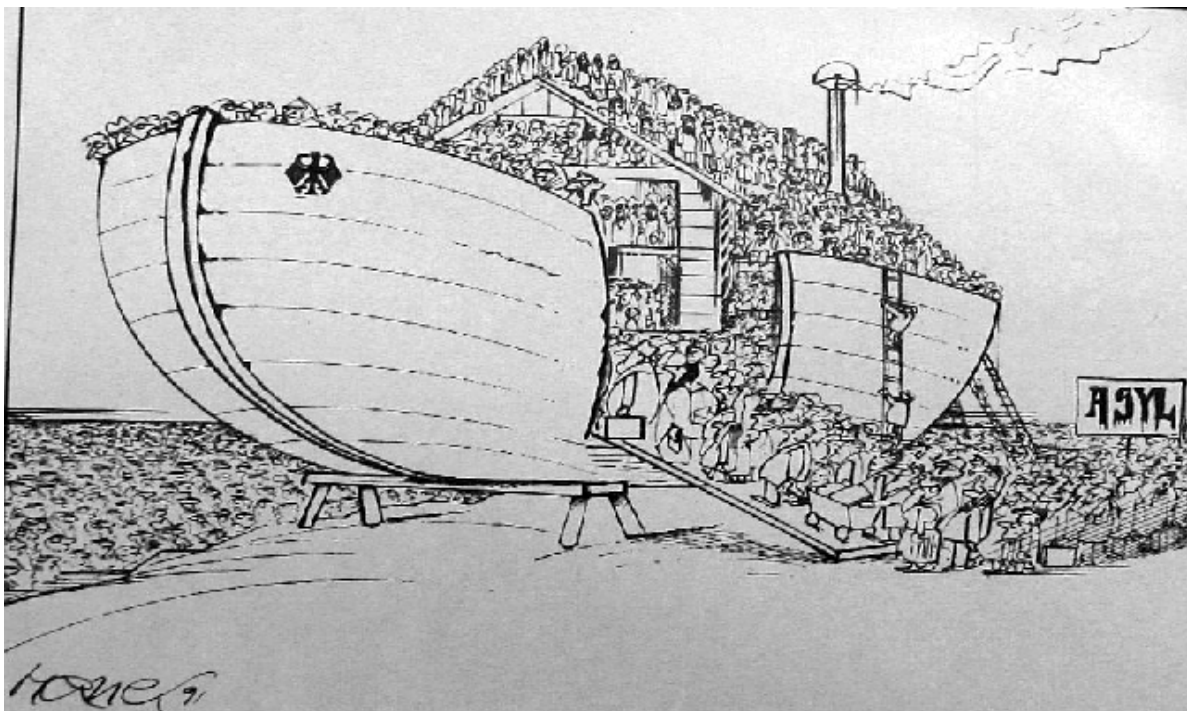
An Deck sind typische Elemente einer deutschen Innenstadt errichtet: eine Kirche, ein Bankhochhaus, Wohnhäuser, Autos und ein Kaufhaus. Eine Sintflut von Strichmännchen schwappt auf das Schiff. Einige haben einen gefährlichen Bohrer gegen die Schiffsplanken in Stellung gebracht; andere zielen mit einer Steinschleuder auf das Bankenhochhaus. Manche Gruppen wiederum richten unter den Transparenten „Ausländerfeindlichkeit“ und „Skinheads“ ihre Speere auf andere Menschen; viele Neuankömmlinge werden über Reling und Luken wieder heruntergeworfen.

Auf den Spruchbändern lesen wir thematisch durcheinander gewürfelte Schlagwörter aus der Asyldebatte, aber auch Fachtermini wie „Volksliste 3“ oder „Xenophobie“. Das Gewimmel stört die bundesrepublikanische Fußgängerzonen-Gemütlichkeit. Einheimische und Fremde, Gute und Schlechte sind als Strichmenschen nicht zu unterscheiden. Die ordnende Hand Noahs fehlt auf dieser chaotischen Arche; wohl nicht zufällig gibt es kein Rathaus oder anderes Regierungsgebäude.

Die Grafik stammt von dem auf solche „Suchbilder“ spezialisierten Zeichner Uwe Brandi. Er hatte, so seine telefonische Auskunft, eine Woche vor dem Erscheinen den Auftrag bekommen, eine Zeichnung zum Thema Asyl mit dem Motiv einer schwarz-rot-goldenen Arche zu machen. Der damalige Titelbild-Redakteur Rainer Wörtmann, früher Chefredakteur des *Playboy*, wollte also genau die in den Monaten zuvor von den „Republikanern“ verwendete Symbolik auf den *Spiegel*-Titel zur Asyldebatte haben. Im Rahmen dieser Vorgaben thematisierte Brandi auch fremdenfeindliche Abwehrmechanismen. Seine Grafik zeigt die Problematik also bei genauem Hinsehen wesentlich differenzierter als

das Wahlplakat.

Indes: Illustriertentitel werden nicht zum genauen Hinsehen gemacht. Der *Spiegel* machte mit diesem Titelbild die bis dato als Stammtisch-Parole betrachtete Metapher des vollen Bootes auch in intellektuellen Kreisen diskursfähig. Deutlicher noch wird diese Absicht bei der dazugehörigen Titelstory von Uly Foerster, dem späteren Gründer von *Spiegel Online*, die unter der Überschrift „Soldaten an die Grenzen“ Fremdenfeindlichkeit als logische Folge der Zuwanderung darstellt: „Der Zuzug von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern erreicht neue Rekorde. In Deutschland entsteht massiver Fremdenhass.“ Eine Grafik visualisiert die Flüchtlingszahlen aus verschiedenen Ländern so, dass signalrote Dreiecke mit ihrer scharfen Spitze von allen Seiten bedrohlich auf Deutschland einstechen. Von der negativ gesteigerten Trias „Flüchtlinge – Aussiedler – Asylanten“ in der Titelzeile werden nur „Asylanten“ visualisiert. Meist sieht man größere Gruppen von tatenlos herumstehenden oder herandrängenden, stets dunkelhaarigen Menschen, die ernst, manchmal bedrohlich blicken. Ganz anders wurden dagegen deutsche Migranten abgebildet: Der Titel „Auswandern. Ein deutscher Traum“ (39/1982) zeigt eine blonde Familie bei der idyllischen Arbeit als Schafzüchter.



Das volle Boot als Metapher

Das volle Boot auf dem *Spiegel*-Titel blieb kein Einzelfall. „Gemeinde und Kreis: Das Boot ist voll“, schrieb die *Koblenzer Rhein-Zeitung* am 19.9. 1991. Zwei Wochen nach seinem Arche-Titel druckte der Spiegel auf seinen Leserbriefseiten – gewissermaßen als Bestätigung – eine Karikatur aus der *FAZ* vom 7. August nach, die ebenfalls das Motiv der Arche auf die Asylfrage anwendete. Hunderttausende marschieren von weit her auf die völlig überfüllte Arche zu. Trotz des Andrangs herrscht hier allerdings Ordnung und Ruhe; das Tor des Schiffes ist weit geöffnet. Die Karikatur illustriert den Leitartikel „Das Schlupfloch ist riesengroß“, der eine Neugestaltung des Asyl-„Tors“ fordert. Viele ähnliche Karikaturen erschienen im Sommer und Herbst 1991 auch in anderen Zeitungen Deutschlands und Österreichs, kaum dagegen in anderen Ländern.

Metaphern erlauben es, implizite Bedeutungen vom konkreten Objekt, etwa dem Boot, auf das angesprochene Kollektiv, etwa die Bundesrepublik zu übertragen. In jeder Metapher schwingen implizite, also „eingewickelte“ Bedeutungen mit, die erst „ausgewickelt“ werden müssen, um hinterfragt werden zu können.

Das seit der Antike immer wieder von Staat oder Kirche verwendete Bild des Schiffs fordert die Menschen zum Zusammenhalt trotz sozialer Gegensätze und zum Vertrauen in den Steuermann auf. Wie bei der Insel- oder Festungs-Metapher trennt eine Begrenzung einen sicheren und geordneten ‚Innenraum‘ von einem gefährlichen, chaotischen ‚Außen‘. Die Bootsmetapher passt besonders gut in die Bildwelt des Fließens, die bereits in den 1980er Jahren mit den Schlagwörtern „Ausländerzustrom“ und „Asylantenflut“ geprägt worden war. Durch die Fotos überfüllter Flüchtlingsboote wie der *Vlora* fand der Vergleich eine bildliche Konkretisierung, die freilich die Realität umkehrt: Voll sind ja die Boote der Flüchtlinge, nicht die der Aufnahmegesellschaften. Die schon Ende der 1970er Jahre um die Welt gehenden Bilder überfüllter Schiffe der vietnamesischen Boat People hatten übrigens nicht diese Resonanz: Als Opfer kommunistischer Verfolgung wurde diese zahlenmäßig begrenzte Gruppe in der Presse weithin willkommen geheißen.

Das Bild der Arche verweist auf die biblische Arche Noah, die freilich aufgrund ihrer Artenvielfalt nur mühsam als Metapher für einen als homogen gedachten

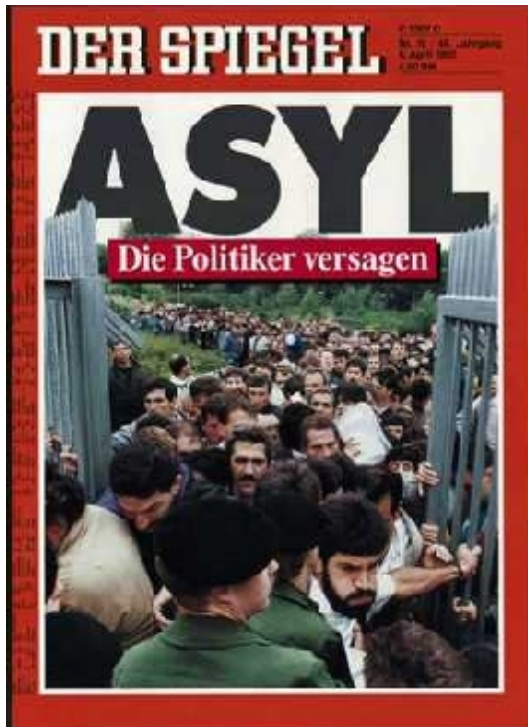
„Volkskörper“ erhalten kann. Auch die Begründung der Sintflut als Strafe für die menschlichen Sünden lässt sich schwer auf die Weltlage am Ende des 20. Jahrhunderts übertragen. Nützlicher mag dagegen die Auserwähltheit der Passagiere sein: Wer im deutschen Boot sitzt, fühlt sich von Gott ausersehen, eine bessere Welt zu schaffen. Entsprechend wird Deutschland im Asyldiskurs immer wieder mit dem biblischen Begriff „gelobtes Land“ gekennzeichnet. Gelegentlich wurde die Bootsmetapher für Gegenbilder genutzt: Unter dem Motto „Das Boot ist voll . . . und ganz gegen Rassismus“ organisierten Flüchtlingsinitiativen im April 1998 eine Protestfahrt mit einem Rheindampfer. Die Bundeszentrale für politische Bildung setzt in didaktischen Materialien eine Karikatur ein, bei der das Boot eines beliebten deutschen Ehepaares so überfüllt mit Fernseher und anderen Konsumgütern ist, dass die Fremden an Land bleiben müssen. Eine ähnliche Karikatur fand sich im November 1991 schon auf dem Titel der Satirezeitschrift *Titanic*.

Rassismus und Gewalt

Im Jahr nach der Wiedervereinigung nahm das Asylthema einen immer größeren Raum in der Presse ein. Angesichts der enormen deutsch-deutschen Integrationsprobleme fungierten Ausländer für manche Politiker, Medien und Bürger als Sündenböcke. Im Zentrum vieler Meldungen und Berichte stand der Kontrast zwischen drängenden Problemen und dem anscheinend nutzlosen Parteiengezänk. „Asyl: Die Politiker versagen“ – diese Überschrift illustrierte der *Spiegel* am 6. 4. 1992 mit einem Foto, das den Andrang von Flüchtlingen in der Zentralen Asylstelle in Berlin-Moabit zeigt. Schon im Juni 1990 hatte es Diskussionen um die langen Wartezeiten in der unzureichend ausgestatteten Berliner Ausländerbehörde gegeben. 1992 wurde die Asylstelle zunächst in das Ostberliner Plattenbauviertel Hohenschönhausen, 1993 dann an den westlichen Stadtrand verlegt, wo die langen Warteschlangen zumindest weniger sichtbar waren.

Dieses Bild gehört zu den wichtigsten Fotos der Asyldebatte; es wurde in verschiedenen Varianten immer wieder abgedruckt, erstmals in der *Süddeutschen Zeitung* am 4./5. 5. 1991. Der *Spiegel* vom 30. 9. 1991 („Hass. Gewalt gegen Fremde“) illustrierte damit einen teilweise Verständnis weckenden Artikel über Ausländerfeindlichkeit. Bildunterschrift hier: „Antragsteller vor der Asylstelle in

Berlin-Tiergarten: „Ungewöhnlich großzügig““. Noch am 4.2. 1996 unterlegte die *Welt am Sonntag* eine Grafik des raschen Anstiegs von Asylbewerberzahlen mit diesem Foto.



Titelbild Der Spiegel, H. 15, 6. 4. 1992. Der Spiegel, Hamburg

es findet sich nur in einem Artikel der Zeitschrift *Bild der Wissenschaft* (2/1992).

Der *Spiegel* montierte darüber hinaus für sein Titelbild zwei eigentlich weiter links stehende uniformierte Polizeibeamte ins Bild, um so den Angriff fremder Menschenmassen auf den deutschen Staat und das Versagen der Politiker wirkungsvoller zu illustrieren.

Mit solchen Bildgestaltungen verbreiteten die Medien ein Meinungsklima, in dem immer mehr Menschen Gewalt gegen Flüchtlinge für legitim hielten. Die – fast ausschließlich nicht-migrantischen – Journalisten hatten dabei einen großen Einfluss: Die über Monate hin stereotyp verwendeten Kollektivsymbole, die immergleichen, polarisierenden Schlagwörter und die stark standardisierte Bildwelt formten sich zu einem fest gefügten Diskurs, der stark in die Alltagssprache eindrang. Teilweise beruhte das auf zentral gesteuerten

Das Foto des bekannten Berliner Pressefotografen Paul Glaser wird auf dessen Internetseite auf 1992 datiert, entstand aber tatsächlich im Frühsommer 1991. Eine ganze Bilderserie entstand offenbar anlässlich des Besuchs der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John vor Ort. Das von den Medien ausgewählte Bild zeigt nicht die schlecht organisierte bis schikanöse Behandlung der Betroffenen, sondern eine schier unübersehbare, gefährlich herandrängende Menschenmasse. Zu sehen sind ausschließlich dunkelhaarige bärtige Männer, was den bedrohlichen Charakter des Bildes verstärkt. Ein ganz ähnliches Bild der Serie mit einem kleinen Mädchen im Vordergrund rechts wurde daher selten ausgewählt;

Kampagnen: Am 12. 9. 1991 etwa stellte CDU-Generalsekretär Volker Rühe allen CDU-Fraktionen in Stadträten und Landtagen Muster-Presseerklärungen zur Verfügung, um systematisch „die Asylpolitik zum Thema zu machen“. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach am 24. 10. 1992 hochtrabend vom „Staatsnotstand“.

Immer mehr wurde Migration zur angeblichen Ursache der wirtschaftlichen Probleme und der Deklassierungsgefühle vieler, nicht nur ostdeutscher, Bürger. Dieser emotionalisierende Abwehrdiskurs sorgte für eine Ethnisierung sozialer Schwierigkeiten. All dies trug dazu bei, dass sich immer größere Teile der Bevölkerung gegen die Aufnahme von Asylbewerbern wandten.

Davon ermutigt, stieg die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten. Mit tagelangen Krawallen setzten rassistische Randalierer vom 17. bis 22. 9. 1991 die Evakuierung von Asylbewerbern und Vertragsarbeitern aus dem sächsischen Hoyerswerda durch. Neu waren dabei nicht die Gewalttaten, sondern der öffentliche Beifall der Anwohner. Der mit der Vertreibung erreichte „Erfolg“ ermutigte zu Nachahmungstaten. Vor Hoyerswerda wurden bundesweit monatlich etwa 60 fremdenfeindliche Straftaten registriert, direkt danach über 900, in den Folgemonaten jeweils über 200. Auch die pogromartigen Angriffe von Rostock (22.–26. 8. 1992) sowie die Brandanschläge von Mölln (23. 11. 1992) und Solingen (29. 5. 1993) waren mediale Schlüsselereignisse, die prägnante Bilder für eine intensive, oft sensationslüsterne Berichterstattung bereitstellten. Die Medien berichteten dabei besonders viel über Gewalttaten in Ostdeutschland, obwohl drei Viertel der Straftaten im Westen stattfanden.

Viele Politiker und Medien forderten, das Problem rechtsradikaler Gewalttaten durch Abschottung der Grenzen und Abschiebung der Flüchtlinge zu lösen. Noch während der Rostocker Krawalle signalisierte SPD-Chef Björn Engholm seine Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes. Zwei Wochen nach dem Anschlag von Mölln einigten sich CDU/CSU, SPD und FDP auf den so genannten „Asylkompromiss“, der am 26. 5. 1993 im Bundestag beschlossen wurde: Wer aus einem sogenannten sicheren Drittstaat einreist, hat keinen Asylanspruch. Zu den „sicheren“ Drittstaaten gehörten alle Nachbarn Deutschlands. Das als Reaktion auf die NS-Zeit entstandene grundgesetzliche Asylrecht – viele Nazi-Verfolgte waren bei der Flucht ins Ausland, etwa an der Schweizer Grenze, zurückgewiesen worden – war damit praktisch abgeschafft.

Die Festung Europa

Am 26. 6. 2006 brachte der *Spiegel* (26/2006) erneut eine Titelstory mit der Überschrift „Ansturm der Armen“. Man sieht eine Menge dunkelhäutiger an Land watender Wesen, die mehr an Reptilien als an Menschen erinnern. Auch andere Medien zeigen immer wieder Bilder meist dunkelhäutiger Menschengruppen – nie von Individuen –, die in überfüllten Booten sitzen oder ans Festland waten. Dass dies nicht selten an den belebten Stränden von Andalusien oder Fuerteventura passiert, wo die halbverdursteten Migranten auf sonnenbrandige Urlauber stoßen, bleibt unsichtbar. Bilder dieser Begegnungen werden kaum abgedruckt.

Im europäischen Rahmen ist allerdings weniger vom „vollen Boot“ die Rede; präsenter ist hier das militärische Bild der Festung. Schon am 29. 7. 1992 zeichnete eine *FAZ*-Karikatur Europa als kleine Burg auf einer von einer Flutwelle bedrohten Insel. In den Folgejahren ist das europäische Grenzregime immer häufiger mit dem ursprünglich aus dem Nationalsozialismus stammenden Begriff „Festung Europa“ gekennzeichnet worden. Besonders nach dem 11. September setzten solche Bedrohungsszenarien die Migration in einen Zusammenhang mit islamistischem Terror. Die militärische Sprache macht freilich vergessen, dass nicht feindliche Heere oder Horden von Kriminellen heranstürmen, sondern Menschen, die vor Armut, Krieg und Verfolgung fliehen.

„Die Republikaner“

1983 als rechte Abspaltung der CSU entstanden, profilierten sich die „REPs“ unter ihrem Vorsitzenden Franz Schönhuber mit ausländerfeindlichen Parolen; 1989 Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus und ins Europaparlament. Nach dem Fall der Mauer interne Streitereien über den Umgang mit den Konkurrenzparteien DVU und NPD. Ab 1991 Comeback; in Baden-Württemberg 1992 drittstärkste Fraktion. Erneute Richtungskämpfe, nach 1994 keine guten Wahlergebnisse mehr.

Ausgewählte *Spiegel*-Titel:

Ghettos in Deutschland. Eine Million Türken (31/1973)
Grenzen dicht für Ausländer? (50/1981)
Offene Grenzen. Freie Fahrt für Kriminelle? (31/1984)
Grenzen zu für Asylanten? (31/1986)
Die Zigeuner. Asyl in Deutschland? (36/1990)
Zusammenbruch in der Sowjetunion. Massenflucht in den Westen? (50/1990)
Ansturm vom Balkan. Wer nimmt die Flüchtlinge? (31/1992)
Zu viele Ausländer? Sprengsatz für Rot-Grün (47/1998)

Tod an den Grenzen Europas

Ab 1995 sorgte das Schengen-System für eine effektive Abschottung der europäischen Grenzen. Über 7 000 Menschen starben zwischen 1993 und 2006 an den Rändern der „Festung Europa“. Allein 60 Menschen ertranken in Oder und Neiße. Andere erstickten in Kühllastern oder verbrannten in Abschiebegefängnissen. Die meisten Opfer sind in Mittelmeer und Atlantik ertrunken oder verdurstet. Viele wurden nie gefunden.

Quellen und Literatur

Brosius, Hans-Bernd und Frank Esser. 1995. *Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt*, Opladen.

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration/Flüchtlingsrat Brandenburg. o. J.. *Italien. Legalisierung von Flüchtlingen - Militarisierung der Grenzen?*, FFM Heft 8, Berlin: FFM. Online: <http://www.ffm-berlin.de/italien.pdf> (01.05.2009).

Häsler, Alfred A..(1967) 1979. *Das Boot ist voll Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945*, Zürich.

Herbert, Ulrich 2003. *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, Bonn.

Jäger, Siegfried. 1992. *BrandSätze. Rassismus im Alltag*, Duisburg. Online: <http://diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Brandsaetze/Brandsaetze.htm> (01.05.2009).

Jung, Matthias, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.). 1997. *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländerin den Medien, der Politik und im Alltag*, Opladen.

Link, Jürgen 2005. „'Asylanten' - Zur Erfolgsgeschichte eines deutschen Schlagwortes“, in: Christoph Butterwege und Siegfried Jäger (Hg.). 1993. *Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik*, Köln.

Mauern, Projektionen, Reisefreiheit. Berlin – Schengen, 1989 – 2004, hrsg. v. Institut für Nomadologie und Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin 2005

Milborn, Corinna 2006. *Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto - das Schwarzbuch*. Mit Fotos von Reiner Riedel, Wien.

Rohrauer, Bettina. 1997. „Für Zuwanderer ist das Boot voll“. Zirkulierende Äußerungsfragmente und andere Strategien der Berichterstattung über „Fremde“ in Printmedien, in: *Medienimpulse* H. 20 (1997). Online: <http://www.mediamanual.at/mediamanual/themen/pdf/gewalt/20rohr.pdf> (2009).

Schütt, Hans-Dieter und Oliver Schwarzkopf (Hg.). 2000. *Die Spiegel-Titelbilder 1947 – 1999*, Berlin.

Schwarze, Susan. 2001. *Das Arenen-Verhandlungsmodell. Deutsche Asylpolitik im europäischen Kontext von 1989 bis 1993*, Diss. FU Berlin 2001. Online: <http://www.diss.fu-berlin.de/2001/202/> (2009).

Schwelien, Michael 2004. *Das Boot ist voll. Europa zwischen Nächstenliebe und Selbstschutz*, Hamburg.

UNITED for Intercultural Action, *List of 7182 documented refugee deaths through Fortress Europe*, Online: <http://www.unitedagainstracism.org> (2009).

Mehrfachbelichtung – Eva Leitolf's Arbeit im Prozess

Eva Leitolf im Interview



Zusammenfassung

Neben den Bildern im rassistischen „Das Boot ist voll“-Diskurs, welche in Cord Pagenstechers Beitrag in diesem Band thematisiert werden, zeigt Eva Leitolf in ihren Bildern die vermeintlich idyllischen, ruhigen Tatorte des tagtäglich stattfindenden Rassismus in Deutschland. Diese sind damit insofern als Ergänzung zu den Bildern brennender Flüchtlingslager zu sehen, da Eva Leitolf damit einerseits die strukturellen Aspekte von Rassismus sowie andererseits dessen Normalisierung durch die Dominanzgesellschaft sichtbar macht. Das Bild ist demnach auch als Werkzeug für die Betrachtenden intendiert, welches zum Hinterfragen des Bildkonsums und zum Bruch im eigenen Denken von „Normalität“ und letztendlich zu kritischem Umgang mit Bildwelten anregen kann.¹

Leitolf: Bevor wir mit dem Interview beginnen und Sie mir all Ihre Fragen stellen, würde ich gerne nochmal kurz hören, weshalb Sie auf mich gekommen sind und warum Sie glauben, dass ich per Interview in Ihre Publikation zu kritischer Migrationsforschung gehöre?

MiRA: *Ich habe im Herbst 2008 in der Pinakothek der Moderne Ihre Fotoausstellung „Deutsche Bilder – eine Spurensuche 1992–1994/2006–2008“ gesehen, die Bilder von Orten rassistischer Gewalt, ihren Tätern_innen, den Zuschauern_innen zeigt. Dort erlebte ich keinen Aha-Effekt, sondern ich war verwundert. Ein kurzer Moment, indem ich nicht wusste, was mich mehr beunruhigt, z. B. die Tatsache, dass man nichts befremdliches sieht oder die Tatsache, dass ich diese Bilder „nicht zu verstehen“ vermochte, zumindest nicht bei der Zurkenntnisnahme der Titel. Und dann fragte ich mich, warum das Entsetzliche im Abwesenden liegt, denn die Bilder zeigen ein geradezu unheimliches Idyll, teils menschenleer, von dem ich spürte, dass ich dort nicht sein möchte. Und noch eine Sekunde später fragte ich mich, ob diese Alltäglichkeit der Bilder auf die Alltäglichkeit der Verbrechen verweist, die ich als Betrachterin nicht sehe, deren Augenzeugin ich nicht war und die trotzdem passiert sind und deren öffentliche, visuelle Aufbereitung mir vielleicht zum Teil im Gedächtnis geblieben ist und in mir begann ein intensiver Betrachtungs-, ja geradezu ein Erkenntnisprozess, nicht zuletzt durch die Erläuterung der rechtsextremistischen Gewalttaten in dem umfassenden Faltblatt, welches für die Besucher_innen der Ausstellung bereit gestellt wurde. Bilder der 1990er Jahre haben wir, also das Netzwerk MiRA, uns in*

¹ Das Interview führte Franziska Brückner vom Netzwerk MiRA im März 2009.

der Auseinandersetzung mit kritischer Migrationsforschung aus der Perspektive eines Historikers bereits genähert, allerdings den anderen, den Sensationsbildern von vermeintlich unkontrollierbaren Asylsuchenden. Dem damit sofort in Verbindung zu bringenden Thema Rassismus, rassistisch motivierte Gewalt, haben wir – durch die Sicht einer Psychologin, Politikwissenschaftlerin und gleichzeitig Literatin – vor allem in seiner sprachlichen Form Raum gegeben. Uns ist es wichtig viele Formen der Wissensproduktion zu verbinden, sie einander ergänzend gegenüber zu stellen und damit einen weitergehenden, aber vielleicht auch ganz anderen Blick auf Welt, auf Migration bzw. Fluchtmigration und sie begleitende Themen und Probleme zu werfen. Wir fragen uns stets, wie wir über Themen sprechen können ohne Vorgefundenes sowohl thematisch, als auch perspektivisch zu reproduzieren und sind zu der Überzeugung gekommen, dass eine Art Neubesetzung von Worten und Bildern ebenfalls dazugehört. In Ihrer Arbeit, Eva Leitolf, liegt eine Art gelebte Praxis dieser Kritik der kritischen Migrationsforschung. Wie sind Sie auf das Thema rassistische Gewalt überhaupt gekommen – was hat Sie motiviert? Liegt Ihrer Arbeit eine aufklärerische Intension über Rassismus zugrunde?

Leitolf: Aufklärerische Intension würde ich nicht sagen. Wir wissen alle, dass rassistische und fremdenfeindliche Gewalt tagtäglich in verschiedenen Formen ausgeübt wird. Anfang der neunziger Jahre, als ich mich zum ersten Mal mit dem Thema beschäftigt habe, fand ich es problematisch, wie Medien – egal ob Der Spiegel, Bild am Sonntag oder die TV-Nachrichtenprogramme – mit den Themen Migration, Rechtsradikalismus und rassistisch motivierte Gewalt umgingen. Der Spiegel z. B. hat über Monate hinweg mit seinen Titeln die Geschichte von uns „überflutenden Asylanten“, dem „vollen Boot“, einem „machtlosen Staat“ und den „Nazi-Kids“ konstruiert. Rassismus ist für mich ein Anlass über gesellschaftliche Mechanismen nachzudenken.

MiRA: *Was haben Sie für ein Verhältnis zu Geschichte? Ist Ihre Arbeit Teil dessen, was man als kritische Visual History, im Sinne der Fotoarbeit als gedächtnis(stützende) Leistung bezeichnen könnte?*

Leitolf: Gedächtnisleistung ist mir als Begriff nicht ganz nahe liegend, zumindest nicht im Sinne eines Andenken, Gedenken. Aber Geschichte und Zeit



spielen in der Fotografie ganz allgemein, natürlich und auch in meiner Fotografie, eine große Rolle. Ich bewahre nur einen Moment, den Moment eines Zustands von Raum und Zeit, den ich als Fotografin in diesem Augenblick wahrnehme und zugleich konstruiere. So gesehen zeigt ein Bild, insbesondere ein Foto etwas, worauf sich ein/e Historiker_in beziehen kann. Aber im Prinzip kann man sagen, dass das Konzept der Arbeit „Deutsche Bilder“ auf das Wachrufen von persönlichem und kollektivem Bild- und anderem Vorwissen angelegt ist. Ich komme letztlich auch auf mein eigenes Bildmaterial zurück. Meine Abschlussarbeit beschäftigte sich mit den Tatorten, Opfern und Tätern rassistischer Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre – also Bilder zu dieser Thematik gab es damals unendlich viel, vor allem auch im Fernsehen.

MiRA: *„Opfer rassistischer Gewalt werden in Ihren Werken nicht (offensichtlich) in den Vordergrund gerückt – warum? Inwiefern hat die Perspektive der Opfer Ihre Arbeit dennoch geleitet? Inwiefern haben Sie sich, etwa im Gespräch mit Opfern rassistischer Gewalt, mit dieser Perspektive auseinandergesetzt?“*

Leitolf: Vor allem im neuen Teil der Arbeit (2006–2008) haben mich strukturelle Fragen interessiert: Wie und von welchen Seiten werden rassistische Gewalt und ihre Opfer instrumentalisiert?

Beim Brand in Ludwigshafen 2008, sprechen türkische Zeitungen sofort von einem „zweiten Solingen“, während der Rheinland-pfälzische Ministerpräsident noch bevor die polizeilichen Untersuchungen beginnen einen Brandanschlag kategorisch ausschließt. Bildlich bin ich dabei völlig von der Darstellung von Menschen abgekommen, habe mich ausschließlich auf Tatorte, vermeintliche Tatorte und andere Orte konzentriert. Diese leeren, alltäglichen Orte sehe ich gewissermaßen als Leerstellen, als Bühne. Mit Menschen, egal ob Opfer, Täter oder Zuschauer hätte das nicht funktioniert.

MiRA: *Wie bereiten Sie Ihre Arbeit vor, wie viel Zeit verbringen Sie an einem Ort oder mit Menschen, denen Ihre Bilder dann „gewidmet“ sind?“*

Leitolf: Extrem viel Vorbereitungszeit stecke ich in die Recherche zu den Orten, Taten, ich recherchiere etwas weniger über die involvierten Menschen.



Ich habe einen sehr hohen Anspruch an mich, was das Faktische und auch die Transparenz der Quellen betrifft. Das Interesse am Thema ist in diesem Moment vordergründig, später im Prozess meines eigentlichen Bildmachens wird mein Bezug zu Fotografie, mein fotografisches Interesse wieder stärker.

Vor Ort warte ich dann gezielt auf mein Bild. Ich verbringe teilweise Tage an einem Ort und beobachte ein Motiv sehr intensiv und genau. Dann heißt es warten, bis ich das Bild in meinem Kopf vor der Kamera finde. Wenn das nicht klappt, fahre ich auch unverrichteter Dinge wieder ab, dann hat es eben nicht sein sollen. Aber mir ist es lieber, ich habe das was ich will und nicht als Notlösung etwas, was ich nicht will, nur um überhaupt etwas zu zeigen. Und außerdem ist die geringe Zahl Bilder von einem Motiv, auf die ich mich beschränke, auch das Zutrauen, scheitern zu können, scheitern zu dürfen.

MiRA: *Haben Sie Reaktionen im Kopf, die Sie mit Ihren Bildern auslösen wollen? Imaginieren Sie den Betrachter? Nimmt die Betrachterin der Bilder an Ihrer Sicht der Welt teil oder versuchen Sie zu objektivieren?*

Leitolf: Eine emotionale Ebene ist für mich nicht vordergründig. Wir befinden uns ja nach wie vor in einer anschwellenden Bilderflut und oft frage auch ich mich, ob ich, salopp gesagt, meinen Bildersenf auch noch dazu tun muss. Aber das Bilder machen ist mein Ausdrucksmittel, mein Werkzeug, und selber Bilder zu produzieren ermöglicht ja auch, nicht das zu reproduzieren was ich nicht sehen will oder nicht mehr sehen kann. Visuelles Emotainment – Bilder die Emotionalität sensationell erzeugen bzw. benutzen – liegt mir fern. Natürlich können Bilder Emotionen erzeugen. Ich persönlich mag es, wenn Bilder auf der rein visuellen Ebene, ganz unabhängig von ihrem Kontext, eine Art Geheimnis behalten, das Bild nicht alles bis ins Letzte ausbuchstabiert. Und so kann eben auch nicht alles bis aufs Letzte erklärt werden. Persönliche Sichtweise und Objektivierung liefern meine Bilder sicher gleichermaßen. Ich habe ja einen langen Vorlauf, mir das Bild zu erarbeiten, zu recherchieren. Mein Bild zu einem Ort oder Motiv fügt sich so immer fester auf Grund mir vorliegender Fakten. Auf der Ebene des Subjektiven liegen zusätzlich zu meiner fotografischen Sicht ja auch meine Erfahrungen, meine Herkunft

und Sozialisation. Reaktionen im Sinne eines gedachten Betrachters stelle ich mir nicht vor. Das kann ich gar nicht leisten, mir einen oder verschiedene Betrachter vorzustellen. Aber da ich gesellschaftlich relevante Themen aufgreife, ist natürlich klar, dass auch Reaktionen auf meine Arbeiten kommen. Und sei es nur auf Grund von Zeitungsartikeln über meine Arbeit. Und mittlerweile nehme ich das auch stärker als Teil meiner Arbeit wahr: Meine Arbeiten sind Teil eines Diskurses ebenso wie die Betrachter und ihre Reaktionen.

MiRA: *Sie geben der Betrachterin ihrer Arbeiten also die Chance, hinzugucken, wenn nichts passiert, wenn sich alles normalisiert hat. Sie geben dem Betrachter die Rolle des Zaungastes, der zu spät kam, nichts außergewöhnliches mehr sehen wird. Aber im Gegensatz zur Polizei gegenüber Passanten oder Nachbarn, teilen Sie dem Betrachter, dem Zaungast, dem, der möglicherweise vergessen hat, alles zu den Geschehnissen am Tatort mit. Viele Einzelheiten, ob er eben diese wissen wollte oder nicht. Sie teilen dem Leser der Faltblätter, die in der Ausstellung lagen, die Ereignisse bzw. Taten mit.*

Leitolf: Es ist zumindest ein Angebot, sich zu den Bildern weitere Bedeutungsebenen erschließen zu können, das Idyll und die scheinbare Ruhe in Frage zu stellen. Die Leerstellen in den Bildern, die permanente und völlige Abwesenheit von Menschen – von Protagonisten – verweisen, glaube ich, um so mehr auf die Möglichkeit der Anwesenheit von ebendiesen. Und diese Bilder kann sich der Betrachter aber imaginieren, vielleicht kann er einen Film in dieser Bühne meiner Bilder entwickeln in seinem Kopf und vielleicht benutzt er das Faltblatt mit den Fakten der Taten. Die Möglichkeit besteht.

MiRA: *Die Abwesenheit des Skandals in den Bildern wird durch den Text zur Anwesenheit des Skandals, ist dann das Bild eine Art „falscher Zeuge“? Wird der Text zum „notwendigen Übel“?*



Leitolf: Der Text ist die Krücke, wird mir häufig von Fotograf_innen vorgeworfen, weil die Bilder nicht das zeigen, was die Bildunterschrift oder der Kontext aufzeigt. Bilder, die des Texts bedürfen, funktionierten einfach nicht, heißt es schnell mal. Da gibt es natürlich ein grundlegendes Missverständnis: meine Bilderarbeit hat verschiedene Ebenen, die ohne Kontextualisierung und das Mitwirken des Betrachters – eine Art Mitwirkung delegiere ich ja schon, ohne sie zu erwarten, zu empfehlen – nicht funktionieren bzw. nur ästhetisch funktionieren. Aber genau dieser Vorgang interessiert mich ja. Das Hinterfragen von Bild und Text, wie sie sich gegenseitig verändern oder auch bedingen. Die Bilder verändern ihre Bedeutung, je nachdem ob ich sie ohne oder mit Text betrachte. Der Text ist ein zusätzliches Werkzeug.

MiRA: *Sprechen Ihre Bilder eine „bestimmte Sprache“?*

Leitolf: Meine Arbeit ist nicht dem Entwickeln einer bestimmten Bildsprache gewidmet, die ich versuchen könnte zu perfektionieren oder jedem Motiv aufzudrücken. Das würde mit meinen Motiven und den Kontexten auch nicht funktionieren. Ich entwickle meinen Blick in jedem Projekt oft immer wieder neu. Was nicht heißt, dass ich nicht an vorangegangenes anschließe. Ich benutze das bestehende durchaus auch zur Abgrenzung und Differenzierung. In meinen frühen Arbeiten sind Täter, Zuschauer und Opfer sichtbar. Ich bin davon abgerückt und übergegangen zur Leerstelle, zu einer im Kopf beispielbaren Bühne des Ortes, den ich wähle, ins Bild bringe. In der Fotoarbeit „Rostock Ritz 2004“ sind wiederum Menschen anwesend, vordergründig und auch nebenbei. Die Arbeit in Namibia ist meine Spurensuche deutscher Kolonialgeschichte und konnte für mich nicht ohne anwesende Menschen funktionieren. Diese Bilder werden u. a. durch meine Tagebucheintragungen zum Entstehen des jeweiligen Bildes bzw. meinen Erlebnissen vor Ort ergänzt.

MiRA: *Ist es nicht eine merkwürdige Konstruktion von Heimat und Idyll, die Ihre Bilder – sowohl „Deutsche Bilder“ als auch „Rostock Ritz“ – möglich machen bzw. das Entrücken der Bilder durch textualisierte Realität? Haben Sie ein Verständnis von Heimat, Heimatsuche, Konstruktion bzw. Dekonstruktion von Heimat und welchen Bezug stellen Ihre Bilder her? Ist es richtig, dass Sie bewusst mit dem Thema Heimat/Idyll im Kontrast*

mit Rassismus in Ihren Bildern arbeiten – und wenn ja inwiefern/warum?

Leitolf: In Vorstellungen von Heimat schwingen oft Vorstellungen von Vertrautheit, Idylle und exklusiver Zugehörigkeit mit, die Ausgrenzung ermöglichen. Das ist eines der Spannungsfelder, die mich interessieren. Ich möchte nach dem, was Heimat ist oder sein soll, fragen ohne selbst ein Konzept zu haben, also ohne einen Begriff festzulegen. Aber was mir häufig begegnet, ist, dass das kindlich konstruierte Heim, die heile Welt, wie sie sich Kinder im Spiel mit Puppenhäusern oder Häuser bauen mit Bauklötzchen schaffen, auch das Leben der Erwachsenen zu bestimmen scheint. Und meine Arbeiten sollen dazu Fragen aufwerfen. Wenn sie das im Betrachter auslösen, dann haben sie gewissermaßen als Werkzeug funktioniert.

MiRA: *Können Sie diese Werkzeugfunktion genauer beschreiben und warum diese Intension?*

Leitolf: Die Schnelllebigkeit der Bilder lässt dem Betrachter des Internet, TV und sonstiger visueller Medien, mittlerweile auch in der Kunst, immer weniger die Möglichkeit, aufzuatmen, sich irgendwie der abstumpfenden Flut der Bilder zu entziehen. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Aber man kann sich Techniken aneignen, einen langsameren, intensiveren Umgang mit Bildern zu finden, Bilder zu entschleunigen. Ich möchte den Betrachtern gewissermaßen ein Werkzeug zur Verfügung stellen, das es ermöglicht, den Sinn und Kontext eines Bildes hinterfragbar zu machen. Dabei soll eigenes Bildwissen ebenso angesprochen werden wie die Imagination der Betrachter. Das genauere Betrachten von Bildern, sich ausgiebiger mit dem Gesehenen beschäftigen, erzeugt letztendlich – hoffentlich – auch mehr Kritikbewegung, eine kritische Denkbewegung.

MiRA: *Ich fasse diese Werkzeugfunktion kurz mit meinen Worten: Betrachter_innen können das Textuelle als Teil des bildlichen Erlebens wahrnehmen. Die Betrachter_innen können sich diese Bilder bis zu einem gewissen Grad auch ohne Text erarbeiten. Sie überschreiben ihre Bilder jedoch nicht buchstäblich. Ich möchte dieses Kon-Textualisieren als Methode ihrer Werkzeugherstellung verstehen und sie als Mehrfachbelichtung bezeichnen – wie würden Sie dies beschreiben?*



Leitolf: Mehrfachbelichtung ist ja in der Fotografie ein besetzter Begriff. Allerdings finde ich das Umdenken von Begriffen interessant – also von daher: warum nicht!

MiRA: *Beim Betrachten ihrer Bildarbeit und im Verlauf dieses Interviews kam ich immer wieder auf das Stichwort Normalisierungsdiskurse bzw. auf die Normalitätskonstruktion der Bilder.*

Leitolf: Können Sie Normalisierung bzw. das Normalbild spezifizieren?

MiRA: *Das Alltägliche, die Normalität im Bild erscheint als immerfort wäherender Zustand. Sie unterbrechen das Normalbild durch Text. Wenn Sie zustimmen, dass Ihre Arbeit so beschrieben werden kann, frage ich mich, ob speziell in Ihren Bildern jedes Normale auch gleichzeitig für die Möglichkeit eines Bruches, für das Eintreten-Können einer Abweichung steht?*

Leitolf: Ja, wenn man Normalisierung so versteht, stimme ich durchaus zu.

MiRA: *Woran arbeiten Sie gerade?*

Leitolf: Momentan interessiert mich das für mich wahrscheinlich in seiner Gänze unfassbare, weitläufige Gebiet der europäischen Außengrenzen in ihrer ein- bzw. ausgrenzenden Funktion. Speziell die Gebiete, die man als Niemandsland bezeichnen könnte, da dort quasi Räume für vermeintlich Nicht-Dazugehörige, für Flüchtlinge geschaffen wurden und werden. Wie genau und was ich mit meinen Bildern erschließen kann, ist mir noch nicht klar. Aber ich habe bereits Reisen in die Küstengebiete Spaniens unternommen, um mir schon mal ein paar Eindrücke zu verschaffen. Mal sehen.



Bildnachweis:

Mit freundlicher Genehmigung der Künstlerin

Pinakothek der Moderne, Bilder zur Ausstellung Deutsche Bilder – eine Spurensuche,
München 2008

Teichanlage,
Viersen 2007

Ehemaliges Betonwerk.
Rathenow 2006

Haltestelle,
Potsdam 2006

Althaldensleben („Ollen“)
2007

Schöna,
Sächsische Schweiz 2006

1986–1994 studierte Eva Leitolf Kommunikationsdesign mit Schwerpunkt Fotografie bei Prof. Angela Neuke an der Universität Essen und absolvierte ihr Studium der Kunst (MFA) bei Allan Sekula und Ellen Birrell, California Institute of the Arts (Cal Arts), USA. Sie ist Trägerin vieler Stipendien und Auszeichnungen für Fotografie (<http://www.evaleitolf.de/Vita.html>).

Interview führte Franziska Brückner, März 2009

Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts*

Fabian Georgi

Zusammenfassung

In den vergangenen zehn Jahren hat sich in der internationalen Migrationspolitik ein neues Konzept etabliert: ‚Migrationsmanagement‘. ‚Migration muss gemanagt werden, um die Vorteile der Migration maximieren und ihre negativen Folgen minimieren‘ zu können, so lautet die utilitaristische Kernbotschaft. Ausgangspunkt dieses politischen Projekts war der ökonomische Globalisierungsschub nach der Weltwirtschaftskrise 1973. In seiner Folge verstärkte sich die internationale Mobilität von Menschen: Migration wurde zu einer offensiven und aus staatlicher Sicht potenziell unkontrollierbaren Strategie vieler Menschen, mit der sie auf die Folgen neoliberaler Reformen reagierten. Unter dem Etikett Migrationsmanagement propagierten Expert_innen aus dem Umfeld u. a. der International Organization for Migration (IOM) und des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) eine Gegenstrategie: Die staatlichen Fähigkeiten zur Begrenzung unerwünschter Migration sollen gesteigert werden, um eine ‚regulierte Offenheit‘ gegenüber ‚nützlicher‘ Zuwanderung beherrschbar zu machen. Politisch lässt sich das Projekt der liberalen Strömung in den internationalen Beziehungen zuordnen. Migration wird als positiv betrachtet, weil und insofern sie ökonomisch nützlich ist. So wird deutlich, dass das Projekt den Interessen wirtschaftlich und politischer dominierender Kräfte im Weltsystem eher nutzt, als der großen Mehrheit der Weltbevölkerung.

So right now [migration] is a very, very important factor in the entire world economy. And the best way to cope with this is to manage it properly, so that you maximise the benefits and you get rid of some of the disadvantages.

* Erstveröffentlichung als: Georgi, Fabian. 2009. „Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts“, *juridikum. Zeitschrift für Politik | Recht | Gesellschaft*, 02, S. 81–84.

Brunson Mckinley, Direktor der Internationalen Organisation für Migration (IOM) (BBC News 2004)

1. Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren hat sich in der europäischen und internationalen Migrationspolitik ein neues Konzept etabliert: ‚Migrationsmanagement‘. Oft ist der Begriff ein bloßes Schlagwort, inflationär verwendet, ohne spezifischen Inhalt. Doch zwischenstaatliche Organisationen wie die *International Organization for Migration* (IOM) oder das *International Centre for Migration Policy Development* (ICMPD) verbinden mit ihm eine bestimmte Strategie. ‚Die Vorteile der Migration maximieren, ihre negativen Folgen minimieren‘ (IOM 2007: 4), so lautet die utilitaristische Kernbotschaft. Vorangetrieben durch eine lose und auch in sich widersprüchliche Koalition von zwischenstaatlichen Organisationen, Think Tanks und Behörden und begleitet von Experten wie *Bimal Ghosh*, *Jonas Widgren* und *Demetrios G. Papademetriou* ist ‚Migrationsmanagement‘ zum Etikett eines globalen politischen Projekts mit dem Ziel einer radikalen Modernisierung staatlicher Migrationskontrollen geworden. Zumindest auf diskursiver Ebene hat dieses Projekt eine herausragende Stellung erlangt.

‚Migration muss gemanagt werden, um Wachstum und Stabilität in der globalisierten Welt zu sichern‘ (vgl. u. a. Ghosh 2000b: 20 ff.). Diese Annahme ist heute Teil eines internationalen Elitenkonsenses, wie zahllose Publikationen, Konferenzen, Projekte und Aktionspläne zum *migration management* belegen. Das Konzept ist eng mit der migrationspolitischen Realität von Grenztoten, Illegalisierung und Massenabschiebungen verbunden. Gleichzeitig wird es als eine Art apolitische Politik präsentiert, als rationales Management technischer Probleme. Bis jetzt ist *migration management* nur selten kritisch untersucht worden. Seine Diskursgeschichte ist nicht aufgearbeitet und die Forschung zu seinen Protagonist_innen steht erst am Anfang (siehe u. a. Geiger 2007; Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Georgi 2007, 2009). Es ist notwendig, ‚Migrationsmanagement‘ historisch und politisch zu verorten. Die im Titel genannte ‚Kritik‘ ist mithin nicht als moralische Anklage gegen einzelne Aspekte zu verstehen. Gemeint ist ein historisch-materialistisches Kontextualisieren des Begriffs und der mit ihm verbundenen Politik. Ziel dabei ist es,

‚Migrationsmanagement‘ als veränderbares und kritisierbares gesellschaftliches Phänomen erkennbar zu machen (vgl. Heinrich 2008: 68 ff.).

2. Historisierung: ‚Migrationsmanagement‘ als strategisches Projekt

Von staatlicher Migrationspolitik lässt sich sinnvoll erst mit der Entstehung absolutistischer Territorialstaaten im 18. Jahrhunderts und der immer differenzierteren Unterscheidung von Bürgern und Nicht-Bürgern in den modernen kapitalistischen Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts sprechen (vgl. Fahrmeier et al. 2003). ‚Migrationsmanagement‘ gehört zur neuesten Phase dieser gut 250-jährigen Geschichte. Es kann als jüngster Versuch begriffen werden, diese ‚Regierung‘ der Mobilität von Bevölkerungen zu modernisieren. Diese Aktualisierung als ‚Management‘ von Migration verläuft analog zu anderen Bereichen. Seit den 1990er Jahren sind im Rahmen von ‚Politikmanagement‘ Begriffe wie ‚Gesundheitsmanagement‘, ‚Bildungsmanagement‘, ‚Wassermanagement‘, ‚Sozialmanagement‘ oder ‚Public Management‘ zu wirkmächtigen Konzepten in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geworden – auf internationaler Ebene und im englischsprachigen Raum noch weitaus stärker als im deutschsprachigen. Als ‚Zeit- und Selbstmanagement‘ dehnen sich solche effizienz- und nutzenorientierten Denkformen auch auf das Alltagsleben und individuelle Subjektivierungsprozesse aus. Wenig verwunderlich ist, dass auch Migration heute als etwas *zu Managendes* beschrieben wird.

Der historische Ausgangspunkt dieser Entwicklung liegt in der 1973 einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Westeuropäische Staaten beendeten die aktive Anwerbung migrantischer Arbeitskräfte und die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien erschwerten zunehmend die Einreise von Flüchtlingen und Migrant_innen. Es war die finale Krise der ‚fordistischen Regulationsweise‘ des westlichen Nachkriegskapitalismus, gekennzeichnet durch Klassenkompromisse und die Form des Vollzeit arbeitenden männlichen Familiernährers. Die Restrukturierung dieses Typs ging in den folgenden zwei Jahrzehnten vor allem in Westeuropa mit dem Versuch einher, sich gegenüber Einwanderung abzuschotten. Diese Abschottungspolitik war nur mäßig erfolgreich. Sie fiel mit verstärkten Migrationsprozessen zusammen, die größtenteils Ergebnis der nun einsetzenden ‚neoliberalen‘ Reformen selbst waren: Westeuro-

päische Staaten schufen einen Binnenmarkt, die G7-Staaten und transnationale Konzerne förderten die Internationalisierung von Produktion und Handel und Kapitalmärkte wurden weitgehend dereguliert (Hirsch 2005: 124 ff.; Harvey 2007: 52 ff.).

Dieser ökonomische Globalisierungsschub erhöhte die internationale Mobilität von Arbeitskräften. Anfang der 1980er Jahre lösten Bürgerkriege in Afghanistan, Libanon, Angola und anderen Ländern sowie die sozialen und politischen Krisen in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt infolge der Schuldenkrise und der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds komplexe Flucht- und Migrationsbewegungen aus. Die Kontrollapparate der westlichen Industriestaaten waren diesen Migrationsbewegungen nicht gewachsen. Die Migrationsbewegungen verstärkten sich noch nach dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks und der Sowjetunion und durch die Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien. In der Folge kam es zu intensiven zwischenstaatlichen Verhandlungsprozessen, die zur Gründung einer ganzen Reihe von neuen migrationspolitischen Institutionen führten.

Bereits 1985 entstanden die *Intergovernmental Consultations on Asylum, Refugee and Migration Policies* (IGC) als informelles Netzwerk westlicher Industriestaaten. Die EG etablierte mehrere migrationspolitische Gremien und zahlreiche Staaten traten der IOM bei. 1991 begannen in Europa zwischenstaatliche Konsultationsprozesse im Rahmen des Europarates und 1993 im sogenannten Budapester Prozess, die das EU-Grenzregime nach Osteuropa ausdehnten (Georgi 2007: 29 ff.). 1993 wurde in Wien das ICMPD zur Unterstützung dieser Prozesse etabliert. Die *Commission on Global Governance* beschäftigte sich mit Migration (Ghosh 1995) und ab 1996 fanden jährlich Konferenzen des internationalen Metropolis-Netzwerks statt (Metropolis 2009). Aus diesen und weiteren, oft neu gegründeten Forschungsinstituten, NGOs und Behörden entstand eine bis dahin so nicht existierende internationale migrationspolitische *Policy Community*. Sie bildete das soziale und institutionelle Umfeld für eine lose Akteurskoalition, die unter dem Etikett ‚Migrationsmanagement‘ staatliche Migrationskontrollen radikal modernisieren wollte.

Neben IOM und ICMPD können das Metropolis-Netzwerk, das 2001 von der Carnegie-Stiftung in Washington etablierte *Migration Policy Institute* und die EU-Kommission zu diesen auch untereinander rivalisierenden Akteuren gezählt werden. Die Publikation von „Managing Migration. Time for A New

International Regime“, herausgegeben vom IOM-Berater *Bimal Ghosh*, kann als diskursverstärkendes Schlüsselereignis gelten (Ghosh 2000a). Beschleunigt durch den Kosovo-Krieg und den EU-Gipfel in Tampere 1999 gewann das Projekt an Fahrt. Seit 2001 fand eine kontinuierliche Serie globaler Konsultationen, Workshops und Kongresse statt, in denen das Konzept eines Migrationsmanagements eine wichtige Rolle spielte. Dazu gehören die Konferenzen der *Berner Initiative* 2001–2004, zahlreiche Ausbildungsgänge und Trainings der IOM, die Konsultationen der vom früheren UN-Generalsekretär *Kofi Annan* etablierten *Global Commission on International Migration*, der ‚Hochrangige Dialog‘ in der UN-Generalversammlung im September 2006 und die *Globalen Foren zu Migration und Entwicklung* 2007 in Brüssel und 2008 in Manila (vgl. IOM 2004; The Berne Initiative 2005; GCIM 2005; United Nations 2006). Auch die Europäische Union, insbesondere die EU-Kommission, trieb trotz aller Verzögerungen die Etablierung eines europäischen Migrations- und Grenzmanagements mit neuen Institutionen und technologischen Großprojekten voran (vgl. Georgi 2008a, 2008b).

Die genannten Akteure hielten die in den 1980ern und zu Beginn der 1990er verschärften Asylgesetze, Visaregeln und Grenzkontrollen für nicht weitgehend genug, partiell ineffektiv und schlecht koordiniert (vgl. Georgi 2007: 33 ff.). Die Fähigkeit der westlichen Industriestaaten Migration unter ihre Kontrolle zu bringen und ökonomischen Nutzen aus ihr zu ziehen, schien grundlegend in Frage gestellt. Die relative „Autonomie der Migration“ (Bojadžijev/Karakayali 2007) gegenüber staatlichen Kontrollversuchen, ihre Kämpfe und ihre Alltagspraktiken führten ‚Expert_innen‘ aus Politik und Wissenschaft zur Wahrnehmung einer ‚globalen Krise der Migrationspolitik‘ (Weiner 1995). Als strategische Reaktion auf dieses als ungünstig angesehene Kräfteverhältnis zwischen staatlichen Kontrollapparaten und den Bewegungen der Migration entwickelten Experten aus dem Umfeld von IOM, ICMPD und anderen das politische Projekt eines internationalen ‚Migrationsmanagements‘. Es zielte auf einen modernisierenden Umbau und Ausbau von nationalen und internationalen Staatsapparaten: Alle Formen der Migration sollten in kohärenter Weise auf verschiedenen Ebenen und mit vielfältigen Instrumenten in Herkunfts-, Transit- und Zielländern im Rahmen eines verbindlichen globalen Regimes ‚gemanagt‘ werden (vgl. IOM 2007, 2009a, 2009b).

Die Protagonist_innen des Projekts verwiesen auf die Notwendigkeit, die

internationale Mobilität von gefragten Arbeitskräften aus ökonomischen und demographischen Gründen zu steuern. Gleichzeitig, so ihr meist implizites Argument, gelte es die relativ autonomen Prozesse der ‚Krisenmigration‘ unter Kontrolle zu bringen, um eine systemrelevante soziale, politische oder ökonomische Destabilisierung von Produktions- und Kapitalverwertungsprozessen zu verhindern (vgl. Georgi 2007: 76 ff.). Das mit ‚Migrationsmanagements‘ bezeichnete Projekt war mithin keine isolierte Reaktion auf veränderte Migrationsprozesse. In den Begriffen der Regulationstheorie kann es als Versuch der dominierenden Industriestaaten beschrieben werden, die migrationspolitischen Aspekte der neoliberalen politisch-sozialen Regulationsweise auf für sie vorteilhaftere Weise an den Bedingungen der derzeitigen kapitalistischen Akkumulationsregime auszurichten (vgl. u. a. Hirsch 2005: 83 ff.).

3. Re-Politisierung: ‚Migrationsmanagement‘ als neoliberaler Internationalismus

Die historische Kontextualisierung des Begriffs ‚Migrationsmanagement‘ und seine Interpretation als Etikett eines strategischen Projekts verdeutlicht, dass die mit ihm verbundenen Praktiken alles anderes als apolitisch sind. Laut IOM können mit ‚Migrationsmanagement‘ vier wichtige Ziele erreicht werden: (1) Wachstumspotenziale von Migration maximieren (*Migration and Development*); (2) legale Migration etwa von Touristen, Studierenden und Hochqualifizierten praktisch unterstützen (*Facilitating Migration*); (3) unerwünschte bzw. illegale Migration bekämpfen (*Regulating Migration*); (4) Bewegungen erzwungener Migration unter Kontrolle behalten und Flüchtlingen und Vertriebenen helfen (*Forced Migration*) (vgl. IOM 2009a).

Dieses IOM-Modell verbindet eine restriktive und aufwendige Bekämpfung ‚illegaler Migration‘ mit temporärer und permanenter ökonomisch erwünschter Zuwanderung, einer ‚fairen Integrationspolitik‘ und dem Schutz ‚genuiner Flüchtlinge‘ durch Asyl und ‚regionale Schutzsysteme‘. Zentrales Motiv ist es, die staatlichen *Fähigkeiten* zur Begrenzung unerwünschter Migration in einem Maße zu steigern, die eine „regulierte Offenheit“ (Ghosh 2000b: 25) gegenüber ‚nützlicher‘ Zuwanderung und der Aufnahme von Flüchtlingen erst politisch durchsetzbar und beherrschbar machen soll (vgl. IOM 2007, 2008, 2009a). Neben dieser politischen Begründung darf das unmittelbare Eigeninter-

esse vieler Akteure am Ausbau eines solchen ‚Migrationsmanagements‘ nicht übersehen werden. Viele internationale Organisationen, Forschungsinstitute und NGOs sichern das eigene finanzielle Überleben, indem sie den Staaten „Migration Management Services“ (IOM 2009b) verkaufen – von Forschung und Beratung über den Betrieb von Lagern bis zur Abwicklung von ‚freiwilligen Abschiebungen‘. Sie konkurrieren auf einem milliardenschweren Markt der durch die partielle Privatisierung staatlicher Migrationkontrollen geschaffen wurde. Dieses Outsourcing ‚zwingt‘ Akteure wie IOM und ICMPD zu einem gewissen Grad wie kommerzielle Unternehmen zu handeln. Sie propagieren ihre immer neuen Projekte zum ‚Migrationsmanagement‘ partiell aus wirtschaftlichem Eigeninteresse und nicht allein aus politischen oder sachlichen Motiven (vgl. Georgi 2009).

Ideengeschichtlich und politisch lässt sich das Projekt des ‚Migrationsmanagements‘ der liberalen Strömung in den internationalen Beziehungen zuordnen (vgl. Burchill 2001). Seine Akteure unterstreichen die Notwendigkeit und die Vorteile von regionaler und internationaler Kooperation und viele engagieren sich mit großem finanziellen und politischen Aufwand für den Schutz von Flüchtlingen. Sie setzen sich für die UN-Wanderarbeiterkonvention ein und erreichen durch viele lokale Projekte unmittelbare Verbesserungen für die Situation von Flüchtlingen und Migrant_innen. Im Vergleich zu konservativen Positionen wird Migration nicht primär als Bedrohung für Sicherheit, nationale Identität und Wohlstand verstanden. Insgesamt zeigt sich ein positives Bild, in dem Migration als natürlicher Prozess und eine potentielle Bereicherung erscheint, die ‚zum Wohle aller‘ (IOM 2008) gesteuert werden könne. Ohne Zweifel entspringt diese humanitäre Rhetorik auch taktischen Erwägungen (vgl. Human Rights Watch 2003: 2). Gleichwohl ist sie als Ausdruck des individuellen Bewusstseins und liberaler Grundüberzeugungen ihrer Akteure ernst zu nehmen.

Im ‚Migrationsmanagement‘ zeigen sich jedoch auch die Schattenseiten des Liberalismus. Ein zentrales Motiv zur Umgestaltung staatlicher Migrationspolitiken bestand in den 1990ern darin, die ‚ineffiziente‘ Abschottung der westlichen Industriestaaten gegenüber Einwanderung zu überwinden und die Wachstumspotenziale gesteuerter Migration zu realisieren. Migration wird als positiv betrachtet, weil und insofern sie ökonomisch *nützlich* ist. Die Mobilität von Menschen, die nicht ohne Weiteres ‚verwertbar‘ sind, soll aus denselben

Gründen bekämpft werden, aus denen um die Einwanderung ‚Hochqualifizierter‘ ein globaler Wettbewerb organisiert wird. Diese Logik reduziert in ihrer Konsequenz Menschen zu bloßen Mitteln, indem sie ihren ökonomisch definierten Nutzen über ihre Rechte, Hoffnungen und Pläne privilegiert. Diese utilitaristische Zweckrationalität rechtfertigt es, ‚Migrationsmanagement‘ als Element neoliberaler Hegemoniebestrebungen zu konzeptionalisieren.

Ein zweites Motiv des ‚Migrationsmanagements‘ ist seine rechtspositivistische Legitimation durch die Prinzipien des internationalen Staatensystems. Aus liberaler Perspektive beruht das Recht der Nationalstaaten, über den Zugang zu und den Aufenthalt in ihrem Territorium souverän zu entscheiden, auf der Annahme, jeder Mensch gehöre jeweils einer Nation an, die mittels ‚ihres‘ Staates und auf ‚ihrem‘ nationalen Territorium seine universellen Menschenrechte schütze. Da jedem Menschen seine unveräußerlichen Rechte durch den Staat der eigenen Nation garantiert werden, sind die Staaten anderer Nationen trotz der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen berechtigt und – aus Verantwortung vor ihren eigenen Bürgern – auch verpflichtet, unerwünschte *non-nationals* an ihren Grenzen abzuweisen, ihre Rechte einzuschränken oder sie gewaltsam abzuschieben (vgl. Kostakopoulou 2008: 26 f.; Georgi 2007: 77 ff.). Angesichts der massiven globalen Ungleichheiten in Macht, Wohlstand und individuellen Rechten, die aus realen Widersprüchen und Herrschaftsverhältnissen im wie nie zuvor globalisierten Weltsystem entstehen, erscheint die ethische Legitimation des ‚Migrationsmanagements‘ über liberal-nationalistische Mythen des 18. und 19. Jahrhunderts mehr als fragwürdig. Die ökonomistische Logik des ‚Migrationsmanagements‘ und seine abstrakte Rechtfertigung verdeutlichen, dass es den Interessen wirtschaftlich und politischer dominierender Kräfte im Weltsystem eher nutzt, als der großen Mehrheit der Weltbevölkerung.

4. Schlussbemerkungen

Dieser Artikel hat ‚Migrationsmanagement‘ historisch und politisch kontextualisiert und damit versucht, eine vorläufige ‚Kritik des Migrationsmanagements‘ zu entwickeln, die sich als Beitrag zu einer interdisziplinären kritischen

Migrations- und Grenzregimeforschung versteht.¹ ‚Migrationsmanagement‘ wurde interpretiert als strategisches Projekt in Reaktion auf die ‚Krise der Migrationspolitik‘ und als Versuch der migrationspolitischen Absicherung des globalen neoliberalen Akkumulationsregimes. Als liberales Projekt hat es eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Migration. Tendenziell privilegiert es jedoch deren ökonomisch verstandene Nützlichkeit und die abstrakte Staatsräson liberaler Nationalismuskonzeptionen über die individuellen Rechte, die Interessen und Wünsche von Flüchtlingen und Migrant_innen.

Die technokratische Vision eines umfassenden Managements menschlicher Mobilität ‚zum Wohle aller‘ blendet die fundamentalen Widersprüche und ungleichen Machtverhältnisse aus, die erst zu den massiven Unterschieden in Lebensbedingungen und individuellen Rechten führen. Auf einer grundsätzlicheren Ebene führen diese Motive letztlich zur Bereitschaft, auch Gewalt bei der Durchsetzung eines globalen Migrationsmanagements einzusetzen. Zugespitzt formuliert zeigt sich hier was *Max Horkheimer* und *Theodor W. Adorno* als die „Dialektik der Aufklärung“ beschrieben haben. Der Glaube an die Kontrollierbarkeit von sozialen Verhältnissen, an die Verpflichtung zur Gestaltung der Welt anhand von abstrakten Prinzipien und nützlicher Zwecke führt zu einem Machbarkeitsdenken, das die konkreten Hoffnungen und Pläne von Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung und einem besseren Leben als *illegal migration flows* objektivieren und sie im Namen eines abstrakten Managements gewaltsam bekämpfen lassen kann. Die vollends *gemanagte* Erde „strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.“ (Horkheimer/Adorno 2003: 19). Migrationsmanagement ist ein Herrschaftsprojekt.

Literaturverzeichnis

BBC News. 2004. „Ask the experts: Should there be open borders?“, BBC News am 2. 4. 2004. http://news.bbc.co.uk/1/hi/talking_point/3585681.stm (14. 2. 2009).

Bojadžijev, Manuela und Serhat Karakayali. 2007. „Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode“, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: Transcript, S. 203–210.

Burchill, Scott. 2001. „Liberalism“, in: Burchill, Scott u. a. (Hg.). *Theories of International Relations*. Houndmills/New York: Palgrave, S. 29–69.

Fahrmeir, Andreas, Faron, Olivier und Patrick Weil (Hg.). 2003. *Migration Control in the*

¹ Versuche eine solche interdisziplinäre kritische Forschungspraxis zu entwickeln wurden vom Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung auf zwei Tagungen im Juni 2008 in München und im Februar 2009 bei Berlin unternommen. Siehe <http://borderregime.eu> (15. 3. 2009).

- North Atlantic World. The Evolution of State Practices in Europe and the United States from the French Revolution to the Inter-War Period.* New York/Oxford: Berghahn Books.
- GCIM. 2005. „Migration in einer interdependenten Welt. Bericht der Weltkommission für Internationale Migration.“ http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/policy_and_research/gcim/GCIM_Report_Complete_DE.pdf (10. 11. 2011).
- Geiger, Martin. 2007. „Internationale Regierungsorganisationen und die Steuerung von Migration: die Ukraine im Vorfeld der Europäischen Union“, *IMIS-Beiträge*, H. 32, S. 61–87.
- Georgi, Fabian. 2007. *Migrationsmanagement in Europa. Eine kritische Studie am Beispiel des International Centre for Migration Policy Development.* Saarbrücken: VDM-Verlag.
- Georgi, Fabian. 2008. „Another Brick in the Wall. Die EU beschließt im Oktober 2008 einen ‚Pakt über Einwanderung und Asyl‘“, *Malmoe*, Ausgabe 43, S. 24. <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1723> (15. 2. 2009).
- Georgi, Fabian. 2008. „Bordering on a Nightmare? A Commentary on the 2008 ‘Vision for an EU Border Management System’“, *Migrationonline.cz*, <http://migrationonline.cz/e-library/?x=2093871> (15. 2. 2009).
- Georgi, Fabian. 2009. „Handlanger und Störenfriede. NGOs und internationale Organisationen in der Migrationskontrolle“, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.). *Jenseits der Menschenrechte. Das europäische Verwaltungsregime von Flucht und Migration.* Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 76–87.
- Ghosh, Bimal. 1995. „Movement of people: the search for a new international regime“, in: Commission On Global Governance (Hg.). *Issues in Global Governance. Papers Written for the Commission on Global Governance.* London: Kluwer Law International, S. 405–424.
- Ghosh, Bimal (Hg.). 2000a. *Managing Migration. Time for a new international regime?* New York: Oxford University Press.
- Ghosh, Bimal. 2000b. „Towards a New International Regime for the Orderly Movement of People“, in: Ghosh, Bimal. (Hg.). *Managing Migration. Time for a new international regime?* New York: Oxford University Press. S. 6–26.
- Harvey, David. 2007. *Kleine Geschichte des Neoliberalismus.* Zürich: Rotpunktverlag.
- Heinrich, Michael. 2008. „Weltanschauung oder Strategie? Über Dialektik, Materialismus und Kritik in der Kritik der politischen Ökonomie“, in: Demirović, Alex (Hg.). *Kritik und Materialität.* Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 60–72.
- Hirsch, Joachim. 2005. *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems.* Hamburg: VSA-Verlag.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno. 2003. *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente.* Frankfurt am Main: Suhrkamp (Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd 3).
- Human Rights Watch. 2003. „The International Organization for Migration (IOM) and Human Rights Protection in the Field: Current Concerns“, (Submitted to the IOM Governing Council Meeting 86th Session November 18–21, 2003 Geneva). New York. <http://hrw.org/backgrounder/migrants/iom-submission-1103.pdf> (14. 2. 2009).

- IOM. 2004. *Essentials of Migration Management. A Guide for Policy Makers and Practitioners*. 3 Bände. Genf: IOM.
- IOM. 2007. *IOM Strategy*. Genf. http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about_iom/docs/res1150_en.pdf (14.2. 2009).
- IOM. 2008. "Managing Migration for the Benefit of All. The International Organization for Migration in Brief", Info Sheet, September 2008. Genf. Siehe: <http://www.iom.int>
- IOM. 2009a. "Migration Management Foundations", <http://iom.int/jahia/Jahia/lang/en/pid/240> (15.2. 2009)).
- IOM. 2009b. "Migration Management Services", <http://iom.int/jahia/Jahia/about-iom/organizational-structure/migration-management-services> (15.2. 2009)).
- Kostakopoulou, Dora. 2008. *The Future Governance of Citizenship*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Metropolis. 2009. „About Metropolis International“, http://international.metropolis.net/generalinfo/index_e.html (15.2. 2009).
- The Berne Initiative. 2005. "International Agenda for Migration Management. Common Understandings and Effective Practices for a Planned, Balanced and Comprehensive Approach to the Management of Migration", Bern. http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/published_docs/books/IAMM.pdf (15.2. 2009).
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). 2007. *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: Transcript.
- UN General Assembly. 2006. "Summary of the High-level Dialogue on International Migration and Development", UN Dok. A/61/515 v 13.10. 2006.
- Weiner, Myron. 1995. *The Global Migration Crisis. Challenges to States and Human Rights*. New York: Longman.

Migration im Europa der Regionen – Überlegungen zu ungleichen Machtverhältnissen und ihren Konsequenzen

Urmila Goel

Zusammenfassung

Urmila Goel stellt in ihrem Artikel theoretische Überlegungen zu ungleichen und interdependenten Machtverhältnissen an, welche sie auf die Europaregionen und ihren Umgang mit Migration anwendet und daran anschließend alternative Denkansätze rund um Migration erarbeitet. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Feststellung, dass durch die Überschreitung von Grenzen in die und innerhalb der nationalstaatlich organisierten EU Konflikte auftreten. Migration erscheint als ein Problem für die EU-Nationalstaaten, welches es zu regulieren bzw. zu verhindern gilt. Mit Blick auf die aktuellen Debatten über Migration stellt sie allerdings heraus, dass nicht Migration an sich, sondern die Migration von bestimmten Personen als Problem angesehen wird. In der Analyse des nach ökonomischen Kosten-Nutzen folgenden ‚Bereicherungsdiskurses‘ und des ‚Integrationsdiskurses‘ verweist Urmila Goel auf die diesen zugrunde liegenden Konstruktion der abweichenden Anderen, über welche sich die zur Norm erklärten Dominanzgesellschaft erst hervorbringt. Die Differenzierung zwischen uns und den Anderen erfolgt dabei entlang strukturell verankerter rassistischer, (hetero)sexistischer und klassistischer Vorstellungen sowie jene über normgerechte Körperlichkeit. In den Migrationsdebatten wird diese Differenzierung in vermeintlich eindeutig Zugehörige und Nicht-Zugehörige permanent (re)produziert und somit die ungleichen Machtverhältnisse, auf welchen die gesamte (post)koloniale Weltordnung basiert, stabilisiert. Diese so hergestellte Norm und das Andere ist allerdings nicht eindeutig und stabil, welches auf die Interdependenz verschiedener Machtverhältnisse hindeutet. Diese veranschaulicht Urmila Goel an Beispielen der Verwobenheit von Gender und natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit, wie sie z. B. in der Kopftuchdebatte auftreten. Sie beendet ihren Artikel, indem sie anhand von drei Beispielen von Grenzüberschreitungen die damit verbundenen Machtungleichheiten, Interdependenzen und Ambivalenzen aufzeigt.

Einführung

Im Europa der Regionen werden zunehmend nationale Grenzen überschritten. Regionen, die lange durch nationale Grenzen und auch unterschiedliche Systeme getrennt waren und noch immer in unterschiedlichen Nationalstaaten verankert sind, finden sich zusammen und versuchen die internen nationalen Grenzen zu überwinden und als Region zusammenzuwachsen. Neue Identitäten sollen sich entwickeln und alle Beteiligten von der Grenzüberschreitung profitieren. Die Europäische Union fördert diesen Prozess mit dem Konzept der Europaregionen.¹

Dem Ideal der transnationalen Verbindung stehen aber ganz reale Ambivalenzen entgegen. Für einige wird das Überschreiten und Überwinden nationaler Grenzen einfacher, für andere schwerer. Einige Grenzziehungen werden abgebaut, neue dafür aufgebaut. Dem Gewinn in einem Bereich wird eine Verschlechterung in einem anderen entgegengesetzt. Je nachdem aus welcher Position die transnationale Regionenbildung verfolgt wird, ergeben sich andere Bewertungen. So ziehen regionale Zentren Wirtschaftsaktivitäten und Menschen an. Die Wirtschaft prosperiert, die Mieten steigen, die Straßen sind verstopft. Unterschiedlichste Sprachen werden gesprochen, unterschiedliche Alltagskulturen gepflegt und das Nebeneinander verschiedener Gruppen erweitert. Neue Chancen und Konfliktlinien ergeben sich, andere werden verstärkt, wieder andere verschwinden. Das Zusammenwachsen der Region stößt dabei immer wieder an die nationalen Grenzen, die Institutionen und Regelungen wie soziale Einrichtungen oder Besteuerung national und nicht transnational regional organisieren. Bürger_innenrechte² enden zumeist an den Grenzen, auch wenn das Alltagsleben grenzüberschreitend gestaltet wird.

Die transnationalen Europaregionen werden in einem Europa gefördert, das nach wie vor strukturell primär national organisiert ist und in dem Abweichungen von dieser Norm(alität) nach wie vor schwer denkbar sind. So sind,

¹ Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den ich im Oktober 2008 bei der internationalen Fachtagung „Visionen für eine Region in Bewegung“ in Luxemburg gehalten habe. Bei der Fachtagung ging es um die Europaregion Quattropole, eine transnationale Region zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg.

² „Der Unterstrich signalisiert Brüche und Leerstellen in als eindeutig vorgestellten Genderkonzepten und irritiert damit eindeutige Wahrnehmungen. Während das Binnen-I beispielsweise die Sichtbarkeit der Gruppe der Frauen in generischen Appellationen erhöhen soll, wird durch den Unterstrich auf die Leerstellen in ebendiesem dichotomen Genderkonzept hingewiesen, die nicht alle gegenderten Lebensweisen erfassen kann.“ (Hornscheidt 2007, 104)

zum Beispiel, in der Folge der Wirtschaftskrise Forderungen zum Schutz der nationalen Volkswirtschaften und Arbeitsplätze dominant. Ein europäischer Standort wird gegen einen anderen ausgespielt. Die Nationalstaaten bleiben hier vor allem für die Politiker_innen die wichtigsten Referenzpunkte. Vor diesem Hintergrund stellt die Förderung eines transnationalen Europas der Regionen eine Herausforderung für die Bevölkerung, die Politiker_innen und auch die Wissenschaft dar. Um wirklich Grenzen zu überwinden, müssen erhebliche Anstrengungen unternommen und umgedacht werden. Wenn Grenzen wirklich überwunden werden sollen, wenn Partizipation für alle erreicht werden soll, dann müssen real existierende Konflikte benannt und ernst genommen werden. Aus ihnen muss gelernt und Umgangsweisen mit ihnen gefunden werden. Daher werde ich in diesem Artikel den Blick auf Konflikte werfen, die in einer nationalstaatlich organisierten Welt durch die Überschreitung von Grenzen auftreten. Ich werde diskutieren, welche strukturellen Grundlagen und ungleichen Machtverhältnissen diesem Konflikten zugrunde liegen.

Beeinflusst werden meine Ausführungen in diesem Artikel von unterschiedlichen eigenen Grenzerfahrungen. So wurde ich in West-Deutschland ohne deutsche Staatsbürger_innenschaft geboren und besuchte regelmäßig meine Verwandtschaft in der DDR. Ich wuchs im Vor-Schengen Europa in der Grenzregion Baden-Pfalz-Elsass auf und erinnere mich gut an Grenzübertritte und das Beantragen von Visa für meinen Vater. Beim Studium in Schleswig-Holstein erlebte ich die Orientierung der dortigen Bevölkerung nach Skandinavien, bei der Arbeit in Frankfurt/Oder die Abgrenzung zu Polen. An meinem Wohnort Berlin stoße ich immer wieder auf die nicht mehr stehende Mauer und als Gastwissenschaftlerin in Zürich bemerkte ich die Ambivalenzen der deutschen hochqualifizierten Migration in die Schweiz.

Wissenschaftlich blicke ich auf die Welt als Kultur- und Sozialanthropologin, führe qualitative Interviews und mache teilnehmende Beobachtungen. Theoretisch ist mein Denken dabei in der kritischen Rassismusforschung (vgl. Mecheril 2003, Mecheril 2004, Terkessidis 2005 und Räthzel 2000), der postkolonialen Theorie (vgl. Castro Varela und Dhawan 2005) sowie den Gender und Queer Studies (vgl. Butler 1990 und Hartmann et al. 2007) verankert. Beeinflusst bin ich zudem von der kritischen Weißseinsforschung (vgl. Eggers et al. 2005 und Tißberger et al. 2007). Zentral für diese machtkritischen Theorieansätze ist es, dass das, was allgemein als normal angenommen wird, genauer untersucht

wird. Insbesondere wird der Blick auf die Konstruktion der Normalität und auf die hierdurch legitimierten, stabilisierten und (re)produzierten strukturell verankerten Machtungleichheiten gelenkt. Daher werde ich im Folgenden nachdem ich zuerst ein paar Anmerkungen zu aktuellen Debatten über Migration gemacht habe, die diesen Debatten zugrundeliegenden Machtverhältnisse diskutieren, um so Vorschläge für alternative Denkansätze rund um Migration zu machen. Anschließend werde ich der Analyse eine größere Komplexität geben, indem ich auf die Interdependenz verschiedener Machtverhältnisse eingehe. Zum Abschluss diskutiere ich dann Beispiele aus drei unterschiedlichen Grenzüberschreitungen.

Aspekte der Debatten über Migration

In Deutschland und vielen anderen Ländern ist Migration zurzeit ein dominantes Thema in öffentlichen Debatten und der politischen Arena. Dabei werden Migration und vor allem die Migrant_innen primär als Problem angesehen. Migration wird als die Abweichung von der Norm konstruiert. Als Normalzustand wird das Über-Generationen-hinweg-am-gleichen-Ort-Bleiben imaginiert. Die Normalität der Mobilität und des Wandels wird dabei aktiv gezeugnet. Es wird eine Dichotomie erzeugt zwischen jenen, die angeblich schon immer an einem Ort waren und daher rechtmäßig dorthin gehören, und jenen, die nicht dorthin gehören, da sie keine lange Familiengeschichte an diesem Ort haben (vgl. Mecheril 2003). Die Dazu-Kommenden werden als Störenfriede und Problembringer_innen konstruiert, die die angeblich schon immer geltenden Regeln durcheinander bringen. Es gibt allerdings auch Situationen, in denen Migrant_innen als die rechtmäßig Zugehörigen und rechtmäßig Herrschenden verstanden werden. Dies gilt insbesondere für die Kolonisator_innen aus Europa, die sich unter anderem die heutigen USA und Australien mit Gewalt angeeignet haben und die dort vor ihnen Lebenden entrechtet haben. Die Nachfahren dieser europäischen Gewalttäter_innen werden heute im dominanten Diskurs als die rechtmäßigen US-Amerikaner_innen bzw. Australier_innen angesehen, während die Nachfahren der vor der gewaltsamen Kolonisierung dort Lebenden in der Marginalität gehalten werden. Ein Recht auf Migration geben die in der (post)kolonialen Weltordnung Privilegierten sich auch heute noch. Aus einer deutschen Perspektive ist es selbstverständlich, dass Deutsche

überall hin in die Welt gehen dürfen – egal ob nach Australien oder Nepal – und dort ihre privaten Pläne verwirklichen können müssen. Für dieses Recht wird einiges getan. In manchen Fällen durchaus auch mit reziproken Rechten für die Bewohner_innen der Zielländer. So wird in der Regel US-Amerikaner_innen, Australier_innen und den meisten EU-Bürger_innen ein Recht der Migration nach Deutschland gewährt. Für Menschen aus Afrika, großen Teilen Asiens und Mittel- und Südamerikas gilt dieses Recht allerdings nicht, schon gar nicht selbstverständlich. Auch in den verschiedenen Europaregionen besteht eine solche Ambivalenz in Bezug auf Migration. Manchen Menschen wird prinzipiell das Recht auf Migration oder Pendeln zuerkannt, anderen wird es verwehrt. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihrer Familiengeschichte ein größeres Recht haben, an einem bestimmten Ort zu sein als andere, und dass ihr Interesse an der Bewahrung (nicht nur) dieses Privilegs legitim ist.

Das Verständnis von Migration als Problem beruht auf der Differenzierung zwischen denen, die als zu einem Ort zugehörig verstanden werden und jenen, die als nicht zugehörig angesehen werden. Die Differenzierung zwischen uns und den Anderen ist eine Charakteristik aller kollektiven Identitäten. Erst über die Abgrenzung zu denen, die nicht zur Gruppe gehören (sollen), wird diese definiert (vgl. Barth 1969, Cohen 1985 und Jenkins 1996). Institutionalisiert wird die Differenzierung, zum Beispiel, in der Logik der Nationalstaaten. Die Abgrenzung von geographischen Territorien und die Vergabe von Staatsbürger_innenschaften beruht auf der Idee, dass zwischen den Zugehörigen und den Nicht-Zugehörigen differenziert werden muss und kann. Sie geht auch einher mit der Überzeugung, dass Migration kontrolliert werden muss und nicht die Norm(alität) darstellen kann. Die Europäische Union wurde gegründet, um die Abgrenzung zwischen den ihr angehörenden Nationalstaaten abzumildern. Immer mehr interne Grenzen sollten abgebaut und eine neue kollektive Identität als Europäer_innen aufgebaut werden. Zu diesem Vorhaben Grenzen abzubauen, gehören auch die Europaregionen. Auch wenn Teile der Regionen unterschiedlichen Nationalstaaten zugeordnet sind, so sind sie sich geographisch doch viel näher als den jeweiligen nationalen Zentren, zudem sind sie historisch und gesellschaftlich miteinander verbunden. Ein solch regionaler Zusammenschluss kann sich homogenisierenden Tendenzen aus den nationalen Zentren entgegensetzen und eigene regionale Identitäten (in Abgrenzung

zu anderen) pflegen. Loslösen von den Nationalstaaten, ihren Institutionen und Interessen können sich aber die Europaregionen genauso wenig wie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Nach wie vor ist der Bezug auf den Nationalstaat in Europa ein dominanter und selbstverständlicher. Insbesondere in Krisen werden die angeblichen nationalen Interessen weiterhin über die gemeinsamen grenzüberschreitenden Interessen gestellt. Zudem ist natürlich auch die Europäische Union in Abgrenzung zu anderen definiert und pflegt diese Grenzen nach außen, was mit dem Begriff ‚Festung Europa‘ bezeichnet wird (siehe dazu auch die anderen Beiträge in diesem Band). Wie man in den Europaregionen sieht, sind auch die Grenzen nach innen noch nicht abgebaut. An den nationalen Grenzen stoßen unterschiedliche staatliche Systeme mit unterschiedlichen Symbolen und Institutionen aufeinander. Beim Übertritt der nationalen Grenzen begibt man sich in ein anderes System, lässt Rechte und Pflichten hinter sich und bekommt andere. Diese Abgrenzungen machen es auch besonders schwer, eine Politik für eine transnationale Region zu machen. Nationale Abgrenzungen sind der Status Quo und können nur zu einem geringen Teil in der Region wirklich abgebaut werden.

Nicht nur die Nationalstaaten, auch die Europaregionen und die Europäische Union sind über ihre Abgrenzung zum Anderen definiert und sind damit ausgrenzend. Jede kollektive Identität ist das. Die Frage ist allerdings, wie mit der Ab- und Ausgrenzung umgegangen wird. Ein zentraler Punkt hierbei ist, wie exklusiv Zugehörigkeit imaginiert ist. In Deutschland, zum Beispiel, gilt die Norm der eindeutigen natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeit³. Es gilt die Annahme und Festschreibung, dass jeder Mensch nur einem natio-ethno-kulturellen Kontext zugehörig sein kann. Es wird gefordert, dass eindeutige und stabile Loyalitäten gelebt werden. Dies stellt Menschen mit natio-ethno-kulturellen (Mehrfach-) Zugehörigkeiten (Mecheril 2003) vor unlösbare Probleme. Jene Menschen, die sich zum Beispiel aufgrund eigener Migration oder der Migration von Elternteilen, mehreren natio-ethno-kulturellen Kontexten zugehörig empfinden, werden dazu aufgefordert, sich zu einem dieser Kontexte als ihrem exklusiven Zugehörigkeitskontext zu bekennen und müssen damit andere Zugehörigkeiten leugnen. Sie müssen dies tun, da in der Logik der eindeutigen

³ Mecheril (2003, 23–27) prägt das Kunstwort natio-ethno-kulturell, da er beobachtet, dass die Bedeutungen der Begriffe Nation, Ethnizität und Kultur in Diskussionen und Zuschreibungen ineinander verschwimmen. Mit dem neuen Begriff will er die Mehrdeutigkeit, Ungenauigkeit und Komplexität dieser Kontexte deutlich machen.

Zugehörigkeit die (Mehrfach-)Zugehörigen Monster sind, die nicht zusammen Gehörendes in sich vereinen (vgl. Mecheril 2003).

Es ist für die meisten Menschen und Staaten nicht denkbar, dass eine Person mehreren natio-ethno-kulturellen Kontexten gegenüber gleichzeitig zugehörig sein kann. Zugehörigkeit zu natio-ethno-kulturellen Kontexten werden als sich gegenseitig ausschließend und potentiell im Konflikt miteinander stehend angesehen. Sie werden dabei unter anderem an der Unterstützung für die Nationalmannschaft im Männerfußball festgemacht. Von einer Deutschen wird erwartet, dass sie die deutsche Mannschaft unterstützt. Wenn eine Person, deren Deutschsein in Frage gestellt wird, diese Unterstützung nicht zeigt, wirkt sie verdächtig. Noch verdächtiger wird sie, wenn sie die Nationalmannschaft des Landes unterstützt, dem sie aufgrund physiognomischer oder sozialer Merkmale zugeschrieben wird. Gleichzeitig erscheint es irritierend, wenn Menschen, die als nicht zugehörig wahrgenommen werden, sich dem nationalen Taumel anschließen. So wurde bei der letzten Männerfußballweltmeisterschaft in den deutschen Medien mit Verwunderung berichtet, dass Menschen, die als Türken wahrgenommen werden, deutsche Fahnen schwenkten. Eine Zugehörigkeit zu Deutschland und der Türkei gleichzeitig ist für die meisten Vertreter der Dominanzgesellschaft (vgl. Rommelspacher 1998) undenkbar. Von jenen, die sich mehreren Kontexten zugehörig fühlen, wird eine eindeutige Positionierung verlangt. Es sei denn, die (Mehrfach-)Zugehörigkeit bezieht sich auf gewollte Verbindungen. So ist es heute viel einfacher sich gleichzeitig zu Deutschland und Frankreich zu bekennen als zu Deutschland und der Türkei. Bestimmte natio-ethno-kulturell (Mehrfach-)Zugehörige werden so immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Migration bestimmter Personen nicht gewollt ist. Die imaginierte Norm(alität) der Nicht-Migration und der daraus folgenden eindeutigen Zugehörigkeit wird so immer wieder (re)produziert und der Status Quo mit den herrschenden ungleichen Machtverhältnissen stabilisiert.

Die Blickverschiebung von den Problemen zu den Chancen der Migration kann mit dem ausgrenzenden Grundannahmen der Migrationsdebatte nicht brechen. Migration wird weiterhin als eine erklärungswürdige Abweichung von der Norm dargestellt. Die Möglichkeit von Problemen bleibt im Raum stehen, wenn nach den Chancen gesucht wird. Vor allem aber bleibt die Differenzierung zwischen jenen, die als an einem Ort legitim zugehörig wahrgenommen werden, und

denen, denen kein selbstverständliches Anrecht auf Zugehörigkeit zugesprochen wird (den Anderen), (re)produziert. Allerdings wird den *Geanderten* jetzt suggeriert, dass sie sich darum bemühen können, Zugehörigkeit auf der Basis einer Kosten-Nutzen-Analyse zugesprochen zu bekommen. Nach dieser Logik soll eine Migrant_in, wenn sie für ihren Wohnort einen ökonomischen oder sonstigen Gewinn darstellt, willkommen geheißen werden. Im Umkehrschluss aber heißt das, dass Menschen, die nicht als Bereicherung wahrgenommen werden, auch nicht willkommen sind. Entscheidend hierbei ist, wie und von wem der Gewinn definiert wird. Wenn jede_r zuziehende Mensch als Gewinn angesehen würde, wäre keine weitere Kosten-Nutzen-Analyse nötig. In der Regel wird aber nicht jede_r als Gewinn angesehen. Die Chancen der Migration werden vor allem ökonomisch oder politisch strategisch formuliert. Die wahrgenommene Bereicherung ist zudem beeinflusst durch strukturell verankerte rassistische⁴, (hetero)sexistische⁵ und klassistische⁶ Vorstellungen sowie jene über normgerechte Körperlichkeit⁷. Manche Menschen werden per se als Bereicherung angesehen, auch wenn sie nicht unbedingt ökonomischen Nutzen bringen, andere Menschen sind per se unerwünscht, selbst wenn sie ökonomischen Nutzen bringen könnten. So wird zur Zeit des Verfassens dieses Artikels (Anfang 2009) die mögliche Aufnahme von Häftlingen aus Guantanamo nach Kosten-Nutzen-Abwägungen diskutiert. Der politische Nutzen wird gegen die Angst vor terroristischen Aktivitäten abgewogen und ist durch rassistische

⁴ Rassismus ist nach Mecheril (2004, 193–194) ein gesellschaftliches Phänomen, dass gekennzeichnet ist durch die Konstruktion von Menschen als aufgrund von Abstammung different (Rassifizierung), der Verknüpfung von physiognomischen und sozialen Merkmale mit stabilen Dispositionen und der Bewertung dieser Dispositionen als minderwertig. Mecheril (2004, 194) betont dabei: „Rassismus muss als gesellschaftliches Phänomen und nicht als Phänomen individueller ‚Einstellung‘ [...] oder individueller Verantwortung verstanden werden. Rassismus ist eine gesellschaftliche und gesellschaftlich produzierte Erscheinung, eine gesellschaftlich vermittelte Handlungsbereitschaft [...], in der Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck kommen, ein Phänomen, das zwar von Individuen vermittelt und getragen wird, das aber nicht in den Handlungen des oder der Einzelnen aufgeht [...]“

⁵ Sexismus differenziert nicht nur zwischen Männern und Frauen sondern wertet letztere gegenüber den Männern auch ab. (Hetero)Sexismus setzt zudem Heterosexualität als Norm und wertet andere Sexualitäten ab. Wie auch Rassismus ist (Hetero)sexismus ein gesellschaftliches Phänomen.

⁶ Klassistische Vorstellungen steht für die Differenzierung und Hierarchisierung einer Gesellschaft aufgrund von sozialen und ökonomischen Status, die zu verschiedenen Klassen führen.

⁷ In Gesellschaften gibt es Vorstellungen darüber, welche Menschen körperlich und psychisch normal (und damit auch fähig) sind. Menschen, die hiervon abweichen, werden als defizitär konstruiert. Mit dieser Normsetzung und ihren Ausgrenzungen beschäftigen sich insbesondere die Disability Studies (vgl. Waldschmidt und Schneider 2007).

und islamophobe⁸ Vorstellungen bestimmt. Dabei geht der prinzipielle Schutz der Menschenrechte als Wert verloren. Bei der Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen wird zudem außer Acht gelassen, dass die bereits als zugehörig Anerkannten über Privilegien (wie z. B. ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, eine Arbeitsgenehmigung und Zugang zum Bildungssystem) verfügen, die anderen vorenthalten werden und letztere daher gar nicht im Kosten-Nutzen-Wettbewerb konkurrieren können. Bleibt die Kosten-Nutzen-Analyse trotzdem Grundlage der Entscheidung, wer zu ziehen kann und wer nicht, wird die ungleiche Verteilung der Privilegien stabilisiert. Jene, die über mehr Privilegien und Ressourcen verfügen, bekommen Zugriff auf mehr, während jene, die über weniger Privilegien und Ressourcen verfügen, weiter ausgeschlossen werden. In der politischen Debatte um Migration ist zurzeit Integration das dominante Konzept (vgl. Böcker et al. 2010). Während Partizipation etwas ist, das vom Staat ermöglicht werden müsste, ermöglicht das Sprechen über Integration im dominanten Diskurs, Forderungen an die Migrant_innen zu stellen. Sie werden durch die Integrationsanforderung zum einen als Andere (die anders sind als die zur Norm erklärte Dominanzgesellschaft) festgeschrieben und zum anderen wird von ihnen verlangt, dass sie sich der Dominanzgesellschaft angleichen, um so zu werden wie deren Vertreter_innen. Integration wird dabei im dominanten Diskurs und seiner politischen Implementierung nicht als das gemeinsame Entwickeln von etwas Neuem sondern vielmehr als das Einfügen des Anderen in ein bestehendes Ganzes, das sich nicht ändern muss, verstanden. Das Ganze bleibt die unhinterfragte Norm, die die Bedingungen der Integration definiert. Die Anderen sollen sich in es einordnen, sich an die Norm anpassen, sich assimilieren. Dies aber ist unmöglich, da die Anderen als Andere definiert sind und daher gar nicht wie die Dominanzgesellschaft werden können. Die Anderen sind jene, die durch physiognomische oder soziale Attribute als Andere markiert werden und denen das Anderssein in den Körper eingeschrieben wird. Sie können sich so viel anstrengen wie sie wollen, dieses Anderssein können sie nicht loswerden. Das Versprechen, dass Integration durch individuelle Anstrengung möglich ist, erweist sich für jene, die von den Privilegierten als anders markiert werden, als uneinlösbar. Jene aber, die nicht durch physiognomische oder soziale Merkmale als eindeutig anders markiert

⁸ Islamophobie steht für die Abwertung des Islams und der als Muslime markierten Menschen (vgl. Attia 2007). Da hierbei die Kategorie Muslim in den Körper eingeschrieben wird, verstehe ich Islamophobie als eine spezifische Form des Rassismus.

sind, können ein Teil des Ganzen werden und dabei durchaus auch andere Zugehörigkeiten beibehalten. Es kommt nicht so sehr darauf an, ob jemand in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, sondern vielmehr darauf, ob sie als nicht signifikant vom Standard-Deutschen⁹ (Mecheril 2003) abweichend angesehen wird. So haben ‚weiße‘ Menschen, die in den USA geboren und aufgewachsen sind, viel bessere Chancen, in Deutschland als zugehörig angesehen zu werden, als türkisch-markierte Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Während letztere immer wieder mit Integrationsanforderungen konfrontiert werden und ihren Anstrengungen misstraut wird, werden ersteren in der Regel kaum Anforderungen gestellt. Sie dürfen bleiben, wie sie sind. Sie dürfen auch anders bleiben, denn sie sind interessant und auch die Dominanzgesellschaft ist schließlich heterogen. Den als anders Markierten aber wird nicht getraut, auch wenn sie integriert wirken (vgl. Schramkowski 2007). Bei ihnen besteht der Verdacht, dass sie die Dominanzgesellschaft nur täuschen und hintergehen wollen. So werden wie die Dominanzgesellschaft können sie grundsätzlich nicht.

Die Norm und die Anderen, auf die in den Migrationsdebatten verwiesen wird, sind nicht eindeutig und stabil. Je nach Kontext und Fokus der Debatten wandelt sich, welche Kriterien (Familienbiographie, rechtlicher Status, sozialer Status, physiognomische und soziale Merkmale, etc.) als die relevanten definiert werden. Trotzdem gibt es eine stabile Vorstellung darüber, was den Standard-Deutschen ausmacht. An den (jeweils relevanten) Abweichungen zu diesem fiktiven Idealtyp wird beurteilt, wer dazu gehört und wer nicht. Diese Verbindung von Norm und Ambivalenz macht es schwierig, die zugrundeliegenden Strukturen zu erkennen.

Ungleiche Machtverhältnisse

Die Differenzierung zwischen uns und den Anderen bzw. zwischen denen, die legitim dazu gehören, und jenen, deren Zugehörigkeit fragwürdig ist, sowie die Forderung nach eindeutiger Zugehörigkeit, die Darstellung von Migration als Problem und die unerfüllbaren Integrationsanforderungen sind das Ergebnis

⁹ Mecheril (2003, 211–212) führt den Begriff Standard-Deutscher ein, um den kollektiv imaginierten Prototyp des ‚Deutschen‘ zu benennen. Ich benutze den Begriff hier (wie Mecheril) in der männlichen Form, da ich davon ausgehe, dass der Standard-Deutsche als männlich imaginiert wird.

ungleicher Machtverhältnisse und stabilisieren und (re)produzieren diese. Nicht nur die Nationalstaaten sondern die gesamte (post)koloniale Weltordnung basiert auf dieser Differenzierung. So wird legitimiert, dass es jene mit Privilegien (wie Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsrecht, Wahlrecht, Reisefreiheit, Zugang zu Bildung, etc.) und jene mit eingeschränkten und im Extrem gar keinen Privilegien gibt. Dabei resultieren die Privilegien der einen aus der Deprivilegierung der Anderen. Der ökonomische Wohlstand und die politische Stabilität der westlichen Länder sowie die ökonomische Deprivierung und politische Instabilität vieler (post)kolonialer Staaten ist unter anderem ein Ergebnis (post)kolonialer Ausbeutung seit den Kolonialzeiten bis heute. Die Privilegierung deutscher Staatsbürger_innen in Deutschland und an anderen Orten der Welt geht einher mit der Marginalisierung von Staatsbürger_innen anderer Staaten, die über weniger Privilegien und Ressourcen in der gegebenen Weltordnung verfügen.

Diese ungleichen Machtverhältnisse erscheinen den Privilegierten als normal und legitim. Ihre Etablierung ging und geht einher mit einer Wissensproduktion, die die Differenzen naturalisiert und Ungleichbehandlungen legitimiert. Dieses Wissen ist etabliert und festgeschrieben in Recht und Institutionen, die auf den Differenzierungen aufbauen, sie so immer wieder (re)produzieren und als Norm stabilisieren. Es prägt die Wahrnehmung der Privilegierten aber auch die der Marginalisierten, die auch durch dieses Wissen und die Institutionen der Privilegierten geprägt wurde. Die Privilegiensicherung und Marginalisierung baut auf dieser unhinterfragten Norm auf und erscheint so als legitim und nicht zu hinterfragen. Es ist daher schwierig, Ungleichbehandlung als das Ergebnis ungleicher Machtverhältnisse sichtbar zu machen und anzuklagen. Selbst wenn dies gelingt, kann nicht darauf gesetzt werden, dass die Privilegierten freiwillig auf ihre Privilegien verzichten werden.

Auch wenn die Differenzierungen zwischen Menschen konstruierte und willkürliche sind, haben sie doch ganz reale und handlungsleitende Folgen. Durch die historisch gewachsene, durch Wissensproduktion unterstützte und in Institutionen festgeschriebene Differenzierung zwischen Menschen, wird diese Differenzierung eine reale Differenz. Je nachdem welcher Kategorie Menschen zugeordnet werden, verfügen sie über unterschiedliche Privilegien und Ressourcen. Sie werden unterschiedlich zugeordnet und ordnen sich selbst in dieser Ordnung selber zu. Auf diesem Wege stabilisiert und (re)produziert sich die

Differenz immer weiter und legitimiert immer weiter die Ungleichbehandlung von den ungleich Konstruierten. So verfügen Menschen mit gesicherten Aufenthaltsstatus über mehr Möglichkeiten und mehr Ressourcen, ihr Leben im anerkannten Rahmen zu gestalten, als jene ohne. Wenn sie diese besseren Startchancen ausnutzen, mehren sie ihre Privilegien, während die Deprivilegierten immer weiter marginalisiert werden, da sie nur einen sehr beschränkten Zugang zu den Privilegien haben. Als Ergebnis lässt sich die behauptete Differenz zwischen der Dominanzgesellschaft und den Anderen auch tatsächlich beobachten. Eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe wird unmöglich, da die Machtdifferenz (von den Privilegierten zumeist unbemerkt) immer weiterwirkt. Besonders deutlich wird die Machtdifferenz im aktuellen Integrationsdiskurs (vgl. Böcker et al. 2010). In Deutschland wird dieser von der Bundesregierung unter das Motto ‚Fördern und Fordern‘ gestellt. Mit Institutionen wie den Integrationsgipfeln und den Appellen an die Migrant_innen und ihre Organisationen, die Integration voranzutreiben, wird suggeriert dass es sich beim Integrationsdiskurs um einen Prozess auf gleicher Augenhöhe handle. ‚Deutsche‘ und die Anderen kämen zusammen und sprächen als gleichberechtigte Personen darüber, wie die Integration gefördert und gefordert werden könne. De facto kann aber von keiner Gleichberechtigung die Rede sein. In der Integrationsdebatte treffen Privilegierte und Marginalisierte aufeinander. Die einen verfügen über Privilegien und Zugang zu Ressourcen, von denen die anderen nur träumen können. Es sind die deutschen Behörden und die als fraglos deutsch Anerkannten, die die Definitions- und Gestaltungsmacht in Deutschland haben. Sie sind Teil der Norm und definieren diese, sie formulieren die Probleme und entscheiden, welche von diesen angegangen werden. Sie nehmen sich das Recht heraus, von den Anderen Integrationsanstrengungen zu fordern und entscheiden darüber, wer wie gefördert wird. Sie können entscheiden, wie weit sie sich einbringen oder ob sie sich der Diskussion ganz entziehen. Sie müssen sich und die eigenen Privilegien nicht hinterfragen, wenn sie nicht wollen. Sie definieren wer die Anderen, die sich integrieren müssen, sind. Die *Geanderten* werden so von den Privilegierten definiert, müssen auf deren Forderungen reagieren und sich fördern lassen oder nicht. Da ihnen die Zugehörigkeit nicht fraglos anerkannt wird und sie über weniger Privilegien und Ressourcen verfügen, können sie sich den Forderungen nur sehr eingeschränkt widersetzen. Wollen sie überhaupt gehört werden und im System mitspielen,

müssen sie sich einordnen und sich auf paternalistische Behandlung einlassen. Sie sind von der Ungleichbehandlung negativ betroffen, merken sie daher permanent und können sich dem Umgang mit ihr nicht entziehen. Ihnen wird zudem kaum akzeptierte Definitions- und Gestaltungsmacht zuerkannt. Ein Weg, um sich dieser Einschränkung zu entziehen, ist es, zu nicht akzeptierten (und häufig kriminalisierten) Formen der Gestaltungsmacht zu greifen. Das aber (re)produziert in der Konsequenz das Bild der problematischen Anderen. Solange ungleiche Machtverhältnisse herrschen und diese als Norm legitimiert sind, werden sie immer weiter (re)produziert und Ungleichbehandlung wird weiter vorherrschen.

Alternative Denkansätze

Wenn es das Ziel von Politik ist, nicht immer weiter die Machtungleichheiten zu (re)produzieren, dann muss das Thema Migration anders angegangen werden. Weder darf Migration als Problem zentriert werden noch darf die (festgeschriebene) Andersartigkeit der Anderen in den Mittelpunkt der Debatten gestellt werden. Stattdessen sollten die ungleichen Machtverhältnisse in der Gesellschaft thematisiert werden. Es sollte analysiert werden, wie Privilegien in der Gesellschaft verteilt werden und wie ihre ungleiche Verteilung legitimiert wird. Diese Ungleichbehandlung und die sie stützenden Normen müssen in Frage gestellt werden und Marginalisierungen aktiv bekämpft werden. Im Fall der Europaregionen (und anderen Grenzregionen) hieße das, zum Beispiel, nicht zu fragen, wie die Region auf Migration und die damit verbunden Probleme reagiert, sondern sich anzusehen, wie nationalstaatliche Strukturen und ungleiche Machtverhältnisse in der Region zu Problemen führen und wie diese (strukturell und institutionell) verändert werden können.

Um die Dichotomien zwischen den fraglos Zugehörigen und den *Geanderten* zu überwinden, ist es auch entscheidend, die Norm der eindeutigen natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeit in Frage zu stellen. Viele Menschen fühlen sich mehreren natio-ethno-kulturellen Kontexten zugehörig und verbinden diese unterschiedlichen Zugehörigkeiten für sich selbst. (Mehrfach-)Zugehörigkeit ist lebbar und zwar in ganz unterschiedlichen Formen. Anstatt sie immer wieder in Frage zu stellen und als Problem darzustellen, sollte natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-) Zugehörigkeit als Teil der Norm(alität) angesehen werden und

dies im Alltag, in Institutionen und im Wissen verankert werden. Institutionell gehört hierzu die Ermöglichung von Mehrfach-Staatsangehörigkeiten, die Vergabe des Wahlrechts an all jene, die durch diese Wahlen direkt betroffen sind, sowie die Institutionalisierung von Mehrsprachigkeit.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Privilegien gegenwärtig ungleich verteilt sind. Daher kann nicht von gleichen Startchancen ausgegangen werden. Marginalisierte müssen gezielt gefördert werden, damit Chancengleichheit hergestellt werden kann. Geeignete Instrumente hierfür müssen kontextspezifisch diskutiert und implementiert werden. So kann positive Diskriminierung durch z. B. Quotierungen angestrebt werden, Ungleichbehandlungen durch Mainstreamingansätze aufgedeckt und begegnet werden, etc.. Dabei kann die Ungleichbehandlung nur effektiv abgebaut werden, wenn die (beschränkten) Ressourcen umverteilt werden. Das wiederum bedeutet, dass die Privilegierten auf Privilegien verzichten müssen. Eine solche Umverteilung von Ressourcen und Privilegien kann nicht ohne Konflikte erfolgen. Daher ist es entscheidend für das Gelingen, dass gewaltfreie Konfliktlösungsprozesse entwickelt und implementiert werden. Ein produktiverer Umgang mit Konflikten würde über den Migrationskontext hinaus positiv für die Gesellschaft wirken und sollte daher schon Teil der schulischen Ausbildung sein.

Interdependente Machtverhältnisse

Die bisherige Differenzierung in die fraglos Zugehörigen und die Anderen, die sich ausschließlich auf natio-ethno-kulturelle Abgrenzungen bezog, ist selbstverständlich zu simpel. Positionierungen in der Gesellschaft sind viel komplexer und ambivalenter, da verschiedene Machtverhältnisse gemeinsam wirken (vgl. Rommelspacher 1998, Brah 1996, Erel et al. 2008 und Walgenbach et al. 2007). So wirken neben Rassismus und Islamophobie auch Heteronormativität¹⁰, Hierarchisierungen aufgrund von ökonomischen und sozialen Status, Hierarchisierung in Bezug auf körperliche Normen, Hierarchisierungen von Alter und weitere Differenzlinien, die weniger in der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Individuen sind in den unterschiedlichen Machtverhältnissen

¹⁰ Heteronormativität steht für die normative Übereinstimmung von als natürlich gegebenen Sex, zwei komplementären Genderrollen und heterosexuellem Begehren (vgl. Butler 1990, Hark 2005 sowie Hartmann et al. 2007).

unterschiedlich positioniert. Es ist der Regelfall, dass eine Person gleichzeitig privilegierte sowie marginalisierte Positionen einnimmt. Es gibt daher keine einfache Dichotomien von Privilegierten und Marginalisierten bzw. eine eindeutige Hierarchie von den Machtvollsten zu den Machtlosesten (vgl. Rommelspacher 1998). Während die ‚weiße‘ Frau im Bezug zum ‚weißen‘ Mann über weniger Privilegien verfügt (wenn sie sonst in allen Machtverhältnissen gleich positioniert sind), ist der Vergleich mit einem rassifizierten Mann schon schwieriger. Letzterer genießt im Vergleich zur ‚weißen‘ Frau männliche Privilegien, wird ihr gegenüber als rassifizierter Mann aber marginalisiert. Zudem ist es nicht ausreichend, die Kategorien in dieser Form additiv zu betrachten. Es kommen nicht einfach die Machtverhältnisse Rassismus und Heteronormativität in einer Person zusammen und können unabhängig voneinander betrachtet werden. Die Machtverhältnisse sind vielmehr miteinander verwoben und interdependent (vgl. Rommelspacher 1998). Für den rassifizierten Mann gelten andere Männlichkeitskonzepte als für den ‚weißen‘. Rassismus funktioniert für als heterosexuelle Männer konstruierte Personen anders als für in Bezug auf Gender und Sexualität anders wahrgenommene Menschen. Sexualität und Gender wird anders definiert für eine Person, die als körperlich behindert konstruiert wird, als für eine, die als innerhalb der Körpernorm liegend angesehen wird. Der rassifizierte Mann genauso wie die ‚weiße‘ Frau oder die rollstuhlfahrende Jugendliche sind also jeweils spezifische Positionen in den interdependenten Machtverhältnissen.

Da in derzeitigen Debatten über Migration häufig das Thema Frauenrechte diskutiert wird, will ich die Interdependenz der Machtverhältnisse am Beispiel der Verwobenheit von Gender und natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit darstellen. Die heteronormative Aufgabe der Frau ist es, zu reproduzieren und die Ordnung zu bewahren. Die Aufgabe des Mannes hingegen ist es, in die Welt hinauszugehen und zu gestalten. Diese Aufgabenteilung ist allerdings nicht auf die Familie und Sexualität beschränkt, sie bezieht sich auch auf die Nationenbildung. Während die Männer die Aufgabe haben, für die Nation zu kämpfen und sie zu gestalten, ist es die Aufgabe der Frau sie zu reproduzieren und zu bewahren (vgl. Yuval-Davis 1997). Es ist ihre Aufgabe, das was als Tradition und Kultur konstruiert wird, fortzuführen. Sie müssen sich an die Normen halten, um die natio-ethno-kulturelle Identität zu bewahren. Frauen müssen Kinder gebären, um die Nation fortzuführen. Dafür aber muss

ihre Sexualität reguliert werden, damit zum einen überhaupt Kinder geboren werden und zum anderen diese als legitim angesehen werden. Es ist also Teil der Nationenbildung, Frauen in ihrem Verhalten und ihrer Sexualität zu kontrollieren, um die Nation nicht zu gefährden. Hierzu gehören, zum Beispiel, Kleiderregelungen und Vorgaben zur Gestaltung des Körpers. Dabei wird das Weibliche gegenüber dem Männlichen als minderwertig angesehen und so werden auch andere Nationen bzw. ihre Männer als weiblich abgewertet, um die Überlegenheit der eigenen Nation zu behaupten. Das Bild des verweiblichten orientalischen Mannes stärkt das Bild des männlichen europäischen Mannes und damit die Überlegenheit Europas über den Orient. Diese Bilder fordern aber auch den als weiblich dargestellten Mann dazu heraus, seine Männlichkeit unter Beweis zu stellen und gegen das Bild der Feminisierung anzukämpfen (vgl. Castro Varela und Dhawan 2007). Ein weiterer Aspekt der (post)kolonialen Unterwerfung der Anderen ist es, sich als Beschützer_innen der anderen Frau vor dem anderen Mann darzustellen. Dabei wird den Anderen die Unterdrückung von Frauen vorgeworfen und die eigene Unterdrückung der anderen Männer damit legitimiert, dass angeblich die andere Frau geschützt werden soll. Tatsächlich lässt sich aber kaum beobachten, dass dabei wirklich der anderen Frau Schutz vor Unterdrückung zuteil wird. Vielmehr geht es darum die Anderen abzuwerten und zu kontrollieren.

Dies lässt sich am Beispiel der Kopftuchdebatte in Deutschland illustrieren. Das muslimische Kopftuch wird im dominanten Diskurs als ein Zeichen der Unterdrückung von Frauen wahrgenommen. Der Islam wird damit als sexistisch deklariert. In der Folge wird gefordert, dass Frauen mit Kopftuch nicht als Lehrerinnen tätig sein dürfen. Die Folge dieser Debatte ist, dass die Minderwertigkeit des Islams bestätigt wird, sich die Dominanzgesellschaft als hochwertiger darstellen kann, dass kopftuchtragende Frauen weiter aus dem Berufsleben ausgeschlossen werden und die Macht der muslimischen Männer in Bezug auf ihre Frauen damit ausgebaut wird. Kopftuchtragenden Frauen wird mit dieser Debatte in keiner Weise geholfen. Sollten sie tatsächlich zum Kopftuchtragen gezwungen werden, ändert sich hieran nichts. Die islamophobe Ausgrenzung von Muslimen führt zudem dazu, dass der Widerstand unter muslimisch markierten Menschen sich vor allem gegen diese rassistische Ausgrenzung wendet und darüber der Kampf um den Abbau von (Hetero)Sexismus weniger Aufmerksamkeit bekommt. Gleichzeitig lenkt die Dominanzgesellschaft durch den

Fingerzeig auf den (Hetero)Sexismus der konstruierten Gruppe der ‚Muslime‘ von den eigenen Unzulänglichkeiten in diesem Bereich ab. Nur so kann ‚weißen‘ heterosexuellen Männern der Schulterschluss mit ‚weißen‘ Feministinnen und ‚weißen‘ Schwulenaktivisten gelingen (vgl. Haritaworn 2005). Letztere können endlich an den Privilegien der Dominanzgesellschaft partizipieren und vernachlässigen darüber den Kampf gegen den dominanten (Hetero)Sexismus. Die Dominanz in der Dominanzgesellschaft liegt nicht bei einer stabilen Mehrheit. Dominanz liegt in unterschiedlichen Kategorien. In Deutschland sind dies insbesondere die Kategorien Mann, heterosexuell, ‚weiß‘, Mittel- und Oberschicht, körperlich normbefähigt, etc. Es gibt nur sehr wenige Menschen, die in all diesen Kategorien der privilegierten Position angehören. Es gibt also keine Mehrheit der Privilegierten. Es ist aber möglich innerhalb der jeweiligen Kategorien Solidaritäten zu mobilisieren und damit die Privilegien zu sichern. So treten ‚weiße‘ Menschen gemeinsam für die Wahrung ‚weißer‘ Privilegien ein, genauso wie Männer und heterosexuelle Menschen gemeinsam ihre Position als Norm (re)produzieren. Die Machtsicherung braucht dabei keine offensichtlichen Aktivitäten, sie erfolgt selbstverständlich durch die Stabilisierung und (Re)produktion der unhinterfragbaren Norm. Sie funktioniert darüber, dass alle die Ungleichbehandlung als legitim und selbstverständlich ansehen. Es ist halt so, dass ‚weiße‘ Deutsche in Deutschland Vorrechte haben. Es ist halt so, dass Männer im Beruf erfolgreicher sind. Es ist halt so, dass Heterosexualität normal ist. Die Machtsicherung erfolgt dabei auch nach dem (post)kolonialen Prinzip des Teilens und Herrschens (vgl. Ha 2007). Verschiedene marginalisierte Kategorien werden für die Anerkennung durch die Dominanzgesellschaft in Konkurrenz zueinander gebracht. In der Folge versuchen sie sich eher gegeneinander abzusetzen als sich gemeinsam der Dominanz zu widersetzen. Wie lassen sich nun diese theoretischen Überlegungen zu ungleichen und interdependenten Machtverhältnissen auf Europaregionen und ihren Umgang mit Migration anwenden? Zum einen muss expliziert werden, um welche Migration es eigentlich geht. Nicht Migration an sich wird als Problem angesehen, sondern die Migration von bestimmten Personen. So ist die Migration von, zum Beispiel, französischen Berater_innen oder US-amerikanischen Wissenschaftler_innen in die und innerhalb der Regionen durchaus erwünscht. Anders hingegen sieht die Bewertung der Migration von, zum Beispiel, türkischen Arbeiter_innen und Asylbewerber_innen aus Afrika und Asien in die Europaregionen aus.

Je nachdem welche Herkunft Migrant_innen zugeschrieben wird, welchen sozialen und ökonomischen Status sie haben, werden sie mehr oder weniger als Problem angesehen. Regionale Migration wird als etwas zu regelndes und prinzipiell positives angesehen, während die Zuwanderung aus nicht-westlichen Ländern eher ungewollt ist. Zu analysieren ist auch, wann und in Bezug auf welche Machtverhältnisse die als einheimisch wahrgenommenen Menschen sich durch Migration negativ betroffen fühlen und welche Macht sie haben, ihre Interessen durchzusetzen. Sehen sie ihren Arbeitsplatz als gefährdet an, befürchten sie, dass ihre Sprache marginalisiert wird, oder möchten sie keine ‚Fremden‘ in ihrer Umgebung haben? Wie reagieren sie hierauf? Setzen sie ihre Interessen gegen andere durch oder gehen sie in einen Verhandlungsprozess? Für eine Bewertung der (regionalen) Migration in eine Region und die Frage der Gewährung von Partizipation müssen diese unterschiedlichen Positionierungen und ihr Zusammenspiel analysiert werden, um die komplexen Dynamiken zu verstehen.

Beispiele von Machtungleichheiten, Interdependenzen und Ambivalenzen

Als ich an die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder kam, war die Oder noch die EU-Außengrenze. Mit meinem deutschen Pass konnte ich sie recht einfach überqueren und war dann in Polen. Einige Jahre später war die Oder zu einer inner-EU-Grenze verwandelt. Bei einer Tagung nutzte ich als Organisatorin das Wohlstandsgefälle zwischen den beiden Ländern (wie viele andere Deutsche auch). Übernachtung und Verpflegung organisierte ich in Słubice und sparte so viel Geld. Allerdings mussten wir dadurch beim geselligen Zusammensein auf eine meiner studentischen Hilfskräfte verzichten. Als serbische Staatsbürgerin konnte sie die Grenze nicht so leicht überqueren wie die deutschen Staatsbürger_innen und blieb deshalb in Frankfurt/Oder. In Słubice stieß ich selten an sprachliche Grenzen. Obwohl ich nur zwei Worte Polnisch kann, konnte ich mich meist ausreichend verständigen, um meine Bedürfnisse zu befriedigen. Es war und ist klar, dass die polnischen Geschäftsleute sich auf ausschließlich deutschsprachige Kundschaft einstellen müssen. Auf Frankfurter Seite tun dies die deutschen Geschäftsleute allerdings nicht in gleicher Weise. In Frankfurt ist Deutsch die alleinige Verkehrssprache. Selbst an der Viadrina,

die sich als deutsch-polnisches Projekt versteht, kommt man mit Polnisch nicht weit. Inzwischen ist Polen auch ein Schengenstaat und die Grenzkontrollen sind weitgehend abgebaut. Die grenzüberschreitenden Begegnungen sind aber noch immer nicht gleichberechtigt. Die historische deutsche Dominanz, die sich sowohl politisch wie ökonomisch immer wieder manifestiert, bleibt bestehen. Es bleibt selbstverständlich, dass Deutsche die Preisdifferenzen ausnutzen können und mit Deutsch durchkommen. Den Pol_innen wird weiterhin misstraut und dieses Misstrauen wird institutionalisiert. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Einschränkung der Freizügigkeit für Pol_innen in Deutschland. Sie müssen sich bewähren und anpassen, während die Deutschen so bleiben können wie sie sind. Offiziell werden diese strukturellen Ungleichheiten allerdings geleugnet. Offiziell fördert man das grenzübergreifende Słubfurt.

Ein anderes Beispiel grenzüberschreitender Migration, das ich selbst erlebt habe, ist die hochqualifizierte deutsche Migration nach Zürich. Zwischen der Schweiz und Deutschland besteht ganz klar ein Wohlstandsgefälle. So werben deutsche Zahnärzte in Grenznähe mit niedrigen Preisen um Schweizer Kund_innen. Züricher Buchhandlungen versuchen ihre Kundschaft zu halten, indem sie mit „Preisen wie in Deutschland“ werben. Zudem gibt es in der Schweiz attraktive Arbeitsangebote für Wissenschaftler_innen und andere Hochqualifizierte. Insbesondere Zürich verzeichnet daher einen hohen Zuzug von Deutschen. Sie werden verantwortlich gemacht für die Wohnungsknappheit und die massiv steigenden Mieten. An den Universitäten wird auch mit Neid beobachtet, dass immer mehr wissenschaftliches Personal aus Deutschland prestigeträchtige Positionen einnimmt. Es wird über Deutschenfeindlichkeit in der Schweiz geredet und einige Deutsche fühlen sich diskriminiert. Gleichzeitig gehen die meisten Deutschen davon aus, dass sie sich sprachlich nicht anpassen müssen, dass ihr Deutsch das Standard-Deutsch ist und die Schweizer Mundarten nicht ernst zu nehmen sind. Auch ich habe mir wenig Gedanken gemacht, das Fellowship an der Universität Zürich anzunehmen. Für mich macht es keinen großen Unterschied, ob ich aus Berlin nach Bayern oder in die deutschsprachige Schweiz gehe. Anders als das Verhältnis von Pol_innen und Deutschen in Słubfurt ist das Verhältnis von Deutschen und Schweizer_innen in diesem Kontext viel ambivalenter. Keine der beiden Seiten ist klar dominant. Dominanzen sind in verschiedenen Bereichen unterschiedlich ausgeprägt. So habe ich den Eindruck, dass viele deutschsprachige Schweizer_innen sich

zum einen ihrer ökonomischen Dominanz sehr bewusst sind, aber gleichzeitig kulturell Deutschland als dominant wahrnehmen. Damit ist auch der Umgang mit Deutschen sehr ambivalent und viele Schweizer_innen scheinen sich dessen bewusst zu sein. Bei den Deutschen, die ich in der Schweiz getroffen habe, habe ich eine Wahrnehmung dieser Ambivalenz und unterschiedlicher Dominanzen vermisst.

Als drittes Beispiel für Ambivalenzen möchte ich die Zuwanderung von IT-Spezialist_innen aus Indien nach Deutschland anführen. Ökonomisch ist diese Zuwanderung durchaus gewollt, da es einen Bedarf an hochqualifizierten IT-Spezialist_innen gibt und die Fachleute aus Indien über die nötigen Qualifikationen verfügen. Zudem handelt es sich um Menschen, die sozial und ökonomisch privilegiert sind und damit durchaus zu erwünschten Migrant_innen gehören. Gleichzeitig ist das Indienbild in Deutschland immer noch dominiert von orientalistischen Bildern über eine traditionelle Gesellschaft mit viel Armut, heiligen Kühen und seltsamen Bräuchen. Indien gilt als Entwicklungsland, dem Deutschland helfen kann. Zu diesem Bild passen hochqualifizierte IT-Spezialist_innen, die nach Deutschland kommen, um die Industrie hier weiter zu entwickeln, nicht. Hilfe aus einem Entwicklungsland für Deutschland erscheint absurd. In der Debatte um die Einführung einer Green-Card für IT-Spezialist_innen wurde die Anwerbung insbesondere indischer Spezialist_innen daher sehr kontrovers diskutiert (vgl. Goel 2000). Es wurden Bilder von Tausenden an den Grenzen wartenden Inder_innen produziert und auf deren fremde Bräuche verwiesen. Aus der Mischung von wirtschaftlicher Argumentation und rassistischer Abwehr erfolgte dann eine sehr ambivalente Politik. Zum einen wurde um Zuwanderung geworben und gleichzeitig zeugten die Regelungen von großem Misstrauen gegen die potentiellen Migrant_innen. Die Zuwanderung fiel dann auch viel geringer aus als erhofft (bzw. befürchtet). Die zugewanderten indischen IT-Spezialist_innen stellten sich zudem auf die ambivalente Anwerbung ein. Sie gehen ihrer Arbeit nach, arbeiten an ihrer Karriere und orientieren sich weltweit. An ihrem Wohnort fühlen sie sich nur wenig zugehörig und unternehmen auch nicht viel um zugehörig zu werden. Da sie sowieso nicht als dauerhafte Mitbürger_innen erwünscht sind, richten sie ihr Leben auch nicht auf eine Zugehörigkeit hin aus.

Ausblick

Der oberflächliche Blick auf Migration und ihre Probleme verstellt den Blick auf die Komplexität von Grenzüberschreitungen und verdeckt die den Problemen zugrundeliegenden Machtungleichheiten. Eine politische Auseinandersetzung mit Migration erfordert daher einen genaueren Blick. Was genau ist die zu betrachtende Frage? Um welche Art von Migration und um welche Migrant_innen geht es? Was wird als Problem angesehen? Was steht im Interesse der Handelnden und für wen wollen sie sich einsetzen? Die Antworten zu diesen Fragen hängen stark von der eigenen politischen Position ab. Geht es darum, die Gleichheit aller zu fördern, oder geht es darum, die Privilegien von bestimmten Gruppen zu sichern? Wer soll woran partizipieren können und wem sollen Bürger_innenrechte zugesprochen werden? Bei der Entwicklung von Strategien muss nach Beantwortung der Fragen die Komplexität und Ambivalenz der Realität berücksichtigt werden. In der Regel sind verschiedene Themenkomplexe miteinander verwoben und es gibt keine eindeutigen Schlussfolgerungen. Die Politik muss immer wieder verschiedene Ziele gegeneinander abwägen, mit Konflikten umgehen und Ambivalenzen ertragen. Dabei ist es wichtig, nicht unzulässig zu homogenisieren sowie zu thematisieren, dass die Dominanzgesellschaft Privilegien abgeben muss, und dafür demokratische Aushandlungsprozesse zu etablieren.

Bibliographie

- Attia, Iman (Hg.). 2007. *Orient- und Islambilder: Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischen Rassismus*, Münster: Unrast.
- Barth, Fredrik. 1969. *Ethnic Groups and Boundaries*, Boston.
- Böcker, Anna, Urmila Goel und Kathleen Heft. 2010. „Integration“, in: Adibeli Nduka-Agwu und Antje Lann Hornscheidt (Hg.). *Rassismus auf gut Deutsch – Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen*. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel, S. 304–310.
- Brah, Avtar. 1996. *Cartographies of Diaspora: Contesting Identities*. London: Routledge.
- Butler, Judith. 1990. *Gender Trouble: Feminism and the Subversion of Identity*. New York: Routledge.
- Castro Varela, Maria do Mar und Nikita Dhawan. 2005. *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld: transcript.
- Castro Varela, Maria do Mar und Dhawan, Nikita. 2007. „Queerer Aktivismus aus postkolonialer Perspektive“, in: In Bewegung bleiben: Gabriele Dennert, Christiane Leidinger und Franziska Rauchut (Hg.). *100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*. Berlin: Querverlag,

S. 345–347.

Cohen, Anthony. 1985. *The symbolic construction of community*. London.

Eggers, Maureen Maisha, Grada Kilomba, Peggy Piesche und Susan Arndt (Hg.). 2005. *Mythen, Masken und Subjekte – Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast.

Erel, Umut et al. 2008. „On the Depoliticisation of Intersectionality Talk. Conceptualising Multiple Oppressions in Critical Sexuality Studies“, in: Kuntsman, Adi und Esperanza Miyake (Hg.). *Out of Place. Interrogating Silences in Queerness/Racality*. York: Raw Nerve Books, S. 265–292.

Goel, Urmila. 2000. „Inder, Kinder, Chip-Erfinder. Die Green-Card-Diskussion aus der Sicht eines Inder-Kindes“, in: *Meine Welt* 17/1, S. 11–16.

Ha, Kien Nghi. 2007. „People of Color – Koloniale Ambivalenzen und historische Kämpfe“, in: Kien Nghi Ha et al. (Hg.). *re/visionen*. Münster: Unrast, S. 31–40.

Haritaworn, Jinthana. 2005. „'Der Menschheit treu': Rassenverrat und Multi-Themenpolitik im derzeitigen Multikulturalismus“, in: Maureen Maisha Eggers, Grada Kilomba, Peggy Piesche und Susan Arndt (Hg.). *Mythen, Masken und Subjekte – Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast, S. 158–171.

Hark, Sabine. 2005. „Queer Studies“, in: Christina von Braun und Inge Stephan (Hg.). *Gender@Wissen – Ein Handbuch der Gender-Theorien*. Köln: Böhlau, S. 285–303.

Hartmann, Jutta et al. (Hg.). 2007. *Heteronormativität – Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht*. Wiesbaden: VS Verlag.

Hornscheidt, Antje. 2007. „Sprachliche Kategorisierungen als Grundlage und Problem des Redens über Interdependenzen“, in: Katharina Walgenbach et al. (Hg.). *Gender als interdependente Kategorie*. Opladen: Barbara Budrich, S. 65–106.

Jenkins, Richard. 1996. *Social identity*. London: Routledge.

Mecheril, Paul. 2003. *Prekäre Verhältnisse – Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit*. Münster: Waxmann.

Mecheril, Paul. 2004. *Einführung in die Migrationspädagogik*. Weinheim: Beltz.

Räthzel, Nora (Hg.). 2000. *Theorien über Rassismus*. Hamburg: Argument.

Rommelspacher, Birgit. 1998. *Dominanzkultur*. 2. Auflage, Berlin: Orlanda.

Schramkowski, Barbara. 2007. „Für mich aber hat dieses Integrationswort mit der Zeit seinen Wert verloren – Perspektiven junger Erwachsener mit Migrationshintergrund“, in: Thomas Geisen und Christine Riegel. *Jugend, Partizipation und Migration*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 149–168.

Terkessidis, Mark. 2004. *Die Banalität des Rassismus*. Bielefeld: transcript.

Tißberger, Martina et al. (Hg.). 2006. *Weiß – Weißsein – Whiteness: Kritische Studien zu Gender und Rassismus*. Frankfurt: Peter Lang.

Waldschmidt, Anne und Werner Schneider (Hg.). 2007. *Disability Studies, Kulturosoziologie und Soziologie der Behinderung: Erkundungen in einem neuen Forschungsfeld*. Bielefeld:

transcript.

Walgenbach, Katharina et al. (Hg.). 2007. *Gender als interdependente Kategorie*. Opladen: Barbara Budrich.

Yuval-Davis, Nira. 1997. *Gender & Nation*. Delhi: Sage.

Das Sterben an den EU-Außengrenzen – Die Normalität in der Abnormalität*

Johannes Krause

Zusammenfassung

Krause stellt sich in seinem Essay die Frage, wie der Tod von tausenden Menschen beim Versuch nach Europa einzureisen von den EuropäerInnen bedauert, aber doch als legitim hingenommen wird. Seine Argumentation zeigt, dass das EU-Grenzregime in einen Diskurs des Ausnahmezustands gebettet ist und deshalb andere ethische Standards zur Geltung gebracht werden. Die Diskussion geht zurück auf die Entstehung des modernen Territorialstaats, bei welcher der Aufenthalt eines Bürgers/einer Bürgerin in einem anderen als ihrem Staat als anormal konstruiert wurde. Diese Norm liegt bis heute dem migrationspolitischen Diskurs zugrunde und dient als Grundlage der Kriminalisierung der Migration. In einem nächsten diskursiven Schritt werde dann „illegale“ Migration als Sicherheitsproblem für Europa konstruiert und dann gelten andere moralische und ethische Standards und Gewalt kann legitimiert werden. Krause stellt fest, dass dieser diskursive Prozess die Migration in die EU in den Bereich des Ausnahmezustands verschoben habe und somit die menschenrechtlich unerträgliche Ereignisse wieder als normal ins Moralbewusstsein integriert werden können.

Jahr für Jahr finden tausende MigrantInnen bei dem Versuch, die Außengrenzen der Europäischen Union (EU) zu überwinden und unkontrolliert in die EU einzureisen, den Tod. Insbesondere die Seeüberfahrt über Mittelmeer oder Atlantik überleben viele der afrikanischen Armutsflüchtlinge nicht. Die EU ist bemüht, die irreguläre Einreise zu verhindern. Dazu verstärkt und militarisiert sie die Überwachung der europäischen und afrikanischen Küsten. Die MigrantInnen und die von ihnen bezahlten SchleuserInnen wählen daher immer riskantere Routen – und die Zahl derjenigen, die die Überfahrt nicht

* **Johannes Krauses** Dissertationsschrift „*Die Grenzen Europas – Von der Geburt des Territorialstaats zum Europäischen Grenzregime*“ ist 2009 im Peter Lang Verlag erschienen. Der vollständige Text steht auf <http://www.netzwerk-mira.de> unter der Rubrik „Lesenswert“ zum Download zur Verfügung.

überleben, steigt weiter. Die Schätzungen, wie viele Bootsflüchtlinge jedes Jahr ertrinken, variieren beträchtlich, weil bei weitem nicht alle Körper von auf hoher See Ertrunkenen geborgen werden können. Es kann jedoch sicher davon ausgegangen werden, dass beim Versuch der Einreise in die EU jedes Jahr mehrere tausend Menschen ums Leben kommen (Brinkbäumer 2006; Streck 2006).

Diese Todesfälle werden von europäischen PolitikerInnen, den für die Überwachung der EU-Außengrenzen zuständigen Institutionen sowie in der Medienberichterstattung bedauert (z. B. Rat der EU 2005: 5; EU Kommission 2006b: 7) – der Ausbau des europäischen Grenzschutzes, dessen Konsequenz die Todesfälle sind, gilt gleichwohl als legitim. Dass an den Grenzen Europas massenhaft Menschen sterben, widerspricht der Normalität europäischer Zivilisation, in der der Schutz des individuellen Lebens einen besonders hohen Stellenwert genießt. Dennoch werden diese Tatsachen von der europäischen Öffentlichkeit und Politik weitgehend teilnahmslos hingenommen. Dies mag zum einen damit zu tun haben, dass es sich bei den meisten Opfern um arme, anonym bleibende AfrikanerInnen handelt. Das europäische Moralbewusstsein ist offenbar noch immer zu einer erstaunlichen schizophrenen Leistung fähig: Es vermag, die universellen Menschenrechte, auf denen die politische Philosophie des modernen Europa gründet, zu vereinbaren mit einer (im Kern rassistischen) Doppelmoral, nach der das Leben von Angehörigen der Elite-Nationen mehr Wert ist als das der fernen, armen Anderen.

Zudem findet im Zusammenhang mit dem europäischen Grenzregime eine diskursive Verschiebung der Werte und Normenstandards statt. Meine hier auszuführende These ist, dass das EU-Grenzregime in einen Diskurs des Ausnahmezustands eingebettet ist, in dem die „normalen“ ethischen Standards nicht mehr vollständig gelten. Im Folgenden möchte ich die Schritte dieser *diskursiven Verschiebung in Richtung Ausnahmezustand* nachzeichnen, durch die die militarisierte Grenzsicherung zur Bekämpfung der illegalen Immigration legitimiert und das in seiner Konsequenz vielfach tödliche Grenzregime trotz seiner Abnormalität akzeptabel gemacht wird.

Migration als Anomalie und als Problem

Das Migrieren als Übersiedlung von einem Lebensort zum anderen war und ist schon immer eine weit verbreitete Form menschlicher Existenz- und Lebensweise. „Inter-nationale“ Migration als problematisches Phänomen konnte erst durch die Standardisierung der modernen territorialen Staatenordnung und durch die verstärkte Regulierung internationaler Bewegungsfreiheit entstehen. Nur wenn man davon ausgeht, dass Menschen normalerweise als BürgerInnen einem und nur einem Staat angehören, auf dessen Territorium sie zu Hause sind, und wenn man entsprechende Institutionen schafft (Staatsbürgerschaft, Pässe, Grenzkontrollen), kann sich der Aufenthalt im – so definitorisch entstandenen – „Ausland“ oder der Wunsch, sich dort niederzulassen, als Anomalie darstellen (vgl. Krause 2009: 78–80).

Dem aktuellen migrationspolitischen Diskurs liegt diese Norm zugrunde, der zufolge jeder Mensch *normalerweise* in sein Heimatland gehört und der Aufenthalt im Ausland die Ausnahme von der Regel ist. Aufgrund dieser Norm, wird durch Visa und temporäre Genehmigungen der kontrollierte, begrenzte Aufenthalt im Ausland geregelt. Asyl wird heute von den meisten Ländern nur noch im absoluten Ausnahmefall gewährt, die Aufnahme von AsylbewerberInnen als „Belastung“ betrachtet (vgl. z. B. EU Kommission 2004). Wer nicht nachweisen kann, dass in seinem „Heimatland“ Leib und Leben in Gefahr sind, kann legalerweise gezwungen werden, in diese „Heimat“ zurückzukehren.

Zugleich *reproduzieren* die Migrationspolitik und der migrationspolitische Diskurs durch die Hervorhebung des Phänomens Migration als Anomalie genau diese territoriale Norm. Dabei ist bemerkenswert, dass nicht allein (konservative) VertreterInnen migrationspolitischer Restriktion die Norm der primären Zugehörigkeit jedes Individuums zu seinem Heimatland hochhalten. Auch (liberale und linke) Positionen, die sich gegen eine auf Restriktionen, Grenzüberwachung und Abschiebung setzende Migrationspolitik wenden und stattdessen für ein Vorgehen gegen die Migrationsursachen – Krieg, politische Verfolgung, Armut, Umweltzerstörung in den Herkunftsländern der Flüchtlinge – eintreten, beteiligen sich damit an der Reproduktion dieser orthodoxen territorialen Norm (z. B. Attac 2006; Red Cross 2004; EU Kommission 2006c: 6 f.). Die „Bekämpfung der Migrationsursachen“ findet innerhalb eines diskursiven Feldes statt, in dem Migration bereits grundsätzlich als etwas Problematisches,

zu Vermeidendes oder zumindest zu Reduzierendes verstanden wird.

Migration als illegale, kriminelle Handlung

Der Migrationsdiskurs und die Orientierung der öffentlichen Institutionen an territorialstaatlicher Zuschreibung individueller Identitäten und Rechte machen internationale Migration nicht nur zur problematischen Anomalie. Indem die Migration rechtlich reguliert und von staatlichen Behörden kontrolliert wird, werden Formen von Migration, die dem Regulierungsrahmen nicht entsprechen, zur *illegalen* Handlung gemacht und – diskursiv wie juristisch – in den Bereich des Kriminellen verschoben. Nicht weil erst neuerdings so viele MigrantInnen nach Europa kämen, ist „illegale Einwanderung“ ein relativ junges Phänomen. Sie ist vielmehr deswegen in den letzten Jahrzehnten entstanden, weil Migrationsbewegungen mehr und mehr *reguliert* wurden und die Politik versucht, Migrationsströme zu steuern und einzudämmen, die sich nicht so leicht kontrollieren lassen. Die vielen „Illegalen“ sind also nicht deshalb da, weil zu wenig zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung getan wird, sondern weil genau dieser Kampf das Phänomen der Illegalität, die „Illegalen“ und ihren prekären gesellschaftlichen Status produziert (Dietrich 1998: 4 f.; Hoyweghen 2002: 311).

Diese diskursive Zuspitzung, die Bezeichnung der unkontrollierten Einreise und des unkontrollierten Aufenthalts in der EU als „illegal“, bedeutet eine Verschärfung der Norm territorialer Zuordnung von Individuen: Unerwünschte, weil unkontrollierte Migration wird damit kriminalisiert und vom *Problem* zum *Delikt* gemacht. Als solches kann die unkontrollierte Migration nicht toleriert, sie muss *bekämpft* werden. Die „Bekämpfung der illegalen Einwanderung“ ist in den letzten Jahren zu einem eigenständigen – und prioritären – Politikfeld der europäischen Innenpolitik geworden (Rat der EU 2005: 6 f.; EU Kommission 2006a).

Besonders auffällig ist die diskursive Strategie, die irreguläre Einwanderung in die EU zu kriminalisieren, im Zusammenhang mit dem Diskurs über die kommerzialisierte Hilfe zur unkontrollierten Einreise. In einschlägigen EU-Strategiepapieren (z. B. EU Kommission 2006d; EU Kommission 2002; Rat der EU 2001) wird die irreguläre Immigration systematisch mit „Schleuserkriminalität“, „Menschenhandel“, „Ausbeutung“ und sogar „Terrorismus“ vermengt.

Dadurch wird ein Bild gezeichnet, in dem auf diffuse Weise irreguläre Migration mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht wird. Ihre Bekämpfung stellt sich so als humaner Akt des Opferschutzes dar. Auf diese Weise wird mit einem Schlag der gesamte Wirtschaftssektor der informellen Migrationsdienstleistungen nicht nur kriminalisiert, sondern durch die Verknüpfung mit dem Etikett des Menschenhandels moralisch in höchstem Maße stigmatisiert. Unabhängig vom kriminalisierenden Diskurs betrachtet ist das Schleusungsgeschäft größtenteils nichts anderes als ein Markt der Reisedienstleistungen, die von professionellen MigrationshilfeunternehmerInnen angeboten und von zahlungskräftigen Reisewilligen nachgefragt werden. Der Markt reagiert dabei, wie in anderen Branchen auch, sensibel auf Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen. Durch die Abschottungspolitik der EU und die Kriminalisierung der irregulären Migration erhöhen sich die Preise, die Schleusungsexpertise wird wertvoller, das Geschäft lukrativer. Die EU ist mit ihrer Grenzpolitik also Teil der Schleusungsökonomie und trägt zu ihrem Bestehen und Wachstum bei. In vielen Gegenden nimmt die Migrationsbranche auch Kapazitäten aus anderen Wirtschaftszweigen auf, deren Attraktivität zurückgeht, etwa Arbeitskräfte (Fischer) und Kapital (Boote) aus der nord- und westafrikanischen Fischereibranche, die der Konkurrenz der EU-Hochseefischerei nicht mehr standhalten kann (Holert/Terkessidis 2006; Brinkbäumer 2006: 81; Alt 2004; SZ vom 10. 07. 2006).

Es sollen hier nicht die zahlreichen Fälle tatsächlichen Menschenhandels negiert werden, in denen die Hilflosigkeit und Abhängigkeit von Menschen ausgenutzt wird und diese zu Zwecken der Ausbeutung nach Europa verbracht werden. In der Tat ist die Verschickung oder Anwerbung von Menschen in prekäre Lebensverhältnisse – illegale Aufenthaltssituation und erzwungene Prostitution oder Ausbeutung als Arbeitskraft – eine weit verbreitete Praxis, die zu Recht „kriminell“ genannt und strafrechtlich verfolgt wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in den meisten Fällen irregulärer Migration und Schleusung weder Zwang noch Betrug vorliegt – abgesehen vom strukturellen Zwang, der durch die hoffnungslose Situation der Migrierenden im Herkunftsland und durch die hohen Hürden für die reguläre Einreise in die EU aufgebaut wird.

Irreguläre Formen der Migration sind der Weg, den MigrantInnen wählen, wenn andere Wege durch Gesetzgebung, Grenzschutz usw. versperrt werden. Die Übergänge zwischen verschiedenen Formen der organisierten irregulären

Migration sind fließend. Es ist in vielen Fällen nicht möglich, klar abzugrenzen, wo es sich um Migrationshilfe durch familiäre Netzwerke handelt, wo um kommerzielle Reisedienstleistungen und in welchen Fällen tatsächlich von Menschenhandel gesprochen werden kann (FFM 2004: 11). Der Diskurs der Europäischen Kommission und des Rates vermengt diese Sachverhalte und reduziert die Vielfalt der komplexen Realität irregulärer Migration auf die kriminalisierenden Begriffe „illegale Einwanderung“ und „Menschenhandel“. Die systematische Verknüpfung des Phänomens der irregulären Migration mit den inhumanen Praktiken des Menschenhandels ist ein diskursiver Schachzug, der dazu dient, die migrantische Antwort auf die restriktive Grenzpolitik der EU moralisch zu diskreditieren.

Migration als Massenansturm, als Invasion

Der hegemoniale Migrationsdiskurs macht Migration zu etwas Problematischem. Er schafft die irreguläre, die illegale, die kriminelle Migration. Schließlich macht er die illegale Einwanderung zur *Bedrohung* für Europa, zu einer *Gefahr* für die europäische Sicherheit. Zu den „neuen Herausforderungen“ der internationalen Sicherheitspolitik wird neben dem internationalen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, grenzüberschreitenden Umweltproblemen, religiösem Fundamentalismus und organisierter internationaler Kriminalität häufig auch die internationale Migration gezählt (Jünemann 1999: 185 f.). Migration wird dabei nicht nur derselben sicherheitspolitischen Kategorie zugeordnet wie die anderen Arten neuer Herausforderungen (oder auch „Bedrohungen“). Sie wird häufig auch mit organisierter Kriminalität, Drogenhandel und Terrorgefahr unmittelbar in Verbindung gebracht (Weyland 2000; Dietrich 1998: 20 f.; DIE ZEIT, 32/2004: 4). So heißt es beispielsweise in der Berliner Erklärung der EU anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge: „Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen“ (Berliner Erklärung 2007). Die drei genannten Phänomene werden damit in einen gemeinsamen sicherheitspolitischen Kontext gestellt.

Vor allem jedoch die Rede vom „Ansturm der Armen“ zeichnet ein Bild wachsenden, feindseligen und bedrohlichen Einwanderungsdrucks auf die EU. Dieser Diskurs lässt die armen, fremden, „illegalen“ MigrantInnen als Gefahr für die Si-

cherheit und den Wohlstand Europas erscheinen. Der SPIEGEL (26/2006) titelte „Ansturm der Armen – Die neue Völkerwanderung“ und bildete eine Gruppe aus dem Meer heraus auf die Küste zulaufender Afrikaner ab (siehe Abbildung). Die ZEIT schreibt vom „Ansturm der Flüchtlinge“ und von einem „Millionenheer von Menschen“, das nach Europa dränge (DIE ZEIT 32/2004: 4), die tageszeitung (taz) vom „Flüchtlingsansturm aus Afrika“ (taz vom 20. 07. 2006: 10).

Andere Medien sprechen von einer „Lawine von Migranten“ (zit. nach Benito 2003), der SPIEGEL sogar von einer „Invasion“ (Putz 2003). Auch die Europäische Kommission pflegt dieses Bedrohungsvokabular und warnt in ihren Strategiepapieren vor „wachsendem Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen“ (EU Kommission 2006a: 3), vor einem „Massenzustrom illegaler Einwanderer“ (EU Kommission 2006b: 14) und vor einem „Migrationsdruck bislang ungekannten Ausmaßes“ (EU Kommission 2006b: 3).

„Druck“, „Massenzustrom“, „Völkerwanderung“, „Lawine“, „Ansturm“, „Invasion“: Dieser Bedrohungsdiskurs ist geeignet, um die Zuwanderung in die EU zu einem

emotional besetzten Thema europäischer Sicherheit zu machen – und entsprechende sicherheitspolitische Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung unkontrollierter Einwanderung nach Europa wird inzwischen selbstverständlich von „Risikoanalysen“ (EU Kommission 2006c: 4, 18 f.), „Risikobewertung“ (EU Kommission 2002: 30) und einem „Frühwarnsystem“ zur Immigration (EU Kommission 2002: 28 f.) gesprochen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist explizit mit solchen Gefahrenanalysen betraut (Rat der EU 2004: 4). Zum sicherheitspolitischen Vokabular der Migrationsbekämpfung gehören ferner das „containment“ (z. B. Mundt 2006: 157), die „Furcht“ vor und die „Abwehr“ von Migration (z. B. Brinkbäumer 2006: 76). Auf diese Weise wird die „Bekämpfung der illegalen Einwanderung“ im sicherheitspolitischen Migrationsdiskurs noch zum „Abwehrkampf“ der EU gegen



die Invasion der Einwanderer gesteigert (Weber 2004).

Die Grenze als militarisierte Verteidigungslinie

Das diskursive Aufblähen der irregulären Migration zur sicherheitspolitischen Bedrohung begleitet, spiegelt und unterstützt die allmähliche Militarisierung der Praktiken des Grenzschatzes. Die Militarisierung erfolgt also zum einen auf der operativen Ebene durch die Aufrüstung der Grenze mit militärischem Material sowie mit paramilitärischem Personal, das mit militärischer Methodik vorgeht (vgl. Krause 2009: 285–301). Zum anderen erfolgt die Militarisierung auf sprachlicher Ebene im Diskurs der Grenzsicherung:

[Die Kommission] schlägt u. a. vor, dass die EU die Machbarkeit der Errichtung eines Überwachungssystems und eines Küstenpatrouillennetzes für das Mittelmeer prüfen soll, um schließlich das gesamte Mittelmeergebiet abzudecken und die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit illegale Einwanderung aufgedeckt und Menschenleben auf Hoher See gerettet werden können. Durch die kürzlich errichtete FRONTEX-Agentur wurde die EU mit dem erforderlichen Rüstzeug ausgestattet, um einen entscheidenden Schritt hin zur Verstärkung der operationellen Zusammenarbeit zu machen [...]. (EU Kommission 2006e)

Ein solches Patrouillennetz würde nach Auffassung der Kommission einen echten zusätzlichen Nutzen bringen und es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Patrouillen zeitlich aufeinander abzustimmen, ihre zivilen und militärischen Kapazitäten zu bündeln und strategische und taktische Informationen in Echtzeit auszutauschen. (EU Kommission 2006b: 7)

Wenn die Mitgliedstaaten einer Region einer Krise wie dem Massenzustrom illegaler Einwanderer gegenüberstehen, sollten die Kapazitäten des künftigen Küstenpatrouillennetzes [...] aufgestockt werden. Dies kann sowohl im Rahmen der [...] Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke geschehen als auch durch die Verstärkung der regulären Patrouillen. [...] Zu diesem Zweck sollte die

Agentur an ihrem Hauptsitz die für eine Echtzeitkoordinierung zwischen Mitgliedstaaten notwendigen Einrichtungen schaffen, die auch Verbindungen zu den vorgeschlagenen regionalen Kommandozentralen an den südlichen Seeaußengrenzen [...] gewährleisten. FRONTEX wird ferner ermutigt, in technischen Fragen mit einschlägigen europäischen und gemeinschaftlichen Ämtern, Agenturen und Einrichtungen wie EUROPOL, dem Satellitenzentrum der Europäischen Union (EUSC), der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zusammenzuarbeiten [...]. (EU Kommission 2006b: 6)

Um die Überwachung der südlichen Seeaußengrenze zu stärken, werden „militärische Kapazitäten“ und „Rüstzeug“ gebündelt, „strategische und taktische Informationen in Echtzeit ausgetauscht“, ein „Küstenpatrouillennetz“ und schnelle „Soforteinsatzteams“ eingerichtet, die Kooperation mit Satellitenzentrum, Verteidigungsagentur und Weltraumagentur gesucht, gemeinsame Operationen auf See durchgeführt und diese von „Kommandozentralen“ aus koordiniert. Diese Sprache und diese Praxis – in der die MigrantInnen und ihr Schicksal nur am Rande vorkommen – sind nicht mehr rein zivil oder polizeilich. Die EU-Außengrenze bekommt den Charakter eines hochgerüsteten Schutzwalls, einer militarisierten Verteidigungslinie.

Schleichend hat sich die Vorstellung von der EU-Außengrenze als Verteidigungslinie, die vor permanenten „Angriffen“ illegaler Eindringlinge geschützt werden muss, etabliert. Die Geschehnisse an den Außengrenzen der EU werden nicht mehr nach zivilen ethischen und rechtlichen Maßstäben beurteilt, sondern nach Rechts- und Moralstandards des Ausnahmezustands. Wie im Zustand des Krieges ersetzen diese Ausnahmestandards teilweise die zivilen Normen und rechtfertigen die Einschränkung der Rechte der „Illegalen“ sowie den verstärkten Einsatz von (selbstverständlich nur defensiver) Gewalt gegen die „Eindringlinge“, bis hin zur Hinnahme ihres Todes.

Massensterben und Ausnahmezustand

Schätzungen von öffentlichen Behörden sowie Hilfsorganisationen lassen übereinstimmend darauf schließen, dass für das letzte Jahrzehnt von mindestens 10 000 verunglückten MigrantInnen allein im westlichen Mittelmeer ausgegangen werden muss. Seit 2005 steigt überdies die Zahl der bei der Überfahrt auf die Kanarischen Inseln Ertrunkenen sprunghaft an: Im Jahr 2006 dürften allein auf dieser Route ca. 6 000 MigrantInnen zu Tode gekommen sein (Streck 2006).

Die Tatsache des Massensterbens an den südlichen Seeaußengrenzen der EU ist der europäischen Öffentlichkeit bekannt. Jeden Sommer werden an den spanischen, italienischen und maltesischen Küsten wöchentlich Leichen angespült; die Medien berichten (Benito 2003). Doch gemessen an der Bedeutung, die der Würde des Menschen und dem Schutz des individuellen Lebens in Europa normalerweise zugedacht wird, nehmen die breite Öffentlichkeit, die meisten PolitikerInnen sowie die Behörden von EU und Mitgliedstaaten diese Opfer erstaunlich indifferent hin. Das Sterben an den EU-Außengrenzen ist kein öffentlicher Skandal, es wird trotz seiner Abnormalität akzeptiert.

Dieser überraschend irritationslose Bruch mit der Normalität verbreiteter „europäischer“ Werte ist letztlich das Resultat des diskursiven *Framings* der Bekämpfung der irregulären Immigration. Durch die oben dargestellten diskursiven Prozesse wird die Auseinandersetzung um Überwachung und Überwindung der Grenze in den Bereich des *Ausnahmezustandes* verschoben. Ist die unkontrollierte Immigration durch die Rede von Illegalität, Menschenhandel, Ansturm, Lawine, Invasion usw. zu einer manifesten Bedrohung gemacht worden, so erscheint die Grenze als Zone der Verteidigung. Angesichts einer Situation von äußerer Bedrohung und notwendiger Verteidigung gelten alternative Wertmaßstäbe, die den Tod der „Eindringlinge“ eher akzeptabel machen. Ihre Einbettung in einen Diskurs der Ausnahmesituation (des Abnormalen) macht die nach (normalen) zivilen und menschenrechtlichen Maßstäben unerträglichen Geschehnisse an Europas Grenzen schon wieder so „normal“, dass das schizophrene europäische Moralbewusstsein sie integrieren kann.

Literatur- und Quellenangaben

Alt, Jörg. 2004. *Leben in der Schattenwelt. Problemkomplex "illegale" Migration*. Karlsruhe: Von Loeper Literaturverlag.

- Benito, Nieves Garcia. 2003. „Nothing is true, nor is it a lie?“, <http://www.statewatch.org/news/2003/jul/21spain.htm> (06. 10. 2005).
- Berliner Erklärung 2007. Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland 2007. „Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, angenommen von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission am 25. 03. 2007“, http://www.eu2007.de/de/About_the_EU/Constitutional_Treaty/BerlinerErklaerung.html (28. 12. 2007).
- Brinkbäumer, Klaus. 2006. „Die Afrikanische Odyssee“, DER SPIEGEL, Nr. 26, S. 72–91.
- Dietrich, Helmut. 1998. „Feindbild „Illegale“. Eine Skizze zu Sozialtechnik und Grenzregime“, *Mittelweg* 36 (3), S. 4–32.
- EU Kommission 2006a. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006. „Mitteilung der Kommission über politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Drittstaatsangehörigen, Brüssel, den 19. 07. 2006“, KOM (2006) 402 endgültig.
- EU Kommission 2006b. Kommission der Europäischen Gemeinschaften. 2006. „Ausbau von Grenzschutz und -verwaltung an den südlichen Seegrenzen der Europäischen Union. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Brüssel, den 30. 11. 2006“, KOM (2006) 733 endgültig.
- EU Kommission 2006c. Kommission der Europäischen Gemeinschaften. 2006. „Der Gesamtansatz zur Migrationsfrage nach einem Jahr: Schritte zur Entwicklung eines umfassenden europäischen Migrationskonzepts. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Brüssel, den 30. 11. 2006“, KOM (2006) 735 endgültig.
- EU Kommission 2006d. Generaldirektion Justiz und Inneres. 2006. „Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Einwanderungspolitik der EU“, Website der Generaldirektion, http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/fsj_immigration_intro_de.htm, (24. 07. 2007).
- EU Kommission 2006e. Generaldirektion Justiz und Inneres. 2006. „Ein Rahmen für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten in Migrationsfragen“, Website der Generaldirektion, http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/relation/fsj_immigration_relations_de.htm, (24. 07. 2007).
- EU Kommission 2004. Generaldirektion Justiz und Inneres. 2004. „Der Europäische Flüchtlingsfonds. Förderung von Solidarität und Lastenteilung im Einzugsbereich der EU-Asylpolitik“, http://ec.europa.eu/justice_home/key_issues/refugee/refugee_1104_de.pdf, (28. 12. 2007).
- EU Kommission 2002. Kommission der Europäischen Gemeinschaften. 2002. „Vorschlag für einen Gesamtplan zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels in der Europäischen Union“, *Amtsblatt der Europäischen Union*, 14. 06. 2002, C142/23–36.
- Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. 2004. „Stop IOM! Globale Bewegung gegen Migrationsmanagement“, <http://www ffm-berlin.de/publchrono.html> (07. 10. 2005).
- Woznicki, Krystian. 2006. „Kontrolle der Mobilität. Interview mit Tom Holert und Mark Terkessidis über Tourismus, Migration und Mobilität“, *Telepolis*, www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24087/1.html (02. 01. 2007).

- Hoyweghen, Saskia van. 2002. "Mobility, Territoriality and Sovereignty in Post-Colonial Tanzania", *Refugee Survey Quarterly*, 21 (1–2), S. 300–327.
- Jünemann, Annette. 1999. „Europas Migrationspolitik im Mittelmeerraum: Strategien im Spannungsfeld zwischen Festungsmentalität und neuem Partnerschaftsgeist“, in: Schulte Axel und Dietrich Thränhardt (Hg.). *International Migration and Liberal Democracies, Yearbook Migration 1999/2000*, Münster: LIT-Verlag, S. 185–211.
- Krause, Michael. 2006. „Flucht-Ursachen statt deren Symptome bekämpfen!“, in *Attac-Rundbrief* 03, Frankfurt.
- Krause, Johannes. 2009. *Die Grenzen Europas. Von der Geburt des Territorialstaats zum Europäischen Grenzregime*. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag.
- Kreickenbaum, Martin. 2003. "Thousands of refugees perish on European Union borders", <http://www.wsws.org/articles/2003/jul2003/ref-j23.shtml> (10.11. 2011).
- Mundt, Hans-Werner. 2006. "From talk to Action", *Development and Cooperation*, 33, S. 157–159.
- Putz, Ulrike. 2003. „Kampf gegen die Invasion der Schlauchboote“, SPIEGEL Online 26.09. 2003, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,266334,00.html> (17.05. 2009).
- Rat der Europäischen Union. 2005. „Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union“, *Amtsblatt der Europäischen Union*, 03.03. 2005, C 53/01–14.
- Rat der Europäischen Union. 2004. Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, *Amtsblatt der Europäischen Union*, 25. 11. 2004, L 349/1–11.
- Rat der Europäischen Union. 2001. Europäischer Rat Laeken (14./15. Dezember 2001). Schlussfolgerungen des Vorsitzes, SN 300/1/01 REV 1.
- Red Cross/EU Office. "2004. European Commission Communication to the Council and the European Parliament on the priorities for the future of the Area of Freedom, Security and Justice. COM (2004) 401 final. Opinion of the National Red Cross Societies of the EU Member States and the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies", ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/tampere_ii/red_cross.pdf, (05.12. 2007).
- Streck, Ralf. 2006. „6000 Flüchtlinge starben vor den Kanarischen Inseln“. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24336/1.html> (23.07. 2007).
- Weber, Peter. 2004. „Mittelmeer als Brücke nach Europa“, *Das Parlament*, 31–32, Deutscher Bundestag und Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bundestag.de/cgi-bin/druck.pl?N=parlament> (07.10. 2005).
- Weyland, Petra. 2000. „Über die Bedeutung der Konstruktion kultureller Differenz in der Auseinandersetzung um die Sicherheit Europas“, in: Weyland, Petra und Martin Kutz (Hg.). *Europäische Identität? Versuch, kulturelle Aspekte eines Phantoms zu beschreiben*. Bremen: Edition Temmen, S. 18–36.

Von Opfern, Tätern und Helfer(innen) – Das humanistische Narrativ und seine repressiven Konsequenzen im Europäischen Migrationsregime

Eva Bahl und Marina Ginal

Zusammenfassung

Um Verschiebungen im Diskurs um Menschenhandel auf EU-Ebene geht es den Mitstreiterinnen des Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung Marina Ginal und Eva Bahl. Zentral ist dabei die Erzählung von einer anderen Perspektive auf den Opfer- sowie Täterbegriff in der Sexarbeit. Die Autorinnen fokussieren aktuelle Debatten, die sie z. B. auf zeitnahen Konferenzen zwischen den TeilnehmerInnen aus NGOs, international tätigen Regierungsorganisationen und VertreterInnen der Forschung zusammengestellt haben. So zeigen Bahl und Ginal nicht nur wie Opfer gemacht, sondern auch ihre Rückführung in Herkunftsländer der SexarbeiterInnen als einzig menschenrechtlich möglicher Umgang mit MigrantInnen in diesem monetär wirkungsmächtigen Arbeitsbereich politisch konstruiert wird. Eine Einordnung in theoretisch-akademische Diskurse über Begriffe wie Sexarbeit oder auch Debatten um die Europäisierung der Flüchtlingspolitiken in Bezug auf Menschenhandel nehmen die Autorinnen ebenfalls vor.

Im Jahr 2008 erschien eine Studie der Internationalen Organisation für Migration¹ (IOM) mit dem Titel: „Trafficking of Men. A trend less considered“. Die Studie basiert auf den Daten von 685 männlichen Trafficking-Opfern aus

¹ Die IOM ist eine inter-gouvernementale Organisation, das heißt sie wird von nationalstaatlichen Regierungen finanziert und erhält auch von diesen ihre Aufträge. Ihr gehören 122 Mitgliedsstaaten an, weitere 18 Staaten und 74 nicht-staatliche Organisationen haben Beobachterstatus. Viele internationale und nationale, öffentliche und private Organisationen arbeiten an den Programmen der IOM mit. Dazu gehören Programme zur Migrationssteuerung und -kontrolle und zur Weiterwanderung und Rückkehr von Flüchtlingen und MigrantInnen.

der Ukraine und Weißrussland, die von der Organisation betreut worden sind. In den einleitenden Worten heißt es, männliche Opfer seien in der Forschung bisher vernachlässigt worden, da prinzipiell davon ausgegangen würde, nur Frauen und Kinder seien betroffen. Dies habe zur Unsichtbarkeit der vielen Männer geführt, die von Gewalt im Migrationsprozess betroffen sind.

Diese Kritik erinnert stark an jene, die feministische MigrationsforscherInnen in Bezug auf die Migration von Frauen und deren Unsichtbarmachung geübt haben. Was führt nun zu diesem Perspektivenwechsel, der im Rahmen des Anti-Trafficking-Diskurses Frauen in den Fokus stellt und Männer scheinbar vernachlässigt? Dieser Frage wollen wir im Folgenden nachgehen. Zuerst soll ein kurzer historischer Abriss die Erforschung und Darstellung von Frauen in der Migration und Sexarbeit und das Zusammentreffen dieser Diskurse in der Menschenhandelsbekämpfung aufzeigen. Im zweiten Teil soll anhand der Debatten auf einer EU-Konferenz in Wien, auf der verschiedenste Akteure des Anti-Trafficking zusammenkamen, die neueren Entwicklungen dieser Politik, die Ausweitung des Opferbegriffs und ihr Zusammenhang mit dem europäischen Migrationsregime aufgezeigt werden.

Die verstärkte Sichtbarkeit und Sichtbarmachung von Frauen im Migrationsprozess, zu der u. a. die Konjunktur der „Menschenhandelsbekämpfung“² geführt hat, ist eine neuere Entwicklung. So war von KritikerInnen zumeist die ungenügende Thematisierung der frauenspezifischen Migrationssituation durch Politik und Forschung bemängelt worden (Karrer/LeBreton-Baumgartner: 17). Wenn Frauen in der Migration heute unter anderem durch den Frauenhandelsdiskurs erhöhte Aufmerksamkeit gilt, so ist diese geprägt von der Wahrnehmung der Migrantinnen als Opfer. Von feministischen und postkolonialen AkademikerInnen und MigrantInnenorganisationen wird dieser Viktimisierungsansatz stark kritisiert (z. B. Kapur 2005). Sie heben eher Aspekte der Emanzipation und Selbstverwirklichung des Migrationsprojektes hervor und betonen die Handlungsmacht der Migrantinnen. So finden die Diskussionen um Frauen in der Migration stets in einem Spannungsfeld zwischen „limited agency“ (Sharma 2003) und Opferstatus statt. Die Gender-Migrationsforschung hat sich in den letzten Jahren vom „methodologischen Nationalismus“ (Beck 2004), d. h. von der Fokussierung auf Nationalstaaten als Analyseeinheit weitge-

² Für eine Darstellung der Entwicklung von „Menschenhandelsbekämpfung“ als zentrales Thema der EU-Migrationspolitik: Schwenken 2006: 260 ff.; Karakayali 2008: 227 ff.

hend verabschiedet und den Blick zunehmend darauf gelenkt, dass sowohl Migrationsbewegungen als auch -politiken in transnationalen Räumen und geschlechterspezifisch geprägt stattfinden (vgl. Pessar/Mahler 2001). Außerdem sind zunehmend individuelle Motivationen, Begehren, Wünsche, Ängste und Träume der MigrantInnen in den Blick genommen worden. Die Traditionslinien in der Repräsentation und Erforschung von Frauen in der Migration zwischen Autonomie und Viktimisierung, setzen sich fort und transformieren sich. Ihre Darstellung scheint uns deswegen eine notwendige Kontextualisierung der Debatten um „Menschenhandel“ zu sein. Feministische Migrationsforscherinnen haben stets die Unsichtbarmachung von Frauen in der Migration durch Politik und Forschung bemängelt. Eine viel zitierte Ausnahme von diesem „blinden Fleck“ (Prodolliet 1999) sind jedoch die bereits 1885 publizierten *Laws of Migration* von Ernest George Ravenstein. Er hatte sie aus einem Vergleich von Geburts- und Wohnort der Menschen – erfasst in britischen Zensusdaten von 1871 und 1881 – erschlossen. Das siebte Gesetz heißt: „Females are more migratory than males“ (zitiert nach: Corbett 2001). Das war eine für jene Zeit bahnbrechende Erkenntnis, die dann für die folgenden 100 Jahre wieder aus dem wissenschaftlichen Diskurs verschwinden sollte. Einige Studien erzielten zwar im Hinblick auf die PionierInnenmigration in die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien ähnliche Ergebnisse, diese wurden aber damit erklärt, dass Frauen „gezwungenermaßen“ wegen Familienzusammenführung und Heiratsabsichten migrierten (Prodolliet 1999: 97). So ging ein Großteil der Migrationsforschung lange Zeit davon aus, Frauen seien im Migrationsprozess vor allem passive Teilnehmerinnen, die – ob sie es wollten oder nicht – treu ihren Ehemännern folgten, dann aber im Zielland meist größere Schwierigkeiten hätten sich anzupassen. So schrieb zum Beispiel Everett Lee, der Begründer der Migrationstheorie der Push- und Pull-Faktoren, im Jahr 1966: „In der Tat entscheiden nicht alle Personen, die migrieren, selbst. Kinder werden – ob sie wollen oder nicht – mit ihren Eltern mitgenommen, und Ehefrauen begleiten ihre Männer, obwohl sie aus dem Umfeld, welches sie lieben, herausgerissen werden“ (zitiert nach Prodolliet 1999: 96). Helma Lutz hat in einem im Juli 2008 in Oxford gehaltenen Vortrag herausgearbeitet, dass der Begriff „Feminisierte Migration“, den Stephen Castles und Marc J. Miller (1998) geprägt haben, um die globale Zunahme der Migration von Frauen zu bezeichnen, irreführend ist. Vielmehr habe die Annahme, Frauen würden

heute mehr migrieren als früher, mit dem bisher stark männlich geprägten Blick der MigrationsforscherInnen zu tun und – so vermerkt sie ironisch – die Mainstream-Migrationsforschung könne ebenso als Malestream-Forschung bezeichnet werden (2008). Laura Oso Casas und Jean-Pierre Garson stellen folglich die Frage: „Does the feminisation of international migration actually exist, or are we merely dealing with the feminisation of the migration discourse [...] and a wider acceptance of female migration?“ (2005: 3 f.).

Blickwechsel – geschlechtsspezifische Migrationsphänomene rücken in den Fokus

Die Women's Studies rückten Gender seit Beginn der 80er Jahre in den Mittelpunkt ihrer Migrationsforschung. Sie hatten sich u. a. zum Ziel gesetzt, Frauen in der Migration sichtbar zu machen und ihren spezifischen Beitrag zur Migration hervorzuheben. Dabei gingen sie davon aus, dass alle Frauen gewisse Ausschlusserfahrungen gemeinsam haben. Einer starken Kritik wurde die frühe Frauenmigrationsforschung dann in den späten 80er/frühen 90er Jahren ausgesetzt, als zunehmend die Differenzen und Machtbeziehungen zwischen Frauen – sei es auf Grund von ökonomischem oder aufenthaltsrechtlichem Status oder auf Grund von rassistischer und heterosexistischer Diskriminierung – in den Mittelpunkt gerückt wurden. Angeregt von US-amerikanischen Feministinnen wie Angela Davis (1983) und bell hooks (2000: 57) kritisierten vor allem schwarze und migrantische Wissenschaftlerinnen das homogenisierte (weiße, der Mittelschicht angehörige) Subjekt des akademischen Feminismus (vgl. Do Mar Castro Varela/Dhawan 2004: 225). Seit Mitte der 90er Jahre kam es dann zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel und einer Entwicklung von den Frauen- zu den Gender-Studien. Gender ist zu verstehen als die sozial konstruierte und performierte Geschlechtsidentität, die Lebensstil und gesellschaftliche Stellung beeinflusst. Männlichkeiten und Weiblichkeiten (und ihre Performanz) sind ebenso in den Blick gerückt wie Lebensformen und Identitäten, die aus dem Muster der Zweigeschlechtlichkeit herausfallen.

Dass wir im Folgenden nach aller Betonung der Konstruiertheit von Geschlecht und der Fokusverschiebung auf die Performanz von Geschlechtlichkeiten doch explizit von der Migration von Frauen sprechen, liegt darin begründet, dass in dem politischen und medialen Diskurs, der von uns im Folgenden analysiert

werden soll, die „Zwangsprostitution“ von Männern bzw. Trans_personen kaum eine Rolle spielt. Treffend erläutert dies Laura-María Agustín: “I pay more attention to women, not because there are not many transgenders and men in the situations discussed, but because women provoke the scandal” (2007: 11). Unsere Analyse soll gesellschaftlichen Vorstellungen von „Weiblichkeit“, „weiblicher“ Arbeit bzw. Sexualität und Repräsentationsformen von Frauen in der Migration gelten aber auch die Veränderung und Erweiterung des Opferbegriffs in Zusammenhang mit dem Europäischen Grenzregime bringen. Einer der Arbeitsbereiche, in die verstärkt Migration stattfindet und die von Prekarisierung und Entrechtung geprägt sind, ist die Sexindustrie. Unsere These lautet, dass es in der viktimisierenden Darstellung von Frauen in der Sexarbeit ähnliche Muster gibt wie in der Darstellung von Frauen in der Migration. Im Menschenhandelsdiskurs vermischen sich beide Bildstrukturen, die Unterscheidung zwischen Sexarbeit als Arbeit und sexualisierter Gewalt wird nicht mehr vorgenommen und darüber wird die Einschränkung von Migrantinnenrechten legitimiert und Sexarbeiterinnen wird die Anerkennung ihrer Arbeit als Dienstleistung verweigert.

Sexarbeit ist Arbeit

Die Verwendung des Begriffs „Sexarbeit“ ist mit einer Positionierung verbunden. Sie optiert für die Anerkennung dieser von Doppelmoral und Tabuisierung geprägten Tätigkeit als Dienstleistung und damit verbundener Arbeitsrechte. Diese Anerkennung sehen wir als Voraussetzung, um Ausbeutung und Gewaltverhältnisse, denen SexarbeiterInnen häufig ausgesetzt sind, verändern zu können (vgl. Mitrovic 2008). Anerkennung und Rechte sind notwendige Bedingungen für eine echte Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von SexarbeiterInnen, die im Opfer-Helfer-Täter-Dreieck nicht gewährleistet sind. Sexarbeit essentialisiert Prostitution nicht zu einer (negativ konnotierten) sozial-psychologischen Identitätskategorie von Frauen, sondern beschreibt eine Erwerbstätigkeit, die ihre gesellschaftliche Position nur teilweise bestimmt (Kempadoo 1998: 3). Agnieszka Zimowska stellt in ihrer Forschung zu deutsch-polnischer Grenzprostitution heraus, dass viele der osteuropäischen Sexarbeiterinnen sich selbst nicht als Prostituierte mit all den eingeschlossenen Konnotationen verstehen. Der Begriff der „Sexarbeiterin“ betone daher eher

den entscheidenden Kontext einer ökonomisch machtvollen Dienstleistung (2004: 50).

In Bezug auf den Anti-Menschenhandels-Aktivismus lässt sich feststellen, dass dieser sich vornehmlich aus dem Spektrum speist, das sich selbst – in Bezugnahme auf die Anti-Sklaverei-Bewegung in den USA – abolitionistisch nennt und Sexarbeit grundsätzlich ablehnt. Die VertreterInnen der Pro-Sexworker-Position sind hingegen der Ansicht, Sexarbeit und Migration seien nicht mit Zwang und Gewalt gleichzusetzen und das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung von Zwangs- und Gewaltsituationen sei es, sowohl SexarbeiterInnen als auch MigrantInnen in ihren Rechten zu stärken, und nicht, sie zu schutzbedürftigen Opfern zu deklarieren.

Stigmatized women – stigmatized movements

Wir gehen davon aus, dass der Menschenhandelsdiskurs die Rechte von Migrantinnen und Sexarbeiterinnen (ob mit oder ohne deutschem Pass) einschränkt und dass dies mit der diskursiven Vermischung von Sexarbeit und sexualisierter Gewalt in Zusammenhang steht. Sexarbeit zählt zu den Dienstleistungs-Branchen, in denen eine große Nachfrage nach Migrantinnen besteht. Zudem steht dieses Arbeitsgebiet “low-skilled” oder “de-skilled migrants”³ offen und bietet – je nach Arbeitsplatz – gute Einkommensmöglichkeiten (vgl. Caixeta 2006). Gleichzeitig ist es aber ein Arbeitsfeld, das unvergleichlich vielen moralischen und politischen Diskussionen ausgesetzt ist. Die Entscheidung, in der Sexindustrie zu arbeiten, scheint nicht als legitime Option zu gelten. Demzufolge werden SexarbeiterInnen entweder als Opfer oder ihre Praxis als moralisch verwerflich diskutiert. So schreibt Ratna Kapur:

“By invariably associating trafficking with sexual exploitation, women who move are implicitly suspected of crossing borders for the purposes of sex, which stigmatizes their movement. As such, women and their movement are viewed through the lenses of criminality and stigma, and the woman herself is rendered both a victim as well as an immoral subject” (2005: 119).

³ Im Gegensatz zu den stark umworbenen “high skilled” MigrantInnen verlieren viele Menschen im Laufe ihrer Migrationsbewegung ihren Ausbildungsstatus, da ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden oder eine Anerkennung auf Grund ihres „vorübergehenden“ Aufenthaltsstatus auch gar nicht gewünscht ist.

Die Migration von Frauen – aber eben nicht nur die – wird über den Begriff des sogenannten „Menschenhandels“ viktimisiert und reguliert. Es geht uns nicht darum zu negieren, dass Migrantinnen auf Grund ihres unsicheren Aufenthaltsrechtlichen und/oder arbeitsrechtlichen Status häufig Zwangssituationen und Gewaltverhältnissen ausgesetzt sind, besonders wenn sie in solch prekären und stigmatisierten Branchen wie der Sexindustrie arbeiten. Doch in vielen Beschreibungen dieser Problematik wird den migrierenden Frauen ihre Handlungsmacht abgesprochen und die Tatsache, dass diese nicht nur Opfer sind, sondern auch Entscheidungsspielräume nutzen, wird vernachlässigt. Weiterhin wird die Involviertheit der bundesdeutschen und europäischen Migrationspolitik meist nicht thematisiert. Die Darstellungen betonen hingegen meistens die Fremdheit der Täter sowie der Opfer, verorten das Problem in obskuren „ethnischen Netzwerken“ und erklären hauptsächlich die „Organisierte Kriminalität“ (vgl. Karakayali 2008: 236) für verantwortlich.

Die Konsequenzen dieser viktimisierenden Diskurse zum „Menschenhandel“ sind aber nicht nur als paternalistisch zu kritisieren, sie haben auch repressive Folgen für „irreguläre“ MigrantInnen. Wenn es also durchaus als positiv gesehen werden könnte, dass sich die EU mit der Thematik beschäftigt, so ist das Thema, das ursprünglich von feministischen und Frauenorganisationen auf den Tisch gebracht wurde, heute leider ein Instrument, um Migration zu bekämpfen. Auf der großen EU-Konferenz zu Menschenhandel, die im Februar 2009 in Wien stattfand, zeigte sich das bereits anhand der TeilnehmerInnen. Keine einzige Frauenorganisation war auf dem Podium vertreten. Stattdessen kamen dort sämtliche Agenturen und Akteure der Migrationspolitik zusammen: Ministerien des Inneren, der Justiz, die Internationale Organisation für Migration (IOM), Europol, die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX⁴. Der Diskurs der „Menschenhandelsbekämpfung“ ermöglicht zum einen, neue Arbeitsbündnisse zu schaffen, zum Beispiel zwischen EU-Institutionen, Agenturen wie der IOM und lokalen NGOs, die Daten zu betroffenen Migrantinnen liefern können. Vor allem aber ermöglicht er es, die Rückführung von MigrantInnen in ihre „Heimatländer“ als „Rettungsmaßnahme“ darzustellen.

Zum anderen dient der Diskurs um „Menschenhandel“ dazu, der EU-Flüchtlings-

⁴ *FRONTEX* (franz.: *Frontières Extérieures* = Außengrenzen): Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union. Seit 2004 koordiniert sie die Kooperation der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen und unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten.

politik ein positiveres Image zu verschaffen. Im Folgenden soll die Bedeutung des Menschenhandelsdiskurses für die Europäisierung von Migrationspolitik aufgezeigt werden. An der Rhetorik der Wiener Konferenzbeiträge wird der dramaturgische Bogen von dem humanistischen Narrativ der notwendigen „Opferrettung“ zum Ruf nach effizienterer Migrationsregulierung deutlich.

Die Europäisierung der Migrationspolitik und der Menschenhandelsdiskurs

Die Untersuchung heutiger Migrationspolitik auf der Regierungsebene der Europäischen Union verlangt einen weiten Blick auf verschiedenste Akteu-rInnen, Netzwerke und temporäre Arbeitsbündnisse. Hierbei sind nicht nur die Nationalstaaten, sondern auch nicht-staatliche und zwischen-staatliche Institutionen beteiligt. Im Prozess der Europäisierung ist die Ausweitung des Akteursfeldes ein bestimmendes Element der neuen Migrationspolitik. Auf die grenzunterlaufende Bewegung der Migration zielt die Machtausübung einer Gesamtheit an Akteuren, Diskursen, Institutionen etc. ab. Für die Machtausübung spielen Diskurse wie der Menschenhandelsdiskurs, die Vermittelbarkeit der Migrationspolitik und eine spezifische Wissensproduktion eine herausragende Rolle. Die Charakteristika der heutigen EU-Migrationspolitik stellen einen Versuch dar, Migration regierbar zu machen und hängen dabei mit einem Paradigmenwechsel von Migrationskontrolle zu Migrationsverwaltung zusammen. In den 1990er Jahren kriselte die nationalstaatliche Migrationskontrollpolitik. In diesem Jahrzehnt wurde offenbar, dass sich die transnationalen Migrationsbewegungen nicht an die strengen disziplinarischen nationalstaatlichen Regeln hielten. Die 90er in Deutschland begannen mit gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und dem sogenannten „Asylkompromiss“, einer Änderung des Grundgesetzes, die die Möglichkeit, sich erfolgreich auf das Asylrecht zu berufen, stark einschränkte. Die Maßnahmen wirkten erheblich auf die Vielzahl individueller Schicksale von MigrantInnen in Deutschland, vermochten aber nicht die Migrationsbewegung im allgemeinen aufzuhalten. An dieser Stelle offenbarte sich eine gewisse Machtlosigkeit der Nationalstaaten, die der Europäisierung einen Schub verlieh. Durch die Europäisierung der Migrationspolitik wurden intergouvernementale Institutionen wie die *IOM* oder die

*ICMPD*⁵ immer wichtiger, da sie den Vorteil haben, ganz wie die Migrationsbewegung(en) selbst, transnational agieren zu können und sich auf verschiedenen Ebenen zu bewegen. Die *ICMPD* entstand sogar erst durch die Krise der Migrationspolitik 1993, um die staatliche Regulationsfähigkeit auszubauen. Laut Vassili Tsianos ist die *ICMPD* seither eng mit dem Stichwort "global migration management" verbunden. So erstaunt es kaum, dass gerade der Gründer der *ICMPD*, Jonas Widgren, als einer der Vordenker der Vergemeinschaftung und Europäisierung der Migrationspolitik gilt. Er forderte die „radikale Europäisierung“ (Hess 2008b) der Migrationspolitik. Die *ICMPD* böte sich als optimaler Partner an, der nicht auf die nationalen wahlpolitischen Kalküle der InnenministerInnen Rücksicht nehmen müsse. Auf AkteurInnen wie *IOM* und *ICMPD* werden Aufgaben der Migrationsverwaltung, wie Wissensproduktion über Migration oder Rückführungen und Abschiebungen übertragen. Sie sind Agenturen, also Dienstleister im Feld der Migrationspolitik und übernehmen Regierungstätigkeiten auf lokaler, nationaler und EU-Ebene. Für ihre Arbeit ist es wichtig, dass sie sich im Kräftefeld der Migrationspolitik behaupten. Damit hängt auch zusammen, dass die Arbeit dieser AkteurInnen vermittelbar sein muss. So erklärt sich auch der offene Umgang mit kritischen ForscherInnen und Interessierten am Thema Menschenhandel. Auf diese transparente und einladende Regierungspraxis weist bereits Sabine Hess (vgl. 2008a) hin. Aus ihrer Forschung bei der *ICMPD* im Kontext ihres Habilitationsprojekts beschreibt sie die Zugänglichkeit zu allen Konferenzen, Geschäftsessen etc. Sie wundere sich in ihren Beschreibungen immer wieder über eine „Politik als Brainstorming“ (ebd.), die vor allem informell funktioniere und die sie schließlich als „höchst effektives politisches Instrument“ (ebd.) analysiert. Sie stelle eine Methode dar, die gerade angesichts der „Komplexität der Migrationspolitik, die Migrationsmanagementlogik“ (ebd.) verallgemeinere. Sabine Hess stellt also heraus, dass die Transparenz in der Politikpraxis als Aspekt der „Migrationsmanagementlogik“ gedeutet werden kann. Die Politik ordnet nicht mehr an, sondern sucht andere Wege der Beeinflussung und macht damit auch eine neue Vermittelbarkeit der Migrationspolitik nötig. Auf der EU-Konferenz „Richtlinien

⁵ Seit 1993 existiert in Wien das International Centre for Migration Policy Development (*ICMPD*), dem große Bedeutung in der staatlichen Migrationsforschung zukommt. Ihm kann eine zentrale Rolle in der Erfassung, Auswertung und Regulierung von internationalen Migrationsbewegungen zugeschrieben werden. Es ist auf verschiedenen Gebieten aktiv, die von Visumpolitik und „border management“ bis hin zu Fragen von Rückübernahmeabkommen und der Bekämpfung von „Menschenhandel“ reichen.

zur Datensammlung im Kampf gegen Menschenhandel inklusive komparativer Indikatoren“ konnten wir ähnliches beobachten. Auf der Konferenz in Wien wurden am 23. und 24. Februar 2009 die Ergebnisse eines 18monatigen Projekts präsentiert, das die Vereinheitlichung der Datensammlung zum Thema Menschenhandel zum Ziel gehabt hatte. Ausgerichtet wurde die Konferenz vom Österreichischen Innenministerium und der *IOM*. Ko-finanziert wurde das Projekt von der Europäischen Kommission⁶. Wir waren ebenfalls überrascht über die Transparenz, den Zugang und die Erreichbarkeit des Establishments der Politikszene und den Zugang zu allen Besprechungen auf der Konferenz. In der Nachbereitung der Konferenz wurden uns alle Power-Point-Präsentationen zugesandt und weiterhin werden wir per e-mail zu Folgekonferenzen eingeladen und bekommen die Tagungsberichte im Anschluss zugesandt. Aus unserer Sicht hängt die Transparenz im Fall der Konferenz in Wien auch mit der Akteursvielfalt zusammen, die ein „Networking“ notwendig macht. Dass, wie im Fall von Sabine Hess, auch KritikerInnen die Türen geöffnet werden, ist auf eine Vermittlungsstrategie zurückzuführen, die für Organisationen wie *IOM* und *ICMPD* kennzeichnend ist. Ihnen fällt, so Sabine Hess und Vassilis Tsianos, die gesellschaftspolitische Funktion der Vermittlung der Migrationspolitik der westlichen Industrienationen zu (vgl. Lenz 2009: 11). „Denn eine effektive Regierung der Migration bedarf nicht nur der technischen Umsetzung von Gesetzen in Verwaltungshandeln. Offenbar [...] sind Aushandlung, die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit und Diskursproduktion unabdingbare Elemente von Implementierungsprozessen in Sachen Migration“ (Hess/Karakayali 2007: 41). Deshalb sehen wir auch im Begriff des „Migrationsmanagements“, der von den Institutionen der Migrationsregulierung verwendet wird, hauptsächlich eine Vermittlungsstrategie. Herauslesen lässt sich dies an einem drastischen Beispiel: *IOM* und *ICMPD* forderten im April 2008 ihre Mitarbeiter in einer Rundmail auf, die bislang übliche erste Nennung aller migrationspolitischen Anstrengungen – „the fight against irregular migration“ – aus dem Organisationsziel zu streichen, da sich dies nicht mehr vermitteln ließe (vgl. Hess 2008a). In der aktuellen Migrationsforschung ist es beliebt, ebenfalls den Begriff „Migrationsmanagement“ zu verwenden, wir haben uns aber dagegen entschieden, da diese Bezeichnung sowohl die disziplinarischen Formen der Migrationspolitik wie Lager, Abschiebung, Haft etc. zu überdecken versucht

⁶ Generaldirektion für Justiz, Freiheit und Sicherheit unter dem Programm „Kriminalitätsbekämpfung 2007“.

als auch de facto Migrationsregulierung verharmlost. Wir werden deshalb im Weiteren Migrationsregulierung auch als solche benennen oder in Anlehnung an Foucaults „Bevölkerungsverwaltung“ von „Migrationsverwaltung“ sprechen, da diese Bezeichnung im Sinne Foucaults auch disziplinarische Formen meint. Zwischen der gouvernementalen Form der Bevölkerungsverwaltung und dem „Migrationsmanagement“-Begriff lassen sich Parallelen ziehen. Für beide ist die Migration als Bewegung interessant und es gilt diese zu beeinflussen. Eine der Möglichkeiten der Beeinflussung sind „Aufklärungskampagnen“ in den Ländern des Migrationsbeginns. Um die Bewegung der Migration lenken zu können, braucht die Regierung der Migration ein spezifisches Wissen über ihren Verlauf. Zur Produktion eines solchen Wissens kommen auf der Ebene der EU immer wieder Kooperationen zustande. Ein Beispiel für so eine Kooperation ist die „I-Map“⁷. Diese machte eine Vernetzung zwischen *ICMPD*, *EUROPOL*⁸, *FRONTEX* und den am „Dialogue on Mediterranean Transit Migration“ beteiligten Staaten möglich. Gemeinsam wurde eine internetgestützte digitale Karte entwickelt, die versucht, den afrikanischen und mediterranen Raum der Migrationsbewegung(en) in „Echtzeit“ kartographisch zu repräsentieren. Auch ein digitales Archiv der relevanten Daten von Migrationsströmen wurde angelegt (vgl. Tsianos 2008: 1). Ein anderes Beispiel ist die von uns besuchte Konferenz in Wien. Das Datensammelungsprojekt, das auf der EU-Konferenz vorgestellt und diskutiert wurde spielt dabei ebenfalls der Routenkenntnis zu, da Daten zum „Ablauf des Menschenhandels“ gesammelt werden, das heißt es wird nach der Art des Grenzübertritts und deren Praktiken gefragt. Darüber hinaus geht es um die Quantifizierung personenbezogener Daten der „Daten über Opfer“ und der „Daten über Menschenhändler“. Bei den Geladenen sowie den RednerInnen handelte es sich um ca. 170 RepräsentantInnen verschiedener Nationalstaaten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, Europäischer Agenturen wie *EUROPOL* und *FRONTEX*, internationaler und regionaler Organisationen und um AkademikerInnen. Die Beispiele zeigen das Zusammenwirken vieler

⁷ <https://www.imap-migration.org> (10. 11. 2011).

⁸ *EUROPOL* ist eine unabhängige Einrichtung der Europäischen Union, die zum Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit gehört. Sie soll die Arbeit der nationalen Polizeibehörden Europas im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität koordinieren und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden fördern. Arbeitsbereiche sind unter anderem die Terrorismusbekämpfung, die Bekämpfung und Prävention des illegalen Waffenhandels, des Drogenhandels, der Kinderpornografie, der Geldwäsche und des „Menschenhandels“.

AkteurInnen, das im „direkten Zusammenhang mit einem veränderten Modus politischer Praxis im Rahmen der Europäischen Kommission“ (Bahl/Ginal/Hess 2009b: 12) steht. Die Europäische Kommission formuliert die veränderte politische Praxis unter dem Titel "European Governance" wie folgt: „Angesichts der globalen Herausforderungen, sei Politik ‚dezentral‘, auf ‚multiplen Ebenen‘, in ‚Netzwerken‘, unter ‚strategischer Partizipation der Zivilgesellschaft‘ und der starken Einbeziehung von ‚Experten-Wissen‘ zu gestalten“ (EU-Kommission 2001). Das wissensbasierte Regieren wird dabei auch als *network state*“ (Tsianos 2008: 1) bezeichnet. Das Fehlen eines eindeutigen Entscheidungszentrums soll so zum Ausdruck gebracht werden. Die Migrationspolitik der Europäischen Union kann also als ein Mehrebenensystem mit „spezifischen mehrdimensionalen und dezentralisierten Formen der Entscheidungsstrukturen“ (ebd.) verstanden werden. Im Sinne einer Netzwerkpolitik sehen wir den „Runden Tisch“ als ein Sinnbild für diese Form der Migrationspolitik. Das weite Feld unterschiedlicher Interessen macht eine fortwährende Aushandlung nötig. Die AnthropologInnen Aradhana Sharma und Akhil Gupta verstehen Politik deshalb als konfliktiven Prozess (vgl. 2006: 165). In den Debatten ist die diskursive Verhandlung und Bewertung von Sachverhalten sehr wichtig. Was innerhalb des Kräftefeldes der Migrationspolitik als wahr bewertet wird, wird wirkungsmächtig innerhalb des Feldes und in Bezug auf die Bewegung der Migration. Ein Beispiel für diesen konfliktiven Prozess sind die Debatten um den Menschenhandel. Der Menschenhandelsdiskurs vereint sowohl feministische Positionen, AkteurInnen des „Opferschutzes“ sowie nationalstaatliche und strafverfolgende AkteurInnen und wird dabei immer wichtiger für die Migrationspolitik. So war die Ausspielung und Hegemonialisierung des Menschenhandelsdiskurses ein zentrales Einfallstor für die dominante Stellung der *IOM* auf globaler Ebene (vgl. Bahl/Ginal/Hess 2009a: 7). Aber nicht nur die *IOM* macht sich den Diskurs zu eigen, auch andere AkteurInnen der Migrationsregulierung, wie das Innenministerium Österreichs, *FRONTEX* und *ICMPD* greifen den Diskurs auf. Dabei stellt der Anti-Trafficking-Diskurs den Kompromiss dar, unter dem die diversen Interessen der beteiligten Institutionen zusammenfinden. Der Diskurs wirkt äußerst produktiv. Wie die Beispiele zeigen, aktiviert die Menschenhandelsbekämpfung eine Unmenge unterschiedlichster AkteurInnen. Dabei endet die Wirkmächtigkeit des Diskurses nicht beim Einbezug neuer AkteurInnen. Er dient darüber hinaus als Argument für verschiedene weitere

Instrumente der Migrationsregulierung wie die Wissensproduktion über Migration oder die Rückführung bzw. „freiwillige Rückkehr“. Das Paradoxon zwischen „Opferschutz“ und der Rückführung ins „Heimatland“ wird dabei als nicht widersprüchliche Wirklichkeit vermittelt. Wichtig ist hier eine Rhetorik, die die Menschenhandelsbekämpfung als ein moralisches Thema verhandelt und die „freiwillige Rückkehr“ und Rückführung als „Rettung“ inszeniert.

Die ungeheure Bandbreite an Effekten des Menschenhandelsdiskurses möchten wir anhand einer Rede nachvollziehbar machen. Es handelt sich um die repräsentative Eröffnungsrede zur EU-Konferenz in Wien von Maria Fekter (Innenministerin Österreich). Bei ihrer Rede handelt es sich nicht um einen Einzelfall, vielmehr legt sie eine Logik der Migrationspolitik offen, die im Zusammenhang mit Menschenhandel zutage tritt. Migration und Kriminalität werden dabei miteinander verknüpft und die MigrantInnen entweder als „Opfer“ oder „Täter“ fokussiert, wobei der Schwerpunkt Frau Fekters bei den Betroffenen von Menschenhandel lag. Sie begann ihre Rede damit, die Notwendigkeit zu betonen, den Betroffenen von Menschenhandel zu helfen und endete bei der Forderung nach Rückführung in das Herkunftsland, mit der Begründung die Menschen könnten den Gefahren zu Hause am besten standhalten. Doch wer wird als „Opfer“ definiert und somit zum Objekt der Schutzbehauptung? Die Antwort lieferte Frau Fekter sofort, als sie die Neuheit proklamierte, der Menschenhandelsbegriff sei auf Männer auszuweiten. Bisher bezogen sich Konferenzen, Dokumente und EU-Papiere auf Frauen und die Gewalt, der sie im Migrationsprozess ausgesetzt werden. Von KritikerInnen wurde diese Politik bemängelt, da sie im Sprechen über Menschenhandel vor allem Sexarbeiterinnen und MigrantInnen fokussierte. Frau Fekter ging aber noch einen Schritt weiter und sprach von „potentiellen Opfern“, womit laut unterschiedlicher TeilnehmerInnenstimmen „Fremde in der EU und MigrantInnen in prekären Lebenssituationen“ gemeint seien. Diese Menschen seien besonders verletzlich. Das bedeutet, dass sich die Basis für die Datenerhebung beachtlich ausweitete. Für die Migrationsregulierung heißt das, dass finanzschwache und irreguläre MigrantInnen als „potentielle Opfer“ gegen ihren Willen in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können oder zur „freiwilligen Rückkehr“ bewegt werden. An dieser Stelle wird die Perfidität des Menschenhandelsdiskurses offenbar. Altgediente VertreterInnen repressiver Migrationskontrollen und Entrechtung können sich durch die Aneignung des Menschenhandelsdiskurses im neuen

Gewand einer humanistischen Erzählung präsentieren. Maria Fekter, die sich auf der Konferenz für „Opfer“ von Menschenhandel stark machte, hat sich bisher vor allem durch repressive Forderungen zur Asylpolitik hervor getan. Mutmaßlich straffällig gewordene AsylbewerberInnen hätte die Innenministerin gerne auch ohne eine rechtskräftige Verurteilung abgeschoben, Rechtsberatungsstellen strich sie das Geld und den gesonderten Antrag auf humanitäres Bleiberecht will sie ganz abschaffen (vgl. taz 18. 09. 2009; Wutscher 2009). Ilkka Laitinen, der Geschäftsführer *FRONTEX* und ein anderer Podiumssprecher auf der Konferenz führte den „Opferschutz“ ad absurdum. Er präsentierte seine Agentur als Ausgangspunkt der Bekämpfungserfolge, da die Grenzbeamten die Ersten und die Letzten seien, die die Menschenhandelsopfer identifizieren könnten. Dabei steht *FRONTEX* für den gegen EU-Konventionen und Menschenrechte verstoßenden Kampf gegen irreguläre MigrantInnen, deren Rechte im Zuge von Abschiebungen untergraben werden (vgl. Georgi/Kasperek 2009). Das legt eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den Forderungen, Betroffene des Menschenhandels zu retten und zu schützen und den fatalen menschenrechtsverletzenden Auswirkungen des Diskurses auf MigrantInnen offen. Das Beispiel der Wiener Konferenz „Richtlinien zur Datensammlung im Kampf gegen Menschenhandel inklusive komparativer Indikatoren“ zeigt deutlich, dass der Menschenhandelsdiskurs auf der Ebene der europäischen Union der Migrationsregulierung zuspielt. Unterschiedlichste AkteurInnen versammeln sich mit dem Ziel, den „Menschenhandel zu bekämpfen“. Die Argumentationen sind dabei ähnlich. Sie beginnen bei den Menschenrechten und enden bei der Migrationsregulierung. Das Problem der schwachen Datenlage soll durch die Erhebung neuer und erweiterter Datenmengen behoben werden. Allein der Einbezug von Männern in die Definition des Menschenhandels vervielfacht die Datenmenge. Diese spielt der Einrichtung einer Datenbank für eine gouvernementale und somit wissensbasierte Migrationsregulierung zu. Diskursiv ausgeschlossen bleiben Kritiken, wie Migration nicht generell zu kriminalisieren oder MigrantInnen vor Abschiebungen zu schützen. Im Gegenteil werden weiterhin Rückführungen durchgeführt und als „Rettungsmaßnahmen“ und „Opferschutz“ deklariert. Der Menschenhandelsdiskurs macht dabei die Migrationspolitik als humanistisch-moralische Maßnahme vermittelbar und eignet sich scheinbar gut für die Beeinflussung der Migrationsbewegung. Die Praxis der Migrationspolitik gibt sich für Außenstehende offen und transparent. Ziel

der Konferenz war es, die Datensammlung zu organisieren und im Weiteren lokale AkteurInnen zu aktivieren, da die jährlichen Berichte zur Datensammlung in Verbindung mit der Menschenhandelsbekämpfung aus deren Arbeit generiert werden. Deshalb werden „Runde Tische“, Kooperationen und Vernetzungen gefordert, die den Wirkungsradius des Menschenhandelsdiskurses unter Einbezug lokaler AkteurInnen weiter ausdehnen. Verdeutlicht wird die Aktualität und zunehmende Brisanz des Themas unter anderem durch den „Anti-Trafficking Day“ der EU, der vom 19. – 20. Oktober 2009 in Brüssel stattfand. Unter den RednerInnen waren Maria Fekter (*BM.I Österreich*), Ilkka Laitinen (*FRONTEX*), William Lacy Swing (*IOM*). Auch der ehemalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble war vertreten. Es ist vorauszusehen, dass die Zusammenarbeit dieser AkteurInnen verstärkt der Regulierung von Migrationsbewegungen gelten wird. Im September diesen Jahres forderten z. B. die Regierungsparteien Österreichs, das „Fremdenrecht“ erneut zu verschärfen. Konkret bedeutet dies: Flüchtlinge, die über Drittstaaten eingereist sind, sollen künftig automatisch in Abschiebehaft genommen werden. Abgeschoben werden soll auch, wenn das Berufungsverfahren noch läuft oder nach negativem Asylbescheid ein Folgeantrag gestellt wurde. Asylbewerber, die sich als minderjährig ausgeben, sollen per Handwurzelröntgen entlarvt werden, was Mediziner für wenig zuverlässig und ethisch bedenklich halten (taz 18.9. 2009)). Gefordert werden diese Neuerungen – die unter anderem auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen – von der Innenministerin Österreichs Maria Fekter, die sich mit großem Engagement für die Menschenhandelsbekämpfung einsetzt.

Literatur:

- Agustín, Laura María. 2008. *Sex at the margins. Migration, Labour Market and the Rescue Industry*. London & New York: Zed Books.
- Bahl, Eva, Ginal, Marina und Sabine Hess. 2009a. „Zur Funktionalität des „Anti-Trafficking“-Diskurses: Ein Rekonstruktionversuch von unheimlichen Arbeitsbündnissen auf lokaler und europäischer Ebene“, in: *Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* (Hg.). Ohne Titel. Berlin/Hamburg: Assoziation A (im Erscheinen).
- Bahl, Eva, Ginal, Marina und Sabine Hess. 2009b. „Feministische Kritik am europäischen Grenzregime: Zur Funktionalität des Anti-Trafficking Diskurses“, in: Zapata, Martha und Stefanie Kron (Hg.). *Publikation der Vorlesungsreihe „Gender, Migration und Diaspora in den Amerikas“*. Berlin: Tranvía (im Erscheinen).
- Beck, Ulrich. 2004. *Der kosmopolitische Blick oder Krieg und Frieden*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Caixeta, Luzenir. 2006. „Jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses“, *Kulturrisse 0406. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik: Organisation der Unorganisierbaren*, Wien. Electronic Document. <http://kulturrisse.at/ausgaben/042006/oppositionen/jenseits-eines-simplen-verelendungsdiskurses> (10.11.11).
- Castles, Stephen und Marc J. Miller. 1998. *The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World*. London: Macmillan Press Ltd.
- Corbett, John. 2001. *Ernest George Ravenstein: The Laws of Migration*, 1885. Electronic Document. <http://www.csiss.org/classics/content/90> (16.09.09).
- Davis, Angela. 1981. *Women, Race & Class*. New York: Random House.
- Dhawan, Nikita und Maria Do Mar Castro Varela. 2004. „Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention“, in: Roß, Bettina (Hg.). *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 205–226.
- EU-Kommission. 2001. „European Governance. A white paper.“ Electronic Document. http://ec.europa.eu/governance/white_paper/en.pdf (01.09.09).
- Georgi, Fabian und Bernd Kasperek. 2009. „Jenseits von Staat und Nation. Warum Frontex abzuschaffen ist“, *Widersprüche im erweiterten Grenzraum. Materialien gegen Krieg, Repression und andere Verhältnisse*, Nr. 7, S. 39–42.
- Gupta, Akhil und Aradhana Sharma. 2006. „Bureaucracy and Governmentality“, in: Gupta, Akhil und Aradhana Sharma (Hg.). *The Anthropology of the State. A Reader*. Oxford: Blackwell Publishing. S. 165–169.
- Hess, Sabine. 2008a. „Wettbewerb um die besten Köpfe“, Vortrag gehalten zum Kunstprojekt „Global Migration Service“ im Rahmen der „Temporären Skulptur“ im öffentlichen Raum in Berlin am 27.05.2008.
- Hess, Sabine. 2008 b. „How to study policy? Eine ethnografische Netzwerkanalyse der neuen Formen des Regierens der Migration in Europa“, Vortrag gehalten in Frankfurt am Institut für Kulturanthropologie am 12.06.2008.
- Hess, Sabine und Serhat Karakayali. 2007. „New Governance oder Die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement“, in: Transit Migration (Hg.). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: Transcript. S. 39–56.
- Hooks, bell. 2000. *Feminism is for Everybody: Passionate Politics*. London: Pluto Press.
- Kapur, Ratna. 2005. „Travel Plans: Border Crossings and the Rights of Transnational Migrants“, *Harvard Human Rights Journal*, Vol. 18, S. 107–138.
- Karakayali, Serhat. 2008. *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: Transcript.
- Karrer, Christina, LeBreton-Baumgartner, Maritza und Regula Turttschi. 1996. *Entschieden im Abseits. Frauen in der Migration*. Zürich: Limmat Verlag.
- Kempadoo, Kamala. 1998. „Globalizing Sex Workers' Rights“, in: Doezeema, Jo und Kamala Kempadoo (Hg.). *Global Sex Workers. Rights, Resistance and Redefinition*. New York & London: Routledge. S. 3–28.

- Lenz, Ramona. 2009. „We have to convince them that they are victims. Zur gezielten Viktimisierung migrantischer Sexarbeiterinnen“, in: Lauth Bacas, Jutta (Hg.). *Migranten ohne Papiere – ohne Rechte in Europa? Ethnologische Beiträge zur irregulären Migration*. Wien & Berlin: LIT-Verlag.
- Leonhard, Ralf. 2009. „Verstoß gegen Menschenrechtskonvention. Österreich verschärft Ausländerrecht“, in: *taz, die tageszeitung*, Ausgabe vom 18.09. 2009, Electronic Document. <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/oesterreich-verschaerft-auslaenderrecht> (01.10.09).
- Lutz, Helma. 2008. „Gender in the migratory process“, Vortrag gehalten auf der Conference on Theories of Migration and Social Change, St. Ann's College, Oxford, 1.–3.Juli 2008. Electronic Document. <http://www.imi.ox.ac.uk/pdfs/helma-lutz-gender-in-migratory-processes> (25.09.09).
- Mahler, Sarah und Patricia Pessar. 2001. „Gender and Transnational Migration.“ Electronic Document. <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/WPTC-01-20%20Pessar.doc.pdf> (10.11.11).
- Mitrovic, Emilja. 2008. „Prostitution oder Sexarbeit?“, *Sul Serio*, Nr. 13: WARE LUST MACHT ARBEIT. S. 10.
- Oso Casas, Laura und Jean-Pierre Garson. 2005. „The Feminisation of International Migration.“ Electronic Document. http://esomi.es/uploads/publicaciones/articulos/2005-OSO-GARSON_feminisation%20of%20migration%20OCDE-UE.pdf (27.08.09).
- Prodolliet, Simone. 1999. „Ohne Migrantinnen geht wirtschaftlich nichts. Frauen – der blinde Fleck in der Migrationsforschung“, *Widerspruch – Beiträge zur sozialistischen Politik*. 19/37: Flüchtlinge, Migration und Integration. S. 95–106.
- Schwenken, Helen. 2006. *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld: Transcript.
- Sharma, Nandita. 2003. „Travel Agency: a critique of anti-trafficking campaigns“, *Refuge*. 21/3. S. 53–65.
- Tsianos, Vassilis. 2008. „Die Karte Europas und die Ströme der Migration.“ Electronic Document. <http://www.grundrisse.net/grundrisse27/stroemeDerMigration.htm> (27.04.09).
- Wutscher, Irmi. 2009. „Maria, gnadenlos. Ihrem Ruf als Hardlinerin ist Innenministerin Maria Fekter mit dem Regierungsprogramm gerecht geworden“, *an.schläge. Das feministische Magazin*. Februarausgabe, o.S..
- Zimowska, Agnieszka. 2004. „Der Internationale Frauenhandel als Migrationschance? Neue Perspektive auf Handlungsstrategien migrantischer Sexarbeiterinnen in der deutsch-polnischen Grenzprostitution“, in: Roß, Bettina (Hg.). *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 49–66.

Leben ohne Papiere in Marseille – Alltagspraxen illegalisierter Migranten in Europa

Kristine Wolf

Zusammenfassung

Der Artikel präsentiert grundlegende Ergebnisse einer empirischen Forschung, die 2007 aus ethnologisch-kulturanthropologischer Perspektive zu Lebenssituation, (Arbeits)Alltag sowie zu spezifischen Handlungspraxen von Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung („sans-papiers“) in der mediterranen Hafenstadt Marseille durchgeführt wurde. Die Untersuchung stellte sich einerseits die Aufgabe, die prekären Lebensrealitäten „illegalisierter“ Migranten zu beschreiben. Dies impliziert, die mehrdimensionalen Begrenzungen rechtlicher, sozialer und ökonomischer Art zu benennen, die auf der Ebene europäischer und nationalstaatlicher Migrationspolitik ein starres Korsett zwingender Herrschaftsverhältnisse bilden. Andererseits spürte die Autorin auf individuell-subjektiver Ebene des täglichen Lebens nach den konkreten Wahrnehmungen von „Illegalität“ und den Selbstpositionierungen betroffener algerischer und türkisch-kurdischer Protagonisten. Es wird deutlich, dass die spezifischen Umstände ihrer gelebten Wirklichkeit im Zwischenraum von einer Dialektik existentieller Notwendigkeiten, sozialer und politischer Gegebenheiten und dem prioritären Ziel der Regularisierung geprägt sind. Entwickelte Handlungsroutinen und Widerstandsräume müssen jeden Tag auf's neue ausgehandelt werden.

Einleitung

„Menschen ohne Papiere“ – das sind juristisch gesprochen jene, die sich ohne gültigen Aufenthaltstitel auf dem Territorium eines Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. Neben Migranten¹ avancierten

¹ Im Folgenden werden nur die maskulinen Bezeichnungen für Personengruppen, Berufe etc. verwendet. Die Entscheidung beruht auf stilistischen Erwägungen und ist nicht Ausdruck der Höherbewertung einer Genderkategorie.

sie unlängst zur ultimativen Chiffre der weltumspannenden Migrationsprozesse, die die globalisierte Gegenwart nicht nur in Europa, sondern weltweit prägen. Seit dem späten 20. Jahrhundert bestimmen sie mehr denn je das öffentliche Bewusstsein einer Welt, deren Grenzen sowohl durchlässiger als auch undurchdringlicher werden. Das höchst facettenreiche Phänomen der Migration entwickelte sich ebenso wie die Integrationsproblematik zu einem zentralen „Sorgenthema“ auf der politischen Agenda. Auf diskursiver Ebene veranlasst es verantwortliche Entscheidungsträger nicht selten zu heftigen symbolischen Wortgefechten.²

In derartigen Äußerungen manifestiert sich ein Impetus, der auf tief verwurzelte, diffuse Ängste, ambivalente politische Interessen und schließlich einen einwanderungsfeindlichen Reflex der westlichen Länder verweist. Solche Bekundungen tragen weniger zum Verständnis als zur Verschleierung der Realität grenzüberschreitender Migration bei. Ihnen stehen allerdings Argumentationen zur „sofortigen Grenzöffnung“ und „Bewegungsfreiheit aller Menschen“ entgegen. (vgl. Jelpke 29. 07. 2006 bzw. Massiah 08. 11. 2007)

Wie historische Rückblicke unmissverständlich zeigen, stellen Zuwanderung, Integration und interkulturelle Begegnung keine geschichtlichen Ausnahmesituationen dar, sondern sind seit jeher essentielle Bestandteile, sozusagen eine *conditio humana* der europäischen Kulturgeschichte. (vgl. Bade et al. 2007: 15) Sie bilden eine wesentliche kulturelle Ressource bei der Etablierung neuer Solidaritäten und Identitäten. (vgl. Darieva 2007: 70) Das gilt sowohl für dauerhafte Ein- und Auswanderungen, Transit- und Arbeitswanderungen auf Zeit oder mit Übergängen zu Daueraufenthalten und definitive Einwanderungen als auch für Flucht- und Zwangswanderungen. Wanderungsprozesse – staatlich beabsichtigte, „legale“ sowie unerwünschte, „illegale“ – stehen heute im Zentrum der Kohäsion von Gesellschaften und sind ein wichtiges Thema im Bereich der internationalen Beziehungen, insbesondere der Sicherheits- und Abwehrpolitik. Sie fordern zunehmend das Konzept des Nationalstaates heraus, indem sie dessen allumfassenden Kontrollanspruch untergraben und damit die Funktion der symbolischen Trennung der rechtlich Dazugehörigen von den Anderen in Frage stellen. Außengrenzen – insbesondere jene des wachsenden, supranationalen EU-Konstrukts – wirken dabei als legitimierter

² So deklarierte der damalige französische Premierminister der Sozialistischen Partei (PS), Michel Rocard im Jahr 1990 – entzaubert vom zählebigen Rückkehr-Mythos der Arbeitsmigranten – die europäischen Gesellschaften könnten unmöglich das ganze Elend der Welt aufnehmen. (vgl. Bigot 1996: 303)

Ausgrenzungsmodus. Für die Figur des unliebsamen „Fremden“ existiert eine Vielfalt von Begriffen, von „illegal aufhältige Personen“, „heimliche Migranten“ über „Sans-papiers“, „Undokumentierte“, „Illegalisierte“ bis hin zu „unerlaubte Ausländer“, „Papierlose“, „Untergetauchte“. Die Diversität der Bezeichnungen spiegelt die Vielschichtigkeit der Problemlage sowie des kontrovers geführten öffentlichen Diskurses darüber wider. Gesetzgeber bevorzugen die Formulierung „Illegale“ bzw. „illegale Einwanderung“. Diese stigmatisierende Zuschreibung fußt indes auf fatalen Fehleinschätzungen: Erstens überschreiten die meisten so betitelten Personen Europas Grenzen nicht „illegal“, d. h. unter Missachtung der geltenden Ausweis-, Visa-, und Grenzkontrollvorschriften, sondern können vielmehr die im Aufnahmeland bestehenden Aufenthaltsvorschriften nicht einhalten. Zweitens ist Illegalität in diesem Sinne kein kriminelles, sondern aufenthaltsrechtliches bzw. arbeitsrechtliches Delikt.

Dieser Beitrag lenkt den Blick auf die lebendige Wirklichkeit des Papierlosen-Daseins, dem ich im Kontext des Wechselverhältnisses von Aufnahmegesellschaft und Migranten aus ethnologisch-kulturanthropologischer Perspektive nachspürte. Die hier berührten Lebensrealitäten stellen ein über lange Zeit ignoriertes, von Zwängen und fragmentierten Möglichkeitsräumen moduliertes Alltagsphänomen dar, das mit qualitativen Erhebungsmethoden und dem Ansatz einer lebensweltlichen Ethnografie folgend erforscht wurde. Soziale Wirklichkeit wird demnach als in kulturellen Symbolsystemen, durch Interpretationen und subjektive Erfahrung konstruiert, begriffen. Neben offen teilnehmender Beobachtung und narrativen Interviews bzw. Experteninterviews führte ich als Forscherin zahlreiche intensive informelle Gespräche, besuchte verschiedene, häufig vom Marseiller Unterstützermilieu durchgeführte, themenspezifische Veranstaltungen, (Protest-)Aktionen der Papierlosen und ihrer Unterstützer und die regelmäßigen Versammlungen wesentlicher Akteure, wie der Collectif Sans Papiers 13 (CSP 13), der Réseau Éducation Sans Frontières (RESF) und die Gruppe Uni(e) contre l'immigration jetable (UCIJ). Die im mediterranen Becken am Rhône-Delta gelegene Hafenstadt Marseille, die wichtigste Frankreichs und drittgrößte im europäischen Vergleich bildete für die viermonatige Untersuchung im Jahr 2007 eine bedeutsame Hintergrundfolie. In dieser de facto poly-ethnischen Großstadt bündeln sich noch heute die wichtigsten Einwanderungsrouten nach Westeuropa. Seit ihrer Gründung durch ionische Griechen um 600 v.u.Z. war die „Massilia“ genannte Stadt wesentliche

Handelsdrehscheibe des Südens und gleichsam das „Tor zum Orient“.

Elemente prekären Alltags – die Erfahrung der Irregularität im Prisma sozio-urbaner Raumstrukturen

Bei dem kontroversen Verhältnis der Einwanderer zur französischen Administration mit ihren Aufenthaltsvorschriften handelt es sich vordringlich um eine politisch-juridische Beziehung. Es geht somit um die Frage nach Rechten und Benachteiligungen, die alle Lebensbereiche berührt. Sie demonstriert, dass Menschen, die die bestehenden Kriterien nicht erfüllen, keine verbürgten politischen und wirtschaftlichen Rechte erhalten. Ihre Menschenrechte werden systematisch verletzt, sie besitzen keine Krankenversicherung, können sich nicht auf Arbeitsrechte berufen und sind permanent von Ausbeutung und Abschiebung bedroht. So unterliegen die Papierlosen einer klaren sozialen Distinktion.

Als illegalisierte Personen sind sie gezwungen, den rechtlichen Raum der Gesellschaft zu verlassen und ihre Existenz in einer Lebenswelt der Zwischenräume zu meistern, was ausschließlich mithilfe diverser taktischer Praxen gelingen kann. Die Papierlosigkeit wird so zur Schlüsselkondition, die den Betroffenen bestimmte Handlungsweisen aufzwingt. Das Leben in ihrem in vieler Hinsicht besonderen Alltag verlangt multiple Reflexionen und Reflexe. Die Besonderheit papierloser Personen besteht, wie Michel de Certeau im Hinblick auf Arbeitsmigranten feststellt darin, dass: „(. . .) ein Mangel an Informationsmitteln, finanziellen Mitteln und, Sicherheiten‘ jeder Art zu einem gesteigerten Vorkommen von Listen, von Träumen und von Lachen [führt].“ (vgl. Certeau 1988: 20). Die vom selben Autor im Rahmen seiner kulturtheoretischen Argumentation über die „Kunst des Handelns“ (Certeau 1988) getroffene Unterscheidung zwischen den Konzepten Taktik und Strategie erweist sich für die Analyse als höchst ergiebig. Besonders pertinent ist dabei die räumlich und zeitlich definierte qualitative Divergenz zwischen den geschickten, alltagsschlauen, aber im Hinblick auf die Legalisierungsforderung dennoch unterlegenen Taktiken und die von klaren und potentiell wirksamen Machtstrukturen geprägten Strategien. Aus der äußerst unterprivilegierten Position der Sans-papiers auf einem sozusagen „feindlich“ gesinnten und unwirtlichem Territorium innerhalb einer pathologisch asymmetrischen Machtbeziehung zum Staat und seinen Reprä-

sentanten ergibt sich ein überlebenspraktischer Zwang, auf diverse trickreiche Aktionen, Taktiken und Finten zurückzugreifen. Solange der Sans-papiers als Individuum agiert, kann er seinen Alltag mittels cleverer und kunstfertig patenter Griffe in einem bestimmten Umfang bewältigen und sein hilfloses Ausgeliefertsein abmildern. Die vielgestaltig ausgeübte Kunst des taktischen Handelns äußert sich in Widerstandsformen und Fluchtlinien, die in unzähligen Situationen als Resultat einer Myriade alltäglicher Interaktionen entstehen. Diese „kunstvollen“ Praxen der Resistenz können das Spiel des Gegenüber zwar bis zu einem bestimmten Grad vereiteln, müssen dabei jedoch einkalkulieren, dass diese Taktiken nur sporadisch wirksam und jedes Mal aufs Neue mit den vorgefundenen Hindernissen abzugleichen und an diese anzupassen sind.

Arbeiten, Einkaufen, Abholen der Kinder aus Schule oder Kindergarten, Bewegen in der Stadt oder Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel sind bspw. alltägliche Momente, die die Bewegung der Sans-papiers in ihrer Umgebung typischerweise strukturieren. Ihre Verortung im urbanen Raum erhält im Vergleich zur Alltagspraxis regulärer Einwohner jedoch eine veränderte, ganz spezifische Bedeutung. Meine Protagonisten in Marseille haben es obendrein mit einer partikularen Umgebung zu tun. Das Stadtzentrum ist bisher noch überwiegend von Einwohnern einfacher sozialer Schichten, darunter v. a. Maghrebinern geprägt.

Karim³ berichtet, dass man in Algerien von Marseille als dem 48. algerischen Département spricht: *„Vous pouvez dire que le monde entier est là. À Marseille je ne suis pas en France, avec la communauté algérienne et arabe qui est ici, je suis pas en France.“* Er nimmt die Stadt als Teil eines ihm sehr vertrauten Raums, einer ihm bekannten Geschichte wahr, der er sich zugehörig fühlt. Marseille ist somit keine völlig fremde Stadt, selbst wenn die Staatsverwaltung ihn als „Fremden“ klassifiziert.

Zudem wird die Stadt als vielfarbige Kreuzung der Kulturen bezeichnet. Diese Umwelt bildet die ihnen zugehörige Folie, in die die Papierlosen leicht ein- und hindurchtauchen und auch „verschwinden“ können. Marseille ist eine Stadt, in der Einwanderer nicht sofort auffallen. Die „fremden“ Immigranten haben diesen urbanen, sozialen und historischen Raum stets geprägt und seine Vorteile taktisch ausgenutzt.

Verflochten mit den übergeordneten sozialen, administrativen und politischen

³ Alle Namen der Protagonisten geändert.

Zwängen bilden die konstitutiven Strukturelemente der alltäglichen Lebensführung mit den Bereichen Wohnung, Familie, Arbeit/Einkommen, soziales Netz, und kulturelle/politische Orientierungen den Lebensmittelpunkt papierloser Menschen. Es ist ein komplexes Ensemble bestehend aus z.T. winzigen Komponenten. Hervorzuheben ist, dass obwohl all dies bis zu einem bestimmten Ausmaß gleichwohl den Alltag jedes Bürgers individuell komponieren und einschränken könnte, die Sans-papiers hinsichtlich vermeintlich gewöhnlicher Situationen mit ganz eigenen Sinnkonstruktionen konfrontiert werden, die sie situationsabhängige, spezifische Entscheidungen treffen lassen. Irreguläre Erwerbstätigkeit, permanente Unsicherheit und der psycho-soziale Zustand der Angst sind einzelne Facetten der gelebten Wirklichkeit, denen sich die Papierlosen täglich stellen müssen. Sie verbinden sich dabei mit einer charakteristischen Raumperzeption als Grundtonus der Papierlosenexistenz.

1. (Raum-)Erfahrungen und Furcht vor dem Hintergrund irregulärer Erwerbsarbeit

Über Mundpropaganda oder kleine Annoncen in der regionalen Tagespresse fanden alle meine Protagonisten Tätigkeiten in ungeschützten, d. h. unterbezahlten, unversicherten und unversicherten Arbeitsverhältnissen in Marseille und Umgebung. Dabei handelt es sich insbesondere bei Baran Uzun, Nadira, Zohra und Amina nicht um unzureichend qualifizierte, an- oder ungelernte Personen. Sie verfügen indes über ein hohes Maß an Qualifikation.⁴ Da jedwede Arbeit unabdingbar ist, um die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können, wird fast jede sich bietende Tätigkeit angenommen. Ein Broterwerb rangiert somit auf Position zwei der Prioritätenliste, gleich hinter den „Papieren“. Alle Protagonisten lehnten mir gegenüber die kostspielige Möglichkeit, mit gefälschten oder geliehenen Papieren in angemeldeten Jobs zu besseren

⁴ Die Kontrolle und Legalisierung der meist schwer aufzudeckenden irregulären Beschäftigung stößt bei papierlosen bzw. unangemeldeten Arbeitnehmern wie illegal handelnden Arbeitgebern auf erheblichen Widerstand, denn nur zu diesen Bedingungen sind die Arbeiter für die Unternehmen auch weiterhin interessant. Typischerweise ist es leichter, Verstöße der Migranten gegen das Aufenthaltsrecht aufzudecken als Verstöße von Arbeitgebern gegen das jeweilige Arbeitsrecht. Für Erstere muss nur der Aufenthaltsstatus geklärt werden, während für das Arbeitgebervergehen Art und Umfang von Beschäftigungsverhältnissen nachgewiesen werden müssen. Symbolische Drohgebärden der Behörden und gelegentliche Razzien gegen die Beschäftigung „illegaler Einwanderer“ haben bisher den Effekt, in Verbindung mit dem Vorwurf des Lohndumpings und Sozialbetrugs fremdenfeindliche Abwehrhaltungen in der weiteren Öffentlichkeit zu stärken.

Löhnen zu arbeiten, als „strafbar und gefährlich“ ab. Es besteht ein Unrechtsbewusstsein für solche Straftaten, die auch von der Mehrheitsgesellschaft als „verbrecherisch“ bzw. „asozial“ bewertet werden, während sie die gesellschaftlich eher akzeptierte Schwarzarbeit nicht unbedingt als ungesetzlich wahrnehmen, schon weil sie ihre einzige Überlebensquelle darstellt. Der Mythos, illegale Migrant*innen könnten nur überleben, wenn sie kriminellen Aktivitäten nachgehen, liegt also, wie sich hier deutlich zeigt, fern der Realität. Meiner Beobachtung nach entwickeln sie viel eher in den Grauzonen des Gesetzes, nicht selten unterstützt von Arbeitgebern, spezifische Formen der „Pfiffigkeit“ und wenden bestimmte Taktiken auf verschiedenste Situationen an.

Irreguläre Formen der Arbeit bergen als unberechenbarer Ort immense Risiken. Die Arbeitsstelle gehört zum Alltag, ebenso wie die ständige Betreuung ihrer Kinder und deren Begleitung zur Schule, der Arztbesuch oder der Einkauf, d. h. jeglicher Ortswechsel und Verlassen des privaten Raumes. Die Betroffenen können diese Aufgaben schwerlich delegieren und müssen sich ihr täglich aussetzen, im Falle der Arbeit sogar zum Teil weite Anfahrtswege in Kauf nehmen. Das Bewegen im öffentlichen Raum ist mit unberechenbaren Risiken verbunden und erfordert ein tägliches Kalkül, wachsames und flexibles Abwägen zwischen unnötiger Gefahr und unabdingbarer Notwendigkeit. Ist bspw. unbedingt Geld erforderlich und steht ein Angebot, so müssen die Uzuns das Risiko eingehen, auf den häufiger kontrollierten Großbaustellen oder außerhalb der Stadt zu arbeiten und das ihnen vom Onkel zur Verfügung gestellte Auto zu nutzen. Sie wissen aus eigener Erfahrung, dass polizeiliche Straßenkontrollen vermehrt auftreten und eine der gängigsten administrativen Strategien sind, um Papierlose aufzugreifen. Haben die Uzuns die Wahl, warten sie bevorzugt auf Arbeitsgelegenheiten auf kleinen Baustellen in relativer Nähe ihrer Wohnung innerhalb von Marseille, die zu Fuß erreichbar sind. Orte, von denen bekanntermaßen höchstes Risiko ausgeht, werden gemieden und das Auftreten im öffentlichen Raum auf ein Minimum beschränkt. Informationen über die zeitweilig aufgrund drohender Polizeikontrollen gefährlichsten Orte zirkulieren über Mundpropaganda. Yasser, Amina und Zohra machen stets einen großen Bogen um den Hauptbahnhof Saint Charles, wenn sie zu den regelmäßigen Treffen des CSP 13 gehen. Erst dort angekommen fühlen sie sich relativ sicher.

Dem CSP 13 stehen in dem für die Marseiller Arbeiterbewegung geschicht-

strächtigen Gewerkschaftshaus *Bourse du Travail* der CGT ein Versammlungsraum und ein kleines Büro zur Verfügung. Dieser öffentliche Ort stellt für die Papierlosen, wenn auch im temporär begrenzten Rahmen, einen schützenden Raum und somit eine Ausnahme dar. Er symbolisiert zugleich die (Haus-)Macht der Gewerkschaft gegenüber dem Staat.

Ferner meiden alle die lebhaften, afrikanisch geprägten Markt-Viertel Noailles und Belsunce, obwohl die Lebensmittel dort am günstigsten sind und verzichten, sofern möglich, auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, vor allem die U-Bahn. So erreicht Kian in einer knappen Stunde Fußweg den verabredeten Interviewort. Nadira erzählt von dem beklemmenden Gefühl des Verfolgtwerdens, das sie jedes Mal in der U-Bahn überkommt, die sie nur in äußerst dringenden Fällen nimmt. Der Kontakt mit den staatlichen Stellen wie der Präfektur wird auf das Notwendigste reduziert, da dort täglich Inhaftierung und Abschiebung drohen. Die Uzuns werden seit den Festnahmen von Kian und Baran bei Amtsgängen immer von einigen RESF-Aktivisten begleitet oder schicken eine „Vertretung“⁵: *„De toute façon, on fait vraiment gaffe, même si on a rendez-vous à la préfecture. Ou on est avec quelqu'un d'autre ou on envoie quelqu'un à notre place. C'est fini. Il y a ma copine qui y va.“* (Kian) Ihre Kinder lassen sie mit Blick auf eine drohende Verhaftung nie allein zu Haus, wo sich keiner um sie kümmern könnte. Sie werden überallhin mitgenommen. Papierlose entwickeln einen notwendig „paranoiden“ Präventivblick vor dem Hintergrund ihres Wissens um potentiell gefährliche Situationen und Orte. Sie müssen für ihre Bewegungen die Schattenzonen des urbanen Labyrinths der Anonymität ausfindig machen, um keine unnötigen Risiken einzugehen. Sie verbringen den größten Teil ihrer freien Zeit im Privaten. Ihre jeweiligen Entscheidungen werden aber oftmals sehr willkürlich auf der subjektiven Grundlage der eigenen Tageskondition, von Gefühlen und Vorahnungen gefällt. Die weiter oben als idealer Raum für Sans-papiers gekennzeichnete Stadt Marseille hält dem vielleicht idyllisch anmutenden Bild nur begrenzt stand. Personen-

⁵ In Frankreich hatte sich im Jahr 2007 eine neue staatliche Praxis durchgesetzt, bei der Papierlose, die eine Aufforderung zum Verlassen des Staatsgebiets erhalten haben – ungeachtet der Bemühungen ihrer Anwälte zur Revision des Falles – in dem Moment, wo sie in der Präfektur Unterlagen abgeben oder eine Information einholen wollen, direkt am Schalter arretiert und in Verwaltungshaft gebracht wurden. Nachdem Cimade, RESF, LDH u. a. Unterstützerorganisationen dagegen klagten, wurde diese Methode von dem französischen Kassationsgerichtshof (entspricht dem deutschen Bundesgerichtshof – Revisionsgericht) als „déloyale“, d. h. pflichtwidrig, unfair und nicht vereinbar mit Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtscharta eingestuft. (vgl. LDH: 22. 02. 2007°)

kontrollen, die von vielen Unterstützern als „Gesichtskontrollen“ gebrandmarkt werden, sind vielerorts an der Tagesordnung. Die spezifische Wahrnehmung durch papierlose Akteure teilt den urbanen Raum in sichere und unsichere Zonen, so dass man von einer imaginär existenten „Papierlosen-Stadt“ sprechen könnte, mit von ihnen bevorzugt frequentierten oder komplett gemiedenen Orten – sie situiert sich in den genannten Punkten exakt diametral zu den Bewegungsräumen regulärer Bewohner.

2. Soziales Leiden: die pathologische Last der Angst

Permanente panische Furcht, vor Personenkontrollen, Uniformierten, vor der Trennung von den eigenen Kindern im Falle einer Festnahme und Ausweisung⁶, das Bangen vor einer unsicheren Zukunft, die bislang nicht langfristig geplant werden kann, weil nur ein Leben von Tag zu Tag existiert, sind Teil einer ganzen Palette von gelebten omnilateralen Ängsten unter der juristischen Kondition der Papierlosigkeit. Sie reicht von der Furcht vor einer konkreten Gefahr über die Angst vor dem „nackten Leben“ im Sinne Agambens bis hin zur Angst, vom bloßen „in der Welt sein“ in den Begriffen Heideggers. Sans-papiers müssen fortwährend mit der Angst vor Festnahme, Ausweisung und deren Folgen bis zu dem Moment leben, wo sie tatsächlich reguliert oder ausgewiesen werden.

Die Konsequenzen des Papierlosenstatus lassen sich auf verschiedenen Ebenen ablesen: die pathologischen Phänomene der psychischen Belastung und Traumata, verstärkt durch die mit dem Abgleiten in die Illegalität verbundene ökonomische Prekarisierung und die ständige Mobilität sind weitreichend. Meine Gesprächspartner leiden z.T. an nervösen Krankheiten, d. h. massiver Nervosität, Unruhe, Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Verfolgungswahn und zeitweisen Depressionen. Aminos Tochter hat die brutale Trennung von ihrem Vater, dessen polizeiliche Abführung aus der Wohnung in Handschellen sie miterlebte, schwer getroffen. Sie ist seitdem extrem unausgeglichen und stark zuwendungsbedürftig. Erniedrigung und Schamgefühl angesichts der täglichen Beschränkungen und Bedürftigkeit übertragen sich rasch auf die eigenen Kin-

⁶ Kinder werden immer häufiger mit der scheinheilighumanitären Erklärung, sie nicht von den Eltern trennen zu wollen, ebenfalls ins Abschiebegewahrsam gebracht und ausgewiesen. Eine solche Praxis ist nicht gesetzlich verankert, erhöht jedoch die Ausweisungsziffern beträchtlich. Kinder dürfen bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres nicht abgeschoben werden.

dern. Die Beschämung über die eigene Situation führt bei Sehnaz und Kian zu notorischer Geheimhaltung dieses existentiellen Lebensumstandes gegenüber Freunden und einem ausgeprägten präventiven Argwohn. Kian hat mehrere Male Demütigungen von Freundinnen erlitten, sobald er diese nach langem Zögern und um nicht mehr lügen zu müssen über sein illegalisiertes Dasein aufklärte. Es quälte ihn, dass die Mädchen denken könnten, er instrumentaliere sie für seine Zwecke, weshalb er lange keine Beziehung mehr einging und nie nach PACS oder Heirat fragte.

Die erhöhten Restriktionen für irreguläre Migranten im Bereich sozialer Rechte zwingen Schulen, Ärzte und Gerichte zur Kontrolle des Aufenthaltsstatus. Damit werden diese öffentlichen Institutionen zur Kooperation bei der Aufdeckung von Illegalität und Abschiebung von Zuwanderern gedrängt. Das lässt die Illegalisierten vor der Inanspruchnahme der für alle Menschen gleichen Grundrechte zurückschrecken.⁷ Gleichzeitig stellen ihre prekären Lebenslagen Kommunen und Öffentlichkeit insgesamt vor die Herausforderung, sich zwischen ordnungspolitischen Zwängen und sozial- und menschenrechtlichen Verpflichtungen zu positionieren. Bei Unfällen und gravierenden Gesundheitsproblemen können selbst die umfangreichsten persönlichen Netzwerke der Migranten mit schwerwiegenden Folgen an ihre Grenzen gelangen.

Mit Blick auf den allgemeinen Gesundheits- und Ernährungszustand der Betroffenen wirken drei Mechanismen: Erstens werden Gesundheitsvorsorge und Krankenversorgung nicht ausreichend wahrgenommen, auch wenn sie gesetzlich existieren, zweitens begünstigen oder provozieren die materiellen Lebensbedingungen das Auftreten von Krankheiten und Mangelerscheinungen und drittens produziert die Erfahrung der Irregularität konkrete und symbolische Effekte der Verunsicherung, die sich nach Fassin mit dem Begriff des soziales Leidens übersetzen lassen. (vgl. Fassin 1997: 112) Er spricht von einer Inkorporierung der Ungleichheit (vgl. Fassin 1996), die sich über die dezidiert asymmetrischen Spielregeln zwischen Staat und Migrant in das alltägliche Leben der

⁷ Deutschland hat die weitreichendsten Vorschriften zur Datenweitergabe und Kooperation mit Behörden der Migrationskontrolle entwickelt. In Frankreich wie auch in den Niederlanden wurde für Ausländer ohne Status der Zugang zu staatlichen Leistungen in den 90er Jahren stark eingeschränkt, wobei aber die drei Bereiche Schule, Gesundheitsversorgung und Rechtsschutz ausdrücklich ausgenommen blieben. In Spanien können sich Einwohner unabhängig vom Aufenthaltsstatus bei den kommunalen Behörden registrieren lassen und erhalten dadurch Zugang zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung. Auch in Griechenland, Schweden und Italien ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung in akuten Notfällen unabhängig vom Aufenthaltsstatus gesichert. Krankenhäuser müssen nur bei konkreten Polizeiermittlungen Informationen auf Anfrage weitergeben. (vgl. European Migration Network 2007^o)

Sans-papiers einschreibt. Das soziale Leiden wird durch die Gewalt des Staates erzeugt, der einem Teil der auf seinem nationalen Territorium lebenden Personen zivile, politische und soziale Rechte verweigert, Rechte, die die juristische Staatsbürgerschaft begründen.

Die Sans-papiers leben außerhalb der Welt der legitimen Staatsbürger. Unter diesen Koordinaten erhält der Einsatz des Körpers als letzte Ressource im Verhandlungsaustausch mit dem Staat seine gesteigerte Signifikanz. Neben medizinischen Expertisen als Teil des Aufenthaltsantrags, werden auch die das eigene Leben in Gefahr bringenden Hungerstreiks oder bis zum Suizid führende Verzweiflungstaten – wie sie Baran Uzun angesichts der anberaumten Ausweisung seines Sohnes bereit war auszuüben⁸ – als Druckmittel angewandt, um die Behörden zum Zugeständnis eines Aufenthaltstitels zu zwingen. Der auf diese Art erworbene legale Status erscheint dann als natürlich erwünschtes, provisorisch wirksames Heilmittel gegen den Verfall des Körpers. v. a. des geschundenen unsichtbaren, psychischen Körpers.

3. Individuelle Handlungsweisen zwischen Isolation und „Integration“ – ein notwendiges Paradoxon

Die migrationspolitischen Restriktionen in Form des permanenten Risikos, in Polizeikontrollen zu geraten, die damit verbundene Angst und Alarmbereitschaft ziehen eine gewisse Immobilität papierloser Personen nach sich. Daneben erlauben oftmals die Arbeitsbedingungen mit meist unregelmäßigen und überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten als auch die Erwartungen der Arbeitgeber nicht, die spärlichen sozialen Beziehungen zu pflegen. Gleichzeitig und im Widerspruch dazu sind die Sans-papiers gezwungen, notfalls höchst mobil zu sein, um polizeilichen und behördlichen Nachforschungen zu entgehen.

Diese erhöhte Mobilität setzt funktionierende Netzwerke voraus. Wie die Darstellungen meiner Protagonisten nahelegen, ist die Bedeutung von filigranen

⁸ Er setzte sich damals in sein zuvor im Inneren mit Benzin getränktes Auto und fuhr direkt auf den Parkplatz des Abschiebegeheims in Marseille. Die Polizeibeamten konnten ihn am Suizid durch Entzünden des Wagens hindern, nahmen ihn jedoch nicht fest. Die genannten Druckmittel, die dem Gefühl der erfahrenen Ungerechtigkeit, hoffnungslosen Ohnmacht und Frustration gegenüber institutionalisierter Gewalt und undurchsichtig willkürlichen Prozeduren Ausdruck verleihen, laufen jedoch seit dem Amtsantritt von Sarkozy als Innenminister unter der Regierung de Villepin bis heute ausnahmslos ins Leere. Sie finden bei den Präfekturen nur noch selten Beachtung.

familiären, ethnischen oder transnationalen Strukturen für das Migrationsgeschehen, insbesondere für die Migrationsentscheidung, die Destination und die Anfangsphase im neuen Land nicht zu unterschätzen. Vor allem die Suche nach Arbeit und einer häufig wechselnden Unterkunft läuft, wie mir die Uzuns, Amina und Zohra versichern, über bereits seit längerem in der Aufnahmegesellschaft lebende Verwandte oder Freunde. Visa-Overstayer, wie im Fall vieler Algerier, haben hier den Vorteil, in dem knappen Zeitfenster ihres „legalen“ Aufenthalts wichtige Kontakte knüpfen und später nutzen zu können.

Die (nicht in allen Fällen zuverlässige) Solidarität von meist ethnischen, an Herkunftsländern und -regionen orientierten Gemeinschaften spielt eine außerordentliche Rolle. Zohra bspw. mietet über ihre algerischstämmige Nachbarin eine vom Eigentümer als faktisch unbewohnbar klassifizierte Wohnung unter dem Dach – Heizmöglichkeiten gibt es keine, fließendes Wasser nur in der engen Küchenzeile. Die Wohnung der Uzuns wurde vom Onkel, der zentralen Figur ihres relativ umfangreichen Netzwerksystems, angemietet. Allerdings entdeckte der Vermieter, dass die eigentlichen Bewohner keine Papiere haben und erhöht seitdem willkürlich die Miete, eine typische Erpressungssituation, derer sich die Uzuns nicht erwehren können.

Amina und Zohra kennen und nutzen für die Körperreinigung (v. a. für die Kinder), für Wäsche, Kleidung und die kostenlose Versorgung mit einigen Grundnahrungsmitteln die einschlägigen öffentlichen karitativen Anlaufpunkte für obdachlose und sozial benachteiligte Menschen im Stadtviertel Belle de Mai. Dazu gehören das Rote Kreuz und die französischen Initiativen für Bedürftige Emmaüs und „Restos du Cœur“ (Restaurant des Herzens). Auch der CSP 13 verteilt von Zeit zu Zeit über Spenden gesammelte Nahrungsmittelpakete an seine Mitglieder. Über die Not, die sie bei juridisch anerkannten, aber mittellosen Personen entdecken, sind die beiden Frauen entsetzt. Da ihr derzeitig prekäres Leben einzig und allein durch das Fehlen eines eben solchen Status gesteuert wird, ist die einheimische französische Armut für sie unerklärlich. Ebenso wie Nadira, die sich im Rahmen ihres Engagements bei der CGT mit sozialen Fragen wie Arbeits- und Obdachlosigkeit sowie Prekarität in der französischen Gesellschaft auseinandersetzt: *„Ils sont français, ils ont des papiers, ils touchent une paie – pourquoi ils ont des problèmes comme ça? Pourquoi y a-t-il tellement de clochards dans la rue dans le système français?“* Yassers Erfahrungen mit einigen Mitgliedern des CSP 13 zeugen davon, dass

die Komplizenschaft ambivalente und unberechenbare Züge trägt. Als Neuling wollten ihm weder die ebenfalls aus Chlef stammenden Männer noch Karim mit der Begründung, man könne seinen Charakter sowie Zuverlässigkeit und Fähigkeiten noch nicht ausreichend einschätzen, Hilfestellung bei der Arbeitssuche leisten. Die undankbare Arbeitsmarktsituation in Marseille lässt Landsleute offenbar zu Konkurrenten werden. Das gilt v. a. für die Tiefstlohnbranchen, in denen der Kampf um den Arbeitsplatz am intensivsten stattfindet, weil diese am sensibelsten auf Konjunkturschwankungen reagieren. Darüber hinaus sind Toleranz und Solidarität zwischen Landsleuten mit und ohne Aufenthaltsstatus extrem gering. Yasser fand für dieses Verhalten die eindringliche Formel: *„Le dernier qui rentre dans le pays ferme la porte derrière lui.“* Jeder und jede denke verständlicherweise zuerst an sich und seine Familie, eventuell danach an die anderen. Alle algerischen Protagonisten gaben so auch offen zu, dass sie nach einer Regularisierung nur noch dann im CSP 13 erscheinen würden, wenn es die freie Zeit nach Arbeit und Familie zuließe und man sich vom Albtraum des Papierlosendaseins erholt habe: *„Il y a un certain égoïsme quelque part, parce que si vous avez quelqu'un qui lutte pendant deux, trois ans, ensuite il est régularisé, il est fatigué, il est heureux de sortir du cauchemar de la vie Sans-papiers, il a envie d'oublier, d'effacer ce qu'il a vécu et il a beaucoup de choses à faire, il n'a pas de temps à perdre.“* (Karim)

Im besten Falle kann das sozio-ökonomische Kapital ihrer Netzwerke, wie für Nadira angenommen werden darf, ein Alltagsleben gewährleisten und schützen, das der Normalität des Lebens in der Legalität in weitem Maße entspricht.

Die Leistungsfähigkeit von Netzwerken ist keineswegs von der vermeintlich ethnischen Homogenität der Beteiligten abhängig. Sie wird vielmehr durch die Kooperation unterschiedlicher Herkunftsgruppen, Teile der einheimischen Mehrheitsgesellschaft eingeschlossen, die vielerorts über Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Flüchtlingsinitiativen und auf ganz persönlicher Ebene zu spontaner Hilfsbereitschaft neigen, besonders effizient. Das demonstriert die eine Zeit lang durchaus funktionierende Geschäftsidee von Karim und seinem französischen Freund.

Die unmittelbare Verbindung mit konkreten Personen der Aufnahmegesellschaft verschafft Zugang zum oftmals bis dato geringfügig ausgeprägten

sozialen Kapital.⁹ Die Nutzbarmachung dieser Ressource führt in manchen Fällen sogar zum direkten Übergang in die aufenthaltsrechtliche Legalität. So bei Yasser: die Heirat mit seiner Internetbekanntschaft, die, wie er sagt auf gegenseitigem Respekt und nicht auf Liebe gründe, verhalf ihm im Oktober 2008 zu einer einjährigen Aufenthaltserlaubnis. Er hofft, sie in Kürze auf zehn Jahre verlängern zu können. Zuvor hatte Yasser, ähnlich wie Karim, mit Hilfe einer Mitarbeiterin des soziokulturellen Nachbarschaftsvereins TO7 Mirail in Toulouse eine Bittschrift an den damaligen Präsidenten Jacques Chirac verfasst, die allerdings nie beantwortet wurde.

Auch für Kian, der Ende 2007 den sogenannten zivilen Solidaritätspakt (PACS) mit seiner Freundin einging, ist Heirat die einzige Taktik, um in Frankreich legal leben zu können. Allerdings ergibt sich bei ihm aufgrund seiner bisherigen Festnahmen und Ausweisungsbescheide die Schwierigkeit, dass er dafür in die Türkei zurückreisen muss. Er erzählt verzweifelt, dass in seinem Fall nichts mehr einen Sinn habe. Er sitze in der Klemme, in Frankreich wie in der Türkei, wo ihm wegen Wehrpflichtverweigerung Gefängnis drohe.

Hervorzuheben unter den soliden Netzwerkverbindungen sind die „parrainages républicains“, die sogenannten „republikanischen Patenschaften“ zwischen französischen Staatsbürgern und Papierlosen. Sie wurden Ende der 1990er Jahre, mit Beginn der aktiven politischen Sanspapiers- Bewegung als solidarisches Instrument begründet, das der Bürgerschaft Frankreichs dienen sollte.¹⁰ Zohra, Amina und auch die Uzuns gingen ihn mit einzelnen französischen Unterstützern ein. Der symbolische Akt wird durch linksgerichtete Bürgermeister einiger Marseiller Stadtviertel vorgenommenen. Die Paten haben mit dieser Bürgerschaft eine Gewissensentscheidung getroffen, die ihnen eine erhebliche, aber keine tatsächlich verbindliche Verantwortung auferlegt. Diese Art der Beziehung ist nicht auf die Erbringung einer Gegenleistung durch die Hilfeempfänger gerichtet. Eine Abgeltung erfolgt häufig durch Gesten der Dankbarkeit wie z. B. gastfreundliche Bewirtung.

Amina ist in ihrer derzeitigen Lage auf die finanzielle Unterstützung ihrer Bürgenfamilie angewiesen und diese nimmt ihren Auftrag sehr ernst. Sie zahlen

⁹ Bourdieu betrachtet das soziale Kapital – neben dem ökonomischen, kulturellen und symbolischen Kapital eines der wichtigsten Bestandteile seines Kapitalkonzepts – als eigenständige Form von Ressourcen, die „auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“. Sie resultiert aus der Ausnutzung „eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* gegenseitigen Kennens oder Anerkennens“, in das ein Akteur eingebunden ist. (vgl. Bourdieu 1992: 63)

¹⁰ In diesem republikanisch wertkonservativen Sinne inszeniert sich der gesamte festliche Akt.

das kleine Appartement und verbringen häufig die Wochenenden zusammen, unternehmen Ausflüge ans Meer oder in die Calanques, einem Kalkmassiv entlang der Küste. Sie sind ein momentan unabdingbarer seelisch-moralischer Halt und garantieren eine Art geregeltes Familienleben.

Zohras Patin verfasste zudem ein Zeugnis bzw. Empfehlungsschreiben für den Fall, dass der Aufenthaltsstatus in einem Berufungsverfahren, das ihr Anwalt gerade vorbereitet, verhandelt wird. In dem Schreiben versichert die Patin dem Staat die Rechtschaffenheit und ambitionierten, ihm wohlgesonnen Absichten des ihr gut bekannten Schützlings. Zohra möchte auch andere Sympathisanten aus dem Unterstützermilieu um ähnliche Briefe bitten. Sie sollten sich möglichst auch bereit erklären, vor Gericht auszusagen, um das Geschriebene zu bezeugen. Zohra weiß, dass das eingegangene Versprechen schwer wiegt.

Die energische Frau kann unter meinen Akteuren als gültiges Beispiel für differenziertes, vielgestaltiges „Netzwerken“ gelten. Die Beschreibung, die sie mir zu Amina liefert – *„elle est intelligente, elle file à gauche et à droite“* – trifft nicht minder auf Zohra selbst zu. Obwohl das Leben, versteckt im gesellschaftlichen Zwischenraum, eine tiefgehende sozio-kulturelle Integration aus Sicherheitsgründen kaum zulässt und die Bekanntenkreise, zu denen sie soziale Beziehungen pflegt sehr klein und gut ausgesucht sind, agiert Zohra entschlossen und couragiert im öffentlichen Raum. Sie schaut sich überall um, informiert sich und probiert verschiedenste Taktiken und Schritte aus, individuelle wie kollektive. Ihre Handlungsweisen sind sichtlich auf die kontinuierliche Annäherung und Vorbereitung der Regelung ihrer Aufenthaltssituation als Einzelfallentscheidung durch den Präfekten ausgerichtet. Auf ein staatliches Legalisierungsprogramm hofft keiner meiner Protagonisten mehr. Zohra besucht, sofern sie es mit den Kindergartenzeiten ihres Sohnes abstimmen kann, nicht nur die Versammlungen des CSP 13, sondern auch solche von RESF und UCIJ und nimmt an speziellen Veranstaltungen und Aktionen der verschiedenen Unterstützerorganisationen teil. Sie lässt sich bei der Cimade oder LDH über spezielle rechtliche Sonderregelungen des französischen Aufenthaltsgesetzes für Algerier beraten, eine Hilfe, die auch Kian in Anspruch nimmt. Zusätzlich hatte Zohra eine Weile ehrenamtlich in einem Verein für ältere Menschen gearbeitet. Das ihr dafür ausgestellte Zertifikat heftet sie als Beweis ihres Integrationswillens zu den anderen Dokumenten der Unterstützer. Zohra ver-

deutlichte mir immer wieder, dass sie die Anstrengungen der Koordination ihres weitläufigen Agierens allein für sich und ihren Sohn auf sich nimmt.¹¹ RESF 13, der in Marseille und Umland aktive Teil des landesweiten losen Netzwerks,¹² schätzt mit Blick auf die selbstzentrierte und unkooperative Haltung der CSP 13-Delegierten Zohras vorurteilsloses, behändes Engagement im heterogenen Unterstützerfeld. Kian wurde 2007 zur Ikone des Erfolgs von RESF in Marseille – das netzwerkeigene Internetforum kürt ihn in vielen Beiträgen zum mutigen widerständigen Märtyrer, der sich mithilfe einer aufreibenden Mobilisierung bereits drei per Passagierflugzeug anberaumten Abschiebungen widersetzte. RESF sorgte dafür, dass sein Fall über die regionalen Medien hinaus einem großen Publikum bekannt geworden ist.

Als jüngster Verbündeter der Pro-Regularisierungsbewegung nutzt das Netzwerk intensiv die neuen Kommunikationstechnologien zur Schaffung einer medialen Plattform, die ihre Diskurse eins zu eins in der Öffentlichkeit artikuliert.¹³ Sehnazs Engagement im Netzwerk und Kians hartnäckige Willensstärke, ist

¹¹ Von ihrem Ehemann versucht sie, seit einem brutalen Vorfall häuslicher Gewalt, Abstand zu nehmen, kann aber noch keine dauerhafte Distanz zu ihm aufbauen, da sie derzeit finanziell vollständig von ihm abhängig ist und sich einen Vater für ihr Kind wünscht.

¹² RESF wurde 2004 von Eltern und Grundschullehrern in Paris gegründet, um zusammen mit Kiez-Bewohnern und anderen Aktivisten aller Art und Profession, darunter auch bekannte Intellektuelle, Künstler, Filmschaffende und Politiker gegen die regelrechte Jagd der Pariser Polizei nach Kindern illegaler Einwanderer vor Schulen Widerstand zu leisten. Sie verteidigen die Menschenrechte und die Rechte aller Kinder auf Bildung, auf ein Leben mit ihrer Familie unter einem Dach und in Sicherheit. Das Wort „rafle“ (wörtlich Razzia, Jagd) wird von den Unterstützern mit Bedacht für die inzwischen zur Normalität gewordenen denunziatorischen polizeilichen Methoden verwendet, enthält es doch die deutliche Konnotation zu den im technischen Sinne vergleichbaren antijüdischen Razzien des mit den Nationalsozialisten kollaborierenden Vichy-Regimes. (vgl. Terray 2006) RESF-Gruppen sind in vielen Schulen in ganz Frankreich als Ort zivilen Ungehorsams etabliert, aber gleichzeitig eine Bürgerbewegung, die hierarchische Strukturen und Entscheidungsverfahren ablehnt. Die Vernetzung und Kommunikation mit anderen Organisation, wie Cimade, LDH etc. – besonders mit den Papierlosenkollektiven selbst – ist umso wichtiger, als der Staat seine Repression auf das Unterstützermilieu ausgeweitet hat und dessen Teilung forciert. Dagegen setzen sie sich mit der Kampagne „La solidarité n'est pas un délit“ (Solidarität ist keine Straftat) zur Wehr. Seit 2006 hat v. a. der von Paris nach Marseille gezogene Grundschullehrer Florimond Guimard das Netzwerk im dreizehnten Departement etabliert. Er gehört als einer der Aktivisten zu den erfahrensten Verantwortungsträgern und zum harten Kern der Gruppe, möchte jedoch nicht als Sprecher von RESF 13 bezeichnet werden. Guimard bevorzugt ein Rotationsprinzip der Verantwortlichkeiten, damit sich einerseits niemand im Engagement überfordert fühlt und schließlich die Aktivitäten aufgibt und andererseits alle durch ihren spezifischen Beitrag zur Organisation des Widerstands lernen.

¹³ Im Gegensatz zu den 1990er Jahren nehmen die Berichte über Protestaktionen der Sans-papiers und ihrer Unterstützer einen kleineren, dafür aber festen Raum in regionalen und überregionalen Tageszeitungen ein. RESF achtet bei der Planung und Vorbereitung ihrer z.T. sehr kurzfristigen Aktionen immer auf die Präsenz von Medienvertretern, Journalisten und Kamerateams zumindest der lokalen Sender, ohne ihr Vorgehen ausschließlich auf mediale Rentabilität zu orientieren. Die Medialisierung ist wichtiger Bestandteil ihrer Strategie. Reaktionen vonseiten der Regierung verbunden mit positiven Effekten werden nur bei größtmöglichem Echo in der Öffentlichkeit erwartet.

auch dem Bewusstsein von dem grenzenlosen und erfindungsreichen Beistand durch RESF geschuldet. So hielt Kian Hungerstreiks – ein vom Unterstützermilieu nicht unbedingt gefördertes Zwangsmittel – über eine Woche durch: „*Là, j’ai le RESF. Au début, je ne les connaissais même pas. Ils font des manif pour les gens Sans-papiers, ils vont devant le CRA et même à l’aéroport. Sans eux, on peut jamais y arriver. (...) Je sens que je suis pas tout seul.*“ (Kian) Diese individuellen, von einzelnen Sans-papiers zum Unterstützermilieu aufgebauten Kontakte, zeugen von einem taktischem Gespür der Betroffenen für die Potentiale, die solche mit einheimischen Aktivisten eingegangenen Netzwerke in sich bergen.

Das Projekt Migration: Zusammenfassende Überlegungen und Ausblick

Menschen ohne gültige Aufenthaltsdokumente sind in einem starren, aber nicht undurchlässigen Korsett mehrdimensionaler Begrenzungen gefangen. Rechtliche, soziale und ökonomische Zwänge prägen ihre alltäglichen Erfahrungen im gesellschaftlichen Zwischenraum. Innerhalb dieser Koordinaten entwickeln sie Handlungsoptionen und -routinen und suchen Widerstandsräume, die jeden Tag neu ausgehandelt werden müssen. Signifikant ist hierbei die Dialektik von existentiellen Notwendigkeiten, sozialen und politischen Gegebenheiten und dem prioritären Ziel der Regularisierung, in der sich papierlose Menschen fortwährend bewegen. Die spezifischen Umstände ihrer gelebten Wirklichkeit machen aus dem politisch-rechtlichen Status der „Illegalität“ eine auf individueller Ebene erfahrbare „embodied life experience“, das heißt eine sich körperlich einschreibende Lebenssituation. (Willen 2007)

Dies gilt nicht nur für die von mir begleiteten Protagonisten im französischen Marseille, sondern kann mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenso für im restlichen Europa und an anderen Orten der Welt „illegal“ lebende Personen festgestellt werden.

Die Begrenzungsprozesse im Bereich der EU-Migrationspolitik lassen kontinuierlich illegale Migration entstehen. Dabei multiplizieren sie die Grenzen im Inneren eines Staates, wodurch ganze Bevölkerungsteile in die dadurch geschaffenen (Zwischen-)Räume abgedrängt werden. Papierlose Menschen sind daher Sinnbild für bestehende und immer wieder neu entstehende soziale

Zwischenräume, Übergänge und Grenzerfahrungen der komplexen spätmodernen Gesellschaft. Sie fungieren sozusagen als „Symptom“ eines immer schwerer überschau- und kontrollierbaren sozialen Systems.

Für Menschen ohne Papiere verlaufen die Begrenzungen überall dort, wo sie befürchten müssen, nach Ausweispapieren gefragt zu werden. Der Papierlose ist so vor allem Angelegenheit der Polizei und der administrativen Bürokratie. Das nationale Recht strukturiert die alltäglichen Handlungsoptionen und -praxen der Migranten ganz entscheidend. Die Sans-papiers sind mit der staatlichen Direktive einer Nicht-Aufnahme konfrontiert, die sich auf jene ideologischen Voraussetzungen des nationalstaatlichen Prinzips stützt, welche keinen automatischen Übergang vom bloßen, schutzbedürftigen Menschen zum Bürger, bzw. in abgeschwächter Form, zum legalen Einwohner vorsehen. Es zeigt sich, dass für die politisch Verantwortlichen die universelle Qualität des Menschen kein ausreichendes Argument dafür ist, einem Individuum das „Recht, Rechte zu haben“ (Arendt 1993: 612) zuzugestehen – ein Widerspruch, dem sich der auf Menschenrechten gegründete Staat stellen muss.

Zudem sind unter Nicolas Sarkozys Präsidentschaft die Präfekturen in die Exekution einer strengen Quotenpolitik eingespannt. Sie nimmt die Zahl der Abschiebungen zum Maßstab ihres Erfolgs. Die Spannbreite der im staatlichen System der Aufenthaltsstatu angelegten politisch-sozialen Schließung zwischen Staatsbürgerschaft auf der einen und Illegalisierung auf anderen Seite könnte nicht größer sein.

Die formaljuristische Exklusion ist eine Dimension, die die Lebensrealität der Papierlosen entscheidend von der anderer prekärer Personengruppen unterscheidet, wie z. B. von Migranten mit regulärem Status oder von in relativer Armut lebenden französischen Familien. Sie steckt ihren Bewegungsradius und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben präzise ab. Papierlose nehmen gewissermaßen die untersten Positionen auf dem Arbeitsmarkt ein, werden nur selten kontinuierlich und effektiv durch Gewerkschaften und soziale Rechte vor Ausbeutung geschützt. Des weiteren bleibt ihnen der Zugang zu den Leistungen des Sozialstaates, zu vollständiger Schul- und Berufsausbildung versperrt und sie sind den Risiken von Krankheit, Invalidität, schlechten Wohnverhältnissen und Einkommensverlust bis hin zu völliger Verarmung ungeschützt ausgeliefert. Darüber hinaus können sie sich gegen rassistisch motivierte Diskriminierung nicht wehren, aus Angst, als „Illegale“ identifiziert zu werden. Maßnahmen

zur sozialen Integration sind ihnen ebenfalls verschlossen und die Chancen, auf legalem Weg einen sozialen Aufstieg zu vollziehen, mehr als gering. Dort, wo sie sich auf (menschen-)rechtliche Garantien berufen könnten, hindert sie berechtigte Furcht vor polizeilichen Maßnahmen an der Einforderung ihrer Rechte. In diesem weitgehend rechtsfreien Raum laufen die *Sans-papiers* besonders Gefahr, zu einer „ethclass“ (vgl. Gordon 1964: 51 ff.) zu werden, in der sich die niedrige soziale Lage ethnischer Minderheiten verfestigt. Nicht nur in Frankreich, sondern in allen Einwanderergesellschaften etablieren sich Migrantengruppen durch Unterschichtung der einheimischen Bevölkerung als spezifische, sowohl ethnisch wie sozial definierte Unter- oder Außenseiterklasse. (vgl. Kürsat-Ahlers/Waldhoff 2001: 47)

Meine Protagonisten finden sich somit als Gruppe mit insgesamt schwachen Ressourcen in einer prekären, von existentiellen Gefährdungen geprägten Umwelt wieder, angesichts derer sie allerdings äußerst souverän ein typologisches Ensemble an diversen taktisch geschickten Handlungspraxen zum Einsatz bringen.

Diese Prozeduren, bei denen es sich um spezifische Handlungsmodelle, Manipulationen und Umgangsweisen handelt, eignen sich in individuell unterschiedlichem Maße dazu, ihre veralltäglichten existentiellen Hauptanliegen, d. h. die Bewahrung vor Abschiebung oder die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse zu bewältigen und letztendlich die Legalisierung zu erreichen.

Um die Möglichkeit zu bekommen, die sie allseits umgebenen Zwänge zu begegnen, müssen die *Sans-papiers* wirksamere Strategien individueller oder kollektiver Art entwickeln. Nur so können sie eine Veränderung ihrer rechtlichen Situation direkt angehen. Dafür braucht es einen geeigneten, mit kulturellen, sozialen und finanziellen Ressourcen ausgestatteten Handlungsspielraum, in dem der Papierlose als „positiv existierendes Individuum“ über eine gewisse Entscheidungsfreiheit in der Lebensführung, unabhängig von anderen, verfügt. (vgl. Castel et al. 2001: 48) Bestimmte Optionen können so gewählt, Initiativen ergriffen und Projekte avisiert, d. h. der *eigene Ort* kreiert werden, der es nach Certeau erlaubt, unabhängig von Taktiken, die sich an – in Zeit und Raum verorteten – Gegebenheiten orientieren müssen, strategisch zu agieren. Dazu befähigt erst der Anschluss an eine mit insgesamt sicherem sozialem und kulturellem Kapital ausgestattete Gruppe, Institution oder Bewegung. Das Knüpfen von sozialen Beziehungen und die Einbettung in Netzwerke

mit der örtlichen zivilgesellschaftlichen Unterstützergemeinschaft sowie das Engagement im CSP 13 sind dafür exemplarisch. Hier findet ein Übergang von der taktischen Dimension zur Strategie statt bzw. die Verflechtung an den Grenzen von einem Konzept zum anderen.

Die Grenzen zwischen Taktiken und Strategien sind nicht dicht und klar abgesteckt, sondern an ihren Rändern ineinander verzahnt. Sie werden in Zwischenräumen angewandt, die nicht nur Zwangs-, sondern gleichsam Möglichkeits- und Freiräume darstellen, d. h. politische, rechtliche, ökonomische und soziale Nischen. In ihnen gestalten die Papierlosen ihre Lebenswelt und entwickeln Handlungspraxen gemäß einer Logik, die beide Konzepte – Taktik und Strategie – sich simultan und ineinander übergreifend ausbilden lässt.

Die Anwesenheit einer mehr oder weniger großen Zahl von Sans-papiers zeugt davon, dass es ungeachtet der eng begrenzten Spiel- und Handlungsräume dieser Nischen solche Zwischenräume der Resistenz tatsächlich gibt. Sie können den „Unbewilligten“ trotz rechtlicher und sozialer Marginalisierung, ökonomischer Ausbeutung und Diskriminierung eine gewisse Lebensgrundlage bieten, die die Betroffenen den Bedingungen im Herkunftsland vorziehen.

Man könnte eine Kultur der „débrouillardise“ identifizieren, des pfiffigen „Sich-Durchbeißen“ gegenüber existentiell prekären Situationen. Denn letztendlich unterwandern die Papierlosen auf einer alltagspraktischen Ebene das sie als Gefahr für die Gesellschaft dämonisierende Migrationsregime, indem sie sich der behördlichen Kontrolle durch die EU-Staaten entziehen. Dass die repressiven Maßnahmen als Steuerungselement dieser Politik bisher „nur“ als tödlicher Filter fungieren, der weniger die Quantität der Einwanderung, als ihre Qualität manipuliert, belegt ihr Versagen einmal mehr. So erweist sich die Problematik der illegalisierten Zuwanderung, des unberechtigten Aufenthalts und der illegalen Beschäftigung als diffizile Grundfrage. Sie ist eine Herausforderung an die (EU-)staatliche Politik, die im eigentlichen Sinne „Staatskunst“ erfordert, das Kunststück nämlich, den Achtungsanspruch des Rechts mit den Prinzipien der Humanität und Gleichberechtigung zu vereinbaren, das dem Recht ebenfalls zu Grunde liegt.

Bibliographie

- Arendt, Hannah (1993): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München/Zürich: Piper.
- Bade, Klaus J./Emmer, Pieter C./Lucassen, Leo/Oltmer, Jochen (Hg.) (2007): *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn/München/Wien/

Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh.

Bigot, Didier (1996): *Police en réseau: L'expérience européenne*, Paris: Presse de la fondation nationale des sciences politiques.

Castel, Robert/Haroche, Claudine (2001): *Propriété privée, propriété sociale, propriété du soi*, Paris: Librairie Arthème Fayard.

Certeau, Michel de (1988): *Die Kunst des Handelns*, Merve Verlag, Berlin.

Darieva, Tsypylma (2007): „Migrationsforschung in der Ethnologie“, in: Schmidt-Lauber (Hg.): *Ethnizität und Migration*, Berlin: Dietrich-Reimer-Verlag, 69–93.

Fassin, Didier/Morice, Alain/Quiminal, Catherine (1997): *Les lois de l'inhospitalité. Les politiques de l'immigration à l'épreuve des sans-papiers*, Paris: Éditions la Découverte.

Fassin, Didier (1996): *L'espace politique de la santé. Essai de généalogie*, Paris: PUF.

Gordon, Milton. M. (1964): *Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins*, New York : Oxford University Press.

Jelpke, Ulla (29. 7. 2006): Rede im Bundestag: Flüchtlinge aus dem Libanon sofort aufnehmen! http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=158 (25. 05. 2009).

Kürşat-Ahlers, Elçin/Waldhoff, Hans-Peter (2001): „Die langsame Wanderung: Wie die Migrationstheoretiker der Vielfalt gelebter Migration nachwandern“, in: Gesemann, Frank (Hg.): *Migration und Integration in Berlin*, Opladen: Leske+Budrich.

Massiah, Gustave (8.11.2007): Liberté de circulation et ouverture des frontières. Proposé à la discussion par la commission information-conscientisation. <http://www.millebords.org/spip.php?article5021> (24. 05. 2009).

Terray, Emmanuel (15. 10. 2006): "1942-2006: réflexions sur un parallèle contesté". http://www.reseau-ipam.org/article.php3?id_article=1278 (20. 11. 2011).

Willen, Sarah (2007): „Exploring ›Illegal‹ and ›Irregular‹ Migrants' Lived Experiences of Law and State Power“, in: *International Migration* 45.3, 2–7.

Abkürzungen

CGT: Confédération Générale du Travail (Allgemeiner Gewerkschaftsbund, steht traditionell der Kommunistischen Partei nahe)

CIMADE: Comité InterMouvements Auprès Des Évacués (französische auf die rechtliche Orientierung von Einwanderern spezialisierte ONG)

CSP 13 Collectif Sans Papiers 13 (Kollektiv der Papierlosen in Marseille)

LDH: Ligue des Droits de l'Homme (Menschenrechtsliga)

PS: Parti Socialiste (Sozialistische Partei)

RESF: Réseau Éducation Sans Frontières (Netzwerk Bildung ohne Grenzen)

UCIJ: Uni(e) contre l'immigration jetable (Vereint gegen Einweg-Einwanderung)

Leben auf Probe? Zur Logik des Ausweisens in Deutschland

Tobias Schwarz

Zusammenfassung

Auch langjährig in Deutschland lebende „Ausländer“ sind von Ausweisung bedroht. In Deutschland ‚auf Probe‘ zu leben ist damit für Millionen Menschen immer noch Realität und wird in der Öffentlichkeit kaum hinterfragt. Tobias Schwarz kritisiert, dass in den Debatten in der Bundesrepublik das Verständnis, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft prinzipiell Teil der Gesellschaft sind, sehr gering entwickelt sei. Er zeigt, wie Ausweisungen in den Medien und der Politik zur vermeintlichen Lösung sozialer Probleme vorgeschlagen werden. Dazu werden die Ausweisungsgründe und das tatsächliche Ausweisungsgeschehen erläutert, die Geschichte des Ausweisungsrechts knapp umrissen und der Ausweisungsschutz im europäischen Vergleich diskutiert. Außerdem geht Schwarz auf öffentliche Debatten um Ausweisungen seit 1997 und die entsprechenden Gesetzesverschärfungen in der Bundesrepublik ein. Schließlich werden Forderungen nach einem verbesserten Ausweisungsschutz wiedergegeben, sowie die weitergehende Forderung begründet, Ausweisungen prinzipiell zu beenden.

Ende 2009 lebten laut statistischem Bundesamt fast 5 Millionen der registrierten 6,7 Millionen „Ausländer“ bereits acht oder mehr Jahre in Deutschland und 1,3 Millionen von ihnen sind in Deutschland geboren. Auch langjährig in Deutschland lebende „Ausländer“, die eigentlich längst „Inländer“ geworden sind oder das immer waren, bleiben von Ausweisung bedroht.¹ In Deutschland ‚auf Probe‘ zu leben – das ist für Millionen Menschen immer noch Realität

¹ Der Begriff „Ausländer“ bezeichnet eine Rechtsposition, nicht etwa ‚kulturelle‘ Unterschiede: die betreffende Person besitzt nicht die Staatsangehörigkeit der Inländer. Allerdings ist er missverständlich, denn er legt nahe, jede derart bezeichnete Person würde im Ausland leben bzw. dorthin „gehören“. Im Folgenden verwende ich diesen Begriff in Anführung um zu zeigen, dass damit eine rechtlich als different markierte Gruppe bezeichnet wird. Da „der Ausländer“ im deutschen Gesetzestext immer männlich ist behalte ich dort, wo explizit die Logik des Rechts referiert wird, diesen Androzentrismus bei. Zur ausführlichen kritischen Diskussion dieser rechtlichen Differenzkonstruktion vgl. Schwarz 2010, S. 31–35.

und wird in der Öffentlichkeit kaum hinterfragt. Eine fundierte Kritik an dieser Praxis der Ungleichbehandlung ist, von vereinzelt Fachdebatten abgesehen (s. u.), kaum zu vernehmen.

Denn auch wenn das deutsche Ausweisungsrecht für EU-Bürger_innen (und diesen Gleichgestellten) nur mit Einschränkungen anwendbar ist (s. auch dazu später mehr) so gilt doch prinzipiell, dass im deutschen Recht kein grundsätzlicher Schutz vor Ausweisung vorgesehen ist. Auch wer schon lange in Deutschland lebt, aber keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, steht damit stets unter dem Zwang zur Anpassung und zum Wohlverhalten, der mit der Drohung des Rauswurfs alltäglich aufrechterhalten wird. Und tatsächlich ist die Bedrohung der Lebensbedingungen real: In den Jahren 1991 bis 2009 wurden von der Ausländerverwaltung über 280 000 Ausweisungen erlassen, davon viele im Anschluss an eine bereits verbüßte Haftstrafe (ausführlicher zu Datenlage s. u.).

In Deutschland hat die Ausgrenzung von Migrant_innen eine lange Tradition. Nicht erst durch die gesetzlichen Verschärfungen im Zuge tagespolitischer Debatten etwa um „ausländische Straftäter“ der vergangenen Jahre ist das deutsche Ausweisungsrecht so streng wie kaum eines in anderen europäischen Ländern. Um dieser repressiven Logik etwas entgegen zu setzen, bedarf es einer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber der Ausschlusstechnik Ausweisung. Wieso werden selbst Migranten und Migrantinnen der zweiten und dritten Generation immer noch als Gäste behandelt, die ihr „Gastrecht verwirken“ können? Warum dient Strafe als „Resozialisierung“ für deutsche Staatsangehörige, aber nicht für Menschen ohne deutschen Pass, die hier geboren wurden oder schon lange hier leben? Sorgt ein Leben ‚auf Probe‘ wirklich für mehr Wohlverhalten? Oder erreicht man durch derartige Ausgrenzung nicht genau das Gegenteil? Dies sind nur einige der Fragen, die im folgenden Text gestellt werden sollten.²

² Unter dem Titel „Leben auf Probe“ erstellte die *Arbeitsgruppe gegen Ausweisung* 2008 eine Handreichung, auf die dieser Text teilweise aufbaut (s. <http://ausweisung.blogspot.de>.) Die *Arbeitsgruppe* wollte eine Diskussion über die Legitimität von Ausweisungen in der Öffentlichkeit anstoßen (Kontakt: gegen-ausweisung@web.de).

Ausweisung im deutschen und europäischen Recht

In der Umgangssprache wird oft nicht zwischen den Begriffen „Ausweisung“ und „Abschiebung“ unterschieden. Ausgewiesen wird, wer einen *rechtmäßigen* Aufenthaltstitel besitzt und trotzdem das Land verlassen soll. Die Ausweisung ist also der Verwaltungsvorgang, durch den einem Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ein bestehendes Aufenthaltsrecht entzogen wird. Bei denjenigen, die sich *nicht* rechtmäßig in Deutschland aufhalten, bedarf es vor der Abschiebung keiner gesonderten Ausweisung. Dies ist etwa der Fall bei Flüchtlingen, die in Deutschland nur „geduldet“ sind, da sie formal keine Erlaubnis zum Aufenthalt in Deutschland besitzen. Bei einer Abschiebung schließlich handelt es sich um den unmittelbaren Zwang zum Verlassen des Staatsgebietes. Nur wer ausgewiesen wurde und nicht „freiwillig“ ausreist bzw. zum Zeitpunkt der Ausweisung bereits in Haft war wird zusätzlich abgeschoben. Durch die Ausweisung entsteht ein lebenslanges Einreiseverbot, das nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle anderen Schengen-Staaten gilt (die Sperrwirkung kann jedoch in begründeten Ausnahmefällen befristet werden). Durch eine Ausweisung tritt also umgehend materieller Ausschluss ein. Damit ist gemeint, dass der soziale Status der Nicht-Staatsangehörigen durch das Ausweisen entwertet wird, indem ihre sozialen, ökonomischen und politischen Rechte eingeschränkt oder ganz negiert werden. Das Ausweisen ist damit eine Sozialtechnik, die auf dem nationalen Konzept der binären Unterscheidbarkeit von *eigenen* und *fremden* Staatsangehörigen beruht, dem „institutionalisierten Ausgrenzungsdiskurses der Moderne“ (Behr 1998, S. 302). Dieser wirkt sich in Form der systematischen Benachteiligung von Staatsfremden im engeren Sinne materiell aus. Dies beginnt bereits bei der Kontrolle über Einreise und Aufenthalt und setzt sich in Form von Verboten und Einschränkungen in vielen Bereichen des täglichen Lebens fort. Je nach Aufenthaltswort und -dauer entsteht durch das System der ausländerrechtlichen Aufenthaltstitel ein hinsichtlich Lebenschancen mehrfach abgestuftes System hierarchischer Kategorien. Es reicht von der EU-Staatsangehörigkeit über die Niederlassungserlaubnis, über verschiedene Titel des vorübergehenden Aufenthalts bis hin

zur Bescheinigung des unrechtmäßigen Aufenthalts in Form der Duldung.³ In dieser ausländerrechtlichen Hierarchie befinden sich die unregistrierten, illegalisierten Migrant_innen an unterster Stelle, denn ihnen fehlen maßgebliche Rechte wie der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Sozialleistungen, zur Gesundheitsversorgung usw.⁴

Nur den eigenen Staatsangehörigen gewährt der Staat zumindest formal alle Staatsbürger_innenrechte, und faktisch können „Ausländer“ nur durch die Annahme der Staatsangehörigkeit in einen formell gleichwertigen Status aufsteigen. Allerdings ist auch Statusverfall bzw. -verlust in bestimmten Fällen möglich. Eine befristete Aufenthaltsgenehmigung etwa wird nicht automatisch verlängert; ein temporärer, nur für eine bestimmte Tätigkeit vorgesehener Aufenthaltstitel verfällt nach Ablauf der Frist bzw. bei Beendigung der Tätigkeit (Saisonarbeit, touristische Reise, Ausbildung). Auch durch eine Ausweisung kann ein bestehender Titel entzogen werden (dazu gleich mehr). In allen Fällen wird die betreffende Person „ausreisepflichtig“, d. h. ihr Status sinkt auf den unrechtmäßigen Aufenthalt ab. Dies führt zu allen Konsequenzen, die ein fehlendes Aufenthaltsrecht für Illegalisierte hat.

Wer nach einer Ausweisung das Land verlässt, steht nicht nur symbolisch, sondern physisch außerhalb der Gesellschaft. Die Ausweisung „vernichtet die innerstaatliche Existenz des Ausländers und zwingt ihn, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen“ (Schuback 2003, S. 27). Aber selbst wenn die betreffenden Personen physisch im Land bleiben, wird ihnen das den legal Aufenthaltsberechtigten immerhin gewährte dünne Bündel sozialer und bürgerlicher Rechte entzogen. Ein weitergehender rechtlicher Ausschluss ist nicht vorgesehen, ein Status verschärfter gesellschaftlicher Exklusion tritt ein.

Neben der materiellen Exklusionswirkung darf aber auch der symbolische Effekt der Ausweisungsdrohung nicht vernachlässigt werden. Denn mit der Möglichkeit, „Ausländer“ des Landes zu verweisen, liegt bereits ein symbolischer Ausschluss vor. Ihr Statusunterschied gegenüber den als Norm gesetzten „Inländern“ ist bereits damit etabliert, dass die Techniken zur Durchsetzung dieses Ausschlusses vorhanden sind, sie also permanent von Ausweisung bedroht

³ Bereits rund 4,5 Millionen Menschen leben zwar ohne deutsche Staatsangehörigkeit, aber mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder als EU-Angehörige im Land (Angaben aus dem Ausländerzentralregister vom 31. 12. 2009, vgl. <http://www.destatis.de>). Zur rechtlichen Statushierarchie der „Ausländer“ in Deutschland vgl. Kühne et al. 2000; zum Übergang vom unrechtmäßigen zum legalen Aufenthalt durch Legalisierungsregelungen vgl. Schwarz 2007, S. 25.

⁴ Zur rechtlichen Situation Illegalisierter vgl. Alt et al. 2001.

sind. Schon durch die Ausschlussdrohung wirkt eine ungleiche Ausgangsposition der als different Gesetzten in allen Interaktionssituationen als latenter Ausschluss und führt so zu einer Schwächung ihrer sozialen Position. Um dieses asymmetrische Verhältnis zu etablieren genügt es bereits, dass sich die Logiken des Ausweisens in der diskursiven Praxis durchsetzen, indem die Ausweisung gefordert oder deren Logik affirmiert wird. Die Ausweisungskompetenz des Nationalstaates – also bereits die bloße Möglichkeit, auszuweisen – verhilft der Konstruktion von Nicht-Staatsangehörigen in besonders gravierender Form zu sozialer Wirksamkeit.

Welche Ausweisungsgründe sind im Gesetz vorgesehen?

Im deutschen Ausländerrecht⁵ wird zur Begründung von Ausweisungen zwischen Fällen unterschieden, in denen die Ausländerbehörde ausweisen muss oder es im Regelfall tut – etwa bei bestimmten Straftaten oder wenn ein Mensch aus anderen Gründen als besonders gefährlich gilt („Terrorismus“). Darüber hinaus ist die Ausweisung in das Ermessen der Ausländerbehörde gestellt, wenn diese „die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ durch einen „Ausländer“ gefährdet sieht (§ 55 AufenthG). Im genannten Paragraphen werden vielerlei Gründe für eine solche Annahme genannt, darunter bereits ein nicht nur geringfügiger Verstoß gegen Rechtsvorschriften. Neben der Verurteilung zu einer Haftstrafe existieren damit also zahlreiche weitere gesetzliche Ausweisungsgründe jenseits eines strafrechtlichen Verfahrens. Auch Mitglieder einer Organisation, die „den Terrorismus unterstützt“ oder „Integrationsfeinde“ können nach bestehender Gesetzeslage ausgewiesen werden, auch der Bezug von Sozialhilfe oder Verstöße gegen Vorschriften zur Prostitution – im Ausländerrecht „Gewerbsunzucht“ – können theoretisch zur Ausweisung führen. Die individuellen Lebensumstände müssen in diesen Fällen aber einschränkend berücksichtigt werden.

Parallel zur gesetzlichen Setzung von Ausweisungsgründen werden Ausweisungen für diejenigen erschwert, die ansonsten unbegrenzt in Deutschland leben dürften. Wer seit mindestens fünf Jahren in Deutschland lebt und mit der

⁵ Das deutsche Ausweisungsrecht umfasst im Wesentlichen die Paragraphen 53–56 Aufenthaltsgesetz; für EU-Angehörige gilt das Freizügigkeitsgesetz (darin der § 6 zu „Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt“) – im Volltext unter <http://www.gesetze-im-internet.de> zu finden.

„Niederlassungserlaubnis“ den einzigen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt, ist vor einer Ausweisung wegen der letztgenannten Gründe geschützt. Gleiches gilt für „Deutschverheiratete“ und als politisch verfolgt Anerkannte. Diese Personengruppen können nur wegen den als zwingend oder für den Regelfall genannten Gründen ausgewiesen werden.

Die ausschließende Wirkung des Ausweisungsrechts besteht allerdings nicht nur im Entzug eines Aufenthaltstitels. In bestimmten Fällen wird damit auch verhindert, dass Rechtsansprüche auf einen Aufenthalt überhaupt erst entstehen. Denn über die eigentliche Ausweisung hinaus können Ausweisungsgründe auch dazu führen, dass ein Aufenthaltstitel nicht erteilt oder verlängert wird, denn das „Nichtvorliegen eines Ausweisungsgrunds“ ist laut Ausländerrecht die Voraussetzung jedes Aufenthaltstitels (Renner 1998, S. 315).⁶ Ist dies vor der Einreise nach Deutschland eher ein Randphänomen, führt ein vorliegender Ausweisungsgrund bei der *Verlängerung* eines Aufenthaltstitels zu einer ‚verdeckten‘ Ausweisung. Denn wird ein befristeter Titel nicht verlängert hat das ähnlich gravierende Folgen wie eine Ausweisung selbst: die betreffende Person muss das Land verlassen. Derartige Verwaltungsakte werden aber nicht als Ausweisung gewertet und dementsprechend auch nicht als solche registriert. Ebenso verhindert ein vorliegender Ausweisungsgrund die Ausstellung eines verfestigten Aufenthaltstitels. Ein Beispiel: Nach mehrjährigem legalem Aufenthalt in Deutschland wäre eine Ausweisung ausschließlich wegen Armut nicht zulässig, denn die oben bereits erwähnte Berücksichtigung individueller Lebensumstände wäre notwendig. Wenn nur der Ausweisungsgrund „Sozialhilfebezug“ vorliegt, bleibt also auch eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Einen Antrag auf die Niederlassungserlaubnis kann die Ausländerbehörde aber ablehnen, denn dem schiebt dieser Ausweisungsgrund einen Riegel vor. Der eigentlich rechtlich vorgesehene besondere Aufenthaltsschutz durch eine Aufenthaltsverfestigung (in Form der Niederlassungserlaubnis) tritt nun nicht ein. Diese Praxis „stellt in Deutschland lebende Ausländer, gleich wie lange sie hier leben, unter einen umfassenden Wohlverhaltensvorbehalt“ (Beichel 2001, S. 245).

Diese Implikationen des Ausweisungsrechts führen, konsequent weitergedacht, sogar zur Verhinderung der Einbürgerung. Folglich nennt das Staatsangehö-

⁶ Von dieser Regelung sind allerdings EU-Angehörige ausgenommen, denn sie benötigen für die Einreise keinen Aufenthaltstitel (§ 2 Abs. 4 FreizügG/EU). Dennoch kann eine „Ausweisung“ (die hier nicht so heißt) zu einem Einreiseverbot führen.

rigkeitsgesetz ausdrücklich jeden Ausweisungsgrund als eine Einbürgerung ausschließend (StAG § 8 Abs. 1 Nr. 2). Das bedeutet, sobald ein Ausweisungsgrund vorliegt kann die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr erworben werden, unabhängig davon, welcher Anspruch auf Einbürgerung vorliegt und dass die betreffende Person tatsächlich gar nicht ausgewiesen werden könnte.

Wie viele Menschen werden tatsächlich aus Deutschland ausgewiesen?

Wie viele der rechtmäßig dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen sind eigentlich tatsächlich von einer Ausweisung betroffen? Bei wie vielen wurde ein Aufenthaltstitel mit Bezug auf einen Ausweisungsgrund nicht verlängert? Welche Tatbestände wurden wie oft zur Begründung einer Ausweisung bzw. Nichtverlängerung herangezogen?

Um keine Hoffnungen zu wecken: aktuelle Zahlen liegen zu diesen Fragen nur in sehr begrenztem Umfang vor. Das überrascht, denn Quellen zur statistischen Aufbereitung wären durchaus vorhanden. Die besten Kenntnisse darüber, wer wann warum ausgewiesen wurde, haben die Ausländerbehörden notwendigerweise selbst. Sie sind angewiesen, eine „Ausländerdatei“ zu führen (§ 62 AufenthV), in der nicht nur Ausweisungen, sondern auch Nichtverlängerungen aufgrund eines Ausweisungsgrundes gespeichert werden. Auf dieser Ebene kann allerdings keine Gesamtsicht gewonnen werden. Die etwa 600 lokalen deutschen Ausländerbehörden registrieren ihre Fälle für sich, eine Statistik wäre daher immer nur lokal zu erstellen.

Diese lokalen Ausländerbehörden wiederum beliefern das Ausländerzentralregister (AZR) mit Daten. In diesem riesigen Verwaltungsregister – es enthält über 23 Millionen personenbezogene Datensätze – werden alle Menschen ohne deutschen Pass registriert, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Auch die Gesamtzahl der Ausweisungen lässt sich durch eine AZR-Anfrage rekonstruieren (wenn auch nicht im Detail die jeweiligen Ausweisungsgründe), was in jüngerer Zeit erst durch Antworten der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfrage in den Jahren 2007 und 2010 geschehen ist (Bundestagsdrucksachen 16/5369 und 17/1367). Demnach liegt die Gesamtzahl der bundesweit zwischen dem 01.01. 1991 und dem 31. 12. 2009 ergangenen Ausweisungen, kumuliert über den gesamten Zeitraum und ohne Differenzie-

rung danach, ob die ergangenen Ausweisungen bereits rechtskräftig geworden sind bzw. die Ausgewiesenen das Land tatsächlich verlassen mussten, bei über 280 000. Im Jahresdurchschnitt wurde also mehr als 14 000 Menschen durch eine behördliche Entscheidung die Lebensgrundlage in Deutschland effektiv entzogen, die Tendenz ist seit 2000 allerdings fallend (2000/2001 > 14 000, seit 2005 < 10 000, 2009 = 4 258, BtDrs 17/1367, S. 3). Während die Gesamtzahl der erlassenen Ausweisungen also zurückgeht, nimmt der Anteil derjenigen zu, die trotz einer Ausweisung nicht abgeschoben werden können und daher eine Duldung erhalten: seit 2007 liegen ihr Anteil bei über 10% aller Ausgewiesenen.

Diese kumulative Statistik gibt offensichtlich nur einen ersten groben Überblick. Aus den genannten Durchschnittszahlen gehen weder die Ausweisungsgründe hervor noch ist erkennbar, ob die ausgewiesenen Menschen vorher dauerhaft in Deutschland lebten, vielleicht sogar hier geboren oder aufgewachsen waren, oder ob sie sich lediglich kurze Zeit im Land befanden. Ebenso wenig ist die Bundesregierung bereit, die angewendeten Ausweisungsgründe transparent zu machen; in den zitierten Antworten der Bundesregierung heißt es dazu lediglich, es lägen „keine Zahlen“ bzw. „keine Erkenntnisse“ vor. Dies erweist sich meines Erachtens als besonders hinderlich dafür, die sozialen Folgen der Ausweisungspraxis einschätzen zu können. Zweifelsohne wird dadurch das tatsächliche Ausweisungs geschehen einer kritischen (Fach-)Öffentlichkeit vorenthalten. Um nur ein konkretes Beispiel zu nennen: Die Forderungen nach Ausweisungsschutz für in Deutschland geborene und hier aufgewachsene Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit finden seit Jahren keinerlei Resonanz. Diese im Vergleich zu anderen EU-Ländern auffällige Ruhe kann nicht aus der Rechtslage resultieren – kaum ein europäisches Ausweisungsrecht ist so streng wie das Deutsche (s. u.). Was der deutschen Debatte also grundsätzlich zu fehlen scheint ist die Einsicht, dass Menschen, die in Deutschland leben, zur deutschen Gesellschaft dazugehören, egal, welchen Pass sie besitzen oder wie abweichend sie sich verhalten. Darauf werde ich im letzten Abschnitt dieses Textes zurückkommen.

Durch Ausweisung doppelt bestraft

Oben wurde bereits erwähnt, dass kein prinzipieller Schutz vor Ausweisung im deutschen Ausländerrecht existiert. Das heißt: Letztlich schützt vor einer Ausweisung aus Deutschland nur die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Falle der Ausweisung wegen einer schweren Straftat erfolgt die tatsächliche Abschiebung in der Regel erst im Anschluss an die Strafhaft. Danach werden die Ausgewiesenen direkt aus der Haft heraus abgeschoben – eine freiwillige Ausreise ist also nicht mehr möglich. Dadurch, dass hinausgeworfen werden kann, wer straffällig wird, wird die verwaltungsrechtliche Ausweisung zu einer zweiten „Bestrafung“: Zunächst verbüßen diese Menschen eine Haftstrafe, dann wird ihre Lebensperspektive in Deutschland zerstört. Für sie gelten andere Kriterien als für Straftäter_innen mit deutschem Pass. Auch im Vollzug sind ausgewiesene Straftäter_innen Häftlinge ‚zweiter Klasse‘. Sie haben keinen Anspruch auf Lockerungen, da sie keinen Aufenthaltstitel mehr haben, und erhalten so keinen Freigang mehr und können kein Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnis aufnehmen.

Rechtlich wird dies allerdings nicht als *Doppelbestrafung*, sondern als präventive Maßnahmen gesehen. Auch die Ausweisung in Folge von Straftaten erfolgt demnach, um potentielle zukünftige Gefahren durch „ausländische“ Straftäter_innen abzuwehren.⁷ Während Straftäter_innen mit deutschem Pass eine Besserung zugetraut wird und die Chance zur Reintegration gegeben scheint, wird bei ihnen also in vielen Fällen davon ausgegangen, dass sie auch in Zukunft die Sicherheit und Ordnung Deutschlands gefährden werden. „Ausländer“ stehen damit stets unter einem besonderen Zwang zur Anpassung und zum Wohlverhalten, der mit der Drohung des Rauswurfs alltäglich aufrechterhalten wird.

An der gängigen präventiven Sanktionsbegründung wird durchaus Kritik geübt. Diese knüpft einerseits an Zweifeln darüber an, ob der postulierte Zweck, Kriminalität zu reduzieren, durch Ausweisungen überhaupt erreicht wird, denn tatsächlich lässt sich die abschreckende Wirkung der Ausweisungsdrohung ja

⁷ Ob dies sachlich begründbar ist diskutiert ausführlich Beichel 2001, S. 30 ff. und 218 ff. und kommt zu dem Ergebnis, „die Ausweisung ist Strafe“ (ebd., S. 224). Ebenfalls kritisch zur „Ausweisung als Strafe“ vgl. Graebisch 1998.

schlicht nicht verifizieren.⁸ Was das spezialpräventive Ausweisen betrifft, also die Abwendung von genau der „Gefahr“, die durch die weitere Anwesenheit einer bestimmten Person ausgeht, drängt sich andererseits der Einwand auf, dass doch lediglich die Bedrohung von Rechtsgütern *im Inland* abgewendet werden kann. Ob allerdings eine nationalstaatliche Begrenzung tatsächlich die einzig relevante Bezugsgröße setzt ist höchst fraglich. Denn nun hätte ja schlicht ein anderes Land mit der in dieser Logik zu befürchtenden Normverletzung zu kämpfen. Und dass die Ausgewiesenen nach einer Abschiebung in ein für sie möglicherweise fremdes Land in einer weit schwierigeren sozialen Situation sind als in Deutschland wird wohl niemand bestreiten. Selbst wenn wir also versuchsweise die Prämissen der herrschenden Meinung gelten lassen wird damit deutlich, dass die nationalstaatliche Begrenzung der Rechtswirkung von Ausweisungen schlicht nicht funktioniert: Dass sich Nationalstaaten unerwünschte Straftäter_innen gegenseitig zuschieben, stellt offensichtlich keine „Lösung“ des Problems dar.

Zudem führt die Ausweisung keineswegs immer zum Verlassen des Landes. Ist eine Abschiebung in ein anderes Land schlicht nicht möglich – etwa, wenn kein Pass vorliegt oder das Leben im formal zuständigen Staat bedroht wäre – leben auch Ausgewiesene weiter in Deutschland, sind hier aber lediglich geduldet. Für sie gelten die oben geschilderten Lebensbedingungen verschärfter gesellschaftlicher Exklusion. Die Ausgangsbedingungen für ein normenkonformes Leben sind damit auch für sie massiv verschlechtert, was selbst innerhalb der Logik dieser Präventionstechnik ebenso als negativer Effekt des Ausweisens zu werten wäre.

Ausweisungen in der EU

Einen zumindest partiellen Schutz vor Ausweisung liefert neben den oben genannten Konstellationen eines unbefristeten Aufenthalts in Deutschland auch schon die EU-Staatsangehörigkeit. Denn gegen EU-Angehörige muss aufgrund der Regelungen der EU-Freizügigkeit jede Ausweisung immer an eine umfassende Einzelfallbetrachtung sowie an das Prinzip der Verhältnismäßigkeit

⁸ In der herrschenden Rechtswissenschaft wird eine derartige abschreckende Wirkung einfach unterstellt, so lange sie nicht ausgeschlossen werden kann. Einen kritischen Versuch, die Abschreckungswirkung des Ausweisens über Rückfallquoten von Straftätern zu messen, unternahmen Hickman et al. 2008.

anknüpfen – eine zwingende „Ist-Ausweisung“, wie sie im deutschen Ausländerrecht für die sogenannten „Drittstaatler“ gilt, ist also bei EU-Bürger_innen nicht mehr zulässig. Dieselben Regeln gelten für türkische Staatsangehörige, sobald sie oder ihre Eltern mehrere Jahre in Deutschland gearbeitet haben. Außerdem sieht die EU-Daueraufenthaltsrichtlinie für alle Menschen, die seit fünf Jahren innerhalb der EU einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel besitzen, einen besonderen Ausweisungsschutz vor: Ihre Ausweisung ist nur noch zulässig, wenn sie eine „gegenwärtige, hinreichend schwere Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit“ darstellen. Auch für diese Gruppe hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits entschieden, dass sich aus dem Recht auf Privat- und Familienleben in der Europäischen Menschenrechtskonvention (die Deutschland unterschrieben hat) ableiten lässt, dass bei einer Ausweisung immer berücksichtigt werden muss, wie „verwurzelt“ eine Person in dem Land ist, in dem sie lebt, auch wenn sie nicht dessen Staatsangehörigkeit besitzt – dies gilt insbesondere für Migrant_innen der zweiten Generation, den „faktischen Inländer“.

Durch die europäische Rechtsprechung ist das rigide ausländerrechtliche Ausweisungssystem in Deutschland also eigentlich bereits obsolet geworden. Die europäischen Vorgaben und die bereits genannte Rechtsentwicklung in der EU haben bisher jedoch noch keine Änderungen im deutschen Aufenthaltsgesetz erwirkt. Auch kann es noch Jahre dauern, bis die deutsche Rechtsprechung entsprechend Einfluss auf die Behördenpraxis nehmen wird. Trotzdem lässt sich mit der rechtlichen Entwicklung auf EU-Ebene politisch argumentieren, denn sie bestätigt zumindest EU-weit, dass einzelne Nationalstaaten mit Staatsfremden offenbar nicht immer machen können, was sie wollen. Zumindest das Bleiberecht von EU-Angehörigen darf durch nationalstaatlich gesetzte Ausweisungsbestimmungen nicht mehr ausgehebelt werden.

Der Vergleich mit anderen EU-Ländern verdeutlicht die Strenge des deutschen Ausweisungsrechts. In **Frankreich** gilt seit 2003, in Reaktion auf die Kampagne gegen die „double peine“ (Doppelbestrafung), dann ein Ausweisungsschutz, wenn jemand seit dem 13. Geburtstag in Frankreich lebt, seit 20 Jahren ein Aufenthaltstitel besitzt, mit einer_einem französischen Staatsbürger_in seit drei Jahren verheiratet ist oder ein Kind die französische Staatsbürgerschaft besitzt. Kein Schutz besteht bei einer „Gefährdung der Grundordnung oder der Sicherheit Frankreichs“, bei der Beeinträchtigung sonstiger erheblicher

Interessen Frankreichs oder bei „Terrorverdacht“. Tatsächlich absolut vor einer Ausweisung geschützt sind nur minderjährige „Ausländer“.

In **Österreich** sind Angehörige von Ländern außerhalb der EU seit 1998 absolut vor Ausweisung geschützt, wenn sie als „langjährig rechtmäßig niedergelassen“ gelten (§ 55 Fremdenpolizeigesetz). Das ist der Fall, wenn sie in Österreich geboren sind oder ihr halbes Leben in Österreich verbracht haben und die letzten drei Jahre dort gelebt haben. Für alle anderen Menschen ohne österreichischen Pass gilt ein gestaffelter Ausweisungsschutz, der auf eine gesetzliche „Aufenthaltsverfestigung“ aufbaut. Das bedeutet beispielsweise, dass ab einem Aufenthalt von 10 Jahren nur noch Ausweisungen wegen bestimmter Straftaten zulässig sind (§ 55 Fremdenpolizeigesetz).

In den **Niederlanden** existiert eine gestaffelte Ausweisungsregelung für alle seit mehreren Jahren dort lebenden Nicht-Niederländer_innen. Nach zehn Jahren Aufenthalt kann z. B. eine Ausweisung nur noch erlassen werden, wenn eine Person zu mehr als 60 Monaten Haft verurteilt wurde; nach 15 Jahren Aufenthalt steigt die Schwelle auf über 96 Monate Haft. Wer seit mehr als 20 Jahren in den Niederlanden lebt oder vor dem zehnten Lebensjahr zugewandert ist und 15 Jahre in den Niederlanden gelebt hat, darf überhaupt nicht mehr ausgewiesen werden.

Weitere EU-Staaten, in denen bestimmte Gruppen kategorisch vor einer Ausweisung geschützt sind, sind neben Frankreich, Österreich und Holland auch Griechenland, Italien und Schweden.⁹

Eine kurze Geschichte des Ausweisungsrechts

Juristischer Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen hat in Deutschland bereits eine lange Tradition.¹⁰ Eine erste Form des Ausweisungsrechts wurde bereits in Preußen in Form polizeilicher Ausweisungserlasse, z. B. dem Ministerialerlass zur „Ausweisung lästiger Ausländer“ von 1921, geschaffen. Damals war die Ausweisung generell zulässig, wenn sich ein „Ausländer“ „lästig macht“ oder „unerwünscht“ ist. Die erste preußische Ausländer-Polizeiverordnung (APVO) legte bereits 1932 mit ihrer Systematik den Grundstein für das spätere deutsche

⁹ Eine Übersicht zur Rechtslage in allen EU-Staaten findet sich bei Groenendijk et al. 2001 sowie bei Gutmann 2004.

¹⁰ Zur Geschichte des Ausweisungsrechts siehe z. B. Renner 1996, S. 23–38.

Ausweisungsrecht. Darin waren nicht nur die einzelnen Ausweisungsgründe aufgezählt (von Straftaten über „staatsfeindliche“ Betätigung bis hin zu Armut und Umherziehen als „Bettler oder Landstreicher“) sondern auch die Idee der Ausweisung ‚auf Verdacht‘ (wie sie 2007 wieder ins Gesetz zurückkehrte, s. u.) wurde hier schon installiert.

Die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung von 1938 legitimierte die fast jederzeit mögliche Abschiebung, denn der Aufenthalt wurde nach § 1 nur „Ausländern“ erlaubt, die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthalts im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, dass sie der gewährten Gastfreundschaft würdig sind“. Damit wurde ein weiter Rahmen für Willkür bei der Ausübung des Ausweisungsermessens geschaffen. Der § 5 Abs. 1 zählte einzelne Ausweisungsgründe auf und spezifizierte so, was unter „Unwürdigkeit“ zu verstehen sei. Darunter finden sich „Bettelei“, „Gewerbsunzucht“, „als Landstreicher, als Zigeuner oder nach Zigeunerart“ umherzuziehen sowie „nicht über genügende Mittel zur Bestreitung seines oder des Unterhalts seiner Familie“ zu verfügen.

Diese Aufzählung von Ausweisungsgründen ist selbst für die aktuelle Rechtslage noch von Bedeutung, denn nach dem II. Weltkrieg wurde die APVO von 1938 in der BRD als geltendes Recht übernommen (lediglich der Ausweisungsgrund „unrichtige Angabe über seine Rassenzugehörigkeit“ wurde nicht mehr angewendet). Die Generalklausel der Würdigkeit zur gewährten Gastfreundschaft galt also bis zum Inkrafttreten des ersten westdeutschen Ausländergesetzes 1965. Darin finden sich als Ausweisungsgründe im Wesentlichen die in der NS-APVO zum Aufenthaltsverbot führenden Kriterien, ergänzt um die Klausel „oder wenn seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt“ (§ 10 I AuslG von 1965). Damit blieben bis zur Novellierung des deutschen Ausländerrechts 1990 die Kompetenzen der Verwaltung bezüglich Ausweisungen weitgehend unbeschränkt.

In der DDR wurde zwar bereits 1956 eine Verordnung des Ministerrats über den Aufenthalt von Ausländern erlassen, die eine formale Rechtsgleichheit von „Ausländern“ mit DDR-Bürger_innen einführte.¹¹ Auch sie sah allerdings in § 6 den Verlust des Aufenthaltsrechts durch Straftaten vor. Im Ausländergesetz der

¹¹ In der DDR lebten vergleichsweise wenige „Ausländer_innen“, zuletzt waren es etwa 190 000, der Großteil von ihnen Studierende und Vertragsarbeitnehmer_innen. Auch die DDR verfolgte keine auf dauerhafte Einwanderung ausgerichtete Ausländerpolitik, denn diese Bevölkerungsgruppen sollten nach einer bestimmten Dauer der Tätigkeit das Land wieder verlassen (Bade et al. 2004, S. 90).

DDR von 1979, das die Ausländerverordnung ablöste, war schließlich schlicht geregelt, eine Aufenthaltsgenehmigung könne „zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden. Die Entscheidung bedarf keiner Begründung“ (§ 6 Abs. 3 AuslG-DDR). Konkretere Regelungen fanden sich lediglich im Strafrecht. Demnach war die Ausweisung von „Ausländern“ möglich anstelle einer Strafe oder als „Zusatzstrafe“ bei schwerer Straftat oder Anstelle des Vollzugs einer Freiheitsstrafe (§ 59 Abs. 1 u. 2 StGB-DDR).

Ausweisungen dienten in der DDR auch als politisch motiviertes Zwangsmittel um Dissident_innen des Landes zu verweisen. Die direkte Exklusion politisch unerwünschter eigener Staatsangehöriger war bereits durch das Staatsbürgerschaft-Gesetz vom 20. Februar 1967 möglich, dessen § 13 vorsah, dass Bürger_innen wegen „grober Verletzung der staatsbürgerschaftlichen Pflichten“ die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt werden kann. Die derart Ausgebürgerten (das prominenteste Beispiel ist Wolf Biermann; vgl. Kertzsch 1977) seien demnach nicht mehr Bürger_innen der DDR, somit werde ihnen nur der *weitere* Aufenthalt laut § 6 Abs. 3 AuslG-DDR versagt.

Die Verschärfungen des Ausweisungsrechts seit 1990

Eines der im Rahmen der Ausländerrechtsnovelle 1990 angestrebten Ziele war es, die Rechtsstellung derer zu verbessern, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Deutschland aufhielten. Daher wurden die Ermessensspielräume der Behörden zum Teil durch Rechtsansprüche der „Ausländer“ ersetzt, was auch zu einem veränderten Ausweisungsrecht führte. Damit wurde das heute noch formal gültige System der Ist-, Soll- und Kann-Ausweisung eingeführt. Allerdings verschärfte dies die Ausweisungstatbestände eher, ein belastbarer Schutz von „Inländern ohne deutschen Pass“ vor einer Ausweisung wurde nicht installiert.

Bereits nach wenigen Jahren erfuhr das neue Recht zweimal (1994 u. 1997) eine Verschärfung. Durch das „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ 1994 wurde im Paragraphen, der die „Ausweisung wegen besonderer Gefährlichkeit“ regelt, die Norm der Ist-Ausweisung um eine Verurteilung wegen Drogendelikten und die der Regel-Ausweisung um die Verurteilung zu einer Jugendstrafe „von mindestens zwei Jahren“ erweitert. Dies bedeutete eine Erleichterung von Ausweisungen. 1997 wurde die „Ausweisung wegen besonderer Gefährlichkeit“

um eine Verurteilung wegen bzw. die Teilnahme an Landfriedensbruch ergänzt. Der Hintergrund ist hier nicht mehr ein so schwammiges Deliktfeld wie die „Drogenkriminalität“, die noch 1994 im Mittelpunkt stand. Nun reagierte die Gesetzgebung auf ganz konkrete öffentliche Debatten, denn im Vorjahr kam es zu Zusammenstößen zwischen kurdischen Demonstrationen und der Polizei, was populistische Reaktionen auf den „aus der Türkei importierten Bürgerkrieg“ und die vermeintlich einfache Lösung des „Raus, und zwar schnell!“ erleichterte (s. dazu unten mehr).

Bereits wenige Wochen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde das erste „Anti-Terror-Paket“ verabschiedet, zum Januar 2002 trat das „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ in Kraft – und verschärfte das Ausweisungsrecht erneut.¹² Die anschließenden Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz, das eigentlich das Ausländerrecht reformieren und an die Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft anpassen sollte, wurden ebenfalls von „Sicherheitsfragen“ dominiert und so wurden mit dem 2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz die Verschärfungen übernommen. So ist beispielsweise eine Ausweisung „in der Regel“ vorgesehen bei Verurteilung wegen „Einschleusen“ von Ausländern und bei einer „Unterstützung des Terrorismus“, und zwar bereits dann, „wenn Tatsachen diese Schlussfolgerung rechtfertigen“. Letzteres kommt einer Ausweisung auf Verdacht gleich wie das die APVO von 1932 vormachte. Außerdem finden sich nun in der Rubrik „Kann-Ausweisung“ u. a. der „Hassprediger“ und der Aufruf zu Straftaten.

Zuletzt wurde das Gesetz 2007 verändert, was zu einer umfangreichen, wenn auch vor allem populistischen Verschärfung des Ausweisungsrechts führte. In der Ermessensausweisung findet sich nun ein neuer Tatbestand des „integrationsfeindlichen“ Verhaltens. Gemeint ist, wer

- „9. auf ein Kind oder einen Jugendlichen gezielt und andauernd einwirkt, um Hass auf Angehörige anderer ethnischer Gruppen oder Religionen zu erzeugen oder zu verstärken,
10. eine andere Person in verwerflicher Weise, insbesondere unter Anwendung oder Androhung von Gewalt, davon abhält, am wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben, oder

¹² Eine detaillierte Zusammenfassung der Gesetzgebungsverfahren zum TerrorBekG und ZuwG enthält Davy 2006, S. 210–245.

11. eine andere Person zur Eingehung der Ehe nötigt oder dies versucht.“ (§ 55 Abs. 2 neue Nr. 9–11 AufenthG)

Außerdem soll der Ausweisungsschutz für Jugendliche im Fall von „Intensivtätern“ annulliert werden, indem der „besondere Ausweisungsschutz“ für Jugendliche (§ 56, 2 AufenthG) dann nicht anzuwenden ist, wenn „der Heranwachsende wegen serienmäßiger Begehung nicht unerheblicher vorsätzlicher Straftaten, wegen schwerer Straftaten oder einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist.“

„Raus und zwar schnell!“ – Ausweisung in den Medien

In der Öffentlichkeit wurde in den letzten Jahren immer wieder kurzfristig vermehrt über Ausweisungen diskutiert. Anlässe dafür waren in den 1990er-Jahren etwa Zusammenstöße zwischen kurdischen Demonstrant_innen und der Polizei oder die Ausweisung eines in Deutschland geborenen jugendlichen Straftäters in die Türkei. Gefordert wurden vielfach schärfere Gesetze, und in der Tat kam es in den letzten Jahren zu einer stetigen Verschärfung des deutschen Ausweisungsrechts, die auch im Zusammenhang mit der öffentlichen Wahrnehmung des Ausweisens gesehen werden muss.

Die Aufnahme des Landfriedensbruchs ins Ausweisungsrecht 1997

Gerhard Schröders bekanntes Zitat, „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar schnell!“ aus einem Interview mit der Bild am Sonntag vom 20.07. 1997 entstand im Nachlauf einer umfangreichen öffentlichen Debatte um angemessene staatliche Reaktionen auf die als „Krawalle“ wahrgenommenen Zusammenstöße nach Demonstrationen von Kurd_innen in Deutschland in den Jahren 1994 bis 1996.

Die Verschärfungen des Ausweisungsrechts 1997 – als u. a. die Ausweisung wegen Landfriedensbruch in das Ausländergesetz aufgenommen wurde – wurden als „Reaktionen“ auf politischen Extremismus, auf „bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland“, auf „importierte Gewalt“ wahrgenommen, wie etwa die Überschrift einer Meldung vom März 1996 zeigt: „Kabinett reagiert auf

Kurden-Krawalle“ (SZ, 28. 03. 1996). Der damalige Bundespräsident Roman Herzog bezeichnete bereits 1996 diese Vorfälle als „Terror“: „Wer als Ausländer in Deutschland Gewalt und Terror verbreitet, hat sein Gastrecht missbraucht und verwirkt“ (Focus, 25. 03. 1996).

Die Ausweisung „Mehmet“ 1998

Aus dem Jahr 1998 erinnern wir uns noch an den „Fall Mehmet“: Ein „ausländischer“ Jugendlicher wird nach mehreren Straftaten von der Münchner Ausländerbehörde ausgewiesen. Daran entzündet sich eine Debatte über die Zulässigkeit und die Notwendigkeit einer solchen Ausweisung, denn der Junge ist in Deutschland geboren und aufgewachsen, und gilt daher für viele als „jugendlicher ‚Inländer‘ mit fremder Staatsangehörigkeit“ (SZ, 12. 06. 1998). Die Argumente dieser Debatte um den Ausschluss und die Abschiebung dieses Jugendlichen werden unter den Schlagworten „ausländischer Jugendstraftäter“, „Intensivstraftäter“ oder „Serien-Gangster“ (BILD) verhandelt. Die Markierung des Straftäters als „ausländisch“ führt dabei zu der besonderen Skandalisierung seiner Taten. Entsprechend dieser Logik gilt „Mehmet“ als *türkischer* Täter, weil er keinen deutschen Pass hat und seine Eltern aus der Türkei stammen.

Terrorismusangst und Ausweisung auf Verdacht nach 2001

Wichtige Schlagworte in der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz (in den Jahren 2002 und 2004) waren „Topgefährder“ und „Hassprediger“. Ihre Ausweisung sollte durch die Verschärfung des Ausweisungsrechts erleichtert werden. Einige Innenpolitiker_innen behaupteten, mehrere tausend solcher besonders „gefährlicher Ausländer“ seien durch neue Paragraphen zu erfassen und dann aus Deutschland rauszuwerfen. Das waren maßlos übertriebene Zahlen, aber das Bedrohungsszenario kam in den Medien trotzdem an: von den „Vorbetern in Moscheen, die zu terroristischen Taten aufrufen, Terror rechtfertigen oder zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstacheln“ (FAZ vom 10. 7. 2004)) bis zur Behauptung, es könne „doch niemand dagegen sein, Schleuser oder Hassprediger, die etwa im Freitagsgebet zum Dschihad aufrufen, künftig auszuweisen“

(Peter Müller in der SZ vom 17. 02. 2004), zeigten diese Begriffe ein allgemein geteiltes vermeintliches Wissen über die ‚gefährlichen Muslime‘ – was deren Ausweisung, sogar auf bloßen Verdacht einer Unterstützung des Terrorismus hin, zulässig erscheinen ließ. Seit dem 1. 1. 2005) lautet der entsprechende Abschnitt im Ausländerrecht, der den Begriff „Verdacht“ nicht enthält, aber so verstanden werden muss: „Ein Ausländer wird in der Regel ausgewiesen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat“ (§ 54 AufenthG).

Die Erfindung der „Integrationsverweigerung“ 2006

Im Sommer 2007 wurde ein neuer Ausweisungsgrund rechtlich verankert, der „besonders integrationsfeindliches Verhalten“ sanktionieren will. Damit ist die unterstellte Weigerung sich zu integrieren bzw. die Vermutung, dass eine Person die Integration anderer gefährde, gemeint. Da jede Gesetzesnovellierung eine gewisse Vorlaufzeit hat und nicht aus dem Nichts entsteht ist es sinnvoll, die Diskussion in den Monaten davor zu beachten. Die so genannten „Krawall-Schüler“ der Rütli-Schule gelte es auszuweisen, weil diese sich nicht benehmen könnten. Auslöser dieser Argumentation waren Berichte über „Hauptschulen, an denen besonders Kinder ausländischer Herkunft ihre Umgebung terrorisierten“ (FAZ, 3. 4. 2006)). Flankiert wurde die Gettoisierungs-Logik – „Neukölln ist Fremdenland“ (SZ, 1. 4. 2006)) – von der Forderung, Sanktionen gegen Familien zu verhängen, die ihre Integration „verweigerten“: „Wer sich nicht in Deutschland integriert, muss unser Land wieder verlassen.“ (Edmund Stoiber in der „Bild am Sonntag“, 1. 4. 2006). Die Gegenüberstellung von „unserem Land“ und den „Parallelgesellschaften“ der Integrationsunwilligen legitimiert Abwehrreaktionen, wie sie etwa aus der Frage an den CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach sprechen, ob „ausländische Krawall-Schüler eingesperrt und abgeschoben werden“ können. Die Antwort lautet „Sehr schwierig. Wir brauchen die Möglichkeit, Straftäter schneller abzuschieben!“ (BILD, 1. 4. 2006)) Da dies also rechtlich nicht möglich sei müsse zunächst das Gesetz verschärft werden: der Ausweisungsgrund der „Integrationsverweigerung“ wurde erfunden.

Andauernde Verschärfungspläne und verschärftes *othering*

Zum Jahreswechsel 2007/2008 trat unter der Überschrift „Ausländische Täter schneller ausweisen“ (so lautete etwa eine Schlagzeile der SZ am 27. 12. 2007) eine auf wenige Wochen begrenzte Debatte um „ausländische“ Straftäter auf, bei der Ausweisung erneut als Reaktion auf Jugenddelinquenz vorgeschlagen wurde. Ende Dezember 2007 verletzten der damals 20jährige Serkan A. und der 17jährige Spiridon L. in der Münchner U-Bahn einen Rentner schwer und wurden dabei von einer Überwachungskamera gefilmt. Dies führte nicht nur zu Forderungen mehrerer konservativer Justizminister_innen und Ministerpräsidenten_innen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts, sondern vom ersten Tag dieses Medienereignisses an wurde auch die „ausländische Herkunft“ der Täter, die türkische bzw. griechische Staatsangehörige sind, zum Anknüpfungspunkt für Sanktionsforderungen: „Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) will den türkischen Täter (20) des Überfalls auf den Rentner in der U-Bahn so schnell es geht abschieben“ (Bild, 26. 12. 2007). Als im Juli 2008 das Urteil (mehrjährige Haftstrafen wegen versuchten Mordes) erging, wurde erneut die Ausweisung beider Täter angemahnt. Die Ausweisung als Sanktion vorzuschlagen machte durch die (Staats-)Fremdheit der Täter diskursiv ‚Sinn‘, denn das Konzept der Ausweisung ist dabei gedacht als *Hinausweisung*. Die Ausweisungsforderung basiert auf der unterstellten Ferne der Täter zum Wir, nicht aus der Pflicht eines anderen Staates (nie wurde etwa behauptet, wegen der Herkunft der Eltern wäre Griechenland oder die Türkei für die Tat oder deren Sanktionierung verantwortlich). Die Externalisierung der Devianz war und ist denkbar aufgrund der nicht-deutschen Staatsangehörigkeit der Täter, die mit einer Distanz zur „deutschen Gesellschaft“ gleichgesetzt wird.

Konstruktion von Differenz

Die vielfach geäußerte Strategie, „ausländische Straftäter“ loszuwerden, indem man sie des Landes verweist, führt uns die Grundlagen symbolischen Ausschlusses vor Augen: Zugehörigkeit wird negiert. Dies geschieht in Schröders „Raus, und zwar schnell!“ wie in anderen Äußerungen durch Possessivpronomen

(„unsere“), indem ein Gegensatz zwischen *Wir* und *Sie*, zwischen Innen und Außen konstruiert wird. Diese sprachlichen Konstruktionen bilden gewissermaßen das Fundament aller weiteren Sanktionen. Denn damit wird eine Logik der Differenz etabliert: bei „Ausländer_innen“ handle es sich nicht um Staatsbürger_innen mit allen Rechten, sondern ihr Aufenthalt im Land sei ein Gnaden- oder „Gastrecht“ und nicht mehr. Sie müssten sich der Ehre, in Deutschland leben zu dürfen, durch ihr Verhalten erst würdig erweisen. Das Ausschlusskriterium wird durch Kriegsrhetorik oder Extremismusangst an der Vorstellung einer besonderen Bedrohung festgemacht oder es wird behauptet, Straftaten oder anderes ‚nicht-integriertes‘ Verhalten zeige die fehlenden ‚Eignung‘ für das Zusammenleben mit „uns“. Stets wird dabei behauptet, bestimmte Fremdheit sei mit der „deutschen Kultur“ unvereinbar. Diese Differenzkonstruktionen begründen und legitimieren das Ausweisen, obwohl es doch, selbst an den eigenen Kriterien gemessen, nur negative Effekte bewirkt. Daher sind es auch diese Differenzkonstruktionen, die wir offen legen und kritisieren müssen, damit sie nicht weiter fortgeschrieben werden.

Gegen Ausweisungen!

Ausweisungen dienen nicht zur Lösung sozialer Probleme, auch wenn die Diskussionen in den Medien und der Politik uns das vermeintlich nahelegen. Doch hat sich in der hegemonialen deutschen Debatte offenbar das Verständnis nicht durchgesetzt, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft prinzipiell Teil der Gesellschaft sind, auch wenn sie sich „abweichend“ verhalten. Eine entsprechend grundsätzliche Kritik an der Ungleichbehandlung langjährig in Deutschland lebender Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wird zwar formuliert, doch sie ist in der Öffentlichkeit kaum vernehmbar. Das überrascht, denn die Kritik am restriktiven Ausweisungsrecht kommt auch von durchaus etablierten Stimmen:

- Schon der 53. Deutsche Juristentag 1980 forderte einen absoluten Ausweisungsschutz für im Lande geborene und aufgewachsene „Ausländer“; ähnlich äußerte sich auch die Rechtsberaterkonferenz 2003.
- Die damalige Bundesausländerbeauftragte wies seit den späten 1990er-Jahren in ihren jährlichen Berichten auf ein wie es dort heißt „grundsätzli-

ches Problem“ hin: „In der Praxis kommen – jedenfalls nach Volljährigkeit – immer wieder Ausweisungen von in Deutschland aufgewachsenen und sozialisierten Ausländern vor. (...) Es geht aber nicht an, dass Ausländer, die in Deutschland aufgewachsen sind und hier ihre Prägung erfahren haben, ausgewiesen und abgeschoben werden, wenn sie für Deutschland eine Last werden“ (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2000, S. 44).

- Im Sommer 2001 empfahl die Zuwanderungskommission in ihrem Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ einen „vollständigen Ausweisungsschutz für im Inland geborene oder aufgewachsene Kinder, Jugendliche und Heranwachsende aus Migrantenfamilien“ (Zuwanderungskommission 2001).

Auch innerhalb des etablierten politischen Systems werden also seit langem Reformen des Ausweisungsrechts angemahnt. Sollten nicht zumindest Menschen, die in Deutschland geboren sind, uneingeschränkt hier leben dürfen (was in Ländern mit entsprechendem Staatsangehörigkeitsrecht ohnehin selbstverständlich ist)? Oder müssten nicht alle, die bereits mehrere Jahre in Deutschland leben, vor dem Hinauswurf geschützt sein? Ich halte alle Ansätze, die die Situation von Menschen ohne deutschen Pass verbessern und dafür sorgen, dass sie nicht ausgewiesen werden können, für unterstützenswert. Dazu gehört auch der Ausweisungsschutz, weil ihre (deutschen) Familienangehörigen dauerhaft hier leben, weil sie als EU-Bürger_innen Freizügigkeit genießen, oder weil sie in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben. Anknüpfungspunkte dafür sind aber bisher in erster Linie der ‚richtige‘ Pass (nämlich der eines EU-Staates) oder die Aufenthaltsdauer. Doch bei diesen formalistischen Regelungen darf es nicht bleiben.

Denn auch die viel weitergehende Forderung ist notwendig: die Praxis der Ausweisung prinzipiell zu beenden. Es besteht keineswegs eine Notwendigkeit, eine Person, die sich in Deutschland aufhält, (straf-)rechtlich anders zu behandeln als deutsche Staatsangehörige, nur weil ihr die deutsche Staatsangehörigkeit fehlt. Alle diesbezüglichen Abwägungen laufen letztlich auf die diskriminierende Grundannahmen hinaus, dass Deutsche mehr Rechte haben sollen als andere. Dies wird durch die Logik des Ausweisens legitimiert, das eine Form von Nicht-Zugehörigkeit hervorbringt. Das „Deutsche“ muss diskursiv errichtet werden

mittels einer (stets prekären) Abgrenzung vom Anderen. Traditionell bedeutete „Deutsch sein“ nicht eingewandert, nicht eingebürgert, nicht kulturell anders zu sein. Durch die Einwanderungssituation und die Realität hoher kultureller Diversität ist eine derart völkische Identität offenbar nicht mehr plausibel, die offensichtliche Problematik der alten Sicherheiten ist nicht länger zu negieren. Als ein möglicher Ausweg daraus ist der logische Kniff zu beobachten, partiell bestimmte Abweichungen zuzulassen und gleichzeitig (umso stärker) andere Abweichungen auszugrenzen. Dabei weiterhin zentral ist die Forderung, dass einzuhegende Abweichungen *kulturell* anpassbar sein müssen. Wer formal als nicht-deutsch kategorisiert ist, muss in besonderem Maße zentrale Werte dieses als deutsch gesetzten Kollektivs akzeptieren und sich zu eigen machen. Mit dieser Forderung wird ein statisches Kulturverständnis weiter aufrechterhalten. „Ausländer“ stehen damit permanent unter dem Vorbehalt der Inkompatibilität. Demnach müsse es sich erst erweisen, ob es fremde Religion und fremde Sitten überhaupt zuließen, dass sich ihre Träger_innen an die „deutsche Gesellschaft“ kulturell anpassten – was dann als „Integration“ bezeichnet wird.¹³

Indem das Ausweisen genau diese Grenzziehung zum „kulturell nicht angepassten“ operationalisiert, produziert es eine Qualität von Fremdheit, von der sich das *Wir* abgrenzen kann, und schreibt damit spezifische kulturalisierte Ausschlüsse innerhalb der „integrierten deutschen Gesellschaft“ fest. Die Logik des Ausweisens erweitert so die Legaldefinition des „Deutschen“ hin zu einer Vorstellung der „deutschen Gesellschaft“ als „integrierter Gesellschaft“. So begreift sich die „deutsche Gesellschaft“ selbst als geordnetes Zusammenleben von unhintergebar differenten (und damit essentialisierten) Kulturen unter der Dominanz der „deutschen Kultur“. Sie imaginiert sich zwar als Einwanderungsgesellschaft; darin würden sich aber aus der „deutschen Kultur“ naturgemäß die Normen ableiten lassen, an die die Anderen sich zu halten hätten. Im Ergebnis kann Fremdheit nur an die „Leitkultur“ angepasst („integriert“) existieren, angenommene kulturelle Abweichungen sollen entweder assimiliert oder ausgesondert werden. In diese „deutsche Gesellschaft“ können jene (auch rechtlichen) Anderen einbezogen sein, deren Fremdheit abgeschliffen wurde oder anpassbar ist. Sie sollen nicht (mehr) ausgewiesen werden, so lange sie sich

¹³ Integration ist damit im gegenwärtigen Mainstream des Einwanderungsdiskurses zu einem Euphemismus für Assimilation geworden, zu einem normativen Begriff, der kulturelle Anpassung als basale und evidente Voraussetzungen der Existenz innerhalb der deutschen Gesellschaft ausgibt und damit deren Zwangscharakter verschleiert.

nicht ‚bedrohlich‘ abweichend verhalten. Dieser Assimilationsdruck wird unter anderem in der Rede von „Parallelgesellschaften“ oder „Integrationspflicht“ geäußert.

Wer nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt muss sich, so lange es Ausweisungen gibt, weiterhin so verhalten, als wäre er_sie ein Gast. Selbst die späte Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ändert daran nicht viel. Erst die Forderung, grundsätzlich niemanden mehr auszuweisen, würde eine überfällige Konsequenz aus der Tatsache ziehen, dass die Welt nicht in exklusive, eindeutig voneinander abgrenzbare Nationen aufgeteilt ist. Stattdessen wird die Ausweisung weiter als Ausschlusstechnik eingesetzt: sie dient dazu, das Konzept eines „Deutschlands“ aufrecht zu erhalten, das nach Außen klar abgrenzbar und in seinem Inneren doch irgendwie ‚natürlich‘ zusammengehörig sei.

Literaturverzeichnis

- Alt, Jörg und Ralf Fodor (Hg.). 2001. *Rechtlos? Menschen ohne Papiere*. Karlsruhe: von Loeper.
- Bade, Klaus J. und Jochen Oltmer. 2004. *Normalfall Migration*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. 2000. *Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, Bonn.
- Behr, Hartmut. 1998. *Zuwanderung im Nationalstaat*. Opladen: Leske+Budrich.
- Beichel, Stephan. 2001. *Ausweisungsschutz und Verfassung*. Berlin: Mensch-und-Buch.
- Davy, Ulrike. 2006. „Terrorismusbekämpfung und Einwanderungsgesetzgebung“, in: Davy, Ulrike und Albrecht Weber (Hg.). *Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen? Überlegungen zum neuen Zuwanderungsgesetz*. Baden-Baden: Nomos, S. 210–245.
- Graebisch, Christine. 1998. „Ausweisung als Strafe oder: Das geteilte Dealerbild des Rechts“, in: Paul, Bettina/Schmidt-Semisch, Henning (Hg.). *Drogendealer: Ansichten eines verrufenen Gewerbes*. Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 109–126.
- Groenendijk, Kees, Guild, Elspeth und Robin Barzilay. 2001. *The legal status of third-country nationals who are long-term residents in a member state of the European Union*. Luxembourg: Office for Official Publ. of the Europ. Communities.
- Gutmann, Rolf. 2004. „Die europarechtliche Korrektur der deutschen Ausweisungspraxis“, in: Barwig, Klaus und Ulrike Davy (Hg.). *Auf dem Weg zur Rechtsgleichheit? Konzepte und Grenzen einer Politik der Integration von Einwanderern: Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2003 und 2004*. Baden-Baden: Nomos.
- Hickman, Laura J. und Marika J. Suttrop. 2008. „Are Deportable Aliens A Unique Threat to Public Safety? Comparing the Recidivism of Deportable and Nondeportable Aliens“, *Criminology & Public Policy*, 7/1, S. 59–82.

- Kertzsch, Günter. 1977. *Biermann und die Folgen*. Berlin: Verlag Europäische Ideen.
- Kühne, Peter und Harald Rüßler. 2000. *Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Renner, Günter. 1996. „Staatliche Souveränität und die Verweigerung des weiteren Aufenthalts“, in: Barwig, Klaus (Hg.). *Ausweisung im demokratischen Rechtsstaat: Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 1995*. Baden-Baden: Nomos, S. 23–38.
- Renner, Günter. 1998. *Ausländerrecht in Deutschland*. München: Beck.
- Schuback, Markus. 2003. *Die Ausweisung nach dem Ausländergesetz in der Rechtsprechungskonzeption der Gerichte: unter besonderer Berücksichtigung verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Maßstäbe*. Frankfurt/M. : Lang.
- Schwarz, Tobias. 2007. *Zwischen Paragraphen: eine Studie zur Wahrnehmung der Ausländerbehörde durch ihre KlientInnen*. Saarbrücken: VDM.
- Schwarz, Tobias. 2010. *Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktionen im deutschen Ausweisungsdiskurs*. Bielefeld: transcript.
- Zuwanderungskommission. 2001. *Zuwanderung gestalten – Integration fördern: Bericht der Unabhängigen Kommission ‚Zuwanderung‘*. Berlin: BMI.

Myth and Reality of German contradiction on Migration: Lower and upper classes or status? Lower and superior “races”? The German intolerance with racism

Gaston Ebua

Zusammenfassung

Looking at the missing black identity links and the construction of Blackness by the German academia, this text deals with migration, mobility, “multikulti” and identity issues of the German State doctrines with “The State of Law”, “Whiteness versus Migration”, overall with contradictions in a constructed black and white Germany. Overt and covert racism is the idea that migration applies to people in Germany because they are either black or not white enough. Answering the question: How Germany shapes human backgrounds racistly into white and black differently using the label “immigration background” as new racism of a whitevolk Leitkultur (leading culture).

Remark: I want to point out that this text will be loved by some in it's own right. I have been informed that publishing this text will result in me not being likeable. This is because it may be at some points dealing with pejorative taboos as well as practices and attitudes that some will find disturbing what I have to say. I want to thank the editors for their courage in making this possible. This writing is based on facts, documented experiences and other issues that stand true. Everything here are things most people already know about For everyone to live in a society of true equity, justice and freedom this must be said. My advise to the reader is to put aside all patterns of thought before reading this text.

Until lions learn to write their own history,
tales of the lions will continue to glorify the hunter.
African Proverb¹

Biological Truth and Lies on Migration in Germany. Lilly white, blue eyed and ultra blond haired baby by Black African N_Word Mother and N_Word Father?

When in July 2010 the BBC reported expert genetic doctors all over Europe have been left scientifically confused because a Black African woman² and a Black African man without any scientifically known “white ancestry” gave birth to an overwhelmingly blue eyed and blond haired baby girl in London,³ there was no news on any German media network. I wondered how this was possible. Does this child have a migration background (in German: Migrationshintergrund)? Paradoxically German Law does not define the first German Blood but it has been established through State assumptive doctrines. Therefore since N.....s produced blue eyed blond haired babies this got some people to think how deep Europe, and Germany for instance, may be a no “white man/woman”-land, except based on racism.

By de-constructing the state of the art, I hope to eradicate the academic built and state enforced racism and prejudices on the topic of migration. First of all Germany is not in any position to talk about migration; instead Germany is creating undocumented individuals, who are held in bondage under the discourse of migration. This discourse does not recognize that the government and its bureaucracy are responsible for the existing social circumstances. In order to understand this, one must understand the sociology of racial hierarchy created by the German State’s promotion of whiteness and the socio-political, culturally covert promotion of race, inequality and racism by separating tolerance from racism, for instance when discussing migration as a topic. Therefore the discourse on migration is an expression of racism. The migration discourse in Germany has the problem of racial bias. It is a

¹ Hansib, Thacmho. 2005. *Power Writers and the Struggle Against Slavery*. Hertfort.

² We have to say that we did not choose to be called with black written in capital or not capital letters. For the sake of understanding, we put it into the way the academia forced on us.

³ <http://www.bbc.co.uk/news/health-10697682> (January 2011).

phenomenon projected on black people. By black I mean non-white as defined by White racists; “black people” itself is a construction of white racists or racialists, who have achieved the dominating and colonizing empires of our world today. It is important to note that the question or use of the counter term “people of color” is only an attempt to derail from the reality that White racist groups regard everyone who-is Non-White as Black. Calling them Black is seen to be the last of the racist measuring scale, thereby still implying less or non-human, like the derogatorily used term “Nigger”. Because of this derogatory situation other non-White groups, by preferring not to be strongly linked to black Africans, identify themselves as “people of color” in order to be closer to white. The Whites do not want them and they, the people of color, do not want to be black. In consequence it is a general societal view tofrom white dominant groups to argue that migration discourse within a German context must only apply to ‘white’ groups who are considered not to have and cannot have a so-called “migration background”. It is something that ideologically and racistly only applies to people who have “Black” skin. This means all people with black skin are to be Non-Germans and others of white skin are Germans. Even a White French or Australian national will not be considered to have a “migration background” since the white groups see themselves as racial equals. One reason for this is that we fail to understand how the dominance of the state society is and always has been influencing generations though ideology of races and within ineffective state policy processes to counter this. This is happening by educational processesfor instance (see UN Human Rights Committee critics on German schools).

The nation state is a social construction, it is not natural, but nevertheless scientifically and officially taken for granted. The institutions we rely on take it for granted. It is important to know that documentation, bureaucracy and the administrative policies in Germany have in many ways been crafted to create a historiology of alienating Black presence and Black roles in Germany at all levels, administratively, academically, politically, and otherwise which maintained a certain level of racial inequality. This principally and mostly scientifically means that only what is defined by the “Whites” is for instance scientific.⁴

⁴ For this argument also see: Kilomba, Grada. 2010. *Plantation Memories*. Unrast Verlag, Hamburg, p. 28.

Intellectual Discursive Racism promoted by German Publishers

The story of a German publisher accused of counterfeiting Black historian and author Sylvia Serbin's book on "Queens of Africa and Heroines of the Diaspora" is an example. The African Courier magazine reported that the German publishing houses removed and rewrote passages of the book, without the permission of the author living in France. Her thoughts, reasoning and ideas expressed in the French version, "were completely distorted in the German version. Racist and colonial misconceptions about the women leaders she had taken great sweat to put correctly in her original work were twisted into captivating racist falsehood rather than historical truth"⁵.

Although there is currently a high court ruling in Paris on the German publishing house for counterfeiting the book in her name, the book is still circulating in Germany. The court was not in the position to prohibit the circulation of the book in German speaking countries. Moreover it is reported that other sources, she did not even use in her French version, were added.⁶

Another incredible example is a book written by a self pronounced Gay White South African by name Edwin Cameron titled "Witness to AIDS". Although the title obviously has nothing to do with Africa, the German publisher has it connected to Africa as if AIDS is found only in Africa: "Tod in Afrika – Mein Leben gegen Aids". On other words the German publisher gave it a title to read 'Death in Africa – My life against AIDS'.⁷ To raise migration awareness a counter brainwashing needs to take place. To understand migration one should critically approach topics or issues raised by so called intellectuals, as well as politicians on the issue of "Black" peoples' civilization and their history in Germany. In order to approach concepts of migration in a balanced fashion one must be self reflective on racism and our pattern of thought as far as Black Civilization has been concerned. This is to avoid fueling further already existing discourses and ideologies with cultural and race bias. Racism develops a continuous formation of constructing racist white ethnic solidarity. Thanks

⁵ See: Mathias Vaictorien Ntep. 2007/08. In: *The African Courier*. Vol. 10, p. 40.

⁶ Ibid.

⁷ Cameron, Edwin. 2007. *Tod in Afrika. Mein Leben gegen Aids*. C. H. Beck Publisher, München.

to self determination and strength of Black races or groups in Europe the racism of white ethnic solidarity becomes apparent for the hierarchical structure is then deconstructed. According to scholars like S. Castle and A. Davidson these Black races groups are categorized as immigrant groups and considered non-human due to a racist process, which results in the domination by white groups. Therefore Black groups, under this concept of “migration”, cannot be seen and are not being seen as humans in Germany, in Europe and in the world. As a typical example in Germany this has led on the one hand to the construction of racism and on the other hand to the development of racist movements like the NPD (German Nationalist Party), the only group publicly known as racist, but not being the only racist group. This kind of development is characterized by the culturalization of racist ideologies. Racism is initially based on ideas of biological superiority and inferiority as one aspect among others, meaning in this example the superiority of the white group (Castle and Davidson 2000: 80). By believing in an inevitability of cultural conflict between different groups exemplified in Huntingtons’ conception of culture (“The Clash of Civilizations”), ethnic group difference becomes naturalized and a certain culture is made inherently superior in a given set of conditions. The so-called German “Leitkultur” (meaning German White leading culture) white folk culture has become the most appropriate culture in the face of racial beliefs and stereotypes. Groups with differing practices are not only to remain inferior but are not tolerated and have to be integrated or assimilated in their “inferior” status.

The author and German politician Schönbohm wrote that Blacks are still inferior to Whites in the whole world despite of the election of a “Black man” as president of the United States of America).⁸ In 2010 another elitist German politician Sarrazin wrote a book with the subtitle “How we are risking our land” (“Wie wir unser Land aufs Spiel setzen”). I questioned the meaning of that “we”, which could not mean anyone of any group other than white according to this politician turned author. We have to address Mr. Sarrazin using white German racist discourse, but not as has been done for example by Frauke Hunfeld in the Stern, who criticized Mr. Sarrazin but herself used the same racist German discourse without pointing it out to be a racist word.

⁸ Schönbohm, Jörg. 2009. *Politische Korrektheit – Das Schlachtfeld der Tugendwächter*. Manuscriptum, Leipzig, p. 18.

This is for instance her referring to “Negermusik”⁹, which is due to the racist ideology found against Black Africans in the German language¹⁰. Even the critics of racial discourses join the white supremacy semantics in describing black Africans, the supposedly known “lowest of the black races”, therefore both ways we are trapped into the intellectual discursive racism.

German Migration as Military and Business Interests

There are several aspects to be considered when dealing with the notion of migration, but from my point of view three structural aspects are most relevant. First, migration is only real for military and businesses of the ruling classes. The German government increasingly deploys its army overseas as so-called ‘helpers’. Thereby many are maneuvered not to see what is actually going on. Recently the former German president Horst Köhler resigned after having said that the German army is fighting overseas in Afghanistan for business interests. He has been hushed and forced out of office by the Germans for coming out straight with the truth. So if the Germans wanted the truth, they should have demonstrated for him to stay. Discussions on migration should rather apply for the German army migrating to other countries armed and for their own mercenary benefits at the expenses of the victims. These are the potential migrants, refugees, asylum seekers, undocumented or nationals (Blacks and white) – whatever we might call it – of tomorrow. Therefore, from my perspective the army respectively other invaders (including, the NGOs, tourists, etc.) are migrant on the one hand. On the other hand within the racist discourse of migration the victims (the survivors) are migrants. The problem is that it is only the survivor, who does not have any choice, is seen as migrant by the invaders. This is the crucial mis-perception of migration as a discourse or what it might represent.

In order to understand some issues of migration in the German context, secondly the role of the nation state, its administration and police system and how it creates undocumented people in Germany needs to be taken into

⁹ This is being racist not only for using the term Neger, but also for bringing up the fundamentally racist idea of blacks „having music in the blood“ and being there for the White’s entertainment.

¹⁰ Hunfeld 2010: In: Stern Nr. 36/02.09. 2010, pp. 60–62.

account. Creating un-documentation is a primary solution to migration by Germany to keep people under a legal hierarchy, categorizing them, forcefully, as citizens, migrants, as refugees and asylum seekers or illegals, the latter being in a position of social death or revolt in camps under restricted living conditions. The term migration is a term that is only recently being used by the German government (since the 2005 so-called “Zuwanderungsgesetz” – first time Immigration Law). Before, the government has been trying to scrape off the fundamental practice of the right to asylum off the administrative books. The administration diverts the discourse on migration without ever referring to the freedom of movement. It alienates from reality. No one becomes undocumented through any conscious choice of their own. It is the government, the German government which is responsible that there are persons and even babies to whom they either deny registration or only provide them with documents being considered legal in one part of Germany and then illegal in another part of Germany. This is done by the phenomenon of the pass law, the Residenzpflichtgesetz. Not being considered legal in another district may lead to punishment and deportation – including deportation within the district, from police to police imprisonment and punishment by heavy fines. Through the deforming prism of racist migration discourse we are not able to realize that these people become citizens, migrants, refugees, undocumented or asylum seekers through no conscious choice of their own. People however take these kinds of legal markers, which produce social categories, for granted and see them as natural labels.

An example of this naturalization of legal markers within the academic world is a working paper of Annett Fleischer¹¹, a case study on the situation of so called “illegal immigrants”. The author addresses true stereotypes of asylum seekers or migrants but she is short in clearly connecting socio-political causes that have led to the naming or labeling of her experimental subjects or the structural bias between the Global North and the Global South. This “scientific” study is also obviously the articulation of her own subjective experience and knowledge, colonial clichés of her hierarchical interaction with the so called southerners (Südländer). She ignores how the so called “illegal immigrants” are kept in structural ignorance and in bondage. Thereby she is covertly

¹¹ Fleischer, Annett. 2007. *Familienbildungsprozesse als Möglichkeit der Legalisierung: Zur Situation Kameruner MigrantInnen in Deutschland*. MPIDR Working Paper WP-2007-011.

fostering incentives that would both overtly as well as covertly feed the racist supremacist stereotypes of the society in a scientific mask. By failing to identify the structural and socio-political connections existing between the northern and the southern hemispheres, the whole study ends up in the racist view of culture. This is further so because it does not draw attention to how the social as well as the political and psychological divisions are structured and how they cross cut each other. The question of how northern and southern inequalities, racial, social, gender, and class differences influence our realities is not taken into account. Psychological divisions are for example media stereotypes feeding the belief that 'a third world child' for example is poor, Non-White and implying at the same time all 'non third world' children cannot be Black but must be White. This is what cements patterns of thought and exacerbates stereotypes.

Allow me for the third point to come back to the term migrant created by the already mentioned unbridled acts of aggression. Initially the Geneva Convention was principally designed to protect people against persecution for reasons of race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinion in Germany. It is important to note that non-white folks at the time of implementation of this convention were colonial subjects existing under the race doctrine. They were defined legally as a sub-human groups while struggling ever since against the legal, political and structural settings that defined them in the eyes of the others as inferior beings in Germany as well as overseas. Even under the United Nations Universal Declaration of Human Rights (UDHR) they were a sub human group. The very governments that put into place the UDHR were basically white European nations. Knowing that for example at the same time the racist Apartheid regime in South Africa was being practiced as a democratic system, it goes without saying that this declaration was racistly motivated and for the whites only in the first place¹². In 1949 Europe parallel Europeanized the UN Universal Declaration by adding the word "European" to establish the European Convention on Human Rights in order to undermine its universality- that allegedly guarantees equality of all races and to be a legal binding fact. Consequently Blacks are inextricably excluded from the human family. As far as I am concerned human rights are

¹² In the same week that the Universal Declaration was declared, America dropped the nuclear bombs on Japan for racist motives.

not necessary to be enshrined in any book or signed by any government.¹³ Furthermore for me human rights are rights that can be given or taken away by any government or nation state. This is why people have always struggled and are still struggling to be seen as human beings and treated equally as such. This is why obligations have been set for States or to fulfill Human Rights norms independently of the above premises under the UN System of human rights under the so-called UN Treaty Bodies for example with the possibility under a set of conditions to monitor governments with a individual complaint mechanism beyond national law.

The 28 July 1951 Geneva Convention treaty signed by the German government for the protection of refugees, which was a constitutional order in Germany and is part of administrative law (§ 51 Ausländergesetz) is being used to address human rights issues in German courts and administrations. It is due to racism that the above mentioned Convention can neither be found in the index nor the content pages of German version of the book "Menschenrechte Dokumente und Deklarationen" by the Bundeszentrale für politische Bildung of 2002. I can only conclude here that this book, which carries almost all human rights declarations and treaties, does not explain, when it actually should, why the constitution cannot be separated from the refugee convention. But it also expresses the nations dislike for the label refugee since it reflects the recreation of the German nation state itself as a result of the persecution of people for reasons of race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinion. In fact the government further creates a myth to prevent people from realizing how the government's programs have always been promoting racial hierarchy in Germany. This ostracizes people and therefore led both to covert and overt racist attacks. This is what is experienced with the racist police and Neo-Nazi brutalities like the murderous chaining of both hands and feet and burning to death of Oury Jalloh by German police in a German police cell in Dessau and many more brutalities against Blacks.

¹³ The human right is the notion making me a human being no matter if it is written down in any book.

Residenzpflicht: Racial Ostracizing of Blacks as a Racial Group and their Economic Exploitation in Germany

The government claims that the Residenzpflicht was a law for asylum seekers that affected every asylum seeker. The reality is that white asylum seekers can hide from the law while Black ones are direct targets for police control and abuses as well as Neo-Nazi attacks. If residenzpflicht is a law for both black and white asylum seekers then the police has to control every body even the so-called German citizens and others since no one carries a visible label of being an asylum seeker under the residenzpflicht except those with black skin. This as we will see later results in “Rassentrennung” racial separation, racial discrimination and intolerance which is forbidden. Here you can see that the German government may talk about migration and makes one think such as freedom of movement for human beings, but it does not practice freedom of movement as an equal human right. They argue that asylum seekers were poor and were beggars who should be locked up in camps. According to the law maker these camps are meant mainly to reduce government expenditure and to control their movement within a district to avoid cashing social benefits from camp to camp. However, this argument does not hold true when knowing about the German centralized discriminating Information Technology (IT). The police system would tell instantaneously where everyone is registered and every other information concerning that person. This argument or any other argument should not infringe with the violation of the natural and fundamental human right. Germany is therefore not in the position to talk about migration as long as such a law exists. This law is specifically made to criminalize Blacks, as Whites can hide under the law for being taken as German Whites. That is to say, black people are automatically immigrants also “defined as illegal immigrant. If immigrants are illegal, they are lawless; if they are lawless, they are criminal; if they are criminal, they are dangerous; if they are dangerous, the nation has to protect itself from them, and has the right to be hostile to them, or even eliminate them”¹⁴. From this, one can also analyze the fascistic aspect of the Residenzpflicht on Blacks as pointed out by Stoffels M. as being identical to the Ausländerpolizeiverordnung of 1938 by the Nazi regime.¹⁵

¹⁴ See: Kilomba, Grada. 2010. *Plantation Memories*. Unrast Verlag, Hamburg, p. 77.

¹⁵ Stoffels, Michael 2002, pp.159–163. <http://www.grundrechte-report.de/2002/inhalt/de...assistische-auflage-fuer-auslaender> (January 2011).

Therefore with the Black racial group constituting the constructed lowest position in the German social strata, the black groups suffer the restriction of movement without crime, are considered criminal, which results in the ostracization and inhuman deportation. Even a murderer has more rights than an asylum seeker in Germany, because he or she has the right to claim that they did not do it, getting the presumption of innocence. In the case of the Black African asylum seeker the premise of the restriction of movement establishes that an asylum seeker is found guilty already before the act of moving. Thus structural racist xenophobia is promoted by those who uphold the law and the jurisprudence – police and judges¹⁶. This can be seen also in the rate of conviction of blacks through the *Residenzpflicht* which makes a difference with Germany as of date being the only country with such a law in the European Union. This law is a violation of General Comment No. 27: Freedom of movement (Art. 12) paragraph 5 of the United Nations ICCPR signed by Germany which states “The right to move freely relates to the whole territory of a State, including all parts of federal States. . .”.¹⁷

In addition to the above mentioned, there is political as well as economic exploitation by the bureaucratic exercise of *Residenzpflicht*. The ban of freedom of movement is sanctioned by a fee up to 2 500 € and one year imprisonment with unpaid work in the form of servitude¹⁸. So besides paying fees when applying for permission to leave, which have unfixed fees and are not paid back in case of rejection, Asylum seekers are not only unjustified restricted in their freedom of movement but furthermore economically exploited by the German administration, which sustains the social budget and it is only a matter of time until other European countries will do the same especially in the time of economic crisis, which is fuelling the hate for the Africans.

¹⁶ National and international law and court ruling against *Residenzpflicht* shows the racism of the juridical system, see Protocoll of Strassbourg court ruling titled: *Residenzpflicht* Archives: Protokoll – Verhandlung im *Residenzpflicht-Prozeß* gegen Sunny (2000/2003). <http://www.thevoiceforum.org/arch.protokoll> (January 2011).

¹⁷ General Comment No. 27: Freedom of movement (Art. 12): 02/11/1999, CCPR/C/21/Rev.1/Add.9, General Comment No. 27. (General Comments). <http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/%28Symbol%29/6c76e1b8ee1710e380256824005a10a9?Opendocument> (29.04. 2011).

¹⁸ See for Example the court case of Komi in Verwaltungsgericht Halle, reported by Pro Asyl: http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/156/Presseerklaerung_ILMR.pdf (17. 11. 2011), thecaravan.org/node/2401, www.thevoiceforum.org, and others.

Politically anything the Black African asylum seeker will do if they are not self critical enough and against racism, they would be considered as begging to stay in White Germany.

Germany in the Enslavement of Africans, the (Neo-)Colonization of Africa and Globalization

Before I continue it is important to point to the international structure just before the founding of the United Nations in 1948, the League of Nations. Its basic and only achievement was the 1926 ratification of the Convention on the Abolition of Slavery and Slave Trade¹⁹. Knowing that the abolition of slavery is not based on human equality because immediately after the abolition the same continued under a different name: (Neo-)Colonization. In Rosa Amelia Plummelle Ulrike's work "Von der kolonialen Barbarei zur Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus"²⁰, she points out that the transatlantic enslavement of Africans was the most gigantic deportation exercise in the history of human kind. With "Re-writing the footnotes – Berlin and the African Diaspora" Paulette Reed Anderson provides proof of involvement of German companies from Berlin and Brandenburg in the enslavement of Africans.

Because of the struggles of the enslaved Africans it is not enough to say that the League of Nations Convention on the Abolition of Slavery and Transatlantic Slave trade has seemingly been the only thing the League of Nations basically achieved before giving way to the United Nations in 1948. In the 1950ies and 60ies the African continent and parts of Asia like Vietnam, Australia, etc. where still being dominated by racist and colonial powers. This included the majority of countries of the Americas which gained their independence in the 19th century. It is described by Rosa Amelia that because they descended from the European adventurers, who frequently raped indigenous women, the ruling class of these countries believed and perceived themselves to be white²¹. These elites, who always identified themselves with their White ancestors, took control over their countries in the aftermath of the wars of independence. In fact, they even adopted the same methods of extermination of indigenous

¹⁹ Obryne, Darren J. 2002: Human Rights, An Introduction. Longman Publishers.

²⁰ Presented to the AfricAvenir Dialogforum Berlin, 15. June 2006.

²¹ Just like the Islamic Asia in the Black Egypt see: William, Chancellor. 1987. *The destruction of Black Civilization. Great issues of a race from 1500 bc – 2000 ad. 1987.* Third World Press.

peoples inherited from colonial policy with a genocidal exercise of the killing practice of more than 80 million documented human beings. According to Rosa Amelia, the father of the Nazis Hermann Goering had been the first colonial governor in Africa to practice a racist extermination on countless millions of Black Africans. His child, Goering would later assist Hitler to implement the racist extermination practices during the Nazis era prior to Second World or European War of 1939. This way she illustrates in her book a family connection between German colonial racism in Africa and the racism of the national socialism of the Nazis against the Jews and everything non white or "Arian".

Before and since the era of the Second European War Africa has been struggling against colonial domination and achieved only short lived separation from the colonial domination, which aimed the annulation of Africans in order to annihilate them. Some African countries had struggled to remain officially part of the European Empires as a strategy against racism such as Côte d'Ivoire and Senegal, while many others preferred to be separated through independence as their strategy against racism and racial equality. The European Human Rights Convention was then established in 1949 under the pretext to protect Europe against the fascism of its citizens by creating the Council of Europe in the very same year.²² Southern hemisphere countries criticized the Geneva Convention for Refugees from 1951 to be strictly European based. The argument was that the European interpretation of the Geneva Convention was still racistly and colonially motivated. European countries did not take into account that they were involved in colonial crimes against humanity and rather claimed to do good. The Geneva Convention is based on the French Revolution (1789). This starting point ignores the role of black people within the very French Revolution. Even prior to the French Revolution African slaves have been fighting for their basic freedom and equality while being held captive under the "Code Noir". Thus the discourse of freedom should be the struggle of slaves for basic freedom and equality. Both the Organization of African Unity and other Latin American countries decided and agreed to address a wider definition due to European racism and the various international structures –

²² This is discussed more deeply in: Castle, Stephen and Davidson, Alastair. 2002. *Citizenship and Migration*. Routledge. p.172.

the UN in this case. They extended their definition of refugees to carry the wordings of “people fleeing external aggression, occupation, foreign domination or events seriously disturbing public order, flight from armed conflicts, generalized violence, massive human right violations or other circumstances which have disturbed public order. . .” (Organization of African Unity 1969 and the Cartagena Declaration on Refugees 1984 respectively). In other words they took into account external aggressions through colonial dominations and the kidnapping for enslavement by Europeans who took them in sailing ships and genocidal violence from European colonial settlers and settlements wiping out Black ethnic or racial groups from the surface of the earth. These colonial settlers cemented the bases and put the premises for the continuity of indirect rule from Europe by rejecting the basic and natural universal human rights demanded by the colonies. They rather continued preaching and claiming their European human rights for the whole world making it a modern day discourse for waging neo-expansionist wars and other mercenary benefits, when they failed in using their associates in the local communities or countries. By this I mean punch and Judi-shows called presidents, which happen to be dictators when the interest of Europe is in jeopardy. When natural resources are in danger natural human rights cease to exist.

It is important to recognize that the first asylum procedure law in Germany was institutionalized in 1949 parallel to its 1949 constitution when the country was founded in the aftermath of the Second European War, actually referred to as the Second World War. It is correct to talk about the Second European War because the legal definition of European always meant human meaning white; and every non white were considered sub-human legal subjects. The Africans at that time were considered to be European nationals and Africa considered to be an extended national territory, e.g. colonial Cameroon, colonial Namibia, colonial Togo etc., which made the people legal properties of the colonizing nation, but still not considered human. This legal pattern can still be found in European concepts and constructions of citizenship and nation states of today. Many countries of what is known to be the northern hemisphere or academically referred to as the North used e.g. the legal marker of asylum seeker were accountable for themselves only.

Since here in Germany or in Europe education does not like referring to the

racialist past, I will just draw attention to the fact that my understanding of the literal term migration as well as asylum always basically refers to so called White people who were described as migrating to the Americas (the formerly so-called new world) and as settlers in other parts all around the world. It is imperative to note that at this time, Black people of the world including inside Europe were all legally defined as inferior races and known to be a fraction of a complete human being.

One thing I know about racism is the genocidal campaign that led to the definition of racial persecution of Black people on the planet by others who considered themselves to be superior as human beings because they called themselves to be White. This genocidal campaign led to the establishment of the status quo today. The genocidal campaign for the continuous elimination of all Black people is still not acknowledged. Meanwhile the role of the other – who see themselves as white – in the elimination of the black people is still not acknowledged. They have cultured the education in defining other human beings as being inferior because of the color of their skin being non white. This genocidal campaign is still covertly going on under the discourse of migration in Germany. There is still denial over the structural realities that are connected to the question of asylum seekers and migration, which is not an identity but a legal issue in countries like Germany. The cultural identities are lost and redefined as a result of the legal power, shaping new racialized identities.

Thinking of others as inferior races or as modern colonial subjects, the government claims to be helping by locking people up in undeclared deportation centers (Ausreisezentrum), making peoples children stay unregistered indefinitely until they die or led these children be snatched and sold out into adoption for national working families who claim to be better parents to the children of the so-called poor (e.g. in case of so called “Kindeswohlgefährdung”).

The Question of (Forced) Choice and the Missing Truth about Black African History in Germany

I made this previous point because this means we have to look at the government’s legal definition. A migrant is one whom the government sees to

have a choice while a refugee and an asylum seeker is someone not seen to have a choice. According to the government the perspective of choice is very structural and that is why its own legislation obliges the very government to step in for the cases of people without a choice. Thus the government itself sees the question of no choice as a structural phenomenon, it sees persecution as a structural phenomenon. The strange point is rather that scholars or people making a discussion on migration allow themselves to be manipulated in discussing the fact that structurally there is a choice for everyone. Thereby they destroy what even the government in its discourse acknowledges. Yes there is the choice of death for some and life for others, but that is the only choice. With my explanations above I am trying to bring some light into how some structural phenomena established themselves to be permanently creating prejudice. One has to recognize that the current discourse on migration obscures the structural inevitability of no choice for refugees. The natural circumstances for refugees are not the same as for other migrants.²³ The paradox is that Asylum means getting protection from a state because you have been persecuted somewhere else for expressing your human rights, but then you are persecuted again in Germany by the police and administrators for being an asylum seeker under the disguise of the law. Migrants are like the host country nationals in a class position where they technically have social rights and choices that they can effort for, like going to school, founding a family, freedom of movement, earning money, working, and many more. But the asylum seeker has none of these, expect the imposed choice of deportation or the political choice to die or to life underground in Germany, which the migration discourse labels illegal. The refugee being forced underground, can only resolve in continuous self organization or die in isolation and the government knows about it.

Therefore I will like to answer the question of why migration in a German context cannot be studied without reproducing prejudice. In order to go beyond the prejudices one must not separate the structures in Germany from structures overseas. But one must see how deep they are manipulated to appear separable. One may not overlook the development of racial ideologies after the abolition of slavery. Today's conditions are in many ways equally restrictive and inhuman as slavery itself. The African continent after being

²³ See on this Article 6 of the Geneva Convention on the term „In the same circumstances“.

completely destructed by invaders these had their administrative structures set up. This has happened without any voting or participation rights to develop Africa as a European emigration scheme and finally a European property and occupation up to today through military forces or the corruption of African sovereigns.

It is generally believed that while slavery has been noted to have begun in America in the 17th Century after the over powering of Africans by invaders, Europe was hardly involved and Germany even less. But the role of German companies in the slavery system must not be over looked. Much if this history has been hidden and deliberately destroyed but one example is on June 11, 1696 the German State archives reports what happened to the many enslaved African Blacks who were kidnapped including their sucklings, but it is as usual not being dealt with in the curricula. We thank Paulette Reed-Anderson and many others for bringing elements of our heritage embedded in the state archives of Germany to light.²⁴ The case of Egypt fighting Germany to return the 3500 year old queen known to be queen Nefretiti, a wife of Pharaoh Akhenaten, a case of blundering till this day shows how black history is being made white, it is made part of German identity. This is now finally being questioned by the Egyptian government requesting it back. At the same time Dafur in Sudan is carrying more pyramids than modern day Egypt, which is more known for it because the tourism business industry. This is just one more example of misleading pejorative clichés.

To study any concept of migration can only happen without prejudice when the structural history both on the contemporary side and the academic and historical side is not approached with any form of bias especially racial bias as this cuts through all aspects of society, be it religion or otherwise. In consequence this means it is de facto not possible. The academia in Germany likewise its approaches have been based on counterfeiting. Racist stereotyping of the origins of academic sources feed the general racism of society and keeps the vast majority in a state of ignorance of their structures and of themselves.

²⁴ Reed-Anderson, Paulette. 2000. *Rewriting the foot notes. Berlin and the African Diaspora*. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, pp. 9–17.

Black African History in Germany and the Escapism Discourse by so-called People of Colour and Whites

Talking about migration without first talking about the African history, the history of the so-called Black people (so-called because of the racist ideology towards them) is biased. You cannot talk about migration without talking about the history of the so called Black people before Germany was founded, the history of Black people when Germany was founded, the history of Black people after Germany has been founded or socially constructed, the history of Black people in Germany while Germany existed. In fact the same goes for Europe or any place else.

You cannot understand migration without bias when you do not understand the history of complete destruction of entire Africa. When you do not and are not able to accept the history of so called Black people here in Germany, their history before Germany, their history in the founding of Germany and their history in Germany today and their history after Germany in the future will no longer be. You would rather understand the perspective of Germany and Europe over Africa only when you are unable to know that history of the so-called Black gentiles, Black Christians, Black Muslims, Black Jews, and all other Blacks from their different worlds of life in Germany. Germany has mostly succeeded in blocking Black history. The German racism through Europe is to wipe out this existing Black history and the black people out of the surface of this earth. That is why they are for example still called Niggers, and dehumanization leads to extinction.

Also the Blacks who are in Germany have no structure for their history, they think in the same eurocentrism. They are struggling for their structure in fighting racism. The remaining Black African history is wiped out of the surface of this earth by German racism and the racism of others including Black Eurocentristic thinking. Therefore one has to keep in mind that even the mentality and attitude of the Blacks needs to change in order for them to achieve their freedom. A true German national, even a Jew, a Moslem, a Christian, an Arab cannot be seen to have black skin. Germany does not refer to the part of its African history in Germany, it is always alienated out of the national-geographic borders.

The black African is connected to all other Blacks, but these Blacks do not

want to feel the connection to the black African, because they think it will increase their pain, the effect of racial discrimination on themselves. So they use an escapism discourse, they call themselves People of Color to escape racial discrimination. They fear to be deported by white Germany. Claiming to be 'people of color' means to put yourself higher on a racial scale than the black African and accepting that you are positioned lower than a white European. But the fight remains between black and white. Furthermore those with black parents are educated to see their black parents as the origin for their problems for example when school books call them "Negerkind".²⁵ These parents, especially the Black, must be politically awakened.

Personally it is my belief that if I am not able to see the history of the so-called Black people here, I will mislead you if I would talk to you about migration beyond any cliché. For most of what has been thought since and before the founding of the UN has structurally re-shaped history, this gets those who learn to speak about this, to speak of their lands on which they are as estranged lands or extended states of Europe. The experiences of global propaganda which has been internalized in the hearts of everybody, expressing so-called dark skinned humans being inferior, uncivilized, cannibals, monkeys living on trees, justified a colonization era with complete destruction and which created a continuity known as neocolonialism or migration. This has been in the name of modern civilization and development in which migration has its recolonizing role. New vocabularies were also developed like 'underdeveloped', 'developing' or 'third world' against local domestic appellations relating to human liberty, freedom, equality, against the doctrine of racial domination trying to replace other words of the imperialist colonialist languages that were and are racially stigmatizing. Within Germany Blacks allow themselves because of their social liabilities that the government will create agencies or NGOs to speak on behalf of black Africans when they have no politically liberation position. They allow themselves to be used by not criticizing the term migration to be racist.²⁶ White escapism is used to flee responsibility for perpetrating racial discrimina-

²⁵ Arndt, Susan; Antje Hornscheidt and Marlene Bauer (ed.) 2004. *Afrika und die Deutsche Sprache*. Unrast Verlag.

²⁶ E.g. the Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V. organizes Black African Organizations on behalf of the state through the Senate of Berlin – one example is the process of the Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung 2010–2011.

tion. Whites say they cannot feel the way blacks feel because they cannot have that experience. This is exactly the statement they get from the academia, which in effect makes them not feel guilty of all that suffering, inhumanity, and havoc being perpetrated in the world through racism by form of racial domination and by racial discrimination. For what is being done to black people through racial discrimination, whites or anybody else would not want the reverse to be done to them. They must therefore know that they understood what they do and also the effect of what they do because they would not want the reverse to happen to them. "You cannot produce a medicine in the laboratory and not know it's side effects" a friend of mine said. Racism is therefore medicine and it's side effects are well known by perpetrators. Racial discrimination and its structures, which means racism, led to continuing dependencies of national and international structures that have created colonial states and districts and are still under imperial powers. Therefore white people know the side effect of the plight of those people under racial discrimination. Blacks have never used racial discrimination to produce those national and international structures. It has been forced on them. White people have simply never been enslaved and slaughtered by black people, which is why the latter are not in the power position to be racist because they have not created the racist structures. Blacks may however reproduce pejorative clichés that can bring about different ways of discrimination, but they are not in a racist position. Nevertheless, one way to deal with this or overcome this is for people to be able to sit down and discuss including how they feel with one another, without fear of the other as an equal.

Generally it is tradition that when a white person would say in Germany to a non white person, "where do you come from?" due to the racial experience even when not intended means racism. In other words this is to say „Nigger(s) go find your roots!“ That is what the government and it's laws and the new migration discourse that do not provide legal racial equality to black people is saying to all of them. Since the roots of the black people have been destroyed and the blacks, colonised by racism over the destruction of their roots, this question even when answered, still remains unanswered for the white man or woman who asked it. Since the answer is never satisfactory, the police (or Polizei) is called in to get rid of this unwanted black species (or race).

The earlier mentioned case of the birth of a Lilly white, blue eyed and ultra blond haired baby by Black African N_Word Parents happens to be one of the living proofs of how much black roots have been destroyed here in Germany, in Europe and overseas. Rarely did German newspapers make news about. Sweeping it under the news carpet.

The Academia Racism and the Black History Paradox

You cannot talk about Europe and separate the so-called Black people. In fact as far as academia is concerned, there is no academic source or reference that is rooted in Europe. All came from Africa and Asia. The Humboldt University talks about this itself in an exhibition of the world's first and largest library ever, being in Alexandria (in Africa) several hundred years before the known Jesus Christ was born and not forgetting how ancient Egypt fell into the hands of the Arab enslavers' Africa.²⁷ This has helped to eliminate some of the state and academic built prejudices about literacy and illiteracy on the geographic continental entity known to be Africa following racist clichés and images.

Furthermore just as many others such as Malik Shabazz, known also as Malcolm X, mentioned, neither did any religious prophet come from Europe. But they all came from Africa and Asia. As far as I know all so called philosophers of Europe have been racists, and they have been working severely hard to maintain racial stereotypes and pejorative clichés. Never will they talk to you about the Black African counter parts right there working with them or before them. Just like the 18th century human rights academic work in Germany of the Black African Dr. Anton Wilhelm Amo on the rights of Black Africans, which disappeared for a long time, which are still missing according to the University of Wittenberg.²⁸ There is a lot of work to be done to answer how this could happen, when Germany is known to have such a immaculate system of archiving.

Even a list of books written by Black authors and burned by the Nazis Regime in 1938 is still missing until today. Many important questions are also raised as we examine for example the writings titled 'Der Afrikaner

²⁷ In: HUCH 2008 – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung No. 57, p. 12

²⁸ See pp. 289–290 of this article.

im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Untersuchungen zur rassistischen Stereotypenbildung im deutschen Kinder- und Jugendbuch von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus' [the African in German Children and Youth books, Examination of racist stereotyping in German youth writing from Enlightenment to National Socialism]²⁹. In his 30 year research resulting in the book "Germany's Black Holocaust 1890–1945: The Untold Truth! Details Never Revealed Before" (June 2003), Firpo W. Carr for example reveals the hidden history of Black victims of the Holocaust. Carr is referred to have conducted three revealing interviews with: "(1) a Black female Holocaust victim; (2) the Black commanding officer who liberated 8 000 Black men from a concentration camp; and (3) an African American medic from the all-Black medical unit that was responsible for retrieving thousands of dead bodies from Dachau. (White medical units were spared the gruesome task.) Also 'Kay' the Black female Holocaust survivor, laments: 'You cannot possibly comprehend the anger I have in me because of being experimented on in Dachau, and being called 'nigger girl' and 'blacky' while growing up.'" (Carr 2003) Furthermore Carr dwells into the 1890 Blacks who were tortured in German concentration camps in South-West Africa (now called Namibia) when Adolf Hitler was only a child. "Colonial German doctors conducted unspeakable medical experiments on these emaciated helpless Africans decades before such atrocities were ever visited upon the Jews." According to Carr, "thousands of Africans were massacred. Regrettably, historians neglected to properly register the slaughter – that is, to lift it from the footnote in history that it had been relegated to – up to now". At the end this is just one more example of how the states fuels racism and leaves African history undignified. However at his point it will be senseless to think it should be the government to do this, it should be the Black Africans task, but they are too scared, too hungry, too brain washed and not willing to pay the real prize. Often there is furthermore a lack of honesty amongst black people about them being dehumanized and thereby they are contributing themselves to further dehumanization.

²⁹ Bergner, Gottfried and Ansgar Häfner. 1985: *Der Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Untersuchungen zur rassistischen Stereotypenbildung im deutschen Kinder- und Jugendbuch von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus*. Eine Ausstellung im Rahmen der 11. Kinder- und Jugendbuchmesse aus den Beständen der Universitätsbibliothek Oldenburg aus Privatbesitz und Sammlungen, Oldenburg 1985.

Citizenship or Human Being and the German Notion of Minority

Before we are able to understand the above it is important to point out that the establishment in Germany believes in blood ancestry in the manner of a political ideology. Its *Ausländer-Raus*-mentality goes as far as to not accept the claim for the protection of minorities by the UN. This must be implied in the German states responds to the UN Covenant on Civil and Political Right, Article 27 on minority rights, which goes as follows (p. 99): “The Federal Republic of Germany presumes that article 27 of the Covenant does not contain the right of further protected minorities also to be recognized as national minorities. It refers here to the material of the covenant (Traveau preparatoire) and the final report dated 1st July 1955 (A/2929) stating: The provisions concerning the right of minorities it was understood should not be applied in such a manner as to encourage the creation of new minorities or to obstruct the process of assimilation. It was felt that such tendencies could be dangerous for the unity of the state.”³⁰ The German state position is thus that state minorities do defacto not exist. If they existed they should not be recognized because they are (only) immigrants. They do not recognize black Africans. They do not recognize Black Jews, and considering (white) Jews as an assimilated group, not in the category of minority. According to this report Germany only recognizes white groups to be constructed minorities.³¹ This is the key to state philosophy. My point here is that blacks cannot be seen as an assimilated group, because they cannot fit the whiteness. In consequence they are seen as dangerous for the unity of the state. Until 1955 Germany presumed that Black Africans existing in Germany at that time did not even make a minority group, because they have not been recognizing their existence even. And now, even as they live on, they cannot make a minority group, but instead they are seen as a threat to national unity. This is how Germany denies racism and denies the rights of minorities within the German territory. Even after the Holocaust the state philosophy in Germany is still on the

³⁰ See: [http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/e49b2934cb78b68680256554005f0374?Opendocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/e49b2934cb78b68680256554005f0374?Opendocument) (April 2011).

³¹ Through this state report Germany was embarrassed for being accused of exercising racial discrimination by the UN, which resulted in the recognition of the Roma and Sinti as a minority by creating the group of German Roma and Sinti to satisfy the committees demands. This is the only recognizable attempt by Germany to recognize a Black skin group as minority so far.

premise of non-recognition of the other – of minority groups – who in my view should simply be seen as human being individually or in a group. The Genocide (covertly as well as overtly) is still continuing because it has always been at the centre of bureaucracy to eliminate the administrative reference sources of non white groups or persons within the territorial administration of Germany. This issue is also illustrated and discussed by Zygmunt Bauman in “Modernity and the Holocaust”, where he goes deeply into the mechanisms working here. My question here is: Is the white dominant group in Germany the only non immigrant group, because any other non-white group is supposed to have been killed in the Genocide? But meanwhile we know that white Nazis themselves are and were immigrants themselves.

The German constitution and its laws of citizens meaning all national laws, including *Ausländergesetz*, are still not able to tell us who was the first German respectively statutorily define who the first German was. Is it because they fear the first German was black, or that early Europe is known to have believed in black Gods such as the God Iris³²? This fear has led to the so-called German and the incapability to differentiate between human being and citizen. The human being status cannot be given or taken by a state or government whereas citizenship is a right that is given and can be taken by a state to its citizens. Being a citizen however, does not mean human. Due to racism, the German society does not make this difference because the law will identify a person as a citizen and not as a human being. So it is up to you to choose. The law does not define the human being, there is no juridical definition of a human being. So being *Bürger* (citizen) or *Ausländer* (foreigner or alien) does not legally give you the position of a human being. The sole reason the law is failing to define a human being is that the state considers itself first as a racist establishment permanently but intact to deny all history of the so-called Black people right here, socially, culturally, economically, environmentally, politically and otherwise until they are extinct. The only way out is for the black people to have structures on their own.

BUT NOW, WHAT MUST WE DO? As long as we are waiting, we are wasting our time.

³² Setima, Ivan. 1986. *African presence in Early Europe*. Transaction Publishers.

The so-called Black community people need to clean out the “whitenesses” in themselves in order to believe in themselves. Putting aside their own white racist images with stereotypes of themselves and colonialist deformative clichés, they have to seek the proper attitude and psyche or psychology to organize their own schools, teach themselves about their achievements and contributions, their exploitations in Germany, institute their own colleges and universities, initiate their own things. Because having all those titles like academic and others is not enough without having structures of their own. Creating a space of their own where they can instill themselves to know about their history and themselves and to get prepared to deal with the situation at hand and to develop the political maturity necessary. Through this way for instance the Critical Black African, who for example is put at the bottom of the racist cliché chain or measuring stick, will realize they are not just good but better than the racists and their thinkers and followers of their white supremacism (which at times involves the black bourgeoisie).

We must make clear that words like “Ausländer”, migrants, illegal, and many more remain a racist incitement of the people (Volksverhetzung). As long as the German establishment teaches complete denial of so-called Black people’s history and denies them the human status. It pretends to be giving them political equality when human blood is not equal as far as hidden administrative policies are concerned. This means practicing racial oppression at all levels of life with denial of historical records of presence right here. With the consciousness of these facts people can be up for a new beginning.

Politicians and people in power have demonstrated that they are thieves of our human rights. When you catch thieves, you accuse them for stealing, judge them for what they have stolen, make sure there is compensation, and make them to declare never to steal again. This is what we are going to do with the Federal Republic of Germany and the European Union which has extended its bloody jaws of the Fortress Europe.

This brings us to the last point of understanding: as we look at one example of a Black African who taught Human Rights in the 18th century in Germany referred to above already. As a challenging concept to migration, looking at the life of A. W. Amo, the question comes to mind: Was he a German when

he lived in Germany even before Germany became a united state? Anton Wilhelm Amo (ca. 1703–1757) was a young child-slave brought to what is now Germany in the stomach of a slave-ship and studied and taught Human Rights in Halle, Germany. Halle, in 1729, was regarded as one of the capitals of the Enlightenment (Aufklärung). He made the first dissertation on Human Rights during the early 18th century. At the height of Europe's "Enlightenment" he published 'The Rights of the Moors in Europe'³³. According to Paulette Reed-Anderson's "Berlin and the African Diaspora", in German, the word "Mohr" did not just mean "Moor" but was used to describe dark-skinned Africans. Referring to Paulin J. Hountondjia, the original manuscript of his first work is titled "Dissertatio Inauguralis De Jure Maurorum in Europa" (1729), and concerns the rights of Africans in Europe³⁴. It is lost but there is a brief summary of it in the annals of the University of Halle of 2nd of November 1729. Amo's "inaugural dissertation", which was directly related to him being an African, earned him candidature in both private and public law. He argued that African kings, like their European counterparts, had been vassals of Rome. By the slave trade Europeans were violating the common heritage of Roman law, the principle that all the Roman citizens were free, including those who lived in Africa.

Following this there is a new question to be asked: Are Africans Europeans? Are the so-called Europeans willing and able to regard the so-called Black Africans as a legally equal and human? The racist view rather wants Africans to see Europeans as masters or higher humans compared to black Africans. Dr. Amos work, published in 1729, was written and made public even before the declaration of the American independence (1776), the "Rights of Man" in France (1789) and even before the Philosopher Hegel was born (1770). Amo thus did his work more than 30 years before the first rights of the man have been publicly declared, but nevertheless his work is, compared to the others, never referred to and has been buried under the racist structures of white Eurocentrism. Could his work maybe have been used but not been referred to for the color of his skin was black and he a negro?

³³ Referring to Paulin J. Hountondjia in *African Philosophy*, p. 116, the original manuscript of his first work, "Dissertatio Inauguralis De Jure Maurorum in Europa" (1729), which concerned the rights of Africans in Europe, is lost but there is a brief summary of it in the annals of the University of Halle of 2nd of November 1729.

³⁴ Ibid., p. 116

Undocumented People and Self-Determination: Struggle for Humanity and Equal Treatment inside Racism in Germany

The consequences of such a neglect of humanity by undermining the human rights have further been observed in the treatment of asylum seekers who have no freedom of movement in Germany since 1982, when the Residenzpflicht was introduced. The county borders are closed to refugees by the police, the enforcement by heavy fines and imprisonment and sometimes deportation leads to criminalization and to negative consequences on personal development and mental sanity. In consequence even registered asylum seekers become undocumented. Germany is the only European Country having such a law.³⁵ Considered a political apartheid against asylum seekers, it is feared to be picked up by other European countries as a deterrent to refugees. It is now reported to have been a 1938 Nazi legislation.³⁶ By internal administrative directives and guidelines even permanent residents have been criminalized before 2005 in a similar manner, when residence permissions could be withdrawn by police and administration for simply believing that the resident had left the country for more than six months. This resulted in people's undocumented, criminalization and in the worst case deportation.³⁷

On 30th of April 1992 Konrad Weiss argued in a plea in front of the German parliament to preserve the right of asylum. Commenting the plan by German politicians to modify the constitutional right of asylum in May 1993, he expressed his concern that it was deliberately created as an individual fundamental right not subject to any restriction. He stated that any restriction would only make matters worse, increase xenophobic tendencies, bring back the experiences of racial and political persecutions. There was the warning of Germany and Europe increasingly becoming a fortress if the current policy

³⁵ According to Martin Kreickenbaum: They Were in Search of Life. Suicide: the Consequences of German Deportation Policies. An indictment of Germany's refugee policy. 1st November 2004, p.4. <http://www.wsws.org/articles/2004/nov2004/bkrv-n01.shtml> (April 2011).

³⁶ Stoffels, Michael 2002, pp.159–163. <http://www.grundrechte-report.de/2002/inhalt/de...assistische-auflage-fuer-auslaender> (January 2011).

³⁷ See for example: <http://www.muenchen.de/Rathaus/kvr/ausland/erltitel/117823/index.html> (April 2011).

against immigration continued.³⁸

According to a map of the Fortress Europe by Philippe Rekacewicz excluding deaths at the shore lines you observe Germany is having a greater number of death spots resulting from suicide cases, lack of care or from racist incidents with more deaths from the police located inside the land compared to the shore.³⁹ The Consequences of German police action causing this is well documented by the Anti Racist Initiative in Berlin on German asylum policy and their deadly consequences.⁴⁰

Deportation as the Dignity of the constitution!

Since 1993 the situation has deteriorated, refugee deportation camps have been erected, outright Nazis have achieved political significance especially in regional parliaments. The Darmstaedter Echo regional newspaper has reported that 13 million Euros were being spent to build a deportation camp to accommodate a number of 100 refugees in the district of Rhein Main Germany excluding a monthly maintenance of 125 000 Euros⁴¹. Thus deportations are by no means as economic as the government claims, since already the costs of the camp exceeds the amount of an hypothetical social benefit these refugees would need to live of (in case needed) for the rest of their lives.

The deteriorating situation since 1993 has furthermore encouraged existing Nazi party activists and their followers to run and vote for governments at federal German parliaments. On the 24th of May 2004 the German newspaper Junge Welt (Nr. 117) reported that the elite Nazi judge Hans Filbinger was made special commission voting member of Baden-Württemberg for the voting of the German federal president. This is a sign of normalizing the fatal consequences that arise from Nazi oriented policies and it's effects on society, which is not new to us. Extremist parties exploit German anxiety⁴², Neo-Nazis advocating racism, xenophobia and anti-Semitic propaganda were voted into regional state parliaments. The anthropological descend of race is still done today when Neo-Nazis achieve high positions in politics. Unfortunately, when

³⁸ Statewatching the new Europe. A handbook on the European state. 1993. Edited by Tony Bunyan, p. 136. Speech by Konrad Weiss: http://www.bln.de/k.weiss/tx_asyl.html (January 2011).

³⁹ publish by le monde diplomatique Nr. 3, March 2004.

⁴⁰ See: www.berlinet.de/ari/titel.htm (January 2011).

⁴¹ Echo Newspaper, "Neue Unterkunft für Flüchtlinge" Friday 7th June 2002 p. 4.

⁴² According to a report by Ian Traynor, published in The Guardian, Monday September 20th, 2004 p. 12.

the government claimed they were trying to ban the NPD – the far right party officially seen to be racist –, it resulted in a fiasco as the German secret service colluded with the far right, now being present in the regional parliament in Saxony⁴³. On June 29th, 2004, the European Council accused the German government of racism and intolerance of people.⁴⁴ This was preceded by an Amnesty International report on January 14th 2004, criticizing institutional racism and police brutality mainly directed against Black people.⁴⁵ With such situation were nationals as well as European institutions are fighting the Nazis, for people below the strata of the status quo like the migrant workers and asylum seekers or refugees this only results in anyone being able to do with them what they want.

Knowing that since 1973 Germany introduced a labor migration ban for non-EU citizens, the German Government decided in August 2000 that the ban was still a valid law. After nearly 30 years of banning immigration, the attempts to establish a so called Green Card ended up in another fiasco. An Indonesian labor migrant became “a symbol of the government’s commitment to relaxing immigration, the migrant’s patience ran out. The green card program is a good story for my grandchildren, but it didn’t really help professionally. I just can’t see myself getting the permanent residency. And I don’t want to find myself escorted off to the airport one day.” – As happened to a fellow university student whose permit had expired.⁴⁶

Germans get Asylum fleeing Institutionalized Neo-Nazism and Police Racism!

German nationals started to seek asylum overseas because of Neo-Nazi and police racist persecution. To talk about migration in a country where human beings are locked up in camps is criminal and therefore this talk is one example of racism itself. We want to address the topic how the impression is created

⁴³ See: Statewatch, January–February 2002 Vol. 12 no. 1.

⁴⁴ Griesser, Patrick : Europa beklagt Rassismus in Deutschland, in: TAZ pp. 1 and 6, Nr. 7378, 24. Woche 26. Jahrgang.

⁴⁵ Amnesty International, Germany. 2004. *Germany Back in the Spot light. Allegations of Police Ill-treatment and Excessive Use of Force in Germany.* <http://www.unhcr.org/refworld/docid/402f88744.html> (9 February 2011).

⁴⁶ International Herald Tribune – Inside F.A.Z. Weekly 'Fortress Europe' keep doors barred: But resisting immigrants has a price. Pages 1–2 authored by Katrin Bennhold/Statewatch. March-April 2004, Vol. 14 no. 2 p. 6.

that every human person was free to move meanwhile they are not because of their legal category. It is in fact criminal of anyone to do so and therefore this is one more example of racism. The effect of racism on some German nationals caused them to flee, seeking asylum from state organized racism. This is viewed further more from the fact that on Wednesday, September 22nd, 2004 in a 3–0 ruling, a Federal Appeals court in San Francisco (USA) allowed political asylum in the United States to German citizens. They were fleeing Neo-Nazi persecution in Germany, which in the opinion of the court, “the German government is more unwilling than unable to prevent”. This sanctioning of persecution in a Western European country is not usual since the majority of asylum cases are rather from different parts of the world.⁴⁷ As I said above, the category ‘Flüchtlinge’ meaning refugee has been established as a category by some White liberal and racist bureaucrats. They used the term in an attempt to mobilize the world against blacks, stating that people in Europe where human beings but still held on to colonies and racial apartheid in other continents because others were inferior human races. These white liberals and racist bureaucrats then went ahead in teaching all these so called inferior races to believe they were today respected as human beings, meanwhile the agenda of racism has been premised to eliminate all the Black people of the earth as unwanted species for the advancement of civilization – White civilization.

The only way I see is to end this dishonesty. The racial idea existing in the European or White folks implies inferior and superior races. This must first be acknowledged. Secondly, this underlying racial concept crosscuts all the classes, the mode and system of production. It also crosscuts gender, religion and structural politics. We must admit therefore this racial concept is the first thing that comes to mind or that is implied through teaching in all European schools especially whenever people talk about migration.

⁴⁷ Report “Court allows political asylum from Germany. Afghan fled Soviets first, then neo-Nazis” by Bob Egelko, in: San Francisco Chronicle, Thursday, September 23, 2004, p. A-9. <http://sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?file=/c/a/2004/09/23/MNGN78TIL71.DTL> (April 2011).

Racism and the Resolving of Undocumentation: the Demand for a Police and Neo-Nazi so-called Free Bundesland – Otherwise known as “Rechtsfreiraum”

The Residenzpflicht inside Germany is only one example of how Germany still has a complete (post) colonial structure. European means economic, political and cultural domination by Europeans of others through successful colonialism. More than 300 districts exist under the Residenzpflicht as little satellite states with foreign offices to control all non nationals, coordinating their restriction of movement. Therefore, the only possibility I see is to demand a police free state. The problem these people have is state driven and police enforced. When asylum seekers state that they are in Germany because Germany destroys their homelands or their countries, Germany and the EU and its allies still mobilize to send in more troops into these countries despite their so called independence. The land is destroyed by, for example, the Bundeswehr, and the police destroy peoples' lives, while politicians lie to the public that is paying taxes to them. Therefore the next rational thing will be that refugees are justified to demand their land – a police free Bundesland in Germany, since refugees, undocumented people or trafficked people are only a balance sheet of German domination. This demand has to be put forward so that the public understands that the people do not need the German army in their land or divide parts of Germany since Germany is occupying their countries in ownership continuously. Besides, the Germany as a country is already divided with the 'national befreite Zone' or so called No-Go-Areas, which is acknowledged by the interior ministry, thus the country is already divided. We know you can never have a nazi organization that brings about a 'national befreite Zone' without police permission, just like it is not possible to have freedom of movement without police permission or to have murder without police permission, like Oury Jalloh burned in a police station, or to have negative justice without police permission, like the slaughtering of the Egyptian woman Marwa el-Sherbini in a German court⁴⁸. The demand for a police free Bundesland can be achieved through self-organization, just like individually committed people

⁴⁸ She was stabbed 18 times in a court room in Germany in front of her three year old son in 2009 by a racist neighbour after she had complained against him in court for insulting her terrorist. Source: „Outrage over Muslim woman killed in court“, in: The Guardian, 7th July 2009. <http://www.guardian.co.uk/world/2009/jul/07/muslim-woman-shot-germany-court> (February 2011).

saving us in their Kellers. The self organizations play the major role and have already achieved to provide the German public with the best information resources they could ever find in contrast to the propaganda of the government.

There are many bases for working together. For me it is necessary to clear up some historical facts: who is the victimizer, who is common to all of us, who is organized in an ideologically structure to split us. Further the common understanding that people become refugees and migrants because Germany is one of the countries destroying their previously owned homelands, it will necessarily be in the face of apartheid laws like the Residenzpflicht and the Neo-Nazi and police brutalities that destruction of these will continue and should result to a new political demand of a police free Bundesland in return of the German occupation and destruction of the lands. Refugees and Migrants have no place else to go. The education must not lie to promote racist stereotypes. In order to have “possibilities of sharing” in the context of cooperation with other solidarity groups, space for political enfranchisement of undocumented people in this country is needed.

Generally no liberation struggle, be it the so-called anti-racism, nor antifascism, anti(neo)colonialism and imperialism, etc. can survive or make the struggle to equality, justice and freedom for humanity if they do not connect to anti-racism against blacks. By blacks I mean blacks with the interest of the collective for a real solution at heart and not the black exploitative bourgeoisie. Every liberation is bound up with anti-racism and should be able to answer this relation. Groups or organisations without this will be unable to understand their own self or social repression as they will seek to rather dominate the wretch of the earth – the Blacks in the way authored by Frantz Fanon. Furthermore so called black folks no matter how few they may be must achieve their own international and human right system and land(s) of their own, with no foreign interference, for themselves, to overcome their specific problem brought about by racism and root destruction. Only then could there be a glimpse of some kind of respect and treatment as human beings on earth for blacks being able to be on their own. Any deterrence going against racism to achieve this will be truly useful.

Literature:

- Amnesty International. 2004. *Germany. 2004. Germany Back in the Spot light. Allegations of Police Ill-treatment and Excessive Use of Force in Germany*. <http://www.unhcr.org/refworld/docid/402f88744.html> (February 9, 2011).
- Arndt, Susan; Antje Hornscheidt and Marlene Bauer (ed.). 2004. *Afrika und die Deutsche Sprache*. Unrast Verlag.
- Bergner, Gottfried and Ansgar Häfner. 1985. *Der Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Untersuchungen zur rassistischen Stereotypenbildung im deutschen Kinder- und Jugendbuch von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus*. Broschüre zur Ausstellung im Rahmen der 11. Kinder- und Jugendbuchmesse aus den Beständen der Universitätsbibliothek Oldenburg aus Privatbesitz und Sammlungen. Oldenburg 1989.
- Castle, Stephen and Davidson, Alastair. 2002. *Citizenship and Migration*. Routledge.
- Fleischer, Annett. 2007. *Familienbildungsprozesse als Möglichkeit der Legalisierung: Zur Situation Kameruner MigrantInnen in Deutschland*. MPIDR Working Paper WP-2007-011.
- Hasib, Thacmoh. 2005. *Power Writers and the Struggle Against Slavery*. Hertfort.
- Kilomba, Grada. 2010. *Plantation Memories*. Unrast Verlag, Hamburg.
- Ntep, Matthias Vaictorien 2007/2008. *Black Author Cries Foul*. In: The African Courier No. 59, Vol. 10.
- Obyrne, Darren J.. 2002. *Human Rights, An Introduction*. Longman Publishers.
- Reed-Anderson, Paulette. 2000. *Re-writing the foot notes. Berlin and the African Diaspora*. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration.
- Schönbohm, Jörg. 2009. *Politische Korrektheit – Das Schlachtfeld der Tugendwächter*. Manuscriptum, Leipzig.
- Setima, Ivan. 1986. *African presence in Early Europe*. Transaction Publishers.
- Stoffels, Michael 2002. *Die „Residenzpflicht“ – eine rassistische Auflage für Ausländer*. In: Grundrechte-Report 2002. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Till Müller-Heidelberg u. a. (Hg.). Hamburg, pp.159–163. <http://www.grundrechte-report.de/2002/inhalt/details/back/inhalt-2002/article/die-residenzpflicht-eine-rassistische-auflage-fuer-auslaender> (January 2011).
- Williams, Chancellor. 1987. *The destruction of Black Civilization. Great issues of a race from 1500 bc–2000 ad*. Third World Press.

Africans in Academia – Diversity in Adversity*

Grada Kilomba

Zusammenfassung

Grada Kilomba gelingt eine Gradwanderung aus persönlichen Erfahrungen als schwarze Wissenschaftlerin in Deutschland und den rassistischen Implikationen von weißer, eurozentristischer Wissensproduktion, die zunächst als Tatsache festgestellt wird. Da Wissen jedoch immer eine bestimmte politische Implementation aufweist, auch wenn es noch so sehr nach objektivierenden Kriterien produziert zu sein scheint, lässt sich die in ihm aufzeigbare Perspektivität nach Kilombas Ansicht auch anders besetzen. Bereits an gewählten Forschungsfeldern bzw. ihren Rahmenbedingungen, Begriffen oder auch Ausdrucksweisen oder vom unberücksichtigt Bleiben nicht-weißer WissenschaftlerInnen bzw. ihrer Publikationen, zeigen sich ausgrenzende Praktiken. Damit fängt der Rassismus im Feld der Wissenschaft weder an, noch hört er dort auf, wie Kilomba fortführt.

Every semester, on the very first day of my seminar, I play a game with my students. I quiz them. We first count how many people are in the room. Then I start by asking very simple questions, such as: What was the Berlin Conference of 1884-5? Which African countries were colonized by Germany? How many years did German colonisation over the continent of Africa last? I conclude with more specific questions: Who was Queen Nzinga and which role did she play on the struggle against European colonisation? Who wrote *Black Skin, White Masks*? Who was May Ayim? Who knows what? And who doesn't? And why? What do we want to know? And how is that related to racism?

This exercise shows us how the concepts of knowledge and the idea of what scholarship or science is, are intrinsically linked with power and racial authority.

* This essay is part of the author's book "'Plantation Memories'" (Unrast 2008)

What knowledge is being acknowledged as such? And what knowledge is not? Whose knowledge make part of the academic agendas? And whose knowledge does not? Moreover, who is acknowledged to have the knowledge? And who is not? Who can teach knowledge? And who cannot? Actually, who can indeed speak? And who cannot?

White Space

These questions are very important to be asked because academia is not a neutral location, it reflects the political interests of the *white* society. This is a *white* space where Black people have been denied the privilege to speak. Historically, this is a space where we have been voiceless and where *white* scholars have developed theoretical discourses which officially constructed us as the inferior 'Other' – placing Africans in complete subordination to the *white* subject. Here, we were made inferior, our bodies described, classified, dehumanized, primitivized, brutalized and even killed. We are therefore, in a space which has a very problematic relationship to Blackness.

Here, we were made the objects, but we have rarely been the subjects.

This position of objecthood which we commonly occupy, does not indicate a lack of resistance or of interest, as it is common to believe, but rather a lack of access to representation by Blacks themselves. It is not that we have not been speaking, but rather that our voices – through a system of racism – have been systematically disqualified as invalid knowledge; or else represented by *whites* who ironically become the 'experts' of ourselves. Either way, we are locked in a violent colonial hierarchy.

Neutral vs. Personal

As a scholar, for instances, I am commonly told that my work on everyday racism is very interesting, but not really scientific, a remark which illustrates this colonial hierarchy in which Black scholars reside: 'You have a very subjective perspective'; 'very personal'; 'very emotional'; 'very specific'; 'Are these objective facts?'.

Within such masterful comments, the discourses and perspectives of Black scholars remain always at the margins – as deviating – while *white* discourses

occupy the centre and remain the norm. When they speak is scientific, when we speak is unscientific.

Universal / specific;
objective / subjective;
neutral / personal;
rational / emotional;
impartial / partial;
they have facts, we have opinions;
they have knowledge, we have experiences.

These are not simple semantic categorisations, they possess a dimension of power. We are not dealing here with a ›peaceful coexistence‹ of words but rather with a violent hierarchy, which defines who can speak.

Objective vs. Subjective

Because structures of knowledge validation, which define what true and valid scholarship is, are controlled by *white* scholars, both male and female, as long as Black people and ‘people of colour’ are denied positions of authority and command within the academy, the idea of what science and scholarship are, prevails, of course, intact – it remains an exclusive and unquestionable ‘property’ of *whiteness*.

Science is, in this sense, not a simple apolitical study of truth, but the reproduction of racial power relations which define what counts as true and in whom to believe. In other words, it is not an objective scientific truth that we encounter in the academia, but rather the result of unequal power race relations. The themes, the paradigms and the methodologies of traditional scholarship – the so called epistemology – reflect nothing but the specific political interests of a *white* society.

Epistemology derives from the Greek words: episteme=knowledge and logos=science, the science of the acquisition of knowledge. It determines, therefore, which questions merit to be questioned (themes), how to analyse and explain a phenomenon (paradigms) and how to conduct a research to produce knowledge (methods). And in this sense, it defines not only what

true scholarship is, but also in whom to believe and trust.

Of course my questions, as a Black woman, differ from the questions a *white* woman and/or man might pose. As our experiences and realities differ. The themes, the paradigms and the methodologies to explain my reality might differ from the themes, the paradigms and the methodologies of the dominant. But that does not mean that I am unable to produce knowledge, instead it means that I produce knowledge that transgresses traditional scholarship. Scholarship needs to be decolonized.

Masters vs. Slaves

Interesting, they say, but not scientific, but subjective, but personal, but emotional and partial, “you do over-interpret,” said a colleague, “you must think you are the queen of interpretation.” Such observations, reveal that endless need to control the Black subject’s voice and the longing to govern and to command how we approach and interpret reality. By using these remarks the *white* subject is assured of his/her sense of power and authority over a group which he/she is labeling as ‘less knowledgeable.’

The last comment, in particular, have two powerful moments. The first moment is a form of warning, which describes the standpoint of the Black woman as a distortion of the truth, expressed here through the word ‘over-interpretation.’ The female colleague was warning me that I am reading over, beyond the norms of traditional epistemology, and therefore, I am producing invalid knowledge. It seems to me that this idea of over-interpretation addresses the thought that, the oppressed is seeing ‘something’ which is not to be seen, and is about to say ‘something’ which is not to be said. ‘Something’ which should be kept quiet, as a secret – like the secrets of colonialism that most of my students could not answer.

Curiously, in feminist discourses as well, men try to irrationalize the thinking of women, as if such feminist interpretations were nothing but a fabrication of the reality, an illusion, maybe even a female hallucination. Within this constellation it is the *white* woman who irrationalizes my own thinking, and by doing so, she defines to the Black woman what ‘real’ scholarship is, and how it should be expressed. This reveals how complex the intersection between gender, ‘race’ and colonial power is.

In the second moment, she speaks then of hierarchical places, of a queen she fantasizes I want to be, but who I cannot become. The queen is an interesting metaphor. It is a metaphor for power. A metaphor, also of the idea that certain bodies belong to certain places: a queen belongs to the palace, but not the plebeians; they can never achieve the position of royalty. They are sealed in their own subordinate bodies.

Such demarcation of spaces introduces a dynamic in which Blackness signifies 'being outside place' while *whiteness* signifies 'being in place.' I am told to be outside my place, for in her fantasy, I cannot become the queen like her, but only the plebeian. I am not interested on being neither one nor the other, but that seems to be her concern. She sees my body as improper, and she is concerned with it. Within racism, Black bodies are constructed as improper, as bodies 'outside place' and, therefore, as bodies which cannot belong. *White* bodies, on the contrary, are constructed as proper, they are bodies at home, 'in place', bodies which always belong. Through such comments, Black scholars are persistently invited to return to 'their place,' 'outside' academia, where our bodies are at home.

These violent comments reveal the inadequacy of dominant scholarship to relate not only to marginalised subjects, but also to our experiences and discourses. They perform a fruitful combination of power, intimidation and control which succeeds in silencing oppressed voices. Fruitful indeed, for after this last episode I remember I stopped writing for more than a month. I became temporarily voiceless. I had a *white-out*, was waiting for a Black-in.

Pain and Anger

These experiences announce that the academia is not only a space of knowledge and wisdom, of science and scholarship, but also a space of violence. The violence of always being placed as the 'Other' of the *white* subject. That is the essence of colonial violence – one remains at the periphery, while *white* others speak in our name, at the centre.

Speaking about these positions of marginality evokes, of course, pain, disappointment and anger. They are reminders of the places we can hardly enter. The places we never 'arrive' or 'can't stay' (Hooks 1990). Such pain and anger must be spoken and theorised. It must have a place within discourse,

because we are not dealing here with 'private information.' Such apparently 'private information' is not private at all. These are not personal stories or intimate complains, but rather accounts of racism. They mirror the historical, political and social realities of 'race relations' within the academic spaces, and these should be articulated in both theory and methodology.

Therefore, I call for an epistemology which includes the subjective as part of the academic discourse, for we all speak from a specific time and place, from a specific reality and history. There are no neutral discourses. When *white* scholars claim to be neutral or objective, they are not acknowledging the fact that they too write from a specific place which, of course, is neither objective nor universal, but rather dominant. It is a place of power. As I said, scholarship is neither neutral nor objective, but rather personal and subjective. So, if this essay today seems to be preoccupied with narrating my emotions and subjectivity as part of theoretical discourse, than it is worth remembering that theory is always placed somewhere and always written by someone, and besides that the heart has its reasons. (This is in Remembrance of Our Ancestors)

Literature:

Collins, Patricia Hill (2000) *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. New York: Routledge.

Hooks, Bell (1990) *Yearning. Race, Gender and Cultural Politics*. Boston: South End Press.

Macht Wissen Kontrolle – Bedingungen kritischer Migrationsforschung*

Fabian Georgi und Fabian Wagner

Zusammenfassung

Seit Mitte der 1980er sind Migrationskontrollen und Migrationsforschung massiv ausgebaut worden. Die direkte Indienstnahme akademischer Migrationsforschung für die Zwecke staatliche Migrationskontrollen ist dabei selten problematisiert worden. Diese Verstrickung der Migrationsforschung erklärt sich einerseits durch die Strukturen ihrer ökonomischen Reproduktion. Andererseits entspricht die staatsnahe Arbeitsweise auch dem Selbstverständnis vieler Wissenschaftler_innen. Positivistisch im strengen Sinn bilden historische Konstrukte wie Volk, Nation und bürgerlicher Staat ihren nicht in Frage gestellten Rahmen. Politische Konzepte – etwa Grenzen, Staatsangehörigkeit, illegale Migration – gelten ihr als objektive Kategorien. Unter den Bannern von ‚angewandter Forschung‘ und ‚policy relevance‘ wird der staatlich definierte Nutzen des produzierten Wissens über Migration zum Dogma und Qualitätskriterium erhoben. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wurde im Juni 2008 in München das Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung gegründet. Das Netzwerk will Räume für Diskussionen, Selbstreflexion, und gemeinsame Projekte einer dezidiert kritischen wissenschaftlichen Praxis entwickeln. Kritische (Migrations-)Wissenschaft darf sich dabei nicht auf den universitären Elfenbeinturm beschränken, sondern muss mit sozialen Bewegungen verwoben sein.

Staatliche Migrationskontrollen produzieren eine düstere Realität. Tausende Menschen sterben an den hochgerüsteten Grenzen der Industrieländer. Millionen leben und arbeiten in der EU ohne soziale und politische Rechte. Milliarden

* Erstveröffentlichung als: Georgi, Fabian und Fabian Wagner. 2009. „Macht Wissen Kontrolle. Bedingungen kritischer Migrationsforschung“, in: *Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik: Migrationen. Durchkreuzte Räume*. Wien, S. 24–27. <http://kulturrisse.at/ausgaben/012009/oppositionen/macht-wissen-kontrolle> (10. 11. 2011).

Euro geben reiche Staaten für Abschiebelager, militärische Grenzsicherung und biometrische Datenbanken aus. ‚Migrationsmanagement‘ ist die Antwort auf globale Widersprüche in Reichtum und Lebenschancen. Auch die wissenschaftliche Erforschung von Migration ist in den vergangenen 25 Jahren massiv ausgebaut worden. Mit Millionenbeträgen haben EU, Staaten und Stiftungen dutzende neue Institutionen etabliert. Dazu gehören universitäre Einrichtungen wie das 1991 gegründete Osnabrücker *Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien* (IMIS) oder COMPAS, das *Centre on Migration, Policy and Society*, etabliert 2002 an der Universität Oxford. Think Tanks wie die *Migration Policy Group* in Brüssel oder das *Migration Policy Institute* der Carnegie-Stiftung in Washington betreiben ‚praxisnahe‘ Forschung. Zwischenstaatliche Organisationen wie die *International Organization for Migration* (IOM) oder das europäische *International Centre for Migration Policy Development* (ICMPD), das 1993 in Wien die Arbeit aufnahm, haben eigene Forschungsabteilungen etabliert. Migrationsforscher_innen kooperieren in mehreren Expertennetzwerken, u. a. seit 1996 im globalen *Metropolis-Network* und seit 2004 im EU-Exzellenznetzwerk *IMISCOE*. Migrationsforschung und Migrationskontrollen expandieren parallel.

Positivistisch im strengen Sinn

Die inhaltliche und institutionelle Verstrickung von Migrationsforschung in die staatliche Migrationskontrolle ist selten zum Gegenstand politischer (Selbst-) Kritik und systematischer Analyse gemacht worden. Dies verwundert, da die Notwendigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse über Migration für ihre effektive staatliche Kontrolle immer wieder betont wurde. Exemplarisch tut dies die 2004 von 120 Regierungen verabschiedete *International Agenda on Migration Management*. Sie formuliert die ‚gemeinsame Einsicht‘, dass ‚effektive Politik‘ ‚aktuelle, akkurate und vergleichbare Daten‘ und ‚weitere Forschung zu allen Aspekten von Migration‘ brauche (IAMM 2005: 25).

Die direkte Indienstnahme von Migrationsforschung für die Bedürfnisse staatlichen ‚Migrationsmanagements‘ erklärt sich nicht zuletzt aus den Strukturen ihrer ökonomischen Reproduktion. Wie andere Disziplinen wird Migrationsforschung im Zuge neoliberaler Wissenschaftsreformen zu großen Teilen über befristete Projekte finanziert. Die daraus folgenden prekären Arbeitsver-

hältnisse und die eingeschränkten Spielräume von Wissenschaftler_innen in Think Tanks und internationalen Organisationen disziplinieren die Forschenden und schränken Möglichkeiten von Selbstreflexion ein. Doch entspricht die staatsnahe Arbeitsweise auch dem Selbstverständnis vieler Wissenschaftler_innen. So nennt etwa COMPAS, „effective and just migration management“ als Ziel der eigenen Arbeit und wirbt damit, einer der führenden Orte für ‚policy-relevante‘ Forschung zu internationaler Migration zu sein (<http://www.compas.ox.ac.uk>). Der im Oktober 2008 von acht deutschen Stiftungen gegründete *Sachverständigenrat für Integration und Migration* strebt zwar eine „unabhängig kritische Begleitung“ von Migrationspolitik „durch die Wissenschaft“ an, will aber „handlungsorientierte Politikberatung“ betreiben (<http://www.svr-migration.de>).

Positivistisch im strengen Sinn bilden historische Konstrukte wie Volk, Nation und bürgerlicher Staat den nicht in Frage gestellten Rahmen angewandter Migrationsforschung. Politische Konzepte – etwa Grenzen, Staatsangehörigkeit, illegale Migration – gelten ihr als objektive Kategorien. Ein Denken, welches den herrschaftlichen Rahmen von Migration und ihrer Kontrolle grundlegend hinterfragt, erscheint aus Sicht einer solchen traditionellen Theorie „subjektiv und spekulativ“. Eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Migration deren „Sinn nicht in der Reproduktion der gegenwärtigen Gesellschaft, sondern in ihrer Veränderung zum Richtigen zu suchen ist“ erscheint ihr „parteiisch und ungerecht“ (Horkheimer 2003: 235). Unter den Bannern von ‚angewandter Forschung‘ und ‚policy relevance‘ wird der staatlich definierte Nutzen des produzierten Wissens über Migration zum Dogma und Qualitätskriterium erhoben.

Ansätze einer kritischen Migrationswissenschaft

Im Juni 2008 wurde in München das *Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* gegründet (<http://borderregime.eu>). Vor dem Hintergrund der oft prekären Arbeitsverhältnisse und der Vereinzelung kritischer Wissenschaftler_innen will das Netzwerk Räume für Diskussionen, Selbstreflexion, und gemeinsame Projekte einer dezidiert kritischen wissenschaftlichen Praxis entwickeln. Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des Netzwerks im Februar 2008 bei Berlin stand die Frage, wie kritisch-emanzipatorische

Wissenschaft in diesem Bereich aussehen könnte. Wir schlagen hier eine historisch-materialistische Perspektive vor. Ihr Ausgangspunkt ist normativ. Er wird benannt durch Karl Marx' kategorischen Imperativ „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1: 385). Die kritische Migrations- und Grenzregimeforschung ist „nicht irgendeine Forschungshypothese, die im herrschenden Betrieb ihren Nutzen erweist, sondern ein unablässbares Moment der Anstrengung eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt“ (Horkheimer 2003: 263). ‚Globale Bewegungsfreiheit‘ und ‚gleiche Rechte für alle‘ sind politische Konkretionen dieses Ausgangspunktes. Kritische Migrationsforschung zielt nicht allein auf gelegenheitsbedingte Anlässe, z. B. die Einsätze der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Sie analysiert ihre Gegenstände auf drei Ebenen: Erstens in Verbindung mit strukturellen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die Migration als ‚Problem‘ erst konstituieren. Zweitens in Bezug auf deren konjunkturelle, raum-zeitlich konkrete Materialisierungen. Drittens müssen im Sinne einer *cui-bono-Forschung* die damit verbundenen Interessen und ihre strategisch handelnden politischen Akteure untersucht werden. Nur eine dezidiert macht- und herrschaftskritische Perspektive kann die drei Analyseebenen zusammenzuführen und so die historischen Voraussetzungen von Migrations- und Grenzregimes und ihre hohe Stabilität erklären.

Kritische (Migrations-)Wissenschaft darf sich nicht auf den universitären Elfenbeinturm beschränken. Sie muss mit linken, antirassistischen, migrantischen, gewerkschaftlichen Bewegungen verwoben sein. Die Art dieser Verbindung blieb auf der Berliner Tagung umstritten. Soll sich kritische Migrationsforschung als relativ autonomer Teil des Kampfes um Hegemonie innerhalb des Subfelds Wissenschaft begreifen und eine kritisch-solidarische und dialogisch-vermittelte Distanz gegenüber Bewegungen, NGOs und linken Parteien halten? Oder kann nur eine Teil-Identität, ein direktes Engagement in und mit den Bewegungen und ihren Kämpfen wissenschaftliche Praxis zu einer kritischen machen? In dieser Sicht wäre eine Praxis außerhalb der herrschaftsförmigen Institutionen akademischer Wissensproduktion das entscheidende Kriterium einer kritischen Wissenschaft. Oder ist die dichotome Gegenüberstellung von akademischer Migrationsforschung und aktivistischer Praxis eine falsche, da sie die bürgerliche Hierarchisierung von objektiver Wissenschaft und partikularer

Politik eher festschreibt, als aufhebt?

Ambivalenzen oder die Kritik der Kritik

Angesichts von Tausenden Grenztoten und Millionen Illegalisierten sind die zentralen Fragen positivistischer Migrationsforschung (nach ‚verlässlichen Daten‘, nach ‚effektiver Politik‘) zynisch und falsch. Sie blenden den herrschaftlichen und antagonistischen Rahmen internationaler Migration und ihre Kontrolle aus. Trotzdem muss ein kritischer Standpunkt Argumente und Positionen des ‚Mainstreams‘ differenziert verstehen und bewerten (vgl. Gramsci 1991 ff.: 1275 f.). Es gilt, im Einzelnen nachzuweisen, wie seine Forschungsprobleme, Fragestellungen und Begriffe an diesen Rahmen gebunden bleiben und so die unmenschlichen Effekte der herrschenden Migrationspolitik legitimieren und stabilisieren.

Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung steht dabei nicht außerhalb der falschen Verhältnisse. Sie muss ihre eigene Verstrickung als Teil anerkannter, institutionalisierter Wissensproduktionen in Universitäten, Stiftungen, Instituten oder NGOs reflektieren. Sie ist Teil moderner Wissenschaft, die als wissenschaftliche Technik einen Legitimationsmodus (staatlicher) Macht begründet (Poulantzas 2002: 85). Kritische Migrationsforscher_innen können sich ihrer Subjektivierung und Reproduktion in bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht entziehen. Sie können jedoch radikal die Maßstäbe ihrer eigenen Praxis, ihre Grenzen und Folgen dekonstruieren. Ihre Kritik selbst muss Gegenstand von Kritik werden. Nur so können die herrschenden Begriffe und Kategorien – einschließlich denen der kritischen Migrationsforschung – bis an ihre Grenzen gedacht werden, die damit verbundenen Praktiken verstanden und bestimmt negiert werden (vgl. Demirovic 2008: 29). Erst so können aus Kategorien Subjekte werden, aus Migrant_innen frei flutende Menschen.

Literatur

- Demirović, Alex. 2008. „Leidenschaft und Wahrheit. Für einen neuen Modus der Kritik“, in: Demirović, Alex (Hg.). *Kritik und Materialität*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 9–40.
- Gramsci, Antonio. 1991–2006. *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden*. Herausgegeben von Klaus Brochmann und Wolfgang Fritz Haug. Berlin: Argument-Verlag.
- Horkheimer, Max. 2003. *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag, S. 205–269.

- The Berne Initiative. 2005. "International Agenda for Migration Management", Bern. Electronic Document http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/published_docs/books/IAMM.pdf (25. 3. 2009).
- Marx, Karl. 1973. „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 1. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Poulantzas, Nicos. 2002. *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verlag.

Kritische Praxis nach Foucault

Franziska Brückner

Zusammenfassung

Die Arbeiten Michel Foucaults werden in den Geisteswissenschaften stark rezipiert, insbesondere die Methoden Foucaults, weniger seine Begriffe erlangen dabei große Bedeutung. Ein Begriff ist für Foucault sehr zentral, jedoch wird er in Foucaults Werk sichtbar als Praxis: Kritik. Worin sich seine Kritikpraxis zeigt und wodurch sie zu foucaultscher Methode, insbesondere für die Geisteswissenschaftler_innen werden kann, versucht Franziska Brückner in werkanalytischer Perspektive herauszuarbeiten. Dabei soll sowohl die Entwicklungsgeschichte des Kritikbegriffs als Praxis, aber auch dessen Anwendung Foucaults auf sich selbst bzw. auf seine Forschung aufgezeigt werden.

Wodurch wird eine wissenschaftliche Arbeit kritisch? Welcher Vorstellungen von Kritik bedienen sich Geisteswissenschaftler_innen dabei? Einen Überblick über Kritikbegriffe¹ geben beispielsweise Mathias Iser² und Alex Demirovic³ insbesondere mit Blick auf Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, worin auf die Interdependenz von Wissensproduktion und Gesellschaft verwiesen wird. Aber mit diesen knappen Umrissen und Definitionen kommt ein wesentliches Detail von Kritik zu kurz: Kritik als ethische Praxis bzw. Ethos der Wissenschaftler_innen in diesen kritisierten gesellschaftlichen Verhältnissen. Das Ethos von Wissenschaftler_innen wird hier als kognitives, normatives sowie sanktionierendes Handlungsprinzip in Interaktionen empirisch zugänglicher Referenzgruppen gefasst.⁴ Das Verständnis von Wissenschaftler_innen als

¹ Vgl. Kritik. In: Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried u. a. [Hg.]: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 4. Basel: Schwabe 1976, Sp. 1249 ff.

² Vgl. Gesellschaftskritik. in: Kerner, Ina u. a. [Hg.]: Politische Theorie: 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S. 155–170.

³ Ders. 2003.

⁴ Vgl. Wissenschaftsethik. in: Nida-Rümelin, Julian [Hg.]: Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung. Ein Handbuch. Zweite, aktualisierte Auflage. Stuttgart: Kröner 2005, S. 834–862.

Teil gesellschaftskritischer Wissensproduzent_innen bzw. Praxis(reproduktion) von Kritik, findet sich nicht in den angesprochenen Verständnissen von Kritik. Doch wer, wenn nicht die Wissensproduzent_innen können sich im Üben von Kritik in der eigenen Wissensproduktion befähigen bzw. wie beispielsweise John Locke gewendet werden kann, lassen sich die eigenen erworbenen Fähigkeiten auch zur Prüfung von Lehren und Meister_innen verwenden – auch der geringste Zweifel lohnt den Triumph über blinde Leichtgläubigkeit⁵ sowie die Ausdifferenzierung der Sprache.

Unter Berücksichtigung der Konzeption der Ringvorlesung kritische Migrationsforschung, die den Rahmen dieser Publikation bildet und damit in die Vorüberlegungen dieses Artikels eingegangen ist, habe ich die Arbeiten auf dem sich herausbildenden Gebiet kritischer Migrationsforschung auf die Zugrundelegung eines Kritikbegriffs hin gelesen. Dabei konnte ich feststellen, dass dort sehr häufig die immanent kritischen Arbeiten Michel Foucaults rezipiert und disputiert werden.⁶ Obwohl Foucault nur eine knappe Definition⁷ von Kritik gibt, er seine Arbeit jedoch als kritisches Projekt versteht, beziehen sich viele kritische Migrationsforscher_innen auf ihn. Foucaults philosophischer Kritikbegriff bzw. kritische Praxis kann in der Forschung derselben jedoch selten umfassend ausgeführt werden. Daher wird im Folgenden versucht, den philosophischen Kritikbegriff und die Forschungspraxis Foucaults darzustellen. Foucaults kritisches Projekt wird in vier Kapiteln besprochen, in denen die Umrisse der kritischen Praxis Foucaults skizziert werden. Die wichtigsten Aspekte der drei Achsen foucaultscher Kritik werden vorgestellt: Ethos, Wissen

⁵ Locke 1976: 103 f.

⁶ Vgl. beispielsweise Transit Migration Forschungsgruppe: *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld 2007; Maria Do Mar Castro Varela: *Unzeitgemäße Utopien. Migrant_innen zwischen Selbsterfindung und gelehrter Hoffnung*. Bielefeld 2007; Johannes Krause: *Die Grenzen Europas. Von der Geburt des Territorialstaats zum Europäischen Grenzregime*. Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Bd. 574, Frankfurt am Main u. a. 2009; Tobias Pieper: *Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*. Münster 2008; Manuela Bojadžijev/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos: *Das Rätsel der Ankunft. Von Lagern und Gespenstern*. In: Kurswechsel 03/2003; Vassilis Tsianos/Serhat Karakayali: *Das Konzept der Autonomie der Migration und das Recht auf Flucht der „kommenden Gemeinschaft“: Ein Einsatz zwischen Marx und Foucault*. In: Siegfried Jäger [Hg.]: *Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft*. Münster 2008; *Diskursanalyse nach Foucault*, herausgearbeitet von Margarete Jäger und Siegfried Jäger. Jäger/Jäger werden häufig rezipiert in kritischer Migrationsforschung, insbesondere Rassismustheorien, s. u. a. Dies.: *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden 2007.

⁷ Kritik ist „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden.“ WK: 12. Regieren verwendet Foucault in einem sehr weiten Sinn.

und Macht.⁸ Auf der Achse des Ethos werden die Techniken des Selbst knapp untersucht. Wissen ist die Achse, die auf Machteffekte in der Wissensproduktion analysiert wird. Welche Machtbeziehungen es außerdem gibt und wie genau das Subjekt und das Wissen in ihnen miteinander verwoben sind, wird auf der Achse der Macht erforscht. In der vorliegenden Arbeit wird die Rezeption (oder Vergleiche des Kritikbegriffs von Foucault in der Philosophie)⁹ nur hin und wieder berücksichtigt. Auch wenn sich Foucault, wie nicht nur in *Was ist Kritik* bzw. *Was ist Aufklärung*¹⁰ ersichtlich, bewusst ist, dass einige Vertreter der Kritischen Theorie einen ähnlichen Ansatz zur Bildung einer Kritik unter Berufung auf das Zeitalter der Aufklärung verfolgen, kann dem konzeptionell keine Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Analysen des Kritikbegriffs Foucaults in philosophischen Arbeiten kann hier nur kurz zusammengefasst werden, im Fortgang dieser Arbeit werden dort entwickelte Thesen nur unzureichend berücksichtigt. Beispielsweise analysiert Thomas Schäfer in *Reflektierte Vernunft* Foucaults Kritikpraxis anhand dessen Begriffe bzw. Denkweise, erörtert anschließend die an diesen erfolgte Kritik und stellt abschließend Foucaults Kritikpraxis als Alternative zur Kritischen Theorie vor. Die Monographie *Kritik und Geschichte* von Andrea Hemminger ist die derzeit einzige deutschsprachige philosophische Arbeit, die Foucaults Kritik anhand seiner Kant-Rezeption eruiert. Judith Butler widmet sich in *What is Critique? An Essay on Foucault's Virtue*¹¹ besonders der Rückbindung der Kritikverständnisse Nietzsches, Kants und Adornos an Foucaults Kritikbegriff, insbesondere in Bezug auf Machtdiskurse.

Aufgrund der räumlichen und zeitlichen Grenzen dieser Arbeit und da Foucault das genealogische Projekt Nietzsches für seine Kritik weiterentwickelt hat, wird ebenfalls der Einfluss Nietzsches¹² und dessen Vorstellung von Genealogie im Werk Foucaults hier nicht explizit behandelt. Auf weitere Wissenschaftler wie etwa Wittgenstein, Marx, Weber, Derrida, Rousseau, Freud und Plato, an denen sich Foucault abgearbeitet hat oder auf Foucaults Auseinandersetzungen

⁸ Diese Begriffe sind für Foucault nur ein Analyseraster. Vgl. WK: 33.

⁹ Vorwiegend der deutschsprachigen philosophischen Diskurse ab 1994. Ich erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

¹⁰ Im folgenden WK und WA. Weitere Abkürzungen siehe Bibliographie. Hervorhebungen in Zitaten Foucaults folgen dem Original.

¹¹ Erschienen bei Berkley University of California 2002. [http://www.law.berkeley.edu/centers/kadish/what""%20is%20critique%20J%20Butler.pdf](http://www.law.berkeley.edu/centers/kadish/what) (ZUGRIFF FEHLT, LINK KAPUTT, ALTERNATIV: <http://eipcp.net/transversal/0806/butler/en>) S. 1–21.

¹² Werke, die auf den Spuren Nietzsches im Werk Foucaults sind, finden sich in der weiterführenden Literatur.

z. B. mit Kant, Sartre, Arendt oder Habermas¹³, kann ebenfalls nicht eingegangen werden. Eine kurze Entwicklungsgeschichte bzw. Werkschau, der für diese Arbeit besonders relevanten Texte Foucaults bezüglich seines Kritikbegriffs eröffnet diese Arbeit.

Situierung Foucaults kritischer Werke

Mit Beginn seines Studiums 1946 lernt Foucault Deutsch, um Husserl, Heidegger und Hegel im Original lesen zu können. 1953 stößt Foucault auf das Werk Nietzsches. Von ihm inspiriert, fragt er sich, ob Phänomenologie Aufschluss über die Geschichte der Vernunft geben kann.¹⁴ Foucault löst sich vom Existenzialismus und von der Phänomenologie.¹⁵ Die Frage nach den Konstruktionsweisen des Subjekts bzw. Objekts zieht sich seither durch Foucaults Werk. Ebenfalls bedeutend für die Entwicklung der Arbeit Foucaults ist der von ihm bereits 1959 kommentierte und später auch von ihm ins Französische übersetzte Aufsatz Kants *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht*.¹⁶ Foucault arbeitet sich für die Schärfung seines Kritikbegriffs vorwiegend an Kant ab. Jedoch wendet er sich am Ende seines Kommentars zu Kants Anthropologie gegen Kants Kritikmodell und hin zu Nietzsches Genealogie.¹⁷ Bevor Foucault auf die Genealogie zurückgreift, entwickelt er die Methode der *Archäologie des Wissens*. Seit Mitte der 1970er Jahre bis zu seinem Tod 1984 setzt sich Foucault im Rahmen seiner archäologisch-genealogischen Kritik hauptsächlich mit Kants Aufsatz *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* auseinander. Andrea Hemminger stellt fest, dass sich Foucault „in nicht weniger als vier Beiträgen eingehend mit diesem Essay auseinandersetzt“.¹⁸

¹³ Insbesondere weil Habermas Foucault für einen Gegenaufklärer hält, kann dieser Diskurs nicht berücksichtigt werden. Vgl. Hemminger: 234.

¹⁴ Vgl. Hemminger 2004: 27.

¹⁵ Vgl. AdM: 286.

¹⁶ Dieser Aufsatz ist allerdings nur im Centre Michel Foucault Paris einzusehen. Posthume Veröffentlichung ausgeschlossen. Vgl. Hemminger 2004: 221.

¹⁷ Vgl. Hemminger 2004: 59.

¹⁸ „[...] in dem 1978 publizierten Vorwort zur amerikanischen Ausgabe von George Canguilhem, *On the Normal and the Pathological*; in einem am 27. Mai vor der Société française de philosophie ohne Titel gehaltenen Vortrag, der posthum unter dem Titel „Qu'est-ce que la critique?“ 1990 im Bulletin dieser Gesellschaft veröffentlicht wurde; in der ersten Vorlesung des Jahres 1983 am Collège de France, wovon unter dem Titel „Un cours inédit“ im Mai 1984 ein Auszug im *Magazine littéraire* abgedruckt wurde; schließlich in dem Aufsatz „What is Enlightenment?“, der ebenfalls 1984 in dem von Paul Rabinow herausgegebenen *Foucault Reader* erschienen ist.“, Hemminger 2004: 173.

Einen Vortrag zur Frage der Aufklärung von 1978 hinterlässt Foucault nicht druckreif. Bereits 1992 erschien ein deutschsprachiger Band des Vortrags mit dem Titel *Was ist Kritik?*. Der französischsprachige Auszug der Vorlesung von 1983 ist 1984 in der Übersetzung von Eva Erdmann und Rainer Forst in deutscher Sprache erschienen.¹⁹ In der *tageszeitung* wurde ebenfalls 1984 eine Übersetzung derselben Vorlesung 1983 unter dem Titel *Was ist Aufklärung? Was ist Revolution?* veröffentlicht. Die britische und amerikanische Forschungsliteratur, die im Vorfeld dieser Arbeit gesichtet wurde, beschäftigt sich in Bezug auf die hier vorliegende Problematik jedoch vorwiegend mit dem Aufsatz *What is Enlightenment?* – eine der Arbeiten, denen Foucault „in der englischsprachigen Welt eine Popularität wie kein anderer zeitgenössischer Theoretiker“ verdankt, wie Robert Holub im Frühjahr 1985 konstatiert.²⁰ Worin aber auch das Verständnis amerikanischer Philosoph_innen begründet liegt, Foucault als Kantianer zu lesen.²¹

Foucault sagt selbst, er habe zwei verschiedene Arten von Büchern geschrieben. Die eine beschäftigt sich ausschließlich mit dem wissenschaftlichen Denken, die andere beschäftigt sich mit sozialen Prinzipien und Institutionen.²² Die erste Buchart wird in der vorliegenden Arbeit vorwiegend berücksichtigt. Foucault beschreibt sein Aufgabengebiet wie folgt:

Mein Arbeitsfeld ist die Geschichte des Denkens. Der Mensch ist ein denkendes Wesen. Die Art wie er denkt, hängt mit der Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft und der Geschichte zusammen, aber auch mit allgemeinen, universellen Kategorien und formalen Strukturen. Doch das Denken ist etwas anderes als gesellschaftliche Interaktion. Die Art, wie Menschen wirklich denken, lässt sich nicht angemessen mit universellen logischen Kategorien erschließen. Zwischen der Sozialgeschichte und den formalen Analysen des Denkens gibt es einen Weg, eine Straße – vielleicht nur eine sehr schmale –, die der

¹⁹ Erdmann 1990: 35–53.

²⁰ Eßbach 1991: 34.

²¹ Vgl. beispielsweise: Scharpe, Matthew: 'Critique' as Technology of the Self. *Foucault Studies*, No 2. May 2005. S. 97–116. <http://ej.lib.cbs.dk/index.php/foucault-studies/article/view/862/880>; Beatrice Han: *Foucault's Critical Project: Between the Transcendental and the Historical*. translated by Edward Pile. Stanford University Press 1998. S. 17–37.; Amy Allen: *Foucault and Enlightenment: A Critical Reappraisal*. In: *Constellations: An International Journal of Critical and Democratic Theory*. Volume 10. No. 2, 2003. S. 180–198. <http://digilib.bc.edu/reserves/hp134/newm/hp13405.pdf> (10. 11. 2011).

²² Vgl. TdS: 21.

Historiker des Denkens nimmt.²³

Foucaults Aussagen zum Projekt der kritischen Ontologie²⁴ können noch ergänzt werden: die Arbeiten Foucaults, die Phänomene der Gesellschaft, der Wirtschaft oder auch der Geschichte analysieren, haben die Funktion, einen neuen Blick auf die Gegenwart zu ermöglichen. Die Absicht „der ontologischen Analyse besteht [...] darin, das vermeintlich Allgemeine oder Vernünftige selbst anders wahrzunehmen, nämlich so, dass es als singulär, kontingent und zwanghaft erscheint, dass heißt, dass diese Eigenschaften in ihm, als wesentliches Moment seiner selbst aufgezeigt werden.“²⁵ Darauf aufbauend können nun die foucaultschen Achsen der philosophischen Kritik umrissen werden.

Die Achsen der Kritik bei Foucault

Bei den drei Achsen der Kritik handelt es sich nicht um drei aufeinander folgende Niveaus, sondern um simultane Dimensionen ein und der selben Analyse von Diskurspraxen.²⁶ Es handelt sich um ein Analyseraster. Alle Achsen werden von Foucault daraufhin untersucht, welchen Unterschied das Heute zum Gestern einführt.²⁷ Also das historische Gewordensein von drei Wissensgegenständen, die allgemein als Wissen, Macht und Subjekt bezeichnet werden können. Wobei Wissen und Macht immer in ihrer Verwobenheit in Bezug auf das Subjekt analysiert werden. Wissensgeschichte statt Wissenschaftsgeschichte betreibt Foucault insbesondere in den 1960er Jahren. Auf der Achse Wissen wird an vorhandenem Wissen auf dem Feld der Erkenntnismethoden Kritik geübt: Denkpraktiken, Gesprächspraktiken – also die von Foucault diskursiv genannten, in Sprache sichtbaren Praktiken bezüglich der Produktion von Wissen – werden auf ihre Machteffekte hin analysiert.²⁸ Aus diesem Ansatz erfolgt Foucaults Benennung seines Lehrstuhls in Paris: Geschichte der Denksysteme. Die diskursiven Praktiken werden von Foucault archäologisch analysiert, d. h.

²³ TdS: 16, Antwort Foucaults auf Rux Martin, Interview 1982 in Vermont.

²⁴ Vgl. WA: 50.

²⁵ Schäfer 1995: 26, Hervorhebungen von Schäfer.

²⁶ Vgl. WK: 39 und vgl. WA: 50 ff.

²⁷ Vgl. WA: 37.

²⁸ Vgl. WK: 32 ff.

was bisher als wissenschaftliches Dokument²⁹ galt, wird nun als historisches Zeugnis verstanden.³⁰ Das Denken und das Handeln, in erster Linie verkörpert im Sprechen, im Sinne des sich verhalten sind für Foucault gleichursprüngliche, menschliche Praxen. Die archäologische Methode beschreibt ausschließlich Wissensdiskurse und stellt daher z. B. diese offene Frage: Wie generiert sich Wissen bzw. Macht-Wissen (siehe unten)?

Die zweite Achse der Kritik erweitert das Feld der Archäologie um den Gegenstand, unter dem man allgemein politische Praktiken verstehen kann. Foucault bezeichnet sie auch als Diskurse mit materiellem Charakter.³¹ Diskurspraktiken und politische Praktiken sind für Foucault ebenfalls gleichursprünglich, da sie menschliches „Denkendes Handeln“ sind. Die Achsen stehen zwar für sich, aber in einem dependenten Verhältnis. Es handelt sich um verschiedene, aber nicht voneinander trennbare Gegenstände. Sprechpraxen bzw. diskursive Praktiken sind ihr gemeinsamer Nenner. Foucault setzt also weder das Primat des Denkens noch des Handelns und auch nicht das der Sprache.

Zur Analyse der zweiten Achse der Kritik, den Beziehungen der Macht, führt Foucault die Methode der Genealogie ein. Im Wesentlichen werden historische Besonderheiten besagter Beziehung zu den historischen Besonderheiten des Macht-Wissens hinzugefügt, um die Verwobenheit von Macht in Diskursen mit materiellem Charakter zu analysieren, insbesondere das Recht fällt darunter. „Die Genealogie hat die Einmaligkeit der Ereignisse [. . .] ausfindig zu machen [. . . , sie] möchte [. . .] alle Diskontinuitäten sichtbar machen, die uns durchkreuzen.“³²

Bei der dritten Achse handelt es sich um Ethik bzw. um den Diskurs mit sich selbst. Am Subjekt, in dieser Achse ist es bezüglich des Ethos ausdrücklich der Philosoph, wird die Dependenz von Wissen und Macht für Foucault am deutlichsten: „Welche Beziehungen bestehen zwischen Wahrheit, Macht und Selbst?“³³ Durch Erweiterung der ersten um die beiden anderen Achsen, so Wolfgang Detel, habe Foucaults Werk volle „theoretische Komplexität gewon-

²⁹ Die Unterscheidung des Dokuments von einem Zeitzeugnis liegt in der Kenntnis des Autors, der in der Archäologie für sich genommen keine größere Bedeutung hat. Der Gegenstand wird zum Sprechen gebracht, nicht der Autor spricht über, rechtfertigt oder interpretiert sich oder sein Werk.

³⁰ Die Ausdifferenzierung der Sprache, also der diskursiven Praktiken erfolgt z. B. in AdM: 26–29.

³¹ Honneth/Saar 2003: 229.

³² SuW: 83, 106.

³³ TdS: 22.

nen“.³⁴

In WK bezeichnet der Begriff Dimension das, was in WA äquivalent mit Achse bezeichnet wird. Das Ethos fehlt in der Eigenschaft als Achse in WK noch. Dennoch gibt es auch in diesem Aufsatz eine dritte Achse: die Strategie. Doch die Strategie geht in WA in die Achse der Macht ein. Im Folgenden werden die drei Achsen der Kritik, wie in WA aufgeführt, separat skizziert, damit eine gewisse Übersichtlichkeit erhalten bleibt. Wobei die Methoden der Machtkritik nicht ausführlich behandelt werden, da sie, wie oben gezeigt, eine Verfeinerung der Methoden der Wissenskritik sind. Die Achse Ethos wird zuerst besprochen, auch wenn sie von Foucault historisch betrachtet als letzte, dennoch gleichwertige, eingeführt wird, da die Selbstaufklärung vor aller übriger Kritik steht!

Müßiggang ist aller Philosophen Laster Anfang

Der Forschungsgegenstand des gesamten philosophischen Projekts der kritischen Ontologie wird in folgenden Aussagen Foucaults ersichtlich:

Es handelt sich darum, dasjenige in seinen verschiedenen Dimensionen zu bestimmen, was in Europa seit dem 17. Jahrhundert die Existenzweise der Diskurse, insbesondere der wissenschaftlichen Diskurse hat sein müssen (ihrer Formationsregeln mit ihren Bedingungen, ihren Abhängigkeiten, Bedingungen, ihren Transformationen), damit sich unser heutiges Wissen konstituieren konnte, genauer: das Wissen, das sich in Bezug auf das merkwürdige Objekt ergeben hat, das der Mensch ist.³⁵

Mit diesem Satz aus *Antwort auf eine Frage*, skizziert Foucault 1968 seine Aufgabe und gleichzeitig seine Kritik. Es zeigt auch, was Foucault besonders in den 1980er Jahren rückblickend betont: das Zentrum, um das Foucault alles ausrichtet, ist das Subjekt der Philosophie: „der Mensch“. Foucault zeigt die historischen Entwicklungen des Menschen als Subjekt z. B. in dessen Verknüpftsein mit der Entwicklung des christlichen Pastorats, d. h. der

³⁴ Detel 2003: 186.

³⁵ AdM: 49.

individualisierenden Technologie der Macht.³⁶ Auf die Entwicklungen der individualisierenden Techniken der Macht kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Neben diesen, das Subjekt fremdbestimmenden Techniken hat das Subjekt aber auch Selbsttechniken, die es an sich ausführt. Diese Techniken stehen in einem dependenten Verhältnis. Die Technologien des Selbst ermöglichen es dem Einzelnen, aus

eigener Kraft oder mit Hilfe anderer eine Reihe von Operationen an seinem Körper oder seiner Seele, seinem Denken, seinem Verhalten und seiner Existenzweise vorzunehmen, mit dem Ziel, sich so zu verändern, dass er einen gewissen Zustand des Glücks, der Reinheit, der Weisheit, der Vollkommenheit oder der Unsterblichkeit erlangt.³⁷

Die Anwendung der Techniken des Selbst zur Selbstdisziplinierung als Freiheitspraxis bzw. Selbstbefreiungspraxis, stellt für Foucault eine Aufgabe dar, die jeder Mensch an sich selbst zu stellen hat.

Philosophen sind Menschen. Philosophen üben also auch Selbstdisziplinierung, kümmern sich um sich. Bei Foucault haben Philosophen außerdem ein Ethos (Seinsweise), das von ihm nicht als allgemein, nicht normativ bzw. normierend für alle Menschen gültig sei. Nicht nur in WK oder WA spricht Foucault vom philosophischen Ethos und beruft sich hierfür, wie z. B. in obigem Zitat auf griechische Philosophen. Dieses philosophische Ethos ist eine kritische Haltung, im Sinne einer Tugend.³⁸ Foucault begreift Kritik als Haltung. Eine kritische Haltung zu etwas einzunehmen bedeutet für Foucault zu handeln.³⁹ Aber diese Haltung ist nicht wie im üblichen Sinne gespalten in ein Werturteil und die dazu passende Begründung. Diese Aspekte sind für Foucault keine Kritik.⁴⁰ Kritik-Aktivität: Das Fragenstellen, etwas in Frage zu stellen, um damit auf das Nicht-Gesagte, auf das Nicht-Sichtbare, vielleicht auch auf das Noch-Nicht-Hergestellte zu verweisen – nur das ist der Sinn und Zweck von Kritik. Kritik gibt dem Noch-Nicht der Welt Raum. Das impliziert den Gedanken, dass etwas, das ist, auch anders sein kann. Damit ist im weitesten Sinne die

³⁶ Vgl. AdM: 190; Diese Technologie führt Foucault besonders detailliert in „*Omnes et singulatim*“: zu einer Kritik der politischen Vernunft aus: AdM: 188–219.

³⁷ TdS: 26.

³⁸ Vgl. WK: 9.

³⁹ Vgl. D&E, Bd. 4: 717.

⁴⁰ Vgl. Maske: 31 f.

sprachliche Konstruktion von Wirklichkeit gemeint. Die Selbstverständlichkeit von Wissen und die angebliche Naturwüchsigkeit bzw. Notwendigkeit oder Unveränderlichkeit von Wissenschaft, Wissensformen, aber auch Identitäten der Wissenschaftler_innen werden hinterfragt. Dieser Gedanke der Wahrscheinlichkeit, Zufälligkeit von wissenschaftlicher, sprachlich gefasster Existenz ist Dreh- und Angelpunkt foucaultscher Kritik. Für ihn ist genau das Philosophie:

Die Bewegung, durch die man sich, nicht ohne Mühen und Tasten und Träumen und Illusionen, von dem als wahr Geltenden löst, ist Philosophie, und auch, dass man sich andere Spielregeln sucht. [. . .] Sie ist eine Art sich zu fragen: Wenn unser Verhältnis zur Wahrheit so und so ist, wie sollen wir uns dann verhalten?⁴¹

Sein gesamtes Werk – jedes Kapitel, jeder Aufsatz – ist durchzogen von Fragen. Sogar in sämtlichen Interviews oder Vorlesungen wirft er Fragen auf, die die Kontingenz der jeweiligen Gegenwart aufzeigen. Foucault scheute sich auch nicht davor, besonders in Vorlesungs- und Radioaufzeichnungen aufzufinden, früher Gesagtes zu negieren und auch auszuführen, warum er darauf kommt, dass er sich geirrt hat. Er nimmt also permanent eine kritische Haltung ein. Selbstverständlichkeit ist für ihn gefährlich. Ein paar dieser Selbstverständlichkeiten werden nun näher spezifiziert.

Foucaults Kritik – eine archäologisch-philosophische Erkenntnismethode?

Foucault analysiert vom Standpunkt der Regeln aus, die für ihn die Existenzweise der Diskurse sowohl bedingen, als auch erzeugen.⁴² Die Ebene der Diskurse ist für Foucault keinesfalls das Leben⁴³, sondern eher ein (virtueller) Konstruktionsraum, in dem jedoch tatsächlich existierende Aussagen, die als eine Realisierung und Aktualisierung seiner Formationsregeln betrachtet werden.⁴⁴ Es kann hier leider keine Spezifizierung der Methode der Archäologie oder der Diskursformationen oder auch des Archivs vorgenommen werden. Die Regeln,

⁴¹ Maske: 38 f.

⁴² Vgl. OdD: 15; vgl. WK: 33.

⁴³ Vgl. AdM: 51.

⁴⁴ Vgl. Hemminger 2004: 151 ff.

die Techniken die Menschen gebrauchen, um sich selbst zu verstehen, werden auf dem Gebiet des Wissens in Technologien der Produktion und Technologien von Zeichensystemen untergliedert.⁴⁵ Um die Kritik auf der Ebene der Existenz geltend machen zu können, ersetzt Foucault das Transzendente durch die Geschichte.⁴⁶ Er beschreibt die Formen der Erfahrung, die sich historisch gebildet haben.

Foucaults historische Beschreibungen von Funktionen und Effekten des wissenschaftlichen Denkens entziehen sich einer klaren Definition von Wissenschaft ganz bewusst. Da Foucault Wissenschaft nicht für ein eindeutig abgrenzbares Feld hält, transformiert er dieses Thema in das offene Feld des Wissens.⁴⁷ In seiner archäologischen Methode setzt Foucault das „ganze Spiel der Abhängigkeiten“ an die Stelle der „uniformen Simplizität von Kausalzuordnungen“.⁴⁸ Er plädiert für das Sichtbarmachen des „polymorphen Bündels von Zusammenhängen“ und wendet sich strikt gegen das „endlos verlängerte Privileg der Ursache“.⁴⁹

Foucault bestreitet die Notwendigkeit von Kenntnis und daraus folgender Zuschreibung eines Autors im Sinne einer Autorität. Dies bedeutet nur, dass Urheber von Zeitzeugnissen irrelevant für das Verstehen sind. Dass irgendein Mensch und nicht ein Tier ein beispielsweise wissenschaftlich verfasstes Zeitzeugnis geschaffen hat, davon kann ausgegangen werden, ist aber nicht der Freibrief für unhinterfragbare Legitimation.

Foucault kommt es auf sprachbasierte Werke an, insbesondere auf Texte, verstanden als Monumente, stumme Zeugen. Die hier zu stellenden Fragen zielen auf das Hinterfragen von Wahrheitsspielen bzw. Machtspielen, die auf „der Grundlage spezieller Techniken, welche die Menschen gebrauchen um sich selbst zu verstehen“⁵⁰, beruhen. Denn für Foucault existiert Wahrheit nur in Abhängigkeit von Personen und deren Positionen in einem Diskursraum, z. B. im akademischen Feld von der Definition von Wissen(schaftlichkeit), die zwischen Produzenten bzw. Reproduzenten als wahr gilt, so dass bestimmtes Wissen unter bestimmten anerkannten Vereinbarungen mit bestimmten Charakteristika produziert wird.

⁴⁵ Vgl. TdS: 26.

⁴⁶ Vgl. Hemminger 2004: 166.

⁴⁷ Da Foucault mit Wissen aber auch Wissenschaft gleichermaßen operiert wird im Folgenden beides verwendet.

⁴⁸ AdM: 33.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ TdS: 26.

Mittels Sprache kann ein beobachteter Zustand auf eine bestimmte Weise erz- bzw. bezeugt werden, aber auch auf diese oder jene Weise: reine Argumentation.⁵¹ Foucault stellt sowohl sich, als auch allgemein an die Wissensproduktion die Aufgabe, die Methoden an Differenziertheit in den Darstellungsweisen, der Präsentation der Wissenschaft bzw. von Wissen anzupassen: Ausdifferenzierung, Subjektivierung und Experimentalisieren von Fragen und Methoden zu betreiben.

Foucault hat außerdem eine deutliche Abneigung gegenüber Normativierung. Das schematische, gesetzmäßige Denken, dass sich aus physikalischen, mathematischen oder chemischen Gesetzen ableiten lässt, scheint für Foucault nicht auf Menschen übertragbar. Schließlich bedeutet auch das Erstellen einer Regel, dass eine Normierung vorausgeht, die immer wieder Anwendung finden kann, die jederzeit für absolut jeden bzw. an jedem wiederholbar ist. Die Konsequenzen von Regelerstellung ist auch Regelbefolgung, die wiederum Rationalisierung der Wissensproduktion zur Folge hat. Foucaults Ablehnung von Normativität richtet sich also gegen das Normieren, ebenfalls eine sprachbasierte Präsentation. Außerdem ist ein Mensch nicht verallgemeinerbar wie ein physikalisches Gesetz von Ursache und Wirkung. Wie allgemeingültig sind Statistiken? Kennt das Gesetz den Einzelfall bzw. Ausnahmefall? Gibt es einen Normalfall? Und genau bei diesen Fragen wird die Dependenz von Wissen(schaft) und Gesellschaft, sowie deren Grenzen etwas für wahr zu sprechen deutlich. Weil sich das Objekt als Subjekt betrachtet. Und diese Grenzen der Wahrheit, des Wissens sind es, die laut Foucault Normativität an sich in Frage stellen. Kategorien wie normal, legal, gängig, typisch sind nicht nur Begriffe, sondern Grenzen, sie trennen etwas und zwar sprachlich konstruiert, sie werden gemacht. Aber mit welchen (bewussten oder unbewussten), reversiblen oder irreversiblen Konsequenzen?

Die Selbstverständlichkeit von Begriffen hinterfragt Foucault folglich auch. Wie aber ohne Begriffe auf dem Gebiet der Wissensproduktion arbeiten? Will Foucault tatsächlich alles Definitionswissen oder sämtliche Begriffe abschaffen? Die Frage kann nicht mit einem deutlichen „Ja“ beantwortet werden. Da, wie gezeigt, nicht die Verwendung von Sprache allgemein oder die Möglichkeit, Kategorien und Abgrenzungen zu schaffen von Foucault abgelehnt wird, sondern die Begrenztheit der Begriffe, der sprachlichen Ausdrucksweise überhaupt

⁵¹ Vgl. Schäfer 1995: 79. Diese Argumentation ersetzt Foucault mit Rhetorik, vgl. Schäfer 1995: 78 ff.

beachtet bzw. beobachtet werden (muss). Durch eine Abgrenzung, die einer Verkürzung des Wissens gleichkommt, entfällt etwas, das nun nicht gesehen, verstanden, erkannt werden kann. Grenzen, die erzeugt werden, waren, sind jetzt und in Zukunft kontingent und nicht selbstverständlich. Foucault plädiert für Beschreiben, statt bloßes Definieren bzw. Benutzung von Definitionen. Alle seine Werke sind von diesem Denksystem geprägt.

Foucaults Antinormativismus richtet sich auch gegen die Herstellung von Kausalzusammenhängen. Auf das Bezeugen von Ursachen und Wirkungen wird insbesondere in philosophischen Denkschulen großen Wert gelegt. Wozu? Ist eine Beweisführung notwendig und sinnvoll? Die Antwort lautet wie oben „Nein“. Siehe Abgrenzung und Verkürzung durch Definitionen weiter oben. Diese Vorgehensweise führt früher oder später zu Letztbegründungszwang und man endet auf diese Weise vielleicht sogar wieder bei Gott. Die Aufgabe von Wissenschaft ist – statt Begründung und Ursachenerklärung – die Produktion von Interpretationen, also Pluralität von Deutungswissen.

Auch die Objektivität der Wissenschaft hält Foucault für eine nicht einlösbare Forderung. Die Verallgemeinerbarkeit von Aussagen ist faktisch nicht möglich. Aus oben schon genanntem Grund: weil sich das Objekt selbst Subjekt ist. Daher spricht sich Foucault in *Nietzsche, die Genealogie, die Historie* für eine subjektive Wissenschaft aus.⁵² Also die Pluralität von Meinungen, die selbst dann herrscht, wenn sie unter dem Deckmantel der Objektivität betrieben wird. Das gesellschaftlich konstruierte Ich spricht, nicht ein „man“ und auch kein „es“⁵³. Spricht „man“, dann lässt das auf eine vermeintlich gewisse Universalität oder auch Objektivität schließen. Aber sie existiert nicht, da jedes Subjekt spricht und schreibt, da es kein „es“ gibt, dies ist ein Konstrukt.

Die drei Studien⁵⁴ zur Geschichte der Humanwissenschaften sind Foucaults Einstieg in das eben skizzierte wissenshistorische Projekt. Das gleichnamige Werk zur Methode der *Archäologie des Wissens* resultiert aus ihnen.

Wie kontingent die Produktion von Wissen ist, wurde in der Analyse der archäologischen Kritik Foucaults gezeigt. Die Verknüpfungen von Macht-Wissen und Macht, die Foucault auf genealogisch-historischer Ebene analysiert, werden im anschließenden Kapitel skizziert.

⁵² SuW: 83 ff.

⁵³ Hier bitte keine Verwechslung mit den freudschen Begriffen. Der Sprecher ist gemeint, der durch Formulierungen wie: „es wird behauptet“ die Rolle eines Unsichtbaren, nicht existenten Wesens einnimmt.

⁵⁴ Psychologie und Geisteskrankheit. Die Geburt der Klinik. Die Ordnung der Dinge.

Kritik – Fragen an die Macht!

Foucault ermächtigt sich – insbesondere in den 1960er Jahren durch die Radiovorträge zu Körper und Heterotopien sichtbar, wahrnehmbar gemacht – in seiner ethischen Praxis also in seiner Selbstverhältnisherstellung zunächst in Ablehnung seiner selbst; durch die sich selbst – also seiner Körperlichkeit im Raum vorgegebenen Positionierung erfährt er Welt und wird von ihr erfahren. Er muss sich, mit Vilém Flusser gesprochen, entsetzen aus seinem gesetzt sein.⁵⁵ Er will sich selbst aus dem Gefängnis seines Kopfes entlassen und die Bewusstmachung seiner raum-zeitlichen Bedingtheit betreiben.⁵⁶ Dabei geht es nicht um seine Ansichten, wie schön oder hässlich er sich findet, sondern wie dieses So-Sein bedingt, was ihm die Welt ist und er ihr. Die Erfahrung der eigenen Begrenztheit setzt er dann in seinen weiteren Werken um. Die Kontemplation schlägt sich auf nicht-sichtbare Weise in das folgende Werk nieder – wie eine Flucht in andere Räume.⁵⁷

In den 1970er Jahren widmet sich Foucault stärker Genealogie, Analytik der Disziplinarmacht und der Problematisierung der Selbstregierung oder überhaupt des Regierens. Seither interessieren Foucault „die Menschen“ in ihren tagtäglichen, selbstverständlichen Existenzweisen, die sich in einem dependenten Verhältnis von Wissen und Macht befinden. Philosophie kann sich nicht nur dem Denken oder nur der Sprache oder nur dem Handeln widmen, da dies Ausklammerung der anderen Bereiche menschlicher Existenz bedeutet. Foucault bleibt auch hier auf theoretischer, diskursiver Ebene. Die genealogische Kritik analysiert hauptsächlich die Diskurse im weitesten Sinne, unter denen Foucault Diskurse mit materiellem Charakter versteht – etwas aus dem täglichen Leben, das problematisiert wird. „Denn ich denke, daß es eine Beziehung gibt zwischen dem Ding, das problematisiert wird, und dem Prozeß der Problematisierung. Die Problematisierung ist eine Antwort auf eine konkrete Situation, die real ist.“⁵⁸

Ob Wissen zu Macht führt, ist für Foucault weniger von Interesse. Viel wichtiger sind für Foucault die Effekte des Nexus von Macht-Wissen.⁵⁹ Er stellt

⁵⁵ Vgl. Flusser 1994: 35 f.

⁵⁶ Vgl. uK: 27 f.

⁵⁷ Vgl. Hn.

⁵⁸ DuW: 115.

⁵⁹ WK: 34.

in den 1970er Jahren auch die Aufgabe Gegenwissen⁶⁰ zu oben skizzierten, vorhandenem Wissen zu produzieren.

Das genealogische Infragestellen hat also die Selbstverständlichkeit der Bedingungen des Menschseins im Diskurs im Blick, die archäologische Achse wird beibehalten: Wie sind Menschen durch bestimmte geschichtliche Entwicklungen zu ihren Identitäten gekommen und zu deren Verkörperung?⁶¹ Zunächst zu wissen, wovon wie geredet werden konnte/kann und warum. Der weitere Aspekt ist: wie fließt dieses Wissen in alle Bereiche oder Umstände des Lebens hinein. Was bedeutet das für Diskurse, die sich nicht mit der Herstellung besagten Wissens beschäftigen, sondern auf dieses bereits vorhandene Wissen zurückgreifen? Mit anderen Worten: Wie transformiert sich Wissen in Macht? Wie funktioniert Macht? Diese Frage ist einer der roten Fäden in Foucaults historisch-genealogisch bearbeitetem Diskursfeld. Wie Foucault Macht in seinen Kritikbegriff aufnimmt, soll nun knapp erläutert werden. Zunächst ist zu sagen, dass Foucault die Begriffe, die er benutzt, aber auch die, die er in seiner Analyse der Macht untersucht, immer wieder verändert. Da es in dieser Arbeit aber nicht um die Entwicklungen Foucaults Verständnis von Macht oder um dessen Rezeption geht, ist hier keine Werkschau hinsichtlich dieser Frage möglich.⁶² Für die folgenden Ausführungen sind nur Foucaults spätere Werke relevant, da er sich ab Ende der 1970er Jahre sehr intensiv mit der Rolle der Kritik an Macht und insbesondere ihrer Rolle im Zeitalter der Aufklärung, beschäftigt.⁶³

Was meint Foucault, wenn er von Macht spricht? Wie analysiert er sie? Foucault differenziert drei Ebenen der Machtanalyse: Machtverhältnisse; Herrschaftszustände; Regierungstechnologien, die alle in einem Verhältnis zu Wissen und damit zu seiner Verwendung stehen. Regierungstechnologien können auf systematisierende, stabilisierende Weise dazu beitragen, dass aus Machtverhältnissen Herrschaftszustände werden.⁶⁴ „Der Ausdruck Macht bezeichnet

⁶⁰ Vgl. Schneider 2003: 223.

⁶¹ Vgl. Geuss 2003: 153.

⁶² Beispielsweise hat Thomas Lemke dazu einen sehr ausführliches Nachwort in *Analytik der Macht* veröffentlicht. Der Staatstheoretiker Nicos Poulantzas verarbeitet Foucaults Machtanalyse. Vgl. dazu Urs T. Lindner: Staat, Herrschaft und Politik. Zum Verhältnis Poulantzas-Foucault. In: Bretthauer, Lars u. a. [Hg.]: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg 2006.

⁶³ Beispielsweise seine Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernementalität 1977 bis 1979. Daraufhin folgt Foucaults Vertiefung der Analyse der Problematisierung von Raum und Staat gefasst als Machtverhältnis. Beispielsweise das Gespräch mit Paul Rabinow 1982.

⁶⁴ Vgl. AdM: 298.

eine Beziehung unter 'Partnern'.⁶⁵ „Damit meine ich die Beziehungen, in denen der eine das Verhalten des anderen zu lenken versucht.“⁶⁶ Foucault untersucht das menschliche Dasein in Gesellschaften als ein sich permanent veränderndes Verhältnis von Macht.⁶⁷ Verändert wird dieses Verhältnis vom Menschen. Der Mensch als Subjekt und Objekt einer Machtbeziehung steht im Vordergrund der Analysen Foucaults. Die Beziehungen zwischen Individuen oder auch Gruppen werden beobachtet. Machtbeziehungen sind für ihn die Zustände, in denen Menschen leben.⁶⁸ Diesen Zustand gebe es nicht ohne Widerstand, also ist in jedem Verhältnis zwischen Menschen Widerstand und Macht gleichursprünglich mitgedacht. Kurz: wo Macht ist, ist auch Widerstand und umgekehrt. „Machtbeziehungen sind also mobil, reversibel und instabil.“⁶⁹ Freiheit ist die Voraussetzung des Widerstands und damit eine Bedingung für Machtbeziehungen. „Machtbeziehung und Widerspenstigkeit der Freiheit lassen sich also nicht voneinander trennen.“⁷⁰ Wenn man sich etwas oder jemandem unterwirft, gleich ob einem fremden Willen oder einer eigenen Begierde, ist man ein Sklave. Keiner will freiwillig Sklave sein!⁷¹ Kritik unterstützt den Willen zur Freiheit dadurch, dass sie zur Kunst wird, sich vom Willen eines anderen zu befreien, sowie seine eigenen Begierden zu beherrschen, um sich frei in Bezug zu etwas zu verhalten. Das Subjekt verknüpft ständig verändert den Willen zu wissen und den Willen zu handeln. Wobei hier nicht diskutiert werden kann, ob der Wille frei ist oder determiniert.

Den Kern der Machtbeziehungen versteht Foucault als „Relativität des Wollens und der Intransitivität der Freiheit.“⁷² Dieser Kern ist für ihn ein Agonismus. Darunter stellt er sich ein Verhältnis vor, das durch gegenseitiges Antreiben und Kampf geprägt ist, im Sinne eines permanenten Provozierens. Hier sei angemerkt, dass die Abwendung Foucaults vom „wesenhaften Antagonismus“⁷³ hin zum Agonismus eine unzureichende Beschreibung des Kerns besagter Beziehungen ist. Denn Foucault ersetzt das eine mit dem anderen. Wenn aber Macht nur Teil eines Verhältnisses ist, genauso wie Freiheit, dann trifft nur die

⁶⁵ AdM: 252.

⁶⁶ AdM: 288.

⁶⁷ Vgl. AdM: 258.

⁶⁸ Foucaults Analysen beschränken sich auf das westliche Europa.

⁶⁹ AdM: 288.

⁷⁰ AdM: 257.

⁷¹ Vgl. AdM: 281.

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

Beschreibung durch das Begriffspaar zu. Ob Freiheit nun als Antagonismus oder Agonismus in einem Machtverhältnis aufgefasst wird, ist nicht entscheidend. Vom etymologischen Ursprung beider Begriffe⁷⁴ ausgehend, handelt es sich beim Antagonisten und Agonisten um Funktionen, die nur miteinander wirken da sie rivalisieren. Jede Funktion erfüllt, was die andere nicht erfüllen kann. Im engeren Sinne kann Erkenntnis des Subjekts von Agonismus bzw. Antagonismus in einem Machtverhältnis sowie dessen Entwicklung nur im reflexiven Denken über die eigenen Grenzen und Bedingungen in diesem Verhältnis erlangt werden. Gesellschaftliche Exponiertheit von Subjekten in Machtverhältnissen widerspiegelt sich in ihrer Integration durch Widerspruch. Die Kritik an der Macht in einem Machtverhältnis kann sich nicht damit begnügen, die Formen der Machtausübung oder ihren Ausdruck in einer Institution anzuprangern. Kritisieren bedeutet in Frage zu stellen, welche Rationalität, also welche Maßstäbe der Vernunft bei der Ausübung der Macht angelegt werden. „Die Frage ist: Wie werden die Machtverhältnisse rationalisiert? Diese Frage zu stellen, ist die einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass andere Institutionen mit denselben Zielen und denselben Wirkungen ihren Platz einnehmen.“⁷⁵ In Bezug auf Freiheitspraxis innerhalb eines Verhältnisses von Freiheit und Macht gibt es bei Foucault keinen unbekümmerten Umgang mit Revolution, obwohl Foucault in gewisser Hinsicht ihre Notwendigkeit anerkennt. Da, wie bereits oben genannt, sich gegen Institutionen zu wenden nur den Rahmen ändert:

Die Revolution riskiert immer den Rückfall ins alte Gleis, aber als Ereignis, dessen Inhalt unwichtig ist, bezeugt sie eine beständige Möglichkeit, ein Vermögen, das nicht vergessen werden kann: die Garantie für einen auch zukünftig kontinuierlichen Fortschritt.⁷⁶

Um die Bedeutung, die die Kritik eines Philosophen in Bezug auf Macht für Foucault hat, noch besser hervorzuheben, hier eine Antwort, die Foucault in einem Interview 1984 gegeben hat. Die ihm gestellte Frage lautet, ob Foucault glaube, dass es Aufgabe der Philosophie sei, vor den Gefahren der Macht zu warnen.

Diese Aufgabe war immer eine wichtige Funktion der Philosophie. Auf ihrer kritischen Seite, ich verstehe kritisch in einem sehr weiten

⁷⁴ Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. München, 2003.

⁷⁵ AdM: 219.

⁷⁶ WA/WR: 11.

Sinne, ist die Philosophie das, was alle Erscheinungen der Herrschaft, auf welcher Ebene und in welcher Form auch immer sie sich darstellen, immer wieder politisch, ökonomisch, sexuell, institutionell usw. in Frage stellt. Diese kritische Funktion der Philosophie leitet sich bis zu einem gewissen Punkt vom sokratischen Imperativ ab: „Befasse dich mit dir selbst“, was bedeutet: „Gründe deine Freiheit auf die Meisterung deiner selbst.“⁷⁷

Zusammengefasst liegt die Schnittstelle von Kritik und Macht im Handeln, denn für Foucault ist Kritik eine menschliche Handlung – ein Haltung, ein Verhältnis das in geistiger Hinsicht selbst hergestellt werden kann bzw. muss. Macht wird vom Menschen ausgeübt, Kritik wird vom Menschen geübt. Beide Handlungsweisen zielen auf die Beeinflussung des Handelns seiner selbst und auch eines anderen ab. Die Kritikpraxis gegenüber der Macht ist in einem doppelten Verhältnis gedacht: sich selbst ermächtigen als Wille zur Macht und gleichermaßen sich nicht so sehr regieren lassen als Wille zur Freiheit. Wobei Macht – Freiheit/Kritik nun nicht länger in dieser Dichotomie von Agonismus/Antagonismus gedacht werden können. Kritik steht nicht nur auf Seiten der Freiheit bzw. des Agonismus. Das Verhältnis von Kritik, Macht, Freiheit lässt sich vielmehr beschreiben als eine Art Trialog. Kritisches Betrachten bzw. Handeln zeigt sich in Praktiken gegenüber Macht bzw. gegenüber Freiheit. Kritische Praktiken sind Handlungen, die Freiheit bzw. Macht gleichermaßen und zwar gegenüber sich selbst aber auch anderen gegenüber anstreben. Damit kann mit Foucault und über ihn hinaus von kritischer Praxis der Denormatierung und Subjektivierung in der Herstellung eines Verhältnisses zu Macht und Freiheit in der Wissensproduktion, in einer sich als kritisch verstehenden Wissenschaft(ler_in) gesprochen werden.

Fazit

Laut Axel Honneth handelt es sich bei den drei Werken, die Foucault zur *Archäologie des Wissens* geführt haben, um nahezu verschiedene Methoden, sogar um jeweils eigene Sprachen.⁷⁸ Denn Foucault hat seine archäologische Methode auf das jeweilige Thema, Gebiet bzw. Beispiel stark abgestimmt.

⁷⁷ AdM: 299 f.

⁷⁸ Honneth/Saar 2003: 16.

Foucaults Vorgehensweisen und damit jegliche Werke, bilden für Honneth auch zusammengenommen kaum einen Methodikreader. Dies wird bis heute in vielen Fakultäten an Foucaults Arbeit kritisiert. Eine Methode zu identifizieren, also alle Werke zunächst zu analysieren und anschließend ihre Inkonsistenz hervorzuheben, war gängige Praxis, mit der in den Geisteswissenschaften an Foucault bzw. mit ihm gearbeitet wurde. Sowohl um ihn zu kritisieren, als auch um ihn auf einen Untersuchungsgegenstand anzuwenden oder auch auf theoretischer Ebene weiter auszuführen. Doch so sehr Wissenschaftler_innen Foucault auch verstehen wollen und so sehr sie ihn auch kritisieren, wenn Methoden verwendet werden, die beständig so wie bisher verfahren und Notwendigkeiten postulieren, wie sie Foucault kritisiert, ist zu erwarten, dass erneut Kritik dieser Art geübt wird. Ist das nun ein Beweis für die Berechtigung foucaultscher Kritik, die sich von Normativierung, Kausalität und Wahrheitsansprüchen abwendet? Oder ein „Beweis“ für die Unausweichlichkeit einer begründeten, logischen, normativen und universellen Methode? Eigentlich beweist u. a. Honneth nur, dass Foucault sich an seine Maßstäbe gehalten bzw. Aufgabenstellungen gefolgt ist. So sieht es z. B. Schäfer.⁷⁹ Mittlerweile versuchten Daniel Defert und François Ewald die *Geometrie des Verfahrens* in Textbruchstücken Foucaults herauszufiltern und verweisen den Leser auf einen kritischen Umgang mit diesem Versuch eines Methodikreaders.⁸⁰

Kontingenz aller Beobachtungsgegenstände und damit Kontingenz der daraus entstandenen Aussagen, muss in jeder wissenschaftlichen Disziplin mitgedacht werden, wenn Normativierung oder auch andere Machteffekte bei der Wissensproduktion bewusst bzw. sichtbar gemacht oder gar vermieden werden sollen. Dies scheint die sprachlich verfassten Konstrukte „Realität“, „Normalität“ oder auch „Wahrheit“ aus ihrer Erstarrtheit zu lösen. Die Subversion des Wissens ist Foucaults Stärke und Schwäche. Mit ihr ermöglichte er sich seine Kritikpraxis. Ich möchte diese kritische Praxis nicht selbst in einen Satz fassen, sondern zitiere einen Wunsch Foucaults: „Ich wünschte mir eine vor Fantasie sprühende Kritik. Sie wäre nicht souverän und kleidete sich nicht in rote Roben. Sie trüge den Blitz möglicher Gewitterstürme.“⁸¹

Es ergibt sich für mich die These, dass Foucault genau aus seiner Abneigung gegenüber dem Normieren, es bewusst vermieden hat, eine Analysemethode,

⁷⁹ Vgl. Schäfer 1995: 64 ff.

⁸⁰ Vgl. Defert/Ewald 2009.

⁸¹ D&E, Bd.4: 132.

ein Kritikmodell oder sonstige normierte Fahrpläne den Wissen-Schaffenden in die Hand zu geben. Für Schäfer gilt diese These bereits als Tatsache.⁸² Überspitzt gesagt, stellt Foucault Statistik, Methodikstandard und Definition gleich: es ist rationalisiertes Wissen also vermittelt bzw. ermittelt es auch nur unzureichendes Wissen. Besonders rationalisiertes Wissen, das als selbstverständlich gilt, von dem nicht gewusst werden kann, wann es Macht-Wissen wird, ist für Foucault gefährlich. Das ist seine Haltung. Die er im übrigen genau als solche neben vielen anderen gleichberechtigt stehen sieht.

Eine daran anschließende These lautet, dass Foucault mit seinen Werken den Versuch machen wollte bzw. konnte mit Blick darauf zu forschen, dass es möglich ist, etwas, den Menschen betreffendes, vom Menschen an sich selbst zu untersuchendes, nicht zu normieren. Dass es möglich ist, subjektives und zugleich wissenschaftliches Wissen zu schaffen, selbständig Wege zu finden, keine Schulen zu gründen, keine Lehrbücher zu schreiben und damit zu versuchen keine Normierung zu erzeugen. Kurz: wissenschaftliches Gegenwissen ist möglich. Subjektives Wissen im Sinne relational autonomen Wissens zu produzieren lautet der Vorschlag; ein schwierigerer Weg als der, ein Modell zu erstellen, vergleichbare statistische Daten immer wieder zu generieren oder Idealtypen als Schablone an einen Einzelfall zu halten.⁸³ Die Anpassung der Methoden an den jeweiligen Gegenstand ist nicht etwa einer veränderten Auffassung vom Menschen geschuldet, im Gegenteil. Gerade weil sich die Bedingungen, also die historischen Kontexte ändern bzw. von Menschen verändert werden, in denen Menschen denkend handeln wird die stete Veränderung der Methoden scheinbar notwendig.

Philosophische bzw. menschliche Praxen, sprich Ethik/Ethos – sich selbst hören, lesen oder beim Denken beobachten, sind zirkulierend zu betreibende bzw. zu untersuchende Praktiken, die nicht gefasst werden können als einmal einstudiert und nun andauernde „Funktion“ des Menschen. Die selbstkritische Arbeit im wissenschaftlichen Produzieren ermöglichen und erfordern selbst gewollte Selbstdisziplinierung, Selbsterfindung – die kann sich jeder nur nach eigenen Maßstäben oder Überzeugungen aneignen. Die Herstellung von Vergleichbarkeit – worin sich das Heute vom Gestern unterscheidet – wird nicht (re)produziert, indem bestimmte Definitionen an bestimmten Kontexten dekli-

⁸² Vgl. Schäfer 1995: 22 f.

⁸³ Hemminger 2004s Einschätzung, Foucault sei kein Empirist, auch wenn er auf der Ebene des Historischen arbeitet trifft besonders bei diesem Punkt zu. Vgl. dies.: 196.

niert und ihre Übereinstimmung oder Abweichung festgestellt werden. Sondern insbesondere jene Unterschiedenheiten auf ihr Gewordensein zu untersuchen. Dazu sind die Komplexitäten nicht zu reduzieren, sondern auszubreiten, um den Verschiedenheiten, so geringfügig sie in einer Statistik erscheinen oder gar als Abweichung im Toleranzbereich liegen, die Bedeutung zumessen zu können, die sie vielleicht doch hatten bzw. haben werden. Die konkrete Bedingtheit, nicht nur der konkrete Aufenthalt in Raum und Zeit jedes Subjekts lässt Rückschlüsse auf sein Verhältnis zur Macht bzw. auf den Grad seines nicht so sehr regiert werdens ziehen und zeigt darin auch auf, was in diesem Verhältnis fehlt oder ob Agonismus bzw. Antagonismus hinterfragt, neu positioniert werden muss(t)en.

Auch wenn es nach Foucault ausdrücklich die Aufgabe der Philosophen ist, und nicht zum Beispiel die der Politikwissenschaftler oder gar aller Humanwissenschaftler, sich kritisch gegenüber Machtverhältnissen zu verhalten, spricht er jedoch allgemein von den Intellektuellen und weist darauf hin, dass jede_r (und damit ist jeder Mensch gemeint) selbst (s)eine kritische Haltung einnehmen kann. Für Foucault gibt es keine genormte Kritik. Darin wieder zu erkennen ist allerdings Kants Motto vom Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit.⁸⁴

Foucaults Kritik an Wissenschaftlichkeit ist genau aus den selben Gründen interessant für die Philosophie, wie für alle anderen Disziplinen der Geisteswissenschaften, also auch für die kritische Migrationsforschung: Foucaults Verständnis vom Wissenschaften verlangt nicht nur transdisziplinäres Arbeiten. Gerade weil über die Diskurse, die in andere Diskurse übergreifen, Wissen in bestimmten Formen und Formulierungen mit bestimmten Ansprüchen oder Geltungsbereichen transformiert wird, ist differierende Wissensproduktion eine Ergänzung zum wissenschaftlichen Archiv und daher für wissenschaftliche Wissensproduktion produktiv. Da in den Geisteswissenschaften bzw. Humanwissenschaften – dies trifft auch Forscher_innen kritischer Migrationsforschung – Subjekt gleich Objekt ist, ergibt sich ein gemeinsam zu führender interdisziplinärer Diskurs über Begriffe oder Denksysteme. Ein Diskurs, der es „grenzenlos“ ermöglicht, die Sprache nicht neu erfinden zu müssen, sondern mittels Sprache das Objekt eben transdisziplinär zu erfassen um Ausgrenzungen oder Wahrheitsansprüche einer jeden Disziplin bzw. der Humanwissenschaften gegenüber

⁸⁴ Vgl. Hemminger 2004: 216.

weiterer Wissensproduktion zu vermeiden. Alles Nicht-Wissenschaftliche kann dem akademischen Archiv, gleichermaßen als Zeitzeugen zu verstehen, hinzugefügt werden. Darin einen gleichwertigen Wissensfundus zu erkennen und sich in einem kritischen Sinn zu nutze zu machen, setzt Wissenschaftlichkeit nicht außer Kraft sondern erweitert ihre Möglichkeiten und Grenzen. Auf ein noch nicht nutzbar gemachtes, wissenschaftliches Archiv weist Anthony A. Alessandrini in *The Humanism Effect* hin. Er befasst sich mit den ethischen Ansprüchen Frantz Fanons und Foucaults mit Blick auf das Gewordensein bzw. gemacht werden von „Subalternen“. Wobei Alessandrini sehr klar herausarbeitet, dass über das scheinbar selbstverständliche europäische bzw. in europäischer Tradition hervorgebrachte Wissen(schafts)archiv, kaum anderes Wissen wahrgenommen wird. Und das als Archiv erfassbare Wissen über, aber auch von zu „Subalternen“ gemachten, ist im eurozentristischen und damit kolonialen Blick verfasst und kann auch nur so wahrgenommen werden.⁸⁵ Hier wird besonders deutlich, warum in kritischer Migrationsforschung selbstkritische Forschungspraxis (das eigene Ethos, die eigene Perspektive, die eigene Haltung), zirkulär von Forscher_innen rückbezüglich auf sich selbst, aber auch bezüglich der Archive, reformuliert, neu positioniert und nicht das einst Hinterfragte lediglich reproduziert wird.

Für mich persönlich ist Foucaults Vorgehensweise, also seine Kritikpraxis, im wahrsten Sinne des Wortes eine konsequente Umsetzung der Kritik von Karl Marx: *Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an sie zu verändern!*

Foucault erweitert diese kritische Forderung um eine immerwährende Frage nicht zuletzt an Praxen einer kritischen Wissenschaft: Wie lasse ich mich nicht so sehr regieren?

⁸⁵ Vgl. Alessandrini 2009: 75 ff.

Primärliteratur:

Michel Foucault

- WK** Was ist Kritik? Berlin 1992.
- WA** Was ist Aufklärung? in: Erdmann, Eva u. a. [Hg.]: Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung. Frankfurt a. M. 1990, S. 35–53.
- WA/WR** Was ist Aufklärung? Was ist Revolution? in: die tageszeitung, 2. 7. 1984), S. 10–11.
- Maske** [Mitverf.]: Der Philosoph mit der Maske. in: Engelmann, Peter [Hg.]: Philosophien: Gespräche mit Michel Foucault. Dt. Erstausgabe in Auszügen. Wien 1985, S. 27–40.
- AdM** Analytik der Macht. Herausgegeben von Daniel Defert und François Ewald. Übersetzt u. a. von Reiner Ansén und Hermann Kocyba. Auswahl und Nachwort von Thomas Lemke. Frankfurt a. M. 2005.
- SuW** Von der Subversion des Wissens, Frankfurt a. M. 1987.
- AW** Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M. 2003.
- OD** Ordnung der Dinge: eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt am M. 1991
- TdS** Technologien des Selbst. in: Martin, Luther H.; Gutman, Huck; Hutton, Patrick H. [Hg.]: Technologien des Selbst. Michel Foucault, Rux Martin, Luther H. Martin, William E. Paden, Kenneth S. Rothwell, Huck Gutman, Patrick H. Hutton. Übersetzt von Michael Bischoff. Frankfurt a. M. 1993, S. 24–62; S. 168–189.
- uK** Der utopische Körper. in: Die Heterotopien. Der utopische Körper. Zwei Radio-vorträge. Frankfurt a. M. 2005. S. 23–36.
- Hn** Die Heterotopien. in: Die Heterotopien. Der utopische Körper. Zwei Radio-vorträge. Frankfurt a. M. 2005. S. 7–22.
- D&E** Schriften. Dits et Ecrits. In vier Bänden. Herausgegeben von Daniel Defert und François Ewald. Frankfurt a. M. 2001–2005.
- DuW** Diskurs und Wahrheit. Berkeley-Vorlesungen 1983, Berlin 1996.

Monographien:

- Hemminger, Andrea. 2004. *Kritik und Geschichte. Foucault – ein Erbe Kants?* Berlin: Philo.
- Roedig, Andrea. 1997. *Foucault und Sartre. Kritik des modernen Denkens.* München: Alber.
- Schäfer, Thomas. 1995. *Reflektierte Vernunft. Michel Foucaults philosophisches Projekt einer antitotalitären Macht- und Wahrheitskritik.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Artikel aus Zeitschriften:

- Alessandrini, Anthony C.. 2009. „The Humanism Effect: Fanon, Foucault, and Ethics without Subjects“, *Foucault Studies*, 7, S. 64–80. <http://ej.lib.cbs.dk/index.php/foucault-studies/article/view/2637> (10. 10. 2009).
- Butler, Judith. 2002. „Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend“, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 50, S. 249–265.
- Figal, Günter. 2002. „Kritik als Problem der Philosophie“, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 50, S. 267–271.
- Geuss, Raymond. 2002. „Kritik, Aufklärung, Genealogie“, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 50, S. 273–281, siehe auch Artikel aus Herausgeberbänden.

Wolf, Markus. 2003. „Kritische Neubeschreibung. Michel Foucaults Beitrag zu einer kritischen Theorie sozialer Praxis“, *Dialektik. Zeitschrift für Kulturphilosophie*, 2, S. 27–50.

Artikel aus Herausgeberbänden:

Daston, Lorraine. 2003. „Gedankensysteme. Kommentar zu Arnold Davidsons. Über Epistemologie und Archäologie. Von Canguilhem zu Foucault“ in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 212–229.

Davidson, I. Arnold. 2003. „Über Epistemologie und Archäologie. Von Canguilhem zu Foucault“, in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 192–211.

Detel, Wolfgang. 2003. „Einleitung: Ordnung des Wissens“, in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 181–191.

Eßbach, Wolfgang. 1991. „Deutsche Fragen an Michel Foucault“, in: Waldenfels, Berhard und Ewald, François [Hg.]. *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 74–85.

Geuss, Raymond. 2003. „Kritik, Aufklärung, Genealogie“, in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 145–156.

Iser, Mattias. 2004. „Gesellschaftskritik“, Kerner, Ina; Göhler, Gerhard und Iser, Matthias [Hg.]. *Politische Theorie: 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 155–170.

Neumeister, Bernd. 2001. „Kritik und Aufklärung“, in: Kleiner, Marcus S. [Hg.]. *Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 191–202.

Owen, David. 2003. „Kritik und Gefangenschaft. Genealogie und Kritische Theorie“, in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 122–144.

Saar, Martin. 2003. „Genealogie und Subjektivität“, in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 157–177.

Schnädelbach, Herbert. 1989. „Das Gesicht im Sand. Foucault und der anthropologische Schlummer“, in: Honneth, Axel und Habermas, Jürgen [Hg.]. *Zwischenbetrachtungen, im Prozeß der Aufklärung; Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 231–261.

Schneider, Ulrich Johannes. 2003. „Wissensgeschichte, nicht Wissenschaftsgeschichte“, in: Axel Honneth und Martin Saar [Hg.]. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 220–229.

Sammelbände:

Erdmann, Eva u. a. [Hg.]. 1990. *Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung*. Frankfurt a. M.: Campus.

- Defert, Daniel/François Ewald [Hg.]. 2009. *Michel Foucault. Geometrie des Verfahrens. Schriften zur Methode*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Demirovic, Alex [Hg.]. 2003. *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Honneth, Axel und Saar, Martin [Hg.]. 2003. *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel und Habermas, Jürgen [Hg.]. 1989. *Zwischenbetrachtungen, im Prozeß der Aufklärung; Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Martin, Luther H.; Gutman, Huck und Hutton, Patrick H.[Hg.]. 1993. *Technologien des Selbst. Michel Foucault, Rux Martin, Luther H. Martin, William E. Paden, Kenneth S. Rothwell, Huck Gutman, Patrick H. Hutton*, Übersetzt von Michael Bischoff. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Waldenfels, Bernhard und Ewald, François [Hg.]. 1991. *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Sekundärliteratur:

- Bernstein, Richard J. 1989. „Foucault: Critique as a Philosophic Ethos“, in: Honneth, Axel und Habermas, Jürgen: *Zwischenbetrachtungen, im Prozeß der Aufklärung; Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 395–425.
- Flusser, Vilém. 1994. „Um entsetzt zu sein, muß man vorher sitzen“, in: Ders.: *Von der Freiheit des Migranten. Einsprüche gegen den Nationalismus*, Köln: Bollmann, S. 35–37.
- Kammler, Clemens. 1986. *Michel Foucault: Eine kritische Analyse seines Werkes*, In: Studien zur französischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, Bd. 12 (überarbeitete Fassung der Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum). Bonn: Bouvier.
- Locke, John. 1976. Über den menschlichen Verstand. In vier Büchern. Philosophische Bibliothek Bd. 75/76, Hamburg: Meiner.
- Ott, Michaela. 2002. „Vom Monster zum Menschen. Foucaults späte Gnade des frühen Tods“, *Dialektik. Zeitschrift für Kulturphilosophie*, Heft 2, Hamburg, S. 117–127.
- Schödlbauer, Ulrich und Vahland, Joachim. 1997. *Das Ende der Kritik*, Berlin: Akademie.
- Schwendter, Rolf. 2001. *Gesellschaftsbilder des 20. Jahrhundert*, Hamburg: Rotbuch.
- Waldenfels, Bernhard. 1986. „Verstreute Vernunft. Zur Philosophie von Michel Foucault“, in: Orth, Ernst Wolfgang: Studien zur neueren französischen Phänomenologie. Ricoeur, Foucault, Derrida, in: *Phänomenologische Forschungen*, Bd. 18, München u. a.: Alber, S. 30–50.
- Ders. 2003: „Kraftproben Foucaultschen Denkens“ *Philosophische Rundschau*, Heft 50, S. 1–26.

Nachschlagewerke:

- Pfeifer, Wolfgang. 2003: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. Erarbeitet unter der Leitung von W. Pf. 6. Aufl. München: dtv.

Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried u. a. [Hg.]: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 4. Basel: Schwabe 1976.

Nida-Rümelin, Julian [Hg.]. 2005: Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung. Ein Handbuch, zweite, aktualisierte Auflage. Stuttgart: Kröner.

Weiterführende Literatur

Geiss, Karl-Heinz: Foucault-Nietzsche-Foucault: Die Wahlverwandtschaft. Pfaffenweiler: Centaurus 1993.

Göbel, Andreas: Theoriegenese als Problemgenese. Eine problemgeschichtliche Rekonstruktion der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns. Konstanz: Universitätsverlag 2000.

Hamacher, Werner [Hg.]: Nietzsche aus Frankreich, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 2007.

Kneer, Georg: Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung. Zum Zusammenhang von Sozialtheorie und Zeitdiagnose bei Jürgen Habermas, Michel Foucault und Niklas Luhmann. (überarbeitete Fassung der Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster), Opladen: Westdeutscher 1996.

Lemke, Thomas: Die politische Theorie der Gouvernementalität: Michel Foucault. in: Brodacz, André; Schaal, Gary S. [Hg.]: Politische Theorien der Gegenwart I. Opladen: Leske+Budrich 2002, S. 471–501.

Ders.: Räume der Regierung: Kunst und Kritik der Menschenführung, in: Peter Gente [Hg.], Foucault und die Künste, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2004, S. 162–180.

Ders.: Andere Affirmationen. Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus, in: Axel Honneth/Martin Saar [Hg.], Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2003, S. 259–274.

Ders.: Geschichte und Erfahrung. Michel Foucault und die Spuren der Macht. in: Defert, Daniel/Ewald, François [Hg.]: Michel Foucault. Analytik der Macht. Übersetzt u. a. von Reiner Ansén und Hermann Kocyba. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2005, S. 319–347.

MiRA: Reflexionen zwischen *Research* und *Action*

Johanna Karpenstein

... mit Ideen und Texten von Christiane Mende, Katharina Thanner, Sarah Abel und Franziska Brückner

Zusammenfassung

Wenn die kritische Forschung in der kritischen Praxis via Personalunion ihr Pendant findet, wirft dies desillusionierende Fragen auf – scheinbar. Denn jede der vielen Fragen Johanna Karpensteins birgt die Hoffnung auf und den Glauben an eine Andersartigkeit sowie den Willen diese andersartige Praxis umsetzen zu können. Es kommt allerdings auf viele Versuche an, denn hier ist nicht der/die Forscher_in mit ihrem Material allein, sondern sieht sich vielen Perspektiven z. B. im Feld individueller Beratung ausgesetzt, die alle ihre jeweilige Berechtigung haben und zum Teil auch vehement behaupten. Also ist auch eine Würdigung und Auseinandersetzung, also Zeit für Freundschaft, Zeit für Vertrauen und Zeit für materielle Absicherung dafür notwendige Bedingung – dies bei allen Beteiligten. Daraus ergeben sich der/dem Forschenden Stoff für neue Überlegungen, die sich in Versuche grundlegender Annahmen für eine kritische Migrationsforschung transformieren lassen.

Netzwerk MiRA – „Network Migration, Research and Action“ – versteht sich als Plattform für in Migrationsalltag, -forschung und -politik involvierte Menschen, auf der ein Zusammentreffen und Austausch zwischen kritischer Wissenschaft und er/gelebter Praxis ermöglicht werden soll. Sichtbar werden soll diese Vision unter anderem, indem das Netzwerk agiert als:

- Werkstatt kritischer Wissensproduktion.
- Plattform zur Realisierung konkreter migrationspolitischer Aktionen.

- Ort des Dialogs und der Informationsweitergabe.
- Vermittlungs- und Vernetzungspunkt.¹

Die von Netzwerk MiRA 2008/2009 veranstaltete öffentliche Ringvorlesung, aus der die Idee für diesen Sammelband entstand, trug den Titel „kritische Migrationsforschung“. Häufig mussten wir uns der Frage stellen, was dies denn sein solle, ob Forschung nicht per se kritisch sei oder welcher Theorietradition der bedeutungslastige Begriff „kritisch“ in unserem Sinne entspreche. Es kann und konnte unsere Intention nicht sein, eine solche Definition abschließend festzulegen, kann doch eine wie immer geartete kritische Migrationsforschung keinen feststehenden Paradigmen folgen. Die Praktiken der Migration sowie die entsprechenden Versuche ihrer Regulierung in ihrer ständigen Veränderung zu hinterfragen, erfordert Flexibilität. Eine solche Forschung sieht sich vor der Herausforderung, hinsichtlich des Gegenstandes, des Umgangs mit diesem, hinsichtlich methodisch-theoretischer Vorgehensweisen sowie der Perspektivität der Forscher_in, der Sprecher_innenposition, kontinuierlich zu kontextualisieren.

Wir möchten unsere Gedanken zu einem kritischen Vorgehen in der „Migrationswissenschaft“ jedoch nicht verschweigen. Maßgeblich ist für MiRA hierfür zunächst eine Einbettung der Migrationsforschung in eine kritische Migrations-(aktivistische) Praxis: das Fesseln des migrationswissenschaftlichen Theoretisierens an Erfahrungshorizonte und Handlungsräume, wie sie durch das Konstrukt der Migrant_in, der Migration und diese machtvolle Konstruktion durchbrechend, erlebt werden.

Um diese zentrale Idee herzuleiten, soll vorgestellt werden, wer oder was das Netzwerk MiRA überhaupt ist, was sich hinter „*Migration, Research and Action*“ verbirgt und wie wir zu dem was wir tun, gekommen sind. Warum eigentlich kritische Migrationsforschung? Was meint *Action* oder Praxis? Gar kritische Praxis?

Ich möchte unser migrationsaktivistisches Handeln im Folgenden einer Reflexion unterziehen und anhand von Erzählungen einiger MiRAs über ihr rassismuskritisches Tun hinterfragen: Was umfasst „migrationsaktivistisch“? Inwiefern meint dies (automatisch?) rassismuskritisch? Was sind die Herausforderungen und Grenzen unserer Arbeit und wie und warum verfolgen wir trotz

¹ Vgl. die Selbstbeschreibung von MiRA unter <http://www.netzwerk-mira.de>.

aller Zweifel unsere kleineren und größeren Kämpfe weiter? Diese Reflexionen wollen und sollen Fragen aufwerfen – nicht alle lassen sich sogleich beantworten. Es geht um diese Hinterfragung, die eine Diskussion rassismuskritischer Arbeit nach sich ziehen muss und soll.

MiRA – Aktion aus Unbehagen

Entstanden ist das Grüppchen, das sich später als MiRA zusammenfand, aus der Zusammenarbeit in einem studentisch (selbst)organisierten Tutorium an der Humboldt-Uni Berlin. Es trug den Titel „Flucht-t-Räume“. Es war der Versuch, in einen Raum zu entfliehen, wo wir uns eine fundierte Auseinandersetzung mit Themen rund um Flucht und Migration ermöglichen. Dies resultierte aus einem Unbehagen: Wir wollten nicht mehr hinnehmen, dass Diskussionen zum „Thema Migration“ in wenig fundierter Form die letzte Sitzung innerhalb eines Seminars zu „sozialer Ungleichheit“ füllten oder gar zu Anfang eines jeden Semesters durch die immer wiederkehrende Ankündigung „ersatzlos gestrichen“ bereits im Keim erstickt wurden. Das Tutorium ermöglichte, aus erlebter Unzufriedenheit mit den Inhalten und Nicht-Inhalten der Akademie, etwas Konstruktives zu schaffen. Es füllten und inspirierten Erfahrungs- wie Expert_innenberichte und damit Menschen und Geschichten diesen Raum, welche allzu selten (akademische) Debatten bereichern. Nach einem Jahr war ein kleiner Kreis gewachsen. Unser erstes großes Projekt sollte die Ringvorlesung „Kritische Migrationsforschung“ sein.

Diese zeigte – methodisch, theoretisch und inhaltlich – viele verschiedene und nicht immer miteinander vereinbare Antworten auf die Frage, wie Migration anders, als es uns der Uni-Alltag lehren wollte, thematisiert werden kann. So reichten die Beiträge² von einer Kritik europäischer Migrations(kontroll)politiken (Fabian Georgi) über eine kritische Auseinandersetzung mit der Konstruktion von Grenzziehungen innerhalb dieser (Johannes Krause), über historische Analysen, etwa der Entstehung von Diskursen über Flüchtlinge im Kontext eines sich ‚wiedervereinigenden‘ Deutschlands (Cord Pagenstecher) oder der (literarischen) Auseinandersetzung mit (post)kolonialen Mustern des Rassismus (Grada Kilomba). Ein Fokussieren migrantischer Perspektiven und

² Im Folgenden werden einige Beiträge der Ringvorlesung beispielhaft angeführt. Kurzdokumentationen zu allen Veranstaltungen der Ringvorlesung finden sich unter <http://www.netzwerk-mira.de>.

Handlungspraxen sowie deren Bedeutung als auch treibende Kraft innerhalb von Migrationsregimen vollzog etwa Manuela Bojadžijev in ihrer Analyse der Genealogie der Integration am Beispiel migrantischer Arbeiter_innenkämpfe in Deutschland. Eine zentrale Erkenntnis aus diesen Beiträgen und den anschließenden Diskussionen war: Migrationsforschung lässt sich nicht nur durch die akademisch analysierende Brille gewährleisten, sondern erfordert eine direkte Auseinandersetzung mit Erfahrungen, Erzählungen, Handlungspraxen und -möglichkeiten, auch Utopien von Migrant_innen – auf politisch-aktivistischer wie alltagspraktischer Ebene. Man müsse jenen Erzählungen zuhören, welche die Erfahrungen der Diskriminierung und des Rassismus mitteilbar machten – ohne zu viktimisieren! – gab Maria Do Mar Castro Varela im Juli 2009 auf der Fachtagung des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin zu bedenken. Ihr geht es um die in jenen Erzählungen sichtbaren Visionen, Hoffnungen – Utopien. Um diese entwerfen zu können, bedürfe es einer fundierten Analyse des Hier und Jetzt. Erst hierüber können notwendige Interventionen benannt werden, welche die Perspektive auf emanzipatorische Politiken öffnet. Kritische Migrationsforschung mit Kritik, Hoffnung und Vision aus der Perspektive der Migration(?) zu speisen, ermöglichen Ansätze, die von Erfahrungen, Erzählungen, Praktiken und Widerstand von Migrant_innen ausgehen. Es mag Stimmen geben, die diese Herangehensweise entweder als selbstverständlich oder aber als die gefährliche Produktion von Kontrollwissen über Migration bezeichnen würden. Die Debatten im Rahmen der Ringvorlesung jedoch bestärkten unsere Meinung, dass das, was sich kritische Migrationsforschung nennt, Perspektiven bedarf, die nicht als Empirie abgestempelt verwertet werden, sondern die als solche Teil (oder Ausgangspunkt) einer kritischen Auseinandersetzung sein sollten. Dies meint „Praxis“ in der Selbstbeschreibung von MiRA (vgl. <http://www.netzwerk-mira.de>) und „Action“ im Namen. Doch schleicht sich hier nicht schon das nächste Unbehagen heran? (Wie) können wir MiRAs, als vornehmlich „biodeutsches Grüppchen“ schon behaupten, was diese eingeforderte(n) Perspektive(n) also ausmacht? Unser Zugang ergibt sich zunächst aus Solidarität und Aktivismus verschiedenster Art. So sind alle „MiRAs“ auch über MiRA hinaus „praktisch aktiv“... politisch, migrationspolitisch, aktivistisch; im Konsens: rassismuskritisch, antirassistisch. Es gilt zunächst, unsere Arbeit selbst, unsere Positionierung und Positioniertheit in dieser zu hinterfragen, jedoch ohne sich den akademisierten Fallstricken des

ewigen Dekonstruierens hinzugeben. Eben dies beinhaltet kritische Forschung und ist permanent Herausforderung auch unserer Debatten.

Dilemmata einer reflexiven Praxis

Eine (Selbst-) Hinterfragung unserer verschiedenen Praktiken oder Formen des Aktivismus führt auch zu der Frage, inwieweit wir überhaupt in der Lage sind, „migrantische Erfahrungen und Standpunkte“ zum Ausgangspunkt unserer Arbeit zu machen. Die „Sozialarbeits-Falle“ – also das sich-Verlieren in der Unterstützung von Flüchtlingen, Migrant_innen im Alltag, etwa im Asylverfahren, als Art oder Konsequenz antirassistischer Arbeit – wie sie innerhalb der Antira-Szene seit ihren Anfängen existiert, beschreibt eines der Dilemmata, mit denen wir uns – hoffentlich reflektiert – auseinandersetzen (müssen). Ich selbst tappe in dieser Falle gewissermaßen herum und frage mich, ob und wie es gilt, ihr zu entkommen: Ist die so genannte „Flüchtlingsberatung“ etwas, was man angesichts einer kritischen, politischen Ambition über Jahre tun kann und sollte?

Seit den ersten Auseinandersetzung mit Rassismus – jenseits von Debatten über den Nationalsozialismus, Südafrika oder die USA – als bundesdeutsche Realität in den 1980er Jahren und im Kontext der Verschärfungen des Asylrechts, der faktischen Abschaffung des Artikel 16 Grundgesetz, des Grundrechts auf Asyl und den damit einhergehenden öffentlichen wie in der Gesellschaft sich verankernden rassistischen Hetzreden gegen Flüchtlinge Anfang der 1990er Jahre, besteht das Dilemma des sich-Verfangenes antirassistischer Akteur_innen in der Einzelfallhilfe. Die Grenzen zwischen freundschaftlich-solidarischem Support in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren und Sozialarbeit verlaufen fließend. Wer die bürokratischen Mühlen der systematischen Unterdrückung und Isolation von Asylbewerber_innen selbst oder aus Perspektive einer Freund_in, Unterstützer_in erlebt hat, wird sich unschwer vorstellen können, dass ein sich diesem widmende, meist unbezahltes, Engagement im Universum von Asylantrag-Krankenschein-Residenzpflicht-Lager-Gutscheinsystem-Arbeitsverbot. . . verlieren kann. Die Schwerpunktverlagerung weg von politisch-aktivistischen hin zu einzelfallhelferischem Einsatz birgt die – innerhalb der Linken kritisch beäugte – Gefahr, staatliche Härten durch unbezahlte Arbeit zu glätten (was zu allem Überfluss von institutioneller Seite

gewusst, genutzt und geschätzt wird) und letztlich Symptombekämpfung zu betreiben. Was ist jedoch die Alternative?

So sprengt das Engagement der Initiative gegen Abschiebehaft, in der eine der „MiRAs“ aktiv ist, die entrechtete und soziale Isolation und sorgt dafür, dass eben jene einer (kritischen?) Öffentlichkeit jenseits der Gefängnismauern zugänglich gemacht wird. Und dennoch: Die durch Antira-Aktivist_innen geleistete, für die Institution Abschiebeknast kostenlose Sozialarbeit einerseits und die Beobachtung und punktuelle Abwehr „nicht-rechtgemäßer Vorgänge“ zu Lasten der Insass_innen andererseits, fungieren letztlich als Rädchen innerhalb der Abschiebemaschinerie, macht diese eventuell sogar „erträglicher“. Im Umkehrschluss jedoch zu vermuten, dass ohne diese Härten abfedernde(?) Arbeit mehr Widerstand zutage treten würde, wäre sarkastisch. In der Konsequenz gegebenenfalls Hungerstreiks ununterstützt zu lassen und jenen Flüchtlingen und Migrant_innen in Abschiebehaft und nicht zuletzt dem Kampf gegen Abschiebung, gegen (institutionellen?) Rassismus die Möglichkeiten zu nehmen, für welche Formen des Widerstands auch immer, Öffentlichkeit herzustellen, wäre fatal. Nichtsdestotrotz zeigt sich auch an diesem Beispiel, dass die Konzentration der antirassistischen (sozialen) Arbeit auf die Auseinandersetzung mit institutionalisiertem Rassismus Zeit und Raum für politischen Protest durch oder mit Unterstützergruppen nimmt. Also auch hier die Sozialarbeitsfalle? Aber ist die Arbeit im Abschiebeknast nicht auch hochpolitisch? Ist sie nicht auch Protest? Durchbricht sie nicht gewaltsame Ausblendungen im öffentlichen (Abwehr-)Diskurs? Wie weit können die Aktivist_innen dieser Initiative gehen, ohne vor verschlossenen (Gefängnis-)Toren zu stehen?

Und plötzlich gelangt man zu der Frage: Wie politisch ist Sozialarbeit? Wie kritisch kann sie sein? In welchem historischen Kontext ist diese zu verorten?³ Und wie kritisch kann man sich in der alltäglichen (sozialarbeiterischen) Praxis – schon angesichts von Finanzierungsnöten – vom Mainstream der Sozialarbeit, vom Mainstream der verbreiteten Integrationsarbeit abgrenzen? Wie sehr kann man Machtverhältnisse zwischen (meist west-europäischen, privilegierten) „Helfer_innen“ und irregularisierten Migrant_innen im Knast, in der Beratungssituation, in Sprachkursen, in gemeinsamen Aktivitäten... aufbrechen, gemeinsam thematisieren? Wo zieht man die Grenze zwischen freundschaftlicher Solidarität und professioneller Distanz? Wie geht man als letztlich

³ Vgl. hierzu den Beitrag von Stephen Sulimma und Sebastian Muy in diesem Band.

Sozialarbeitende_r damit um, wiederum Grenzen zu ziehen – und seien sie zum Schutze der persönlichen Belastbarkeit errichtet? Wo fängt Selbstausbeute und Prekarisierung des Selbst – schon angesichts mangelnder unabhängiger Fördermittel – an? Nicht zuletzt: wieviel beschäftigt man sich letztlich mit der eigenen Verstricktheit in Unterdrückungsverhältnisse und der eigenen psychischen Integrität kurz mit sich selbst, tief verfangen in einer Nabelschau? Bis zu welchem Punkt sollte man dies?

Bündnisse – koloniale Muster wider Willen?

Was ist die Alternative? Wie lässt sich die Sozialarbeits-Falle vermeiden? Es stellt sich die Frage, ob „Antira-Gruppierungen“ eigentlich zwangsläufig mit Flüchtlingen und Migrant_innen in Kontakt sein oder zusammenarbeiten müssen, um rassistische Strukturen und Haltungen analysieren und ihnen entgegentreten zu können. Ein immer wieder hörbares Argument ist, dass von linker Seite kein Kontakt zu Flüchtlingen aufgrund ihres Flüchtlingsstatus, sondern aufgrund politischer Einstellungen gesucht werden sollte. Kann die Frage so überhaupt gestellt werden? Impliziert dies nicht auch, dass die ohnehin qua Pass und Herkunft Privilegierten sich aussuchen, wie und mit wem sie zusammenarbeiten?

Oder kann mensch Genoss_in nur qua (zugeschriebener oder selbstgewählter) Position sein? Welche Position kann dies sein? Die der Migrant_in, des Flüchtlings? Ermöglichen machtvollen Kategorien solcher Art eine (Selbst-)Positionierung? Und wenn ja, zu welchem Zweck und zu welchem Preis?

Was ist mit Solidaritätsbündnissen aus „migrantischen“ und „nicht-migrantischen“ Gruppen und Akteur_innen? Wenn hierfür ein politischer Konsens Voraussetzung sein soll, wie lässt sich herausfinden, ob und welche Einstellungen geteilt werden, wird doch ein politischer Kontext, eine politische Herkunft jenseits des rassismuskritischen Kontextes vor Ort selten ausdiskutiert und damit ein „Wissensvorsprung“ qua Herkunft und politischer Sozialisierung auf dominante Art und Weise statuiert?! Dies reflektiert eine problematische Tendenz, durch Migration geprägte Prozesse und Biographien in „Herkunftsland-“ und „Ankunftsland-bezogene Fragen“ aufzusplitten und somit globale Prozesse auszublenden. In gewisser Weise findet sich diese Tendenz übrigens in dem Fokussieren auf „Migrationsmotive“ auf der einen und „Integrationsproblema-

„tik“ auf der anderen Seite in der dominanten Migrationsforschung wieder. Jenes Nicht-Thematisieren des Dazwischen ist übrigens nicht nur erklärbar durch eine immer wieder von Flüchtlingsinitiativen kritisierte Dominanz seitens „deutscher antirassistischer Gruppen“, sondern ist auch Resultat eines häufigen (strategischen) Ausblendens persönlicher, Migrationsrouten- wie Herkunftsland-bezogener Erfahrungen und Hintergründe. Erzählungen hierüber konstituieren die Codes des Bingospiels Asylverfahren und werden somit zu Informationen, die das Migrationsregime abverlangt, vereinnahmt. Sie mit gutem Grund nicht in jeder x-beliebigen Runde – in welcher abstrahierten Form auch immer – zum Thema zu machen: ein subversives Moment? Wird jener Moment des Nicht-sagbaren überrannt von der Agenda-Setzung antirassistischer Akteur_innen? Eine Ausblendung der Migration als solche, als Weg, als Erfahrung und eine Trennung in „Herkunftsland“ und „Ankunftsland“, wie sie in der Forschung als Auswirkung machtvoller national verkürzter Darstellungen zu beobachten ist, spiegelt sich also im kritisch ambitionierten Aktivismus wieder? Wäre das denn anders in „Flüchtlingsinitiativen“, die mit „Migrant_innenselbstorganisationen“ kooperieren? Ein sich herauskristallisierender Unterschied zwischen diesen beiden Organisationsformen – deren Benennungen auf die Unterscheidung „Flüchtling“/„Migrant_in“ zurückführt und somit zwangsläufig irreführend ist – sind einerseits die rechtliche Situation und andererseits die politischen Inhalte: Während „Flüchtlingsinitiativen“ sich zum Kampf gegen Rassismus in seiner institutionalisierten Form, etwa in Gestalt der Residenzpflicht, des Asylbewerberleistungsgesetzes zusammengefunden haben, sich aber ebenso gegen rassistische Übergriffe solidarisieren und ihren Protest gegen koloniale Kontinuitäten richten, scheinen viele „Migrant_innenorganisationen“ die politische Partizipation in Deutschland zu fordern, Teilhabe, Wahlrecht – keine Diskriminierung! Es gibt Überschneidungen wie Diskursverschiebungen. Konstellationen der Zusammenarbeit sind oft nur punktuell gegeben. Warum? Ist nicht der Kampf gegen Lager ebenso wie der für das Recht auf Partizipation oder für oder gegen Integration (als Konzept, als Kontrollinstrumentarium) antirassistisch motiviert und damit eine Bewegung? Zurück zu der Frage, ob deutsche?/privilegierte? Antirassist_innen also den Kontakt zu jenen als Flüchtlinge und Migrant_innen Kategorisierten suchen sollten: Warum? Sind doch die Migrant_innen selbst gerade nicht die Instanzen, aus denen Rassismus hervorgeht! Scheinbar besteht jedoch seitens

antirassistischer Aktivist_innen, insofern sie selbst nicht über Migrationserfahrung verfügen, ein Bedürfnis, die Erfahrung der Migration, die „Perspektive der Migration“ zu kennen. Sind die Motive hiervon Solidarität oder vereinnehmender Wissensdurst? Wie es auch sei – man stellt immer wieder fest, dass die Linien und Rhetoriken, die hinsichtlich politischer Strategien etwa gegen restriktive Asylgesetzgebung in linken Kreisen und Kampagnen gefunden werden, welche nicht in Kontakt zu irregularisierten Migrant_innen stehen beziehungsweise nicht unter ihrer Beteiligung stattfinden, deren Interessen oft zuwider läuft. Gibt es denn Grund, sich nicht intensiv mit den Interessen und Visionen jener Menschen auseinanderzusetzen, für deren Rechte man gewillt ist, sich einzusetzen? Sollte man sich ernsthaft die Möglichkeit nehmen, zuzuhören, zu lernen? Sind nicht viele Politisierungen rassismuskritischer Art erst entstanden aus Verbundenheit, aus Solidarität? Bleibt am Ende Skepsis, nur weil die Tür zur „Sozialarbeits-Falle“ offen steht?

Wie herausfordernd die Zusammenarbeit von Flüchtlingen (was immer diese Kategorie zusammenfassen möchte) und linken oder antirassistischen (Unterstützer_innen?-)Gruppen sein kann, lässt sich an einigen Reflexionen von einer Gruppe Berliner und Brandenburger Aktivist_innen verdeutlichen, innerhalb derer auch MiRAs involviert waren: In dem Ansinnen, die räumliche Isolation durch die Abgelegenheit von Lagern, sowie die soziale Isolation und Ausgrenzung, die durch Restriktionen während des Asylverfahrens produziert werden, entgegenzuwirken, fand eine Vernetzung mit Bewohner_innen eines Lagers in Brandenburg statt. Es wurden Deutschkurse ermöglicht und gemeinsame Plena veranstaltet. Annehmend, dass die gleichgemachte Lebensrealität der Bewohner_innen eine solidarische „Schicksalsgemeinschaft“ hervorbringe, strebten die Aktivist_innen einen gemeinsamen Protest gegen strukturelle Rassismen in Brandenburg an. Dass gerade diese Rassismen die alltäglichen Erfahrungen der Lagerbewohner_innen in einer Form prägen, die nicht dazu veranlasst, sie sich zusätzlich in Form einer – auch beängstigenden – Analyse zu vergegenwärtigen, stellte sich erst nach einigen Treffen heraus, die genau jenen strukturellen Rassismus thematisieren sollten. Von Seiten der Lagerbewohner_innen hingegen wurde die soziale Komponente des Zusammenschlusses eingefordert, während die Aktivist_innen mit dem gewohnten Zeitdruck daherkamen. Zudem stellte sich heraus, dass die gewählte Bezeichnung „Lager“ vor Ort nicht unbedingt auf Zustimmung stieß – „Heim“ hat zumindest dem Klang

nach etwas von Zuhause, das nicht hinter antirassistischer Bezeichnungspraxis zurückbleiben sollte.

Führt dieses Beispiel nicht auch zurück zu der Erkenntnis, dass der intensive – auch (selbst)kritische – Austausch zwischen gesellschaftlich so unterschiedlich Positionierten, gerade wenn Bündnisse entstehen sollen, unabdingbar ist? Osaren Igbinoba von der Flüchtlingsselforganisation The Voice schreibt in seinem kritischen Beitrag zu dem Thema Zusammenarbeit von Antira- und Flüchtlingsgruppen: „Rassismus, Kolonialismus und sogar das Erbe der Sklaverei sind nicht einfach nur Spuren einer weit zurückliegenden Vergangenheit. Vielmehr beeinflusst dieses Erbe täglich unser Leben und unsere Beziehungen. In der Tat sind die vermeintlichen Narben immer noch offene Wunden“ (Neues Deutschland, 28.08. 2009). So habe der Konflikt innerhalb der – meist nur punktuellen – Zusammenarbeit von Antira- mit Flüchtlingsgruppen damit zu tun, dass die deutsche Linke ihre Positionen, Konzepte und Methoden häufig als einzig politisch korrekte begreife. Damit einher gehe die Aufforderung an die Flüchtlingsgruppen, „sich in beinahe allen Aspekten nach den deutschen Gruppen zu richten. Deren Position wird aufgrund ihrer strukturellen Überlegenheit im Hinblick auf Kontakte, Finanzen, Kenntnisse der Sprache und des Systems und wegen der Isolation der Flüchtlinge unausweichlich – wenn auch unbewusst – dominant.“

Die Möglichkeit der gleichberechtigten Diskussion von (politischen) Interessen durch die Reflexion des Machtgefälles zu schaffen ist also die herausfordernde Voraussetzung für rassismuskritische Bündnisse.

Stellvertreter_innenpolitik per se?

Einen Weg, öffentlichkeitswirksam politisch zu arbeiten und nicht ausschließlich „Einzelfallhilfe“ zu leisten, beschreiten in Deutschland die Flüchtlingsräte. Ihre Arbeit basiert auf punktuellen Kooperationen mit Flüchtlingen oder Flüchtlingsgruppen und auf dem kontinuierlichen Informationsaustausch mit jenen Gruppierungen, die auch oder größtenteils Beratungsarbeit machen. Nichtsdestotrotz ist auch hier nicht selten – gerade von Seiten der Flüchtlingsgruppen – Kritik zu hören. Diese begründet sich einerseits durch die Tatsache, dass die Flüchtlingsräte in ihrer Funktion als Lobbyvereine Kooperationen in relativ institutionalisierter Form mit politischen Entscheidungsträger_innen pflegen,

um Verbesserung auf der Ebene gesetzlicher Regelungen herbeizuführen. Damit fungieren sie als Rädchen innerhalb des Migrationsregimes. Etwa öffentliche Argumentationen, Einzelpersonen aufgrund ihres besonders drastischen Schicksals ein Aufenthaltsrecht zu gewähren, riskieren, Legitimationslogiken über „echte“ und „unechte“ Flüchtlingsschicksale zu stützen. Vor allem aber basiert die Kritik auf eben jenen schon geschilderten Dominanzverhältnissen und dem Betreiben von Stellvertreterpolitik.

Ist es möglich, sich für die Interessen der von Rassismus Betroffenen (ist dieses Wort schon viktimisierend?) einzusetzen, ohne Stellvertreter_innenpolitik zu betreiben, obgleich man selbst nicht die Perspektive von Betroffenen teilt? Wie sind dann realitätsferne Zuschreibungen von Positionen gegenüber Flüchtlingen und Migrant_innen also zu vermeiden? Wie entgeht man der Gefahr, irregularisierte Flüchtlinge als Opfer der Verhältnisse in den Herkunftsländern oder der gegenwärtig erfahrenen Unterdrückung, zu stigmatisieren? Ist es nicht eben jene doch noch vorhandene Abgrenzung von humanistischen Ansinnen, welche eine radikale Ablehnung der diskursiv wie rechtlich produzierten Kriminalisierung irregularisierter Migrant_innen ermöglicht? Was bleibt als Standpunkt einer antirassistischen Linken? Vertritt das Begreifen der Migrant_innen als revolutionäre Subjekte – etwa als verlängerter Arm der Befreiungsbewegungen im Trikont, wie es Ende der 80er in linken Kreisen proklamiert wurde – oder aber ein Perspektivwechsel hin zur „Autonomie der Migration“ (vgl. Moulrier Boutang, 2002; *Transit Migration*, 2007: 203 ff.) als (widerständige?) soziale Bewegung, die Interessen irregularisierter Migrant_innen in angemessener Weise?

Diese Fragen zeigen, wie notwendig die oben andiskutierte Debatte über Bündnisbildung sind. Auf diese Fragen scheinen jedoch auch aktuelle Ansätze einer hinterfragenden Migrationsforschung – deren Protagonisten aus dem rassismuskritischen Aktivismus kommen und zum großen Teil über den berühmten Migrationshintergrund verfügen – weiterzuhelfen, vielleicht Antworten zu geben!? Es ist diese Verknüpfung einer wechselseitigen Hinterfragung im wissenschaftlich-aktivistischen Raum, die zur Klärung vieler oben schon aufgeworfenen Fragen beitragen kann oder noch muss. Dennoch befreit uns dies nicht von einem ständigen, auch unbequemen, Hinterfragen des eigenen rassismuskritischen Denken und Tun.

Perspektiven kritischer Migrationsforschung

Die zum Teil aus der aktivistischen Zusammenarbeit bei Kanak Attak⁴ hervorgegangene Forschungsgruppe Transit Migration setzt sich das Ziel, der Migration ihr „subjektives Gesicht“ zurückzugeben. Dies bedeute, den in der öffentlichen Darstellung verbreiteten Verzerrungen über die Subjektivität von Migrant_innen nachzuspüren. Damit wenden sie sich gerade gegen eine Viktimisierung und eine Kriminalisierung von irregularisierten Migrant_innen, wie sie durch Medien, Migrationspolitik, aber ebenso durch Argumentationsmuster von NGOs produziert werden. Dass die „Festung Europa“ eben keine Abschottungspolitik produziere, sondern ein nach ökonomischem Kalkül gestricktes Netz, ein differenziertes System der Hierarchisierung von Migrant_innen, erfordert für sie, einen Perspektivwechsel vorzunehmen: Es gilt, die Migration (als Bewegung) als Akteurin zu begreifen, welche – obgleich im Aushandlungsverhältnis der Macht deutlich unterlegen – auch als herausfordernde Kraft von Migrationskontrollpolitiken zu denken ist. Organisiert in Netzwerken gelinge es den Migrant_innen der zunehmenden Militarisierung der europäischen Außengrenzen zum Trotz, ihre Bewegung fortzusetzen.

Ist ein Perspektivwechsel, in der Migrationsforschung wie im Zuge des Aktivismus, vermehrt eine „Perspektive der Migration“ (vgl. Römhild, 2010) (wobei die Frage, was genau dies zu sein habe weiter die migrationsaktivistischen, -wissenschaftlichen und -interessierten Gemüter bewegt) einzunehmen, noch so wichtig, riskiert die Forschungsgruppe Transit Migration hiermit dennoch eine Heroisierung der irregularisierten Migration (und damit des/der irregularisierten Migrant_in als solche?). Dieses Risiko resultiert etwa aus der nicht konkreten Benennung von Bedingungen und Bedingtheiten wie etwa Migrationsgesetze, im Kontext derer sich Migrant_innen positionieren, so geben auch Martina Benz und Helen Schwenken zu bedenken (2007).

Es sind vor allem Flüchtlingsselbstorganisationen/-initiativen, die in solcherlei Theorieentwicklung die Ausblendung der Bedingungen in den Herkunftsländern ebenso sehen, wie eine Verschleierung der ausbeuterischen Verhältnisse, etwa

⁴ Zur Selbstbeschreibung von Kanak Attak: „Kanak Attak ist der selbstgewählte Zusammenschluß verschiedener Leute über die Grenzen zugeschriebener, quasi mit in die Wiege gelegten ‚Identitäten‘ hinweg. Kanak Attak fragt nicht nach dem Pass oder nach der Herkunft, sondern wendet sich gegen die Frage nach Pass und Herkunft. Unser kleinster gemeinsamer Nenner besteht darin, die Kanakisierung bestimmter Gruppen von Menschen durch rassistische Zuschreibungen mit ihren sozialen, rechtlichen und politischen Folgen anzugreifen.“ Zit. nach Manifest von Kanak Attak: <http://www.kanak-attak.de>.

innerhalb von Schleppernetzwerken. Es gab durchaus Debatten zu dieser Kritik zwischen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen⁵ und Kanak Attak. Diese gipfelte aber in einem scheinbar unauflösbaren Widerspruch: Die Herleitung des Rechtes auf menschenwürdige Lebensbedingungen für Migrant_innen aus der kolonialen Vergangenheit europäischer Staaten und die Problematisierung der Verhältnisse in den Herkunftsstaaten reproduziere einen Opferdiskurs und negiere somit ein globales Recht auf Bewegungsfreiheit (vgl. Karawane, 2004).

Warum werden die Meinungen zum Beispiel von The Voice und der Karawane jedoch im wissenschaftlichen Austausch aktueller kritischer Migrationsforschung nicht weiter berücksichtigt? Diese Frage verweist auf Debatten, die wir als MiRA geführt haben, gerade weil wir hier dem Selbstanspruch, solche Ausschlüsse nicht zu reproduzieren, sicherlich selbst nicht ausreichend gerecht werden. Unter anderem aus dieser Debatte entstand die Ambition, die Überwindung einer vermeidlichen Trennung zwischen „Theorie“ und „Praxis“ voranzutreiben. Wir haben uns dies vorgenommen, weil diese Trennung in der Wissenschaft gelebt wird, nicht weil wir sie reproduzieren möchten. Nichtsdestotrotz ist uns bewusst, dass Wissenschaft Praxis ist, dass Wissensproduktion in Bewegungen stattfindet und dass beides Felder des subversiven Kämpfens sein können. Wissen für „die Bewegung“ zu produzieren und über die Dilemmata des Aktivismus zu reflektieren, sind Schnittpunkte, die uns ausbaufähig erscheinen.

Einige der verschriftlichten Mosaiksteinchen unserer Diskussionen unternehmen den Versuch, die geschilderten Beobachtungen, Fragen und Erfahrungen einfließen zu lassen. Wir alle versuchen oder versuchten dies auch innerhalb der universitären Textproduktion auf kritische Weise zu tun – und stießen damit an Grenzen angesichts der Position innerhalb des universitären Systems, Grenzen der Vorgaben von Wissenschaftlichkeit und Grenzen angesichts der Gefahr, Kontrollwissen zu produzieren, um so näher man an der alltäglichen Realität des Rassismus argumentierte.

Im Vorfeld der Ringvorlesung entstanden aus unseren Diskussionen einige Textbausteine, die bisher auf einem internen „Wiki“ schlummerten. Auf die Gefahr

⁵ Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen beschreibt sich als ein bundesweites Netzwerk, das sich aus Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen von Migrant_innen und Deutschen zusammensetzt und sich als antiimperialistisch und antirassistisch versteht. Nähere Informationen gibt es unter <http://www.thecaravan.org>.

hin, dass auch wir seitdem einige Gedankenschritte anders angehen würden, möchten wir diese zur Diskussion stellen: So etwa die Idee, dem nationalen Containerdenken, wie es die Migrationsforschung noch immer dominiert, und wie es sich auch in uns als Aktivist_innen, in unseren Bündnissen spiegelt, eine Ortlosigkeit als Ausgangspunkt entgegenzusetzen, der eine kritische Betrachtung nationalstaatlicher aber auch „transnationaler“ Kontexte unter anderen Vorzeichen ermöglicht:

ORTLOSIGKEIT

Kritische Migrationsforschung beschäftigt sich nicht mit objektivierbaren Faktoren von Migrationsströmen. Die zahlenmäßige Erfassung von Migration als Standortwechsel steht nicht im Mittelpunkt. Eine räumliche Grenzüberschreitung zwischen (National-)Staaten sagt wenig über die Menschen, ihre Beweggründe, Wünsche und Möglichkeiten aus. Sich von einem Ort – zeitlich unbestimmt – an einen anderen zu begeben, ist die objektivierte Fassung einer Tätigkeit, die dem Menschen gegeben ist. Nur im Kontext von Staatlichkeit ist die Überwindung räumlicher Distanzen auf einmal eine Frage von Grenzen und Papieren. Deshalb muss Migrationsforschung, insofern sie kritisch sein will, eine Herangehensweise an Migration wählen, die nationalstaatliche Kontexte nicht außer Acht lässt, aber zumindest als kontingenten Faktor versteht. Die Geburt und die Fähigkeiten die im menschlichen Dasein gegebenen sind, erzeugen keine räumliche Bindung, die nicht zuletzt mit Hilfestellung oder Hilfsmitteln überwunden werden könnte.. Die Ortlosigkeit sollte der Ausgangspunkt der kritischen Betrachtung von Migration sein.

Des weiteren stellt sich – gerade für europäisch-privilegierte Forscher_innen, im Zuge der eigenen Forschungserfahrungen sowie im Austausch mit anderen Forschenden wie Aktivist_innen – die Frage nach der Position, der Positioniertheit und die Infragestellung der eigenen Sprecher_innenposition innerhalb der Wissensproduktion. Mit der eigenen Positionierung und der gesellschaftlichen Positioniertheit, aus der heraus man spricht, reflektiert umzugehen, heißt, klar Partei zu ergreifen, sich der Realität zu stellen, dass per se politisch ist, wer Wissensproduktion betreibt und umso mehr, indem Migration – wie auch immer – zum Gegenstand der Auseinandersetzung gewählt wird. Unsere Spre-

cher_innenposition ist somit politisch, eine aktivistische und damit einerseits einer differenzierten Analyse verpflichtet, die jeglicher Bequemlichkeit eine Absage erteilt, andererseits erfordert sie, zuzuhören, zu verstehen, im Dienste einer antihegemonialen Deutungsmacht zu schreiben.

PER SE POLITISCH

Die Erforschung des Phänomens „Migration“ lässt verschiedenste Themenfelder und deren Abgründe an einem Punkt scheinbar offensichtlich zu Tage treten: (Neo-)Kolonialismus, Nationalismus, Rassismus, Kapitalismus, Gender- und soziale Ungleichheit. . . . Dies ist jedoch abhängig davon, mit welcher Intention und von welchem Standpunkt aus geforscht wird. Neutralität kann es diesbezüglich nicht geben, sondern der/die Forschende ist unweigerlich gezwungen, sich im politischen Kontext zu positionieren. Die „etablierte“ Migrationsforschung als vermeintlich neutrale Wissenschaft lässt ein kritisches Hinterfragen gängiger, normalisierter Konzepte von Nationalstaat und globalisiertem Kapitalismus nicht zu, da sie Teil dieser Ideologien ist und durch ihre Arbeit am Fortbestehen und weiteren Normalisieren dessen beiträgt. Migration wird folglich einerseits als zu regulierende Größe verhandelt, wobei andererseits eine rational-ökonomische Verwertungslogik die Kriterien jener ersehnten Steuerung bestimmt. Kritische Migrationsforschung sollte daher, sich davon abgrenzend, die gängigen Migrationspolitiken kritisch hinterfragen, die globalen, historischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge aufzuzeigen versuchen, um damit bestenfalls die dominierenden politischen Akteure hinsichtlich der Wahrung ihrer (Menschen-)Rechtsstaatlichkeit in einen gewissen Handlungsdruck zu versetzen. Letztendlich sollte sich stets mit der Intention von Migrationsforschung auseinandergesetzt werden, um zu entscheiden, ob diese kritisch ist oder nicht: wer spricht wie und warum über Migration?

DEUTUNGSMACHTUMKEHR

Kritische Migrationsforschung sollte sich dem genauen Hinsehen verpflichtet fühlen und nicht nur über ihre Forschungsobjekte aus der Ferne schreiben, sondern diese und ihre Positionen und Perspektiven

in die Forschung mit einbeziehen, ihnen zuhören und so Raum für eine Auseinandersetzung mit migrantischen Realitäten, Perspektiven und Strategien ermöglichen. Dabei geht es nicht um ein erneutes aus einer privilegierten Position heraus Sprechen für Jemanden, sondern um die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Position als Forscher_in. „Weiße Forscher_innen“ sollten dabei immer ihr eigenes Vorgehen und ihre eigene Position kritisch reflektieren und sich selbst als Forscher_in (gesellschaftspolitisch) positionieren. Den jeweiligen politischen und historischen (nationalen) Kontext gilt es dabei aufzuzeigen, um dadurch die vorherrschenden migrationspolitischen Strukturen kritisierbar zu machen. Die komplexen Verhältnisse, nicht nur in den Herkunftsländern oder in der Migrationssituation, sondern insbesondere auch in der sich die so genannte zweite und dritte Generation hier in Deutschland befindet, sollten aufgezeigt und zu verstehen versucht werden. Dies kann nur gelingen, indem man Migrant_innen und so genannten Menschen mit Migrationshintergrund selbst die Definitions- und Deutungsmacht überlässt und essentialistische Vorstellungen von (Identitäts- und Kultur-) Konzepten überwindet. Gesellschaftliche und politische Exklusionsmechanismen und Strategien gegenüber bestimmten (Migrant_innen-)Gruppen müssen sowohl auf ihrer symbolisch-diskursiven als auch auf ihrer strukturellen-rechtlichen Wirkungsebene aufgezeigt und kritisiert werden.

Schließlich erscheint uns eine Analyse der Migrationsforschung als Instrumentarium der Migrationspolitik maßgeblich, um hier einen Perspektivwechsel vornehmen zu können. Eingefahrene methodische und auch sich als kritisch begreifende Zugänge müssen hinterfragt werden – zu leicht verschreibt sich die Migrationsforschung im kritischen Ansinnen diskurstheoretischen Analysen, die die Materialisierung der Diskurse, die Grenzen, die Knäste, die Lager... im Dienste einer Viktimisierungs-Vermeidung nicht mehr benennbar machen, die die Bedingtheiten 'lustig-subversiver' Positionierungen überschatten.

JENSEITS VON KULTURALISMUS UND DISKURSIVER VERKÜRZUNG

Kritische Migrationsforschung soll und kann nicht abschließend

definierbar sein. Vielmehr steht sie vor der kontinuierlichen Herausforderung, sich an verändernden Migrationsbewegungen und -politiken (und deren wechselseitigen Verschränkungen) theoretisch-konzeptionell sowie in empirischer Hinsicht zu orientieren. Die Perspektive etablierter Migrationsforschung sollte schon wegen ihrer Involviertheit oder schweigenden Zustimmung zu Mainstreams des staatlichen Migrationsmanagements hinterfragt bleiben. Das Ausgehen von migrantischen und migrationsaktivistischen Perspektiven erscheint schon deshalb sinnvoll, weil es Teil des Herrschaftsdiskurses ist, marginale Stimmen nicht zu hören und/oder ihnen bestimmte Subjektpositionen zuzuschreiben – solcher Art Ausblendungen sollte eine sich als kritisch begreifende Forschung nicht reproduzieren. Welche Akteur_innen aus welchen – auch menschenrechtlichen – Motiven Legitimationsstrukturen für staatliche Migrationspolitiken liefern, ist genau zu analysieren. (Post-)Koloniale diskursiv-juridische Strukturen werden sichtbar und damit kritisierbar, wenn sie in ihrer Kontinuität – historisch und im Rahmen globaler Restrukturierungsprozesse – erfasst werden. Auch gilt es, den Erzählungen von Migrant_innen und Flüchtlingen aus dem globalen Süden die Definitions- und Deutungsmacht etwa der politischen Zusammenhänge in Herkunftsregionen zu überlassen und somit eine eurozentristische Herangehensweise zu vermeiden. Dies bedeutet jedoch gerade nicht, dass „europäische/privilegierte Forscher_innen“ sich nicht migrationspolitisch oder -theoretisch engagieren sollten, sondern dass sie hierfür nicht den einfachsten, „gängigsten“, sondern einen verantwortungsvollen Zugang wählen sollten.

Obgleich Migration als Grenzen überschreitender (und konstituierender) Prozess nicht in nationalstaatlichen Kategorien verhaftet bleiben kann, setzt sich diese Ausführung zum Ziel, von der „deutschen/deutschsprachigen“ Migrationsforschung ausgehend, darzulegen, wo eben jene (bisherige) nationalstaatliche Orientierung in Forschung und Politik überwunden werden muss, um oben genannten Herausforderungen gerecht zu werden. Betrachtet man den relevanten Forschungsstand (etwa der letzten 30 Jahre), so fallen mehrere „Paradigmen“ deutscher Migrationsforschung ins Au-

ge, von denen hier einige genannt werden sollen: Im Zuge eines Integrationsparadigmas (vgl. Transit Migration, 2007: 8), der weitgehenden Konzentration unterschiedlicher Forschung zu Migration auf integrationstheoretische sowie sozialpolitische Implikationen von Zuwanderung – in Deutschland vornehmlich der Arbeitsmigration – im „Ankunftsland“, entstand ein weiteres, das Ethnizitätsparadigma (vgl. Hess, 2002): Während in den 1980er Jahren die Kulturkonflikttheorie (vgl. Bendit; Schmid, 1992) im Kontext der Multikulturalismusdebatte das als verstärkt auftretend wahrgenommene Konfliktpotential (vornehmlich männlicher) migrantischer Jugendlicher der so genannten „2. Generation“ durch das im Identitätsverlauf vermeintlich unvereinbare Aufeinandertreffen von mindestens zwei „Kulturen“ zu erklären suchte, vertreten neuere (postmoderne/-koloniale) Ansätze von „hybriden“ oder „Patch-work“-Identitäten die Ansicht, mit nicht-essentialistischen Konzepten von Kultur und Identität den vielfach zusammengesetzten, heterogenen oder gar widersprüchlichen migrantischen Identitätskonstruktionen gerecht zu werden (vgl. beispielhaft Ha, 2004; Beck-Gernsheim, 2004). Vielfach verbleibt die Auseinandersetzung mit alltäglichen Rassismen und Diskriminierungen in Ansätzen rund um ethnische oder kulturelle Identitäten einer symbolisch-diskursiven Ebene verhaftet – und reproduziert somit, trotz aller kritischen Ambitionen, einen aktuellen Trend der Sozial- und Kulturwissenschaften: Ausgehend von Ideen der Kritischen Theorie sowie des Marxismus bleiben allzu häufig die Funktionen, die kulturelle Identitäten in Realitäten, die permanent durch migrationspolitische Kategorisierungen und deren juridischen Manifestierungen in prekären Aufenthaltsstati und Arbeitsverhältnissen geprägt sind, erhalten, unterthematziert. Das theoretische Verbleiben auf der diskursiv-symbolischen Ebene liegt sicherlich auch darin begründet, dass eine differenzierte Betrachtung der kapitalistisch und kolonial geprägten globalen Verhältnisse als Ursache rassistischer Realitäten schnell in viktimisierenden Darstellungen von Migrant_innen enden kann. Staatszentrierte Analysen, etwa von Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Migrationsmanagement, bilden hier sicher keine Alternative, zumal sie die Migration als Akteur schlicht ausblenden.

Ebensowenig scheinen romantisierende Hervorhebungen (vernetzter) migrantischer Strategien einen Ausweg zu bieten aus einer letztlich einseitigen Darstellung. Was sind nun jedoch Herangehensweisen, die jene Dilemmata verhindern können? Es gibt trotz allem soeben verbreiteten Pessimismus, einige Beispiele (auch) deutschsprachiger Migrationsforschung, die vielversprechende Wege längst beschritten haben – manche die sich dies explizit auf die Fahne schreiben und andere, die schon vergessen oder überholt scheinen: Zeitgemäße kritische Migrationsforschung erfordert zunächst, „neue“, aktuelle Einwanderungsbewegungen und die Versuche, diese zu kontrollieren, in den Fokus zu stellen. Dies bedeutet vermutlich auch, den Begriff von Einwanderung (oder diesen Begriff überhaupt) zu überdenken. Die Erkenntnis, dass das „Nadelöhr der Zuwanderung“ innerhalb von militarisierten Grenzregimen (nicht nur) in Europa der illegale Grenzübertritt ist, sollte nicht dazu führen, dass eben dieser pauschal als kriminelle Handlung erfasst wird. Insofern der EU- und bundespolitische Mainstream dies tut, sollte die Wissenschaft ihre – wenn vielleicht auch nicht finanzierungsmäßige – Freiheit nutzen, Migrationsbewegungen unabhängig von ihrem legalen oder dauerhaften Verbleib in wo-auch-immer in den Mittelpunkt ihres Interesses zu rücken und somit eben jene Tendenzen des „Integrationsparadigmas“ überwinden – nicht zuletzt, um politische Wissenschaft zu sein. Kurz: Es wird Zeit, beispielsweise auch Fluchtmigration, die ihr Migrationsprojekt nicht gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention ausrichtet, als Einwanderung (oder was auch immer) anzuerkennen. Sich aktuellen Herausforderungen im oben genannten Sinne zu stellen, heißt auch, transnationale Realitäten nicht als Abweichung von der Norm oder als Übergang hin zur Integration zu begreifen. Jedoch darf dies nicht dazu führen, transnationale Verortungen als notwendig widerständige zu verbuchen, sondern ihre Ursachen, Entwicklungen und Bedingtheiten innerhalb des Kontextes (national)staatlicher Restriktionen und Beschränkungen sowie angesichts globaler Zusammenhänge zu reflektieren. Die Aufforderung der Flüchtlingsorganisation die Karawane, Migrant_innen nicht Subjektpositionen allein aufgrund ihrer der Migration immanenten Grenzüberschrei-

tung zuzuordnen (Subjektpositionen wie etwa Opfer, widerständige Helden oder Kriminelle), sondern zunächst komplexe Verhältnisse in den Herkunftsländern verstehen zu wollen, sollte ernst genommen werden (und der aktive, politische wie wissenschaftliche Austausch mit eben solchen Bewegungen realisiert werden). Die Trennung von Untersuchungen in Herkunfts- und Ankunftsland ist eine künstliche, in Container-Denken verfangene, welche nur dadurch überwunden werden kann, Migration als Prozess (vgl. Wolbert, 1995) zu konzeptionalisieren. Dies meint jedoch nicht nur die räumliche und zeitliche Dimension von Migration konzeptionalisierbar zu machen, sondern beansprucht, die Frage nach Ethnizität zunächst offen zu lassen und vor allem die Migration(erfahrung) in ihrer sie maßgeblich bedingenden Einbettung in rechtlich-politische Rahmenbedingungen zu erfassen. Schließlich scheint das Problem, diskursiv-symbolische mit strukturellen Faktoren der Migration theoretisch und empirisch zusammenzubringen, von Vertretern der Intersektionalitätstheorie⁶ erkannt und mit dem Entwurf einer Mehrebenenanalyse (Vgl. Degele; Winker, 2007) zumindest durch einen Vorschlag des möglichen Vorgehens ausgestattet worden zu sein.

Unsere Arbeit, unsere Wissensproduktion und unsere Diskussionen sind mit den hier dargestellten Ausschnitten keineswegs abgeschlossen – ein weiterer Beitrag von MiRA zu einer anderen Wissensproduktion ist etwa die vorliegende Publikation.

Ein Fazit?

Wie kann ein Fazit lauten angesichts der Anhäufung von Fragen, von Skepsis, von Unbehagen und Kritik, vielleicht auch von Pessimismus, die die Leser_in soeben über sich ergehen ließ?

Ich denke, dass ein Fazit sein muss, dass wir uns bewusst sind über unser antirassistisches Tun – so „groß“ oder „klein“ es auch sein mag: Bewusst über die Gründe – warum und wie tun wir genau dieses? Welche vielleicht

⁶ Die Intersektionalitätstheorie als Ansatz der sozialen Ungleichheitsforschung versucht verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit zusammenzudenken, Geschlecht, Alter, Herkunft etc. nicht als getrennte Kategorien sondern in ihrem Zusammenwirken zu untersuchen.

gar persönlichen Hintergründe hat unsere Politisierung? Und in welchem politischen Kontext arbeiten wir? „Antirassistisch“ mag bei Einigen vielleicht Assoziationen hervorrufen – Assoziationen der Einseitigkeit. „Im Konsens antirassistisch“ – so habe ich MiRA eingangs beschrieben: Dies bedeutet auch, jegliche Kontextbedingungen des Rassismus, seine Ursachen und Auswüchse, seine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit zu hinterfragen – koloniale Muster in ihrer Kontinuität zu erkennen und damit Ausbeutung, Prekarisierung, inklusive der eigenen, Kämpfe – alltägliche und organisierte – von Migrant_innen aber auch von Arbeiter_innen, von Frauen, von Transgender, Queers und Homosexuellen, Kämpfe gegen nationalstaatliche Regime wie Migrationsregime in ihrem globalen Zusammenhang zu erfassen und sich aufzulehnen, die vermeintliche Logik der Unterdrückung in ihren verbreiteten Legitimitätsdiskursen zu dekonstruieren, kulturalistische wie zivilisierende Ansätze der Integration lautstark abzulehnen, unbequem zu sein und immer zugleich das eigene Unbehagen mit Welt, mit dem eigenen Aktivismus, mit der eigenen Positionierung konstruktiv zu nutzen.

Dieser Artikel möchte nicht den Eindruck erwecken, dass die eigene Nabelschau im Zentrum stehen sollte – aber das Unbehagen, dass sie notwendig macht, ist Auslöser von Veränderung und von Hoffnung, etwas ändern zu können. So muss man nicht einfach hinnehmen, dass man Teil einer Helferstruktur ist, die Opfer konstruiert, wenn man letztlich soziale Arbeit im antirassistischen Sinne macht. Aber ein Bewusstsein darüber, dass man Teil spezifischer Machtverhältnisse ist und dass man ein Unbehagen damit hat, dieses zu reproduzieren, man aber dennoch nicht aufhört zu tun, was man tut, sondern fähig ist, in diesem Widersprüche offensichtlich zu machen, ist maßgeblich – es gibt kein richtiges Leben im Falschen!

In Kontexten zu arbeiten, die sich durch – hinsichtlich ihrer Biographien, ihrer politischen Einstellungen, ihrer gesellschaftlichen Positionierungen wie Positioniertheit – äußerst verschiedenartige Akteur_innen auszeichnen, bringt Reproduktionen von Machtstrukturen, von struktureller Ungleichheit, bringt Konflikte hervor, die herausfordern. Uns dieser Herausforderung strategischer Zusammenschlüsse zu stellen ist etwas, was wir aus tiefstem Herzen wollen! Die Erfahrung des Rassismus ist – auch innerhalb dieser Zusammenschlüsse – zentral für seine Analyse. Wir wehren uns gegen einen Aktivismus wie gegen eine Wissensproduktion, die versucht aus protektionistischen Ansin-

nen, Menschen (erneut) nicht sprechen zu lassen, nicht zuzuhören, die gut auf sich selbst aufpassen können. Verantwortungsvoll solidarisch zu sein ist der herausfordernde Ausgangspunkt unserer Wissensproduktion und unseres Aktivismus.

Literatur:

- Bachmann-Medik, Doris. 2007. Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Hamburg, 2. Auflage. rowohlt enzyklopädie.
- Becker, Franziska. 2001. Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung russischer Juden. Berlin. Dietrich Reimer Verlag.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth. 2004. Wir und die Anderen. Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag.
- Benz, Martina/Schwenken, Helen. 2007. Jenseits von Autonomie und Kontrolle. Migration als eigensinnige Praxis. <http://www.linksnet.de/de/artikel/19489> (10. 11. 2011).
- Cohn-Bendit, Daniel/Schmid, Thomas. 1992. Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie. Hamburg. Hoffman & Campe Verlag.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele. 2007. Intersektionalität als Mehrebenenanalyse. http://www.tu-harburg.de/agentec/winker/pdf/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf (10. 11. 2011).
- Ha, Kien Nghi. 2004. Ethnizität und Migration reloaded. Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs. Berlin. Wissenschaftlicher Verlag Berlin.
- Hernandez, Berenice/Kron, Stefanie. 2000. Schatten im Paradies. Arranca! Ausgabe 20. Berlin.
- Hess, Sabine. 2002. Review über „Ankommen in Deutschland“ von Franziska Becker. Frankfurt am Main.
- Igbinoba, Osaren. 2009. Die Fessel, die uns gefangen hält. The Voice- Sprecher über seine Ansprüche an antirassistische Gruppen. In: Neues Deutschland vom 28. 08. 2009.
- Karawane. 2004. Keine Romantisierung bitte. „Autonomie der Migration“ im Streitgespräch. <http://thecaravan.org/node/19> (10. 11. 2011).
- Moulier Boutang, Yann. 2002. Nicht länger Reservearmee. Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration. In: Subtropen Nr. 14.
- Pries, Ludger. 2001. Internationale Migration. Bielefeld. Transcript Verlag.
- Römhild, Regina. 2010. Aus der Perspektive der Migration: Die Kosmopolitisierung Europas. <http://www.linksnet.de/de/artikel/25635> (10. 11. 2011).
- Transit Migration Forschungsgruppe. 2007. Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld. Transcript Verlag.
- Wolbert, Barbara. 1995. Der getötete Pass – Rückkehr in die Türkei. Berlin. Akademie Verlag.

Autor_innenbiografien

Eva Bahl und Marina Ginal forschen über Migration und Menschenhandelsdiskurse und beteiligen sich im Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Mit dem Künstler Ralf Homann konzipierten sie die Installation »menschen[ver]handel[t]« für die Ausstellung »Crossing Munich – Orte, Bilder und Debatten der Migration« die vom Juli bis September 2009 in der Münchner Rathausgalerie gezeigt wurde.

Franziska Brückner studierte Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft in Dresden sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist Mitglied bei Netzwerk MiRA, dem Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung sowie engagiert im Ausstellungsprojekt Residenzpflicht/Invisible Borders.

Gaston Eboa is an expert in his own right and politicizing personality. He is founding member of the Amo Books Foundation on Critical Blackness with its library which is based at the Humboldt-University-Berlin. The library takes its name from Anton Wilhelm Amo, an ancient African child slave who studied and taught Human Rights in what is Germany today even though he was not the first of his kind to achieve such a feat. In the early eighteenth century he was Dr of philosophy from the University of Halle-Wittenberg "Germany" and worked against the slave trade of "German" companies at the time. The library emphasizes racist historiography, based on the critical examination of sources, and engages in Critical Blackness dealing with the Eurocentric beliefs by some so-called Blacks and whites. In this library Eboa offers support for the reception of individual complaints through the "individual complaints mechanism"

of the respective treaty bodies committees under the UN International law Human Rights system.

Fabian Georgi studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und der University of Kent in Canterbury/GB. In seiner Abschlussarbeit analysierte er das „Migrationsmanagement in Europa. Eine kritische Studie zum ICMPD“ (VDM Verlag, Saarbrücken, 2007). Seit Februar 2008 promoviert er als Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung an der FU Berlin zur Internationalisierung von Migrationskontrollen am Beispiel der „International Organization for Migration“ (IOM). Seit November 2009 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M. und arbeitet dort im Forschungsprojekt „Die Transnationalisierung des Staates im Prozess der Entstehung einer gemeinsamen europäischen Migrationskontrollpolitik“.

Katja Giersemehl studiert wissenschaftliche Politik, Geographie und Englisch an der Universität Freiburg. Vom 01.09. bis 01.11. 2008 hat sie am Goethe-Institut in Accra (Ghana) ein Praktikum in der Sprachabteilung gemacht.

Dr. Urmila Goel forscht und lehrt zu Kritischer Rassismusforschung, Gender und Queer Studies sowie den Interdependenzen verschiedener Machtverhältnisse. Als Kultur- und Sozialanthropologin arbeitet sie vor allem zu indisch wahrgenommenen Menschen in Deutschland. Mehr Informationen auf <http://www.urmila.de>.

Miriam Höppner absolvierte ihr Diplom in Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und hat einen M. A. in Conflict Studies and Human Rights von der Universität Utrecht. Zur Zeit promoviert sie an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema Diaspora, ist seit 2009 Lehrbeauftragte an Berliner Hochschulen und freiberuflich im Bereich politischer Bildung insbesondere mit der Konzeptionalisierung und Durchführung von Planspielen tätig. Seit der Gründung 2007 ist sie Mitglied beim Netzwerk MiRA und darüber hinaus engagiert im Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.

Johanna Karpenstein studierte Sozial-, Kommunikations- und Rechtswissenschaften in Erfurt und Berlin. Ihre Abschlussarbeit beschäftigte sich

mit Subjektpositionierungen von irregularisierten Flüchtlingen in Berlin. Sie ist Mitglied bei Netzwerk MiRA sowie dem Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Seit fünf Jahren ist sie in der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V. in Berlin als Beraterin sowie in der Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Dr. Grada Kilomba is a writer, psychologist, and university lecturer born in Lisbon. Her literary work approaches remembered stories of slavery, colonialism and everyday racism. She has been working on several theatre projects and lecturing at universities in Berlin and Accra. She is the co-editor of ‚Mythen, Masken und Subjekte‘ (Unrast 2005) and the author of ‚Plantation Memories‘ (Unrast 2008). Currently she is writing on her new novel: ‚Kalunga‘. Mehr Informationen auf: <http://www.gradakilomba.com>.

Johannes Krause ist 1977 in Burg bei Magdeburg geboren und hat an der Universität Leipzig im Fach Politikwissenschaft promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Politische Philosophie, Europäische Integration, Nord-Süd-Beziehungen, Internationale Ethik, Migration.

Philipp Kuebart studierte Architektur und Städtebau in Stuttgart und Berlin. Er ist in antirassistischen Projekten in Berlin und Umgebung aktiv. Im Rahmen seiner Diplomarbeit entstand 2009 die Ausstellung Residenzpflicht – Invisible Borders über die Produktion, Wahrnehmung und Überwindung von Grenzen im Leben von Flüchtlingen in Deutschland (siehe www.invisibleborders.de).

Eva Leitholf studierte von 1986 bis 1994 Kommunikationsdesign mit Schwerpunkt Fotografie bei Prof. Angela Neuke an der Universität Essen und absolvierte ihr Studium der Kunst (MFA) bei Allan Sekula und Ellen Birrell am California Institute of the Arts (Cal Arts), USA. Sie ist Trägerin vieler Stipendien und Auszeichnungen für Fotografie. Mehr Informationen auf: <http://www.evaleitolf.de>.

Christiane Mende studiert Geschichte und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. In Ihrer Abschlussarbeit setzt sie sich mit Rassismen im Migrationsregime in der Deutschen Demokratischen Republik

auseinander. Sie ist engagiert in der Initiative gegen Abschiebehaft und Mitglied bei Netzwerk MiRA.

Sebastian Muy , 1982 in Mannheim geboren und dort aufgewachsen, studierte Soziale Arbeit in Ludwigshafen und war in seinen beiden Praxissemestern in Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen in Dresden und Köln tätig. Seit 2009 lebt er in Berlin, wo er in der antirassistischen Jugendbildungsarbeit bei den Falken in Berlin Neukölln tätig ist.

Dr. Cord Pagenstecher ist Historiker und zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin. Seine Promotion verfasste er zum Thema Visual History des bundesdeutschen Tourismus.

Dr. Tobias Pieper Politikwissenschaftler und Psychologe, arbeitet bei der Opferperspektive Brandenburg und als Lehrbeauftragter an der FU-Berlin, aktiv im Feld des Antirassismus.

Dr. Tobias Schwarz ist Kulturwissenschaftler und promovierte über den gegenwärtigen deutschen Ausweisungsdiskurs.

Stephen Sulimma studierte Sozialpädagogik auf Diplom in Freiburg und Philosophie in Berlin. Er ist langjähriger Mitarbeiter der „Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen“ und promoviert zur Zeit in Berlin.

Fabian Wagner ist Diplom-Soziologe und lebt zur Zeit in Frankfurt/M. Seine Promotion behandelt die europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Materialistische Staatstheorie sowie europäische Migrations- und Grenzregime.

Kristine Wolf ist Doktorandin im Bereich Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie forscht zu lokalen Aushandlungen über das Einwanderungsland Europa und beschäftigt sich im Kontext europäischer Migrations- und Grenzregime mit den Zusammenhängen von (irregulärer) Migration, Europäisierungsprozessen und Integrationspolitik. Darüber hinaus arbeitet sie zu Fragen der Frauen(erwerbs)arbeit vor und während des aktuellen Wandels in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft.

Zusammenfassungen der Beiträge

Selbstorganisation zwischen Türkei- und Migrationspolitik

Allmende e. V. im Interview

Der selbstorganisierte türkische Verein Allmende e. V. definiert sich als sozialer Raum, der die Möglichkeit zum politischen und kulturellen Austausch bietet. Im Interview mit MiRA beschreiben Allmende-Mitglieder ihre Arbeitsweise nach Innen und Außen, ihre Schwierigkeiten und Ziele. In den Fokus rückt die Frage nach den Beziehungen zwischen politischen Aktivist_innen in der Türkei und Deutschland. Sie nehmen Stellung zu diversen Themen des bundespolitischen Diskurses. So treten sie dem Vorwurf der Parallelgesellschaft entgegen und üben Kritik am Integrationsbegriff. Ein Mittelpunkt ihrer Arbeit ist die Forderung nach politischer Gleichberechtigung über das Wahlrecht für alle Migrant_innen bei gleichzeitiger Kritik am parlamentarischen System insgesamt. Darüber hinaus werden Probleme der alltäglichen Arbeit angesprochen: Die Finanzierungsproblematik von politischen Vereinen ebenso wie die Schwierigkeiten, türkische Jugendliche für ihre Arbeit zu gewinnen. Dahinter steht die grundsätzliche Frage, wie migrantische Politik im Kontext einer ablehnenden Haltung der Mehrheitsgesellschaft gestaltet werden kann.

Strukturelle Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration

Stephen Sulimma und Sebastian Muy

Der Text stellt sich die Aufgabe, die wichtigsten strukturellen Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration im Rahmen einer machttheoretisch inspirierten Analyse umrisshaft zur Darstellung

zu bringen. Hierfür wird es im ersten Teil (2–4) darum gehen, das Zusammenwirken der dispositiven Homogenität und Ökonomie bei der Hervorbringung einer spezifischen Auffassungsweise des Handlungsfeldes zu veranschaulichen und in deren Inkongruenz mögliche Lösungswege für die Gestaltung einer sich als kritisch verstehenden Sozialarbeit aufzuzeigen. Im zweiten Teil (5–7) wird die Rolle der Sozialen Arbeit als Akteurin im postfordistischen Migrationsregime einer Analyse und Kritik unterzogen und schließlich Perspektiven einer kritischen Sozialen Arbeit im Handlungsfeld Flucht und Migration aufgezeigt.

Flüchtlingspolitik als Lagerpolitik

Tobias Pieper

Pieper analysiert das Lagersystem in Deutschland seit 1980 und definiert es als dezentrales halboffenes Lagersystem. Es werden systematisch verschiedene Lagertypen analysiert und Ziele des Lagersystems in Deutschland herausgearbeitet, darunter die Festsetzung, Kontrolle und Verwaltung von Menschen. Der Text stellt in einer detaillierten Analyse die konkreten Ausschlussmechanismen des Lagersystems dar, unter anderem indem die Veränderungen in der öffentlich artikulierten Legitimation der Lagerunterbringung und ihre historischen Entwicklungen dargestellt werden. Die Lagerunterbringung bildet demnach die materielle Struktur einer Migrationspolitik die es sich im Namen der nationalen Sicherheit zur Aufgabe gemacht hat, Einwanderung zu regulieren bzw. zu verhindern. Piepers Analyse des Lagers als sozialen Raum zeigt, dass durch den Einschluss (ins Lager) ein (gesellschaftlicher) Ausschluss stattfindet, der die Menschen in vielerlei Hinsicht zerstört und einzig die „Illegalität“ die Möglichkeit des Ausbruchs bietet. Somit findet systematisch eine Praxis der Entrechtung statt. Durch die Dezentralität des Geschehens bleibt diese Entrechtung in ihrem Ausmaß scheinbar unsichtbar. Perspektivisch sieht Pieper eine Entwicklung weg vom dezentralen halboffenen Lagersystem hin zu multifunktionellen Sammellagerkomplexen, in welchen die Menschen den engen Lagerkreislauf überhaupt nicht mehr verlassen sollen. Damit solle den Menschen ihre Perspektivlosigkeit frühzeitig vor Augen geführt werden und somit zu einer kostengünstigeren schnellen Freiwilligkeit der Rückkehr führen.

Grenzen zeichnen — Die Ausstellung „Residenzpflicht — Invisible Borders“

Philipp Kuebart

In Form eines virtuellen Rundgangs beschreibt Philipp Kuebart die Wanderausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“. Zu den einzelnen Ausstellungsteilen, die verschiedene Maßnahmen der Einsperrung und Ausgrenzung von Asylbewerber_innen und Geduldeten in Deutschland behandeln, werden die maßgeblichen Inhalte vorgestellt, während parallel auch die Entstehung des Projekts und die vor allem darstellungsmethodischen Entscheidungen nachvollziehbar gemacht werden. Die Beschreibung der bisherigen Wirkung beim Publikum wird, nach der Zerstörung der Ausstellung, ergänzt durch Überlegungen zum geplanten Wiederaufbau.

Sprachbarriere — Die Einführung des Sprachnachweises für EhegattInnen — ein Erfahrungsbericht aus Ghana

Katja Giersemehl

Seit 2007 sind „Grundkenntnisse der deutschen Sprache“ Voraussetzung für einen Antrag auf Einbürgerung in Deutschland. Die Beschreibung eines Deutschkurses am Goethe-Institut in Accra, Ghana führt die Auswirkungen dieser Regelung vor Augen. Mit der Einführung der Deutschprüfung wurde ein weiteres Hindernis geschaffen, dessen Überwindung den Betroffenen eine hohe zeitliche und finanzielle Investition abverlangt. In der Analyse dieses Selektionsinstrumentes, das nur für Angehörige bestimmter Staaten Gültigkeit hat, wird zudem die ökonomische Grundlage deutscher Einwanderungspolitik deutlich.

Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989 — Zwischen Hochkonjunktur des Rassismus und dem Kampf um Rechte

Christiane Mende

Nach dem Mauerfall im Herbst 1989 änderte sich die Situation der (Arbeits-)Migrant_innen in der DDR grundlegend. Sie befanden sich zunehmend

in einer sozial und aufenthaltsrechtlich äußerst prekären Lage. Die Skizzierung der aufenthaltsrechtlichen Entwicklungen auf dem Territorium der noch existierenden DDR während des „Einigungsprozesses“ verdeutlicht, dass die Arbeitsmigrant_innen vom deutsch-deutschen Projekt ausgeschlossen bleiben sollten. Diese Entwicklungen sind im Zusammenhang mit den Bestrebungen konservativer Kräfte nach einer restriktiven Reformulierung der Migrationsgesetzgebung in der BRD seit Anfang der 1980er Jahre zu sehen. In Anbetracht der Hochkonjunktur an staatlichen, institutionellen sowie lebensbedrohlich-gewalttätigen Rassismus im sich „einigenden“ Deutschland hatte ein Großteil der DDR-Arbeitsmigrant_innen das Land verlassen. Für diejenigen, die bleiben wollten und es schafften zu bleiben, dauerte der Kampf um ein Bleiberecht bis Ende der 1990er Jahre an.

Das Boot ist voll — Schreckensvision des vereinten Deutschland

Cord Pagenstecher

Die Geschichte des Visuellen erforschte Cord Pagenstecher bereits in verschiedenen Arbeiten mit Blick auf Migration. Im hier vorliegenden Artikel befasst er sich konkret mit der visuellen Verarbeitung des Motivs „Das Boot ist voll. . .“. Es taucht über einige Jahrzehnte hinweg als Synonym für die angeblich von Flüchtlingen überflutete Bundesrepublik in den Printmedien auf. Die Flüchtlinge rassistisch, fremdenfeindlich karikierenden Titel von Zeitschriften werden mit der Zeit auch in Tageszeitungen wieder aufgenommen. Darauf aufbauend analysiert Pagenstecher, wie eine Atmosphäre der Hilflosigkeit und Angst verbreitet wird und Flüchtlinge nicht als Opfer, sondern als Täter – quasi als Angreifer, als Feinde der Bundesrepublik schlussendlich mit Steinhagel außerhalb der Bilderwelt begrüßt werden.

Mehrfachbelichtung -- Eva Leitolfs Arbeit im Prozess

Eva Leitolf im Interview

Neben den Bildern im rassistischen „Das Boot ist voll“-Diskurs, welche in Cord Pagenstechers Beitrag in diesem Band thematisiert werden, zeigt Eva Leitolf in ihren Bildern die vermeintlich idyllischen, ruhigen Tatorte des tagtäglich

stattfindenden Rassismus in Deutschland. Diese sind damit insofern als Ergänzung zu den Bildern brennender Flüchtlingslager zu sehen, da Eva Leitolf damit einerseits die strukturellen Aspekte von Rassismus sowie andererseits dessen Normalisierung durch die Dominanzgesellschaft sichtbar macht. Das Bild ist demnach auch als Werkzeug für die Betrachtenden intendiert, welches zum Hinterfragen des Bildkonsums und zum Bruch im eigenen Denken von „Normalität“ und letztendlich zu kritischem Umgang mit Bildwelten anregen kann.

Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts

Fabian Georgi

In den vergangenen zehn Jahren hat sich in der internationalen Migrationspolitik ein neues Konzept etabliert: ‚Migrationsmanagement‘. ‚Migration muss gemanagt werden, um die Vorteile der Migration maximieren und ihre negativen Folgen minimieren‘ zu können, so lautet die utilitaristische Kernbotschaft. Ausgangspunkt dieses politischen Projekts war der ökonomische Globalisierungsschub nach der Weltwirtschaftskrise 1973. In seiner Folge verstärkte sich die internationale Mobilität von Menschen: Migration wurde zu einer offensiven und aus staatlicher Sicht potenziell unkontrollierbaren Strategie vieler Menschen, mit der sie auf die Folgen neoliberaler Reformen reagierten. Unter dem Etikett Migrationsmanagement propagierten Expert_innen aus dem Umfeld u. a. der International Organization for Migration (IOM) und des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) eine Gegenstrategie: Die staatlichen Fähigkeiten zur Begrenzung unerwünschter Migration sollen gesteigert werden, um eine ‚regulierte Offenheit‘ gegenüber ‚nützlicher‘ Zuwanderung beherrschbar zu machen. Politisch lässt sich das Projekt der liberalen Strömung in den internationalen Beziehungen zuordnen. Migration wird als positiv betrachtet, weil und insofern sie ökonomisch nützlich ist. So wird deutlich, dass das Projekt den Interessen wirtschaftlich und politischer dominierender Kräfte im Weltsystem eher nutzt, als der großen Mehrheit der Weltbevölkerung.

Migration im Europa der Regionen — Überlegungen zu ungleichen Machtverhältnissen und ihren Konsequenzen

Urmila Goel

Urmila Goel stellt in ihrem Artikel theoretische Überlegungen zu ungleichen und interdependenten Machtverhältnissen an, welche sie auf die Europaregionen und ihren Umgang mit Migration anwendet und daran anschließend alternative Denkansätze rund um Migration erarbeitet. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Feststellung, dass durch die Überschreitung von Grenzen in die und innerhalb der nationalstaatlich organisierten EU Konflikte auftreten. Migration erscheint als ein Problem für die EU-Nationalstaaten, welches es zu regulieren bzw. zu verhindern gilt. Mit Blick auf die aktuellen Debatten über Migration stellt sie allerdings heraus, dass nicht Migration an sich, sondern die Migration von bestimmten Personen als Problem angesehen wird. In der Analyse des nach ökonomischen Kosten-Nutzen folgenden ‚Bereicherungsdiskurses‘ und des ‚Integrationsdiskurses‘ verweist Urmila Goel auf die diesen zugrunde liegenden Konstruktion der abweichenden Anderen, über welche sich die zur Norm erklärten Dominanzgesellschaft erst hervorbringt. Die Differenzierung zwischen uns und den Anderen erfolgt dabei entlang strukturell verankerter rassistischer, (hetero)sexistischer und klassistischer Vorstellungen sowie jene über normgerechte Körperlichkeit. In den Migrationsdebatten wird diese Differenzierung in vermeintlich eindeutig Zugehörige und Nicht-Zugehörige permanent (re)produziert und somit die ungleichen Machtverhältnisse, auf welchen die gesamte (post)koloniale Weltordnung basiert, stabilisiert. Diese so hergestellte Norm und das Andere ist allerdings nicht eindeutig und stabil, welches auf die Interdependenz verschiedener Machtverhältnisse hindeutet. Diese veranschaulicht Urmila Goel an Beispielen der Verwobenheit von Gender und natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit, wie sie z. B. in der Kopftuchdebatte auftreten. Sie beendet ihren Artikel, indem sie anhand von drei Beispielen von Grenzüberschreitungen die damit verbundenen Machtungleichheiten, Interdependenzen und Ambivalenzen aufzeigt.

Das Sterben an den EU-Außengrenzen – Die Normalität in der Abnormalität

Johannes Krause

Krause stellt sich in seinem Essay die Frage, wie der Tod von tausenden Menschen beim Versuch nach Europa einzureisen von den EuropäerInnen bedauert, aber doch als legitim hingenommen wird. Seine Argumentation zeigt, dass das EU-Grenzregime in einen Diskurs des Ausnahmezustands gebettet ist und deshalb andere ethische Standards zur Geltung gebracht werden. Die Diskussion geht zurück auf die Entstehung des modernen Territorialstaats, bei welcher der Aufenthalt eines Bürgers/einer Bürgerin in einem anderen als ihrem Staat als anormal konstruiert wurde. Diese Norm liegt bis heute dem migrationspolitischen Diskurs zugrunde und dient als Grundlage der Kriminalisierung der Migration. In einem nächsten diskursiven Schritt werde dann „illegale“ Migration als Sicherheitsproblem für Europa konstruiert und dann gelten andere moralische und ethische Standards und Gewalt kann legitimiert werden. Krause stellt fest, dass dieser diskursive Prozess die Migration in die EU in den Bereich des Ausnahmezustands verschoben habe und somit die menschenrechtlich unerträgliche Ereignisse wieder als normal ins Moralbewusstsein integriert werden können.

Von Opfern, Tätern und Helfer(innen) — Das humanistische Narrativ und seine repressiven Konsequenzen im Europäischen Migrationsregime

Eva Bahl und Marina Ginal

Um Verschiebungen im Diskurs um Menschenhandel auf EU-Ebene geht es den Mitstreiterinnen des Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung Marina Ginal und Eva Bahl. Zentral ist dabei die Erzählung von einer anderen Perspektive auf den Opfer- sowie Täterbegriff in der Sexarbeit. Die Autorinnen fokussieren aktuelle Debatten, die sie z. B. auf zeitnahen Konferenzen zwischen den TeilnehmerInnen aus NGOs, international tätigen Regierungsorganisationen und VertreterInnen der Forschung zusammengestellt haben. So zeigen Bahl und Ginal nicht nur wie Opfer gemacht, sondern auch ihre Rückführung in Herkunftsländer der SexarbeiterInnen als einzig

menschenrechtlich möglicher Umgang mit MigrantInnen in diesem monetär wirkungsmächtigen Arbeitsbereich politisch konstruiert wird. Eine Einordnung in theoretisch-akademische Diskurse über Begriffe wie Sexarbeit oder auch Debatten um die Europäisierung der Flüchtlingspolitiken in Bezug auf Menschenhandel nehmen die Autorinnen ebenfalls vor.

Leben ohne Papiere in Marseille — Alltagspraxen illegalisierter Migranten in Europa

Kristine Wolf

Der Artikel präsentiert grundlegende Ergebnisse einer empirischen Forschung, die 2007 aus ethnologisch-kulturanthropologischer Perspektive zu Lebenssituation, (Arbeits)Alltag sowie zu spezifischen Handlungspraxen von Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung („sans-papiers“) in der mediterranen Hafenstadt Marseille durchgeführt wurde. Die Untersuchung stellte sich einerseits die Aufgabe, die prekären Lebensrealitäten „illegalisierter“ Migranten zu beschreiben. Dies impliziert, die mehrdimensionalen Begrenzungen rechtlicher, sozialer und ökonomischer Art zu benennen, die auf der Ebene europäischer und nationalstaatlicher Migrationspolitik ein starres Korsett zwingender Herrschaftsverhältnisse bilden. Andererseits spürte die Autorin auf individuell-subjektiver Ebene des täglichen Lebens nach den konkreten Wahrnehmungen von „Illegalität“ und den Selbstpositionierungen betroffener algerischer und türkisch-kurdischer Protagonisten. Es wird deutlich, dass die spezifischen Umstände ihrer gelebten Wirklichkeit im Zwischenraum von einer Dialektik existentieller Notwendigkeiten, sozialer und politischer Gegebenheiten und dem prioritären Ziel der Regularisierung geprägt sind. Entwickelte Handlungs-routinen und Widerstandsräume müssen jeden Tag auf's neue ausgehandelt werden.

Leben auf Probe? Zur Logik des Ausweisens in Deutschland

Tobias Schwarz

Auch langjährig in Deutschland lebende „Ausländer“ sind von Ausweisung bedroht. In Deutschland ‚auf Probe‘ zu leben ist damit für Millionen Menschen immer noch Realität und wird in der Öffentlichkeit kaum hinterfragt.

Tobias Schwarz kritisiert, dass in den Debatten in der Bundesrepublik das Verständnis, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft prinzipiell Teil der Gesellschaft sind, sehr gering entwickelt sei. Er zeigt, wie Ausweisungen in den Medien und der Politik zur vermeintlichen Lösung sozialer Probleme vorgeschlagen werden. Dazu werden die Ausweisungsgründe und das tatsächliche Ausweisungsgeschehen erläutert, die Geschichte des Ausweisungsrechts knapp umrissen und der Ausweisungsschutz im europäischen Vergleich diskutiert. Außerdem geht Schwarz auf öffentliche Debatten um Ausweisungen seit 1997 und die entsprechenden Gesetzesverschärfungen in der Bundesrepublik ein. Schließlich werden Forderungen nach einem verbesserten Ausweisungsschutz wiedergegeben, sowie die weitergehende Forderung begründet, Ausweisungen prinzipiell zu beenden.

Myth and Reality of German contradiction on Migration

Gaston Ebua

Looking at the missing black identity links and the construction of Blackness by the German academia, this text deals with migration, mobility and identity issues and „The State of Law”, „Whiteness versus Migration”, in sum with contradictions in a black and white Germany. Overt and covert racism is the idea that migration applies to people in Germany because they are black respectively not white enough.

Africans in Academia — Diversity in Adversity

Grada Kilomba

Grada Kilomba gelingt eine Gratwanderung aus persönlichen Erfahrungen als schwarze Wissenschaftlerin in Deutschland und den rassistischen Implikationen von weißer, eurozentristischer Wissensproduktion, die zunächst als Tatsache festgestellt wird. Da Wissen jedoch immer eine bestimmte politische Implementation aufweist, auch wenn es noch so sehr nach objektivierenden Kriterien produziert zu sein scheint, lässt sich die in ihm aufzeigbare Perspektivität nach Kilombas Ansicht auch anders besetzen. Bereits an gewählten Forschungsfeldern bzw. ihren Rahmenbedingungen, Begriffen oder auch Ausdrucksweisen oder vom unberücksichtigt Bleiben nicht-weißer WissenschaftlerInnen bzw.

ihrer Publikationen, zeigen sich ausgrenzende Praktiken. Damit fängt der Rassismus im Feld der Wissenschaft weder an, noch hört er dort auf, wie Kilomba fortführt.

Macht Wissen Kontrolle -- Bedingungen kritischer Migrationsforschung

Fabian Georgi und Fabian Wagner

Seit Mitte der 1980er sind Migrationskontrollen und Migrationsforschung massiv ausgebaut worden. Die direkte Indienstnahme akademischer Migrationsforschung für die Zwecke staatliche Migrationskontrollen ist dabei selten problematisiert worden. Diese Verstrickung der Migrationsforschung erklärt sich einerseits durch die Strukturen ihrer ökonomischen Reproduktion. Andererseits entspricht die staatsnahe Arbeitsweise auch dem Selbstverständnis vieler Wissenschaftler_innen. Positivistisch im strengen Sinn bilden historische Konstrukte wie Volk, Nation und bürgerlicher Staat ihren nicht in Frage gestellten Rahmen. Politische Konzepte – etwa Grenzen, Staatsangehörigkeit, illegale Migration – gelten ihr als objektive Kategorien. Unter den Bannern von ‚angewandter Forschung‘ und ‚policy relevance‘ wird der staatlich definierte Nutzen des produzierten Wissens über Migration zum Dogma und Qualitätskriterium erhoben. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wurde im Juni 2008 in München das Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung gegründet. Das Netzwerk will Räume für Diskussionen, Selbstreflexion, und gemeinsame Projekte einer dezidiert kritischen wissenschaftlichen Praxis entwickeln. Kritische (Migrations-)Wissenschaft darf sich dabei nicht auf den universitären Elfenbeinturm beschränken, sondern muss mit sozialen Bewegungen verwoben sein.

Kritische Praxis nach Foucault

Franziska Brückner

Die Arbeiten Michel Foucaults werden in den Geisteswissenschaften stark rezipiert, insbesondere die Methoden Foucaults, weniger seine Begriffe erlangen dabei große Bedeutung. Ein Begriff ist für Foucault sehr zentral, jedoch wird er in Foucaults Werk sichtbar als Praxis: Kritik. Worin sich seine Kritikpraxis zeigt

und wodurch sie zu foucaultscher Methode, insbesondere für die Geisteswissenschaftler_innen werden kann, versucht Franziska Brückner in werkanalytischer Perspektive herauszuarbeiten. Dabei soll sowohl die Entwicklungsgeschichte des Kritikbegriffs als Praxis, aber auch dessen Anwendung Foucaults auf sich selbst bzw. auf seine Forschung aufgezeigt werden.

MiRA: Reflexionen zwischen *Research* und *Action*

Johanna Karpenstein

Wenn die kritische Forschung in der kritischen Praxis via Personalunion ihr Pendant findet, wirft dies desillusionierende Fragen auf – scheinbar. Denn jede der vielen Fragen Johanna Karpensteins birgt die Hoffnung auf und den Glauben an eine Andersartigkeit sowie den Willen diese andersartige Praxis umsetzen zu können. Es kommt allerdings auf viele Versuche an, denn hier ist nicht der/die Forscher_in mit ihrem Material allein, sondern sieht sich vielen Perspektiven z. B. im Feld individueller Beratung ausgesetzt, die alle ihre jeweilige Berechtigung haben und zum Teil auch vehement behaupten. Also ist auch eine Würdigung und Auseinandersetzung, also Zeit für Freundschaft, Zeit für Vertrauen und Zeit für materielle Absicherung dafür notwendige Bedingung – dies bei allen Beteiligten. Daraus ergeben sich der/dem Forschenden Stoff für neue Überlegungen, die sich in Versuche grundlegender Annahmen für eine kritische Migrationsforschung transformieren lassen.